Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest
Interdisziplinäre Doktorschule
Leiterin: Prof. Dr. Ellen Bos

Beáta Márkus

Deportation deutschstämmiger Zivilisten aus Ungarn in die Sowjetunion 1944/1945

Dissertation

Betreuer:
Prof. Dr. Gerhard Seewann
Prof. Dr. Dieter A. Binder

Mitglieder der Disputationskommission
Vorsitzender: Prof. Dr. Ellen Bos (Andrássy Universität Budapest)
Gutachter: Dr. Attila Pók CSc (Ungarische Akademie der Wissenschaften)
Gutachter: Dr. habil Zsolt Vitári (Universität Pécs)
Mitglied: Dr. Ralf Thomas Göllner (Universität Regensburg)
Mitglied: Dr. Péter Somlai
Ersatzmitglied: Dr. Orsolya Lénárt (Andrássy Universität Budapest)
Ersatzmitglied: Dr. Ursula Mindler (Andrássy Universität Budapest)

Eingereicht: Januar 2019

10.15772/ANDRASSY.2019.0051

10.15772/ANDRASSY.2019.0052

„Az ember hol lámpát gyújtott, hogy lásson valamit, hol meg sietve eloltotta, nehogy megijedjen attól, amit látnia kell.”
Kertész Imre

„Viele, ob Individuen oder Völker, können mehr oder minder bewußt dem Glauben anheimfallen, daß „jeder Fremde ein Feind ist”. Meistens ruht diese Überzeugung im Grunde der Seelen wie eine latente Infektion; sie manifestiert sich lediglich in sprunghaften, unkoordinierten Handlungen und bildet nicht den Ursprung eines Gedankensystems. Wenn aber genau dies sich ereignet, wenn das unausgesprochene Dogma zur oberen Prämisse eines Syllogismus wird, dann steht am Ende der Gedankenkette das Lager.”
Primo Levi

10.15772/ANDRASSY.2019.0053

10.15772/ANDRASSY.2019.0054

Danksagung

Obwohl diese Arbeit nur eine Autorin hat, wäre sie in dieser Form ohne die Unterstützung mehrerer Personen und Institutionen nicht zustande gekommen. Hier werde ich nicht alle bei Namen nennen können, weswegen ich mich bei allen entschuldige, die ich weglasse.

Mein Dank gebührt an erster Stelle meinem Betreuer Professor Gerhard Seewann für seine langjährige Unterstützung, für seine kritische Anregungen, seine konstruktive Fragen und für die Diskussionen in Pécs, Budapest und München. Darüber hinaus möchte ich mich bei meinem Zweitbetreuer, Professor Dieter A. Binder und bei unserem Institutsleiter, Professor Georg Kastner bedanken, ohne ihre Unterstützung und die Förderung durch das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft hätte ich ein Projekt dieses Volumens nicht durchführen können. Zu danken gilt auch den Kolleginnen und Kollegen an der Andrássy Universität, insbesondere Dr. Orsolya Lénárt und Dr. Ursula Mindler-Steiner, bzw. der Mitgliedschaft des Doktoratskollegs für mitteleuropäische Geschichte.

Dankbar denke ich an meiner „Heimatuniversität" in Pécs zurück, in erster Linie an Dr. Ágnes Tóth, an meinen früheren Betreuer Dr. Zsolt Vitári, ferner an Dr. Krisztina Slachta und György Ritter, die meine wissenschaftliche Arbeit immer mit Nachdruck unterstützten.

Mein besonderer Dank gilt außerdem den Forschungsaufenthalten am Institut für Deutschen Kultur und Geschichte Südosteuropas in München, bzw. am Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde in Tübingen, besonders Dr. Mathias Beer.

Meine Forschungen fanden in zahlreichen Archiven statt, wo ich zumeist alle mögliche Hilfe bekam. Es sei dafür Herrn Direktor Dr. Csaba Szabó und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der aufgesuchten Einrichtungen gedankt. Hervorheben möchte ich Imre Gábor Nagy aus dem Komitatsarchiv Baranya – ohne unsere Diskussionen hätte ich vielleicht in der Anfangsphase aufgegeben.

Ein herzliches Dankeschön gilt Eleonóra Matkovits Kretz, der Leiterin des Nationalitätenkreises der Ungarndeutschen in Pécs-Baranya, unter anderem für die

10.15772/ANDRASSY.2019.0055

Möglichkeit, meinen ersten Band veröffentlichen zu können und Judit W. Müller vom Janus Pannonius Museum für den Anstoß zur Beschäftigung mit der „Malenkij Robot".
Nicht zuletzt bedanke ich mich bei meiner Familie und bei meinem Partner für die langjährige Unterstützung und Geduld, die sie während meiner Promotion aufbringen mussten.
Meine Dissertation widme ich meiner Urgroßmutter und ihren mehr als Dreißigtausend Schicksalsgenossinnen und Schicksalsgenossen. Ich hoffe, dass ihnen mit dieser Arbeit endlich ihre Geschichte (zurück)gegeben wird.

10.15772/ANDRASSY.2019.0056

Inhaltsverzeichnis

1.Einleitung 11

1.1 Hinführung 11

1.2 Stand der Forschung 17

1.3 Quellen und Methoden 24

1.4 Terminologie 37

2. Vorgeschichte, Kontext 47

2.1 Zwangsarbeit in der Sowjetunion 47

2.1.1 Die Besserungsarbeitslager – das GULag 48

2. 1. 2 Die Kriegsgefangenen- und Interniertenlager – die GUPVI 54

2.2 Die Frage der Reparationen am Ende des Zweiten Weltkriegs 61

2.3 Deportationen deutscher Zivilisten aus den von der Roten Armee besetzten Gebieten im Spiegel sowjetischer Quellen 66

2.3.1 Die „Mobilisierung und Internierung deutschstämmiger Zivilisten" 67

2.3.2 Die „Verhaftung und Internierung der Reichsdeutschen" 79

2.3.3 Arbeitseinsatz, Lagerleben und Repatriierung der „deutschen Zivilinternierten" 82

2.4 Weitere Deportationen und Verschleppungen aus dem Karpatenbecken 86

3. Aspekte der Untersuchung 95

3.1 Geographische Lage der deutschen Siedlungsgebiete und der Deportationsregionen 95

3.2 Militäroperationen, Frontverläufe 99

3.3 Ethnische Konflikte der Zwischenkriegszeit 102

3.3.1 Die deutsche Minderheit im Spannungsfeld der ungarischen Nationalitätenpolitik 105

3.3.2 Politische Mobilisierung – Von der Identitätsbewahrung zur NS-Politik 107

3.4 Interpretation der „deutschen Abstammung" – Selbstdefinition und Zuschreibung 113

4. Die Region Békés-Csanád 116

4.1 Allgemeines 116

4.2 Die sowjetische Besetzung der Region 118

10.15772/ANDRASSY.2019.0057

4.3 Ethnische Struktur, Konflikte 121
4.4 Die Durchführung der Deportation 125
4.5 Maßnahmen während und nach der Deportation 139
4.6 Interpretationen der deutschen Abstammung 165
4.7 Die Anzahl der Deportierten aus der Region 166
5. Die Region Nordostungarn 166
5.1 Allgemeines 166
5.2 Die sowjetische Besetzung der Region 174
5.3 Ethnische Struktur und Konflikte 176
5.4 Die Durchführung der Deportation 181
5.5 Maßnahmen während und nach der Deportation 199
5.6 Interpretationen der deutschen Abstammung 222
5.7 Die Anzahl der Deportierten aus der Region 223
6. Die Region Bács-Kiskun 225
6.1 Allgemeines 225
6.2 Die sowjetische Besetzung der Region 231
6.3 Ethnische Struktur, Konflikte 232
6.4 Die Durchführung der Deportation 243
6.5 Maßnahmen während und nach der Deportation 258
6.6 Interpretationen der „deutschen Abstammung" 276
6.7 Die Anzahl der Deportierten aus der Region 277
7. Die Region „Schwäbische Türkei" 278
7.1. Allgemeines 278
7.2 Die sowjetische Besetzung der Region 281
7.3 Ethnische Struktur, Konflikte 283
7.4 Die Durchführung der Deportation 298
7.5 Maßnahmen während und nach der Deportation 327

10.15772/ANDRASSY.2019.0058

7.6 Interpretationen der „deutschen Abstammung” ... 341
7.7 Die Anzahl der Deportierten aus der Region ... 343
8. Die Region Budapest und Umgebung ... 344
8.1 Allgemeines ... 344
8.2 Die sowjetische Besetzung der Region ... 348
8.3 Ethnische Struktur, Konflikte ... 351
8.4 Die Durchführung der Deportation ... 355
8.5 Maßnahmen während und nach der Deportation ... 370
8.6 Interpretationen der „deutschen Abstammung” in der Region ... 384
8.7 Die Anzahl der Deportierten aus der Region ... 386
9. Nachgeschichte der Deportation ... 387
9.1 Die Rückkehr ... 387
9.2 Die Lage der Deportierten nach ihrer Rückkehr ... 399
9.3 Erinnerungskultur ... 404
10. Fazit ... 411
Anhang ... 431
Karte der von der Deportation der deutschstämmigen Zivilisten betroffenen Regionen ... 431
Tabellen ... 432
Verzeichnis der Quellen ... 464
Archive ... 464
Bibliographie ... 465
Presse ... 485
Online Quellen ... 485
Ortsnamenverzeichnis ... 487

10.15772/ANDRASSY.2019.0059

10.15772/ANDRASSY.2019.00510

1.Einleitung

1.1 Hinführung

Ende Januar 1945 wurden Zehntausende von Zivilisten[1] – Frauen und Männer – in unbeheizten, verschlossenen Viehwaggons aus dem Karpatenbecken Richtung Osten abtransportiert. Sie wurden aufgrund des Beschlusses Nr. 7161. des sowjetischen Staatlichen Verteidigungskomitees vom 16. Dezember 1944 in sowjetische Lager befördert, wo sie über Jahre unter elenden Umständen Zwangsarbeit als „Wiedergutmachung" verrichten mussten. Ihre Auswahl erfolgte aufgrund ihrer „deutschen Abstammung".

Eine von ihnen, die 26-jährige Elisabeth Gungl[2], stammte aus Püspöknádasd[3] (Komitat Baranya), von wo weitere 160 Personen deportiert wurden. Alle waren deutsche Muttersprachler, zumeist Personen deutscher Nationalität und zum Teil auch Volksbund-Mitglieder, weswegen sie vom Notär des Dorfes auf die Liste gesetzt wurden, die der örtliche sowjetische Militärkommandant verlangte, als er die Zusammenschreibung der deutschstämmigen Bevölkerung befahl. Der Offizier bat darum, die Mütter mit Kleinkindern nicht zu berücksichtigen. Elisabeth hatte eine vier- und eine sechsjährige Tochter. Dennoch machte der Notär bei ihr eine Ausnahme; die Gungl Familie war ein Dorn in seinen Augen, seit sich der Bruder von Elisabeth freiwillig zur Waffen-SS gemeldet hatte, in deren Dienst er im Sommer 1944 in der Normandie fiel. Der Name Elisabeths wurde also in die Liste aufgenommen. Am Tag nach Weihnachten wurde in der Gemeinde verkündet, dass die auf der Liste aufgeführten Personen zur Maisernte in die Batschka gebracht werden müssen. Elisabeth hinterließ ihre zwei Töchter bei ihren alten Eltern und ging mit der Gruppe in das Bezirkszentrum Pécsvárad, nichtsahnend, dass sie in die Sowjetunion deportiert wird.

[1] Aus Gründen der Lesbarkeit wird in diesem Beitrag darauf verzichtet, geschlechtsspezifische Formulierungen zu verwenden. Soweit personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Männer und Frauen in gleicher Weise.

[2] Die Namen der hier vorgestellten Personen wurden zum Schutz der Persönlichkeitsrechte geändert. Die einzige Ausnahme sind die Gungls – meine eigene Familie. Für die Rekonstruktion der Schicksale liegen Archivquellen und Interviews zugrunde.

[3] Die Gemeinde heißt seit 1950 Mecseknádasd.

10.15772/ANDRASSY.2019.00511

In einem anderen Waggon befand sich die neunzehnjährige Katalin Havasi aus der Großgemeinde Nagymaros im Donauknie (im damaligen provisorisch vereinigten Komitate Bars und Hont). Die Familie Havasi magyarisierte den deutsch klingenden Namen Heffenträger in den 1930er Jahren. Trotzdem bewahrten sie etwas von ihrer deutschen Identität; bei der Volkszählung im Jahr 1941 gaben sie an, ungarischer Nationalität und deutscher Muttersprache zu sein und traten nicht in den Volksbund ein. Beim Abmarsch der deutschen Truppen flüchteten sie nicht nach Westen, wie das viele aus ihrer Umgebung taten. Zur Zeit der Belagerung von Budapest, Anfang Januar 1945, tauchte eine sowjetische Truppe in Nagymaros auf und beorderte die gesamte Einwohnerschaft in die Militärkommandantur. Sie ließen nur die Personen mit ungarisch klingenden Namen nach Hause gehen. Als Katalin ihren ungarischen Namen angab, verlangte ein ungarischer Beamter vom Dolmetscher, auch nach dem Mädchennamen ihrer Mutter zu fragen. Dieser klang deutsch, also musste Katalin bleiben und wurde nach einigen Tagen mit etwa 400 anderen Nagymarosern Richtung Osten abtransportiert.

Die 22-jährige Piroska Varsányi stammte aus der Gemeinde Nádudvar, Nähe Debrecen (damals Komitat Hajdú), von wo sie am 3. Januar 1945 von den sowjetischen Soldaten mitgenommen wurde. Das Dorf hatte nach intensiven Kämpfen kaum aufatmen können, als die Gemeindevorsitzenden vom sowjetischen Militärkommandanten dazu aufgefordert wurden, eine Liste über die Einwohner deutscher Abstammung zu erstellen. In der sog. Hajdúság gab es keine Personen, die sich als Deutsche bekannten, die Region war berühmt für ihre starke ungarische Identität. So konnten Piroska und 67 weitere Betroffenen es kaum fassen, dass sie von Bewaffneten nach Debrecen begleitet wurden, wo sie zusammen mit Hunderten von anderen Personen vermeintlicher oder tatsächlicher deutscher Abstammung auf ihren Abtransport warten mussten.

Jánosné Tilmann, geborene Margit Keller, wurde 1918 in Gáva[4] (damals Komitat Szabolcs) geboren, wo sie auch lebte. Die Einwohner wussten von ihren deutschen Wurzeln, sie pflegten aber weder diese ethnische Identität noch die Sprache. Der dortige sowjetische Kommandant bat auch in Gáva um die Zusammenschreibung der Deutschstämmigen, die Gemeindevorsitzenden insistierten aber darauf, dass die Einwohner keine Deutschen wären. Ende Januar verkündete der sowjetische Offizier,

[4] Gáva wurde 1971 mit der Gemeinde Vencsellő vereint, heute heißt die Großgemeinde Gávavencsellő.

10.15772/ANDRASSY.2019.00512

im Rathaus eine Rede zu halten, zu der alle zu erscheinen hatten. Bei dieser Gelegenheit wurde Margit und viele andere gefangen genommen; die Soldaten umzingelten das Gebäude. Innerhalb einer bestimmten Altersgrenze wurde niemand mehr freigelassen. Sie wurden binnen ein paar Tagen in die Sowjetunion befördert.

Die vier hier angeführten Schicksale sind nur ein Mosaik aus der Vielfalt der Ereignisse an der Wende von 1944 zu 1945. Sie zeigen aber, wie unterschiedlich die Durchführung der Deportation aufgrund der angenommenen deutschen Abstammung verlief. Unterschiedlich war beispielsweise, ob in einer Gemeinde die „Mobilisierung" der Deutschstämmigen überhaupt verordnet, bzw. durchgeführt wurde. Abweichungen gab es auch dabei, mit welcher Begründung deportiert und welcher Kreis der Einwohner einbezogen wurde. Diese Differenzen waren auf zahlreiche Gründe zurückzuführen. Sowohl die Ausgangslage, als auch die Motivationen und Handlungen der Akteure in den verschiedenen betroffenen Regionen divergierten.

Diese Arbeit versucht die Deportation in die Sowjetunion auf der Lokal- und Regionalebene zu erforschen. Zu Beginn des Promotionsvorhabens war „nur" die detaillierte Erschließung der Deportation in der sog. „Schwäbischen Türkei" geplant, dieses Ziel musste schließlich aufgegeben werden. Einerseits erwies sich die Quellenlage für diese Region als unzureichend, um eine Arbeit dieses Anspruchs verfassen zu können. Andererseits weckten die unterschiedlichen Vorgehensweisen während der Deportation in den verschiedenen Regionen mein Forschungsinteresse und brachten mich dazu, im Rahmen eines umfangreicheren, aber auch vielversprechenden landesweiten Projekts der Frage nachzugehen, worauf die regionalen Differenzen zurückzuführen sind.

Ein Ziel ist die sehr detaillierte Untersuchung der Vorgänge unter der gegebenen Quellenlage, also die Beantwortung von Fragen, wo und wann deportiert wurde, wie viele Personen betroffen waren, welche Akteure an der Durchführung beteiligt waren und mit welcher Methode und Begründung die Zivilisten aus den verschiedenen Gemeinden und Regionen ausgewählt wurden. Die Aufarbeitung dieser Deportation ist bis heute ein Desiderat der Forschung. Verschleppungen in die Sowjetunion waren besonders in den letzten Jahren äußerst populäre und von der Regierung geförderte Themen in Ungarn, umso unverständlicher ist, warum die systematische Erschließung

10.15772/ANDRASSY.2019.00513

der Deportation der deutschstämmigen Zivilisten noch immer nicht erfolgte. Diese Lücke ist auch deshalb zu schließen, weil es in einigen benachbarten Staaten ähnliche Deportationen gab und eine grenzenübergreifende, komparative Aufarbeitung und Analyse solange nicht möglich ist, bis die ungarische Geschichtsschreibung nicht ihren Anteil dazu beigetragen hat.

Ferner wird in dieser Arbeit eine vergleichende Analyse innerhalb Ungarns durchgeführt. Während der Erforschung und der Erschließung der Quellen wurde bereits offensichtlich, dass regional enorme Unterschiede in der Durchsetzung des Deportationsbefehls festzustellen sind. Deshalb geht meine Arbeit der Frage nach, was der Grund dafür war. Dafür untersuche ich die Faktoren, die zu diesen Differenzen führten. Anhand dieser versuche ich die Deportationen in den einzelnen Regionen zu rekonstruieren.

Die Arbeit ist folgendermaßen strukturiert:

In der Einleitung werden die bisherigen, sowohl ungarischen als auch internationalen Ergebnisse der Forschung zusammengefasst, wobei auf die Lücken verwiesen wird, die diese Arbeit zu füllen versucht. Darauffolgend werden die Quellen und Methoden präsentiert und die von mir und von der Fachliteratur benutzte Terminologie, die sehr unterschiedlich angewendet wird. Deshalb werden einige Begriffe auch näher untersucht.

Das zweite Kapitel stellt den historischen Kontext, die Vorgeschichte vor. Zur Kontextualisierung ist eine Zusammenfassung über das System der Zwangsarbeitslager im Staat Stalins unentbehrlich, in die neben politischen Gegnern und Kriegsgefangenen auch die viel kleinere Gruppe der „deutschstämmigen Zivilisten" geriet. Zum Kontext gehören auch die Verhandlungen zwischen den alliierten Großmächten, bei denen auch die Frage der Wiedergutmachung diskutiert wurde, die seitens der Sowjetunion mit der Inanspruchnahme der „deutschen Arbeitskräfte" gelöst wurde. Was die sowjetische Seite konkret darunter verstand, wird im nächsten Unterkapitel dargestellt, in dem ich die Vorbereitung und Durchführung der „Mobilisierung und Internierung" der deutschstämmigen Zivilisten anhand der Ergebnisse der internationalen Fachliteratur zusammenfasse. Abschließend folgt ein kleinerer, aber in Bezug auf die Fragestellung meiner Arbeit sehr wichtiger Abschnitt, in dem ich über Deportationen und

10.15772/ANDRASSY.2019.00514

Verschleppungen berichte, die ebenfalls unmittelbar nach der sowjetischen Besetzung des Karpatenbeckens, oft parallel zur Deportation der deutschstämmigen Zivilisten verliefen. Zwischen diesen und der von mir untersuchten Deportation muss eine klare Grenze gezogen werden, was jedoch in der ungarischen Forschung bis heute nicht der Fall ist.

Im dritten Kapitel gehe ich die Faktoren durch, die während der Deportation der deutschstämmigen Zivilisten eine wesentliche Rolle dabei spielten, wie der Beschluss Nr. 7161., der in den verschiedenen Regionen interpretiert und ausgeführt wurde. Nach meiner Hypothese sind hier die Gründe für die regionalen Unterschiede zu finden. Diese sind:

- die territoriale Siedlungslage der deutschen Minderheit im Land und generell die geographische Lage der von der Deportation betroffenen Regionen;
- der Zeitpunkt, die Art und die Intensität der Kampfhandlungen, bzw. die Klärung der Frage, welche sowjetische Armee oder Truppe eine Region besetzte und den Deportationsbefehl durchsetzte;
- die ethnische Konflikte der Zwischenkriegszeit;
- die Interpretation der „deutschen Abstammung" auf der Lokalebene, wobei die Palette viele Varianten, von den Angaben bei der Volkszählung von 1941 bis zur Zuschreibung durch Außenstehende umfasste.

Die Konflikterfahrungen halte ich für ein Schlüsselkriterium bei der Auswahl der Personen zur Deportation, weswegen ich folgende Punkte in zwei kleineren Unterkapiteln detaillierter ausführe: einerseits die ungarische Nationalitätenpolitik in der Zwischenkriegszeit, wobei ich deren Auswirkung auf der Lokalebene hervorzuheben versuche, darauffolgend die „Antwort" der deutschen Minderheit, also die politische „Mobilisierung" und Bewegungen der Ungarndeutschen sowie deren Veränderungen vor und während der Kriegsjahre.

Die nächsten Kapitel sind die wichtigsten Teile meiner Arbeit, in denen ich die Deportation in den einzelnen Regionen zu rekonstruieren versuche. Obwohl die chronologische Reihenfolge der Ereignisse bei der Strukturierung des Kapitels nicht gänzlich außer Acht gelassen wurde, war diese nicht das Hauptordnungsprinzip, weil die Deportation keiner linearen Chronologie folgte, vielmehr verliefen die Deportationsprozesse in den verschiedenen geographischen Regionen zeitlich parallel.

10.15772/ANDRASSY.2019.00515

Der Faktor Zeit spielte eine wesentliche Rolle während der anderthalb Monaten durchgeführten Aktion; die von mir untersuchten regionalen Unterschiede lassen sich jedoch sehr gut miteinander vergleichen, wenn ich geographische Regionen als Einheiten behandle und nacheinander analysiere und präsentiere. Die Reihenfolge wurde anhand der geographischen Lage bestimmt, von Ost nach West, bzw. von Süden nach Norden.

Diese Kapitel thematisieren auch die Ereignisse und Maßnahmen nach dem Abschluss der Deportation. Gezielt ist der Frage nachzugehen, wie die Einstellung der verschiedenen ungarischen Behörden und Organisationen den Deportierten gegenüber war, inwieweit sie den Heimkehrern und den daheimgebliebenen Familienangehörigen zu helfen versuchten oder ob sie ihre Diskriminierungsmaßnahmen fortsetzten, bzw. welche Unterschiede im Nachhinein zwischen Deportierten gemacht wurden. Dabei wurde ausschließlich von den ungarischen Behörden eine zweite Entscheidung darüber getroffen, wer als „Deutscher" galt und bestraft gehörte. Das lässt sich gut an Maßnahmen verfolgen, die nach der Deportation durchgeführt wurden. Zunächst versuchten die ungarischen Behörden zu registrieren, welche und wie viele Personen überhaupt deportiert wurden. Ab März 1945 begannen Aktionen „zur Suche und Freilassung der Kriegs- und Zivilgefangenen" und die Kriegshilfe und -fürsorge wurde auch auf diesen Personenkreis erweitert.

Eine sehr interessante Frage wäre, auf die im Rahmen dieser Arbeit nicht näher eingegangen werden kann, inwieweit es einen Zusammenhang zwischen der Deportation der „Deutschstämmigen" in die Sowjetunion und der Anfang 1945 begonnenen Internierung „deutscher Staatsbürger" und deren ab 1946 eingeleiteten Vertreibung der „Ungarndeutschen" gab. Alle drei Maßnahmen waren restriktive Aktionen den „Deutschen" gegenüber, die aber von unterschiedlichen Personen und Behörden initiiert (und durchgeführt) wurden. Außerdem wurde bei allen Maßnahmen mit unterschiedlichen „Deutsch"-Begriffen gearbeitet und ein wie immer definiertes „Deutschtum" unterschiedlichen Personenkreisen zugeschrieben.

Das vorletzte Kapitel geht kurz die Nachgeschichte der Deportation durch, Fragen wie die Heimkehr, die weitere Diskrimination und die Erinnerungskultur bis heute werden näher erläutert. Am Ende meiner Arbeit stehen eine Zusammenfassung sowie ein Ausblick über weitere offene und aus der Untersuchung hervorgegangene Fragen. Ich

10.15772/ANDRASSY.2019.00516

hoffe, dass meine Arbeit als anregende Grundlage für weitere Forschungen in diesem Bereich dienen kann.

1.2 Stand der Forschung

Bei der Kontextualisierung der Deportation deutschstämmiger Zivilisten in die Sowjetunion bieten sich zwei Rahmen an, die auch jeweils eine Richtung der Forschung markieren.

Einerseits kann die betroffene Gruppe als Ausgangspunkt dienen. Dadurch wird das Thema in die Geschichte der deutschen Minderheiten Ungarns eingebettet, ferner in die (Zwangs-) Migration der deutschen Volksgruppen Mittel- und Südosteuropas während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Deportation und Vertreibung[5] der deutschen Minderheit Ungarns sind Teil dieser internationalen Prozesse, sie waren keine isolierten „ungarischen" Vorgänge. Ihre Erforschung ist grenzüberschreitend ausgerichtet und in erster Linie auf den deutschsprachigen Raum konzentriert.[6] Problematisch dabei ist, dass in diesem Rahmen ausschließlich die deportierten deutschen Minderheiten im

[5] Über den Stand der Forschung der Vertreibung aus Ungarn siehe: TÓTH, Ágnes: Mi híja még? A magyarországi németek kitelepítése a hazai történetírásban: tematikai fehér foltok, módszertani hiányok/Wo sind noch Lücken? Vertreibung der Ungarndeutschen in der heimischen Geschichtsschreibung: Thematische weiße Flecken, methodische Mängel. In: GRÓSZ, András (Hg.): Jogfosztások Budarörsön. Entrechnungen in Budaörs (1944–1948). Jakob Bleyer Heimatmuseum, Budaörs, 2010, 17–46.

[6] Einige wichtige Werke ohne Anspruch auf Vollständigkeit: DE ZAYAS, Alfred: Die Nemesis von Potsdam. Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. C.H. Beck, München, 1977.; BLUMENWITZ, Dieter: Flucht und Vertreibung. Heymanns, Köln, 1987.; BENZ, Wolfgang (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Fischer Taschenbuch, Frankfurt am Main, 1995.; BRANDES, Detlef – IVANIČKOVÁ, Edita – PEŠEK, Jirí (Hg.): Erzwungene Trennung. Vertreibung und Aussiedlung in und aus der Tschechoslowakei 1938–1947 im Vergleich mit Polen, Ungarn und Jugoslawien. Klartext, Essen, 1999.; BENZ, Wolfgang: Ausgrenzung, Vertreibung, Völkermord. Genozid im 20. Jahrhundert. DTV, München, 2006.; DE ZAYAS, Alfred: 50 Thesen zur Vertreibung. Inspiration Unlimited Verlag, London–München, 2008.; KOSSERT, Andreas: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945. Siedler, München, 2009.; BRANDES, Detlef – SUNDHAUSSEN, Holm – TROEBST, Stefan (Hg.): Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts. Böhlau, Wien-Köln-Weimar, 2010.; HAHN, Eva – HAHN, Hans Henning: Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte. Ferdinand Schöningh, Paderborn-München-Wien-Zürich, 2010.; BEER, Mathias: Flucht und Vertreibung der Deutschen: Voraussetzungen, Verlauf, Folgen. C. H. Beck, München, 2011.; DOUGLAS, Ray M.: „Ordnungsgemäße Überführung". Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. 2. Aufl.. Beck, München, 2012.; SUPPAN, Arnold: Hitler – Benes – Tito. Konflikt, Krieg und Völkermord in Ostmittel- und Südosteuropa. 3 Bände. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, 2013.

10.15772/ANDRASSY.2019.00517

Fokus stehen, andere Gruppen, die unabhängig von ihrer Abstammung gleichfalls in die Sowjetunion gebracht wurden, bleiben aus der Forschung ausgeblendet.

Die andere Herangehensweise nimmt die „Täter" in den Fokus. Hierbei bilden die sowjetische Zwangsarbeit, die Problematik des GULags und der Kriegsgefangenschaft und schließlich die Verbrechen des kommunistischen Systems den Rahmen. Diese Themen werden ebenso international erforscht, das Schicksal der in sowjetische Gefangenschaft geratenen ungarischen Staatsbürger ist jedoch eher für ungarische Historiker ein Thema. Seit den 2010er Jahren entwickelte sich – nicht unabhängig von den politischen Entwicklungen in Ungarn – diese Perspektive in Ungarn zur dominanten Forschungsrichtung. Die Deportation der deutschstämmigen Zivilisten wurde hier nur insofern berücksichtigt, als diese tatsächlich aufgrund sowjetischer Befehle, mithilfe von sowjetischen Soldaten in Lager erfolgte, die sich auf dem Territorium der Sowjetunion befanden. Diese Annäherung lässt aber die Mithilfe der (nicht unbedingt kommunistischen) ungarischen Behörden außer Acht, bzw. die Diskriminierung von ungarischer Seite wegen deutscher Abstammung/Muttersprache/Nationalität. Die organisierte Deportation zehntausender Personen wäre ohne die Hilfe der ungarischen Verwaltungsbehörden kaum möglich gewesen.

Ziel dieser Arbeit ist es, beide Forschungsrichtungen zu berücksichtigen. Die folgende Zusammenfassung des aktuellen Standes der Forschung umfasst nicht alle Richtungen, stattdessen gebe ich einen Überblick über die bisherige Entwicklung der Forschung sowie über die vorhandene Literatur.

In den Staaten des Ostblocks war die Thematisierung der Deportationen in die Sowjetunion unerwünscht, Forschung und Publizierung solcher Ereignisse waren vor der politischen Wende Ende der 1980er Jahre nicht möglich gewesen. Die Anfänge der Forschung sind deswegen in Westeuropa, zumeist in der Bundesrepublik Deutschland zu suchen. Im westdeutschen Staat war schon seit den 1950er Jahren ein Bedarf und die Möglichkeit vorhanden, die „Schicksalsschläge" des Deutschtums nach dem Zweiten Weltkrieg aufzuarbeiten. Dazu gehörte auch die Geschichte der sog. „Volksdeutschen", also der deutschen Volksgruppen in den ehemaligen Ostgebieten und in den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas. Dies gilt umso mehr, weil viele der aus diesen Ländern Vertriebenen nach 1945 in den beiden deutschen Staaten lebten. Die Dokumentationsarbeit, die Sammlung der Berichte der Betroffenen begann in dieser

10.15772/ANDRASSY.2019.00518

Zeit. Zwischen 1953 und 1962 gab eine Historikerkommission unter der Leitung von Theodor Schieder im Auftrag des Bundesministeriums für Vertriebene eine kommentierte Sammlung von zeitgenössischen Berichten in fünf Bänden heraus.[7]

Ferner schrieben die vertriebenen Ungarndeutschen auch über die „Verschleppung und Vertreibung" in zahlreichen Heimatbüchern, und die von ihnen publizierten Heimatzeitungen enthielten ebenfalls Artikel zum Thema.

Interessanterweise erschien die erste Publikation, die das Thema aus der Perspektive der Opfer analysierte, in der BRD. Die Quellenbasis des sog. *Weißbuch über die Lage der in die Sowjetunion verschleppten Kriegsgefangenen und Zivildeportierten*[8] ist sehr fragwürdig, da dem Autor weder Dokumente aus den betroffenen Ländern noch aus der Sowjetunion zur Verfügung standen. Als Grundlage dienten vielmehr die subjektiven Mitteilungen von Betroffenen.

Die Auflösung der Sowjetunion und die politische Wende Ende der 1980-er Jahre stellten einen Wendepunkt dar. So wurden grundlegende sowjetischen Unterlagen zugänglich, obwohl ihre Authentizität von vielen Historikern bis heute in Frage gestellt wird. Andererseits konnten die Materialien der betroffenen Länder erst dann erforscht und publiziert werden, bzw. den Überlebenden war es erstmals möglich, über ihre Erfahrungen zu berichten.

Währendessen erschloss die internationale Forschung wesentliche Quellen zu den Deportationen in die Sowjetunion, die während der 1990er Jahre publiziert wurden.[9] Über die von den Deportationen betroffenenen Regionen Rumäniens erschienen schon damals erste Synthesen und Quellenausgaben.[10] In den 2000er Jahren wurden der

[7] SCHIEDER, Theodor (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Bd. I–V. Bunderministerium für Vetriebene, Bonn, 1953–1962.

[8] PALÁSTHY, Rezső: Fehér könyv a Szovjetunióba elhurcolt hadifoglyok és polgári deportáltak helyzetéről. Bad Wörishofen, 1950.

[9] DUPKA, György – KORSZUN, Alekszej: A „Málenykij Robot" dokumentumokban. Intermix, Budapest–Ungvár, 1993.; KARNER, Stefan: Im Archipel GUPVI. Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion 1941–1956. Oldenbourg, München, 1995.; POLJAN, Pavel M.: Westarbeiter. Reparationen durch Arbeitskraft. Deutsche Häftlinge in der UdSSR. In: DAHLMANN, Dittmar – HIRSCHFELD, Gerhard (Hg.): Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation. Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland 1933 bis 1945. Klartext Verlag, Essen, 1999, 337–367.

[10] WEBER, Georg (Hg.): Die Deportation von Siebenbürger Sachsen in die Sowjetunion 1945–1949. 3 Bände. Böhlau, Köln, 1995.; BERNER, Helmut – RADOSAV, Doru: Und keiner weiß warum. Eine deportierte Geschichte. Landmannschaft der Sathmarer Schwaben, Ravensburg, 1996.; BAIER, Hannelore (Hg.): Deportarea etnicilor germani din România în Uniunea Sovietică 1945: culegere de documente de arhivă. Forumul Democrat al Germanilor din România, Sibiu, 1994.; BAIER, Hannelore:

10.15772/ANDRASSY.2019.00519

internationale Hintergund und die Verhandlungen der Alliierten über die Frage der Deportation und Zwangsarbeit fast gänzlich erschlossen und eine reiche GULag-Literatur entstand.[11] Auch das Thema Kriegsgefangenschaft wurde in erster Linie im deutschsprachigen Raum untersucht sowie wichtige Werke zum sowjetischen Lagersystem der Kriegsgefangenen und Internierten,[12] zum GUPVI[13], veröffentlicht.

In Ungarn wurden die früher tabuisierten Kapitel der Geschichte der Ungarndeutschen ab den 1980-er Jahren öffentlich thematisiert, bzw. erforscht. Die Zeit nach dem Abzug der Sowjettruppen 1990/91 war von einer freien, aber sowjetfeindlichen Atmosphäre geprägt, was auch in der Fachliteratur Spuren hinterließ.
„Verschleppung und Vertreibung" genossen einige Jahre lang öffentliche Aufmerksamkeit. Tagungen und Ausstellungen wurden im Sinne des friedlichen Zusammenlebens des deutschen und ungarischen Volkes organisiert. Repräsentativ war hier die internationale, 1987 in Budapest ausgetragene Konferenz „*300 Jahre Zusammenleben*",[14] auf der ausländische und ungarische Historiker und Politiker

Tief in Russland bei Stalin: Erinnerungen und Dokumente zur Deportation in die Sowjetunion 1945. ADZ-Verlag, Bukarest, 2000.

[11] STETTNER, Ralf: „Archipel GULag". Stalins Zwangslager – Terrorinstrument und Wirtschaftsgigant. Entstehung, Organisation und Funktion des sowjetischen Lagersystems 1928–1956. Schöningh, Paderborn, 1996.; IVANOVA, Galina Michajlovna: Der Gulag im totalitären System der Sowjetunion. Reinhold Schletzer Verlag, Berlin, 2001.; APPLEBAUM, Anne: Gulag. A History. Doubleday, New York, 2003. (Der Band erschien auch auf Deutsch: APPLEBAUM, Anne: Der Gulag. Goldmann, München, 2005.); STARK, Meinhard: Frauen im GULag. Alltag und Überleben. 1936 bis 1956, Carl Hanser Verlag, München-Wien, 2003.; KHLEVNIUK, Oleg V.: The History of the Gulag. From Collectivization to the Great Terror. Yale University Press, New Haven, 2004.; KIZNY, Tomasz: Gulag. Hamburger Edition, Hamburg, 2004.; LYNNE, Viola: The unknown Gulag. The lost world of Stalin's special settlements. Oxford University Press, Oxford, 2007.

[12] DORNIK Wolfram – HESS Mihael – KNOLL Harald: Burgenländische Kriegsgefangene und Zivilverurteilte in der Sowjetunion 1941–1956. Amt der Burgenländischen Landesregierung, Eisenstadt, 1997.; BISCHOF, Günter – OVERMANS, Rüdiger: Kriegsgefangenschaft im Zweiten Weltkrieg. Eine vergleichende Perspektive. Verlag Gerhard Höller, Ternitz-Pottschah, 1999.; OVERMANS, Rüdiger (Hg.): In der Hand des Feindes. Kriegsgefangenschaft von der Antike bis zum Zweiten Weltkrieg. Böhlau, Köln-Weimar-Wien, 1999.; HILGER, Andreas: Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, 1941–1956. Kriegsgefangenenpolitik, Lageralltag und Erinnerung. Klartext, Essen. 2000.; PEER Sabine: Südtiroler hinter Stalins Stacheldraht. Kriegsgefangenschaft in Russland 1943–1954. Verlagsanstalt Athesia, Bozen, 2000.; BISCHOF, Günter – KARNER, Stefan – STELZL-MARX, Barbara: Kriegsgefangene des Zweiten Weltkrieges: Gefangennahme – Lagerleben – Rückkehr. Oldebourg Wissenschaftsverlag, Wien-München, 2005.; DÄHLER, Richard: Die japanischen und deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion 1945–1956. Vergleich von Erlebnisberichten. LIT Verlag, Zürich, 2006.; SCHERSTJANOI, Elke (Hg.): Russlandheimkehrer. Die sowjetische Kriegsgefangenschaft im Gedächtnis der Deutschen. Oldenbourg Verlag, München, 2012.

[13] Im deutschsprachigen Raum wird die Abkürzung oft als GUPWI geschrieben.

[14] HAMBUCH, Vendel (Hg.): 300 éves együttélés – a magyarországi németek történetéből. Konferenciakötet. Tankönyvkiadó, Budapest, 1988.

10.15772/ANDRASSY.2019.00520

Vorträge hielten. Hier setzten sie sich das erste Mal offen und frei nicht nur mit der Ansiedlung der deutschen Minderheit sondern auch mit deren bisher tabuisierten Vertreibung auseinander. Die Veranstaltung kann als Ausgangspunkt der nun einsetzenden Forschungen angesehen werden. Im Gegensatz zur Vertreibung blieb die „Malenkij Robot" auch weiterhin ein heikles Thema – worauf Wendelin Hambuch im Vorwort des Dokumentenbandes „Verschleppung Ungarländischer Deutschen" hinwies.[15] Die Verschleppung blieb weiterhin unerforscht, zum Durchbruch kam es erst 1989, als der Verband der Ungarndeutschen eine öffentliche Konsultation zur Entschädigung der in die sowjetischen Lager Verschleppten organisierte. Der Bruch des Schweigens war also durch den Anspruch auf finanzielle Entschädigung motiviert.[16]

Die damals begonnenen Forschungen basierten generell auf der Methode der Oral History und des narrativen Interviews, ferner wurden themenbezogene Egodokumente – Briefe, Tagebücher, Memoiren – herangezogen. Für die Fachliteratur der frühen 1990er Jahre ist kennzeichend, dass sowohl Interviews als auch Archivquellen veröffentlicht wurden.[17] Die meisten Publikationen beschränkten sich auf kleinere Regionen oder Ortschaften. Die Ergebnisse spiegeln den Mangel einer konkreten Fragestellung wider: Oft wurde beispielsweise nur die Feststellung der Anzahl der Deportierten, die Erörterung der Zustände in den Lagern und während der Transporte oder die Suche nach Verantwortlichen angestrebt.

[15] ZIELBAUER, György (Hg.): Die Verschleppung ungarländischer Deutscher 1944/45: Erste Station der kollektiven Bestrafung: (Dokumentarband). Magyarországi Németek Szövetsége, Budapest, 1990.

[16] Siehe: Regierungsbeschluss Nr. 93/1990. (vom 21. November) über den Sozialversicherungs– und Arbeitsrechtsstatus, bzw. über die Außerkraftsetzung der Rentenreduzierung aller Personen, die zwischen 1945 und 1963 rechtswidrig verurteilt wurden oder im Zusammenhang der Revolution und Freiheitskampf 1956 verurteilt wurden. https://net.jogtar.hu/jr/gen/hjegy_doc.cgi?docid=99000093.KOR (Abruf: 25. 1. 2018)

[17] Ohne Anspruch auf Vollständigkeit: ÁRVA, Erzsébet – POZSONYI, József: Deportáltak. Balmazújvárosból elhurcoltak visszaemlékezései. Balmazújvárosi Múzeum, Balmazújváros, 1989.; RÓZSA, Péter: Ha túlélted, hallgass! Szabad Tér Kiadó, Budapest, 1989.; ZIELBAUER, György: Magyar polgári lakosok deportálása és hadifogsága (1945–1948). Történelmi Szemle 31. évfolyam 3–4. szám 1989. 270–291.; ERDMANN, Gyula: Deportálás, kényszermunka. Békési és csanádi németek szovjet munkatáborokban. Békés Megyei Levéltár, Gyula, 1990.; FÜZES, Miklós: Modern rabszolgaság. Magyar állampolgárok a Szovjetunió munkatáboraiban. Formatív, Budapest, 1990.; KORMOS, Valéria – VÁRHELYI, Pál: Ember rablás orosz módra. Kelenföld Kiadó - Magyar Nők Lapja Egyesület, Budapest, 1990.; LÁSZLÓ, Lajos: Halálpolka. Babits, Szekszárd, 1990.; MERK, Zsuzsa: A Szovjetunióba deportált katymári és vaskuti németek. In: Cumania 12. A Bács-Kiskun Megyei Múzeumok Évkönyve, Kecskemét, 1990. 347–373.; DOBOZI, Eszter: „Csak a napnyugtát néztük…". Elhurcolt magyar nők a Donyecben. Csokonai, Debrecen, 1991.; SZEBENI, Ilona: Merre van a magyar Hazám ? Széphalom Könyvműhely, Budapest, 1992.; SZEBENI, Ilona: Haza fogunk menni. Kényszermunkán a Szovjetunióban 1944–1949. Piremon, Debrecen, 1993.

10.15772/ANDRASSY.2019.00521

Zu dieser Zeit wurde die Verschleppung in die Sowjetunion als erste Station des Leidenswegs der Ungarndeutschen dargestellt, die vor ihrer Vertreibung nach Deutschland im Sinne der kollektiven Bestrafung erfolgte.[18]

Eine Schwerpunktverlagerung ist ab der zweiten Hälfte der 2000er Jahre festzustellen, als das Thema in erster Linie im Rahmen der Erforschung der sowjetischen Kriegsgefangenschaft, bzw. des Besserungsarbeitssystems (GULag) behandelt wurde. Dabei wurden die Ergebnisse der internationalen Fachliteratur mit einer Verspätung von circa 10 Jahren rezipiert und eingearbeitet. Die wichtigsten Autoren damals waren Zalán Bognár und Tamás Stark,[19] bzw. Mária Éva Varga.[20] Letztere stützte ihre Arbeiten auf ihre Forschung in russischen Archiven, weswegen sie einen völlig anderen Zugang zum Thema hatte. In diesen Arbeiten waren die deportierten „deutschstämmigen Zivilisten" nur eine kleinere Gruppe der „Opfer der stalinistischen Zwangsarbeit".

Unter der Regierung Viktor Orbáns intensivierten sich die Bestrebungen, 2014 und 2015 zu Gedenkjahren der „Malenkij Robot" zu machen. Im Januar 2015 proklamierte sodann die ungarische Regierung das *Gedenkjahr der in die Sowjetunion verschleppten politischen Gefangenen und Zwangsarbeiter*,[21] das später bis Februar 2017 verlängert

[18] Einen Bericht über die hierzu relevante Forschung in den Jahren 1980 bis 1996 legt Gerhard Seewann vor, siehe: SEEWANN, Gerhard: Zur ungarischen Geschichtsschreibung über die Vertreibung der Ungarndeutschen, 1980–1996. In: TÓTH, Ágnes: Migrationen in Ungarn 1945–1948. Oldenbourg Verlag, München, 2001, 7–15.

[19] Einige Publikationen beider Autoren zum Thema: BOGNÁR, Zalán: Budapest polgári lakosságának tömeges elhurcolása szovjet hadifogságba, 1945. Januar-März. In: Hadtörténelmi Közlemények, 1995/1. 109–114.; BOGNÁR, Zalán: Egy csata utóélete. Budapest ostromának (hadi)fogoly-vesztesége(i). In: Studia Caroliensia, 2000/1. 77–87.; BOGNÁR, Zalán: Budapest és környéke lakosságának tömeges elhurcolása szovjet hadifogságba (1944. december – 1945. április) In: KÚT 2004/3–4. 99–113.; STARK, Tamás: „Malenki robot". Magyar kényszermunkások a Szovjetunióban (1944–1955). In: Kisebbségkutatás 14 (2005) 65–75.; BOGNÁR, Zalán (Hg.): „Egyetlen bűnünk a származásunk volt...". Német és magyar polgári lakosok deportálása „malenkij robot"-ra a sztálini lágerekbe, 1944/45–1950. Magyarországi Németek Pécs-Baranyai Nemzetiségi Köre, Pécs. 2009. 13–72.; BOGNÁR, Zalán: A budapesti csata ártatlanul elhurcolt áldozatai. In: ZSÍROS, Sándor (Hg.): Emberek az embertelenségben. Gulágkutatók Nemzetközi Társasága, Miskolc, 2010, 36–55.; STARK, Tamás: Magyar foglyok a Szovjetunióban. Lucidus, Budapest, 2006.; STARK, Tamás: A „málenkij robot" budapesti áldozatai 1944–1945. Egy forráscsoport elemzésének tanulságai. In: Történelmi Szemle 2012/2 279–314.; BOGNÁR, Zalán: „Itt volt a végállomás". Halálos áldozatokkal járó német- és magyarellenes tevékenysgek a Kárpát-medencében. Magyarországi Németek Pécs-Baranyai Nemzetiségi Köre, Pécs, 2015.

[20] VARGA, Éva Mária: Magyarok szovjet hadifogságban (1941–1956). Az oroszországi levéltári források tükrében. Russica Pannonicana, Budapest, 2009.

[21] Regierungsbeschluss Nr. 1009/2015 über die Ankündigung des Gedenkjahres der in die Sowjetunion verschleppten politischen Gefangenen und Zwangsarbeiter. In: Magyar Közlöny. Magyarország hivatalos lapja Nr. 4. vom 20. 1. 2015, 191–192.

10.15772/ANDRASSY.2019.00522

wurde.[22] In diesem Rahmen wurden umfangreiche staatliche Fördermittel für Projekte wie Denkmalbauten, Forschungen, Gedenkveranstaltungen und Publikationen ausgeschrieben, so genoss das Thema in den Jahren von 2015 bis 2017 eine nie zuvor vorhandene Popularität und öffentliche Aufmerksamkeit.

Da bis zur Fertigstellung dieser Dissertation noch immer nicht alle Projekte der Gedenkjahre zugänglich sind, sind nur allgemeine Schlußfolgerungen daraus zu ziehen (zum Gedenkjahr siehe Kapitel **9.3**). Die wissenschaftliche Qualität der damit verbundenen Publikationen ist sehr unterschiedlich. Außer einigen wissenschaftlich fundierten Studien bilden den Großteil der Publikationen von Laien geschriebene Bücher, die Interviews und andere Egodokumenten enthalten. Methodische Kenntnisse fehlen hier gänzlich, weswegen diese Arbeiten sehr kritisch zu sehen sind. Charakteristisch ist die terminologische Unschärfe: Das GULag, die Kriegsgefangenschaft, die Internierungen, die Verschleppung der männlichen Bevölkerung, bzw. die Deportation deutschstämmiger Zivilisten werden nicht differenziert behandelt – das alles wurde unter den Leitbegriff der „Malenkij Robot" gestellt und miteinander vermischt.

Die Projekte im Rahmen des Gedenkjahres verfehlten ihr Ziel, eine endgültige Zahl der Opfer zusammenzustellen. Im Gegenteil wurde die Opferzahl ständig erhöht, begleitet von emotional geprägten Spekulationen. Positiv anzumerken ist, dass die Aufmerksamkeit vieler Jugendlicher auf das Thema gelenkt wurde. Sie führten zum Teil auch Interviews in ihrem Umfeld, wozu Außenstehendenie die Möglichkeit nicht gehabt hätten – diese Interviews sind aber zum Teil gleichfalls nicht methodisch fundiert. Erfreulicherweise konnten während dieser Jahre – zumeist junge – Forscher für das Thema gewonnen werden. Diese tragen vielversprechende Publikationen zum Forschungsfeld bei,[23] zum Teil unabhängig von den Gedenkjahren. Ferner muss eine

[22] Regierungsbeschluss Nr. 1572/2015. über die Modifizierung des Regierungsbeschlusses Nr. 1009/2015. (I. 20.) über die Ankündigung des Gedenkjahres der in die Sowjetunion verschleppten politischen Gefangenen und Zwangsarbeiter. In: Magyar Közlöny. Magyarország hivatalos lapja Nr. 123. v. 4. 9. 2015, 19123–19124.

[23] Ohne Anspruch auf Vollständigkeit: MOLNÁR, Annamária: Malenkij robotról hazatért német nők integrációja Magyarországon és Németországban. In: Pro Minoritate 2016/Sommer. 56–64.; MUSKOVICS, Andrea Anna: „Mit vétettem, kinek ártottam?" Tárnokiak malenkij roboton. Tárnok Nagyközség Szlovák Nemzetiségi Önkormányzata, Tárnok, 2016.; KUNT, Gergely: A málenkij robot Miskolcon, különös tekintettel a német nemzetiségű lakosok elhurcolására. In: TÓTH, Arnold (Hg.): Miskolci németek kényszermunkán a Szovjetunióban, 1945–1949. Miskolc, 2017. 41–95.; RITTER, György: „Fejlapot kaptam, nyemcinek lettem nyilvánítva…" A Dunakanyarból 1945-ben német

10.15772/ANDRASSY.2019.00523

Quellenausgabe von Tamás Stark hier erwähnt werden,[24] in der Unterlagen des Außenministeriums publiziert werden, obwohl die Begründung der Auswahl der Unterlagen gänzlich fehlt. Diese Publikation untermauert jedoch meine These, dass dieses Quellenmaterial zur Erschließung des Themas absolut ungeeignet ist: Die Reihenfolge der Quellen entspricht der zeitlichen Chronologie, eine territoriale Selektion, oder eine je nach der Art der Gefangschaft fehlt gänzlich.

Als diese Arbeit abgegeben wurde, war die Frage noch offen, ob die während der Gedenkjahre begonnenen Projekte fortgesetzt werden, bzw. in welche Richtung die Erschließung des Themas weitergehen sollte. Diese Dissertation wurde gänzlich unabhängig vom Gedenkjahr und dessen Projekten verfasst. Ihr Ziel ist die detaillierte Aufarbeitung des Vorgangs der Deportation auf der Lokal- und Regionalebene, die bis heute ein Desiderat der Forschung darstellt.

1.3 Quellen und Methoden

Archivquellen

Während meiner Forschung war ich darum bemüht, alle zur Verfügung stehenden Quellen aufzuspüren und einzubeziehen. Die wichtigste Grundlage meiner Arbeit bilden die zumeist unerschlossenen regionalen und lokalen Archivquellen. Darunter sind in erster Linie die Materialien der damaligen ungarischen Verwaltungsbehörden zu verstehen, die in den Beständen der Komitatsarchive zu finden sind.

Zehn von den neunzehn Komitatsarchiven des Ungarisches Nationalarchivs erwiesen sich hier als ergiebig: die Komitatsarchiven Baranya (Pécs),[25] Bács-Kiskun

származásúként szovjet munkatáborokba deportáltak emlékezete az „oral history" források tükrében. In: CSIKÓS, Gábor – HEGEDŰS, István – HORVÁTH, Gergely Krisztián – Ö. KOVÁCS, József: Életvilágok és társadalmi gyakorlatok a 18–20. században. MTA-BTK, Budapest, 2017, 229–272. Nicht alle der aufgelisteten Werke wurden im Rahmen des Gedenkjahres gefördert.

[24] STARK, Tamás (Hg.): „…Akkor azt mondták kicsi robot". A magyar polgári lakosság elhurcolása a Szovjetunióba a korabeli dokumentumok tükrében. MTA-BTK TI, Budapest, 2017.

[25] Ungarisches Nationalarchiv Komitatsarchiv Baranya (Magyar Nemzeti Levéltár Baranya Megyei Levéltára, im Weiteren MNL BML), Ungarisches Nationalarchiv Komitatsarchiv Bács-Kiskun (Magyar Nemzeti Levéltár Bács-Kiskun Megyei Levéltára, im Weiteren MNL BKML), Ungarisches Nationalarchiv Komitatsarchiv Békés (Magyar Nemzeti Levéltár Békés Megyei Levéltára, im Weiteren MNL BéML), Ungarisches Nationalarchiv Komitatsarchiv Borsod-Abaúj-Zemplén (Magyar Nemzeti Levéltár Borsod-Abaúj-Zemplén Megyei Levéltára, im Weiteren MNL BAZML), Ungarisches

10.15772/ANDRASSY.2019.00524

(Kecskemét), Békés (Gyula), Borsod-Abaúj-Zemlén (Miskolc), Hajdú-Bihar (Debrecen), Nógrád (Salgótarján), Pest (Budapest), Somogy (Kaposvár), Szabolcs-Szatmár-Bereg (Nyíregyháza) und Tolna (Szekszárd). Darüber hinaus wurden die Bestände von fünf Filialarchiven (Filialarchiv in der Rét-Straße des Komitatsarchivs Baranya,[26] Filialarchiv Sátoraljaújhely des Komitatsarchivs Borsod Abaúj-Zemplén,[27] Filialarchiv Hajdúböszörmény des Komitatsarchivs Hajdú-Bihar, Filialarchiv Balassagyarmat des Komitatsarchivs Nógrád, Filialarchiv Nagykőrös des Komitatsarchivs Pest) erschlossen und einbezogen.

Obwohl nicht in die Struktur der Ungarischen Nationalarchive eingebunden, ist außerdem die Forschung in der Dokumentensammlung des Hauptstädtischen Archivs Budapest[28] zu erwähnen, wo die Verwaltungsunterlagen der Gemeinden bewahrt werden, die inzwischen in die Hauptstadt integriert wurden.

Nachdem ich in den Jahren von 2011 bis 2014 die Deportation aus dem Komitat Baranya aufgearbeitet habe,[29] folgte meine Archivforschung für diese Arbeit dem

---

Nationalarchiv Komitatsarchiv Hajdú-Bihar (Magyar Nemzeti Levéltár Hajdú-Bihar Megyei Levéltára, im Weiteren MNL HBML), Ungarisches Nationalarchiv Komitatsarchiv Pest (Magyar Nemzeti Levéltár Pest Megyei Levéltára, im Weiteren MNL PML), Ungarisches Nationalarchiv Komitatsarchiv Somogy (Magyar Nemzeti Levéltár Somogy Megyei Levéltára, im Weiteren MNL SML), Ungarisches Nationalarchiv Komitatsarchiv Szabolcs-Szatmár-Bereg (Magyar Nemzeti Levéltár Szabolcs-Szatmár-Bereg Megyei Levéltára, im Weiteren MNL SZSZBML), Ungarisches Nationalarchiv Komitatsarchiv Tolna (Magyar Nemzeti Levéltár Tolna Megyei Levéltára, im Weiteren MNL TML).

[26] Während der Forschung wurden fast ausschließlich die Bestände des Filialarchiv in der Rét Straße benutzt, weswegen die MNL BML Abkürzung im Weiteren immer diese Einrichtung bedeutet.

[27] Ungarisches Nationalarchiv Komitatsarchiv Borsod-Abaúj-Zemplén, Filialarchiv Sátoraljaújhely (Magyar Nemzeti Levéltár Borsod-Abaúj-Zemplén Megyei Levéltárának Sátoraljaújhelyi Fióklevéltára, im Weiteren MNL BAZML-SFL), Ungarisches Nationalarchiv Komitatsarchiv Hajdú-Bihar, Filialarchiv Hajdúböszörmény (Magyar Nemzeti Levéltár Hajdú-Bihar Megyei Levéltárának Hajdúböszörményi Fióklevéltára, im Weiteren MNL HBML-HFL), Ungarisches Nationalarchiv Komitatsarchiv Nógrád, Filialarchiv Balassagyarmat (Magyar Nemzeti Levéltár Nógrád Megyei Levéltárának Balassagyarmati Fióklevéltára, im Weiteren MNL NML-BFL), Ungarisches Nationalarchiv Komitatsarchiv Pest, Filialarchiv Nagykőrős (Magyar Nemzeti Levéltár Pest Megyei Levéltárának Nagykőrösi Fióklevéltára, im Weiteren MNL PML-NFL).

[28] Hauptstädtisches Archiv Budapest (Budapest Főváros Levéltára, im Weiteren BFL).

[29] Meine Diplomarbeit wurde im Sommersemester 2014 im Historischen Institut der Philosophischen Fakultät an der Universität Pécs abgegeben und erfolgreich verteidigt, ihr Titel lautete: „Malenkij robot" Baranya vármegyében. Döntési folyamatok a civil lakosság szovjet jóvátételi munkára mozgósításra való kiválasztásánál 1944/1945. Eine editierte Version erschien sowohl auf deutscher als auch auf ungarischer Sprache, siehe: MÁRKUS, Beáta: „Malenkij robot" Baranya vármegyében: Döntési folyamatok: hogyan választották ki a civil lakosok közül azokat, akiket a Szovjetunióban végzendő jóvátételi munkára mozgósítottak 1944/1945-ben? MÚLTUNK - Politikatörténeti folyóirat 2014 (3) 62–104.; MÁRKUS, Beáta: „Malenkij robot" im Komitat Baranya: Entscheidungsprozesse bei der Auswahl der Zivilbevölkerung zur Deportation in die Sowjetunion 1944/1945. In: BEER, Mathias (Hg.) Danubiana Carpathica: Jahrbuch für Geschichte und Kultur in den deutschen Siedlungsgebieten Südosteuropas. München, De Gruyter Oldenbourg, 2013. 297–326.

10.15772/ANDRASSY.2019.00525

gleichen, auf meinen früheren Erfahrungen basierenden Muster. Zunächst wurden in allen Komitaten die Materialien der Komitatsleitung aufgearbeitet, in erster Linie die sogenannten vertraulichen, präsidialen und allgemeinen Verwaltungsakte der Ober- und Vizegespane, gegebenenfalls auch die Akten der Bürgermeister der Komitatssitze. Darauffolgend wurden die Bestände der niedrigeren Ebenen, die der Oberstuhlrichter (ab 1945 Obernotäre) der Bezirke erschlossen. Dadurch konnte ich mir ein Bild davon machen, welche Gemeinden der Region von der Deportation betroffen waren, welche Materialien der untersten Ebene – (Groß)Gemeinden und Notariate, Nationalkomitees – untersucht werden sollten. Letzere wurden also zweckgerichtet und systematisch ausgewählt. Ich bemühte mich um eine Untersuchung aller betroffenen Ortschaften, was jedoch wegen des Zeitaufwands und wegen fehlender Materialien nicht in allen Fällen möglich war.

Der untersuchte Zeitraum sind die Jahre 1944 bis 1947, gegebenenfalls bis 1949, abhängig vom Umfang der zur Verfügung stehenden Materialien.[30] Generell sind die Qualität und Quantität der verfügbaren Materialien regional unterschiedlich. Viele Dokumente verschwanden oder wurden vernichtet, wodurch eine genaue Rekonstruktion unmöglich wurde. In einigen Fällen konnte anhand von Inventarbüchern und Verzeichnissen noch festgestellt werden, dass die Unterlagen einmal existierten, in anderen Fällen waren nicht einmal diese Informationen vorhanden. Bei diesen Archivarbeiten handelt es sich um Grundlagenforschung, das heißt es gab in den Archiven keine bereits erschlossenen, für alle Benutzer zur Verfügung stehenden Bestände zum Thema. So musste ich während meiner Forschung sehr große Mengen von Materialien bestellen und durchsuchen, und nur ein Bruchteil der bearbeiteten Unterlagen enthielt relevante Auskünfte. Dennoch reichten diese aus, um das bisherige Bild über die Deportation zu ergänzen, zu relativieren oder in einigen Fällen gänzlich in Frage zu stellen.

[30] Über die Erfahrungen dieser Forschung berichtete ich detailliert 2017 in einer online- Publikation, die jedoch vor dem Abschluss der landesweiten Forschungstätigkeit abgegeben werden musste, weswegen die Ergebnisse sich auf die Bestände der bis dahin besuchten Archive beschränken. MÁRKUS, Beáta: A német származású civilek Szovjetunióba deportálásának (1944/1945) lokális forrásai. In: Ungarisches Nationalarchiv Oktatólapok, Magyarok a Gulag és Gupvi táborokban, http://oktatolapok.mnl.gov.hu/magyarok_a_gulag_es_a_gupvi_taboraiban/tartalom/tanulmany?id=1 (Abruf: 14. 11. 2018)

10.15772/ANDRASSY.2019.00526

Die Relevanz der lokalen Quellen für die Erforschung der Deportation wird an dieser Stelle zusammengefasst dargestellt. Zum Aufspüren der Quellen ist es wichtig zu verstehen, wie die Durchführung der Deportation im Allgemeinen verlief, in welchem Zustand sich das Verwaltungssystem Ungarns damals befand, bzw. wann welche Organe welche Maßnahmen bezüglich der Deportation einleiteten und wozu schriftliche Unterlagen entstehen konnten.

Während der Wende 1944/1945 brach der ungarische Verwaltungsapparat zusammen. Während im östlichen Landesteil die sowjetischen Truppen im Oktober 1944 einmarschierten, das Gebiet eroberten und Ende Dezember eine Provisiorische Nationalregierung in Debrecen gebildet wurde, dauerten die Kampfhandlungen in den nordwestlichen Gebieten noch ein halbes Jahr lang an. Parallel zu den Deportationsmaßnahmen war die Belagerung der Haupstadt im Gange, so wurde die Arbeit der dort ansässigen zentralen Staatsorgane größtenteils eingestellt. Die Regierung in Debrecen und andere „zentrale" Organe konnten keinen Kontakt mit einem großen Teil des Landes aufnehmen. So blieben die dortigen Komitatsorgane auf sich allein gestellt, als sie die verschiedensten Verordnungen der deutschen und später sowjetischen Besatzer – unter anderem die Verordnung über die Deportation der „deutschstämmigen Zivilisten" – durchsetzen mussten.

In den Materialien einiger Komitate konnten Unterlagen darüber gefunden werden, dass die Komitatsleitung den Kontakt zu der Provisorischen Regierung in Debrecen suchte (zum Beispiel im Komitat Békés), anderswo können keine diesbezüglichen Spuren gefunden werden (z. B. im Komitat Pest-Pilis-Solt-Kiskun). Die Lage wurde dadurch, dass auf allen Ebenen der Landesverwaltung Personal ausgewechselt wurde, noch chaotischer. Ein Teil der Beamten flüchtete, andere kamen ums Leben, wurden von den Deutschen oder den Sowjets festgenommen, oder verließen ihre Behörden aus verschiedensten Gründen. Wer die 1944 und 1945 vakant gewordenen Positionen provisorisch oder dauerhaft übernahm, ist manchmal nicht einmal anhand der Unterlagen feststellbar.

Parallel dazu errichteten die Sowjets in den größeren Ortschaften und in den Komitats- und Bezirkszentren Militärkommandanturen. Die Ortswahl wurde wahrscheinlich bewusst dem ungarischen Verwaltungssystem angepasst, weil sie so von den ungarischen Behörden – die über Ortskenntnisse und administrative Erfahrung

10.15772/ANDRASSY.2019.00527

verfügten – effektive Unterstützung bei verschiedensten Anlässen verlangen konnten. Das traf auch auf die Durchführung der Deportation zu, die nicht aufgrund einer landesweiten Verordnung durchgesetzt wurde, sondern aufgrund von Befehlen, die auf der Lokal- und Regionalebene (Bezirke und Gemeinden) erlassen wurden und von den Gemeindevorständen binnen kürzester Zeit zu vollstrecken waren. Erst danach erstatteten die betroffenen Behörden Bericht an die vorgesetzte Komitatsbehörde. Die Deportationen wurden während ihrer Durchführung ausschließlich innerhalb der Komitate dokumentiert. Die Erschließung dieser Dokumentation auf Komitatsebene ist von immenser Bedeutung.

Die landesweiten Organe erfuhren von den Vorgängen über diverse Kanäle, jedoch erst nachträglich. Nur eine Ausnahme ist aus dem Komitat Békés bekannt, wo der Obergespan mit dem Innenminister Ferenc Erdei im Januar 1945 über die Deportation korrespondierte.[31] Sein Interventionsversuch hatte keinen Einfluss auf die Vorgänge: Erdei erließ eine Verordnung, die die meisten Komitate nicht erreichte. Andere Obergespane und Vizegespane berichteten ebenso an die Staatsorgane in Debrecen, obwohl ihr Wissen nur auf Berichten der Lokalebene beruhen konnte. Andererseits stellten in der ersten Zeit die Familienmitglieder vieler Deportierten individuelle Anträge auf Freilassung an die Ministerien, die wahrscheinlich ein sehr chaotisches Bild darüber vermittelten, was in den einzelnen Gemeinden geschah.[32]

Als Reaktion auf solche Anträge unternahm im Frühling 1945 das Außenministerium eine landesweite Aktion „*zur Suche und Freilassung der Personen, die von sowjetischen Militärbehörden abtransportiert wurden*". Im Rahmen dieser Aktion wurden die Monate zuvor Deportierten je nach Gemeinde zusammengeschrieben, um in der Angelegenheit ihrer Freilassung bei der sowjetischen Regierung intervenieren zu können. Diese Dokumentation fand also nachträglich statt und enthält zumeist nur quantitative Angaben, eventuell Namenslisten, sie informiert jedoch nicht über den Verlauf der Deportation. Darüber hinaus entstanden diese Zusammenschreibungen auf der Gemeindeebene, weil nur dort registriert war, wer von dort abtransportiert wurde.

[31] Siehe darüber FÜZES, Modern 1990, 19; ferner ERDMANN, Deportálás, 1990, 31–32, 34–36, 45–46.
[32] Siehe dazu das Material, das im bereits erwähnten Dokumentarband von Tamás Stark veröffentlicht wurde: STARK, Akkor azt, 2017.

10.15772/ANDRASSY.2019.00528

Diese Dokumente sind in den Beständen der landesweiten Staatsorgane, in diesem Fall bei der Abteilung für Kriegsgefangnene des Außenministeriums zu finden. Eine solche Dokumentation ist zur Erschließung des Verlaufs der Deportation jedch nicht geeignet. Ebenso sollten sie Forscher, die nach quantitativen Angaben zur Deportation suchen, diese kritisch behandeln. Bis die Zusammenschreibungen zum Außenminister weitergeleitet wurden, gerieten viele Fehler in die Listen. Darüber hinaus enthielt die „Aktion zur Suche und Rettung" die Bedingung, dass nur Personen in die Listen eingetragen werden durften, die „*in politischer und nationaler Hinsicht als zuverlässig*" galten. Generell wurde die Einbeziehung von Mitgliedern politisch rechtsstehender Parteien und Organisationen, auch von Personen, die sich bei der letzten Volkszählung zur deutschen Nationalität oder Muttersprache bekannten, untersagt. Es hing auch von der Einstellung der lokalen ungarischen Behörden ab, wie sie diese Verordnung interpretierten und wen sie überhaupt in die Listen eintrugen. In einigen Komitaten spielte dieser Umstand keine wesentliche Rolle, anderswo wurden Tausende Personen deswegen aus der Aktion ausgeschlossen, wie z. B. im Komitat Baranya, wo damals etwa 700 Personen als Deportierte registriert wurden, obwohl die tatsächliche Anzahl über 5.000 betrug.[33]

Der Suchaktion Anfang 1945 folgten noch ähnliche Unternehmungen, deren Dokumentation aber ebenso wenig über die Umstände der Deportation informiert. Die späteren Maßnahmen, die die Deportierten betrafen (soziale Versorgung, Vernehmung nach der Heimkehr, etc.) erfolgten ebenfalls auf Gemeindeebene. Das zeigt, dass bei der Erforschung der Deportation die Unterlagen der Gemeindeebene von immenser Bedeutung sind, trotzdem wurden sie von den bisherigen Forschungen kaum berücksichtigt. Diese Dissertation versucht diese Lücke zu schließen.

Ungeachtet der obigen Ausführungen recherchierte ich auch im Landesarchiv des Ungarischen Nationalarchivs, obwohl in meiner Arbeit diese Unterlagen nur zur Ergänzung dienten. Eine detailliertere Forschung wäre auch nicht möglich gewesen, da die Abteilung des Archivs, in der sich die für das Thema relevanten Unterlagen befinden, während meiner Arbeit wegen eines Umzugs meistens nicht zugänglich war.

[33] Siehe dazu: MNL BML IV. 1401. b. 345/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.00529

Außer den weltlichen Organen bereicherten meine Arbeit auch die Quellen verschiedener Konfessionen. Die kirchlichen Behörden wurden in die Deportation weniger involviert, so wurde diese in ihren Unterlagen auch wenig registriert. Ausnahme bilden hier die in den Pfarreien geführten Historia Domus (Pfarrchroniken), die aber nur beschränkt zugänglich sind, weswegen ich nur wenige Exemplare untersuchen konnte. Ich habe in den folgenden kirchlichen Archiven recherchiert: Diözesanarchiv Pécs, Erzdiözesanarchiv Kalocsa, Erzdiözesanarchiv Esztergom, Diözesanarchiv Vác, Ungarisches Franziskanerarchiv, Ráday Archiv des Donaudistrikts der Reformierten Kirche.[34] Ferner lieferten die Kriegsschadenberichte wichtige Auskünfte, die in den letzten Jahren von vielen Archiven veröffentlicht wurden.[35]

Ein weiteres Archiv, in dem ich recherchierte, war die Abteilung Lastenausgleichsarchiv[36] des Bundesarchivs in Bayreuth. In der sog. Ostdokumentation sind Berichte zu finden, in denen die nach 1944 aus Ungarn geflüchteten und ab 1946 vertriebenen Ungarndeutschen über ihre ehemalige Heimat und über ihre Diffamierungen während und nach dem Zweiten Weltkrieg erzählten. Die Heimatortskarteien, Gemeindeseelenlisten und Gemeindevermisstenlisten enthalten

[34] Die Struktur der kirchlichen Archive ist nicht einheitlich, auf die Auflistung aller untersuchten Bestände wird hier verzichtet. Die Basis stellten die Unterlagen der Kirchenverwaltung und die der Pfarrer und Priester dar. Wichtige Hilfe bedeuteten die E-Archive (z. B. Kalocsa, Vác), die nach einer gebührenpflichtigen Registration online Zugang zu digitalisierten Materialien bieten. In den kirchlichen Quellen wurden auch die Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg untersucht, die oft Hinweise auf die interethnische Konflikte der 1930er, 1940er Jahre beinhalten.

[35] MÓZESSY, Gergely (Hg.): Inter Arma 1944–1945. Fegyverek közt. Válogatás a második világháború egyházmegyei történetének forrásaiból. Források a Székesfehérvári Egyházmegye történetéből II. Székesfehérvár, 2004.; PERGER, Gyula (Hg.): „ ...félelemmel és aggodalommal... „ Plébániák jelentései a háborús károkról a Győri Egyházmegyéből 1945. A Győri Egyházmegyei Levéltár Kiadványai. Források, feldolgozások 3. Győri Egyházmegyei Levéltár, Győr, 2005.; MUHI, Csilla – VÁRADY, Lajos (Hg.): „A múltat be kell vallani... „ háborús dokumentumok 1944–45. Szatmár egyházmegye papjainak visszaemlékezései a második világháború helyi eseményeire és más háborús dokumentumok. Szatmárnémeti, 2006.; VARGA, Tibor László (Hg.): Folytonos fegyverropogás közepette - Források a veszprémi egyházmegye második világháborús veszteségeiről I. Veszprémi Érseki és Főkaptalani Levéltár, Veszprém, 2015.; SZABADI, István (Hg.): Krisztusban nyert erő. A tiszántúli református gyülekezetek háborús krónikája (1944–1945) Band I-II. Tiszántúli Református Egyházkerület Levéltára - Református Közéleti és Kulturális Központ Alapítvány, Debrecen, 2016.

[36] Das Lastenausgleichsarchiv ist ein Filialarchiv des deutschen Bundesarchivs. Seine Grundlage war das Lastenausgleichsgesetz in der Bundesrepublik Deutschland vom 1. September 1952, das denjenigen Deutschen eine finanzielle Entschädigung gewährte, die infolge des Zweiten Weltkriegs und seinen Nachwirkungen Vermögensschäden oder besondere andere Nachteile erlitten hatten. Eine große Gruppe der Entschädigten waren Vertriebenen der ehemaligen Ostgebiete und der Länder Südosteuropas. Siehe darüber die Homepage des Archivs. https://www.bundesarchiv.de/benutzung/zeitbezug/nationalsozialismus/02655/index.html.de (Abruf: 5. 11. 2017), ferner: MAYER, János: A nyugatnémet állam és a menekültkérdés 1945 után. Világtörténet 1998. ősz-tél. 63–73, hier 68.; WIEGAND, Lutz: Der Lastenausgleich in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1985. Lang Frankfurt am Main, 1992.

10.15772/ANDRASSY.2019.00530

Auskünfte über die Einzelschicksale des gleichen Personenkreises. Diese Quellen sind der ungarischen Forschung bislang fast gänzlich unbekannt.[37]

Egodokumente

Mit dem Begriff Egodokumente sind Quellen gemeint, die die Ereignisse aus subjektiver Perspektive dokumentieren, in diesem konkreten Fall Briefe, Tagebücher, Memoiren der Betroffenen, bzw. Interviews und andere Zeitzeugenberichte. Briefe und Tagebücher sind nur selten erhalten geblieben und kaum für die Forschung zugänglich. Die meisten Egodokumente bestehen aus nachträglichen, mehr als 60–70 Jahren später geführten Oral History Interviews.

Wie im Kapitel über den Stand der Forschung bereits erwähnt, wurden mit den Überlebenden der Deportation seit 1989 zahlreiche Interviews geführt, die in Interviewbänden oder sonstigen Werken veröffentlicht wurden. In der Anfangszeit meiner Forschung machte ich gleichfalls Interviews, die zum Teil 2013 publiziert wurden.[38] Meine Erfahrungen diesbezüglich verunsicherten mich, inwieweit Zeitzeugeninterviews bei der historischen Forschung einsetzbar sind. Obwohl die Interviewpartner über Details berichteten, die in anderen Quellen nicht enthalten sind, herrscht in der Fachliteratur zur Oral History[39] ein relativer Konsens darüber, dass Interviews für die Rekonstruktion der Ereignisse der Vergangenheit nicht oder nur beschränkt geeignet sind. Ich teile besonders die Skepsis von zwei Autoren – Ulrike Jureit und Diether Cartellieri –, die die Verwendungsmöglichkeiten der Egodokumentation zweier „Opfergruppen" untersuchten und zum Schluss gekommen

[37] Deswegen habe ich die wichtigsten Erkenntnisse aus diesen Quellen bezüglich der Deportation in einem kürzeren Beitrag 2017 vorgestellt, siehe: MÁRKUS, Beáta: A dél-dunántúli elűzött németek és a „málenkij robot". A Szovjetunióba deportálás korai forrásai Németországban. In: BOGNÁR, Zalán – MUSKOVICS, Andrea Anna (Hg.): Emberek az embertelenség világában: a Gulág és a Gupvi: a Gulágkutatók Nemzetközi Társaságának évkönyve, 2015–2017. Kairosz, Budapest, 2017.

[38] MÁRKUS, Beáta (Hg.): „Messze voltam én fogságban, nagy Oroszországban…". Magyarországi németke szovjet kényszermunkán 1944/1945–1949. „Malenkij robot" interjúkötet. Magyarországi Németek Pécs-Baranyai Nemzetiségi Köre, Pécs, 2013.

[39] THOMPSON, Paul, The Voice of the Past. Oral History. 3. Auflage. Oxford Universtiy Press, Oxford-New York, 2000.; RITCHIE, Donald A., Doing Oral History. A Practical Guide. 2. Auflage. Oxford University Press, Oxford, 2003.; HAMILTON, Paula – SHOPES, Linda (Hg.), Oral History and Public Memories. Temple University Press, Philadelphia, 2008.; VORLÄNDER, Herwart (Hg.): Oral History. Mündlich erfragte Geschichte. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1990.; NIETHAMMER, Lutz: Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis des „Oral History". Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1985.

10.15772/ANDRASSY.2019.00531

sind, „*wer von erzählten Erinnerungen unmittelbar auf eine soziale Wirklichkeit schließt, der begibt sich historiographisch auf äußerst glattes Parkett*”.[40]

Schwierigkeiten ergeben sich aus drei Faktoren. Einerseits befindet sich der Interviewer in einer paradoxen Situation. Um die ganze Botschaft dekodieren zu können, wären interdisziplinäre Kenntnisse notwendig (Psychologie, Anthropologie, nonverbale Kommunikation, etc.), darüber hinaus die genaue Kenntnis des historischen Kontexts. Ist das alles gegeben, dann wird die Person des Interviewers leicht zum „Alleswisser”, sie stellt Fragen und erwartet dazu eine bestimmte Antwort, die sogar mit der Frage suggeriert werden kann. Kennt sie sich zu gut mit dem Thema aus, dann erscheinen Inhalte des Berichts als selbstverständlich, weswegen dazu keine Fragen mehr gestellt werden. Ferner besteht die reale Gefahr, dass die Vorkenntnisse und der erzählte Inhalt nicht übereinstimmen. Macht der Interviewer dies deutlich, kann die Interviewsituation dadurch verdorben werden.

Ein anderer Problemfaktor sind die Zeugen selbst. Die Interviews wurden 50–70 Jahren nach den Ereignissen, mit alten und manchmal kranken Personen geführt. Die Authentizität der Erzählungen kann leicht in Frage gestellt werden, wenn die Grenzen des menschlichen Gedächtnisses in Betracht gezogen werden. Viele Umstände deuten auf die Notwendigkeit der kritischen Betrachtung solcher Berichte hin: Das Trauma der Überlebenden, die eigene Rolle während der Deportation, die Veränderungen in ihren Leben, die seit damals bekannt gewordenen Informationen, der soziale Rahmen,[41] etc. All diese Faktoren bestimmen, wie die Überlebenden ihre Erinnerungen konstruieren und wie sie über ihre Erfahrungen berichten.

Der dritte Faktor sind die Personen, die mit den bereits geführten Interviews arbeiten und dazu gleichfalls eigene Motivationen und Hypothesen haben, anhand derer sie die Interviews untersuchen. Dieses Textkorpus ist jedoch sehr umfangreich, und es kann zufällig oder beabsichtigt dazu kommen, dass die Forscher nur Interviews oder Teile

[40] Cartellieri analysierte die Erinnerungen deutscher Kriegsgefangener des Zweiten Weltkriegs, Jureit führte mit Überlebenden deutscher Konzentrationslager Interviews. Siehe: CARTELLIERE, Diether: Erinnerungsveränderungen und Zeitabstand – Ein Beitrag zum Problem der Erinnerungsleistungen in Abhängigkeit vom Bealtensintervall. In: MASCHKE, Erich (Hg.): Die deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs. Eine Zusammenfassung. Band XIV. Verlag Ernst und Werner Gieseking. München 1974. 103–184.; JUREIT, Ulrike: Erinnerungsmuster. Zur Methodik lebensgeschichtlicher Interviews mit Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager. Ergebnisse Verlag, Hamburg, 1999, 10.

[41] Siehe darüber die grundlegende Arbeit von HALBWACHS, Maurice: Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen. Luchterhand, Berlin, 1966.

10.15772/ANDRASSY.2019.00532

davon beachten, die ihren Erwartungen entsprechen. Dieses Phänomen analysierte ich in einem Beitrag im Jahr 2017, in dem ich verschiedene Topoi der Deportationsgeschichten unter die Lupe nahm, wie beispielsweise den Begriff „Malenkij Robot", die Schweigepflicht der Heimkehrer, etc.. Diese werden von der Fachliteratur als allgemeingültige Merkmale betrachtet, obwohl eine tiefer gehende Untersuchung zeigt, dass sie nur in einem Bruchteil der Interviews auftauchen.[42]

Trotz all dieser Überlegungen benutze ich auch den Textkorpus der Interviews. Diese Auskünfte versuche ich aber immer mit anderen Quellen oder mit weiteren Interviews zu vergleichen und zu verifizieren. An den Stellen, an denen dies nicht möglich war, wird darauf hingewiesen.

Sonstige Quellen

Während meiner Forschung versuchte ich alle zur Verfügung stehenden Quellen einzubeziehen, die über den Vorgang der Deportation Auskunft gaben. Außer den bereits vorgestellten Quellensorten sind noch einige andere zu erwähnen.

Informativ waren die Monographien und Veröffentlichungen über die lokale Geschichte einiger Gemeinden, die in zwei Gruppen eingeteilt werden können. Einerseits die sog. Heimatbücher[43], die von den geflüchteten und vertriebenen Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland (später auch in Ungarn) publiziert wurden. Ihr Quellenwert ergibt sich daraus, dass sie oft Zeitzeugenberichte über die Deportation enthalten, die zeitnah aufgenommen wurden, lang bevor sie in Ungarn öffentlich thematisiert werden durften. Heimatbücher konzentrierten sich auf die Vorgänge auf Lokalebene, weswegen sie auch die lokalen Besonderheiten der Deportation berücksichtigen konnten. Dennoch bieten sie eine subjektive Perspektive, weswegen bei ihrer Nutzung auch allgemeine quellenkritische Probleme beachtet werden müssen. Auch wenn die Autoren zeitlich näher an den Ereignissen waren, geographisch befanden sie sich oft weit von den Schauplätzen entfernt, ohne Kenntnis anderer

[42] MÁRKUS, Beáta: Erzählungen über die Deportation deutschstämmiger Zivilisten in die Sowjetunion 1944/1945. Eine kollektive Biografie? in: MÁRKUS, Beáta – MEDOLAGO, Martina – NIKLAS, Silke Antje (Hg.): Menschen und ihre Biografien. Mitteleuropäische Lebenswege im Brennpunkt. New Academic Press, Wien, 2018. 227–254.

[43] Über Heimatbücher siehe BEER, Mathias (Hg.): Das Heimatbuch. Geschichte, Methodik, Wirkung. Vanderhoeck und Ruprecht, Göttingen, 2010.; OROSZNÉ TAKÁCS, Katalin: Die zur Erinnerung gewordene Heimat. Heimatbücher der vertriebenen Ungarndeutschen. Dissertation, Manuskript. Eötvös Loránd Tudományegyetem, Budapest, 2007.

10.15772/ANDRASSY.2019.00533

Quellen. Die Qualität der Heimatbücher ist sehr unterschiedlich, die Palette reicht von wissenschaftlich geschulter Autorenschaft bis zur Erzählungen von Laien.

Ähnliche Quellen sind die Ortsmonographien in Ungarn, die von den Autoren in der Regel der lokalen Gemeinschaft gewidmet sind. Die vor dem Systemwechsel erschienenen Werke erwähnten die Deportation überhaupt nicht, was der Tabuisierung dieser Thematik vor 1989 entspricht. Ab den 1990ern taucht die „Malenkij Robot" immer öfter auf. Auch hier sind die qualitative Vielfalt und die Dokumentierung der örtlichen Besonderheiten zu beobachten.

Diese Publikationen informieren die Leserschaft meistens darüber, wann und wie viele Personen deportiert wurden, bzw. wie viele davon in den Lagern ums Leben kamen. Häufig kommen auch Namenslisten vor, über alle Deportierten, über die Todesopfer oder über die Opfer des Krieges. Da die Autoren zumeist Mitglieder der Gemeinschaft sind, genießen sie das Vertrauen der Einheimischen, weswegen sie Zugang zu Informationen und Dokumenten hatten, die für Außenstehende verschlossen bleiben. So enthalten solche Bücher oft Fotos, Briefe, Tagebücher oder persönliche Gegenstände der Deportierten zur Illustration.

Zur Ergänzung der Quellenbasis wurde auch die Presse herangezogen. In den zeitgenössischen Zeitungen wurde die Deportation der deutschstämmigen Zivilisten kaum thematisiert. Einige Artikel darüber sind nachträglich erschienen und beziehen sich nicht ausschließlich auf die Deportation deutschstämmiger Zivilisten, sondern es wird auf „Zivilgefangene" neben den Kriegsgefangenen hingewiesen.

Für die Presse war in erster Linie die Frage der Rückkehr der Kriegsgefangenen relevant. Sowohl landesweite[44] als auch lokale Presseorgane publizierten zwischen 1945 und 1949 Artikel zu diesem Thema. Diese berichteten über die Anzahl und den Zeitpunkt des Eintreffens solcher Gruppen.

Zwischen 1945 und 1948 wurde ein eigenes Blatt, die *Magyar Hadirokkant, Hadifogoly Híradó* (sinngemäße Übersetzung: Nachrichten der Ungarischen Kriegsbeschädigten und Kriegsgefangenen) herausgegeben, deren Hauptprofil die Bekanntmachungen darüber waren, wann Gefangenentransporte in Máramarossziget oder Debrecen eintrafen. Die Nutzung der Zeitung als Quelle ist trotzdem problematisch. Einerseits

[44] Zum Beispiel wurden in der Zeitschrift Szabad Szó (Freies Wort) derartige Nachrichten veröffentlicht, die damals zur Nationalen Bauernpartei gehörte.

10.15772/ANDRASSY.2019.00534

sind die ersten Ausgaben von 1945 in keiner ungarischen Bibliothek verfügbar. Andererseits wurde die Arbeit der Redaktion 1948 eingestellt, obwohl danach noch Tausende von Gefangenen ins Land zurückkehrten. Zwischen Zivil- und Kriegsgefangenen wurde nicht immer unterschieden – wenn nicht, kann nur bei weiblichen Namen festgestellt werden, dass diese offensichlich keine Kriegsgefangenen waren. Die Angaben in diesen Nachrichten sind häufig lückenhaft, ungenau oder auch falsch. Es ist anzunehmen, dass sie nach Aussagen aufgenommen wurden, und so sind Angaben besonders zu deutschen Muttersprachlern fast unmöglich zu entziffern.[45] Dazu kommt, dass neben den Namen das Geburtsjahr und der Wohnort angeführt wurden, während bei Heimkehrern, die als Deutsche nach Deutschland weitergeleitet/vertrieben wurden, bloß „Deutschland" angegeben ist, so dass nur die Namen zur Identifizierung zur Verfügung stehen. Die Namenslisten beinhalten keine Informationen über den Vorgang der Deportation, weswegen diese Zeitung für meine Arbeit nicht sehr relevant war.

Nach den 1940er Jahren wurde die Deportation als Thema tabuisiert, weswegen sie in der Presse nicht mehr auftauchte. Ein anderer Fall war die Presse der Vertriebenen, die sog. Heimatzeitungen, die ich bis Ende der 1960er Jahre untersuchte. Hier sind Hinweise auf die Deportartion zu finden, sie sind aber nur sporadisch und enthalten auch keine Details über die damaligen Umstände. Sie wurden nur als Ergänzung benutzt.

Wichtig waren noch die ungarischen Gesetze, Verordnungen und sonstigen Rechtsquellen. Ein Gesetz zur Deportation gab es nicht, später wurden aber Angelegenheiten juristisch geregelt, die sich auch auf die Deportierten bezogen. Diese können in zwei Gruppen geteilt werden: Einerseits Regelungen, die sich auf die Deportierten als Deutsche und zweitens auf die (Kriegs)Gefangenen bezogen. Erstere waren diskriminierende Maßnahmen, zweitere bezweckten eine gewisse Unterstützung, so wie Kriegshilfe und soziale Versorgung. Ihre Untersuchung zeigt, wie die legislativen Kräfte in Ungarn die Heimkehrer betrachteten, andererseits wird sichtbar,

[45] Nur einige Beispiele für Familiennamen: Kadvol (Gradwohl), Tószenberger (Rosenberger). Das gleiche ist bei den Dorfnamen festzustellen: Palotabogség (Palotabozsok), Aparkond (Aparhant), Kátok (Kátoly), Kökersd (Kakasd), Drüs (Dúzs).

10.15772/ANDRASSY.2019.00535

welche Regelungen auf der Lokalebene auf die Deportierten ausgedehnt wurden und inwiefern sie unterstützt oder diskriminiert wurden.

Methoden

Mein Projekt kann als Grundlagenforschung eingeordnet werden, weswegen ich wenig vom Instrumentarium der modernen Sozialwissenschaften benutzen konnte. Die Arbeit basiert wesentlich darauf, Primärquellen ausfindig zu machen und diese zu erschließen sowie auf dem Vergleich der Quellen untereinander und dem Vergleich mit anderen Quellensorten. Eine sehr wesentliche Rolle habe ich dabei der Quellenkritik beigemessen, sowohl den neu erschlossenen Archivquellen gegenüber als auch den bereits bekannten Texten, Unterlagen und Interviews, die zum Teil in meiner Arbeit dekonstruiert werden.

Als erster Schritt habe ich mithilfe der Archivquellen sowie der Fach- und Interviewliteratur die Deportationsregionen herausgearbeitet, in denen ein Deportationsbefehl erlassen und eine Deportation durchgeführt wurde. In diesen Regionen wurde anhand der Ergebnisse der letzten Volkszählungen die ethnische Struktur des Gebiets untersucht. In den Regionen, die von der deutschen Minderheit bewohnt waren, wurde ergänzend die Intensität der ethnischen Mobilisierung in den deutschen Bewegungen und Organisationen unter die Lupe genommen, die nach meiner Hypothese fatale Folgen auf die Auswahl der Deportierten haben konnten. Ferner wurden die Kampfhandlungen in den einzelnen Regionen daraufhin untersucht, ob sie eine Auswirkung auf die Deportation deutschstämmiger Zivilisten oder auf die Verschleppung der männlichen Bevölkerung hatten. Dabei wurden die zeitlichen und geographischen Bedingungen festgehalten.

Anhand der auf diese Weise rekonstruierten regionalen „Fallbeispiele" kann festgestellt werden, was in Bezug auf die Deportation als allgemein und was als lokale Besonderheit gelten kann. Sie werfen außerdem die Frage auf, worin die regionalen Unterschiede begründet liegen.

Bei der Nutzung der Oral History Interviews und der narrativen Berichte stütze ich mich auf die reiche Fachliteratur zu narrativen Interviews und der Oral History. Meine Erfahrung diesbezüglich ist, dass die theoretischen und methodologischen Werke vor allem darüber unterrichten, wie ein Interview vorbereitet und geführt werden kann.

10.15772/ANDRASSY.2019.00536

Dabei bleibt offen, welche Möglichkeiten es zur Auswertung gibt. Besonders wenig Auskunft gibt es zu der hier relevanten Frage, welche Regeln bei der Analyse von Interviews gelten, die von Anderen geführt und transkribiert wurden.[46]

1.4 Terminologie

Im Folgenden werden die Wahl, die Bedeutung und der Ursprung einiger in dieser Arbeit benutzten Begriffe näher erörtert. Diese weichen teils sowohl vom Kanon der deutschen als auch der ungarischen Geschichtsschreibung ab, oder ihre Benutzung muss wegen anderer Gründe erklärt werden. Die präzise Formulierung ist essentiell, weil es in der bisherigen Forschung mehrere Missverständnisse gibt, die durch nicht korrekte Begriffe verursacht wurden.

Eine der Schwierigkeiten besteht außerdem darin, dass die meisten meiner Quellen ungarisch verfasst sind, die vorliegende Arbeit jedoch deutschsprachig ist. Einige Begriffe werden in den beiden Sprachen unterschiedlich benutzt, ihre Übersetzung ist problematisch. In solchen Fällen werden bei der Erstbenennung die ungarische Form, die deutsche Übersetzung und – wenn es eine Abweichung gibt – die sinngemäße Übersetzung angegeben, im Weiteren wird die Letztere benutzt.

Zu einigen Schwerpunkten sind Erklärungen notwendig. Einerseits muss im Vorfeld geklärt werden, mit welchem Begriff der konkrete, untersuchte Vorgang der Deportation bezeichnet wird. Andererseits gibt es auch Unklarheiten bezüglich der Benennung der betroffenen Gruppe. Ferner muss ich auf die Benennung/Übersetzung der verschiedenen ungarischen Amtstitel eingehen. Letztendlich muss die Wahl der geographischen Namen begründet werden – die untersuchten Regionen waren schon immer ethnisch heterogen, weswegen die meisten Ortschaften mit mehreren unterschiedlichen Namen bezeichnet wurden.

[46] Zur gleichen Schlussfolgerung kam die bereits erwähnte Studie von Ulrike Jureit, siehe JUREIT, Erinnerungsmuster, 1999, 10.

10.15772/ANDRASSY.2019.00537

„Malenkij robot”

Dieser Begriff steht für „kleine Arbeit”, er stammt angeblich aus dem etwas falsch verstandenen sowjetischen Befehl, der den Betroffenen 1944/1945 erteilt wurde. Die Verwendung dieses Begriffs und gerade seine russische Form soll die Erinnerung daran bewahren, dass die sowjetischen Akteure den Deportierten den wahren Grund ihrer Mobilisierung nicht mitteilten, stattdessen wurde ihnen gesagt, dass sie nur einige Tagen oder Wochen lang in der Umgebung arbeiten müssten. Dadurch wurde das Verbrechen der Deportation verschleiert, weil die Betroffenen und ihre Familienmitglieder sich nicht verabschieden konnten. Es wurde kein Widerstand geleistet und generell wurde dadurch die Möglichkeit versäumt, sich richtig vorzubereiten und ausreichend Lebensmittel und Kleidung mitzunehmen. Dieser sowjetische Betrug wurde zu einem Topos der Erzählungen über die Deportation, der ironische Begriff erinnert an die bösartige Vorgehensweise der Sowjets.

Obwohl es logisch zu sein scheint, dass der Begriff „Malenkij Robot” aus der Zeit der Deportation stammt, wie oft behauptet, ist jedoch unklar, von wem, wann und in welchem Kontext dieser Begriff zuerst für die Deportation benutzt wurde. In den ersten Berichten über die Deportation (in den Berichten der Vertriebenen in Deutschland) kommt der Begriff überhaupt nicht vor, sie sprachen zumeist über „Verschleppung nach Rußland”. Als „Rabota/Robota” wurde von ihnen die Pflichtarbeit in der eigenen Gemeinde für die Sowjets bezeichnet.[47] Auch das Weißbuch des emigrierten Ungarn Rezső Palásthy operierte mit den Begriffen „Verschleppung” und „Deportation”. Der ungarndeutsche Historiker, György Ritter versuchte der Begriffsgeschichte nachzugehen,[48] in dem er die ersten Erwähnungen „Malenkij Robot” sammelte. Der

[47] Bundesarchiv Lastenausgleichsarchiv Bayreuth (im Weiteren BArch-LAA) Ost-Dok 2. Erlebnisberichte zur Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. IX. Ungarn. Nr. 378. Tolna S. 293, 395, 409.; BArch-LAA Ost-Dok 2. IX. Nr. 380. Veszprém S. 31.

[48] Der Beitrag wurde in Pécs, im Rahmen der Tagung „Verschleppung der deutschen Bevölkerung des Karpatenbeckens zum Malenkij Robot” am 11. November 2016 vorgetragen. Der Volltext ist online verfügbar, siehe: RITTER, György, „Malenkij robot” – „Kleine Arbeit”? Erscheinungsformen, Varianten und Interpretationen der Wiedergutmachungsarbeit am Ende des Zweiten Weltkrieges in Südosteuropa / „Malenkij robot”? A „jóvátételi” közmunkára deportálás második világháború végi formái, jelenségei, értelmezései Délkelet-Európában. https://www.academia.edu/30184887/_Malenkij_robot_Kleine_Arbeit_Erscheinungsformen_Varianten_und_Interpretationen_der_Wiedergutmachungsarbeit_am_Ende_des_Zweiten_Weltkrieges_in_S%C3%BCdosteuropa_Malenkij_robot_A_j%C3%B3v%C3%A1t%C3%A9teli_k%C3%B6zmunk%C3%A1ra_deport%C3%A1l%C3%A1s_m%C3%A1sodik_vil%C3%A1gh%C3%A1bor%C3%BA_v%C3%A9gi_form%

10.15772/ANDRASSY.2019.00538

Begriff wurde zuerst jedoch nicht im Zusammenhang mit der Deportation der deutschstämmigen Zivilisten benutzt, sondern für die lokalen Arbeitsleistungen für die sowjetische Armee innerhalb des Landes, die auch typisch für die Zeit nach der Eroberung Ungarns waren.[49] Diese waren aber im Vergleich zu der Deportation in die Sowjetunion tatsächlich nur „kleine Arbeiten", nach der die Betroffenen nach Hause gehen konnten.

Die erste Erwähnung im Kontext der Deportation in die Sowjetunion ist in einer deutschen Publikation zu finden, die aber in Ungarn weitgehend unbekannt blieb.[50] Zwei Jahre später trug ein ungarischer Film und ein dazu veröffentlichtes Buch den Titel „Malenkij Robot", in deren Narrativen es jedoch um die Verurteilung und Verschleppung einer Gruppe Levente-Jugendlichen[51] in Gulag-Lager[52] ging – also ebenfalls nicht im Zusammenhang der Deportation von Zivilisten. Das erste Werk, das sich mit der Deportation befasste und in dessen Titel der Begriff verwendet wurde, war ein Interviewband von Miklós Füzes 1990. Er nannte die Deportation „Malenkij Robot", obwohl in keinem einzelnen Interview seiner Sammlung der Begriff benutzt wurde. Warum er diesen Begriff wählte, bleibt unklar. Seitdem wird er jedoch gebraucht und „Malenkij Robot" allgemein für die Deportation von Zivilisten – manchmal auch von Kriegsgefangenen – benutzt, sowohl in der Umgangssprache als auch von Historikern.

Der nicht neutrale Begriff ist der internationalen Forschung weitaus unbekannt. Gegen seinen Gebrauch spricht auch, dass in den letzten Jahren mit ihm mehrere Phänomene bezeichnet wurden. Zalán Bognár beschreibt drei Bedeutungsvarianten von „Malenkij Robot": Deportation der deutschstämmigen Zivilisten, ethnische Säuberung in der Karpatenukraine/Kárpátalja und Verschleppung der männlichen Bevölkerung[53] Auch

---

C3%A1i_jelens%C3%A9gei_%C3%A9rtelmez%C3%A9sei_D%C3%A9lkelet-Eur%C3%B3p%C3%A1ban (Abruf: 18. 8. 2017)

[49] SOMLYAI, Magda, Nagy csaták után 1944–1945. Kossuth, Budapest, 1975, 55–62.

[50] „In endlosen Zügen rollte Plünderungsgut aus Ungarn in Richtung Osten. Ungarische Arbeiter, die von den proletarischen Brüdern aus der Sowjetunion die Befreiung vom faschistischen Terrorregime erhofft hatten, wurden von den Russen ausgeraubt, Frauen und Töchter vergewaltigt, viele in die UdSSR verschleppt zu ´malenkaja rabota`– ein ´bisschen Arbeit`, wie die Rotarmisten frotzelten. Etwa 200.000 Ungarn widerfuhr dieses Schicksal." KOGELFRANZ, Siegfried, Das Erbe von Jalta. Die Opfer und die Davongekommenen. Spiegel, Hamburg, 1985, 95.

[51] Levente war eine staatliche paramilitärische Jugendorganisation der Zwischenkriegszeit.

[52] GULYÁS, Gyula – GULYÁS, János: Málenkij robot. Filmszociográfia a dudari leventék szibériai lágeremlékeiről az Uraltól Kolimáig. Századvég, Budapest, 1990.

[53] BOGNÁR, Egyetlen, 2009, 15.

10.15772/ANDRASSY.2019.00539

andere Autoren bezeichnen die ethnische Säuberungen und Verschleppungen aufgrund deutscher oder ungarischer Abstammung in der Karpatenukraine (aufgrund des Befehls Nr. 0036. des Militärrats der 4. Ukrainischen Front vom 12. November 1944) sowohl als „dreitägige Arbeit" als auch als „Malenkij Robot".[54] So kann der Gebrauch des Begriffs nicht ausschließlich auf die Deportation aufgrund des Beschlusses Nr. 7161. eingeschränkt werden.

Heute kann nicht mehr nachgewiesen werden, wann und unter welchen Umständen „Malenkij Robot" als Begriff verwendet wurde. Die Untersuchung der Lokalebene und der regionale Vergleich deuten jedoch darauf hin, dass die sowjetischen Militärbehörden in einigen Landesteilen den Betroffenen und den ungarischen Gemeindevorständen mitteilten, was das Ziel ihrer Gefangennahme war oder zumindest darauf hinwiesen.[55] Die Geschichte der nichtsahnenden, in die Sowjetunion verschleppten Zivilisten trifft nicht auf das ganze Land zu – und daher auch nicht der Gebrauch des Begriffs „Malenkij Robot".

Deportation

Die weiteren Begriffe, mit denen der Vorgang 1944/1945 bezeichnet werden kann und wird, sollten gleichfalls kritisch benutzt werden. In der frühen ungarischen und deutschen (Fach)Literatur verbreitete sich der Begriff Verschleppung (*elhurcolás*). Diese Ausdrucksform stammt von den Betroffenen und ist keineswegs neutral. Am anderen Ende der Skala befindet sich der Begriff „sowjetische Wiedergutmachungsarbeit" *(Soviet reparations, szovjet jóvátételi munka*). Diese deutet auf das Ziel des Vorgangs hin und tauchte während der Verhandlungen der Allierten in Jalta im Februar 1945 auf (*Reparations in kind, Reparationen in Arbeitskraft*). Der neutrale Begriff verdeckt aber die oft tragische Vorgehensweise und deren Folgen.

Die deutsche Fachliteratur verwendet häufig das Wort Deportation (*deportálás,*

[54] DUPKA, György: A mi Golgotánk. A kollektív bűnösség elvének alkalmazása a kárpátaljai magyarokkal és németekkel szemben. A 4. Ukrán Front Katonai Tanácsa határozatainak végrehajtása az NKVD-jelentések tükrében, 1944–1946. Szolyvai Emlékparkbizottság, Ungvár-Budapest, 2012, 34–35. ferner MOLNÁR D., Erzsébet: Kárpátaljai magyarok Gulag-táborokba kerülésének körülményei. Kirakatperek kárpátaljai áldozatai a szovjetrendszer kiépítésének idején. In: Acta Academiae Beregsasiensis 2014 (13. Jg.) Band 1. 88–103, hier 89.

[55] Siehe darüber: MÁRKUS, Erzählungen, 2018.

10.15772/ANDRASSY.2019.00540

deportáció),[56] das im 20. Jahrundert eher mit der Deportation der Juden assoziiert wird. Die Bedeutung des Begriffes deckt nicht gänzlich ab, was 1944/1945 den deutschstämmigen Zivilisten widerfuhr, deswegen ist es sinnvoll mit anzugeben, dass diese zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert wurden. Die Bedeutung des Begriffes Zwangsarbeit (*forced labour, kényszermunka*) ist aber ebenfalls umstritten und benötigt eine nähere Definition.[57] In dieser Dissertation wird der Begriff Deportation bevorzugt, weil dieser im deutschsprachigen Raum weit verbreitet ist.

In den zeitgenössischen sowjetischen Dokumenten ist meistens die Bezeichnung Internierung[58] (*Internement, internálás*) zu finden, ferner wird im Lagersystem auch der Begriff der „Internierten" verwendet. In Ungarn war die Internierung damals eine strafrechtliche Kategorie,[59] die ab 1945 polizeibehördlichen Gewahrsam bedeutete.[60] In den 1950er Jahren wurde Internierung mit den Straflagern des Staatssozialismus (wie Recsk, Kistarcsa oder Tiszalök)[61] assoziiert.

Im Gegenteil dazu stehen in den zeitgenössischen ungarischen Unterlagen Begriffe wie Mobilisierung (*mobilizálás*), Inanspruchnahme (*igénybevétel*), Vorführung (*előállítás*) oder Abtransport zur Arbeit (*munkára szállítás*), die aber sehr wenig davon verraten und vermuten lassen, dass die ungarischen Behörden über das Ziel der Deportation in vielen

---

[56] „„Deportation: f. Zwangsverschickung, Verbannung. Entlehnung (Anfang 16. Jh.) aus gleichbed. lat. Deportatio […] 'wegbringen, (an einen entlegenen Ort) verbannen" Siehe PFEIFER, Wolfgang: Etymologisches Wörterbuch des Deutschen. 2. Aufl. Akademie Verlag, Berlin, 1993, 214–215.

[57] Vgl. dazu SPOERER, Mark: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945. Deutsche Verlags-Anstalt, München-Stuttgart, 2001, 10–13.; LINGEN, Kerstin von – GESTWA, Klaus: Zwangsarbeit als Kriegsressource in Europa und Asien. Ferdinand Schöningh, Paderborn, 2014, 20–25.

[58] „Internieren: jmdn. in seiner Freiheit beschränken, (Feinde, ansteckend Kranke) in einem Lager isolieren, entlehnt (2. Hälfte 19. Jh.) aus frz. Interner 'in das Landesinnere verweisen und dort festhalten, jmdm. Einen Aufenthaltsort, der nicht verlassen werden darf, zuweisen'" Siehe: PFEIFER, Etymologisches, 1993, 588.

[59] Siehe Verordnung Nummer 81/1945. der Provisorischen Nationalregierung über die Volksgerichte. In: Magyar Közlöny vom 5. Februar 1945; Verordnung Nummer 302/1945. der Provisorischen Nationalregierung über die Internierung der deutschen Staatsbürger. In: Magyar Közlöny vom 27. Februar 1945.

[60] Siehe darüber: TÓTH, Ágnes: „A népeket kihajcsák a legelőre és ök azt viszik getoba akit akkarnak": Internálótábor Lengyel községben. In: CHOLNOKY, Győző (Hg.): Földönfutók: A Magyarországot érintő kényszertelepítések a II. világháború után. Lucidus, Budapest, 2008, 85–113.; TÓTH, Ágnes, A németek internálása a Dunántúlon 1945–1946. In: SZEDERJESI, Cecília (Hg.): Megtorlások évszázada - Politikai terror és erőszak a huszadik századi Magyarországon. Nógrád Megyei Levéltár, Salgótarján-Budapest, 2008, 37–52.; PALASIK, Mária, Bizalmas belügyminiszteri rendelet az internálások ügyében (1945). In: Társadalmi Szemle [66]. Jg. 1997/ 7. 87–94.

[61] Siehe dazu: BANK, Barbara – GYARMATI, György – PALASIK, Mária: „Állami titok". Internáló- és kényszermunkatáborok Magyarországon 1945–1953. L´Harmattan/ÁBTL, Budapest, 2012.; BANK, Barbara: Recsk. Szépmíves Könyvek, Budapest, 2017.

10.15772/ANDRASSY.2019.00541

Fällen nicht Bescheid wussten oder dieses ignorierten.

Bei der Abfassung einer Arbeit zu dieser Thematik sind die Begrifflichkeiten also bewusst und kritisch auszuwählen, weil einerseits die Auswahl viel über die Einstellung der Autoren verrät, andererseits führt die nicht einheitliche und ungenaue Formulierung zu Missverständnissen.

Deutsche und Ungarn

In der Dissertation werden ethnisierende Begriffe über die Betroffenen bewusst vermieden. In der Fachliteratur kommt es ausgesprochen häufig vor, dass die Kategorien „Deutsche" und „Ungarn" benutzt werden. Dadurch entsteht ein künstlicher Unterschied zwischen den Betroffenen. Darüber hinaus ist äußerst unklar, ob mit diesen Kategorien Staatsbürgerschaft, Muttersprache, Volks-, Nationalitätenzugehörigkeit, oder vielleicht Abstammung gemeint ist.

Besonders problematisch ist die Benutzung des Begriffes „Deutsche", wenn darunter nicht die Staatsbürger des Deutschen/"Dritten Reiches", später der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik verstanden werden, sondern ungarische Staatsbürger, die nur wegen ihrer deutschen Muttersprache für „Deutsche" gehalten wurden – oder werden.

Werden deutschsprachige ungarische Staatsbürger „Deutsche" genannt, dann wird die Mentalität der 1930er und 1940er Jahre reproduziert, die die Basis dafür war, dass für „Deutsche" gehaltene Personen damals diskriminiert wurden. Diese Differenzierungen waren auch bei der Auswahl zur Deportation maßgeblich, sowohl die sowjetischen Soldaten als auch die ungarischen Behörden operierten mit je einer Kategorie von „Deutschen", diese waren aber miteinander nicht identisch. Die Sowjets deportierten aufgrund des Beschlusses Nr. 7161. Personen „deutscher Abstammung", zur Feststellung dieser Herkunft benutzten sie aber diverse Methoden. Zur näheren Bezeichnung der Opfergruppe der Deportation habe ich diesen in den Quellen primär benutzten Begrif ausgewählt, da unter „deutschstämmig" (*német származású*) die verschiedenen Varianten des Deutschseins in Ungarn am zutreffendsten zusammengefasst werden können.

Die ungarischen Behörden versuchten nach der Deportation öfter die Freilassung einiger Personen zu erreichen, weil diese sich „ungarisch fühlten" (*magyarérzelmű*),

10.15772/ANDRASSY.2019.00542

„nicht Deutsch konnten" oder „nur ihre Namen deutsch klangen". Sie versuchten also das „Deutschtum" einiger Deportierten zu relativieren, obwohl den sowjetischen Akteuren die Sprachkenntnisse, die Muttersprache sowie die bei der Volkszählung genannte Nationalität der Betroffenen gleichgültig war, wenn sie ihre deutsche Abstammung feststellten. Diese Tatsache teilten die sowjetischen Befehlshaber den ungarischen Behörden schon während der Deportation mit. Eine der bekanntesten Quellen dazu ist folgender Bericht aus dem Komitat Békés:

> „Die Verordnung bezieht sich auf alle Personen mit deutschen Namen, unabhängig davon, ob sie Deutsch können oder von ihren Vorleben. Hierzu gehören auch Personen mit ungarischen Namen, wenn ein Großelternteil deutsche Namen hat oder deutschstämmig ist. Der Major machte buchstäblich diese Äußerung: „ein Deutscher ist, in dessen Adern nur ein Tropfen deutsches Blut fließt". [...] Obwohl der Major in einigen Fällen die Argumente akzeptierte, sagte er trotzdem, dass die Aushebung anhand der obigen Verordnung durchzuführen ist, weil auf eine Anzahl bestanden werden muss ."[62]

Das Missverständnis, wer aus sowjetischer Sicht als „Deutscher" galt, ist bis heute in der Fachliteratur zu finden, auch in aktuellen Werken können Behauptungen gefunden werden, wie „*90% der Verschleppten waren ungarischer Nationalität*".[63]

Bei der Durchführung der Deportation und in den Jahren von 1944 bis 1949 war „Deutsch" im Allgemeinen eine Kategorie, deren Bedeutung sich situativ, willkürlich und dynamisch veränderte. Wurde eine Person von den Sowjets als „Deutscher" in die Sowjetunion deportiert, schloss das nicht aus, dass die gleiche Person für die ungarischen Behörden „Ungar" war, und sie sich für ihre Freilassung einsetzten. Wurde eine andere Person als „Deutscher" nicht in die Sowjetunion deportiert, bedeutete das nicht, dass die gleiche Person in den Jahren 1946 bis 1948 nicht als „Deutscher" nach Deutschland vertrieben wurde. Die Zuschreibung der Kategorie „Deutscher" war ein Ergebnis von arbiträren Entscheidungen, das weitgehend von der konkreten Situation abhing.

[62] MNL BéML IV. 435. 78/1945. Publiziert von ERDMANN, Deportálás, 1990, 42. (Von der Autorin ins Deutsche übersetzt).
[63] MARCHUT, Réka: Töréspontok. A Budapest környéki németség második világháborút követő felelősségre vonása és annak előzményei (1920–1948). MTA Társadalomkutató Központ, Budapest, 2015, 130.

10.15772/ANDRASSY.2019.00543

Die Fremdwahrnehmung, also die Feststellung, wer zu den „Deutschen" gehörte, veränderte sich mit der Zeit – und es wich auch regional ab, wer von seinem Umfeld als „Deutscher" betrachtet wurde. Sogar innerhalb des Umfelds konnte es unterschiedlich sein, ob 1944/1945 die gleiche Person von der hiesigen Bevölkerung, von den ungarischen Behörden oder von den sowjetischen Soldaten als „Deutscher" angesehen wurde. Das hing nicht unbedingt damit zusammen, wie diese Person sich selbst definierte. Dieses Moment ist essentiell, wenn wir heute zu verstehen versuchen, wie die Auswahl der „deutschstämmigen Zivilisten" 1944 und 1945 erfolgte. Diese Frage wurde aber in der bisherigen Forschung und Literatur über die Deportation nicht berücksichtigt.

In dieser Arbeit werden die Begriffe widergegeben, die in den zeitgenössischen ungarischen Unterlagen benutzt wurden, weil ihr Sprachgebrauch viel davon verrät, welcher Personenkreis jeweils als „Deutsche" betrachtet wird. Ist das nicht möglich gewesen, dann wird mit den Begriffen „deutschstämmige Zivilisten", „deutsche Bevölkerung", „deutsche Minderheit Ungarns" oder eventuell „Ungarndeutsche" gearbeitet.

Benennung des Amtspersonals

Da sich die Untersuchung größtenteils auf Unterlagen des lokalen Verwaltungspersonals basiert, ist es ebenso essentiell, auf die Benennung der verschiedenen Amtsträger einzugehen. Die deutsche Übersetzung ist bei einigen Begriffen schwer und problematisch. Diese kurze Darstellung der wichtigeren Verwaltungsebenen ist nur auf die Amtsträger eingeschränkt, die in meiner Arbeit öfters vorkommen.

Im Fokus meiner Arbeit stehen die Komitats- (*vármegye*), Bezirks- (*járás*) und Gemeindeebenen (*község*). Die Städte und Komitate wurden zu dieser Zeit von den Obergespanen (*főispán*) geleitet,[64] diese wurden zentral vom Innenministerium ernannt. Neben ihnen arbeiteten die Vizegespane (*alispán*), die von der Munizipalkommission

[64] Siehe dazu das Gesetz Nr. XLII. vom Jahr 1870 über die Regelung der öffentlichen Verwaltungen: https://net.jogtar.hu/ezer-ev-torveny?docid=87000042.TV&searchUrl=/ezer-ev-torvenyei%3Fpagenum%3D28 (Abruf: 4. 10. 2018) und das Gesetz Nr. XXI. vom Jahr 1886 über die Kommunalbehörden https://net.jogtar.hu/ezer-ev-torveny?docid=88600021.TV&searchUrl=/ezer-ev-torvenyei%3Fpagenum%3D32 (Abruf: 4. 10. 2018)

10.15772/ANDRASSY.2019.00544

(*törvényhatósági bizottság*) gewählt wurden, und in den meisten Fällen eine engere Beziehung zu der lokalen Bevölkerung hatten.

An der Spitze der Bezirke standen die Oberstuhlrichter *(főszolgabíró*), die ebenso auf der Komitatsebene gewählt wurden. Nach 1945 wurde das Verwaltungssystem umstrukturiert, die Position der Oberstuhlrichter blieb jedoch fast unverändert, sie wurden bloß zum Obernotär (*főjegyző*) umbenannt.

Auf der untersten Ebene hatten die Gemeinden die Wahl, ob sie als Großgemeinde (*nagyközség*) einen eigenen Vorstand unterhielten, oder sich mehrere Gemeinden zusammenschlossen und als Kreisnotariat (*körjegyzőség*) einen gemeinsamen Vorstand gründeten.[65] Bei beiden Varianten war der Vorstand vom Notar/Notär (*körjegyző, jegyző*) und vom Richter (*bíró*) geleitet. Besonders der Begriff Notar ist jedoch sowohl auf Ungarisch als auch auf Deutsch missverständlich, weil dieser Posten auch für Personen benutzt wird, die sich mit der Beurkundung von Rechtsgeschäften beschäftigen. In dieser Arbeit ist mit der Bezeichnung „Notär" jedoch der damalige Leiter der Gemeinden gemeint.

Weitere Amtsbezeichnungen, die im Text nicht so oft vorkommen und deren Übersetzung nicht eindeutig ist, werden immer markiert und die ungarische Variante in Klammern mitangeführt.

Geographische Namen

Eine Schwierigkeit während meiner Arbeit stellte dar, dass die geographischen Namen seit der untersuchten Epoche oft verändert wurden. In solchen Fällen wird die damalige Bezeichnung benutzt, nur bei der ersten Benennung wird der aktuelle Name angegeben, um den Ort besser identifizieren zu können.

Viele Ortschaften und Regionen haben sowohl ungarische als auch deutsche und fremdsprachige Namen. Bei Gemeinden und Komitaten wird die ungarische Form verwendet und bei der ersten Benennung eventuell die andere Variante auch mitangeführt, die aber oft nicht allgemein bekannt ist. Die Namen der Regionen (so wie

[65] Siehe dazu das Gesetz Nr. XVIII. vom Jahr 1871 über die Regelung der Gemeinden: https://net.jogtar.hu/getpdf?docid=87100018.TV&targetdate=&printTitle=1871.+%C3%A9vi+XVIII.+t%C3%B6rv%C3%A9nycikk&referer=1000ev (Abruf: 4. 10. 2018)

10.15772/ANDRASSY.2019.00545

Batschka, Banat, Schwäbische Türkei, etc.) werden aber in deutscher Form benutzt, weil diese zumeist gängige Bezeichnungen sind.

Ein weiteres Problem bestand darin, dass sich das administrative System Ungarns seit damals veränderte, das Gebiet der damaligen Komitate (*vármegye*) ist nicht überall identisch mit dem der heutigen Komitate (*megye*). Auf diese Entwicklung wird in der Arbeit nicht eingegangen, nur auf die besonders relevanten Veränderungen.

Sonstiges

In der Arbeit werden öfters verschiedene Einheiten der Roten Armee erwähnt. Eine Besonderheit ist, dass die größeren militärischen Formationen nicht Armeen, sondern Fronten genannt wurden. Ungarn wurde größtenteils von der 2. Ukrainischen Front von Marschall Malinowskij und von der 3. Ukrainischen Front von Marschall Tolbuchin erobert. Die Bezeichnung „Ukrainisch" wiedergibt nicht die ethnische Zusammensetzung der Einheit, sondern Fronten wurden je nach Operationsgebiet umbenannt. Die 3. Ukrainische Front trug vor 1943 den Namen Südwestfront, die 2. Ukrainische Front hieß vor 1943 Steppenfront.

Terminologisch wichtig ist ferner zu klären, dass ich im Text öfters die Begriffe „Volkszählung", bzw. „Konskription" benutze. Beide kommen in den Quellen oft als *„népszámlálás*" vor. Eine scharfe terminologische Trennung ist jedoch wichtig, weil der Begriff sehr unterschiedliche Bedeutungen haben konnte. Mit Volkzählung bezeichne ich im Text ausschließlich die ungarischen amtlichen Volkszählungen, die mit kleineren Abweichungen im Zehnjahrestakt vorgenommen wurden. Diese wurden zentral und organisiert vom Ungarischen Statistischen Zentralamt durchgeführt, wobei je nach Volkszählung unterschiedliche Fragenkataloge benutzt wurden. Die Angaben basieren jedoch trotz aller Manipulationen auf die Angaben der befragten Personen, also auf Selbstdefinition. Im Gegenteil dazu wurden Konskriptionen nicht zentral verordnet sondern im Rahmen der unterschiedlichsten Aktionen und Maßnahmen. In dieser Arbeit werden in den meisten Fällen Konskriptionen thematisiert, die von Befehlshabern der Roten Armee oder von ungarischen Behörden veranlasst wurden und in deren Rahmen diverse Angaben der örtlichen Bevölkerung erhoben wurden. Ein typisches Beispiel sind die Fälle, wenn die sowjetischen Kommandanten die ungarischen Gemeindevorstände um Listen über die deutschstämmige Bevölkerung baten. Wie diese

10.15772/ANDRASSY.2019.00546

Konskriptionen zusammengestellt wurden, ist oft unklar, es ist jedoch davon auszugehen, dass in solchen Fällen nicht nach dem eigenen Bekenntnis der Einwohner gefragt wurde, sondern die Konskriptionen waren Ergebnisse von Zuschreibung.

2. Vorgeschichte, Kontext

2.1 Zwangsarbeit in der Sowjetunion

Bei der Kontextualisierung der Deportation deutschstämmiger Zivilisten in die Sowjetunion müssen mehrere thematische Schwerpunkte berücksichtigt werden. Einer davon sind die verschiedenen Formen der Verwendung von Zwangsarbeit in Stalins Staat, beziehungsweise die Vorstellung des institutionellen Rahmens, in dem der Arbeitseinsatz und die Verpflegung der Zwangsarbeiter im Sowjetsystem organisiert wurden. In diesen Rahmen sind die aus Ungarn deportierten Zivilisten einzubetten, obwohl sie zahlenmäßig eine kleine Gruppe im „Archipel-Gulag" darstellten.
Die folgenden beiden Unterkapitel bieten nur eine kurze Zusammenfassung über die zwei, teils parallel existierenden, sowjetischen Zwangsarbeitslagersysteme. Eine detaillierte Vorstellung ist nicht Ziel meiner Arbeit, da diese im Hinblick auf die Deportationen aus Ungarn keine Relevanz aufweist. Obwohl das Vorhandensein der Lager die essentielle Vorbedingung der Durchführung der Deportation war, war es jedoch nicht ihr Auslöser. Die Untersuchung der Geschichte der Lager liefert an sich keine Antwort darauf, wie und warum ungarische Staatsbürger deutscher Abstammung in die Sowjetunion abtransportiert wurden. Was die Geschichte der Systeme GULag und GUPWI aber zeigt, ist, dass am Ende des Zweiten Weltkrieges in beiden ein rasanter Zuwachs zu beobachten war. Daraus lässt sich schließen, dass die Sowjetunion auf den Einsatz der Zwangsarbeit für den Wiederaufbau großen Wert legte. Die deportierten deutschstämmigen Zivilisten waren also Elemente dieses Prozesses.

10.15772/ANDRASSY.2019.00547

2.1.1 Die Besserungsarbeitslager – das GULag

Das berüchtigtere und bekanntere Lagersystem war mit aller Wahrscheinlichkeit das GUlag, das seit den Schriften Alexander Issajewitsch Solschenizyns an öffentlicher Aufmerksamkeit gewann.[66] Die Abkürzung bedeutet *Glawnoje uprawlenije isprawitelno-trudowych lagerej i kolonij*, also Hauptverwaltung der Besserungsarbeitslager und –kolonien.[67] Der Begriff Gulag wird in der Umgangssprache oft ungenau und fälschlich benutzt, denn er wird mit dem sowjetischen Zwangsarbeitslager gleichgesetzt und somit gleichzeitig zum Symbol des Verbrechens im Kommunismus. In vielen Arbeiten wird die Deportation der deutschstämmigen Zivilisten auch als „Verschleppung ins Gulag" interpretiert,[68] obwohl sehr wahrscheinlich niemand aus dieser Personengruppe in einem GULag-Lager war. Die Vorstellung der Besserungsarbeitslager ist in dieser Arbeit also notwendig, um hervorzuheben, dass es zwischen dem GULag und der Deportation keinen Zusammenhang gibt. Die Gefangenen des GULags waren größtenteils sowjetische Staatsbürger, die wegen vermeintlicher oder tatsächlicher Verbrechen verurteilt wurden. Diese zwei Bedingungen trafen im Fall der aus Ungarn deportierten Zivilisten nicht zu.

Die Gründung des GULags hatte ein konkretes Datum, seine Ursprünge wurzeln jedoch im zaristischen Russland. Galina Ivanova beschreibt das GULag-Phänomen folgendermaßen:

> „...eine einzigartige sozioökonomische Erscheinung, die unter dem Stalinismus zum Vorschein kam, dessen historische Wurzeln sich aber in der Jahrhunderte andauernden Rechtlosigkeit des russischen Volkes, der Willkür und dem Despotismus der Macht sowie in den rechtlichen Traditionen des Russischen Reiches zurückverfolgen lassen, dessen Gesetzte immer die Interessen des

[66] Siehe: SOLSCHENIZYN, Alexander Issajewitsch: Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch. Droemer/Knaur, München, 1963.; SOLSCHENIZYN, Alexander Issajewitsch: Der Archipel Gulag. Scherz, Bern, 1974.

[67] Die Abkürzung wird in der deutschsprachigen Literatur zumeist in Form „GULag" benutzt, auch in dieser Arbeit. Die Form „Gulag" kommt hier nur in Zitaten vor, bzw. wenn auf Schriften hingewiesen wird, in denen der Begriff falsch verwendet wurde.

[68] Siehe zum Beispiel in den Titeln einiger Publikationen zum Thema: VÁRDY HUSZÁR, Ágnes – VÁRDY, Steven Béla: Magyarok a Gulág rabszolgatáboraiban. Kairosz, Budapest, 2007.; LUDESCHER, Gabriella (Hg.): Ártatlan áldozatok. Szatmári svábok a gulágon. Selbstverlag, Nyíregyháza, 2017.

10.15772/ANDRASSY.2019.00548

Imperiums schützten und erhielten, ohne dem Individuum jemals Rechte und Freiheiten zu garantieren."[69]

Das sog. Katorga-System, also die (teils mit Zwansgarbeit verbundene) Verbannung in entlegenen Regionen des Reiches war bereits im 17. Jahrhundert eine gängige Strafmaßnahme. Wegen der unmenschlichen Bedingungen war diese die zweitstrengste Sanktion nach der Todesstrafe,[70] die auch eine Rolle in der Kolonisation der nördlichen Teile des Reiches spielte.

Dieses Erbe übernahmen die Bolschewiken ab dem 20. Jahrhundert. In dem der Oktoberrevolution 1917 folgenden Chaos war der Bedarf für einen neuen Rahmen des Strafvollzugs vorhanden,[71] weil die Zahl der verhafteten politischen Gegner neben den Kriminellen immer mehr zunahm. 1918 entstanden die ersten Lager, die Lenin als Konzentrationslager bezeichnete.[72] Als Folge der Massenverhaftungen nahm die Zahl der Lager rasch zu, weshalb eine Verwaltung, die für die Organisation zuständig war, notwendig wurde. Am 3. April 1930 wurde mit der Verordnung über die Besserungsarbeitslager das GULag gegründet.[73]

Während des großen Terrors der 1930er Jahre entwickelte sich das System rasant weiter. 1940 existierten bereits 53 Lager mit mehreren Tausend Lagerabteilungen, Lagerpunkten und Kolonien auf dem Gebiet der Sowjetunion.[74] Zum System gehörten nicht nur Lager im engeren Sinne, sondern auch Zwangssiedlungen, Sondersiedlungen und sogar die Arbeitsverpflichtungen von Personen am eigenen Wohnort.[75]

Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs führte zu einem negativen Wandel der Lebensbedingungen in den Lagern. Zahlreiche Abteilungen mussten in den nördlichen und östlichen Teilen der Sowjetunion versetzt werden. Der Häftlingsarbeit wurde eine wichtige Rolle in der sowjetischen Kriegsindustrie zugeteilt, was neben dürftiger Verpflegung zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und erhöhten

[69] IVANOVA, Der Gulag, 2001, 13.
[70] Ebenda, 18.
[71] BONWETSCH, Bernd: Gulag. Willkür und Massenverbrechen in der Sowjetunion 1917–1953. Einführung und Dokumente. In: LANDAU, Julia – SCHERBAKOWA, Irina (Hg.): Gulag. Texte und Dokumente. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2014, 30–50. Hier 31.
[72] IVANOVA, Der Gulag, 2001, 25.
[73] Ebenda, 35.
[74] Ebenda, 49.
[75] SCHNELL, Felix: Der Gulag als Systemstelle sowjetischer Herrschaft. In: GREINER, Bettina – KRAMER, Alan: Welt der Lager. Zur „Erfolgsgeschichte" einer Institution. Hamburger Edition, Hamburg, 2013, 134–165, hier 134.

10.15772/ANDRASSY.2019.00549

Arbeitsnormen führte. Ein wesentlicher Teil der Häftlinge akzeptierte jedoch „patriotisch" das eigene Schicksal. Als Grund für die schrecklichen Bedingungen wurde der Krieg betrachtet. Die Häftlinge erwarteten daher mit großen Hoffnungen den Sieg.[76] Umso größer war die Enttäuschung, als 1945 weder die Verpflegung besser wurde noch die erwarteten Amnestien erfolgten. Die Strafen vieler Häftlinge wurden sogar erhöht und erneut Massenverhaftungen im Land durchgeführt.[77] Zwischen 1945 und 1950 begann eine Expansion des GULags, die den Höhepunkt um 1950 erreichte, als die Häftlingszahl etwa 2.8 Millionen Personen betrug.[78] Die Erweiterung der Verhaftungen auf immer mehr Personenkreise vermittelte auch die moralischen Erwartungen und Normen des Sowjetsystems: Bereits während des Krieges wurde beschlossen, dass die sowjetischen Soldaten, die sich ergaben und in deutsche Kriegsgefangenschaft gerieten, als Verräter bestraft werden sollen.[79] 1947 wurde die Verordnung verkündet, die die Eheschließung zwischen sowjetischen Staatsbürgern und Ausländern verbot, um damit jegliche Kontakte mit dem Westen unterbinden zu können.[80] 1948 begann erneut die Verfolgung der Bauern,[81] bzw. wurden zwangsumsiedelte Völker wie z. B. Tschetschenen und Balten dazu verpflichtet, in den ihnen zugewiesenen neuen (Zwangs)Wohnorten zu bleiben.[82]

Die Hoffnungslosigkeit und die schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen wirkten sich negativ auf die Arbeitsmoral aus. Ab den 1950er Jahren wurden die Nichteinhaltung der Regeln, die Arbeitsverweigerungen und Sabotagen immer häufiger und es kam sogar zu bewaffneten Aufständen in den Lagern. Am intensivsten waren die Unruhen im Jahr 1953. Der längste Aufstand im siberischen Kengir konnte nur mithilfe sowjetischer Panzer unterdrückt werden.[83] Eine wesentliche Rolle spielte dabei die Tatsache, dass sich seit dem Kriegsende nicht mehr nur eingeschüchterte, verhaftete Zivilisten in den Lagern befanden, sondern Kriegsveteranen, Partisanen und Mitglieder

[76] STETTNER, Archipel GULag, 1996, 346.
[77] Ebenda, 170.; APPLEBAUM, Der Gulag, 2005, 486.
[78] IVANOVA, Galina Michajlowa: Wie und warum konnte der Gulag entstehen? In: DOBROWOLSKI, I. W. (Hg.): Schwarzbuch Gulag. Die sowjetischen Konzentrationslager. Leopold Stocker Verlag, Graz – Stuttgart, 2002, 14–80, hier 30.
[79] IVANOVA, Wie und warum, 2002, 29.; STETTNER, Archipel GULag, 1996, 170.
[80] IVANOVA, Der Gulag, 2001, 59.; APPLEBAUM, Der Gulag, 2005, 487.
[81] APPLEBAUM, Der Gulag, 2005, 487.
[82] IVANOVA, Wie und warum, 2002, 37.
[83] BARNES, Steven A.: Death and Redemption. The Gulag and the Shaping of Soviet Society. Princeton University Press, Oxford–Princeton, 2011, 201.

10.15772/ANDRASSY.2019.00550

anderer zuvor kämpfender Truppen. Diese Personen fanden sich mit dem ihnen zugewiesenen Schicksal nicht so einfach ab.[84]

Nach Stalins Tod am 5. März 1953 begann ein langsamer Auflösungsprozess,[85] der mit den Machtkämpfen der politischen Elite sowie mit den wirtschaftlichen Defiziten des GULags zusammenhing. Nach der Geheimrede Chruschtschows am XX. Parteitag der KPdSU begannen die Entlassungen der politischen Häftlinge,[86] die Auflösung des gesamten Systems dauerte aber noch an. Im Jahr 1956 betrug die Zahl der GULag-Gefangenen beispielsweise immer noch fast eine Million. Offiziell wurde die Arbeit der Hauptverwaltung im gleichen Jahr eingestellt, ihr Erbe – die Besserungsarbeitskolonien – blieben aber noch jahrzehntelang erhalten.[87]

Kurz zusammengefasst ist vieles über die Geschichte des GULags bekannt. Unter den Forschern ist aber umstritten, ob deren detaillierte Erschließung überhaupt möglich ist. Ralf Stettner formulierte folgenderweise seine Zweifel:

> „Die Schwierigkeit der Forschung liegt bis heute darin, mit Hilfe der spröden, oft geschönten oder gar gefälschten statistischen Materials und der meist emotional bestimmten und nur selten über die Ebene des individuellen Horizonts und des Einzellagers hinausgehenden Häftlingsberichte zu einem wissenschaftlich haltbaren Ergebnis zu gelangen".[88]

Die Forschung konzentriert sich vielmehr auf die Erschließung der Lagerorganisation, bzw. auf die Ziele und Zwecke des GULags. Anhand Quellen zweifelhafter Authentizität können jedoch die Zustände in den Lagern und der Lageralltag kaum rekonstruiert werden, was ein großer Mangel der Forschung bleibt.

Eine wichtige Frage diesbezüglich ist, inwieweit die Gründung und die Beibehaltung des Lagersystems im wirtschaftlichen Interesse der Sowjetunion standen? Obwohl der Einsatz von Zwangsarbeit als nicht besoldete Arbeitsressource profitabel erscheint, ergaben die meisten Forschungen, dass das GULag finanziell defizitär war. Die Häftlinge erwirtschafteten nicht einmal die Kosten für ihre eigene Verpflegung und die der Wächter. Dabei muss aber auch berücksichtigt werden, dass mithilfe der Zwangsarbeiter Projekte durchgeführt werden konnten, für die keine freiwilligen

[84] STETTNER, Archipel GULag, 1996, 345-346.; APPLEBAUM, Der Gulag, 2005, 489.
[85] IVANOVA, Wie und warum, 2002, 40.
[86] Ebenda, 40.; STETTNER, Archipel GULag, 1996, 151, 358.
[87] Ebenda, 360.
[88] STETTNER, Archipel GULag, 1996, 25.

10.15772/ANDRASSY.2019.00551

Arbeiter hätten gefunden und bezahlt werden können. Ein Paradebeispiel war der Bau des Weißmeer-Ostsee-Kanals, bei dem zwischen 1931 und 1933 etwa 25.000 Häftlinge ums Leben kamen. Nach seiner Fertigstellung konnte der Kanal wegen seichter Fahrrinnen nicht benutzt werden.[89] Das GULag bedeutete für die Sowjetführung ein immer zur Verfügung stehendes, für alles und überall einsetzbares Arbeitskräftereservoir. Dieses brauchten sie besonders nach dem Krieg, als ein wesentlicher Teil der Roten Armee nicht demobilisiert wurde und wegen der Kriegsverluste Millionen Menschen auf dem Arbeitsmarkt des Landes fehlten.[90]

Abgesehen von wirtschaftlichen Gründen sollten auch soziale Faktoren, wie Herrschaftssicherung und Umerziehung berücksichtigt werden.[91] Nach der Machtübernahme der Bolschewiken musste rasch eine neue Gesellschaft erschaffen werden, die mit jahrhundertelangen russischen Traditionen brach. Das war nur durch radikale Methoden wie Einschüchterung, Terror und dem GULag möglich. Diese Absicht bezeugt auch der Name der Verwaltung, nämlich „Besserungsarbeit", aus welchem ersichtlich ist, dass das Ziel die Bildung einer neuen Gesellschaft mit „besseren" Menschen war.[92] Die Häftlinge wurden von der restlichen Gesellschaft isoliert. Ein wesentlicher Teil, der dieser neuen Gesellschaft nicht entsprach, kam in den Lagern ums Leben. So stellten die eingeschüchterten Überlebenden ebenfalls keine Bedrohung mehr für das System dar. Andererseits wurde die „freie" Gesellschaft ebenso eingeschüchtert, fügte sich dem System jedoch gehorsam, weil die möglichen Folgen von Illoyalität bekannt waren.

Wie der Begriff „Archipel" vermuten lässt, befanden sich die GULag-Lager überall im sowjetischen Staatsgebiet. Die Konzentrationslager der Leninzeit waren noch eher im städtischen Umfeld lokalisiert, ab den 1930er Jahren wurde aber immer mehr auf Isolierung abgezielt. So wurden Lager in entlegenen Regionen gegründet oder

[89] SCHNELL, Der Gulag, 2013, 147.
[90] TJUIRNA, Elena A.: Die Rolle der Zwangsarbeit in der Wirtschaft der UdSSR. Eine Quellenanalyse. In: DAHLMANN, Dittmar – HIRSCHFELD, Gerhard: Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation. Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland 1933 bis 1945. Klartext, Essen, 1999, 267–278, hier 278.
[91] STETTNER, Archipel GULag, 1996, 323. Der Anhang seines Bandes enthält eine Tabelle, in der die verschieden Zahlenangaben unterschiedlicher Autoren je nach Jahren aufgelistet werden. Siehe: STETTNER, Archipel GULag, 1996, 389–398
[92] BARNES: Death and Redemption, 2011, 155.

10.15772/ANDRASSY.2019.00552

disloziert.[93] Riesige Lagergebiete entstanden, die teils mit Lagerunternehmen verbunden waren. Als Beispiel kann der berüchtigte Dalstroi genannt werden, der sich am Fluss Kolyma befand, seinen Hauptsitz in Magadan hatte und Häftlinge in Bergwerken für Goldabbau, in der Kohlenindustirie und zur Holzverarbeitung einsetzte.[94] Weitere Kohlezentren waren das Gebiet Karaganda (KARLag)[95] und das Lagerverbundsystem Kotlas-Uchta-Petschora-Workuta.[96] Letzteres war das zweitgrößte Kohlerevier im europäischen Landesteil. Kennzeichend waren die Projekte zum Eisenbahnbau (Gebiet Potma – Eisenbahnlinie Potma-Tamnikow, BAMLag zum Ausbau eines zweiten Gleises der Transsib und der Baikal-Amur Linie) und die Kanalbauten (Weißmeer-Ostsee-Kanal, Moskau-Wolga-Kanal Lager). Ralf Stettner stellte die Lager in seinem Band auch kartografisch dar, wodurch sich ein tatsächliches Netzwerk im ganzen sowjetischen Staatsgebiet erkennen lässt.[97]

In der Forschung herrscht kein Konsens über die Anzahl der Häftlinge des GULags, dies in erster Linie wegen der bereits thematisierten, zweifelhaften Authentizität der Quellen. Zwischen den Schätzungen sind erhebliche Unterschiede zu finden. Beispielsweise bewegen sich die Angaben zwischen 2.5 und 13.5 Millionen Menschen.[98] Ivanova Galina fand in russischen Archiven folgende Zahlen:[99]

Jahresbeginn	**Häftlingszahl**
1930	etwa 400.000
1935	1.032.576
1939	2.051.284
1941	2.405.841
1945	1.736.186
1949	2.587.732
1953	2.624.861
1956	940.880

Ähnlich problematisch sind die Sterbezahlen der Häftlinge, die ebenso Schätzungen darstellen. Dabei kommen oft Übertreibungen vor, besonders bei Autoren, die durch

[93] STETTNER, Archipel GULag, 1996, 212.
[94] Ebenda, 217–223.
[95] Ebenda, 237.
[96] Ebenda, 223–229.
[97] Ebenda, 369–373.
[98] STETTNER, Archipel GULag, 1996, 187–188.
[99] IVANOVA, Der Gulag, 2001, 193.

10.15772/ANDRASSY.2019.00553

hohe Zahlen die Verbrechen des Kommunismus mit denen des Nationalsozialismus zu vergleichen versuchen.
Auch wird oft der wesentlichste Unterschied außer Acht gelassen, nämlich, dass im GULag das konkrete Ziel nicht die Ermordung der Häftlinge war, obwohl es auch Hinrichtungen gab. Ralf Stettner nennt dieses Phänomen „indirekte Vernichtung"[100]: die Häftlinge ließ man sterben und ihr Tod wurde in Kauf genommen, obwohl darauf jedoch nicht direkt abgezielt wurde.[101] Über die Todeszahlen sind diverse Angaben zu finden, die nicht überprüft werden können. Sehr wahrscheinlich verloren allerdings mehrere Millionen Personen ihr Leben im GULag.

2. 1. 2 Die Kriegsgefangenen- und Interniertenlager – die GUPVI

Die Geschichte des zweiten Lagersystems neben dem GUlag war eng mit dem Zweiten Weltkrieg verbunden, weil es den Arbeitseinsatz, die Haft und die Verpflegung der Kriegsgefangenen und der sog. Internierten organisierte. Dies wird auch in der Abkürzung GUPVI (*Glawnoje uprawlenije isprawitelno-trudowych lagerej i kolonij)* widerspiegelt, was Hauptverwaltung für Angelegenheiten von Kriegsgefangenen und Internierten bedeutet. Im Gegenteil zu den Häftlingen im GULag wurden die Gefangenen der GUPVI nicht verurteilt, sondern gerieten infolge des Krieges in sowjetische Gefangenschaft. Größtenteils wurden sie als Soldaten nach ihrer Gefangennahme in die Lager transportiert, andere wiederum im Rahmen organisierter Deportierungsaktionen. Auf diesen zwei Wegen wurden „mobilisierte und internierte" Zivilisten deutscher Abstammung deportiert.

Über die Kriegsgefangenschaft als Thema und die allgemeine Frage, wie die besiegten Völker – sowohl Zivilisten als auch Soldaten – behandelt werden sollten, bestand ein immerwährendes Dilemma. Während der Antike dominierte das „*Vae victis*!"-Prinzip, im Römerreich wurden die Besiegten als Sklaven verkauft. Kriege wurden sogar dazu geführt, um Menschen als Beute gefangen zu nehmen. Diese Tradition lebte im

[100] STETTNER, Archipel GULag, 1996, 188.
[101] SCHNELL, Der Gulag, 2013, 135.

10.15772/ANDRASSY.2019.00554

Mittelalter, zum Teil aber auch in der Frühen Neuzeit, weiter.[102] Erst mit der Aufklärung im 18. Jahrhundert kam der Anspruch auf eine humanere Kriegsführung auf. Mit der Einführung der Wehrpflicht in immer mehr Staaten im 18. und 19. Jahrhundert wurde das Thema für eine breitere Gesellschaftsschicht relevant. Zu dieser Zeit entstanden die ersten rechtlichen Regelungen darüber, wie die Soldaten des Feindes behandelt werden sollen, wenn sie sich ergeben. Diese Regeln wurden kurz nach der Jahrhundertwende in der Haager Landkriegsordnung 1907 festgehalten.[103]

Während des Ersten Weltkriegs wurde die Ordnung von den gegeneinander kämpfenden Seiten nicht eingehalten. Diese Erfahrung und der Schrecken des Krieges führten die Vertreter der kriegsführenden Staaten wieder an den Verhandlungstisch im Jahr 1929 in Genf. Als Ergebnis entstanden zwei Abkommen zur Regelung der Kriegsgefangenenfrage und des Schicksals der Verwundeten und Kranken ab 1931.[104]

In der Forschung wird des Öfteren die Nicht-Unterzeichnung des Genfer Abkommens seitens Japans und der Sowjetunion als symbolisches Moment betrachtet, womit auch die unmenschlichen Bedingungen in den beiden Ländern begründet werden.[105] Als Ursprung des Problems kann diese Tatsache allerdings nicht gedeutet werden. Einerseits unterzeichnete Deutschland beispielsweise ebenfalls das Abkommen, es wurden jedoch Kriegsgefangene millionenfach in deutschen Lagern ermordet. Andererseits, obwohl die Vertreter der Sowjetunion das Abkommen tatsächlich nicht unterschrieben hatten, verfügte der Staat über eigene Vorschriften die Kriegsgefangenenfrage betreffend.[106] Diese entsprach, abgesehen von einigen Punkten, wie der Privilegierung der Offiziere, der Arbeitseinsatz der Gefangenen auf freiwilliger Basis usw. der Genfer

[102] Vgl. DÄHLER, Die japanischen, 2006. 16.; OVERMANS, Rüdiger: „In der Hand des Feindes". Geschichtsschreibung zur Kriegsgefangenschaft von der Antike bis zum Zweiten Weltkrieg. In: OVERMANS, In der Hand, 1999, 1–39. hier 2.; DORNIK – HESS – KNOLL, Burgenländische, 1997, 7–19.

[103] DORNIK – HESS – KNOLL, Burgenländische, 1997, 20. Siehe: LAUN, Rudolf (Hg.): Die Haager Landkriegsordnung. Textausgabe mit einer Einführung. 5. Aufl. Schroedel, Hannover, 1950.

[104] Genfer Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken im Felde – Inkrafttreten am 19. Juni 1931 und Genfer Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen – Inkrafttreten am 19. Juni 1931. DORNIK – HESS – KNOLL, Burgenländische, 1997, 21.

[105] DORNIK – HESS – KNOLL, Burgenländische, 1997, 22.

[106] Vollständig publiziert von: VARGA, Éva Mária (Hg.): Magyar hadifoglyok a Szovjetunióban. Dokumentumok (1941 – 1953). Rosszpen – MKTKK, Budapest–Moszkva, 2006. 55–59. Der Band wurde auch russisch herausgegeben.

10.15772/ANDRASSY.2019.00555

Konvention.[107] Die Zustände in den Lagern waren also nicht von Rechtlosigkeit bestimmt, sondern vielmehr von der wirtschaftlichen Realität der Sowjetunion. Diese ermöglichte, besonders in den ersten Jahren nach Kriegsende, kaum die Einhaltung der inner-sowjetischen Regelungen über die Verpflegung in den Gefangenenlagern. Wichtig ist zu erwähnen, dass dies auch außerhalb der Lager nicht möglich war. Viele ehemalige Gefangene erinnerten sich, dass die „freie" sowjetische Bevölkerung unter genauso desaströsen Bedingungen lebte.[108]

Im Gegenteil zum GULag blickte das Kriegsgefangenenlagersystem der Sowjetunion auf keine langjährige Geschichte zurück. Zwar wurden auch die Soldaten des Ersten Weltkriegs[109] und anderer bewaffneter Konflikte nach ihrer Kapitulation ebenfalls gefangen genommen, eine Institutionalisierung erfolgte aber erst während des Zweiten Weltkrieges. Die ersten Lager entstanden, parallel zum Ausbruch des Krieges, äußerst unorganisiert im Herbst 1939.[110] Während des Polenfeldzugs gerieten etwa 250.000 Personen in sowjetische Gefangenschaft. So erließ der Volkskommissar für Inneren, Lawrenti Berija, den Befehl Nr. 0308. über die Einrichtung von Kriegsgefangenenlager.[111] Dadurch wurde am 19. September 1939 eine eigene Organisation, die Verwaltung für Angelegenheiten der Kriegsgefangenen und Internierten (UPVI), gegründet, die dem Volkskommissariat des Inneren unterstand. Ein wesentlicher Teil des Personals wurde vom GULag übernommen, da dessen Erfahrungen in den Kriegsgefangenenlager von Nutzen waren.[112] Das neue Lagersystem hatte von Anfang mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen, weil es ohne vorherige

[107] OSTERLOH, Jörg: Die Lebensbedingungen und der Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen im „Dritten Reich" und in der Sowjetunion. In: SEIDEL, Hans-Christoph – TENFELDE, Klaus (Hg.): Zwangsarbeit im Europa des 20. Jahrhunderts. Bewältigung und vergleichende Aspekte. Klartext, Essen, 2007, 155–186, hier 173.

[108] LEHMANN, Albrecht: Gefangenschaft und Heimkehr. Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion. C. H. Beck, München, 1986, 10.

[109] Über die ungarischen Soldaten, die nach dem ersten Weltkrieg in der Sowjetunion blieben/bleiben mussten, siehe die Schriften von Katalin Petrák: PETRÁK, Katalin: Magyarok a Szovjetunióban 1922 – 1945. Napvilág, Budapest, 2000.; PETRÁK, Katalin: Emberi sorsok a 20. században. Magyar hadifoglyok és emigránsok a Szovjetunióban a két világháború között. Napvilág, Budapest, 2012.

[110] KOROTAJEV, Vladimir: Deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR. In: Orte des Gewahrsams von deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion (1941–1956). Findbuch. Stiftung Sächsische Gedenkstetten, Dresden, 2010. 16–24, hier 16.; KARNER, Stefan: Der Archipel GUPVI. Das sowjetische Lagersystem für Kriegsgefangene und Internierte. In: DAHLMANN – HIRSCHFELD, Lager, 1999, 261–265, hier 261.

[111] KOROTAJEV, Deutsche, 2010, 16.

[112] OSTERLOH, Die Lebensbedingungen, 2007, 173.

10.15772/ANDRASSY.2019.00556

Vorbereitung keine Kapazitäten zur Unterbringung, Verpflegung und Umerziehung von Zehntausenden baltischen und polnischen Gefangenen hatte.

Der deutsche Angriff 1941 eröffnete ein neues Kapitel in der Geschichte der UPVI. Viele Lager im europäischen Gebiet des Landes mussten versetzt werden und nach größeren Operationen, wie der Schlacht bei Stalingrad 1942/1943 oder am Fluss Don 1943, gerieten hunderttausende Personen in Gefangenschaft. Zum Jahresbeginn 1944 befanden sich ca. 900.000 Gefangene in GUPVI-Lagern,[113] was zu katastrophalen Zuständen in den Lagern führte. 1943 wurden 119.522 Todesfälle registriert, 1944 71.834.[114] Dies war in erster Linie auf die nicht ausreichende Verpflegung und den Mangel an Ärzten zurückzuführen. Darüber hinaus hatten kämpfende Truppen bei der Versorgung Priorität.

Einen symbolischen Akt bildete Anfang 1945 die Ernennung des UPVI zur Hauptverwaltung (GUPVI);[115] während dieser Zeit gehörten zum System 267 Lagerorganisationen mit etwa 3.200 Lagerabteilungen.[116] Mit der deutschen Kapitulation im Mai 1945 gerieten mehr als eine Million Soldaten in sowjetische Gefangenschaft,[117] was die GUPVI vor eine unlösbare Herausforderung stellte. Damit erreichte das Lagersystem seinen zahlenmäßigen Höhepunkt. Die Todesraten der Gefangenen, die oft bereits verwundet oder in schlechtem Zustand in die Lager eintrafen, nahmen ebenfalls deutlich zu. Diese Entwicklung verschärfte sich während der „Hungersjahre" 1946/1947,[118] die von den Überlebenden als schlimmste Zeit beschrieben wurde.[119] Eine tatsächliche Lösung konnte nicht gefunden werden. Die arbeitsunfähigen (Kriegs)Gefangenen wurden bloß massenweise repatriiert.[120]

Im Jahre 1945 geriet ein Großteil der Gruppe der Internierten in Gefangenschaft, obwohl die Geschichte dieser Gruppe in der Forschung weniger erschlossen ist als die

[113] KARNER, Im Archipel, 1995, 67.
[114] Ebenda, 90.
[115] OSTERLOH, Die Lebensbedingungen, 2007, 178.; DORNIK – HESS – KNOLL, Burgenländische, 1997, 32.
[116] OSTERLOH, Die Lebensbedingungen, 2007, 178.
[117] KOROTAJEV, Deutsche, 2010, 20.
[118] VARGA, Magyarok, 2009, 97.
[119] PEER, Südtiroler, 2000, 60.
[120] UEBERSCHÄR, Gerd R.: Die sowjetischen Prozesse gegen deutsche Kriegsgefangene 1943–1952. In: UEBERSCHÄR, Gerd R. (Hg.): Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943–1952. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt, 1990. 240–261, hier 248.

10.15772/ANDRASSY.2019.00557

der Kriegsgefangenen. Stefan Karner zählt hierzu die sog. „mobilisierten und internierten Volksdeutschen" (siehe dazu noch das Kapitel **2.3**) und die „Zivilverschleppten", also die Zivilisten, die nach der sowjetischen Besetzung aus Österreich und aus dem „Dritten Reich" verschleppt wurden.[121] Als „Internierte" wurden aber bereits auch während des Krieges Personen bezeichnet. Daher auch die Bezeichnung „Angelegenheiten von Internierten" in der Abkürzung GUPVI. Interniert wurden sowohl Zivilpersonen innerhalb der Sowjetunion, wie Tataren aus der Krim oder Inguschen und Kalmücken aus dem Nordkaukasus, als auch Einwohner der von der Roten Armee besetzten Staaten wie Finnland, Polen und Griechenland.[122] Die Internierten teilten das Schicksal der Kriegsgefangenen. Ihnen wurde oft noch schlechtere Verpflegung zugeteilt, weswegen ihre Todesrate in der Regel höher lag.[123]

Bis Ende 1947 konsolidierte sich die wirtschaftliche Lage der Sowjetunion, die Kriegsgefangenenfrage wurde aber diplomatisch heikel. Auf der Moskauer Außenministerkonferenz herrschte ein Übereinkommen darüber, dass die Alliierten ihre Kriegsgefangenen bis zum Jahresende 1948 repatriieren sollten.[124] Die Sowjetunion war jedoch auf die Arbeitskräfte der Gefangenen beim Wiederaufbau angewiesen. Rechtlich war die Zurückbehaltung der Gefangenen noch weniger möglich, denn 1949 schloss sich auch der Staat Stalins dem Genfer Abkommen an.[125]

Als Lösung fand 1949 eine Verhaftungswelle in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern statt, in deren Rahmen etwa 15.000 Personen im Schnellverfahren wegen Kriegsverbrechen verurteilt wurden.[126] Das Urteil war fast ausschließlich 25 Jahre Besserungsarbeit, wodurch die Betroffenen den Kriegsgefangenenstatus verloren. So zog sich die Kriegsgefangenenfrage während einiger Jahre hin und wurde in den deutsch-sowjetischen Beziehungen erst zwei Jahre nach dem Tod Stalins mit der Moskau Reise Konrad Adenauers im September 1955

[121] Lásd KARNER, Im Archipel, 1995, 25, 31.
[122] Über die Internierungen siehe POLJAN, Pavel: Against their will. The history and geography of forced migrations in the USSR. Central European University Pess, Budapest–New York, 2004, 115–180.
[123] Über das ganze GUPWI-System stehen keine Angaben zur Verfügung, im Gebiet Donbas war die Todesrate der Internierten 25%, die der Kriegsgefangenen etwa 15%. Vgl. dazu PENTER, Tanja: Kohle für Stalin und Hitler. Arbeiten und Leben im Donbass 1929 bis 1953. Klartext, Essen, 2010, 308.
[124] OSTERLOH, Die Lebensbedingungen, 2007, 182.; HILGER, Andreas: Deutsche Kriegsgefangene und die Erfahrung des Stalinismus. In: ZARUSKY, Jürgen (Hg.): Stalin und die Deutschen. Neue Beiträge der Forschung. Oldenbourg, München, 2006. 111 – 129. Hier 116.; VARGA, Magyarok, 2009, 177.
[125] VARGA, Magyarok, 2009, 205.
[126] OSTERLOH, Die Lebensbedingungen, 2007, 183.; UEBERSCHÄR, Die sowjetischen, 1990, 248.

10.15772/ANDRASSY.2019.00558

gelöst. Im Sinne der dortigen Verhandlungen und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion zahlte die Bundesrepublik für die letzten ungefähr 9.600 deutschen Kriegsgefangenen.[127]

Ähnlich war die Situation der ungarischen Kriegsgefangenen. Die Mehrheit wurde bis Ende 1953 repatriiert, ein weiterer Teil wurde aber wegen Kriegsverbrechen verurteilt und ins GULag versetzt. Bis 1956 wurde in sowjetischen Quellen auf ungarische Gefangenen hingewiesen,[128] genau kann aber nicht festgestellt werden, wann der letzte ungarische Staatsbürger freigelassen wurde.

Der Auflösungsprozess der GUPVI begann bereits Anfang der 1950er Jahre. Die Anzahl der Gefangenen verringerte sich durch die Repatriierungen und so wurde die Arbeit in immer mehr Lagerabteilungen eingestellt. 1953 kehrten 12.000 Personen in die Deutsche Demokratische Republik zurück, was ein Beispiel dafür ist, dass die Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand auch als diplomatisches Mittel dienten. Die Repatriierung damals zielte auf die Beruhigung der inneren Verhältnisse im ostdeutschen Staat nach dem Aufstand im Juni ab.[129] 1953 gehörten noch 22 Lager zur Verwaltung der GUPVI,[130] 1956 wurde die nur mehr als Verwaltung (UPVI) tätige Organisation endgültig aufgelöst.[131]

Im Zusammenhang mit der GUPVI kommen ähnliche Fragen auf wie beim GULag. Ebenso problematisch ist die Feststellung der Anzahl an Gefangenen, weil die Authentizität der sowjetischen Quellen von vielen Forschern nicht anerkannt wird und diese auch nicht vollständig zur Verfügung stehen. Stefan Karner publizierte in seinem Band 1995 eine Tabelle über die Anzahl deutscher Kriegsgefangener in der GUPVI, die folgende Entwicklung zeigt:[132]

Jahresende	Anzahl der Gefangenen
1945	1.448.654
1946	1.072.658

[127] OSTERLOH, Die Lebensbedingungen, 2007, 183.; UEBERSCHÄR, Die sowjetischen, 1990, 251.
[128] VARGA, Magyarok, 2009, 182.
[129] OVERMANS, Rüdiger: Soldaten hinter Stacheldraht. Deutsche Kriegsgefangene des Zweiten Weltkriegs. Propyläen, Berlin–München, 2000, 258.
[130] KOROTAJEV, Deutsche, 2010, 22.
[131] HILGER, Deutsche, 2000, 333.
[132] Die Tabelle stütz sich auf die Angaben von Stefan Karner, der als Quelle Erich Maschke angab. Vgl. MASCHKE, Erich (Hg.): Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, Bd. XV. Verlag Ernst und Werner Gieseking, München, 1974. Zitiert von: KARNER, Im Archipel, 1995, 204.

10.15772/ANDRASSY.2019.00559

1947	835.449
1948	495.855
1949	83.260
1950	28.711
1951	27.894
1952	26.394
1953	15.424
1954	11.566
1955	2.414
1956	0

Diese Angaben beziehen sich ausschließlich auf deutsche Gefangene und obschon die zahlenmäßig größte Gruppe Deutsche bildeten, ist damit die Darstellung noch nicht vollständig. Unklar bleibt dabei nämlich, wer als deutscher Staatsbürger betrachtet wurde. Ein ähnliches Problem für die ungarische Forschung ist die Suche nach Konsens darüber, wie viele ungarische Soldaten, bzw. Staatsbürger in sowjetische Gefangenschaft gerieten.[133] Dabei stellt die Trennung zwischen Soldaten und Zivilisten auch eine Hürde dar, die sich nicht überwinden lässt. Éva Varga nennt in ihrem Band, gemäß einem Bericht aus dem Jahre 1949, 526.064 ungarische Gefangene, wobei diese Zahl auch die Zivilinternierten beinhaltet.[134]

Auch im Zusammenhang mit der GUPVI wurde öfter die Bezeichnung „Archipel" benutzt, weil diese, ähnlich wie das GULag, ein riesiges Netzwerk von Lagern im Sowjetgebiet bildete. Generell wurden die europäischen Kriegsgefangenen in die Lager verteilt, die sich im europäischen Gebiet befanden (Ukraine, Gebiet Moskau, Swerdlowsk, Baltikum, mittlerer Ural, etc.).[135] Oft waren diese Standorte aber östlicher gelegen, als die von den Deutschen zerstörten Regionen lagen. Es handelte sich also nicht ausschließlich um tatsächliche Aufbauarbeiten und Wiedergutmachung. Éva Varga listete in einer Tabelle die Lager mit Lagernummern auf, in denen sich ungarische Kriegsgefangenen aufhielten.[136] Unter diesen sind auch die Lagergebiete zu finden, in denen „deutschstämmige Zivilisten" gefangen gehalten wurden (Kaukasus, Donbass, Ural).

[133] STARK, Meghalt, 1985, 80–95.
[134] VARGA, Magyarok, 2009, 162.
[135] Siehe darüber die Karte von Stefan Karner: KARNER, Im Archipel, 1995, 72.
[136] VARGA, Magyarok, 2009, 327–331,

10.15772/ANDRASSY.2019.00560

Eine weitere offene Frage ist, ob der Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen profitabel war. Einige Autoren argumentieren, dass ähnlich wie beim GULag die Gefangenen ein kostenloses, überall einsetzbares Arbeitskräftereservoir darstellten.[137] Andere finden diese Parallele nicht zutreffend, weil die Sowjetunion mit den Kriegsgefangenen abrechnen musste, und es aus diplomatischen Gründen in sowjetischem Interesse lag, sie in möglichst gutem Zustand zu erhalten. Die Wirtschaftsbilanz der GUPVI war nur im Jahre 1949 positiv.[138] Obwohl der Faktor Arbeitskraft der hauptsächliche Grund für die Zurückbehaltung der Kriegsgefangenen war, konnten die oft kranken, verwundeten oder gesundheitlich schwachen Gefangenen kaum eine zufriedenstellende Leistung erbringen, wozu auch ihre mangelnde Motivation und Fachkompetenz beitrug.[139]
Eine wichtige Rolle spielte in der GUPVI die Umerziehung, die sog. Antifa-Schulen.[140] Solche wurden in den meisten Kriegsgefangenenlagern betrieben, was für die Teilnehmer sowohl Vorteile bei der Verpflegung als auch bei der Freilassung bedeuteten. Es stand im Interesse der sowjetischen Kader diese sowohl in den Ostblock[141] als auch in den Westen zu schicken, um dort im Aufbau des sozialistischen Systems eine Führungsrolle übernehmen zu können. Interessanterweise war diese Möglichkeit den Internierten wohl nicht vorbehalten: In keinem der Interviews mit den deportierten deutschstämmigen Zivilisten tauchen Antifa-Schulen auf. Der Grund, wieso das Gewahrsamsland diesen Personenkreis nicht zu instrumentalisieren versuchte, blieb von der Forschung bisher ausgeblendet.

2.2 Die Frage der Reparationen am Ende des Zweiten Weltkriegs

Nach der Darstellung des institutionellen Rahmens der Zwangsarbeit in der Sowjetunion ist bei der weiteren Kontextualisierung darauf einzugehen, warum der Staat Stalins nach Beendigung des Krieges auf Zwangsarbeit angewiesen war und wie

[137] OSTERLOH, Die Lebensbedingungen, 2007, 179.; HILGER, Deutsche, 2006, 117.; VARGA, Magyarok, 2009, 247.
[138] HILGER, Deutsche, 2006, 118.; HILGER, Deutsche, 2000, 194.
[139] TJURINA, Die Rolle, 1999, 275.
[140] Ld. HILGER, Deutsche, 2000, 224.; KARNER, Im Archipel, 1995, 94–104.
[141] HILGER, Deutsche, 2006, 127.

10.15772/ANDRASSY.2019.00561

er die stillschweigende Zustimmung der Alliierten dazu erhielt. Dieses Moment ist unter dem Aspekt der Verantwortung von Bedeutung.

Genaue und zuverlässige Angaben über die Verluste der Sowjetunion während der Kriegsjahre sind wenige zu finden. Sie waren aber zweifelsohne erheblicher als die der meisten besiegten Staaten. Nicht gänzlich unberechtigt wird die Sowjetunion von einigen Autoren als „arme Sieger" [142] und sogar als „Verlierer des Krieges" bezeichnet.[143] Auch wenn Stalin 1946 über sieben Millionen Tote berichtete, war diese Zahl deutlich höher, nämlich zwischen 20 und 29 Millionen Personen.[144] Darunter sind nicht nur die gefallenen Soldaten, sondern auch ermordete Zivilisten, Opfer der „Verbrannten-Erde-Taktik" und Personen, die aufgrund der inneren Säuberungen, der Epidemien und des Hungers ihr Leben verloren. All dies führte zu einem immensen Arbeitskräftemangel, der auch dadurch verstärkt wurde, dass die Rote Armee am Ende des Krieges 11 Millionen Mitglieder zählte und die Demobilisierung bis Ende 1948 andauerte.[145]

Die Lage wurde auch durch fehlerhafte Verwaltungstätigkeiten verschlechtert. Zum Beispiel hätten die Hungerjahre 1946/1947 vermieden werden können, die durch die Dürre im Sommer 1946 im europäischen Landesteil ausgelöst wurden. In Sibirien hingegen war die Ernte besser und durch eine angemessene Verteilung wäre die Katastrophe vermeidbar gewesen.[146] Die Versorgung des europäischen Gebietes war aber durch die während der Kriegsjahre zerstörte Infrastruktur erschwert. Der deutsche Angriff war mit einer radikalen Zerstörung verbunden: 25 Millionen Personen wurden obdachlos, etwa 1.700 Städte und 70.000 Dörfer, 32.000 Industriebetriebe, 65.000 km Schienenwege waren zerstört, die Kriegsschäden betrugen ca. 679 Milliarden Rubel.[147] Die Lage wurde zusätzlich dadurch erschwert, dass der Industrie ein hoher Stellenwert im System beigemessen wurde. Deshalb wurden zum Wiederaufbau die Arbeitskräfte

142 PENTER, Kohle, 2010, 301.
143 FILTZER, Donals: Soviet Workers and Late Stalinism. Labour and the Restoration of the Stalinist System after World War II. Cambridge University Press, Cambridge, 2002, 13.
144 ZUBKOVA, Elena: Russia after the War. Hopes, Illusions and Disappointments 1945–1957. M. E. Sharpe, Armonk–London–New York, 1998, 20.; KARNER, Im Archipel, 1995, 137.
145 ZUBKOVA, Russia, 1998, 22.
146 Ebenda, 39–40.
147 KARNER, Im Archipel, 1995, 137.; HARRISON, Mark: Accounting for War. Soviet production, Employment and the defence Burden 1940–1945. Cambridge University Press, Cambridge, 1996, 155.

10.15772/ANDRASSY.2019.00562

dem Agrarsektor entzogen, wodurch die Verpflegung der Bevölkerung mit Lebensmitteln nicht mehr gewährleistet war.[148]

Infolgedessen war die Sowjetunion in den Nachkriegsjahren mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert. Auch die nächsten Jahr(zehnt)e waren nicht friedlich und verschärften die Lage. In der zweiten Hälfte der 1940er Jahre brach Stalin mit den westlichen Siegermächten und rief den sozialistischen Ostblock ins Leben. Das Wirtschaftsleben der Sowjetunion war von Kollektivierung, Zwangsindustrialisierung und Rüstungswettlauf geprägt, obwohl dafür weder die finanziellen noch die Humanressourcen vorhanden waren. Diese Kombination führte verstärkt zum Einsatz der Zwangsarbeit.

Diese Probleme waren teils bereits vor Kriegsende vorhersehbar, deshalb begann die Sowjetführung schon früh mit der Planung des Wiederaufbaus – zu diesen Plänen gehörte der Einsatz ziviler Arbeitskräfte aus den besiegten Staaten. Die Pläne verfolgten vier Ziele: militärisch (Vermeidung von bewaffnetem Widerstand), politisch (Wiedergutmachung), juristisch (Bestrafung des Feindes und Vergeltung wegen der Verschleppung der sog. Ostarbeiter, von sowjetischen Staatsbürgern ins „Dritte Reich") und wirtschaftlich.[149] Das Staatliche Verteidigungskomitee (*Gosudarstvennyij Komitet Oborony*, GKO) begann 1940 mit der Planung der „Zwangserhebungs – und Internierungsmaßnahmen", damals jedoch nur innerhalb der Sowjetunion.[150]

Die Idee des Einsatzes deutscher Arbeitskräfte als Reparation kam aus Großbritannien. Der Diplomat William Mulkin entwarf ein Konzept über den Arbeitseinsatz von drei Millionen Mitgliedern der NSDAP, der Gestapo, der SS und der Wehrmacht, teils in den von ihnen zerstörten Ländern, teils im eigenen Territorium der Siegermächte. Stattdessen wurde aber die finanzielle und materielle Reparation bevorzugt und das Konzept wurde nicht angenommen.[151]

148 FILTZER, Soviet, 2002, 14.

149 POLJAN, Against, 2004, 242. Zum Thema Reparationsleistungen von Ungarn für die Sowjetunion siehe noch: BORHI, László: A vasfüggöny mögött. Magyarország nagyhatalmi erőtérben. Ister, Budapest, 2000, 9–31.

150 POLJAN, Pavel: „Westarbeiter". Internierung, Deportation und Ausbeutung deutscher Zivilisten aus Europa in der UdSSR. In: EIMERMACHER, Karl - VOLPERT, Astrid (Hg.): Verführungen der Gewalt. Russen und Deutsche im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Fink Verlag, München, 2005. 1261–1297, hier 1267.

151 POLJAN, Westarbeiter, 2005, 1268.

10.15772/ANDRASSY.2019.00563

Seitens der Sowjets tauchte das Thema erst am 9. Oktober 1943 auf, in einer Notiz des stellvertretenden Volkskommissars für Äußere Angelegenheiten, Maxim M. Litwinow, die er zur Vorbereitung der Moskauer Außenministerkonferenz und des Gipfeltreffens der Alliierten im November verfasste.[152] Zur Klärung der Frage der Wiedergutmachung wurde in der Sowjetunion eine Sonderkommission Anfang November 1943 eingerichtet, die von Iwan Michajlowitsch Majskij, dem stellvertretenden Volkskommissar für Äußere Angelegenheiten geleitet wurde. Majskij ging davon aus, dass die Verwendung deutscher Arbeitskräfte legitim, erwünscht und gerechtfertigt sei, weil die deutsche Seite das gleiche der Bevölkerung aus den eroberten Gebieten angetan hatte. In diesem Sinne verfasste er am 11. Januar 1944 einen Entwurf, in dem er für den Wiederaufbau den Arbeitseinsatz von mehreren Millionen Deutschen auf mindestens 10 Jahre vorschlug, um dadurch zugleich die deutsche Volkswirtschaft zu schwächen.[153]
Majskij zog eindeutig den Einsatz deutscher Arbeitskräfte als Reparation anderen Varianten gegenüber vor. So arbeitete er weitere, detailliertere Pläne mit konkreten Planzahlen aus und reichte diese an den Volkskommissar für Äußere Angelegenheiten, Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow weiter. Ende 1944 schlug er vor, dass alle Staaten, die vom „Dritten Reich" angegriffen und teilweise zerstört wurden, das Recht dazu haben sollten, Arbeitskräfte aus Deutschland zu beanspruchen. Im Fall der Sowjetunion rechnete er mit fünf Millionen – teils hochqualifizierten – Arbeitern für eine Dauer von 10 Jahren.[154] Ihm war damals allerdings schon klar, dass Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika diese Form der Reparation ablehnten.
Sein Entwurf hätte im Rahmen der Krimkonferenz der Alliierten vom 4. und bis 11. Februar 1945 in Jalta vorgestellt werden sollen, was letztendlich wegen unbekannter Gründe unterblieb. Stattdessen wurde nur vorsichtig auf den Anspruch der Sowjetunion auf deutsche Arbeitskräfte hingewiesen, der von den Verhandlungspartnern stillschweigend hingenommen wurde. Laut Protokoll der Sitzung vom 5. Februar warf der Präsident der Konferenz die Frage auf, welchen Plan die Sowjetunion mit den deutschen Arbeitskräften verfolgte. Stalin antwortete diplomatisch: „*Wir haben einen*

152 POLJAN, Westarbeiter, 2005, 1268.
153 Ebenda, 1269.
154 Ebenda, 1270.

10.15772/ANDRASSY.2019.00564

Plan für Reparationen in Sachleistungen, aber wir sind noch nicht so weit, um über Arbeitskräfte zu sprechen."[155]

Danach befahl er Majskij, seinen Entwurf vorzustellen. Dieser thematisierte den Anspruch der Sowjetunion auf Arbeitskräfte jedoch nicht, stattdessen hob er lediglich die Notwendigkeit der Kontrolle durch die Alliierten und die Gründung einer Kommission zu Reparationsfragen hervor, ferner, dass die deutsche Schwerindustrie geschwächt werden sollte und dass die Sowjetunion schlechte Erfahrungen bezüglich der finanziellen Reparation gemacht habe.[156]

In das Protokoll wurde folgender neutral gehaltener Beschluss aufgenommen:

> „V. Reparation
>
> Folgendes wurde gebilligt:
>
> 1. Deutschland hat Naturalleistungen aufzubringen für die Verluste, die es im Laufe des Krieges den alliierten Ländern verursacht hat. Die Reparationen sollten in erster Linie diejenigen Länder erhalten, welche die Hauptlasten des Krieges getragen, die schwersten Verluste erlitten und den Sieg über den Feind organisiert haben.
>
> 2. Die Naturalreparation ist von Deutschland in folgenden drei Formen zu erzwingen:
>
> a) Abtransport von Vermögenswerten aus dem nationalen Vermögen Deutschlands innerhalb und außerhalb seines Territoriums im Verlauf von 2 Jahren nach der Kapitulation Deutschlands oder der Einstellung des bewaffneten Widerstandes (Ausrüstungen, Werkzeugmaschinen, Schiffe, rollendes Material, deutsche Auslandsinvestitionen, Aktien von Industrie-, Verkehrs-, und anderen Unternehmen in Deutschland etc.). Dieser Abtransport von Vermögenswerten wird hauptsächlich zur Zerschlagung des deutschen Kriegspotentials durchgeführt.
>
> b) Jährliche Warenlieferungen aus der laufenden Produktion für einen noch festzulegenden Zeitraum.
>
> c) Verwendung deutscher Arbeitskräfte."[157]

155 KÄMMERER, Robert (Hg.): Die Konferenzen von Malta und Jalta. Department of State USA. Dokumente vom 17. Juli 1944 bis 3. Juni 1945. Deutsche Ausgabe. Verlag für politische Bildung, Düsseldorf, 1956, 590.
156 Ebenda, 590–592.
157 Ebenda, 901–907.

10.15772/ANDRASSY.2019.00565

Warum die Ausführung des Abschnitts entfiel, in dem der Anspruch auf deutsche Arbeitskräfte angemeldet wurde, ist nicht bekannt. Einerseits lehnten die Verhandlungspartner der Sowjetunion diese Form der Reparation ab. Das wurde auch dadurch bestätigt, dass auf dem nächsten Gipfeltreffen in Potsdam im Sommer 1945 das Thema nicht mehr auftauchte bzw. die amerikanische Seite die Verpflichtung zur Arbeit nur im Fall von verurteilten Kriegsverbrechern für zulässig hielt. Andererseits wurde seitens der Sowjetunion diese Frage bereits vor der Krimkonferenz entschieden: Damals arbeiteten bereits Millionen von Kriegsgefangenen in den GUPVI-Lagern. Ferner erreichten die im Rahmen der Reparationen deportierten deutschstämmigen Zivilisten aus den Ländern Mittel- und Ost-Europas Anfang Februar 1945 die sowjetischen Lager. Stalin unterließ es absichtlich, seine Verhandlungspartner darüber zu informieren. Diese erfuhren vom Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen und von den Deportationen aus anderen Quellen. Es bleibt die Frage offen, inwieweit sie in der Frage der Arbeitsverpflichtung der Deutschen seitens der Sowjetunion die Möglichkeit gehabt hätten, Einfluss auf Stalin auszuüben, um ihn zu einem Verzicht darauf zu bewegen.

2.3 Deportationen deutscher Zivilisten aus den von der Roten Armee besetzten Gebieten im Spiegel sowjetischer Quellen

Die auf sowjetische Quellen gestützte Forschung unterscheidet zwischen zwei Deportationswellen der „deutschen" Zivilbevölkerung aus den von der Roten Armee eroberten Gebieten in die Sowjetunion. Eine davon war die sog. „*Mobilisierung und Internierung der Volksdeutschen*", unter anderem der ungarischen Staatsbürger 1944/1945. In sowjetischen Quellen werden die Betroffenen als Gruppe G („*Mobilisierte und Internierte*"),[158] oder als Gruppe D (*„Angehörige deutscher Arbeitsbataillone*")[159] bezeichnet. Die zweite Welle ereignete sich 1945 auf dem Territorium des „Dritten Reich"es, in Deutschland, Österreich und in den deutschen Ostgebieten. Diese Deportation wird in den sowjetischen Quellen als „*Verhaftung und*

[158] VARGA, Magyarok, 2009, 157.
[159] POLJAN, Against, 2004, 266,

10.15772/ANDRASSY.2019.00566

Internierung" bezeichnet und mit dem Buchstaben B („*verhaftete und internierte Mitglieder feindlicher Organisationen*")[160] markiert.

Von den beiden Wellen wird hier die der „Volksdeutschen" näher vorgestellt und analysiert. Die andere Aktion wird in meiner Arbeit nur kurz zusammengefasst, da diese für mein Thema weniger relevant ist. Sie ist dennoch zu berücksichtigen, um zeigen zu können, welche sowjetischen Motivationen außer dem Arbeitskräftemangel zu „Männerverschleppungen" führten. Dies kann als Anhaltspunkt zur Interpretation der Vorgänge im Karpatenbecken dienen, die in Kapitel **2.4** behandelt werden und deren sowjetischer Hintergrund bis heute unerschlossen ist. Jedenfalls sind zwischen ihnen und den „Verschleppungen" aus Deutschland etliche Parallelen festzustellen.

2.3.1 Die „Mobilisierung und Internierung deutschstämmiger Zivilisten"

Der konkrete Ausgangspunkt der Deportation „deutschstämmiger Zivilisten" in die Sowjetunion ist der Forschung bis heute nicht bekannt. Trotzdem gibt es sowohl in rumänischer als auch in ungarischer Relation Vermutungen, dass die sowjetische Seite bereits früher als Ende 1944 mit den Vorbereitungen begonnen hatte.

In Rumänien fand unmittelbar nach dem Frontwechsel im August 1944 eine Volkszählung statt, in deren Rahmen die deutsche Bevölkerung erfasst wurde.[161] Mehrere Autoren sind der Meinung, dass das Moskauer Waffenstillstandsabkommen vom 12. Dezember 1944 eine geheime Klausel enthielt, die die Deportation der deutschen Bevölkerung als Ersatz für die von der rumänischen Armee in der Sowjetunion verursachten Schäden bestimmte.[162] Im Zusammenhang mit Ungarn schrieb Molotow, Volkskomissar für Äußeren Angelegenheiten, 1943 dem britischen Gesandten in Moskau Folgendes:

[160] Ebenda, 265.
[161] WEBER, Deportation, 1995, Bd. 1., 139–144. Zitiert von: POLJAN, Die Internierung, 2005, 1343. Die Deportationsaktion wurde hier auf der Grundlage des Aufsatzes von Pavel Poljan vorgestellt. Seine Ergebnisse wurden von mehreren Autoren rezipiert und übernommen, u. A. von Éva Mária Varga.
[162] WEBER, Deportation, Bd. 1., 1995, 127–135. Zitiert von POLJAN, Die Internierung, 2005, 1343. Siehe noch: VARGA, Magyarok, 2009, 148.

10.15772/ANDRASSY.2019.00567

> „Die Sowjetregierung ist der Überzeugung, dass für die bewaffnete Unterstützung, die Ungarn für Deutschland leistete, sowie für die Mordfälle und Gewalttaten, Plünderungen und Ruchlosigkeiten, die sie in den besetzen Gebieten begangen haben, nicht nur die ungarische Regierung die Verantwortung zu tragen hat, sondern mehr oder weniger auch das ungarische Volk."[163]

Beide Behauptungen sind problematisch. Einerseits betrachten sie die deutschstämmige Bevölkerung als organischen Bestandteil des rumänischen bzw. ungarischen Volkes, um die komplette Wiedergutmachung ausschließlich auf sie abzuwälzen. Das heißt, die Sowjetunion hätte sich damit zufrieden gegeben, für alle Kriegszerstörungen allein die deutschen Minderheiten Ungarns und Rumäniens zu bestrafen. Wäre die Deportation eine Bestrafungsaktion am rumänischen und ungarischen Volk für den Angriff auf die Sowjetunion gewesen, dann gäbe es keine Erklärung dafür, warum der Befehl für solche Deportationen auch in Bulgarien, bzw. in Jugoslawien und in der Tschechoslowakei ausgeführt wurde, die keinen Krieg gegen die Sowjetunion geführt hatten.

Die erste Maßnahme bezüglich der Deportation „deutschstämmiger Zivilisten", die mit Quellen belegt werden kann, ist auf Mitte November 1944 zu datieren.[164] Die diesbezügliche Verordnung Stalins ist nicht bekannt, nur die Antwort Berijas auf sie. Der Volkskommissar für innere Angelegenheiten berichtete am 24. November 1944, dass er die NKWD-Einsatzgruppen in die von den 2., 3. und 4. Ukrainischen Fronten befreiten Gebiete entsandte, um dort die Anzahl der deutschstämmigen Bevölkerung zu erfassen[165] und diese je nach Geschlecht und Altersgruppe zu registrieren.[166] Zuständig für diese Aufgabe waren der Stellvertreter Berijas, Generaloberst Arkadij N. Apollonow, ferner Iwan M. Gorbatjuk, Chef der NKWD-Heereshauptverwaltung, Abteilung Etappensicherung. Als Dritter wirkte Generalleutnant Moissej I.

[163] „A szovjet kormány úgy véli, hogy azért a fegyveres segítségért, amelyet Magyarország Németországnak nyújtott, valamint azokért a gyilkosságokért és erőszakos cselekményekért, fosztogatásokért és gyalázatosságokért, amelyeket a megszállt területen követtek el, a felelősséget nemcsak a magyar kormánynak kell viselnie, hanem nagyobb, vagy kisebb mértékben a magyar népnek is." – Übersetzung der Autorin. Zitiert JUHÁSZ, Gyula (Hg.): Magyar-brit titkos tárgyalások 1943-ban. Kossuth kiadó, Budapest, 1978, 158–159., ferner von BOGNÁR, Zalán: A polgári lakosság tömeges elhurcolása szovjetunióbeli kényszermunkára a Kárpát-medencéből, kitekintéssel Kelet-Közép- és Délkelet-Európára. In: BOGNÁR, Itt volt, 2015, 9–21, hier 10. Bei Bognár fehlt der mittlere Teil des Zitats über die Untaten der Ungarn.
[164] POLJAN, Die Internierung, 2005, 1344.
[165] Ebenda, 1345.; VARGA, Magyarok, 2009, 148.
[166] Ebenda, 149.

10.15772/ANDRASSY.2019.00568

Sladkjewitsch, der stellvertretende Truppenchef des NKWD mit. Diese Personen hatten bereits Erfahrung mit Deportationen, weil sie die massenweise Zwangsumsiedlung der Wolgadeutschen im August 1941 organisiert hatten.

Die Arbeit des NKWD wurde durch 106 SMERSCH Gegenspionagetrupps (*Smert' spionam, Tod den Spionen*) mit etwa 800 Personen unterstützt. Den ersten vorläufigen Bericht erhielt Berija am 5. Dezember; am 15. Dezember wurde die Deportationsstatistik Stalin und Molotow vorgestellt. Die Ergebnisse waren folgende:[167]

Land	Männer	Frauen	Gesamt
Rumänien	186.509	235.337	421.846
Ungarn	19.024	31.268	50.292
Jugoslawien	32.966	40.606	73.572
Tschechoslowakei	1.412	2.837	4.250
Bulgarien	524	565	1.089
Gesamt	240.436	310.613	551.049

Diese Zahlen sind im Fall Ungarns im Vergleich zu den Volkszählungsergebnissen 1941 auffällig gering. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass der Bericht Anfang Dezember abgegeben und Mitte Dezember der Sowjetführung präsentiert wurde. Zu dieser Zeit war der westliche Teil Ungarns mit seinen deutschen Siedlungsgebieten noch in deutscher Hand und tauchten daher in der Statistik nicht auf. Ähnliches gilt wahrscheinlich auch für die Tschechoslowakei. Andererseits ist die Methodik dieser statistischen Erfassung unbekannt: Welcher Personenkreis damals überhaupt als Deutschstämmige gezählt wurde und welche Informationen den NKWD- und SMERSCH-Gruppen zur Verfügung standen ist unklar.

Ursprünglich war nur die Deportation von Männern im Alter von 17 bis 45 Jahren geplant, um diese für die Wiederherstellung des Kohlebergbaus im Donbass und die Hüttenindustrie in Südrussland einzusetzen.[168] Letztendlich wurde eine andere Entscheidung getroffen und auch die Arbeitskraft von Frauen beansprucht, wahrscheinlich wegen der geringen Anzahl der Männer, die noch überwiegend im Kriegseinsatz waren. Umstritten war, was mit den Müttern von Kleinkindern geschehen sollte: Die Grenze zur Freilassung wurde ursprünglich bei einjährigen Kindern gezogen,

[167] POLJAN, Die Internierung, 2005, 1359.
[168] POLJAN, Die Internierung, 2005, 1346.

10.15772/ANDRASSY.2019.00569

in der ungarischen Praxis wurde diese Altersgrenze bis auf 3, 4 oder sogar 7 Jahre ausgedehnt.

Der endgültige Beschluss des GKO wurde am 16. Dezember 1944 unter der Nummer 7161. verkündet.[169] Angesichts seines Stellenwerts wird er hier im Volltext zitiert:

> „1. Alle in den durch die Rote Armee befreiten Gebieten Rumäniens, Jugoslawiens, Ungarns, Bulgariens und der Tschechoslowakei wohnhaften arbeitsfähigen Deutschen Männer im Alter von 17 bis 45 Jahren, Frauen von 18 bis 30 Jahren, sind zu mobilisieren und mit dem Ziel ihrer Entsendung zum Arbeitseinsatz in der UdSSR zu internieren.
>
> Es wird festgestellt, daß der Arbeitsaushebung Deutsche sowohl reichsdeutscher als auch ungarischer Staatsangehörigkeit sowie Deutsche rumänischer, jugoslawischer, bulgarischer und tschechoslowakischer Staatsangehörigkeit unterliegen.
>
> 2. Die Leitung der Aushebung obliegt dem NKWD der UdSSR (Genossen Berija).
>
> Das NKWD wird beauftragt, die erforderlichen Sammelstellen, die Aufnahme der Mobilisierten sowie die Zusammenstellung und Abfertigung der Transporte sowie deren Schutz auf der Strecke zu organisieren.
>
> Je nach Anzahl der auf den Sammelstellen eintreffenden Deutschen sind die Mobilisierten zu Transporten zu gruppieren und in die UdSSR zu befördern.
>
> 3. Die Genossen Malinowskij und Winogradow (für Rumänien) sowie Tolbuchin und Birjusow (für Bulgarien und Jugoslawien) werden verpflichtet:
>
> a) über die Regierungsorgane der jeweiligen Staaten die Aushebung und Internierung der unter Ziffer 1 bezeichneten Deutschen einzuleiten;
>
> b) gemeinsam mit den Beauftragten des NKWD der UdSSR - Gen. Apollonow und Gorbatjuk – dafür Sorge zu tragen, daß die zuständigen Militär- und Zivilbehörden alle notwendigen Vorkehrungen treffen, um das Eintreffen der mobilisierten Deutschen in den Sammelstellen zu gewährleisten.
>
> Die Genossen Malinowskij und Tolbuchin (für Ungarn)
>
> sowie Petrow (für die Tschechoslowakei)
>
> werden verpflichtet, im Namen des Frontkommandos die notwendigen Anweisungen zur Einziehung der Deutschen gemäß Ziffer 1. dieser Anordnung über die Militärkommandanten bekannt zu machen und gemeinsam mit den Beauftragten des NKWD der UdSSR, Gen. Apollonow und Gorbatjuk, alle

[169] VARGA, Magyarok, 2009, 147.; KARNER, Im Archipel, 1995, 24.

10.15772/ANDRASSY.2019.00570

Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um das Erscheinen der eingezogenen Deutschen in den Sammelstellen sicherzustellen.

4. Den mobilisierten Deutschen ist es gestattet, warme Kleidung, einen Vorrat Wäsche, Bettwäsche, Geschirr für den persönlichen Bedarf sowie Lebensmittel bis insgesamt 200 kg pro Person mitzunehmen.

5. Der Leiter der Etappenverwaltung der Roten Armee, Genosse Chruljow, und der Leiter des UPWOSO, Genosse Kowaljow, werden beauftragt, die Bereitstellung von Eisenbahnzügen und Kraftfahrzeugen für den Abtransport der mobilisierten Deutschen sowie deren Ernährung sicherzustellen.

6. Alle mobilisierten Deutschen sind für den Wiederaufbau der Kohlenindustrie im Donbass und der Hüttenindustrie im Süden des Landes abzustellen.

Die am Arbeitsort ankommenden Deutschen sind in Arbeitsbataillone von je 1000 Mann zu gruppieren.

Das NKO (Genosse Golikow) stellt für jedes Bataillon je 12 zum Dienst in der Roten Armee beschränkt taugliche Offiziere zur Verfügung.

7. Die Organisation der Aufnahme, Unterbringung und Ernährung sowie der gesamten übrigen Versorgung der internierten Deutschen am Arbeitsort sowie deren Arbeitsverwendung obliegt den Volkskommissariaten für die Kohlen- und Hüttenindustrie.

Die Volkskommissariate für die Kohlenindustrie (Genosse Wachruschew) und Hüttenindustrie (Genosse Tewosjan) werden verpflichtet, die Räumlichkeiten für die Aufnahme und Internierung der ankommenden internierten Deutschen bereitzustellen.

Das Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten wird beauftragt, gemeinsam mit den Volkskommissariaten für die Kohlen- und Hüttenindustrie Lagerordnungen und Bestimmungen für die Arbeitsverwendung der Internierten festzulegen.

8. Das Staatliche Planungsamt der UdSSR (Genosse Wosnessenskij) wird verpflichtet, den Volkskommissariaten für die Kohlen- und Hüttenindustrie beginnend mit dem 1. Quartal 1945 für die zum Arbeitseinsatz eintreffenden internierten Deutschen Lebensmittel und Industriewaren gemäß den für die jeweiligen Betriebe dieser Volkskommissariate festgelegten Normen zuzuteilen.

9. Das Volkskommissariat für Gesundheit (Genosse Miterew) wird verpflichtet, die medizinisch-sanitäre Versorgung der in den Betrieben der Volkskommissariate für die Kohlen- und Hüttenindustrie zum Arbeitseinsatz eintreffenden internierten Deutschen zu gewährleisten, während die Volkskommissariate für die Kohlen- und

10.15772/ANDRASSY.2019.00571

Hüttenindustrie ihrerseits dem Volkskommissariat für Gesundheit die entsprechenden Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen haben.

10. Die Aushebung und Internierung der Deutschen ist im Zeitraum Dezember 1944 bis Januar 1945 durchzuführen. Die Verbringung an die Arbeitsorte ist bis 15. Februar abzuschließen.

Der Vorsitzende des Staatskomitees für Verteidigung

STALIN."[170]

Der Beschluss wurde am 22. Dezember durch folgende Durchführungsanweisung Nr. 0066. ergänzt:[171]

„[…] a) die Arbeitsverschickung der Deutschen ist durch die Militärkommandanten mit der Warnung anzukündigen, daß Verweigerer sofort vor ein Kriegsgericht gestellt und ihre Familien repressiert werden;

b) der Transport der Mobilisierten zu den Sammelstellen und Abfertigungsbahnhöfen ist mittels Heereskapazitäten durchzuführen.

Der Termin für den Abtransport aller Deutschen aus den Frontgebieten wurde in diesem Befehl auf den 3. Januar 1945 festgesetzt. […]"[172]

Diese Ergänzung lässt bereits auf die Erfahrungen der Durchführung schließen. Hierfür war die Unterstützung der in den jeweiligen Regionen stationierten Fronttruppen notwendig, bzw. mussten in gewissen Fällen Sanktionen angedroht werden. Der Begriff „Verweigerer" weist auf die ursprünglichen Vorstellungen von einer Durchführung ohne Gewalt hin, also darauf, dass es nicht zu einer „Verschleppung" kommen sollte, sondern die Aufforderung der Betroffenen zur Meldung geplant war.

Am 26. Dezember erhielt Berija von den Zuständigen einen konkreten Durchführungsplan über die Vorbereitungen und den Abtransport, der sich auf die Jahrgänge zwischen 1899 und 1927 bei Männern und zwischen 1914 und 1926 bei

[170] POLJAN, Die Internierung, 2005, 1347–1349. Der Beschluss wurde in vielen weiteren Arbeiten im Volltext veröffentlicht, auf Ungarisch siehe u. A. VIDA, István (szerk): Iratok a magyar-szovjet kapcsolatok történetéhez. 1944. október – 1948. június. Dokumentumok. Gondolat, Budapest, 2005, 100–101.

[171] VARGA, Magyarok, 2009, 150.

[172] POLJAN, Die Internierung, 2005, 1349.; ungarisch: KONASZOV, V. B. – TERESCSUK, A. V.: Berija és a „malenkij robot". Dokumentumok Ausztria, Bulgária, Magyarország, Németország, Románia, Csehszlovákia és Jugoszlávia polgári lakossága 1944–1945-ös internálásának történetérõl. In: Történelmi Szemle 2004/3–4. (Jg. 66.) 385–402, hier 389–391.

10.15772/ANDRASSY.2019.00572

Frauen bezog.[173] Für die Feststellung der deutschen Abstammung war die Nationalität des Familienoberhaupts maßgeblich.[174]

Wegen der geringen Anzahl der erfassten Deutschen in der Tschechoslowakei und in Bulgarien wurden in den beiden Ländern die Kommandeure des NKWD-Etappenschutzes an der jeweiligen Front mit der Durchführung beauftragt. In den anderen drei Staaten nahmen außer dem NKWD auch direkt zu diesem Zweck abgeordnete Fronttruppen an der Aushebung teil. Laut sowjetischen Quellen wurde auch ein rumänisches Regiment nach Ungarn geschickt,[175] doch darüber berichten weder die ungarischen Archivunterlagen noch die Interviews von Überlebenden.

Die eroberten Regionen Jugoslawiens, Rumäniens und Ungarns wurden in Sektoren unterteilt, in Rumänien gab es sechs Sektoren, in Ungarn und Jugoslawien je zwei. Bemerkenswerterweise stuften die sowjetischen Quellen die während des Zeitraums von 1938 bis 1941 von Ungarn zurückgewonnenen Gebiete bereits zu diesem Zeitpunkt nicht mehr als ungarische ein.

Die Deportation war mit einem Zeitplan verbunden, der aber nicht eingehalten werden konnte. Planmäßig hätte die Aushebung und der Abtransport der Zivilisten innerhalb des folgenden Zeitraums erfolgen sollen:

1. 28. Dezember 1944 bis 5. Januar 1945 – Jugoslawien und Ungarn – 3. Ukrainische Front;
2. 1. bis 10. Januar 1945 – Ungarn – 2. Ukrainische Front;
3. 10. Januar bis 1. Februar 1945 – Rumänien und Siebenbürgen;
4. 27. Dezember 1944 bis 1. Januar 1945 – Tschechoslowakei;

Im Gegenteil dazu verlief die Deportation in den einzelnen Sektoren wie folgt:

Einsatzsektor 1. Bezirk Timiș: 31.922 Personen wurden in 19 Transporten abtransportiert,[176] dieses Kontingent wurde in den größeren Städten der Region (Temesvár[177], Arad, Resicabánya[178]) durch Razzien ergänzt.

Einsatzsektor 2. Bezirk Provinz Mureș: Die Operation begann am 13. Januar in Nagyszeben,[179] von dort wurde sie auf die ganze Region erweitert. Insgesamt wurden

[173] POLJAN, Die Internierung, 2005, 1350.
[174] VARGA, Magyarok, 2009, 151.
[175] POLJAN, Die Internierung, 2005, 1351.
[176] Ebenda, 1353.
[177] Deutsch Temeswar, rumänisch Timișoara, serbokroatisch Temišvar. Heute Stadt in Rumänien.
[178] Deutsch Reschitza oder Reschitz, serbisch Rešica, rumänisch Reșița. Heute Stadt in Rumänien.

10.15772/ANDRASSY.2019.00573

22.561 Personen in 735 Waggons mit 13 Eisenbahnzügen abtransportiert. Am 26. Januar wurde die Gruppe mit 1.007 Soldaten deutscher Abstammung aus der rumänischen Armee vervollständigt.[180]

Einsatzsektor 3. Bezirke Buzău und Olt: Bis zum 2. Februar 1945 transportierte das NKWD 13.612 Personen in die Sowjetunion ab, unter Mitwirkung der rumänischen Gendarmerie.[181]

Einsatzsektor 4. Bezirk Galati und weitere vier Landkreise an der niederen Donau: Bis zum 18. Januar 1945 wurden 418 Personen deportiert.

Poljan führt keine ähnlich detaillierten Angaben über die weiteren Sektoren an, die die folgenden waren:

5. Prut[182]-Gebiet, 6. Szamos[183]-Gebiet, 7. Komitate Pest-Pilis, Solt, Kiskun, Csongrád, 8. Komitate Jász-Nagykun-Szolnok, Békés, Heves, Hajdú, Bihar, Szatmár, 9. Belgrad, 10. Zombor[184].[185]

Bezüglich der Sektorennamen fällt auf, dass der Verfasser nur über ungenaue Kenntnisse über die geographischen Namen der Regionen verfügte. Interessanter ist das Fehlen vieler betroffener ungarischer Komitate und Regionen. Die Liste enthält nicht die Komitate Arad-Csanád-Torontál und Nógrád-Hont im Donauknie, ferner fehlt das Komitat Bács-Bodrog und die komplette Schwäbische Türkei mit den Komitaten Baranya, Somogy und Tolna, die von der Deportation am schwersten betroffen waren. Darüber hinaus sind mehrere Teile von Nordostungarn nicht verzeichnet, beispielsweise die Komitate Szatmár, Bereg, Borsod und Zemplén. Es handelt sich also hierbei um Regionen, in denen ursprünglich keine Deportationen vorgesehen waren, jedoch trotzdem stattfanden.

Nicht nur die Planung, sondern auch die Berichte über die Durchführung lassen viele Fragen offen. Die Berichte über Ungarn sind nicht, wie im Fall Rumäniens, nach Sektoren gegliedert, sondern chronologisch. Es werden zwei Phasen unterschieden:

---

[179] Deutsch Hermannstadt, rumänisch Sibiu. Heute Stadt in Rumänien.
[180] POLJAN, Die Internierung, 2005, 1354.
[181] Ebenda, 1354.
[182] Fluss in der Ukraine und in Rumänien, deutsch Pruth.
[183] Fluss in Rumänien und in Ungarn, deutsch Somesch, auch Samosch, rumänisch Someș.
[184] Deutsch Sombor.
[185] VARGA, Magyarok, 2009, 151.

10.15772/ANDRASSY.2019.00574

Die erste begann am 28. Dezember 1944 auf dem von der 2. Ukrainischen Front eroberten Gebiet (nach anderen Angaben am 20. Dezember, was auch durch ungarische Quellen bestätigt wird) und dauerte bis Mitte Januar 1945. Während dieser Etappe wurden 13.302 Personen aus 11 ungarischen Sammellagern abtransportiert, nämlich aus Szaniszló[186], Nagykároly[187], Szatmárnémeti[188], Balmazújváros, Polota/Polszta[189], Kompolt, Fegyvernek, Mezőberény, Gyula, Elek und Ceglédbercel.[190]

Die Auflistung der Lager wirft weitere Fragen auf. Einerseits befinden sich mehrere Städte jenseits der späteren ungarischen Grenze, fraglich ist also, warum sie in diesem Kontext zu Ungarn gezählt wurden. Andererseits existierten weitere Sammellager in Ungarn, teils in den gleichen Regionen wie in der sowjetischen Liste, wie Debrecen und Balmazújváros. Dabei fehlt auch das Komitat Bács-Bodrog und das berüchtigte Sammellager in Baja. Das Komitat Pest-Pilis-Solt-Kiskun ist nur mit Ceglédbercel vertreten, obwohl die Deportation in den beiden Komitaten von der 2. Ukrainischen Front Anfang Januar 1945 durchgeführt wurde.

Die sowjetischen Quellen dienen also nicht der vollständigen Orientierung über die Deportation. Sie nennen als Zielstationen die Ortschaften Kischinjow[191] und Bendery[192], ferner Tscheboksary, Antropschino[193] und Ust-Aba[194][195] – diese Angaben können anhand ungarischer Quellen nicht überprüft werden.

Die zweite Phase fand in der zweiten Januar-Hälfte 1945 statt. In dieser Zeit wurden vier Transporte mit 6.661 Personen in den Donbass deportiert. Als Sammellager wurden Budapest, Kobanyi-Olsz [wahrscheinlich Kőbánya-Alsó], Miskolc, Szerencs und Ceglédbercel angegeben.[196]

Im von der 3. Ukrainischen Front eroberten ungarischen und jugoslawischen Territorium wurden zwischen dem 23. Dezember 1944 und dem 14. Januar 1945 21.695 Personen in 786 Waggons deportiert, 10.935 davon aus Jugoslawien und 10.760 aus

[186] Rumänisch Sanislău, deutsch Stanislau.
[187] Rumänisch Carei, deutsch Großkarol.
[188] Rumänisch Satu Mare, deutsch Sathmar.
[189] Dieser Ortsname konnte nicht identifiziert werden.
[190] VARGA, Magyarok, 2009, 152.
[191] Heute Chișinău, Hauptstadt von Moldauen.
[192] Heute Bender, Stadt in Moldauen.
[193] Stadtteil der heutigen Kommunar in der nordwestrussischen Oblast Leningrad.
[194] Der Ortsname konnte nicht identifiziert werden.
[195] POLJAN, Die Internierung, 2005, 1355.
[196] Ebenda, 1355.; KONASZOV – TERESCSUK, Berija, 2004, 394.

10.15772/ANDRASSY.2019.00575

Ungarn. Apollonow befahl in diesem Gebiet die Aushebung weiterer 10.000 Personen, womit auch begonnen wurde. Wegen der intensiven Kämpfe unterblieb jedoch die vollständige Durchführung des Befehls.[197]

Aushebung und Abtransport der Betroffenen folgten überall dem gleichen Schema. Nur aus Rumänien wird berichtet, dass außer den NKWD-Truppen auch rumänische Gendarmen aktiv mitwirkten, bzw. mit fertigen Listen die Deportation unterstützten.[198] Die ausgewählten Personen wurden ins Rathaus bestellt, wo ihnen mitgeteilt wurde, dass sie „mobilisiert werden" und sie wurden aufgefordert, insgesamt 200 Kg Gepäck mit warmer Kleidung, Lebensmittel für 15 Tage und sonstiger Ausrüstung mitzunehmen. Diese Vorgaben wurden jedoch unterschiedlich umgesetzt. Im Fall Ungarns berichteten die Betroffenen mehrheitlich darüber, dass ihnen der Grund ihrer Aushebung nicht mitgeteilt wurde, oder sie absichtlich irregeführt wurden (mit Maisernte in der Batschka, „eine kleine Arbeit" etc.). Auch wenn der wahre Grund der „Mobilisierung" nicht genannt wurde, ist in den meisten Regionen die Absicht der Sowjets festzustellen, die Ausgewählten dazu zu bringen, sich entsprechend vorzubereiten und geeignete Ausrüstung mit sich zu führen. Zur 15-tägigen Arbeit wäre ein 200 Kg-Gepäck kaum notwendig gewesen, dieses Gewicht war jedoch schon im Originalbeschluss Nr. 7161 festgelegt. Diese Tatsache ist in Kenntnis der Zielsetzungen der Deportation nicht überraschend, denn es stand nicht im Interesse der Sowjetunion, dass die Gefangenen bereits während der Reise erkrankten und arbeitsunfähig wurden. Das angegebene, zugelassene Gewicht der Gepäcken taucht in einigen ungarischen Quellen als 20 Kg auf, diese Variante ist insofern auch realistischer, weil die Deportierten ihre Ausrüstung in vielen Fällen selber, zu Fuß mitschleppen mussten. 200 Kg sind umso problematischer, weil wenn davon ausgegangen wird, dass die Züge in die Sowjetunion durchschnittlich mit etwa 1.000 Personen losgeschickt wurden, wäre dieses Gewicht etwa 200 Tonnen gewogen, was bei den kriegsbedingten Transportkapazitäten unwahrscheinlich viel war.

Die Versorgung mit geeigneter Ausrüstung war auf jeden Fall essentiell wichtig, erst danach wurden die Betroffenen in die Sammellager überführt, wo ihr Gewahrsam von den sowjetischen Soldaten übernommen wurde. In diesen Sammelstellen wurde generell

[197] POLJAN, Die Internierung, 2005, 1355.
[198] Ebenda, 1356.

10.15772/ANDRASSY.2019.00576

der Gesundheitszustand der Gefangenen geprüft – Kranke, schwangere Frauen und Mütter mit Kleinkindern wurden in der Regel nach Hause geschickt. Außer humanen Gründen spielte dabei ebenso eine Rolle, dass die sowjetische Wirtschaft keine Personen brauchte, die nicht in der Lage waren, sich um die eigene Versorgung zu kümmern.

Während der Aushebung wurden harte Sanktionen in Aussicht gestellt, falls die Meldungspflichtigen nicht auftauchten oder zu flüchten versuchten. Zu Exzessen ist es nicht gekommen, nur in Fogaras[199] in Rumänien wurde bewaffneter Widerstand geleistet. Es kam auch vor, dass sich die lokalen Behörden wegen der Art und Weise der Durchführung beschwerten, die sowjetischen Unterlagen nehmen den Fall des Gouverneurs des Komitats Gyula, Czige Varga Antala (sic!) als Beispiel. Wegen seiner Proteste kontaktierte die sowjetische Seite im Januar 1945 den Ministerpräsidenten Béla Miklós,[200] worauf der „renitente" Beamte aus seiner Position entfernt wurde – schreibt Poljan.[201] Antal Csige Varga war in der Tat zu dieser Zeit der Vizegespan des Komitats Békés und beantragte am 14. März 1945 freiwillig seinen Rücktritt. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass er im Zusammenhang mit den Deportationsvorgängen abdanken wollte. In seinem Antrag ist als Begründung seines Rücktritts folgendes zu lesen:

> „Auf meine Stelle als Vizegespan möchte ich hiermit verzichten und ich bitte den Herrn Ministern darum, meinen Rücktritt anzunehmen und mich meines Amtes zu entheben.
>
> Grund meiner Entscheidung ist, dass ich meines Erachtens in der letzten Zeit die Interessen des Komitates nicht mehr so vertreten konnte, wie – nach meiner besten Überzeugung und nach den unanfechtbaren Ergebnissen – das früher der Fall war. So halte ich meinen Rücktritt von meinem Amt für meine patriotische und Gewissenspflicht."[202]

Insgesamt wurden die Deportierten aus den fünf Staaten in 5.677 Waggons von 103 Zügen in die Sowjetunion befördert,[203] etwa 40 – 45 Personen teilten sich einen Waggon. Die Züge waren zumeist nachts unterwegs, tagsüber wurden sie auf Abstellgleise geleitet, so dauerte die Reise relativ lang an.

[199] Deutsch Fogarasch,rumänisch Făgăraș.
[200] KONASZOV – TERESCSUK, Berija, 2004, 393.
[201] POLJAN, Die Internierung, 2005, 1357.
[202] MNL BéML IV. B. 401. B. 380/1945.
[203] POLJAN, Die Internierung, 2005, 1358.

10.15772/ANDRASSY.2019.00577

Bis zum 2. Februar 1945 wurden Erhebung, Internierung und Abtransport vollständig abgeschlossen. Über die Anzahl der Betroffenen sind auch in den sowjetischen Statistiken diverse Angaben zu finden: 124.542, 112.352, 111.831, bzw. 112.480 Personen.[204] Die Zahlen nach Ländern:[205]

Land	Männer	Frauen	Gesamt
Rumänien	36.590	32.742	69.332
Ungarn	20.989	10.934	31.923
Jugoslawien	3.692	7.243	10.935
Tschechoslowakei	49	166	215
Bulgarien	55	20	75
Insgesamt	61.375	51.105	112.480

Diese Angaben sind aus mehreren Gründen umstritten.

Einerseits ist fraglich, warum die Frauen- und Männeranteile in den verschiedenen Ländern unterschiedlich ausfielen. Andererseits ist zum Beispiel in Ungarn die Anzahl der deportierten Männer höher als die der als „deutschstämmig" erfassten Männer. Dieser Widerspruch ist auf die bereits erwähnte Tatsache zurückzuführen, dass die Erfassung vor der kompletten Besetzung Ungarns erfolgte.

Noch problematischer ist, dass in Ungarn kaum ein Historiker zu finden ist, der mit der Anzahl von 31.923 Personen einverstanden wäre.[206] György Zielbauer zählte 1989 44.013 Personen anhand von Unterlagen des Außenministeriums und einiger lokalen Ergänzungsquellen,[207] ein Jahr später stiegen seine Zahl bereits auf 63.927 an.[208] Miklós Füzes rechnete mit 17.809 Deportierten,[209] obwohl seinen Schätzungen zufolge diese Zahl viel höher war. Lorant Tilkovszky schrieb über 60-65.000 Personen,[210] Zalán Bognár ebenso.[211] Diese Unterschiede wurzeln in der Tatsache, dass diese Zahlen auch Gruppen von Verschleppten enthalten, die nicht wegen ihrer vermeintlichen oder tatsächlichen deutschen Herkunft in die Sowjetunion gebracht wurden. Ich halte die

[204] Ebenda, 1358.
[205] Ebenda, 1359.; VARGA, Magyarok, 2009, 154. Vgl. Dazu KONASZOV – TERESCSUK, Berija, 2004, 395, 397–398.
[206] VARGA, Magyarok, 2009, 158.
[207] ZIELBAUER, Magyar, 1989, 289.
[208] ZIELBAUER György: A magyarországi németség nehéz évtizede. 1945–1955. Pannon Műhely, Szombathely, 1990, 30.
[209] FÜZES 1990. 52–62.
[210] TILKOVSZKY Loránt: Nemzetiség és magyarság. Nemzetiségpolitika Magyarországon Trianontól napjainkig. IKVA, Budapest, 1994, 133.
[211] BOGNÁR, Itt volt, 2015, 20–21.

10.15772/ANDRASSY.2019.00578

Zahl 31.923 Personen als Gesamtzahl der Personen, die aus dem Territorium des heutigen Ungarn aufgrund ihrer „deutschen Abstammung" in die Sowjetunion deportiert wurden, für plausibel. Diese Daten werden auch von meinen Ergebnissen der lokalen Archivrecherchen bestätigt.

Die sowjetische Seite zeigte sich mit der Deportation zufrieden. Dies zeigt sich beispielsweise darin, dass Berija am 22. Februar 1945 einen Antrag „*Über die Verleihung von Orden und Medaillen an die Mitarbeiter des NKWD-NKGB für die erfolgreiche Erfüllung spezieller Regierungsaufgaben*"[212] stellte – also die Auszeichnung der 10.433 Personen beantragte, die an der Durchführung der Deportation beteiligt waren.

2.3.2 Die „Verhaftung und Internierung der Reichsdeutschen"

Die zweite organisierte Deportationswelle von „deutschen Zivilisten" in die Sowjetunion, die eng mit dem Vormarsch der Roten Armee verbunden war, betraf ausschließlich die männliche Bevölkerung. Der Grund dafür ist nicht bekannt, mit aller Wahrscheinlichkeit hing dies jedoch damit zusammen, dass dabei bewusst nach Personen gesucht wurde, die wegen ihres politischen Verhaltens oder wegen ihrer Mitgliedschaft in verschiedenen Parteien, Organisationen und Gruppierungen als gefährlich eingestuft wurden. Diese Aktion fand zeitlich etwas später als die Deportation der „Volksdeutschen", parallel zu den Kriegsoperationen statt. Geographisch ist sie weiter entfernt zu verorten, nämlich in den östlichen Teilen Deutschlands, in Österreich und „Großdeutschland". Der Großteil der Betroffenen galt als „Reichsdeutsche".[213]

Unter dem Aspekt der Aufarbeitung dieser Deportation ist interessant, dass Pavel Poljan in der deutschen Version seines Aufsatzes die Betroffenen als „Westarbeiter" bezeichnete.[214] Dies ist als Hinweis auf die sog. Ostarbeiter zu verstehen, also auf die sowjetischen und anderen „nichtdeutschen" Staatsbürger, die von den deutschen

[212] POLJAN, Die Internierung, 2005, 1358.
[213] POLJAN, Against, 2004, 260.
[214] POLJAN, Westarbeiter, 2005, 1261–1297. Dieser Teil der Arbeit stützt sich in erster Linie auf den Aufsatz von Pavel Poljan.

10.15772/ANDRASSY.2019.00579

Truppen und der SS nach Deutschland verschleppt und zur Zwangsarbeit in Konzentrationslagern verpflichtet wurden. Poljan interpretiert die sowjetische Deportation also als eine Art Vergeltungsaktion.

Der Ausgangspunkt der Deportation war der NKWD-Befehl Nr. 0016. vom 11. Januar 1945 *„Über Maßnahmen zur Säuberung des Hinterlandes der kämpfenden Roten Armee von feindlichen Elementen und die Einsetzung von NKWD-Frontbeauftragten"*.[215] In dessen Rahmen begannen die diesbezüglichen Vorbereitungen in den von der 1. und 2. Baltischen Armee, von der 1., 2., und 3. Weißrussischen Armee und von der 1. und 4. Ukrainischen Armee eroberten Gebieten.

Der NKWD-Befehl ließ die Frage offen, auf welchen Personenkreis er sich bezog, wer als „*Spione und Saboteure aus deutschen Geheimdienstorganen, Terroristen, Mitglieder feindlicher Organisationen und kriminelle Aufständischentrupps sowie ‚sonstige verdächtige Elemente*'„ anzusehen war.[216] Andererseits wurden auch konkrete Behörden und Organisationen verfolgt, zum Beispiel Personen im Kommando- und Einsatzpersonal in Polizeidienststellen, Gefängnissen und Konzentrationslagern, Staatsanwälte, Mitglieder von Kriegsgerichten, Militärtribunalen, faschistischen Organisationen, Chefredakteure, Führungspersonal verschiedener Behörden etc..

Am 3. Februar 1945 wurde der GKO Beschluss Nr. 7167. erlassen, in dem auch die Deportation eines Teils der Zivilbevölkerung befohlen wurde. Interniert werden mussten:

> „…aller körperlich arbeits- und kampffähige deutsche Männer im Alter von 17 – 50 Jahren. Deutsche, die nachweislich in der deutschen Armee oder im Volkssturm gedient haben, sind als Kriegsgefangene zu behandeln und in NKWD-Kriegsgefangenenlager zu verbringen. Aus den übrigen einberufungsfähigen Deutschen sind Arbeitsbataillone in der Stärke von je 750–1200 Personen zur Verwendung in der Sowjetunion, vor allem der ukrainischen und weißrussischen SSR, zu bilden."[217]

Der NKWD-Durchführungsbefehl vom 6. Februar ähnelte dem Befehl über die Deportation der „Volksdeutschen". Gleichfalls wurden die Betroffenen dazu

[215] Ebenda, 1272.; VARGA, Magyarok, 2009, 145.
[216] POLJAN, Westarbeiter, 2005, 1273.
[217] Ebenda, 1273.

10.15772/ANDRASSY.2019.00580

aufgerufen, warme Kleidung und Lebensmittel für 15 Tage mitzunehmen, und auch hier wurden entsprechende Sanktionen in Aussicht gestellt, falls jemand seiner Meldepflicht nicht nachkam. In den von der Roten Armee besetzten deutschen und polnischen Gebieten wurden Militärkommandanturen eingerichtet, die den dortigen Verwaltungsbezirken entsprachen, und diese hatten die Abwicklung der Deportation zu organisieren.

Interessanterweise wirft Poljan hier die Frage auf, wer überhaupt als „Deutscher" galt.[218] Darüber wurde anhand der deutschen Ausweispapiere entschieden, die auch Angaben zur Staats- und Volkszugehörigkeit enthielten. Am 10. Februar wurde dazu eine Anweisung herausgegeben, in der 11 unterschiedliche Ausweise aufgelistet wurden.[219]

Die Aushebung und Internierung dauerte bis Ende Mai 1945 an.[220] Über die Anzahl der Betroffenen informiert ein Bericht Berijas vom 17. April 1945, bis zu diesem Zeitpunkt wurden 215.540 Personen rekrutiert. Davon waren 138.000 Personen deutsche Staatsbürger, die anderen Polen, Sowjets, Ungarn, Slowaken und Italiener.[221] Insgesamt wurden 148.540 Menschen in die Sowjetunion deportiert, der Rest wurde in örtlichen Gefängnissen eingesperrt, oder sie kamen während der Gefangennahme oder kurz danach ums Leben.

Nach dem Abtransport wurde schnell klar, dass viele dieser Menschen nicht als Arbeitskraft eingesetzt werden konnten. Die Hälfte der „*Verhafteten und Internierten*" war nicht für physische Arbeit geeignet und bereiteten ihren Aufsehern wegen ihres Alters und gesundheitlichen Zustands eher Probleme. Deswegen wurde im GKO Beschluss Nr. 8148. vom 17. April 1945 die Einstellung der Deportationen verfügt, bzw. die Reduzierung des Kreises der Betroffenen und die Repatriierung der Invaliden.[222] Statt Lager in der Sowjetunion waren Lager in der sowjetischen Besatzungszone das Ziel. Diese sog. Speziallager wurden oft in den früheren

[218] Ebenda, 1277.
[219] Siehe ebenda, 1278–1279.
[220] Ebenda, 1279.
[221] Ebenda, 1280.
[222] Ebenda, 1281.

10.15772/ANDRASSY.2019.00581

Konzentrationslagern des Naziregimes (z. B. Sachsenhausen, Buchenwald) eingerichtet.[223]

2.3.3 Arbeitseinsatz, Lagerleben und Repatriierung der „deutschen Zivilinternierten"

Über die Jahre in den Lagern berichteten in Ungarn lange Zeit nur die Erzählungen von Überlebenden. Interessanterweise wurde dieser Teil in Pavel Poljans Arbeit über die Durchführung der Deportation fast vollständig von ungarischen Autoren übernommen, während der zweite Teil über die Regelungen der Arbeits- und Lebensbedingungen und Repatriierungen in den sowjetischen Lagern fast gänzlich ausgeblendet blieb.[224] Dieses Unterkapitel fasst die Ergebnisse der Arbeit Poljans zusammen, der selber auch darauf hinwies, dass zwischen den sowjetischen Regelungen und der Realität oft enorme Unterschiede bestanden – was auch in den Lagerberichten dokumentiert ist.[225] Trotzdem bleibt die Frage offen, welche Vorstellungen die Sowjets ursprünglich über den Arbeitseinsatz der „internierten Deutschen" besaßen.

Dem berüchtigten Beschluss Nr. 7161. folgte am 29. Dezember eine ergänzende Anweisung des GKO „*Über die Arbeitsverwendung der internierten Deutschen*".[226] Darin wurden die „Internierten" der Kontrolle der GUPVI dadurch entzogen, dass sie den Volkskommissariaten und Wirtschaftsunternehmen untergeordnet wurden, die ihren Arbeitseinsatz organisierten. So gerieten sie in eine wesentlich schlechtere und schutzlosere Situation als die Kriegsgefangenen, weil die Organisationen und Unternehmen, für die sie arbeiteten auch für ihre Verpflegung verantwortlich waren. Diese Verantwortung war für die Unternehmen von Bedeutung, da die Deportierten im Fall schlechter Behandlung den Unternehmen wieder entzogen werden konnten, tatsächlich kamen sie ihr jedoch nicht nach.

Der Beschluss vom 29. Dezember führte auch aus, in welchen Wirtschaftszweigen und Regionen die „deutsche Arbeitskräfte" eingesetzt werden sollten. Diese waren die

[223] Ebenda, 1282.
[224] Siehe: Ebenda, 1283–1297.; POLJAN, Against, 2004, 277–303.
[225] POLJAN, Westarbeiter, 2005, 1286.
[226] Ebenda, 1283.

10.15772/ANDRASSY.2019.00582

Kohlen- und Eisenhüttenindustrie und die Buntmetallurgie.[227] Als größte Aufnahmeregionen waren Stalino (56.000), Woroschilowgrad (28.000), Rostow (8.500) und Dnjepropetrowsk (22.500) vorgesehen.[228]

Im nächsten diesbezüglichen GKO-Beschluss Nr. 7565. vom 21. Februar 1945 („*Über die Verteilung der aus dem Gebiet der kämpfenden Front mobilisierten Deutschen zum Arbeitseinsatz in der Industrie*") wurden die früheren Planungen revidiert. 67.000 Personen gerieten in die Ukraine und 18.000 nach Weißrussland. Die wichtigsten Auftraggeber waren die Volkskommissariate für Kohlenbergbau (25.000), Bauwesen (11.000), Eisenhüttenindustrie (10.000), Forstwirtschaft, Verkehrswege sowie das weißrussische Volkskommissariat für Brennstoffindustrie (je 5000 Personen).[229] Größere Kontingente wurden außerdem im Ural, Nordkaukasus, Weißrussland, Ukraine und in Moskau und Umgebung eingesetzt.[230] Insgesamt befanden sich fast alle Lager der „Internierten" im europäischen Teil der Sowjetunion.

Poljan publizierte eine Tabelle mit detaillierten Angaben zur Verteilung der „Internierten", die ich wegen der statistischen Daten ohne Veränderung übernehme:[231]

Nr.	**Gebiet/Republik**	**Anzahl der Arbeits-bataillone**	**Internierte**		**Männeranteil**
			Anzahl	%	%
1.	Gebiet Stalino	63	49.452	37.4	55.8
2.	Gebiet Woroschilowgrad	30	26.015	19.7	64.6
3.	Gebiet Dnjepropetrowsk	27	18.556	14.0	61.2
4.	Gebiet Tscheljabinsk	6	5.185	3.9	42.8
5.	Gebiet Rostow	5	4.314	3.3	50.9
6.	Gebiet Swerdlowsk	6	3.470	2.6	45.9
7.	Georgische SSR	4	2.972	2.2	88.8
8.	Gebiet Tschkalow	3	2.780	2.1	95.0
9.	Gebiet Charkow	4	2.409	1.8	69.6
10.	Gebiet Molotow	3	1.946	1.5	41.7
11.	Gebiet Saporoshje	2	1.608	1.2	77.1
12.	Gebiet Minsk	3	1.526	1.2	100.0
13.	ASSR Komi	2	1.357	1.0	22.3

[227] Ebenda, 1294.
[228] Ebenda, 1295.
[229] Ebenda, 1295.
[230] Ebenda, 1297.
[231] Ebenda, 1296. Geographische Verteilung der deutschen Internierten in der UdSSR, Stand 1. Januar 1946. Der Autor benennt als Quelle eine Unterlage des Russischen Staatlichen Militärarchivs (Rossiiskii gosudarstvennyi voennyi arkhiv, RGVA).

10.15772/ANDRASSY.2019.00583

14.	Tschuwaschische ASSR	2	966	0.7	7.9
15.	Gebiet Grosnyj	2	927	0.7	35.0
16.	Gebiet Moskau	3	877	0.7	100.0
17.	Gebiet Kurgan	1	788	0.6	7.7
18.	Nordossetische ASSR	2	762	0.6	63.1
19-33.	Übrige	14	6.243	4.8	
	Insgesamt	**183**	**132.133**	**100.0**	**58.7**

Die Gefangenen bildeten Arbeitsbataillone zu je 1.000 Personen. Innerhalb dieser arbeiteten 3–5 Kompanien, die von Brigadeleitern organisiert wurden, wobei diese aus dem Kreis der „Internierten" ausgewählt und von der Arbeit freigestellt wurden. Sie waren den sowjetischen Offizieren untergeordnet.[232]

Die Arbeit der Arbeitsbataillone war identisch mit der der Kriegsgefangenen, die vom sozialistischen Arbeitswettbewerb geprägt waren.[233] Die Arbeitsnorm war ebenso hoch wie die der freien sowjetischen Arbeiter,[234] für deren Übererfüllung wurden die Gefangenen mit größeren Lebensmittelportionen und Privilegien im Lagerkiosk belohnt. Die Mahlzeiten fanden in der speziellen Lagerkantine statt und waren von der Arbeitsleistung abhängig – für schwere physische Arbeit konnten die Gefangenen größere Portionen erhalten.

Die Lager waren streng bewacht und mit Stacheldraht und Zaun umgeben, um Fluchtversuche zu unterbinden. Die Gefangenen wohnten in Baracken, Frauen und Männer getrennt. Die Tagesordnung war fast gänzlich mit Arbeit gefüllt, nur abends standen zwei Stunden Freizeit zwischen Abendessen und Zapfenstreich zur Verfügung. Poljan weist in diesem Kontext auch auf die Antifa-Schulen hin,[235] deren Existenz jedoch von den Überlebenden nicht bestätigt wird.

Es gab verschiedene Strafmaßnahmen, abhängig von den verübten Taten (Arbeitsverweigerung, Beschädigung oder Verschwendung von Gütern, Fluchtversuche etc.). Kleinere Verstöße gegen die Lagerregeln wurden intern mit der Reduktion der Lebensmittelportionen, Einschränkung des Briefverkehrs oder mit Karzer sanktioniert.

[232] Ebenda, 1283.
[233] Ebenda, 1285.
[234] Ebenda, 1286.
[235] Ebenda, 1285.

10.15772/ANDRASSY.2019.00584

Für schwere Straftaten wurden Haftstrafen verhängt, oder die Täter in Strafkompanien geschickt, bzw. in den GULag versetzt.[236]

Der Teil von Poljans Arbeit über die Möglichkeit des Briefverkehrs weicht von den Erzählungen der Überlebenden ab.[237] Laut seinen Quellen war es ab Sommer 1945 möglich, stark zensierte Briefe abzuschicken, nur der Standort des Lagers durfte nicht genannt werden. Die Interviews berichten über diese Möglichkeit erst ab dem Jahr 1946. Ab diesem Jahr erhielten die Gefangenen auch Geld als Lohn. Auch diese Angabe weicht von den Dokumenten ab: Die Verordnung Nr. 9518rs des Rats der Volkskommissare vom 13. Juni 1945 verfügte bereits im Sommer 1945, dass die „Internierten" den gleichen Arbeitslohn erhalten sollten wie die freien sowjetischen Arbeiter.[238]

Poljan schreibt in seiner Arbeit auch darüber, dass die Berichte aus den Lagern häufig auf eine andere Realität schließen lassen. In den Einrichtungen herrschten in der Tat oft katastrophale Bedingungen, unter anderem wegen der Typhusepidemien. Die Versorgung verzögerte sich oft, weil die Lieferanten Diebstähle begingen und das Personal vieler Lager offen deutschfeindlich war.[239] Davon abgesehen lebte das russische Volk am Kriegsende und in den Hungerjahren 1946/47 auch nicht besser.

In den Lagern waren am Anfang die niedrige Arbeitsleistung und die hohe Todesrate kennzeichnend. Weder der Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen noch der der „Internierten" erwies sich als rentabel,[240] was die sowjetische Leitung zu Veränderungen motivierte. Bereits am 30. August 1945 erschien der Beschluss Nr. 9959ss des GKO („*Über die Verbesserung des Unterhalts und der Arbeitsverwendung internierter Deutscher in der Industrie*"), der ein Versuch zur Verbesserung der Lagerverhältnisse war. Die Ineffizienz wird dadurch unterstrichen, dass im Mai 1948 ein fast gänzlich identischer Beschluss vom Ministerrat der Sowjetunion gefasst wurde. Diese zweite Verordnung bewirkte aber, dass ihre Anweisungen ernster als bisher genommen wurden. Die besser qualifizierten Arbeiter konnten den Status eines freien

[236] Ebenda, 1285.
[237] Ebenda, 1285.
[238] Ebenda, 1286.
[239] Ebenda, 1288.
[240] Ebenda, 1288–1289.

10.15772/ANDRASSY.2019.00585

Arbeitnehmers erhalten, kranke und schwache Gefangenen wurden für Garten- und Feldarbeiten eingesetzt.[241]

Über die Todesfälle in Lagern sind in der Arbeit Poljans Statistiken nach Gruppen geordnet zu finden. Die Gesamtanzahl der „*Gruppe D der Internierten*" war 208.239, die aufgrund des Beschlusses Nr. 7161. deportierte umfaßte und weitere 77.000 männliche Zivilisten, die aus Oberschlesien und Ostpreußen verschleppt worden waren. Am 1. Februar 1946 fehlten davon bereits 76.106 Personen, ein Teil wurde repatriiert, die restlichen 35.775 Menschen kamen aber in den Lagern ums Leben. Von der „*Gruppe B*" erreichten bis Mai 1945 insgesamt 94.601 Personen die Lager, von diesen starben 25.889.[242]

Die Anzahl der Lagerinsassen wurde jedoch auch durch Repatriierungen reduziert. Der erste Transport von invaliden „Volksdeutschen" wurde Ende 1945 zurückgeschickt, dem 1946 weitere Züge folgten. Am 27. Juli 1946 regelte der sowjetische Ministerrat im Beschluss Nr.1653-726cc die „*Rückführung invalider deutscher Internierten nach Deutschland*".[243] So kehrten 21.000 Personen heim, die Deutschen kamen unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft durch das Durchgangslager in Frankfurt an der Oder, die ungarischen und österreichischen Staatsbürger durch das Lager in „Sziget",[244] die Rumänen via Focșani[245], und die Polen via Brest.

Die Repatriierungen wurden während der nächsten Jahre fortgesetzt, die letzte Gruppe der „mobilisierten und internierten Deutschen" wurde Ende 1949 aus der Sowjetunion entlassen.

2.4 Weitere Deportationen und Verschleppungen aus dem Karpatenbecken

Während des Vormarsches der Roten Armee im Karpatenbecken kam es außer der Deportation „deutschstämmiger Zivilisten" zu weiteren Deportationsvorgängen. Ihre Darstellung ist für die vorliegende Arbeit von Bedeutung, weil die ungarische

[241] Ebenda, 1291.
[242] Ebenda, 1293–1294.
[243] POLJAN, Against, 2004, 286.
[244] Wahrscheinlich Máramarossziget/Sighetu Marmației/Marmaroschsiget.
[245] Fokschan/Foksány.

10.15772/ANDRASSY.2019.00586

Forschung zwischen diesen zwei Arten von „Verschleppungen" nicht unterscheidet, was zu Abweichungen bei den Zahlen der davon betroffenen Personen führt.

Da der sowjetische Hintergrund solcher Deportationen nicht geklärt ist, stützen sich die Kenntnisse darüber auf Zeitzeugenberichte, was wegen der bereits dargelegten methodologischen Schwierigkeiten problematisch ist. Die Situation wird dadurch noch unübersichtlicher, dass in Ungarn solche Verschleppungen häufig auch mit dem Begriff „Malenkij Robot" bezeichnet werden, so auch die Deportation „deutschstämmiger Zivilisten". Dies macht die Darstellung dieser Prozesse noch schwieriger. Wichtig wäre also eine terminologische Differenzierung, die aber in der ungarischen Geschichtsschreibung bisher gänzlich fehlt. In meiner Arbeit wird mit dem Begriff der „Männerverschleppung" gearbeitet, weil dieser einerseits auf die Art und Weise des Vorgangs hinweist, andererseits auf das meines Erachtens wichtigste Merkmal, nämlich, dass nur die männliche Bevölkerung verschleppt wurde.

Es gibt wesentliche Unterschiede zwischen den in diesem Kapitel vorgestellten Verschleppungsaktionen und zwischen der Deportation „deutschstämmiger Zivilisten", die eine Differenzierung ermöglichen. Diese sind folgende:

- Zeitraum: Der Zeitraum für die Deportation „deutschstämmiger Zivilisten" wurde im Beschluss Nr. 7161. geregelt, dieser konnte erst ab dem 16. Dezember 1944 umgesetzt werden und endete Anfang Februar 1945. Im Gegensatz dazu waren „Männerverschleppungen" zeitlich nicht geregelt, sie erfolgten im Zusammenhang mit den Kampfhandlungen in den jeweiligen Regionen. Eine annähernde Zeitbestimmung wäre von Oktober 1944 (Invasion der Roten Armee in Ungarn) bis Ende Mai 1945 (vollständige Besetzung des Landes).
- Kreis der Betroffenen: Bei der Deportation der „deutschstämmigen Zivilisten" stand die deutsche Herkunft dieser Personen im Vordergrund, auch wenn dabei Unterschiede zu beobachten sind, wen die Sowjets als „Deutschstämmige" betrachteten. Die Durchführung bezog sich auf Männer zwischen 17 und 45 Jahren und auf Frauen zwischen 18 und 30 – von diesen Altersgrenzen wurde manchmal etwas abgewichen. „Männerverschleppungen" betrafen ausschließlich Männer, unabhängig von ihrer Nationalität, Muttersprache und Abstammung. Altersgrenzen wurden in einigen Fällen vorgeschrieben (z. B.

10.15772/ANDRASSY.2019.00587

zwischen 16 und 55 Jahren), in anderen Fällen finden sich keine Hinweise darauf, dass eine Selektion nach Altersgruppen stattfand.

- Art der Vollstreckung: Die Deportation „deutschstämmiger Zivilisten" war von lokalen Gegebenheiten bestimmt, wurde aber organisiert durchgeführt. Sie begann zumeist erst Wochen oder Monaten nach dem Eintreffen der Roten Armee vor Ort. Im Gegensatz dazu lief die „Verschleppung der Männer" meistens spontan, oft unter Anwendung von Gewalt, unmittelbar nach der Eroberung eines Gebiets ab. Die Betroffenen wurden ohne Vorbereitung auf den Straßen oder im Rahmen von Razzien in ihren Wohnungen oder Arbeitsstellen gefangen genommen. In anderen Fällen wurden sie unter vorgetäuschten Gründen (Verteilung von Ausweisen, Lebensmittel(marken), „kleine Arbeit") zur sowjetischen Kommandantur gelockt, wo sie nicht mehr freigelassen wurden. Ihnen wurde deswegen die Möglichkeit verwehrt, sich von ihren Familienangehörigen zu verabschieden oder geeignetes Gepäck mitzunehmen.
- Regionale Verteilung: Allgemeingültige Unterschiede sind kaum festzustellen, zur Deportation „Deutschstämmiger" kam es aber eher im ländlichen Raum oder in kleineren Städten. Im Gegensastz dazu wurden die Männer auch aus größeren Städten (Budapest, Nyíregyháza, Kolozsvár) verschleppt.
- Anzahl: Die Schwierigkeiten einer quantitativen Erfassung wurden in dieser Arbeit bereits thematisiert. Meines Erachtens ist die Anzahl von etwa 30.000 Personen von „deutschstämmigen Deportierten" plausibel. Über die Anzahl der „verschleppten Männer" gibt es keinen Konsens in der ungarischen Geschichtsschreibung, weil viele solcher Fälle kaum oder überhaupt nicht erschlossen sind. Was die Anzahl anbelangt, sind enorme Differenzen zu finden, die von einigen Hunderttausenden bis auf über eine Million Personen reichen.
- Ziellager: Der Großteil der wegen deutscher Abstammung Deportierten kamen in Lager im Donbass, Kaukasus und Ural. Die „verschleppten Männer" wurden manchmal nicht einmal in GUPVI-Lagern untergebracht, sondern gleich verurteilt und landeten im GULag. Andere Gruppen wurden nicht in Lager in die Sowjetunion gebracht, sondern sie blieben in Durchgangslagern z. B. in Rumänien. Das deutet darauf hin, dass das Ziel ihre Verschleppung einfach ihre Entfernung aus der Heimatregion wahrscheinlich aus Sicherheitsgründen war.

10.15772/ANDRASSY.2019.00588

Auch wenn sie als Kriegsgefangene eingestuft wurden, kamen sie nicht in die gleichen Lager wie die „deutschstämmigen Zivilisten".

Werden alle diese Aspekte berücksichtigt, dann sind die beiden Deportationen eindeutig voneinander zu unterscheiden, auch wenn sie zeitlich oft parallel erfolgten.

Die bekannteren Verschleppungen werden im Folgenden chronologisch dargestellt.

Die Rote Armee erreichte im Herbst 1944 das Karpatenbecken, parallel dazu entstanden Kriegsgefangenenlager an der Frontlinie. Éva Mária Varga weist in Bezug auf die Zahlen mit dem Stichtag 20. Dezember 1944 darauf hin, dass diese nicht nur Soldaten sondern auch Zivilisten enthielten. Damals hielten sich im Lager der 2. Ukrainischen Front (Armee) in Debrecen 9.514 Personen, in den Lagern der 3. Ukrainischen Front in Reni[246] und Temesvár 9.153 Personen, in den Lagern der 4. Ukrainischen Front in Szambor[247] und Szolyva[248] 5.225 Personen auf.[249]

Die heutigen Grenzen Ungarns wurden am 23. September 1944 bei Battonya von der Roten Armee überschritten.[250] Sowohl innerhalb der Grenzen als auch jenseits in Siebenbürgen und in der Karpatenukraine begannen bald die „Männerverschleppungen". Ein Zusammenhang zwischen diesen und den Kampfhandlungen scheint eindeutig zu sein. Verschleppungen kamen dort vor, wo die Rote Armee intensiveren Widerstand bekämpfen musste. Die Motivation war also die Unterdrückung des Widerstandes und die Säuberung des Hinterlandes von feindlichen Elementen, weswegen die sowjetische Armee nicht nur Angehörige kämpfender Truppen gefangen nahm, sondern auch potentielle Widerständler – die männliche Bevölkerung im kampffähigen Alter.

Dies war keine ungarische Besonderheit; wie im Unterkapitel **2.3.2** bereits beschrieben, gab es ähnliche Aktionen auch auf dem besetzten Territorium des „Dritten Reich"es. Im Hintergrund solcher Verschleppungen stand außer Sicherheitsgründen auch der Arbeitskräftemangel in der Sowjetunion. Als dritter Motivationsfaktor ist auch die Tatsache zu beachten, dass die sowjetische Militärführung die länger als geplant

[246] Stadt in der heutigen Ukraine, ukrainisch Рені.
[247] Ukrainisch Старий Самбір/Staryj Sambir.
[248] Ukrainisch und russisch Свалява, deutsch Swaljawa.
[249] VARGA, Magyarok, 2009, 143.
[250] ORMOS, Mária: Magyarország a két világháború korában 1914–1945. Csokonai Kiadó, Debrecen, 1998, 294.

10.15772/ANDRASSY.2019.00589

dauernden Kämpfe mit der personellen Stärke des Feindes begründete. Diese konnte sie mit einer hohen Anzahl von Kriegsgefangenen belegen, weswegen sie auch Zivilisten gefangen nahmen und als Kriegsgefangene einstuften.[251]

Der erste dokumentierte Fall im Karpatenbecken war die Verschleppung von Männern aus Siebenbürgen nach längeren Verteidigungskämpfen. Nach der Eroberung von Torda[252] am 4. Oktober 1944 wurden 4.000 Personen, nach der von Kolozsvár[253] am 11. Oktober 5.000 Männer zwischen 16 und 55 Jahren als unzuverlässige Elemente und Kriegsgefangene ausgehoben und abtransportiert.[254] Dies erfolgte wahrscheinlich mit Einwilligung und Unterstützung der rumänischen Behörden.[255]

Zwischen dem 6. und 28. Oktober 1944 kam es im nordöstlichen Landesteil Ungarns zur sog. Operation Debrecen,[256] zu einer Panzerschlacht, bei der beide kämpfenden Seiten enorme Opferzahlen zu verzeichnen hatten. Die Stadt Nyíregyháza musste die Rote Armee während der Kämpfe zweimal erobern bzw. zurückerobern, bis sie am 31. Oktober 1944 endlich in sowjetischer Hand blieb.[257] An den ersten Tagen im November begann die Sammlung der männlichen Stadtbevölkerung, insgesamt wurden etwa 2.000 Zivilisten ausgehoben.[258] Am 3. November wurden die Gefangenen nach Debrecen in die Pavilon-Kaserne überstellt. Dort wurden insgesamt etwa 3.200 Personen am 19. November mit dem Zug in die Sowjetunion abtransportiert. Der Grund für die zugenommene Anzahl war, dass aus mehreren Städten der Hajdúság (Hajdúnánás,[259]

[251] VARGA, Magyarok, 2009, 145.
[252] Rumänisch Turda, deutsch Thorenburg.
[253] Rumänisch Cluj Napoca, deutsch Klausenburg.
[254] MURÁDIN, János Kristóf: Erdélyi magyar civilek elhurcolása a GUPVI táboraiba. In: BOGNÁR – MUSKOVICS, Emberek, 2017. 101–116.; VARGA, Magyarok, 2009, 144.
[255] Ebenda, 144.
[256] RAVASZ, István: Magyarország, mint hadszíntér. In: KOLLEGA TARSOLY, István (Hg.): Magyarország a XX. században. 1. Aufl. Babits, Szekszárd, 1996, 355–396, hier 385.
[257] VARGA, Magyarok, 2009, 144.
[258] Siehe darüber: FAZEKAS, Árpád: Elhurcoltak. Nyíregyháza, 1944–1989. Határ-Szél, Nyíregyháza, 1989.; ILYÉS Gábor: Málenkij robot. A nyíregyházi elhurcoltak. Selbstverlag, Nyíregyháza, 2010.; CZANK, Szilvia: Elrabolt évek nyomában. Selbstverlag, Mátészalka, 2017.
[259] HADAS, Ferenc: Hol sírjaik domborulnak. Egy túlélő emlékezései a hajdúnánási elhurcoltakról. Nánási füzetek 10. Hajdúnánási Polgármesteri Hivatal, Hajdúnánás, 1991.; BUCZKÓ, József – HADAS Ferenc: Akiknek még sír sem jutott. Hajdúnánásiak a „málenkij robot" poklában. Nánási füzetek 22. Móricz Pál Városi könyvtár, Hajdúnánás, 2014.; BUCZKÓ, József: Hajdúnánásiak a málenkij robot poklában. In: VARJASI, Imre (Hg.): Túszfoglyok a Hajdúságban. Akiknek még sír sem jutott. Tanulmányok a málenkij robotról. Selbstverlag, Hajdúböszörmény, 2017. 71- 95.

10.15772/ANDRASSY.2019.00590

Hajdúböszörmény) weitere männliche Zivilisten verschleppt wurden, die in der lokalen Forschung zumeist als „*Túszfoglyok" (Geiselgefangene*) bezeichnet werden.[260]

In der Region wurden aus zahlreichen kleineren Ortschaften ebenso Männer verschleppt, von 1–2 Personen bis auf mehrere hundert. Dies wurde von den Mitarbeitern des Komitatsarchivs Szabolcs-Szatmár-Bereg in ihrem 2017 veröffentlichten Sammelband bestätigt, in dem sie die Namenslisten aller Verschleppten je nach Gemeinde unter Angabe der Archivsignaturen zu den verwendeten Quellen und weitere Daten publizierten.[261] In diesem Buch sind die zwei Wellen der Deportation „deutschstämmiger Zivilisten" (Anfang und Ende Januar 1945) eindeutig zu unterscheiden. Hier sind auch die Listen der Frauennamen enthalten, sowie die Verschleppung der Männer Ende November, Anfang Dezember 1944 in vielen Ortschaften. Nur einige Beispiele der „Männerverschleppung": Aus der Gemeinde Barabás wurden 182 Personen,[262] aus Csaroda 110,[263] aus Milota 111,[264] aus Szamosszeg 54,[265] aus Tákos 164,[266] aus Tarpa 498,[267] aus Tiszaszalka 147,[268] aus Záhony137[269] Personen verschleppt. Es ist wahrscheinlich, dass diese Männer aus dem gleichen Grund ausgehoben wurden, wie ihre Schicksalsgenossen in Nyíregyháza. Eine detaillierte Aufarbeitung dieses Vorgangs lässt aber noch auf sich warten.

Gleichfalls im November 1944 begannen die Verschleppungen in der Karpatenukraine. Ihre Erschließung ist komplizierter, weil parallel dazu dort ebenfalls die Deportation aufgrund deutscher Abstammung durchgeführt wurde – jedoch ein Monat später. Eine weitere Besonderheit stellte in dieser Region dar, dass hier die Nationalität auch bei der Verschleppung der Männer eine Rolle spielte – betroffen waren Männer deutscher und

[260] VARJASI, Imre: Megszenvedték. Tények, adatok és források a XX. század második felének Hajdú-bihari áldozatainak, meghurcoltjainak történetéhez. Selbstverlag, Debrecen, 2011.; VARJASI, Imre: Túszfoglyok a Hajdúságban. In: VARJASI, Túszfoglyok, 2017, 13–70.
[261] GALAMBOS, Sándor – KUJBUSNÉ MECSEI, Éva (Hg.): Emlékezetül. A málenkij robotra elhurcolt beregiek, szabolcsiak és szatmáriak névsora. Magyar Nemzeti Levéltár Szabolcs-Szatmár-Bereg Megyei Levéltára, Nyíregyháza, 2017.
[262] Ebenda, 9–20.
[263] Ebenda, 34–39. Siehe dazu noch: NAGY Ferenc: Csaroda. Tanulányok Csaroda történetéről. Selbstverlag, Csaroda, 2000, 119–120.
[264] GALAMBOS – KUJBUSNÉ MECSEI, Emlékezetül, 2017, 150–155.
[265] Ebenda, 282–285.
[266] Ebenda, 287–294.
[267] Ebenda 295–329. Siehe dazu ferner NÉMETH, Péter (Hg.) Tarpa. Száz magyar falu könyvesháza, Budapest, 2002, 107, 203–206.
[268] GALAMBOS – KUJBUSNÉ MECSEI, Emlékezetül, 2017, 365–374.
[269] Ebenda 429–434.

10.15772/ANDRASSY.2019.00591

ungarischer Nationalität. Am 13. November 1944 wurde im Befehl Nr. 0036. der 4. Ukrainischen Front verordnet, dass in der Karpatenukraine die Personen deutscher und ungarischer Nationalität im dienstfähigen Alter zusammen mit den Kriegsgefangenen zu verhaften und in die Sowjetunion zu befördern sind.[270] Die Durchführung lief relativ organisiert, die Soldaten der ungarischen und deutschen Wehrmacht bzw. die Zivilisten wurden zunächst registriert (wobei über die Nationalität nach der Selbstdefinition der Betroffenen entschieden wurde), erst danach begann die Deportation.[271] Laut einem Bericht vom 17. Dezember 1944 wurden ab dem 16. November 22.951 Zivilisten abtransportiert, die Aktion wurde auf das obere Theißgebiet und auf die Ostslowakei (die nördlichen Gebiete der Komitate Bodrog und Ung) ausgedehnt.[272]

Die nächste größere „Verschleppung" erfolgte im Zusammenhang mit der Belagerung Budapests. Die Militäroperation verzögerte sich unplanmäßig; zur raschen Eroberung der ungarischen Hauptstadt reichten die Kräfte der von Rodion Jakowlewitsch Malinowski geleiteten 2. Ukrainischen Front nicht aus. So wurde im Dezember 1944 die 3. Ukrainische Front von Fjodor Iwanowitsch Tolbuchin ebenfalls nach Budapest kommandiert.[273] Malinowski begründete diese Verzögerung mit der hohen Anzahl der Verteidiger von Budapest. In seinem Bericht an Stalin erwähnt er 188.000 Personen, was zweimal mehr war als die tatsächliche Anzahl. Um seine Angaben belegen zu können, nahm er den Großteil der männlichen Zivilisten in der und um die Stadt gefangen. Diese wurden schließlich auch als Kriegsgefangene in die Sowjetunion deportiert.[274] Über die Anzahl der Zivilgefangenen während der Schlacht um Budapest sind diverse Angaben zu finden,[275] die nicht übereinstimmen. Éva Mária Varga berechnet unter Verwendung der Angaben von Mihály Korom 51.000 Personen,[276] Zalán Bognár schreibt von mindestens 100.000 Gefangenen.[277]

Die Anomalien sind einerseits auf die unterschiedlichen Quellen zurückzuführen, andererseits wurde auch nicht geklärt, wo die Autoren die Grenze zwischen den

[270] VARGA, Magyarok, 2009, 146.; MOLNÁR D., Erzsébet: A szovjet rendszer kiépítésének korszaka a kárpátaljai magyarság kollektív emlékezetében. In: Mediárium: társadalom – egyház – kommunikáció. 5. Jg. 2011/3. 42–59, hier 42.
[271] DUPKA, A mi Golgotánk, 2012, 32.
[272] VARGA, Magyarok, 2009, 146–147.
[273] RAVASZ, Magyarország, 1996, 390
[274] VARGA, Magyarok, 2009, 155.; BOGNÁR, Egy csata, 2000, 77–87.
[275] Einen Überblick bietet darüber: STARK, A „málenkij", 2012, 301–303.
[276] VARGA, Magyarok, 2009, 155–156.
[277] BOGNÁR, Egy csata, 2000, 83.

10.15772/ANDRASSY.2019.00592

Verschleppungen aus Budapest und denen aus der Umgebung gezogen haben. Zu Verschleppungen kam es nämlich auch in der Agglomeration, zum Beispiel aus Budaörs[278] und Budakeszi.[279] Auch in dem 20–30 km weiten Umkreis der Hauptstadt fanden ähnliche „Männerverschleppungen" statt, von denen zu vermuten ist, dass die Motivation die gleiche war und die Betroffenen als „Kriegsgefangene" in den sowjetischen Lagern registriert wurden. Solche Beispiele sind in Érd zu finden, von wo 3.000 Personen verschleppt wurden,[280] Tárnok, wo eine unbekannte Anzahl an Männern den Verschleppungen zum Opfer fiel,[281] aus Dunavarsány wurden 25 Männer mitgenommen,[282] aber auch fast alle Gemeinden des Bezirks Ráckeve waren mehr oder weniger betroffen (Áporka, Dömsöd, Makád, Pereg, Szigetszentmiklós, Tököl).[283]

In der ungarischen Geschichtsschreibung wurden die „Männerverschleppungen" in Transdanubien bisher kaum berücksichtigt. Solche Fälle wurden meist nur von Heimatforschern erfasst. Über die Hintergründe und die Umstände ist sehr wenig bekannt, oft wurde nur die Tatsache der Verschleppung registriert.

Über solche Verschleppungen berichten Éva Mária Varga[284] und Zalán Bognár[285] in Westungarn, ohne präzisere Angaben zu Orten zu machen. Sie weisen jedoch beide darauf hin, dass die Betroffenen wegen ihrer Zugehörigkeit zu bewaffneten Truppen verurteilt und in den GULag gebracht wurden; sie wurden also nicht als Zivilisten verschleppt.

---

[278] MARCHUT, Töréspontok, 2015. 128–129.

[279] SOMLAI, Péter: A magyarországi németség története a Budai-hegyvidéken Budakeszi település példáján 1935–1946. Dissertation, Manuskript. Elte Történettudományok Doktori Iskola, Budapest, 2015, 264.

[280] TIMÁR, Edit: Érdiek a szovjet hadifogolytáborokban. In: KUBASSEK, János (Hg.): Érdi krónika. Érd természeti képe, múltja és lakói. Honismereti olvasókönyv. Érd, 2000. http://www.sulinet.hu/oroksegtar/data/telepulesek_ertekei/Erd/pages/013_erdiek_a_szovjet_hadifogolytaborokban.htm (Abruf: 22.2.2018).; In den Unterlagen des Komitatsarchivs Fejér taucht eine niedrigere Anzahl, 1600–1700 Personen auf, siehe: BÖDŐ, István – CZETZ, Balázs: „Füstölgő romok között". Fejér megyei helyzetjelentések a második világháborút követően. MNL Fejér Megyei Levéltára, Székesfehérvár, 2016.; Im Lagebericht der Reformierten werden 3800 Personen erwähnt, siehe: Ráday Archiv des Donaudistrikts der Reformierten Kirche (Dunamelléki Református Egyházkerület Ráday Levéltára, im Weiteren: DRE-RL) A 11 Kirchenbezirk Vértesalja, 21/1945, Lageberichte.

[281] Bekannt ist nur, dass am 21. November 1945 noch 140 Männer vermisst wurden und insgesamt 65 Personen in der Gefangenschaft ums Leben kamen. Siehe MUSKOVICS, Mit vétettem, 2016, 11, 13.

[282] GÁRDONYI Adrienn – MAKRA Mónika: Emlékezz ránk! ... azokra, akik „egy kis munkán" voltunk a Szovjetunióban. Selbstverlag, Szigethalom, 2017, 55.

[283] MNL PML XXI. 49. b. 3858/1945.

[284] VARGA, Magyarok, 2009, 156.

[285] BOGNÁR, Zalán: Civilek tömeges deportálása szovjetunióbeli kényszermunkára a trianoni Magyarország területéről. In: BOGNÁR, Itt volt, 2015. 22–60, hier 24.

10.15772/ANDRASSY.2019.00593

In Várgesztes im Komitat Komárom, wo eine beachtliche deutsche Minderheit lebte, wurden am 6. Januar 1945 (parallel also zur Deportation „deutschstämmiger Zivilisten") 61 Personen verschleppt.[286] Alle waren Männer, so kann nicht eindeutig festgestellt werden, aus welchem Grund sie deportiert wurden – wahrscheinlich aber als „Kriegsgefangene" und nicht als „deutschstämmige Zivilisten"; es gibt keine andere Erklärung dafür, warum die weibliche Bevölkerung der Gemeinde verschont blieb.

Bereits in den Berichten der Vertriebenen in Deutschland in den 1950–1960er Jahren waren Hinweise auf Verschleppungen aus Westungarn zu finden, wobei auch angemerkt wurde, dass die betroffenen Männer Soldaten waren.[287] Zu solchen Fällen kam es zum Beispiel in Lébény, Magyaróvár[288] (Komitat Moson), Felsőgalla, Szomor, Tarján (Komitat Komárom), Dorog (Komitat Esztergom), Budakeszi, Nagykovácsi (Komitat Pest), Szentgotthárd und Kőszeg (Komitat Vas).

Wahrscheinlich gibt es zahlreiche unerschlossene oder sogar bekannte Quellen über ähnliche Fälle. Bisher unternahm nur Zalán Bognár eine Untersuchung der „Männerverschleppungen". Insgesamt ist jedoch festzustellen, dass die detaillierte und flächendeckende Erschließung noch ein Desiderat der Forschung ist. In dieser Arbeit wird manchmal auf „Männerverschleppungen" hingewiesen, es ist aber nicht beabsichtigt, diese im Rahmen meiner Forschungsarbeit aufzuarbeiten. Mit dieser kurzen Zusammenfassung sollte lediglich einerseits der Unterschied zwischen „Männerverschleppungen" und der Deportation „deutschstämmiger Zivilisten" hervorgehoben werden, andererseits die Aufmerksamkeit auf weitere Desiderata der Forschung gelenkt werden, um Studien zu dieser Thematik anzuregen.

[286] HARASZTI, Mihály: Várgesztes 20. századi története. In: HARTDÉGEN, Sándor – RABAZZI STEPANCSICS, Gusztáv (Hg.): Várgesztes/Gestitz. Német Kisebbségi Önkormányzat, Várgesztes, 2008. http://www.sulinet.hu/oroksegtar/data/magyarorszagi_nemzetisegek/nemetek/vargesztes/pages/vg_08_varg_20_szazadi_tortenete.htm (Abruf: 22.11.2018)

[287] BArch – LAA OstDok 17. Nr. 29. Allgemein. 91–94, 94–95, 98–106, 110–113.

[288] Die Stadt wurde 1939 mit Moson vereinigt, seitdem heißt sie Mosonmagyaróvár.

10.15772/ANDRASSY.2019.00594

3. Aspekte der Untersuchung

3.1 Geographische Lage der deutschen Siedlungsgebiete und der Deportationsregionen

Die größeren Siedlungsgebiete der deutschen Minderheiten Ungarns lassen sich anhand ihrer Geschichte gut beschreiben. Diese wird hier zusammengefasst dargestellt.

In der Geschichte des Königreichs Ungarn waren in beinahe jeder Epoche Ansiedlungen aus den deutschsprachigen Gebieten zu beobachten. Als Anfang kann das Zeitalter der Árpáden betrachtet werden, als die ersten ungarischen Könige die sogenannten „Hospes" (Gäste) ins Land riefen. Diese Personen waren Ritter, Geistliche, Bauern und Handwerker, die wesentlich dazu beitrugen, westliche Strukturen im Land einzuführen.[289] Eine größere deutsche Migrationswelle erreichte das Karpatenbecken im 12. Jahrhundert,[290] als erste kompakte Siedlungsgebiete in Siebenbürgen und in der Zips entstanden.[291] Nach dem Mongolensturm 1241–1242 holte König Béla IV. weitere Siedler ins Land,[292] dadurch entstand das deutsche Bürgertum verschiedener Städte, zum Beispiel in Buda[293], Óbuda[294] und Pest[295].[296] Dazu zählten auch die oberungarischen Bergstädte (Selmecbánya[297], Körmöcbánya,[298] Besztercebánya[299], etc.), ferner Sopron und Pozsony.

[289] ÁCS, Zoltán: Nemzetiségek a történelmi Magyarországon. Kossuth Kiadó, Budapest, 1996, 18.; BELLÉR, Béla: Kurze Geschichte der Deutschen in Ungarn. I. Teil bis 1919. Demokratischer Verband der Ungarndeutschen, Budapest, 1986, 19. (Der Band wurde erst 1981 auf Ungarisch publiziert: BELLÉR, Béla: A magyarországi németek rövid története. Magvető, Budapest, 1981.)
[290] BELLÉR, Kurze, 1986, 22–23.
[291] FONT, Márta: A középkori Magyar Királyság. Az Árpád-házi királyok kora (970–1301). In: ROMSICS, Ignác: Magyarország története, Akadémiai Kiadó, Budapest, 2007, 40–169, hier 123. SEEWANN, Gerhard: Geschichte der Deutschen in Ungarn. Vom Frühmittelalter bis 1860. Band 1., 2. Auflage. Herder Institut, Marburg, 2013, 21–30.
[292] SEEWANN, Geschichte, Band 1., 2013, 18–20.
[293] Heute wird als Buda der Teil von Budapest bezeichnet, der sich am rechten Donauufer befindet. Bis 1873 war Buda (deutsch Ofen) eine eigenständige Stadt.
[294] Die ehemals eigenständige Stadt ist heute Teil des 3. Bezirks von Budapest, auf Deutsch wird sie Alt-Ofen genannt.
[295] Heute wird als Pest der Teil von der ungarischen Hauptstadt bezeichnet, der sich am linken Donauufer befindet. Bis 1873 war Pest eine eigenständige Stadt.
[296] ÁCS, Nemzetiségek, 1996, 24–25.
[297] Stadt in der heutigen Slowakei, slowakisch Banská Štiavnica, deutsch Schemnitz.
[298] Stadt in der heutigen Slowakei, slowakisch Kremnica, deutsch Kremnitz.
[299] Stadt in der heutigen Slowakei, slowakisch Banská Bystrica, deutsch Neusohl.

10.15772/ANDRASSY.2019.00595

Die größeren Ansiedlungswellen waren die sog. Schwabenzüge, die Ende des 17. Jahrhunderts begannen.[300] Als die Osmanen im Rahmen einer internationalen Mächtekoalition aus Ungarn vertrieben wurden, waren größere Teile des Landes verwüstet und wirtschaftlich rückständig. Dies führte zu Migrationen, die zum Teil unorganisiert innerhalb des Landes, teils aber organisiert aus dem Ausland, im Rahmen von Ansiedlungsmaßnahmen seitens der Grundherren und der Landesherren erfolgten.[301] Initiatoren waren die Habsburg-Herrscher (Leopold I., Karl VI., Maria Theresia und Joseph II.), sowie ungarische und ausländische Magnatenfamilien (wie die Familien Esterházy, Károlyi, Grassalkovich, Batthyány, Harruckern etc.),[302] die Arbeitskräfte für ihre Güter benötigten und den Siedlern spezielle Rechte einräumten. Die Migrationsbewegungen im 17. und 18. Jahrhundert beschränkten sich nicht nur auf Deutsche, sie betrafen auch Magyaren, Südslawen, Rusinen, Slowaken und Rumänen.[303] In dieser Epoche bildete sich die ethnisch heterogene Zusammensetzung der Bevölkerung im Königreich Ungarn heraus, die bis zum 20. Jahrhundert Bestand hatte.[304]

Im Hintergrund der organisierten Kolonisation aus dem deutschen Sprachraum standen mehrere Gründe. Die Habsburger betrachteten nach den Erfahrungen der ungarischen, oft religiös gefärbten Konflikte (wie der Aufstände von Imre Thököly und Ferenc Rákóczi II.) die deutschen Siedler als zuverlässig. Darüber hinaus waren Fleiß und Sparsamkeit der Deutschen bekannt. Sie brachten moderne, westliche Technologien mit, die eine wichtige Rolle spielten um die verwüsteten Landesteile wieder in den Wirtschaftskreislauf Ungarns einzubinden.[305]

Im 18. Jahrhundert entstanden größere deutsche Siedlungsgebiete, deren Bewohner in der Umgangssprache oft vereinfacht als „Schwaben" bezeichnet werden. Diese befinden sich um die Hauptstadt (Ofner Bergland, das Pilis- und Schildgebirge, das Donauknie und die Csepel-Insel), Bakonywald/Buchenwald, die sog. Schwäbische Türkei in Südtransdanubien, ferner die Gebiete Sathmar, Banat, Batschka, Slawonien und

[300] Siehe dazu: BELLÉR, Kurze, 1986, 63–86.
[301] ÁCS, Nemzetiségek, 1996, 92–95.
[302] Ebenda, 104.
[303] KATUS, László: Magyarország a Habsburg Monarchiában (1711–1918). In: ROMSICS, Ignác: Magyarország története, Akadémiai Kiadó, Budapest, 2007, 488–772, hier: 549.
[304] BARTA, János – GERGELY, Jenő – KRISTÓ, Gyula: Magyarország története. Előidőktől 2000-ig. Pannonica, Budapest, 2002, 328–329.
[305] SEEWANN, Geschichte, Band 1., 2013, 130–132.

10.15772/ANDRASSY.2019.00596

Syrmien.[306] Die Anzahl der deutschen Siedler betrug etwa 300.000–400.000 Personen.[307]

Außerhalb dieser relativ geschlossenen Siedlungsgebiete entstanden auch kleinere deutsche Gebiete und Ortschaften, teils als Folge privater Siedlungsaktionen der Magnaten, teils durch Binnenmigration. Deren Einwohner lebten innerhalb der Region und den Gemeinden als Minderheiten, weswegen ihre Assimilation schneller und intensiver erfolgte als in den zusammenhängenden deutschen Siedlungsgebieten. In solchen Streusiedlungen verschwanden teils oder gänzlich die Kennzeichen der deutschen Herkunft (Sprache, Namen, Sitten, Trachten), auch wenn sich diese Personen ihrer Abstammung bewusst blieben. Ein Teil ihrer Nachbarn betrachtete solche Personen anscheinend auch als „Fremde". Das interessanteste Moment der Deportation 1944/1945 war, dass sie die Streusiedlungen genauso betraf wie die Bewohner der größeren deutschen Siedlungsgebiete.

Die Abgrenzung der Deportationsregionen wird dadurch erschwert, dass sie mit den deutschen Siedlungsgebieten nicht überall identisch waren. Diese Tatsache ist auf verschiedene Gründe zurückzuführen, die hier vorgestellt werden. Davor gehe ich noch auf die fünf abgrenzbaren Deportationsregionen ein (siehe dazu noch die Karte der betroffenen Regionen im Anhang dieser Arbeit). Ihre Rekonstruktion erfolgte bereits zu Anfang des Projekts anhand von Fachliteratur, Interviews, lokalgeschichtlichen Forschungen und Egodokumenten. Danach wurden die Archive und Dokumentensammlungen ausgewählt, die für die Forschung herangezogen wurden.

Die größte Übereinstimmung einer Deportationsregion mit einem deutschen Siedlungsgebiet stellt die Schwäbische Türkei dar. Diese war die einzige von der Deportation betroffene Region westlich der Donau und umfasst die Komitate Baranya, Somogy und Tolna, in denen der Anteil der Deutschen an der Gesamtbevölkerung in der Zwischenkriegszeit am höchsten war. Die Deportation wurde in der ganzen Region durchgeführt, nur einige Gemeinden entkamen aus speziellen Gründen. Etwa ein Drittel der Gesamtanzahl aller Deportierten stammte aus der Schwäbischen Türkei.

Die Region Budapest und Umgebung erstreckt sich in einem Umkreis von ca. 50 km um die Hauptstadt. Interessanterweise führten die sowjetischen Soldaten die Deportationen

[306] Vgl. dazu: ÁCS, Nemzetiségek, 1996, 104.; SEEWANN, Geschichte, Band 1., 2013, 121.
[307] KATUS, Magyarország, 2007, 550.

10.15772/ANDRASSY.2019.00597

nicht in allen Gemeinden durch, in denen es eine deutsche Bevölkerung gab. Die betroffenen Gemeinden befanden sich nördlich des Donauknies, östlich-südöstlich von Budapest und auf der Csepel-Insel. Der deutsche Block am rechten Donauufer war von der Deportation nicht betroffen, was offenkundig auf die zu dieser Zeit noch heftigen Militäroperationen zurückzuführen ist (siehe nächstes Unterkapitel).

Die Region Bács-Kiskun umfasst den nördlichen Teil des damaligen Komitats Bács-Bodrog und den südlichen Teil des Komitats Pest-Pilis-Solt-Kiskun. Die Deportationsregion und das deutsche Siedlungsgebiet fielen hier ebenso zusammen wie im Fall der Schwäbischen Türkei. Deportiert wurde nur aus den Gemeinden, in denen tatsächlich eine deutsche Bevölkerung vorhanden war.

Ähnlich verhielt es sich mit der Region Békés-Csanád, die sich auf dem Territorium der damaligen Komitate Békés, Csanád und Arad-Torontál befand. Die Gemeinden mit deutscher Bevölkerung waren zerstreut, die deutsche Identität blieb in unterschiedlichem Maß erhalten. Die Sowjets führten die Deportation in allen Gemeinden mit einer größeren Anzahl von Deutschen durch.

Die Region Nordostungarn ist am schwersten abzugrenzen. Die betroffenen Gemeinden befinden sich nicht in einem Block, die deutsche Bevölkerung bildete hier kein geschlossenes Siedlungsgebiet, sie lebte in dieser Region verstreut. Nordostungarn wird in dieser Arbeit nur aus dem Grund als eine Region behandelt, weil ich die Struktur der Dissertation nicht allzu sehr verändern möchte. Hierzu zählen die damaligen Komitate Hajdú und Bihar, die auch geographisch nicht unbedingt zu Nordostungarn gehören, ferner die Komitate Szabolcs, Szatmár, Bereg, Borsod-Gömör, Abaúj-Torna und Zemplén. Ein gemeinsames Merkmal der Region war, dass aus allen Gemeinden, in denen eine selbstbewusste deutsche Minderheit lebte (z. B. Rátka, Rakamaz, Vállaj, Mérk), deportiert wurde. Danach wurde die Deportation auf Gemeinden erweitert, in denen die Einwohner sich kaum oder gar nicht als „Deutsche" identifizierten – solche Aktionen folgten zumeist zeitlich etwas später, Ende Januar 1945.

Außer den aufgeführten Deportationsregionen sind in Ungarn weitere Gemeinden bekannt, aus denen „deutschstämmige Zivilisten" in die Sowjetunion deportiert wurden, wie z. B. Fegyvernek (Komitat Jász-Nagykun-Szolnok) und Kompolt (Komitat Heves), die wahrscheinlich ebenso zu den genannten Deportationsregionen zuzuordnen sind, obwohl sie verwaltungsrechtlich nicht zu obigen Komitaten gehörten. In dieser Arbeit

10.15772/ANDRASSY.2019.00598

werden die Umstände dieser Deportationen nicht näher untersucht, bei der Feststellung der Gesamtanzahl der Deportierten werden aber auch diese Gemeinden berücksichtigt.

3.2 Militäroperationen, Frontverläufe

Zur Zeit der Deportation der deutschstämmigen Zivilisten in die Sowjetunion war Ungarn zum Teil noch Kriegsschauplatz. Der westliche Landesteil war Ende 1944 noch unter der Kontrolle deutscher und ungarischer Militäreinheiten, während die Rote Armee Ost- und Mittelungarn bereits erobert hatte. Militäroperationen, Frontverläufe und Schlachten zwischen den deutschen, ungarischen und den sowjetischen Truppen spielten bei der Durchführung der Deportationen gelegentlich eine kleinere, in anderen Fällen eine Schlüsselrolle. So ist ihre Kenntnis essentiell wichtig.

Die Militärgeschichte des Zweiten Weltkriegs in Ungarn ist gut erschlossen, die Erforschung ist allerdings ausschließlich auf die Kampfhandlungen fokussiert. Die diesbezüglichen Werke der letzten Jahrzehnte untersuchen den Verlauf des Kriegs nur aus der Perspektive der ungarischen Armee, sie berücksichtigten den Vormarsch und die Erfahrungen der sowjetischen Truppen nur teilweise. Ich versuche deswegen außer der ungarischen Fachliteratur auch solche Werke einzubeziehen, die auch die sowjetische Perspektive vermitteln. In den 1960er und 1970er Jahren veröffentlichten zahlreiche sowjetische Offiziere, die an der „Befreiung Ungarns" teilnahmen, ihre Memoiren. Solche Werke wurden oft in ungarischer Übersetzung publiziert.[308] Die heutige ungarische Geschichtsschreibung blendet diese Werke meist aus. Für meine Arbeit war aber die Perspektive der Sowjets wichtig, obwohl die Deportationen als Thema während der Jahrzehnte des Sozialismus auch in den Memoiren sowjetischer Soldaten nicht auftauchen.

Das Gebiet des heutigen Ungarns wurde von zwei größeren sowjetischen Heeresgruppen erobert, die auch für die Deportation der deutschstämmigen Zivilisten zuständig waren. Die eine war die 2. Ukrainische Front unter der Leitung von Marschall

[308] ZAHAROV, Matvej Vasil'evič (Hg.): A 2. és a 3. Ukrán Front felszabadító hadműveletei Délkelet- és Közép-Európában 1944–1945. Zrínyi Kiadó, Budapest, 1973.; TÓTH Sándor (Hg.): Hazánk felszabadulása 1944 –1945. Zrínyi Katonai Kiadó, Budapest, 1970.

10.15772/ANDRASSY.2019.00599

Rodion Jakowlewitsch Malinowski, die andere die 3. Ukrainische Front unter Marschall Fjodor Iwanowitsch Tolbuchin. Ferner war an den kriegerischen Handlungen in Nordostungarn, besonders in Zemplén die 4. Ukrainische Front von Iwan Jefremowitsch Petrow beteiligt, die für den Durchbruch der Karpatenlinie ins Leben gerufen wurde.[309] Diese Truppe marschierte ab 1945 aber nördlich der ungarischen Grenze nach Westen weiter.

Nach sowjetischen Vorstellungen hätte die 2. und die 3. Ukrainische Front die Karpaten von Süden, die 4. Ukrainische Front von Norden durchqueren sollen,[310] um Ungarn zu erobern.[311] Als im September 1944 die Rote Armee Nordsiebenbürgen erreichte, dauerten die intensiven Kämpfe bei Torda jedoch noch an.[312] Währenddessen wurde ein Teil der 2. Ukrainischen Front an die Linie Máramarossziget-Szatmárnémeti[313]-Nagykároly[314]-Nagyvárad[315]-Arad-Temesvár abkommandiert,[316] an der die Kämpfe mit ungarischen Truppen am 17. September 1944 begannen. Die Sowjets überquerten die heutige Landesgrenze am 23. September bei Battonya und setzten danach ihren Vormarsch fort.[317] Anfang Oktober überquerten sie die Theiß und ihre Panzertruppen gelangten in die Nähe der Stadt Debrecen. Die Schlacht um Debrecen vom 9. bis zum 26. Oktober war in Ungarn eine der intensivsten Kriegshandlungen des Weltkriegs, die auf beiden Seiten großen Aufwand und viele Opfer forderte. Die Sowjets eroberten Debrecen schließlich am 19. Oktober,[318] Nyíregyháza am 21. Oktober. Nyíregyháza konnten die deutschen und ungarischen Truppen am 25. Oktober nochmals zurückerobern, erst am 31. gelang es der Roten Armee, die Stadt endgültig zu besetzen.[319]

Die 2. Ukrainische Front setzte ihren Vormarsch nach Sicherung der Region Debrecen zwischen Donau und Theiß fort. Am 28. Oktober erhielt die Armee den Befehl, die

[309] GOSZTONYI, Péter: A magyar honvédség a második világháborúban. Európa Könyvkiadó, Budapest, 1995, 235.; UNGVÁRY, Krisztián: A magyar honvédség a második világháborúban. Osiris, Budapest, 2004, 289.; ZAHAROV, A 2., 1973, 480.
[310] UNGVÁRY, A magyar, 2004, 307.
[311] Ebenda, 307.
[312] Ebenda, 317–321.
[313] Stadt im heutigen Rumänien, rumänisch Satu Mare, deutsch Sathmar.
[314] Stadt im heutigen Rumänien, rumänisch Carei, deutsch Großkarol.
[315] Stadt im heutigen Rumänien, rumänisch Oradea, deutsch Großwardein.
[316] UNGVÁRY, A magyar, 2004, 324.
[317] Ebenda, 327. ZAHAROV, A 2., 1973, 195.
[318] UNGVÁRY, A magyar, 2004, 333.
[319] Ebenda, 336. ZAHAROV, A 2., 1973, 208.

10.15772/ANDRASSY.2019.005100

ungarische Hauptstadt so rasch wie möglich einzunehmen.[320] Der Kampf um Budapest war die größte Kampfhandlung des Zweiten Weltkriegs in Ungarn, die im Land die meisten Opfer von beiden Seiten verlangte. Da Adolf Hitler nicht zuließ, dass die Hauptstadt zur offenen Stadt erklärt wurde, rief er die Verteidiger zum Kampf bis zum letzten auf. Die Belagerung begann im Dezember 1944 und dauerte bis Februar 1945. Die Militärgeschichte der Operation ist ein gut erschlossenes Thema der ungarischen Historiogaphie.[321] Die Belagerung der Stadt endete auf der Pester Seite am 17. Januar, während Buda erste nach einem deutsch-ungarischen Ausbruchsversuch am 11. Februar fiel.

Ende Februar leiteten die deutschen und ungarischen Truppen in Nord-Transdanubien eine letzte Gegenoffensive unter dem Decknamen Frühlingserwachen ein.[322] Diese hielt den Vormarsch der 2. Ukrainischen Front Richtung Pozsony[323] und der 3. Ukrainischen Font Richtung Wien zwar auf, das Gebiet Ungarns musste aber endgültig aufgegeben werden. Am 28. März fielen Komárom und Győr, am 29. März erreichten die sowjetischen Truppen die damalige deutsche Reichsgrenze bei Klostermarienberg.[324] Am 4. April wurde Pozsony erobert und die letzte ungarische Gemeinde, Nemesmedves, gelangte in sowjetische Hand.[325] Am 12. April endeten die Kampfhandlungen in Ungarn.

Aus einem Vergleich des Frontverlaufs und der Geschehnisse in den jeweiligen Deportationsregionen lassen sich mehrere Schlüsse ziehen. Zur Deportation stand den sowjetischen Soldaten ein relativ kurzes Zeitfenster vom 16. Dezember 1944 (Verkündung des Beschlusses Nr. 7161.) bis Ende Januar 1945 (im Beschluss bestimmte Frist der Durchführung) zur Verfügung. Während dieser Zeit waren gewisse Landesteile – so auch die Deportierungsregionen – bereits seit Wochen oder Monaten in sowjetischer Hand. Dies war der Fall in Nordostungarn, in der Schwäbischen Türkei

[320] UNGVÁRY, A magyar, 2004, 363. ZAHAROV, A 2., 1973, 216.
[321] GOSZTONYI, Péter: Budapest ostroma. Herp, München, 1988.; MIHÁLYI, Balázs: Dél-Buda ostroma 1944–1945. Underground, Budapest, 2014.; UNGVÁRY, Krisztián: Budapest ostroma. Corvina, Budapest, 1998. Der Band ist auch auf Deutsch verfürgbar: UNGVÁRY, Krisztián Die Schlacht um Budapest: Stalingrad an der Donau 1944/45. Herbig, München, 1999.
[322] GOSZTONYI, A magyar, 1995, 248–251.;UNGVÁRY, A magyar, 2004, 448.
[323] Hauptstadt der Slowakei, ungarisch Pozsony, slowakisch Bratislava, deutsch Preßburg.
[324] UNGVÁRY, A magyar, 2004, 470.
[325] GOSZTONYI, A magyar, 1995, 256.; UNGVÁRY, A magyar, 2004, 471.

10.15772/ANDRASSY.2019.005101

und in den Regionen Békés-Csanád und Bács-Kiskun. Anderswo waren die Kampfhandlungen noch im vollen Gang, beispielsweise um die Hauptstadt Budapest. Den nordwestlichen Landesteil eroberte die Rote Armee erst im März und April 1945, Monate nach Abschluss der Deportationsaktionen. Deshalb wurde in Nordtransdanubien, an der westlichen Grenze Ungarns, um Sopron, Győr und Kőszeg die Deportation deutschstämmiger Zivilisten nicht durchgeführt, obwohl in diesen Regionen ein großer Teil der deutschen Bevölkerung lebte.

Den größten Einfluss auf die Deportation hatten die Militäroperationen um Budapest. Wie bereits erwähnt wurde die deutschstämmige Zivilbevölkerung aus den Gemeinden am linken Donauufer ausgehoben und in die Sowjetunion deportiert, während die Bevölkerung des rechten Donauufers verschont blieb, obwohl hier ein größerer Teil der deutschen Bevölkerung lebte.

Die Forschung gibt bisher keine Antwort darauf, warum die Deportation am rechten Donauufer ausfiel. Die Antwort ist in den Kampfhandlungen zu finden. Das Gebiet wurde von der 3. Ukrainischen Front der Roten Armee besetzt, die zeitlich später in der Region eintraf als die Truppen der 2. Ukrainischen Front. So hatten sie auch weniger Zeit zur Sicherung des Gebiets. Das bergige Gelände forderte die Truppen auf der Budaer Seite wahrscheinlich auch intensiver heraus, weswegen die Kämpfe hier länger andauerten als auf der flachen Pester Seite. Dazu kamen die deutsch-ungarischen Gegenoffensiven, die sich auch auf Transdanubien konzentrierten. So ist klar, dass die 3. Ukrainische Front während dieser Wochen neben den Kriegsoperationen keine zusätzliche Kapazitäten dafür hatte, die Aushebung und die Organisation der Deportation der deutschstämmigen Zivilisten durchzuführen, weswegen diese letztendlich hier gänzlich ausfiel.

3.3 Ethnische Konflikte der Zwischenkriegszeit

Die Zwischenkriegszeit war in vielen Staaten Europas die Epoche der politischen Radikalisierung und der Entstehung von Diktaturen. Das markanteste Beispiel war das „„Dritte Reich”„ das seine Ideologie und seine Macht nicht nur innerhalb seiner Staatsgrenzen, sondern auch in den Kreisen der deutschen Minderheiten in anderen

10.15772/ANDRASSY.2019.005102

Staaten durchzusetzen versuchte. Viele Angehörige dieser Minderheiten organisierten sich politisch und dienten während des Krieges den Zielen des „Dritten Reiches". Das war auch in Ungarn der Fall, wo die deutsche Minderheit zwischen zwei Mühlsteine geraten war. Denn einerseits war die ungarische Nationalitätenpolitik um die schnellstmögliche Assimilation aller Minderheiten bemüht, während das „Dritte Reich" mit seinem Druck in Richtung politischer Mobilisierung der deutschen Bevölkerung eine Alternative bot. Diese politische Mobilisierung hatte nach dem Kriegsende katastrophale Folgen, weil sie als Grund dafür diente, die deutsche Minderheit kollektiv zur Verantwortung zu ziehen und zu bestrafen.

Die ungarische Nationalitätenpolitik der Zwischenkriegszeit und die Geschichte der deutschen Ethnopolitik wurden bereits aus mehreren Perspektiven erschlossen.[326] Weniger ist darüber bekannt, wie sich diese Vorgänge auf der Lokalebene auswirkten, nämlich über das Ausmaß der Mobilisierung, deren Folgen und persönliche Aspekte, zum Beispiel wie Zeitgenossen diese Vorgänge erlebten. Es gibt bereits laufende Forschungen zu diesen Themen,[327] eine detaillierte Erschließung lässt jedoch noch auf sich warten und es ist fraglich, ob sie wegen der problematischen Quellenlage überhaupt möglich ist. Die Archivmaterialien der Kirchen und Verwaltungsbehörden berichteten viel über die Tätigkeit der verschiedenen deutschen Organisationen, dadurch entsteht aber eine konfliktfokussierte Darstellung, weil in erster Linie dann Bericht erstattet wurde, wenn es zu irgendwelchen Zwischenfällen und Zusammenstößen kam. Über den

[326] TILKOVSZKY, Loránt: Ez volt a Volksbund. Kossuth, Budapest, 1978. (in deutscher Übersetzung: TILKOVSZKY, Loránt: Ungarn und die deutsche „Volksgruppenpolitik", 1938–1945. Akadémiai Kiadó, Budapest, 1981.); FEHÉR, István: A bonyhádi hűségmozgalom történetéhez. Akadémiai Kiadó, Budapest, 1983.; TILKOVSZKY, Nemzetiség, 1994.; SPANNENBERGER, Norbert: A katolikus egyház és a német kisebbség a két világháború között. In: ILLÉS, Pál Attila (Hg.): Felekezetek és identitás Közép-Európában az újkorban. PPKE BTK, Piliscsaba, 1999. 121–136.; SPANNENBERGER, Norbert: Der Volksbund der Deutschen in Ungarn 1938–1944 unter Horthy und Hitler. Oldenbourg, München, 2002. Der Band wurde 2005 wieder herausgegeben, und auch ungarisch veröffentlicht: SPANNENBERGER, Nortbert: A magyarországi Volksbund Berlin és Budapest között. Lucidus, Budapest, 2005.; SEEWANN, Geschichte, Bd. 2, 2012, 167–330. In den letzten Jahren wurden mehrere Arbeiten veröffentlicht, die auch die lokalen Verhältnisse untersuchen, siehe: EILER, Ferenc: Németek, helyi társadalom és hatalom: Harta 1920–1989. Argumentum, Budapest, 2011.; SOMLAI, Péter Ferenc: A Volksbund Budakeszin. Kísérlet a „népiségi elkülönülés" megteremtésére egy főváros környéki német településen. In: Modern Magyarország. Jg. 3. (2014) 1. 195–224.; MARCHUT, Töréspontok, 2014.

[327] FÜZES, Miklós (Hg.): Nemzetiségi ügyek dokumentumai Baranyában 1938–1944. Baranya Megyei Levéltár, Pécs, 2000.; FÜZES, Miklós (Hg.): Nemzetiségi ügyek dokumentumai Baranyában 1923–1938. Baranya Megyei Levéltár, Pécs, 2001.; VITÁRI, Zsolt (Hg.): Volksbund és ifjúság. Dokumentumok a magyarországi német ifjúság történetéből 1925–1944. Kronosz, Pécs, 2015.

10.15772/ANDRASSY.2019.005103

Alltag, über unproblematische Ereignisse, über ein eventuelles friedliches Zusammenleben ist bislang zu wenig bekannt.

Eine andere Perspektive wäre die der Betroffenen. Diese kann nur begrenzt erschlossen werden, weil die Betroffenen in den 1940er Jahren aufgrund ihrer Tätigkeit in der deutschen Bewegung bestraft und diskriminiert wurden. Deshalb wurde das Thema jahrzehntelang tabuisiert. Diesbezügliche Erinnerungen und Memoiren sind kritisch zu behandeln, weil die Betroffenen zumeist entweder alles leugnen und sich von den Organisationen abgrenzen (die Erzähler behaupten, dass sie nicht beteiligt waren, sie erzählen die Ereignisse als die Geschichte von Anderen, die sie selber verurteilen), oder sie banalisieren die Tätigkeit dieser Organisationen („*es gab Musik, wir tanzten, so amüsierten wir uns*"[328]).[329] Eine authentische Rekonstruktion ist bei dieser Quellenlage nur schwer möglich.

Meine Arbeit gibt lediglich eine Zusammenfassung über den Vorgang der deutschen ethnisch-politischen Mobilisierung der Zwischenkriegszeit. Bei der Analyse werden ergänzend vorhandene lokale Quellen herangezogen, die einen Einblick bieten, wie die Mobilisierung das Leben der lokalen Gemeinschaften beeinflusste. Meine diesbezügliche Hypothese ist, dass die Konflikte zwischen den ungarischen Verwaltungsbehörden und der deutschen Bevölkerung in den Gemeinden eine wesentliche Rolle bei der Auswahl der Personen für die Deportation spielte. Die „deutsche Frage", die ethnischen und politischen Konflikte verstärkten nämlich die Kooperationsbereitschaft von ungarischer Seite mit den sowjetischen Akteuren, als die „deutsche Abstammung" gewisser Personen festgestellt werden musste. Diese Tatsache ist besonders bei einem landesweiten, regional übergreifenden Vergleich offensichtlich.

[328] „...volt zene és táncoltunk, ez volt a szórakozás." So beschrieb eine Zeitzeugin die Tätigkeit des Volksbundes. Siehe MÁRKUS, Messze, 2013, 160.

[329] Über die Problematik der Ausblendung der NS-Vergangenheit siehe: SETZLER, Wilfried, NS-Zeit im Heimatbuch – ein weißer Fleck? In: BEER, Mathias (Hg.), Das Heimatbuch, Geschichte, Methodik, Wirkung. Vanderhoeck und Ruprecht, Göttingen, 2010. 203–220.

10.15772/ANDRASSY.2019.005104

3.3.1 Die deutsche Minderheit im Spannungsfeld der ungarischen Nationalitätenpolitik

Die Wurzeln der ethnischen und Nationalitätenkonflikte, die im 20. Jahrhundert eskalierten, sind im 18. Jahrhundert, in der Zeit des „nationalen Erwachens" zu finden. Damals löste die berüchtigte Prophezeiung von Herder[330] im Jahre 1791 einen Prozess aus, der in den folgenden Jahrzehnten den „Kampf um die ungarische Sprache" prägte. Ab 1791 stand die Frage der ungarischen Sprache praktisch bei allen ungarischen Landtagen auf der Tagesordnung. Das Ziel war die Beseitigung der lateinischen Amtssprache zugunsten des Ungarischen.[331] Parallel dazu war die sog. Sprachreform im Gange, die eine Modernisierung der ungarischen Sprache zum Ziel hatte und deren Anführer Ferenc Kazinczy war.[332] Mit dem Gesetz Nr. 2. vom Jahr 1844 wurde die ungarische Sprache zur offiziellen Amtssprache des Landes erklärt.[333]

Eine der prägendsten Erfahrungen der Nationalitäten Ungarns waren die Kämpfe in der Revolution von 1848/1849.[334] In deren Rahmen standen die meisten Nationalitäten auf der Seite der Habsburger (so die Rumänen, die Serben, die Kroaten) gegen die Ungarn. Die deutsche Minderheit bildete hier eine Ausnahme, denn als deutschsprachige Einwohner des ungarischen Staates teilten sie das Schicksal der ungarischen Freiheitskämpfer. Während der Jahrzehnte nach der Kapitulation von Világos wurde die Forderung nach einem Nationalitätengesetz sowohl seitens der Nationalitäten als auch seitens ungarischer Politiker (wie Baron József Eötvös) erhoben, das nach langen Debatten im Jahre 1868 beschlossen wurde. Das Gesetz Nr. XVLIV. von 1868 enthielt liberale Prinzipien und garantierte sprachliche und kulturelle Rechte der Nationalitäten auf lokaler und regionaler Ebene. Die Minderheiten wurden zwar als gleichberechtigte Mitglieder der ungarischen Nation betrachtet, hatten jedoch die ungarische Sprache als alleinige Amtssprache zu respektieren. Damit waren die Nationalitäten nicht zufrieden und ihre Unzufriedenheit wurde durch die Erfahrungen in den folgenden Jahrzehnten

[330] „Da sind sie jetzt unter Slawen, Deutschen, Wlachen und andern Völkern der geringere Teil der Landeseinwohner, und nach Jahrhunderten wird man vielleicht ihre Sprache kaum finden." HERDER, Johann Gottfried: Ausgewählte Werke in einem Bande. Cotta, Stuttgart - Tübingen, 1844. 903.; ÁCS, Nemzetiségek, 1996, 136.
[331] SEEWANN, Geschichte, Band 1., 2013, 272–274.
[332] BARTA – GERGELY – KRISTÓ, Magyarország, 2002, 409–410.
[333] ÁCS, Nemzetiségek, 1996, 139.
[334] Ebenda, 151.; BELLÉR, Kurze, 1986, 111.

10.15772/ANDRASSY.2019.005105

gesteigert, in denen die Verwaltungsbehörden die Regelungen des Gesetzes immer weniger beachteten und eine Zwangsassimilation der Nationalitätenbevölkerung anstrebten.[335]

Das Zeitalter des Dualismus war unter diesen Bedingungen von starken Assimilationstendenzen geprägt. Diese wurden durch weitere ungarische Maßnahmen noch verstärkt, so durch die Magyarisierung der Orts- und Familiennamen und die Erweiterung der Rolle der ungarischen Sprache im Schulunterricht und in den Kirchen.[336] Für besondere Empörung sorgte die sog. Lex Apponyi im Jahre 1907,[337] die eine umfassende Kenntnis der ungarischen Sprache zur Bedingung für einen erfolgreichen Schulabschluss machte. Die Assimilation betraf besonders intensiv das städtische Bürgertum,[338] während die ländliche Bevölkerung ihre ethnische Identität weitgehend bewahren konnte. Die ethnische Struktur Ungarns blieb bis zum Ende des Ersten Weltkriegs heterogen, die Titularnation erreichte erst in der Volkszählung von 1910 eine relative Mehrheit. [339]

Mit dem Friedensvertrag von Trianon am Ende des Ersten Weltkriegs veränderte sich diese Lage drastisch. Ungarn verlor zwei Drittel seines Staatsgebiets und seiner Bevölkerung, was die gesellschaftliche und ethnische Zusammensetzung des Landes weitgehend veränderte. Etwa 3,5 Millionen Ungarn gerieten in den neuen Nachbarstaaten in eine Minderheitsposition, während die größte nationale Minderheit im Lande selbst die Deutschen blieben, deren Anteil etwa 6.9% der Gesamtbevölkerung betrug.[340] Trianon bedeutete einen Schock sowohl für die politische Elite als auch für die ungarische Öffentlichkeit. Die Erfahrung, dass das Staatsterritorium durch die Nationalitäten „verstümmelt" wurde (die sich jedoch dadurch ihrer bisherigen Unterdrückung entzogen), prägte die Nationalitätenpolitik der nachfolgenden

[335] BELLÉR, Ungarn, 1986, 120–122, 128–136.; KATUS, Magyarország, 2007, 672–673.; SEEWANN, Geschichte, Band. 2., 2012, 14–18.
[336] ÁCS, Nemzetiségek, 1996, 167–169.; BARTA – GERGELY – KRSITÓ, Magyarország, 2002, 450.
[337] Gesetz Nr. 27. vom Jahr 1907 über das Rechtsverhältnis der nicht staatlichen Elementarschulen und über das Gehalt der Kirchen- und Dorfschullehrer. Das Gesetz wird nach dem damaligen Kultusminister, Graf Albert Apponyi benannt. Siehe https://net.jogtar.hu/ezer-ev-torveny?docid=90700026.TVI&searchUrl=/ezer-ev-torvenyei%3Fkeyword%3D1907 (Abruf: 14. 3. 2018.); SEEWANN, Geschichte, Band 2., 2012, 36–37.; BARTA – GERGELY – KRISTÓ, Magyarország, 2002, 469.
[338] KATUS, Magyarország, 2007, 702.
[339] ÁCS, Nemzetségek, 1996, 163–164.; KATUS, Magyarország, 2007, 753.
[340] SPANNENBERGER, Der Volksbund, 2005, 1.

10.15772/ANDRASSY.2019.005106

Jahrzehnte, die Assimilationspolitik radikalisierte sich. Die ungarische Nationalitätenpolitik kennzeichnete ein Janus-Gesicht und eine Doppelmoral: Während ungarische Politiker mit aller Intensität einen internationalen Minderheitenschutz als Garantie für die Ungarn jenseits der neuen Grenzen forderten, erwarteten sie von den Minderheiten innerhalb des Landes mehr oder weniger offen deren vollständige Assimilation.[341]

Zum Hauptobjekt der ethnischen Homogenisierung wurde die größte Minderheitengruppe des Landes, die Deutschen. Die Mittel unterschieden sich kaum von denen der Dualismuszeit: die Dominanz der ungarischen Sprache im Schulwesen[342] und in den Kirchen, die Unterstützung der Namensmagyarisierung,[343] die so weit reichte, dass gewisse Ämter nur von Personen mit ungarischen Namen eingenommen werden durften.

Eine weitere charakteristische Maßnahme der Zwischenkriegszeit war, dass in die Gemeinden, in denen der Anteil der Minderheitenbevölkerung hoch war, ungarische Personen (oder bereits assimilierte Mitglieder der Minderheiten) als kirchliche und administrative Leiter versetzt wurden, die in den Augen der politischen Elite als zuverlässig galten. Diese Vorgehensweise ermöglichte eine bessere Kontrolle, darüber hinaus sollte sie die Assimilation auf der Lokalebene fördern. In der Tat bedeutete diese Maßnahme das wichtigste Konfliktpotential und führte häufig zu Zusammenstößen in sprachlichen, kulturellen und persönlichen Angelegenheiten, was nach Kriegsende entsprechende Reaktionen auslöste.

3.3.2 Politische Mobilisierung – Von der Identitätsbewahrung zur NS-Politik

Die ungarischen Maßnahmen zur Förderung der Assimilation während der Zwischenkriegszeit blieben nicht ohne Ergebnis. Obwohl die Interpretation der landesweiten Volkszählungsergebnisse mehrfach problematisch ist (einerseits, weil die

[341] SEEWANN, Geschichte, Band 2., 2012, 209.
[342] Siehe dazu: FÜZES, Miklós: A nemzetiségi oktatás szervezési problémái a baranyai népiskolákban az 1923/24-1943/44 tanévekben. In: Baranyai Helytörténetírás, 1979. 385–439.; SPANNENBERGER, A magyarországi, 2005, 80–84.
[343] Siehe dazu: SEEWANN, Geschichte, Band 2., 2012, 251–253.; SPANNENBERGER, Der Volksbund, 2005, 85–86.

10.15772/ANDRASSY.2019.005107

Erhebungen politisch manipuliert wurden, andererseits, weil sich nur zwei davon, nämlich die Zählungen von 1920 und 1930 auf dasselbe Staatsgebiet bezogen und Migrationen innerhalb des Landes unberücksichtigt blieben), zeigen sie trotzdem einige Tendenzen.[344] Während die Anzahl der Gesamtbevölkerung Ungarns stetig zunahm, verringerte sich die Zahl der Personen, die sich zur deutschen Muttersprache bekannten. Im Jahr 1920 waren das noch 551.624 Personen (6.9%), im Jahr 1930 noch 478.630 (5.5%),[345] im Jahre 1941 auf dem erweiterten Staatsgebiet 477.047 Personen (3.2%).[346] Das wirft die Frage auf, inwieweit die ungarische Nationalitätenpolitik tatsächlich ihre Ziele erreichte.

Die offenen Assimilationsbestrebungen lösten aber in einem Teil der deutschen Bevölkerung Reaktionen zur Selbstverteidigung aus. Während vor Trianon die deutsche Minderheit (die Siebenbürger Sachsen ausgenommen) im Vergleich zu anderen Nationalitäten nur in geringem Maß selbst organisiert war, begann sie nach dem Vertrag mit Hilfe neu eingerichteter Organisationen ihre Sprache, Identität, Sitten und Kultur zu sichern.

In den 1920er Jahren war der Anführer der deutschen Minderheitsorganisation Jakob Bleyer,[347] der in den Regierungen von 1919 und 1920 als Nationalitätenminister ohne Geschäftsbereich tätig war. Ab 1921 gab er für die Deutschen ein Presseorgan (*Sonntagsblatt für das deutsche Volk in Ungarn*) heraus.[348] 1923 entstand der *Ungarländische Deutsche Volksbildungsverein (Magyarországi Németek*

[344] Zum Thema Verwendung der ungarischen amtlichen Volkszählungen, als Quellen, siehe mehr: TÓTH, Ágnes – VÉKÁS, János: Nemzetiségek Magyarországon 2001–2011. Etnodemográfiai folyamatok a népszámlálások tükrében. In: Kisebbségkutatás Jg. 23. (2014). Nr. 3. 36–72. Der Beitrag handelt sich um die aktuellen Volkszählungen, die Autoren zeigen jedoch, wie gesellschaftliche Tendenzen und Entwicklungen anhand Volkszählungsangaben entdeckt werden können.

[345] Magyar Kir. Központi Statisztikai Hivatal (Hg.): Az 1930. évi népszámlálás. Demográfiai adatok községek és külterületi lakotthelyek szerint. I. rész. Stephaneum Nyomda Részvénytársaság, Budapest, 1932, 7.

[346] Központi Statisztikai Hivatal (Hg.): Az 1941. évi népszámlálás. Demográfiai adatok községek szerint. Stephaneum Nyomda Részvénytársaság, Budapest, 1947, 8.

[347] Zu seiner Person siehe: FATA, Márta: Jakob Bleyer als politischer Vertreter der deutschen Minderheit in Ungarn (1917–1933). Dissertation. Pécs – Freiburg, 1992.; GRÓSZ, András: Jakob Bleyer. Studienband zum 20-jährigen Jubiläum der Jakob Bleyer Deutschen Nationalitäten Grundschule. Deutsche Selbstverwaltung Wudersch – Jakob Bleyer Deutsche Nationalitäten Grundschule, Budaörs, 2008.

[348] FATA, Márta: Jakob Bleyer und das „Sonntagsblatt“. Gründung und Entwicklung des Wochenblattes von 1921 bis 1933. In: FASSEL, Horst (Hg.): Deutsche Literatur im Donau-Karpatenraum (1918–1996). Regionale Modelle und Konzepte in Zeiten des politischen Wandels. IDGL, Tübingen 1997, 9–21.; TILKOVSZKY, Ez volt, 1978, 23.; SEEWANN, Geschichte, Band 2., 2012, 232.; SPANNENBERGER, Der Volksbund, 2005, 49.

10.15772/ANDRASSY.2019.005108

Népművelődési Egyesülete), dessen Gründung die ungarische Regierung erst 1924 bewilligte.[349] Dem Volksbildungsverein und Bleyer selbst begegnete die politische Elite mit einem intensiven Widerstand. Besonders auf der Lokalebene konnten die Ortsgruppen der Organisation nur mit erheblichen Schwierigkeiten gegründet und betrieben werden oder wurden überhaupt verboten.[350] Der Verein zählte zehntausende Mitglieder,[351] trotzdem konnte er die Durchsetzung der Interessen der deutschen Minderheit insbesondere in der Schulpolitik nicht erreichen.

1933 bedeutete eine Zäsur. Einerseits starb Jakob Bleyer im Dezember,[352] andererseits begann eine neue Epoche in der Geschichte des Mutterlandes, als Adolf Hitler und die NSDAP die Macht ergriffen,[353] die erst im Verlauf der 1930er Jahre das Schicksal der deutschen Minderheiten Europas beeinflusste. Innerhalb des Volksbildungsvereins verstärkte sich der radikalere Flügel, in dem junge Akademiker Führungspositionen einnahmen, die an deutschen Universitäten studiert und sich mit den nationalsozialistischen Ideen vertraut gemacht hatten, wie Franz Anton Basch.[354] Im Verein wurde der Bruch zwischen ihnen und dem gemäßigten Flügel immer deutlicher, der schließlich darin kulminierte, dass die Basch-Gruppe aus dem Verein ausgeschlossen wurde und diese 1936 eine neue Organisation unter dem Namen *Volksdeutsche Kameradschaft (Népi Német Bajtársi Szövetség)* gründete.[355]

Eine weitere Wende brachte der Erste Wiener Schiedsspruch am 2. November 1938, als Ungarn einen Teil der durch Trianon verlorenen oberungarischen Gebiete von der Tschechoslowakei zurückerlangte. Dafür musste die ungarische Regierung Zugeständnisse an das „Dritte Reich" machen, unter anderem die Legalisierung der

[349] BELLÉR, A magyarországi, 1981, 156.; TILKOVSZKY, Ungarn, 1981, 13.; TILKOVSZKY, Nemzetiség, 1994. 28.; SEEWANN, Geschichte, Band 2., 2012, 233.; SPANNENBERGER, Der Volksbund, 2005, 53.
[350] SEEWANN, Geschichte, Band 2., 2012, 243.
[351] Ebenda, 237.
[352] BELLÉR, Béla: Vom Volksbildungsverein zum Volksbund. Suevia Pannonica, Speyer, 2000, 9. (Der Band erschien auf Ungarisch: BELLÉR, Béla: A Volksbildungsverein-tól a Volksbund-ig. A magyarországi németek története 1933–1938. Új Mandátum, Budapest, 2002.; SPANNENBERGER, Der Volksbund, 2005, 86.
[353] SEEWANN, Geschichte, Band 2., 2012, 258.
[354] Ebenda 250. Zur Person von Basch siehe: SEEWANN, Geschichte, Band 2., 2012, 296–312. und SEEWANN, Gerhard – SPANNENBERGER, Norbert (Hg.): Akten des Volksgerichtsprozesses gegen Franz A. Basch. Oldenbourg, München, 2000.
[355] TILKOVSZKY, Nemzetiség, 1994, 35.

10.15772/ANDRASSY.2019.005109

Volksdeutschen Kameradschaft genehmigen.[356] Die neue Organisation wurde am 26. November 1938 offiziell als *Volksbund der Deutschen in Ungarn (Magyarországi Németek Népi Szövetsége)* gegründet,[357] ihre Satzung genehmigte das Innenministerium im Jahr 1939. Die Mitgliedschaft der damals noch als Kulturverband tätigen Organisation nahm rasch zu, bis 1940 zählte sie mehrere zehntausende Personen, obwohl die ungarischen Behörden ihren Betrieb ebenso zu unterbinden versuchten wie den des Volksbildungsvereins.

Die Lage des Volksbunds veränderte sich durch den Zweiten Wiener Schiedsspruch vom 30. August 1940.[358] Ungarn erhielt diesmal Nordsiebenbürgen von Rumänien, dafür war die Unterzeichnung des Volksgruppenabkommens der Preis. Dieses bestätigte, dass die ungarische Regierung die deutsche Minderheit als Volksgruppe und den Volksbund als ausschließliche Interessenvertretung der Minderheit anerkannte. Dieser Schritt besiegelte das Schicksal des Volksbildungsvereins, der sich bald darauf auflöste. Der Volksbund bestimmte, wer zur Volksgruppe gehört, seine Leitung durfte Schulen gründen, die Erwerbstätigkeit im „Dritten Reich" organisieren und die nationalsozialistischen Organisationsstrukturen übernehmen.[359] Im Frühling 1941 wurde die Jugendorganisation, die *Deutsche Jugend (Német Ifjúság)* in Mágocs (Komitat Baranya) im Rahmen des ersten Landesjugendtags gegründet.[360]

Die Popularität des Volksbunds war regional unterschiedlich, seine Ortsgruppengründungen erstreckten sich auf allen deutschen Siedlungsgebieten.[361] Im Jahre 1942 zählte die Organisation etwa 300.000 Mitglieder. Wegen der verstärkten Radikalisierung ihrer politischen Inhalte schürte sie immer mehr Antipathie auch innerhalb der deutschen Bevölkerung in den Gemeinden, weswegen 1942 Intellektuelle aus Bonyhád (und Elek) eine „Gegenorganisation", die *Treuebewegung (Hűséggel a*

[356] SPANNENBERGER, Der Volksbund, 2005, 160–163.
[357] BELLÉR, A magyarországi, 1981, 170.; SPANNENBERGER, Der Volksbund, 2005, 163.; SEEWANN, Geschichte, Band 2., 2012, 274.; TILKOVSZKY, Nemzetiség, 1994, 38.
[358] SEEWANN, Geschichte, Band 2., 2012, 281.; TILKOVSZKY, Nemzetiség, 1994, 42–43.
[359] TILKOVSZKY, Nemzetiség, 1994, 54–55.
[360] SPANNENBERGER, Der Volksbund, 2005, 346.; TILKOVSZKY, Nemzetiség, 1994, 55.; VITÁRI, Volksbund, 2015, 32.
[361] Siehe dazu: FLACH, Paul: Ortsgruppengründungen des Ungarländischen Deutschen Volksbildungsvereins (1920–1940) und des Volksbundes der Deutschen und Ungarn (1938–1941). Selbstverlag, München, 1968.; SEEWANN, Geschichte, Band 2., 2012, 283.

10.15772/ANDRASSY.2019.005110

házáért, Hűségmozgalom) gründeten.[362] Diese konnte aber keine politisch wirksame Alternative bilden.

Als sich die Kriegslage des „Dritten Reiches" besonders ab 1943 verschlechterte, rechnete Hitler immer ernster mit der militärischen Beteiligung der Deutschen aus Ungarn (und aus anderen Staaten).[363] 1941 waren die Rekrutierungen in die Waffen-SS noch illegal.[364] Im Jahr 1942 unterzeichnete die deutsche und die ungarischer Regierung ein Abkommen, das die legale SS-Rekrutierung regelte – unter der Bedingung, dass die Betroffenen ihre ungarische Staatsbürgerschaft verloren und nach dem deutschen Sieg mit ihren Familien nach Deutschland übersiedeln sollten.[365] Die dritte Rekrutierungswelle 1943 zielte implizit auf den Schutz „ungarischen Blutes" nach der katastrophalen Niederlage der 2. Ungarischen Armee in der Sowjetunion ab. Die Regierung von Miklós Kállay lieferte Hitler bereitwillig die ungarndeutschen Männer aus, damit sie weniger ungarische Soldaten an die Front schicken mussten.

Nach der deutschen Besetzung Ungarns wurden ab dem 19. März 1944 die SS-Rekrutierungen nicht mehr auf freiwilliger Basis durchgeführt.[366] Hitler wollte alle „volksdeutschen" Männer im dienstfähigen Alter für den totalen Krieg mobilisieren. Im Rahmen dieser letzten Aktion wurden auch die ungarndeutschen Personen, die bereits in der ungarischen Wehrmacht dienten, entlassen und in die Reihen der Waffen-SS aufgenommen. Eine bemerkenswerte Besonderheit bei dieser Rekrutierungswelle war die Entscheidung darüber, wer als „Volksdeutscher" galt. In den Gemeinden bildeten die ungarischen Behörden Kommissionen, um die von dem dortigen Volksbund zusammengestellten Listen zu überprüfen.[367] Diese Aktion war mit bedeutsamer Willkür verbunden: Personen wurden aus den Listen gestrichen oder umgekehrt in diese aufgenommen. Dieses Moment ist ein wenig erschlossenes Pendant zur Auswahl der Personen für die Deportation in die Sowjetunion: Im Rahmen beider Aktionen handelten die ungarischen Behörden unter dem Druck einer militärischen Besatzung, besaßen jedoch einen gewissen Handlungsspielraum darüber, Personen willkürlich als

[362] FEHÉR, A bonyhádi, 1983, 10.; SEEWANN, Geschichte, Band 2., 2012, 292.; SPANNENBERGER, Der Volksbund, 2005, 372–378.; TILKOVSZKY, Nemzetiség, 1994, 58.
[363] Zu den SS-Rekrutierungen siehe noch: SEEWANN, Geschichte, Band 2., 2012, 288–290.
[364] SPANNENBERGER, Der Volksbund, 2005, 251–252.
[365] TILKOVSZKY, Ungarn, 1981, 197.
[366] TILKOVSZKY, Nemzetiség, 1994, 62.
[367] SPANNENBERGER, Der Volksbund, 2005, 412–420.

10.15772/ANDRASSY.2019.005111

„Deutsche abzustempeln", für die diese Zuschreibung teils fatale Folgen hatte. Insgesamt dienten etwa 100.000–120.000 Ungarndeutsche in deutschen Truppen[368] (diese Anzahl bezieht sich auf das damalige Staatsgebiet). Der Militärdienst in der SS und die Mitgliedschaft im Volksbund wurden nach dem Krieg zu den wichtigsten Kriterien für die kollektive Bestrafung der Deutschen und deren Vertreibung.

Als die sowjetischen Truppen in Ungarn einmarschierten, wurde die Evakuierung der deutschen Minderheit durch den Volksbund und die deutschen Militärbehörden eingeleitet.[369] Diese Aktion konnte nur in regional unterschiedlichem Ausmaß organisiert werden und die Evakuierung war nicht selten mit Gewaltmaßnahmen verbunden. Die deutsche Propaganda stellte die sowjetischen Soldaten als Monster dar, um dadurch die Bevölkerung zur Flucht zu bewegen. Die deutsche Zivilbevölkerung Ungarns war aber kaum zum Verlassen ihrer Heimat bereit. Genaue Angaben stehen nicht zur Verfügung, etwa 50.000–60.000 Personen flüchteten vor Kriegsende nach Westen.[370] In erster Linie waren es Personen mit ihren Angehörigen, die in deutschen Truppen oder Organisationen aktiv waren, weswegen sie eine Vergeltung zu befürchten hatten.

Während der Zwischenkriegszeit kam es zu einem mehrfachen Bruch innerhalb der deutschen Minderheit Ungarns, zwischen der deutschen Minderheit und den ungarischen Behörden, bzw. gelegentlich auch zwischen den deutschen und nichtdeutschen Einwohnern vieler Gemeinden.[371] Die Ernsthaftigkeit dieser Konflikte war unterschiedlich, sie prägten aber stark diese Jahrzehnte. Ab Ende 1944 wirkten diese Konflikterfahrungen sich dahingehend aus, dass die ungarischen Behörden der jeweiligen Gemeinden und Regionen nunmehr bereit waren, die deutsche Bevölkerung den sowjetischen Soldaten auszuliefern.

[368] TILKOVSZKY, Ungarn, 1981, 320.
[369] SEEWANN, Geschichte, Band 2., 2012, 294–295.; SPANNENBERGER, Der Volksbund, 2005, 429–433.
[370] Vgl. dazu TILKOVSZKY, Ungarn, 1981, 348.
[371] Mehr dazu: SEEWANN, Gerhard: A magyarországi németek Horthy és Hiter iránti lojalitása 1933 és 1945 között. In: KUPA, László: Görbe háttal. Interetnikus konfliktusok Közép-Európában a múltban és a jelenben. Virágmandula, Pécs, 2011, 50–58, hier 56–57.

10.15772/ANDRASSY.2019.005112

3.4 Interpretation der „deutschen Abstammung" – Selbstdefinition und Zuschreibung

Die Interpretation der Kategorie „deutscher Abstammung" diente als Kriterium für die Deportationsmaßnahmen. Dabei sind wesentliche Unterschiede zwischen den Regionen zu beobachten, manchmal auch innerhalb der Regionen in verschiedenen Bezirken und Gemeinden. Der Grund dafür ist, dass eine „deutsche Abstammung" in der Tat nur schwer zu definieren ist. Die Feststellung der Abstammung durch andere Personen war bereits damals problematisch; auch heute wäre sie aufgrund unserer moralischen Normen kaum möglich.

Ob es bei der Formulierung des Beschlusses Nr. 7161. eine bewusste Entscheidung war, diese unscharfe Kategorie zu wählen, ist nicht bekannt. Ebenso sind aus den anderen betroffenen Ländern keine Forschungsergebnisse bekannt, die darauf hinweisen, dass die Auswahl der Betroffenen dort ebenso große Schwierigkeiten bereitet hätte. Auch in der ungarischen Forschung wurde diese Frage bisher ausgeblendet, obwohl die Behauptung, dass der Großteil der Deportierten „*keine Deutschen, sondern Ungarn waren*", bzw. dass die sowjetischen Soldaten Menschen ohne Selektion verschleppten, seit längerem ein Bestandteil der „Malenkij Robot"-Narrative sind.[372]

Während der Durchführung der Deportation konnte die „deutsche Abstammung" von drei Akteuren festgestellt werden. In den wenigsten Fällen waren es die betroffenen Zivilisten selbst, die sich auf Befehl als Personen „deutscher Abstammung" meldeten. Ein anderes Beispiel stellen die Fälle von Denunziationen dar, als die Betroffenen den Sowjets zusätzliche Personen auslieferten.[373] Es sind zu beiden Varianten Beispiele zu finden, als typisch können sie jedoch nicht betrachtet werden.

[372] Vgl. dazu FÜZES, Modern, 1990, 12, 15, 22.

[373] Solche Fälle kommen in manchen Erzählungen vor, sie konnten mit anderen Quellen weder bestätigt noch dementiert werden. In Csikóstöttös stellte der evangelische Priester die Liste über die 70 „Volksbundisten" zusammen, weswegen ihre Angehörigen den Sowjets verrieten, dass der Priester selber auch ein „Deutscher" war. Seine Tochter wurde unter diesen Umständen auch in die Sowjetunion deportiert. Siehe HAVASI, János: Örök tél. Palatia, Budapest, 2017, 14. Über einen ähnlichen Fall berichtet das Tagebuch von János Guth aus Nagymányok, wo den Sowjets zuerst auch die Volksbund-Mitglieder ausgeliefert wurden, diese übergaben aber als Rache eine weitere Liste mit den Namen von Personen, die „sich zum Ungarntum bekannten". Siehe: GAÁL, Attila – HADIKFALVINÉ MÁNYOKI, Elza (Hg.): „Embersorsok a viharban." Nagymányokiak az 1026-os lágerben. 2. Aufl. Kerényi, Nagymányok, 2016, 12.

10.15772/ANDRASSY.2019.005113

In den meisten Fällen war die Feststellung der deutschen Abstammung ein Ergebnis der Fremdwahrnehmung. Eine Akteurengruppe dabei waren die sowjetischen Befehlshaber. Sie interpretierten die „deutsche Abstammung" als rassisch-genealogische Kategorie. Darauf lässt der bereits zitierte Bericht aus Elek schließen, dem zufolge der sowjetische Offizier alle Personen mitnehmen wollte, in deren Adern „*nur ein Tropfen deutschen Blutes fließt*"[374]. Die sowjetischen Akteure erweiterten also den Deportationsbefehl nicht nur auf Personen, die sich zum Deutschtum bekannten und sich als „Deutsche" identifizierten, sondern auf alle, die aufgrund ihrer Herkunft etwas mit Deutschtum zu tun hatten. Die Betroffenen hätten sich unter den gegebenen Umständen kaum zur deutschen Abstammung bekannt, weswegen zu beobachten ist, dass die sowjetischen Akteuren nach äußeren Merkmalen einer deutschen Abstammung suchten: deutsch klingende Personennamen, deutsche Namen der Eltern, deutsche Muttersprache. In einigen Fällen forderten sie die Geburtsmatrikel der Gemeinden an, um in diesen zu überprüfen, welche Personen in den Gemeinden deutschstämmig waren.

Die dritte Akteurengruppe waren die ungarischen Behörden. Sie versuchten anhand anderer Kriterien als die Sowjets festzustellen, welche Einwohner deutschstämmig waren. In solchen Fällen spielte die statistisch festgestellte Selbstdefinition eine größere Rolle. Sie hoben die Personen aus, die sich bei der letzten Volkszählung von 1941 zur deutschen Muttersprache und/oder Nationalität bekannten, ferner solche, die sich „*wie Deutsche benahmen*" oder Mitglieder „*faschistischer und deutscher*" Organisationen und Truppen waren. Diese Vorgehensweise nahm schon damals das Kriteriensystem der ab Frühling 1945 begonnenen weiteren Maßnahmen gegen die deutsche Bevölkerung vorweg.

Die Interpretation der ungarischen Seite ist enorm wichtig, weil die sowjetischen Soldaten wegen ihrer Unkenntnis der lokalen Verhältnisse oft die ungarischen Behörden mit der Feststellung der „deutschen Abstammung" oder mit der Erstellung einer Liste beauftragten. Ungarische Behördenvertreter mussten in den meisten Fällen den Deportationsbefehl in den Gemeinden verkünden, der dann bereits die Kategorie „deutsche Abstammung" nicht mehr beinhaltete, stattdessen stand in der Verordnung deutsche Nationalität, Muttersprache oder eine sonstige Kategorie.

[374] MNL BéML IV. 435. 78/1945. Publiziert von ERDMANN, Deportálás, 1990, 42.

10.15772/ANDRASSY.2019.005114

Ob die ungarischen Behörden die sowjetische Intention nicht verstehen wollten oder sie für ihre Ziele auszunutzen versuchten, ist im Nachhinein schwer zu überprüfen. Besonders bei den Ansuchen zur Entlastung und Freistellung bestimmter Personen versuchten sie oft deren Deutschtum durch weitere Kategorisierungs- und Differenzierungsmaßnahmen zu relativieren. Diese Versuche waren damit verbunden, die tatsächlich Deportierten (zumeist die Volksbund-Mitglieder und Personen deutscher Nationalität) als „schuldig" zu erklären, so dass diese zu Recht deportiert worden wären.

So entstanden die Kategorien „gute" und „schlechte Deutsche". Die „Guten" versuchten die Behörden auf unterschiedlichste Art und Weise zu entlasten, sie relativierten deren Deutschtum mit der Begründung, dass sie nicht für gewisse Merkmale (Sprache, Name) ihres Deutschseins verantwortlich waren, und ihr Verbleiben angesichts ihrer politischen Zuverlässigkeit, ihrer demokratischen Einstellung und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung unentbehrlich war. Diese Argumentation konnte gegen die Sowjets nur selten durchgesetzt werden, weil diese die Deportation mit einer anderen Interpretation der „deutschen Abstammung" durchführten und eine möglichst große Anzahl von Arbeitskräften gewinnen wollten. Aus sowjetischer Perspektive war das Maß „des Deutschtums" der Deportierten (also ihre Nationalität, Muttersprache, Identität und politische Tätigkeit) irrelevant oder zweitrangig, weil die Deportation vor allem auf die Beschaffung von Arbeitskräften abzielte.

Hätten die sowjetischen Soldaten die Nationalität, Muttersprache, Identität und das politisches Verhalten dieser Personen bei der Deportation berücksichtigt, dann würde die Theorie zutreffen, die in der ungarischen Fachliteratur oft auftaucht, nämlich, dass die Deportation eine Vergeltungsmaßnahme der Sowjets war. Das war aber nicht der Fall. Im Gegensatz dazu wurde diesen Kriterien von den ungarischen Behörden eine entsprechende Rolle beigemessen, sowohl bei Freistellungen als auch bei den späteren Sozialhilfen. So kann nicht über Vergeltung als Motivation seitens der sowjetischen Akteure gesprochen werden, jedoch aber seitens der Ungarn.

10.15772/ANDRASSY.2019.005115

4. Die Region Békés-Csanád

4.1 Allgemeines

Diese Deportationsregion befand sich 1944 auf dem Gebiet zweier Komitate, nämlich Békés, bzw. Csanád, Arad und Torontál k. e. e. [375]. Die Region lag geographisch im „inneren" Gebiet Ungarns, in der Tiefebene. Durch den Friedensvertrag von Trianon wurde sie zum Grenzgebiet zu Rumänien. Heute befindet sie sich im südöstlichen Landesteil. Das deutsche Siedlungsgebiet der Region entstand im 18. Jahrhundert durch private Ansiedlung ab 1720, organisiert von dem Grundherrn Johann Georg Harruckern.[376]

Die Grenzmodifizierungen von Trianon betrafen das Komitat Békés (Sitz Gyula) nicht, während ein Großteil des Gebiets der Komitate Csanád, Arad und Torontál Rumänien erhielt.[377] Deswegen mussten die drei Komitate „provisorisch" mit ihrem Sitz in Makó vereinigt werden. Die weiteren Grenzveränderungen von 1938 bis 1941 ließen das Gebiet der Region unverändert, aber ein Teil der Gebiete, die gemäß dem Zweiten Wiener Schiedsspruch 1940 wieder in Ungarn eingegliedert wurden, grenzte an das Komitat Békés. Dieses Gebiet zähle ich jedoch nicht zu dieser Deportationsregion.

Die heutige Verwaltungsstruktur der Region entstand durch die Neuregelung des Komitatssytems 1950. Damals wurden einige Bezirke der Nachbarkomitate (wie der hier relevante Bezirk Elek) ins Komitat Békés eingegliedert. Das „Rumpfkomitat" Csanád, Arad und Torontál k. e. e. wurde 1950 aufgelöst, sein restliches Gebiet zwischen den Komitaten Békés und Csongrád aufgeteilt, so gehört der von der Deportation betroffene Bezirk Torontál heute zum Komitat Csongrád.

Die Veränderungen des Verwaltungssystems sind insbesondere wegen der Archivmaterialien relevant, weil die Aufbewahrung dieser im Fall der neu aufgeteilten,

[375] Die sogenannten „közigazgatásilag előre egyesített" (verwaltungsmäßig vorübergehend vereinigten) Komitate bestanden in Ungarn von 1923 bis 1945. Durch die Grenzmodifizierungen von Trianon wurden die damals „verstümmelten" Verwaltungseinheiten zusammengelegt. Die Bezeichnung *„közigazgatásilag egyelőre egyesített*" (abgekürzt k. e. e.) spiegelt den allgegenwärtigen Wunsch nach Revision wieder, weil diese Verwaltungseinheiten nur als vorübergehend betrachtet und nicht akzeptiert wurden. In meiner Arbeit benutze ich im Text die Abkürzung „k. e. e.".

[376] SEEWANN, Geschichte, Bd. 2., 2013, 163.

[377] Vgl. dazu LELKES, GYÖRGY: Magyar Helységnév-azonosító Szótár. Argumentum–KSH Könyvtára, Budapest, 2011, 967–968

10.15772/ANDRASSY.2019.005116

bzw. aufgelösten Komitate und Bezirke fraglich ist. Die Unterlagen des Obergespans und Vizegespans des Komitats Csanád, Arad und Torontál k. e. e., bzw. des Bezirks Torontál sind im Komitatsarchiv Csongrád zu finden, sie konnten im Rahmen dieser Arbeit nicht vollständig ausgewertet werden. Die Quellenmaterialien des Bezirks Elek gehören zum Bestand des Komitatsarchivs Békés, sie sind jedoch nicht vollständig, was wahrscheinlich mit den Reorganisationen zusammenhängt.

Trotz dieser Schwierigkeiten ist die archivalische Dokumentation der Deportation in der Region überdurchschnittlich gut. Wahrscheinlich war das der Grund dafür, dass eine der ersten Publikationen zum Thema, die teils auf Archivquellen basiert, von dem früheren Archivdirektor Gyula Erdmann 1990 in dieser Region publiziert wurde.[378] Dazu hatte außerdem die Tatsache beigetragen, dass trotz der Tabuisierung der Deportation diese in dieser Region immer ein Teil des kollektiven Gedächtnisses blieb, hier wurde die erste bekannte Gedenktafel der Opfer aufgestellt (in der Joseph-Kirche in Gyula, 1952).[379]

Die Vertreibung der deutschen Minderheit nach Deutschland wurde nur in einigen bedeutsameren „Schwabengemeinden" (wie Elek, Almáskamarás, Mezőberény) durchgeführt, so ist diese Region in den von den Vertriebenen produzierten Quellen (Berichte des Lastenausgleichsarchivs, Heimatbücher) unterrepräsentiert. Im Gegenteil dazu wurden seit 1990 zahlreiche Interviews mit den hiesigen Überlebenden geführt und veröffentlicht,[380] mehrere Werke beschäftigten sich auch mit dem Thema „Malenkij Robot". Dabei ist eine Verschiebung der Schwerpunkte zu beobachten: Einige schwer betroffene Gemeinden (wie Gyula, Elek, Mezőberény) gerieten in den Fokus der Aufmerksamkeit, während die Deportation aus anderen Ortschaften (wie Doboz,

[378] ERDMANN, Deportálás, 1990.

[379] ERDMANN, Gyula: Schuldlos sühnen. In: MITTAG, Mónika (Hg.): Málenkij robot. Az orosz bányákba deportált gyulaiak emlékére. Német Kisebbségi Önkormányzat, Gyula, 2011, 21–28, hier 28. Foto: http://www.sulinet.hu/oroksegtar/data/magyarorszagi_nemzetisegek/nemetek/gyula/malenkij_robot/index.htm (Abruf: 5. 3. 2018)

[380] In den folgenden Bändern sind Interviews und Berichte aus dieser Region zu finden (ohne Anspruch auf Vollständigkeit): SCHIEDER, Dokumentation, 1984; ERDMANN, Deportálás, 1990; FÜZES, Modern, 1990; HACK, Ferenc: 50 év eseményei egy család életéből. Selbstverlag, Gyula, 1990.; KORMOS – VÁRHELYI, Emberrablás, 1990; SZEBENI, Haza, 1993.; BOGNÁR, Egyetlen, 2008.; MÁRKUS, Messze, 2013.; KUGLER, József: Berényiek voltak, berényiek lettek. A II. világháború utáni migrációs változások (németek kitelepítése, magyar–csehszlovák lakosságcsere) emlékezete. Mezőberényi helytörténeti és tájvédelmi egyesület, Mezőberény, 2015.; AMENT, Joschi: „Es geht alles vorüber, es geht alles vorbei". Das Schicksal der Deutschen aus Elek in Ungarn. Eigenverlag, Sinsheim, 2015.; MITTAG, Málenkij, 2011; KÖRÖSI, Mihály: „Mit vétettem?" Mezőberényiek malenkij roboton. Mezőberény város önkormányzata, Mezőberény, 2016.

10.15772/ANDRASSY.2019.005117

Füzesgyarmat, Gyoma[381]) fast in Vergessenheit gerieten und in den aktuellen Publikationen nur noch mit Angaben zur Deportiertenanzahl auftauchen, wenn überhaupt. Diese Ungleichheit versuche ich in dieser Arbeit auszugleichen, soweit die Quellenlage dies ermöglicht.

4.2 Die sowjetische Besetzung der Region

Die Region wurde durch die 2. Ukrainische Front der Roten Armee im Herbst 1944 besetzt. Das Gebiet des heutigen Ungarns erreichten die Sowjets zuerst in dieser Region. Siebenbürgen und besonders die Umgebung von Torda war von der 2. Ungarischen Armee, geleitet von Lajos Veress und von der 6. Deutschen Armee auf der einer Seite, und von der 53. Sowjetischen und der 4. Rumänischen Armee andererseits intensiv und andauernd umkämpft.[382] In der Deportationsregion kam es nur um Elek zu bewaffneten Auseinandersetzungen, vom 24. September bis zum 6. Oktober, sonst blieb die Region vom Krieg fast verschont.[383]

Am 26. September eroberten die sowjetischen Truppen Battonya, diesen ersten Angriff konnten die Ungarn jedoch zunächst zurückschlagen. Am 27. September überquerte die Rote Armee den Fluss Maros und nahm Makó ein.[384] Die deutsch-ungarischen Gegenoffensiven konnten den sowjetischen Vormarsch nicht mehr aufhalten, obwohl mehrere Gemeinden wiederholt erobert oder zurückerobert wurden (unter anderem Almáskamarás).[385]

Ab dem 6. Oktober starteten die sowjetischen Panzereinheiten einen organisierten Angriff, sie bildeten Brückenköpfe am Fluss Kőrös,[386] die zum Ausgangspunkt ihres Vormarsches und der Eroberung des Gebiets dienten.[387] Aus dieser Region wurde über keine größeren Kampfhandlungen berichtet, die Kämpfe verlagerten sich bereits im Oktober in die nördlichere Region um Debrecen. In den sowjetischen Memoiren wird

[381] Gyoma wurde 1981 mit Endrőd als Gyomaendrőd vereinigt.
[382] UNGVÁRY, A magyar, 2004, 313–321.
[383] BArch LAA OSTDOK 2/360. 41.; AMENT, Es geht, 2015, 130.
[384] ZAHAROV, Délkelet, 1973, 195–196.
[385] UNGVÁRY, A magyar, 2004, 329.
[386] Rumänisch Criș.
[387] UNGVÁRY, A magyar, 2004, 332.

10.15772/ANDRASSY.2019.005118

die Region Békés gar nicht erwähnt, ausschließlich die Einnahme von Battonya und Makó wurden thematisiert, d. h. die Kämpfe hier waren aus der Perspektive der Sowjets nicht bedeutend.[388]

Der sowjetische Einmarsch taucht auch in den lokalgeschichtlichen Werken und in den Berichten der Zeitzeugen nur am Rande auf. Zumeist wird nur der Tag genannt, an dem die sowjetischen Truppen eintrafen (in Elek am 24. September,[389] in Mezőberény am 6. Oktober,[390] in Gyula gleichfalls am 6. Oktober,[391] in Füzesgyarmat, Szarvas und Gyoma am 7. Oktober,[392] etc.). Darüber hinaus wird über den Neustart des Lebens in den Gemeinden berichtet, bzw. über die anfänglichen Atrozitäten mit sowjetischen Soldaten, z. B. bei der Einquartierung. Weitere Probleme und Konfliktfelder bedeuteten die Gewalt gegen Frauen, die Plünderungen und die Einberufung zur lokalen Zwangsarbeit. Über ähnliche Erfahrungen schrieben auch die geistlichen Leiter der Gemeinden.[393] In den Schadensberichten des reformierten Kirchendistrikts Békésbánát liegt der Fokus auf Sach- und Materialschäden, bzw. auf dem Verlust von Menschenleben. Es ist trotzdem verwunderlich, dass über die Deportation der Zivilisten aus der Region nur die Pastoren von Gyoma und Füzesgyarmat berichteten, auch wenn dieser nicht in erster Linie die reformierten Einwohner zum Opfer fielen.

In Anbetracht obiger Lage vergingen vom Beginn der sowjetischen Besatzung und der Sicherung der Region bis zum Beginn der Deportation Ende 1944 etwa drei Monate. Während dieser Zeit errichteten die Sowjets in den größeren Gemeinden und Städten, in den Komitats- und Bezirkszentren Militärkommandanturen. Das soziale, politische und wirtschaftliche Leben der Gemeinden wurde – unter anderem auf Befehl der Sowjets – neu aufgenommen. Neben den früheren Ämtern und Amtsträgern wurden neue Personen ernannt und neue Organisationen ins Leben gerufen, z. B. erwähnen die Berichte aus Mezőberény oft ein neues Gremium, den sog. „Kleinrat"[394], der mit wesentlicher sowjetischer Unterstützung eine wichtige Rolle in der späteren

[388] Diese Tatsache wird auch dadurch untermauert, dass im Anhang der Arbeit von Zaharov, wo er die „Befreiung der Städte" auflistet, kein Name aus dieser Region zu finden ist. Siehe: ZAHAROV, Délkelet, 1973, 470–484.
[389] BRANDT, Franz – STÖCKL, Johann: Die Geschichte der Gemeinde Elek in Ungarn. Selbstverlag, Weinheim, 1977, 140.; Ament, Es geht, 2015, 101, 120, 130.
[390] KÖRÖSI, Mit vétettem, 2016, 29.
[391] ERDMANN, Schuldlos, 2016, 23.
[392] SZABADI, Krisztusban, 2016, 97, 100, 137.
[393] Ebenda, 87–142.
[394] KÖRÖSI, Mit vétettem, 2016, 29.

10.15772/ANDRASSY.2019.005119

Entwicklung des Gemeindelebens spielte, z. B. bei der Abwicklung der Deportation. Der „Kleinrat" wurde so beschrieben, dass in diesem zwar Delegierte der neuen Parteien arbeiteten, das Sagen aber die Kommunisten hatten – so war er wahrscheinlich ein Vorgänger des späteren Nationalkomitees.[395] In Elek berichten die Zeitzeugen bereits im Oktober über die Gründung des dortigen Nationalkomitees.[396]

Die mäßige Intensität und der frühe Zeitpunkt der Kämpfe in der Region und der hohe Organisationsgrad der hiesigen Verwaltungen spielte eine wesentliche Rolle beim Vorgang der Deportation. Diese wurde von sowjetischen Akteuren durchgeführt, die sich in den lokalen Verhältnissen einigermaßen auskannten und die zur Vorbereitung ein relativ langes Zeitfenster zur Verfügung hatten. Das wirkte sich auf die Abwicklung aus und war wahrscheinlich der Grund dafür, dass in dieser Region der Deportationsbefehl nur in Gemeinden verkündet wurde, wo die Sowjets über eine mehr oder weniger zahlreiche deutsche Minderheit informiert waren.

Ende 1944 befahlen die sowjetischen Kommandanten den ungarischen Behörden eine demographische Erhebung durchzuführen, in deren Rahmen diese nach verschiedenen Kriterien die „deutschstämmige Bevölkerung" zu registrieren hatten. Der geordnete Zustand der Region war auch der Grund dafür, dass die ungarischen Behörden im Gegenteil zu den Deportationsregionen westlich der Theiß hier Kontakt zu der Provisorischen Nationalregierung in Debrecen hatten. Während der Deportation suchte die Komitatsleitung den Kontakt zu Debrecen, obwohl die dortige provisorische Regierung keinen nennenswerten Einfluss auf den Deportationsvorgang hatte.

[395] Über die Nationalkomitees siehe: KISFALUDY, Katalin: Nemzeti bizottságok a mai Bács-Kiskun megye területén 1944–1949. In: Bács-Kiskun Megyei Levéltári Füzetek. 1989/1990/3. 3–58.; BALÁZS, Gábor: A nemzeti bizottságok működése Pest megyében. http://oktatolapok.mnl.gov.hu/letoltes/Balazs_Gabor_A_nemzeti_bizottsagok_mukodese_pest_megyeben_1_bevezetes.pdf (Abruf: 3. 5. 2018); GYARMATI, György: A Rákosi-korszak: rendszerváltó fordulatok évtizede Magyarországon, 1945–1956. Állambiztonsági Szolgálatok Történeti Levéltára – Rubicon, Budapest, 2011, 43.

[396] BRANDT – STÖCKL, Die Geschichte, 1977, 140.

10.15772/ANDRASSY.2019.005120

4.3 Ethnische Struktur, Konflikte

Zur ethnischen Struktur der Region sind die Angaben der Volkszählungen die naheliegenden Quellen, die das Ungarische Statistische Zentralamt mit einigen Abweichungen im Zehn-Jahres-Takt durchführte. Die Verwendungsmöglichkeiten dieser Statistiken sind jedoch dadurch begrenzt, weil die Volkszählungen nie frei von politischen Manipulationen waren. Den Auftrag zum Zensus gab der Staat, der eine möglichst homogene ethnische Struktur anstrebte – auch in den Statistiken. Es war kein Ausnahmefall, wenn ein Zähler die Befragten zu überzeugen versuchte, dass sie sich als Ungarn bekennen sollten. Obwohl der offizielle Standpunkt immer betonte, dass sich jeder ungarische Staatsbürger zu seiner Muttersprache (und Nationalität) bekennen darf, hielten viele lokale ungarische Amtsträger nicht geheim, dass sie die Personen fremder Muttersprache nicht als loyale Staatsbürger betrachteten.

Die Auswertung der Volkszählungsergebnisse wird auch dadurch erschwert, dass die Erhebung keinem einheitlichen Fragenkatalog folgte. Zur Vermessung der ethnischen Zugehörigkeit diente bis zum 1941 die Frage nach der Muttersprache. Bei dem Zensus im Jahre 1941 wurde dann die stark umstrittene Kategorie „Nationalität" neu eingeführt,[397] ohne die Befragten darüber zu informieren, wie sie diesen Begriff verstehen sollten, welche Bedeutung dieser Frage beigemessen wurde und zu welchen Folgen das führen konnte, wenn sie sich zur nicht-ungarischen Nationalität bekannten. Obwohl die ungarische politische Führung offiziell erst nach 1945 darüber entschied, dass die ungarischen Staatsbürger, die sich zur deutschen Nationalität und/oder Muttersprache bekannten, stigmatisiert, enteignet und nach Deutschland vertrieben werden sollten, waren solche Erwägungen bereits während der Vorbereitung der Volkszählung wirksam.

1939 setzte Adolf Hitler die Forderung „*Heim ins Reich"* in die Praxis um, als er die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus den baltischen und anderen Ländern ins „Dritte Reich" verordnete. Die Idee einer ähnlichen Umsiedlung im Falle der deutschen

[397] SPANNENBERGER, Der Volksbund, 2005, 272–273. Siehe mehr zu den Kontroversen um die Volkszählung im Jahre 1941 und zu ihrer Nachgeschichte: HEINZ, Ervin – LAKATOS, Miklós: A központi Statisztikai Hivatal szerepe a német lakosság kitelepítésében. In: CZIBULKA, Zoltán (Hg.): A magyarországi németek kitelepítése és az 1941. évi népszámlálás. KSH, Budapest, 2004, 9–202.; BANK, Barbara – ŐZE, Sándor (Hg.): A „német ügy" 1945–1953. A Volksbundtól Tiszalökig. LDU, Backnang–Budapest–München, 2005.

10.15772/ANDRASSY.2019.005121

Minderheit Ungarns wurde von Berlin ebenso aufgegriffen, die die ungarische politische Elite mit Reichsverweser Miklós Horthy persönlich begrüßte. Hitler wollte die Entscheidung dieser Frage jedoch bis zum Kriegsende aufschieben.[398] In diesem Geist wollte der damalige ungarische Ministerpräsident Ungarns, Pál Teleki, im Rahmen der Volkszählung im Jahr 1941 Angaben zur Nationalität der Bevölkerung erheben, um zu erfahren, mit wie vielen Personen im Fall einer eventuellen Umsiedlung zu rechnen war. Bereits damals verbreitete sich die Idee Hitlers über die Umsiedlung der Deutschen in der ungarischen Gesellschaft, auch die betroffene deutsche Minderheit erfuhr davon, deren Angehörige jedoch größtenteils nichts davon hören wollten. Die Gerüchte von der Umsiedlung führten dazu, dass der Volksbund viel von seiner Beliebtheit verlor und während der Volkszählung sank die Bereitschaft der Betroffenen, sich in irgendwelcher Form zum Deutschtum zu bekennen.

Sowohl diese Tatsachen sind wichtig bei der Analyse der Statistiken, als auch die Faktoren, die sich in umgekehrter Richtung auswirkten. Der Volksbund übte eine intensive Propagandatätigkeit aus, um möglichst alle „deutsche Volkszugehörige" dazu zu bringen, sich zur deutschen Muttersprache und Nationalität zu bekennen. Die Befragten wurden durch mehrere Akteure in unterschiedliche Richtungen beeinflusst. So ist die Zuverlässigkeit der statistischen Angaben äußerst fraglich. Meiner Meinung nach jedoch sind diese dennoch dazu geeignet, zu signalisieren, in welchen Gemeinden damals eine selbstbewusste, sich auch unter diesen Umständen zum Deutschtum bekennende Bevölkerung lebte.

Die Tabellen 1–2. im Anhang enthalten die Angaben der unter dem Aspekt der Deportation wichtigen Bezirke und Ortschaften zu Muttersprache und Nationalität. Die Ergebnisse der Volkszählungen von 1930 und 1941 zeigen auch Tendenzen und die Entwicklung des Anteils der deutschen Muttersprachler im Verhältnis zu den ungarischen Muttersprachlern. Die Angaben lassen auch darauf schließen, dass in der Region außer den ungarisch- und deutschsprachigen Gruppen der Anteil anderer Ethnien gleichfalls hoch war. Geprägt von der geographischen Lage der Region waren dies einerseits die Rumänen im Komitat Békés (im Jahr 1930 4.382 Personen, 1,5%),

[398] SEEWANN, Geschichte, Bd. 2., 2012, 284–286.; SPANNENBERGER, Der Volksbund, 2005, 202–206.

10.15772/ANDRASSY.2019.005122

darüber hinaus lebte im Komitat eine zahlenmäßig bedeutende slowakische Minderheit (im Jahr 1930 42.760 Personen, 15%).[399]

Außer den Statistiken ist die Zahl der deutschen kulturellen und politischen Organisationen in der Region ein wichtiger Indikator für das Selbstbewusstsein der deutschen Bevölkerung, obwohl die Gründung von Filialen und Ortsgruppen nicht eindeutig darauf schließen lässt, wie aktiv diese danach waren und ob deren Tätigkeit nicht bald eingestellt wurde. Filialen des Ungarländischen Deutschen Volksbildungvereins wurden nur in Elek, Kübekháza und Újszentiván gegründet,[400] im Komitat Békés gab es gar keine. Die Volksbund-Ortsgruppen verbreiteten sich etwas besser, im Komitat Csanád, Arad und Torontál k. e. e. wurden sie in Almáskamarás, Elek, Kübekháza und Újszentiván gegründet,[401] im Komitat Békés in den Städten Békéscsaba und Gyula und in den Gemeinden Békés, Gyoma, Mezőberény, bzw. in einer Ortschaft, die als Annahausen bezeichnet wurde, die aber nicht identifiziert werden konnte. Weitere Quellen aus verschiedenen Dokumentarbänden geben Auskunft über Ortsgruppen des Volksbundes und der Deutschen Jugend in Almáskamarás, Elek, Mezőberény, Gyoma, Békés,[402] Kübekháza und Újszentiván.[403] In den bekannten Quellen sind jedoch keine Spuren von den sonst üblichen Konflikten der Deutschen Jugend mit den örtlichen ungarischen Behörden zu finden.

Über die Aktivität der verschiedenen Organisationen sind wenige Quellen vorhanden, darüber berichten weder die Zeitzeugen noch die (Fach)Literatur und die Archivquellen. Die deutschen Einwohner der „Deutschstadt" von Gyula werden zumeist als bürgerliche, gut assimilierte Gruppe dargestellt, die die deutsche Sprache kaum mehr benutzten –dank der Tätigkeit des Pfarrers Vilmos Apor.[404] Gyula Erdmann behauptete sogar, dass kein Volksbund in Gyula existierte, was den Angaben von Paul Flach widerspricht.

[399] 1930. évi népszámlálás, 1932, 153.; TILKOVSZKY, Loránt: Nationalitätenpolitik in Ungarn 1918/1919–1944/1945. In: GLATZ, Ferenc (Hg.): Études historiques hongroises 1990: publiées à l'occasion du XVIIe Congrès International des Sciences Historiques par le Comité National des Historiens Hongrois. MTA, Budapest, 1990, 357–379, hier 363.
[400] FLACH, Ortsgruppengründungen, 1968, 4.
[401] FLACH, Ortsgruppengründungen, 1968, 15.
[402] VITÁRI, Volksbund, 2015, 138.; BANK – ŐZE, Német, 2005, 55.
[403] VITÁRI, Volksbund, 2015, 146.; BANK – ŐZE, Német, 2005, 60.
[404] ERDMANN, Deportálás, 1990, 6.; ERDMANN, Schuldlos, 2016, 23.

10.15772/ANDRASSY.2019.005123

In Mezőberény war die Aktivität des Volksbunds intensiv, die Ortgruppe wurde 1940 gegründet und die Mitgliedszahl wuchs rasch auf über 500 Personen an. Sie unterhielt einen eigenen Kindergarten und ab 1943 eine Schule. Diese Fakten können jedoch damit relativiert werden, dass die „Bundisten" vor dem sowjetischen Einmarsch flüchteten, andererseits in der Gemeinde auch die Treubewegung aktiv war, ihre Mitgliedszahl von etwa 2.000 Personen überschritt mehrfach die des Volksbundes. [405]

Über den Volksbund in Gyoma sagte die örtliche Kommunistische Partei auf einer Sitzung des Nationalkomitees 1945 folgendes: „In *Gyoma leben cca 1070 deutschstämmige Personen, davon konnten mit der Großglocke nur 43 Personen für den Volksbund gewonnen werden".* [406] Obwohl dieser Äußerung – ohne den Kontext zu kennen – nur begrenzt Bedeutung beizumessen ist, hat sie dennoch Aussagekraft, da die Kommunistische Partei 1945 die Deutschen von Gyoma verteidigte. Die Äußerung erfolgte im Zusammenhang mit der Rückführung der in die Sowjetunion Deportierten.

Aktiv war der Volksbund ferner in Elek, die Eleker stellten die lokalen Behörden oft als Gegenpol zu den assimilierten Deutschen von Gyula dar. Die Gemeinde war aber ebenso eine Hochburg der Treuebewegung.[407] Weitere Filialen und Ortsgruppen aus anderen Ortschaften sind nicht bekannt.

Der Mangel an größeren dokumentierten Konflikten[408] kann natürlich bedeuten, dass die bisherigen diesbezüglichen Forschungen nicht gründlich genug waren. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass die Tätigkeit der hiesigen deutschen Organisationen geringer ausfiel als in anderen Regionen. Als ein weiterer Faktor ist anzuführen, dass die ungarischen Behörden hier toleranter und nachsichtiger waren als in anderen Teilen Ungarns. Der Grund dafür war die ethnische Heterogenität des südöstlichen Landesteils. An der „neuen" rumänischen Grenze beobachteten die ungarischen Behörden die Tätigkeit der rumänischen Minderheit, deren „Illoyalität" sich nach dem Ersten Weltkrieg bereits „bestätigte", kritischer als die der Deutschen. Genauso nahmen sie die

[405] Vgl. dazu KÖRÖSI, Mit vétettem, 2016, 26–27.
[406] MNL BéML XVII. 18. Dossier 1. Ohne Datum.
[407] Vgl. dazu FEHÉR, A bonyhádi, 1983, 26.; SEEWANN, Geschichte, Band 2., 2012, 292.; SPANNENBERGER, Magyarországi, 2005, 357.
[408] Außer der Gemeinde Elek, wo 1937 die Deutschfeindlichkeit der ungarischen Behörden zu einem Vorfall führte. In der Nacht riss ein Betrunkener die ungarische Fahne von einem Gebäude. Am nächsten Tag verhörte die Gendarmerie 150 Schwaben, die auch brutal verprügelt wurden. Ferner wurden sie damit beschuldigt, dass sie die Internationale sangen und kommunistisch gesinnt waren. Siehe dazu: SEEWANN, Geschichte, Band 2., 2012, 270.

10.15772/ANDRASSY.2019.005124

Gruppe der Slowaken wahr, die wegen des ungarischen Widerstands während der ganzen Zwischenkriegszeit es nicht geschafft hatten, eine kulturell-politische Organisation in Békéscsaba zu gründen.[409]

Das Beziehungssystem zwischen den ungarischen Behörden und der deutschen Minderheit wirkte sich sowohl auf den Verlauf der Deportation als auch auf die betreffenden ungarischen Maßnahmen aus.

4.4 Die Durchführung der Deportation

Einige Momente der Deportation in der Region sind seit den 1990er Jahren weitgehend bekannt. Vor der genauen Vorstellung des Deportationsvorgangs möchte ich kurz diese reflektieren, weil deren bisherige Darstellung durchaus problematisch ist.

Am detailliersten ist die Deportation im Bericht des Oberstuhlrichters des Bezirks Elek beschrieben.[410] Er wurde am 16. Januar 1945 verfasst und bereits im Jahr 1990 veröffentlicht. Er erlangte wegen seiner Detailliertheit große Bekanntheit.[411] Weitere Autoren übernahmen Teile davon, besonders ein Zitat („*Wenn es auch nur einen Tropfen deutsches Blut in jemandes Adern gibt, dann ist er ein Deutscher*") wurde fast zum Motto der Forschung.[412] Die Bedeutung des Berichts kann kaum überschätzt werden, bei seiner Verwendung ist jedoch klarzustellen, dass er nur die Verhältnisse in Elek beschreibt. Es ist nicht angemessen, bei der Untersuchung anderer Regionen davon auszugehen, dass der Vorgang der Deportation überall identisch war.

Genauso oft wurde und wird ein Briefwechsel zwischen den Leitern des Komitats Békés und dem Innenminister Ferenc Erdei zitiert,[413] der zum Teil gleichfalls 1990 veröffentlicht wurde.[414] Aufgrund dieser Briefe erließ der Innenminister Erdei am 5. Januar 1945 nach seinen angeblichen Verhandlungen mit dem sowjetischen

[409] TILKOVSZKY, Nationalitätenpolitik, 1990, 363.
[410] MNL BéML IV. 435. 78/1945.
[411] ERDMANN, Deportálás, 1990, 41–44.
[412] FÜZES, Modern, 1990, 21.; BOGNÁR, Egyetlen, 2008, 41.
[413] Siehe zum Beispiel: ZIELBAUER, Magyar 1989, 275; FÜZES, Modern, 1990, 18–20, TILKOVSZKY, Nemzetiség, 1994, 135–136.
[414] ERDMANN, Deportálás, 1990, 31–32, 33, 34–36.

10.15772/ANDRASSY.2019.005125

Kommandeur eine Verordnung, in der er festlegte, welcher Personenkreis von dem „Arbeitsdienst" zu befreien war oder befreit werden sollte.[415]

Die Bedeutung dieser Verordnung für Erdei ist zu revidieren. Einerseits hatte sie keinen wahrnehmbaren Einfluss auf den Verlauf der Deportation. Zweitens, trotz einer Verordnung des Innenministers, also eines staatlichen zentralen Funktionsträgers, kann sie den Eindruck erwecken, dass es sich dabei um eine Maßnahme von landesweiter Geltung handelt. Doch ist hier auf den damaligen Zustand des administrativen Systems Ungarns hinzuweisen. Die Reichweite der Verordnung Erdeis war äußerst gering, denn sie taucht in keiner anderen Deportationsregion auf. Drittens, das vom Innenminister verordnete Überprüfungsverfahren zielte auf die Freistellung einiger, von den Sowjets bereits eingezogenen Personen ab. Dabei begann schon zu diesem Zeitpunkt die Differenzierung zwischen „guten" und „schlechten" Deutschen wirksam zu werden und die Deportation der „schlechten" Deutschen konnte aufgrund dieser Verordnung mit der Zustimmung des Innenministers rechnen.

Der vierte und schwerwiegendste Faktor ist die Frage, ob Ferenc Erdei das Ziel der Aushebung der „deutschstämmigen" Bevölkerung kannte. Die von Erdmann veröffentlichten Quellen geben keine sichere Antwort darauf. Der Autor führt im Band leider die Kriterien seiner Quellenauswahl nicht aus. So kann nicht festgestellt werden, ob Erdmann eine Antwort darauf bekannt war. In seinem Band sind nur Teile des Briefwechsels zu finden. Chronologisch ist der erste Brief eine Nachricht, die am 3. Januar vom Innenministerium nach Gyula geschickt wurde. Der Inhalt deutet darauf hin, dass dieser nur die Antwort auf einen früheren Bericht war – der ebenso im Bestand des Komitatsarchivs Békés zu finden ist und den bereits 1990 Miklós Füzes zitierte.[416]

Am 2. Januar 1945 schickte Antal Csige Varga, der Vizegespan des Komitats Békés, einen Bericht an Erdei und bat um seine Intervention. Er teilte eindeutig mit, dass ein Teil der Bevölkerung ausgehoben wurde „*mit dem Ziel, diese an einem unbekannten Ort für einen unbekannten Zeitraum nach Russland zu transportieren*."[417]

Die Leiter des Komitats und Ferenc Erdei wussten – oder ahnten auf jeden Fall – Anfang Januar, welches Schicksal die Betroffenen erwartete. Ihre weiteren Maßnahmen

[415] MNL BéML IV. 407. B. 8/1945.
[416] FÜZES, Modern, 1990, 18.
[417] MNL BéML IV. 407. B. 8/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005126

müssen in diesem Kontext interpretiert werden. Wahrscheinlich hatten weder die Organe der Komitate noch die Zentralbehörden die Macht dazu, die Deportation der Zivilisten anzuhalten, aber auch jeglicher Protest blieb aus. Möglich wäre es jedoch gewesen, die Betroffenen über das Ziel ihrer Deportation zu informieren, was Erdei versäumte, obwohl in den meisten Deportationsregionen die Durchführung des Beschlusses Nr. 7161. erst nach dem 2. Januar begann. Erdei versuchte nicht einmal die Betroffenen zu benachrichtigen. Er ließ damit die lokalen Verwaltungsbehörden den sowjetischen Militärkommandanturen gegenüber allein und behielt Informationen offenkundig für sich. Bei ihm und bei der ungarischen Regierung liegt ein wesentlicher Teil der Verantwortung dafür, dass die Betroffenen weder flüchten noch sich richtig vorbereiten konnten. Diese einleitenden Gedanken untermauern, warum ich es für notwendig halte, die Vorgänge in der Region Békés-Csanád eingehender aufzuarbeiten.

Die sowjetischen Soldaten hatten bis Dezember 1944 längst ihre Lage in der Region stabilisiert und die dort stationierten Truppen verfügten wahrscheinlich über gewisse Kenntnisse über die lokalen Verhältnisse. Der erste Schritt der Deportation war das Ergebnis einer umsichtigen Entscheidung: Die sowjetischen Kommandanten verordneten mündlich eine demographische Erhebung in den Gemeinden, die von den ungarischen Behörden durchzuführen war. Die Dokumentation über diese Erhebung blieb nicht erhalten, über die Art und Weise ihrer Ausführung berichtet der erwähnte Bericht des Oberstuhlrichters des Bezirks Elek, den er am 16. Januar 1945 an den Obergespan verfasste:

> „Am 26. Dezember 1944 erschien eine so genannte russische GPU[418]-Abteilung von rund 200 Mann in der Gemeinde und quartierte sich dort ein. Am Abend desselben Tages bestellte mich der Kommandant, ein russischer Major, zu sich, und wies mich an, die Bevölkerung des Bezirks einer Volkszählung gemäß zu erfassen. Die von ihm befohlenen Angaben waren folgende: Name, Geburtsjahr,

[418] Über GPU Truppen wurde nur aus dieser Region berichtet. Die GPU (Gossudarstwennoje polititscheskoje uprawlenije, also Staatliche Politische Verwaltung) war die damalige Bezeichnung der sowjetischen Geheimpolizei. Die Organisation war die Nachfolgerin der Tscheka und die Vorgängerin des KGB. Es gibt keine Angaben dazu, ob die Deportation in dieser Region tatsächlich von der Geheimpolizei durchgeführt wurde, oder die sowjetischen Soldaten sich nur als GPU vorstellten, um die Bevölkerung und die ungarischen Behörden zur Kooperation zu bewegen.

10.15772/ANDRASSY.2019.005127

> Nationalität, Adresse, und seit wann diese Personen hier wohnen. Diese Volkszählung dauerte in Elek vom 27. bis zum 29. Dezember."[419]

Im gleichen Bezirk sind in den Quellen auch Angaben über Nagykamarás zu finden, die besagen, dass der sowjetische Kommandeur Listen anforderte, in denen die Einwohner der Gemeinden je nach Altersgruppen einzutragen waren.[420] Wahrscheinlich stellte die ungarische Verwaltung aller Gemeinden ein Verzeichnis zusammen, anhand der die Deportation durchgeführt wurde. Das Ziel dieser Erhebung wurde in den Unterlagen nicht festgehalten. Ein Zeitzeuge aus Elek berichtete über deren Begründung, dass die Sowjets wissen wollten, wie viele Zuckermarken in den Gemeinden ausgeteilt werden sollten.[421] Diese Version verbreitete sich jedoch nur unter der Einwohnerschaft, in den offiziellen Dokumenten steht nichts von irgendwelchen Zuckermarken.

Im Bezirk Békés dokumentiert das Protokoll der Gemeindeversammlung von Mezőberény, dass auch dort eine Konskription durchgeführt wurde. In der Sitzung vom 27. Dezember 1944 verkündete der Vorsitzende, dass die sowjetischen Akteure eine solche für das gesamte Gebiet der Gemeinde verordneten, die binnen zwei Tagen zu erledigen war.[422] Der Rat beschloss, dass diese von den Luftschutz-Wärtern, den Kreisleitern der Außensiedlungen, den Händlern und den Lehrern durchgeführt werden sollte.

Im Bezirk Gyoma kann nicht festgestellt werden, ob eine ähnliche Erhebung auch dort erfolgte. Aus einem Bericht des Gemeindevorstands geht nur hervor, dass sie selber keine Liste über die Deportierten verfügten:

> „...uns steht die vollständige Namensliste der Personen, die die russische Militärbehörden zur Arbeit in Anspruch nahmen, nicht zur Verfügung, nachdem der russische Militärkommandantur diese Liste uns nicht übergab und bei der

[419] „1944. évi december hó 26-án a községben mintegy 200 főt számláló, úgynevezett 'Orosz G. P. U. osztag' jelent meg és szállásolta el magát. Ugyanez nap este az osztag parancsnoka egy orosz őrnagy magához hivatott és elrendelte általam a járás lakosságának népszámlálás-szerű összeírását. A népszámlálás egyes rovatai a következők voltak: név, születési év, nemzetiség, mióta lakik a községben és pontos lakcím. A népszámlálás Elek községben az elmúlt év december hó 27 és 28-án megtörtént és 29-én lezáratott." MNL BéML IV. 435. 78/1945.; MNL CSML IV. B. 455. b. 237/1945.; ERDMANN, Deportálás, 1990, 41.

[420] MNL BéML V. 355. 1/1945.

[421] Barch LAA OSTDOK 2/360. 41.; SCHIEDER, Dokumentation, 1984, 45.

[422] MNL BéML V. 326. A. Band 43. 1944. Protokoll der Sitzung vom 27. Dezember 1944.; MNL BéML V. 326. G. 18/1945.; ERDMANN, Deportálás, 1990, 36–38.

10.15772/ANDRASSY.2019.005128

> Sammlung der Arbeitsdienstler keine Person mitwirkte, die so eine Liste hätte zusammenstellen können".[423]

Das schließt jedoch nicht aus, dass die Vorstandsmitglieder vorher eine Konskription durchgeführt hatten, anhand dessen Angaben die Sowjets erfuhren, dass in der Gemeinde „Deutschstämmige" wohnten. Eine Liste stand nur über diejenigen Personen nicht zur Verfügung, die tatsächlich deportiert wurden.

Eine sehr frühzeitige Registrierung der „Deutschen" wurde in Doboz im Bezirk Gyula dokumentiert. Diese leitete der Gemeindevorstand dann an das „Stuhlrichteramt" weiter, woraus sich schließen lässt, dass es sich um eine Aktion handelt, die sich auf den gesamten Bezirk bezog und der Zensus auch in den anderen Gemeinden (Gyulavári, Kétegyháza, Újkígyós) im Dezember 1944 durchgeführt wurde. Der Vorstand berichtete darüber am 6. Januar:

> „Am 9. Dezember 1944 wurde von uns ein Bericht an das Stuhlrichteramt geschickt, in dem wir 11 Deutsche aufführten. Dieser Bericht wurde aber ohne den Gemeindevorstand zu fragen von Mátyás Hegedüs, den beauftragten Gemeinderichter verfasst, willkürlich und nicht der Realität entsprechend. Es ist bekannt, dass Mátyás Hegedüs als unzuverlässige Person und Faschist seines Amtes enthoben wurde [...] ... gemäß der Anweisung des russischen Kommandeurs mussten wir nicht nur die Deutschen, sondern auch die Deutschstämmigen und alle Personen ausliefern, die sich im vergangenen faschistischen Regime als Deutsche bekannten. So gingen wir vor. [...] ... insgesamt nahmen sie 33 Personen aus der Gemeinde Doboz mit."[424]

Im Bericht ist ein auffälliger Widerspruch zu finden: Die Verantwortung für die Konskription wird zunächst ganz Mátyás Hegedüs zugesprochen, später wird es dahingehend formuliert, als hätte der ganze Gemeindevorstand an der Aktion teilgenommen. Der als Faschist betrachtete Hegedüs schrieb vermutlich weniger Personen zusammen als die Mitglieder des Gemeindevorstands als Deutsche angaben.

[423] MNL BéML V. B. 317. 233/1945.

[424] „1944. december 9-én egy jelentés ment tőlünk a szolgabírósághoz, melyben 11 németet jelöltünk meg. Ezt a jelentést azonban az elöljáróság megkérdezése nélkül Hegedüs Mátyás községi megbízott bíró önhatalmúlag intézte és a valóságnak nem megfelelően. Köztudomású, hogy Hegedüs Mátyás azóta már állásáról fellett mentve megbízhatatlan és fasiszta magatartása miatt [...] ...az orosz parancsnok utasítása értelmében nem csak a németeket, hanem a német származásuakat és mindazokat akik a mult fasiszta rezsimben németeknek vallották magukat, - kellett, hogy kiszolgáltassuk. Mi ennek értelmében jártunk el. [...] ... összesen 33 embert vittek el Doboz községből." MNL BéML IV. B. 401. B. 40. Karton 30. Dossier 30.

10.15772/ANDRASSY.2019.005129

Hegedüs wurde später Opfer weiterer Atrozitäten – wahrscheinlich wegen seiner Rolle an diesen Vorgängen.[425] Obwohl der Bericht darüber schweigt, ist anzunehmen, dass der Gemeindevorstand die zunächst 11 Personen umfassende Liste um 22 weitere Personen ergänzte. Diese Vermutung wird dadurch untermauert, dass dieser als Anhang auch eine Liste über die betroffenen Personen umfasste, mit Begründungen wie z. B., dass diese Menschen *„untereinander Deutsch sprachen", „deutsche Propaganda ausübten", „Mitglieder der Pfeilkreuzlerpartei waren*" – also ihre Deportation verdienten. Dazu nur ein Beispiel:

> „Bezüglich der Familie Trefil merken wir noch an, dass sie gar nicht unentbehrlich sind, sie wurden bereits durch geeignetere Personen ersetzt. Sie waren sowieso bekannte Russenfeinde, von der Spionageabwehr bewaffnete „Partisanenjäger". [...] Das erwähnte ungarische Interesse ist gerade das, dass wir solche feindliche und fremde Elemente aus dem Körper des Ungarntums entfernen."[426]

Die Einwohner protestierten wegen dieses Vorgehens. Am 31. Januar 1945 erhielt der Oberstuhlrichter des Bezirks einen anonymen Brief, dass „*die aktuelle Führung der Gemeinde Doboz mit der größten Bösartigkeit in dieser Angelegenheit vorging, sie übergaben den russischen Militärentsandten geborene Ungarn als Deutsche*."[427] Der Fall wurde tatsächlich geprüft. Am 16. August 1945 unterrichtete Dr. Szabó, der stellvertretende Leiter der Staatsanwaltschaft von Gyula, die Leiter des Bezirks über folgenden Sachverhalt:

> „Bezüglich der Anklage gegen unbekannte Einwohner von Doboz wegen Verletzung des Rechts auf persönliche Freiheit wurde ich vom Gemeindevorstand von Doboz darüber unterrichtet, dass seitens der Gemeinde an der Zusammenschreibung der von der Russen abtransportierten angeblich

[425] Laut eines Protokolls vom 30. Januar 1945 riefen lokale Polizisten Mátyás Hegedüs im Namen des Militärkommandanten ins Rathaus zur Vernehmung. Er weigerte sich, und seine Angehörigen griffen die Polizisten an, weswegen sie verhaftet wurden. Später stellte sich heraus, dass das Vorgehen der Polizisten tatsächlich nicht berechtigt war, deshalb klagte Hegedüs diese an. Siehe MNL BéML V. B. 309. B. 79/1945, 178/1945.

[426] „A Trefilekre megjegyezzük még, hogy egyáltalán nem nélkülözhetetlenek, potlásuk arra sokkal alkalmasabb emberrel már meg is történt. Különben közismert oroszellenesek a kémelhárító által felfegyverzett „partizán vadászok" voltak. [...] A felhívásuk végén említett magyar érdek pedig éppen azt kívánja, hogy a magyarság testéből ezeket az ellenséges és idegen elemeket eltávolítsuk." MNL BéML IV. B. 401. B. 40. Karton 30. Dossier 30.

[427] MNL BéML IV. 416. B. 68/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005130

> deutschstämmigen Personen niemand teilnahm, die russischen Behörden kamen mit einer vorgefertigten Namensliste".[428]

Die weitere Entwicklung in Doboz ist nicht bekannt. Der Fall zeigt jedoch, dass sich der Gemeindevorstand an der Zusammenstellung der Listen und deren Übergabe an die Sowjets beteiligte, was später unangenehm für sie wurde. Deshalb begannen sie, diese Tatsache einfach zu verleugnen.

Im Fall der Stadt Békéscsaba weisen die Unterlagen auch auf einen Zensus hin, der von der sowjetischen Kommandantur verordnet wurde, nur die Kriterien wichen von denen in anderen Gemeinden ab. Am 9. Januar 1945 trug der beauftragte Bürgermeister auf ein leeres Listenformular über die „*Deutschen mütterlicherseits*" ein, dass *„in Anbetracht dessen, dass die Russische Kommandantur nur die Personen in Anspruch nahm, die väterlicherseits deutschstämmig sind, über oben genannte Personen keine Liste zusammengestellt wurde*". Am 14. Januar denunzierte ein gewisser János Szerdahelyi die Polizei von Békéscsaba beim Innenministerium, weil

> „...im Zusammenhang der Sammlung der Deutschen kam es zu vielen Missbrauchsfällen. Deutschstämmige Personen wurden für eine große Summe freigestellt, andere wurden trotz ihrer deutschen Abstammung nicht einmal untersucht. Aus den zahlreichen deutschstämmigen Einwohnern wurden nur etwa dreißig Personen zur Deportation ausgewählt."[429]

Die Angelegenheit wurde jedoch nicht untersucht, weil einer der Zeugen, den Szerdahelyi zitierte, am 7. Mai 1945 mit seiner Unterschrift bestätigte, dass dieser hierzu nichts zu sagen hatte. Der Fall zeigt dennoch, dass es Personen gab, die im Zusammenhang mit der Deportation der „Deutschstämmigen" die Zahl der Betroffenen für zu niedrig hielten, bzw. die die Freistellungsversuche einschränken wollten.

Aus den weiteren Bezirken der Region konnte ich keine Berichte über ähnliche Erhebungen finden, ich halte es dennoch für wahrscheinlich, dass eine solche überall durchgeführt wurde. Obwohl die sowjetischen Akteure im Rahmen des Zensus

[428] „A személyes szabadság megsértésének bűntette miatt ismeretlen dobozi lakosok ellen tett feljelentése tárgyában Doboz község elöljárósága arról értesített, hogy Dobozról elszállított állítólagos német származású egyének összeírásában a község részéről senki nem vett részt, mert az orosz hatóság a községbe előre elkészített névsorral érkezett" MNL BéML IV. 416. B. 68/1945.

[429] „...a németek összegyűjtésével kapcsolatban igen sok visszaélés történt. Német származású egyént magas összegért szabadon bocsájtottak, másokat német származásuk ellenére vizsgálat sem vettek. Az igen nagy számu német származásu lakosságból csak mintegy harminc személyt gyüjtöttek össze deportálásra." MNL BéML IV. B. 401. B. 40. Karton 30. Dossier 30.

10.15772/ANDRASSY.2019.005131

personenbezogene Angaben erhielten, hätten sie anhand solcher Listen nach konkreten Personen in den Gemeinden suchen können, sie benutzten diese jedoch nicht. Das Ziel war eher eine Abschätzung, in welchen Gemeinden überhaupt „deutschstämmige Personen" lebten, wo deshalb spätere Deportationen möglich waren. In anderen Ortschaften unternahmen sie gar keinen Versuch für eine Deportation, sie wählten ihre Schauplätze, nämlich die „Schwabengemeinden" zielorientiert aus. Ein weiteres Ziel der Erhebungen war die Beschaffung von zahlenmäßigen Angaben, in welchen Gemeinden wie viele „deutschstämmige" Personen zu finden waren, die in die für die Deportation relevanten Altersgrenzen fielen.

Der zweite Schritt im Deportationsvorgang war die Verkündung der Meldepflicht und die Auswahl der zu deportierenden Personen. Obwohl die sowjetischen Behörden über Namenslisten verfügten, suchten sie in der Regel nicht nach konkreten Personen. Über den Vorgang berichten sowohl die Zeitzeugen als auch die Archivquellen so, dass die Soldaten an den ersten Tagen des Jahres 1945 in den Gemeinden eintrafen und sie selbst oder ansässige Personen in ihrem Auftrag alle diejenigen zur Meldung aufriefen, die manchmal als „Deutschstämmige", manchmal als „Personen mit deutschen Namen" oder einfach als „Deutsche" bezeichnet wurden. Sie gaben die betroffenen Altersgrenzen bekannt und bestimmten, wer mitzunehmen war. Um wieder den Bericht des Oberstuhlrichters von Elek zu zitieren:

> „Am 1. Januar 1945 rief mich der Kommandeur um 22 Uhr wieder zu sich und teilte mir mit, dass die Einwohner der Gemeinde, die deutscher Nationalität sind oder einen deutschen Namen haben, zur Arbeit mobilisiert werden sollen und das ich das zu organisieren habe. Die Frist waren zwei Tage, und er stellte folgende Bedingungen: alle Frauen zwischen 17 ½ und 35 Jahren und alle Männer zwischen 16 ½ und 45 Jahren hatten in den Sammelstellen mit Lebensmitteln für 20 Tage, warmer Kleidung und Schuhwerk sich zu melden. [...] Die Verordnung machte ich am 2. Januar um 7 Uhr bekannt, und danach begann ich mit der Überprüfung der Sammelstellen."[430]

[430] „1945. évi január hó 1-én 22 órakor az osztag parancsnoka magához hivatott és közölte velem, hogy a község német nemzetiségű, illetőleg német nevű lakosságát munkára kívánják mozgósítani és ennek lefolytatására engem bíz meg. Határidőül egy illetőleg két napot szabott és egyben a következő feltételeket állapította meg: minden 17 és fél évtől 35 évig terjedő nő, valamint minden 16 és fél évtől 45 évig terjedő férfi a kijelölt gyűjtő helyeken 20 napi élelemmel, meleg ruházattal, cipőkkel felszerelkezve

10.15772/ANDRASSY.2019.005132

Diese Version wird auch von Zeitzeugen bestätigt:[431]

> „Wir hatten uns am 2. Januar zu melden. Früher wurde ausgetrommelt: bestimmte Altersklassen der Deutschstämmigen haben sich zu versammeln. Einigen versteckten sich, die Mehrheit meldete sich aber. Diejenigen mussten auch gehen, die „Halbblütige" waren. Die Namensliste war bereits fertig."[432]
>
> „Die russische Kommandantur gibt bekannt: Alle Bewohner Eleks, die einen deutschen Namen tragen, die Frauen und Mädchen im Alter von 17 bis 35 Jahren, die Männer und Jungen von 16 ½ bis 45 Jahren, müssen sich bis heute Abend 18.00 Uhr melden. Lebensmittel und warme Kleidung für drei Wochen sind mitzubringen."[433]
>
> „Am 2. Januar gegen 10.00 Uhr hörte man Trommeln. Alles strömte auf die Straße, um vom trommelnden „Klarichter" zu hören, was passiert war. Er gab bekannt, dass sich alle deutschen Frauen von 17 ½ bis 35 und Männer von 16 ½ bis 45 Jahre bei den mitgeteilten Meldestellen sich sofort melden mussten."[434]

Ähnliche Vorgänge liefen in den anderen Bezirken und Gemeinden der beiden Komitate ab. Ein Unterschied ist nur dahingehend zu beobachten, wie der betroffene Personenkreis in den Quellen benannt wurde: in der Gemeinde Békés ist von „*Deutschen und Personen mit deutschen Namen*"[435] zu lesen, in Gyula von „*Deutschstämmigen*". Die unterschiedlichen Bezeichnungen können teilweise auf den sowjetischen Befehl zurückgeführt werden, teils informieren sie aber auch darüber, wie die ungarischen Behörden die Betroffenen einstuften.

Über die Bekanntmachung in Gyoma publizierte Erdmann eine Aufzeichnung, dessen Verfasser unbekannt ist und die nicht aus dem Archivmaterial sondern aus einer privaten Sammlung stammt.[436] Laut dieser wurde Gyoma am 3. Januar von den Sowjets umzingelt und es wurde ausgetrommelt, dass sich am nächsten Tag alle deutschstämmigen Männer von 17 bis 45 Jahren und Frauen von 18 und 30 Jahren mit

---

jelentkezni tartozik. [...] A parancsnokló őrnagy rendeletét egyébként január hó 2-án reggel 7 órakor tétettem közhírré és ugyanakkor ellenőrzés céljából megkezdtem a gyűjtőhelyek látogatását." MNL BéML IV. 435. 78/1945.; MNL CSML IV. B. 455. b. 237/1945.; ERDMANN, Deportálás, 1990, 41–42.

[431] Weitere Berichte, die diese Version bestätigen: BArch LAA 2/360. 41.; BArch LAA 2/360. 49–52.; MÁRKUS, Messze, 2013, 264.; AMENT, Es geht, 2015, 130, 137, 142.

[432] „Január 2-án kellett jelentkeznünk. Korábban kidobolták: a német származásuaknak, bizonyos korosztályon belül gyülekezniük kell. Volt, aki elbújt, a többség azonban jelentkezett. Azoknak is menniük kellett, akik „félvérek" voltak. A névsor előre készen állt" ERDMANN, Deportálás, 1990, 133.

[433] AMENT, Es geht, 2015, 101.

[434] Ebda, 150.

[435] MNL BéML IV. B. 401. B. 40. Karton 30. Dossier 30.

[436] ERDMANN, Deportálás, 1990, 28–30.

10.15772/ANDRASSY.2019.005133

Lebensmitteln für 20 Tage und mit warmen Kleidern zu melden hatten. Wer sich nicht meldete, dem wurde das Kriegsgericht angedroht. Danach kamen in der Nacht *„Mitglieder der Bürgerwehr*" und schrieben alle zusammen, die oder deren Vorfahren fremd klingende Namen hatten. Als unmenschlich und willkürlich wurde die Maßnahme durch die Beschreibung von Fällen dargestellt, in denen diese Personen den Müttern empfohlen, ihre Kinder einzusperren. Solche Frauen ließen später die sowjetischen Soldaten frei. Am nächsten Tag wurde dann bekanntgegeben, dass die Altersgrenzen erweitert werden. Die Authentizität dieser Aufzeichnung wird in Interviews gleichfalls bestätigt:

> „Am 2. Januar 1945 wurde ausgetrommelt: Personen mit deutschen Namen (die Jungen bis zum Geburtsjahr 1925, die Mädels bis 1926) müssen zur Theiß zur Arbeit. Die Versammlung war im Kasino. Ich begleitete meinen Verlobten, er musste mit, wir verabschiedeten uns und ich ging nach Hause. Am Nachmittag wurde wieder getrommelt: Die notwendige Anzahl wurde nicht erreicht, der Jahrgang 1926 bei den Jungen und 1927 bei den Mädels mussten auch mit. Ich war auch in dieser Gruppe. Eilig packten wir Lebensmittel für 14 Tage und warme Kleider ein."[437]
>
> „Am 2. Januar 1945 wurde getrommelt, dass alle deutschsprachige Personen, Männer zwischen 16 – 45 Jahren und Frauen zwischen 18 – 40, sich mit 20 kg Lebensmittel, 2 Paar Schuhen zu melden hatten, sie mussten zur Brücke bei Szolnok für höchstens 3 Wochen Wiederaufbauarbeit. [...] Wer sich freiwillig nicht meldete, wurde von Polizisten abgeholt. Es ist bis heute nicht klar, wer die Liste dazu herausgab."[438]

In Gyula wurde der Befehl am 1. Januar ebenfalls mit Trommelschlag verkündet. Dort wurde auch die Tatsache erwähnt, dass es eine Namensliste gab, so konnte die Abwesenheit von namentlich bekannten Personen überprüft und diese bestraft werden. Diese Bekanntmachung wurde geheim gehalten und gründlich vorbereitet. Der Major

[437] „1945. január 2-án dobolták ki: a német nevűek (a fiúk 1925-ös, a lányok 1926-os születési évig) a Tiszához mennek munkára. A gyülekező az úri kaszinóban volt. Kikísértem a vőlegényemet, akinek mennie kellett, elbúcsúztunk, majd hazamentem. Délután ismét dobszó harsant: mivel nem volt meg a kellő létszám, az 1926-os születési fiúk és az 1927-es születésű leányok is gyülekezzenek. Ebbe a csoportba már én is belekerültem. 14 napi élelmet és néhány meleg ruhát csomagoltunk össze nagy kapkodással." ERDMANN, Deportálás, 1990, 142.

[438] „1945. január 2-án kidobolták, hogy mindazok, akik németajkú egyének, férfiak 16-45 évig, nők 18-40 éves korig, 20 kg élelmiszerrel, 2 pár lábbelivel kötelesek jelentkezni 2, maximum 3 hetes robotra a szolnoki híd helyreállítási munkálataihoz. [...] Akik önként nem mentek, azokért a policájok érte mentek. A névsort, hogy ki adta ki, a mai napig sincs tisztázva." SZEBENI, Haza, 1993, 94.

10.15772/ANDRASSY.2019.005134

Wasiljew ließ eine Liste über die „Deutschstämmigen" von „*ungarisch sprechenden Personen*" vom Bürgermeister und seinen Leuten zusammenstellen.[439] Der Erhebung lagen die Kriterien des Judengesetzes vom 1939 zugrunde[440] und deshalb wurden etwa 500 Namen eingetragen. Major Wasiljew ergänzte die Liste mit den „*Halbblütigen, mit Personen aus Mischehen und mit Magyarisierten*". Danach ließ der Bürgermeister, Dr. Dénes Marik am 2. Januar folgende Nachricht bekanntgeben:

> „Die sowjetische Militärkommandantur rieft erneut diejenigen zur Meldung im Rathaus auf, die sich bis heute 10 Uhr Vormittag zum Arbeitsdienst zu melden haben. Wenn sie sich auch jetzt nicht melden, werden sie vor das Kriegsgericht gestellt und anhand der verfertigten Namensliste vorgeführt."[441]

Als Ergänzung teilte die sowjetische Kommandantur den Betroffenen mit, dass „*sie nicht zur Strafe abtransportiert werden, sondern zum Arbeitsdienst, sie werden gut behandelt und werden in ihre Heimat zurückkehren*". Der Text der ersten Bekanntmachung blieb nicht erhalten, diese erfolgte wahrscheinlich bereits am 1. Januar, denn Márton Horányi, ein Mitarbeiter des Komitats, berichtete schon an diesem Tag, dass er seine Stelle verlassen musste:

> „...auf Anweisung der russischen Militärkommandantur muss ich am 2. Januar dieses Jahr zum verpflichtenden Arbeitsdienst gehen. Ich bitte Herrn Vizegespan darum, während meiner Abwesenheit mein Gehalt meiner Frau auszuzahlen."[442]

Außer dieser ersten Bekanntmachung ist nicht bekannt, was im originalen Text darüber stand, welcher Personenkreis sich in Gyula zu melden hatte. Trotz Ungenauigkeiten und Widersprüchen lassen die Erinnerungen der Zeitzeugen Schlussfolgerungen zu:

> „Die ersten Plakate tauchten an Weihnachten 1944 auf, bzw. damals wurde ausgetrommelt: Wer ein Deutscher innerhalb gewissen Altersgrenzen ist (dazu

[439] ERDMANN, Deportálás, 1990, 38–40.

[440] Gesetz Nr. IV. vom Jahr 1939 über die Einschränkung der Expansion der Juden in im öffentlichen- und Wirtschaftsleben (bekannt als zweiten Judengesetz in Ungarn). Das wichtigste Merkmal des Gesetzes war, dass Juden nicht mehr konfessionell, sondern rassisch definiert wurden. Laut Gesetz galten als Juden alle Personen, die entweder einen jüdischen Elternteil oder mindestens zwei jüdische Großelternteile hatten. Siehe: https://net.jogtar.hu/ezer-ev-torveny?docid=93900004.TV&searchUrl=/ezer-ev-torvenyei%3Fpagenum%3D42 (Abruf: 19. 11. 2018)

[441] „Ismételten felhívja a szovjet katonai parancsnokság mindazokat, akik munkaszolgálatra ma délelőtt 10 óráig jelentkezni tartoztak, hogy haladéktalanul jelenjenek meg a városházán. Amennyiben ezen felhívásra sem jelentkeznének, úgy ellenük a hadbírósági eljárás nyomban folyamatba lesz téve és az elkészített kimutatás alapján haladéktalnul elő lesznek állítva." MNL BéML V. B. 173. D. 8/1945.

[442] „...az orosz katonai parancsnokság rendelkezése folytán folyó év január 2-án kötelező munkaszolgálatra kell bevonulnom. Tisztelettel kérem alispán urat, hogy távollétem ideje alatt illetményemet feleségem kezeihez kiutalni méltóztassék." MNL BéML V. 407. B. 8/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005135

zählten auch diejenigen, bei denen nur der Vater oder die Mutter deutscher Herkunft war), muss sich melden, oder er wird schwer bestraft."[443]

„In Gyula wurde am 26. Dezember ausgetrommelt: Alle Personen mit deutschen Namen, Frauen von 18 bis 30 Jahren, Männer von 18 bis 40, müssen sich mit Lebensmitteln für einen Tag zum Arbeitsdienst melden."[444]

„Nur dann stellte sich heraus, dass wir Deutsche sind, als die Sammlung der Deportierten begann. Meinen Vater und mich brachten sie am 30. Dezember 1944 vom Gehöft weg. Unser Gehöft diente als vorübergehendes Büro der sowjetischen Staatsschutzsoldaten und deren ungarischen Begleiter, beim Nachbar war die Sammelstelle. Wir wissen, wer die Namensliste verfertigte, wer die Namen angab."[445]

Aufgrund der obigen Ausführungen ist klar, dass der Gemeindevorstand in der Gemeinde Doboz im Bezirk Gyula bei der Aushebung der „Deutschen" willkürlich vorging. In Anbetracht dessen ist nicht überraschend, dass dort auch der Vorgang der Rekrutierung von der in anderen Gemeinden abwich. In Doboz erhielten die Betroffenen namentliche Ladungen. Ein solcher Befehl ist im Archivbestand zu finden: Die maschinengeschriebenen Unterlagen sind ungarisch verfasst und vom Gemeindevorstand abgestempelt. Sie enthalten, dass die konkret benannte Person von der sowjetischen Kommandantur dazu aufgefordert wurde, sich zu melden. Wer diesem Befehl nicht folgte, dem wurde die Todesstrafe angedroht.

Dieses Vorgehen wich so auffällig von allen anderen Gemeinden ab, dass dies den Verdacht weckt, dass die „Befehle der Sowjets" in dieser Form vom Gemeindevorstand von Doboz ausgestellt wurden, um einige unerwünschte Personen loszuwerden. Die Betroffenen und ihre Angehörigen protestierten sofort, einerseits unter Betonung ihrer ungarischen Abstammung, andererseits wiesen sie auf eine politische Motivation hin.

[443] „1944 karácsonyán jelentek meg az első plakátok, ill. akkor dobolták ki: aki német (annak számított az is, akinek csak az apja, vagy csak az anyja volt német eredetű), meghatározott korhatáron belül gyülekezzék, súlyos büntetés terhe mellett." ERDMANN, Deportálás, 1990, 128.

[444] „Gyulán december 26-án dobolták ki: Minden német nevű egyén, nők 18 – 30 éves korig, férfiak 18 – 40 éves korig jelenentkezzenek egynapi élelemmel munkaszolgálatra." ERDMANN, Deportálás, 1990, 131.

[445] „Csak akkor derült ki, hogy németek vagyunk, amikor megkezdődött a deportáltak összegyűjtése. Engem és az édesapámat 1944. december 30-án vittek el a tanyáról. A mi tanyánk volt a szovjet államvédelmi katonák és magyar kísérőjük átmeneti irodája, a szomszéd tanyán volt a gyűjtőhely. Tudjuk, hogy kik készítették a névsort, kik adták ki a neveket." ERDMANN, Deportálás, 1990, 125.

10.15772/ANDRASSY.2019.005136

Am 2. Januar 1945 gab József Bódi, Hangya[446] Geschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei von Doboz, der auch eine Vorladung erhielt, folgendes vor dem Oberstuhlrichter von Gyula zu Protokoll:

> „Nachdem sie jetzt die deutschstämmigen Personen sammeln, folgere ich aus dem Befehlstext, dass sie mich auch mitnehmen wollen. Der Gemeindevorstand informierte die Militärkommandantur über die deutschstämmigen Personen. Ich bin ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei, und der Vorstand warnte mich schon früher: Sie werden mich verfolgen, wenn ich in diese Partei eintrete. Ich bin eine Person ungarischer Muttersprache und reformierten Glaubens. [...] Ich weiß nicht, wie der Vorstand meine deutsche Abstammung feststellte. [...] Soweit ich weiß, wurden in Doboz folgende Personen als Deutschstämmige bestimmt: Aranka, Erzsébet und András Kárnyczky. Ihr Vater, András Kárnyczky ist Metzger und Fleischer, er wollte auch in die Sozialdemokratische Partei eintreten, nach den Bedrohungen trat er aber zurück. [...] József Neuhauzer József, Kneipenwirt und Klempner, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und 50 Jahre alt."[447]

Es ist nicht auszuschließen, dass Bódi mit der Anschuldigung des Gemeindevorstands versuchte, seiner Deportation zu entkommen. Die Umstände der Deportation aus Doboz waren jedoch äußerst verdächtig und wichen stark von denen der anderen Gemeinden ab. So kann die Anschuldigung von Bódi, dass der Gemeindevorstand die Zusammenstellung der Liste zur Abrechnung mit politischen Gegnern nützte, nicht widerlegt werden.

Aus den anderen Ortschaften fand ich keine zeitgenössische, schriftliche Dokumentation über die Verkündung des Deportationsbefehls. Darüber informieren in erster Linie die – oft miteinander in Widerspruch stehenden – Zeitzeugenberichte. Ein allgemeines Muster zeichnet sich jedoch in diesen ab: In den Gemeinden verkündeten

---

[446] Hangya Országos Fogyasztási és Értékesítési Szövetkezet (Ameise Landesweite Konsum- und Absatzgenossenschaft) war ein Netzwerk von Genossenschaften in Ungarn, das von 1898 bis zur seinen Verstaatlichung im Jahr 1945 existierte.

[447] „Miután most szedik össze a németszármazásu egyéneket, a parancs szövegéből arra következtetek, hogy ezekkel együtt engem is el akarnak szállítani. A katonai parancsnokság részére a német származásu egyénekről a községi elöljáróság adta az információt. Én a szociáldemokrata párt tagja vagyok és már előre figyelmeztettek arra az Elöljáróság részéről: ha ebbe a pártba belépek, üldözni fognak. Magyar anyanyelvű, református vallású ember vagyok. [...] Nem tudom ezek után az Elöljáróság miből állapította meg német származásomat. [...] Tudomásom szerint Dobozon a következőket jelölték ki német származásúaknak: Kárnyczky Aranka, Erzsébet és András. Apjuk, Kárnyczky András hentes és mészáros, aki a szociáldemokrata pártba akart belépni, de a fenyegetések elől meghátrált. [...] Neuhauzer József, kocsmáros és bádogos, aki a szociáldemokrata párt tagja és 50 éves." MNL BéML IV. 416. B. 1/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005137

die ungarischen Behörden, dass sich die „Deutschen" zu melden hatten. Andere Personen wurden von – zumeist von ihnen bekannten – Ungarn zur Meldung aufgefordert.

> „Anfang Januar 1945 wurde verkündet, auch mit Plakaten, dass Personen deutscher Abstammung und mit deutschen Namen sich versammeln mussten. Offiziell war die Rede von „kleiner Arbeit" und nicht von Bestrafung. Wir wurden von einem Fremden abgeholt, er wies uns an: wir sollten packen."[448] (Békéscsaba)
>
> „Ein Bauer aus Berény kam zu unserem Gehöft. Er teilte mit, dass wir am 6. Januar 1945 zu Räumungsarbeiten in den anderen Teil des Landes gehen und Lebensmittel für 2 Wochen und warme Kleidung mitnehmen sollten. Er brachte uns ins Dorf, von dort aus wurden wir mit großen Lastwagen nach Gyula befördert."[449] (Mezőberény)
>
> „Am 2. Januar 1945 erhielten wir die Benachrichtigung, dass wir mit meinem Vater zur Arbeit, bzw. zum Arbeitsdienst mussten. [...] Sie gingen von Haus zu Haus. Ein Mann vom Gemeindevorstand und ein Gemeindepolizist."[450] (Mezőberény)
>
> „Ich war 16 ½ Jahre alt, als sie mich abholten. Die Ausgewählten, die zur Deportation Verurteilten wurden vom Vorstand über die traurige Nachricht informiert, der von einem Gemeindepolizisten begleitet wurde. Er sagte uns, wann wir uns in der Buncsák-Schule zu melden hatten, wir mussten am 3. Januar gehen, mit Lebensmitteln, Bekleidung, wenn ich mich gut erinnere, mit einem Gepäck von 80 Kg. Sie teilten die Altersgrenzen auch mit, diese hielten sie aber nicht ein, zum Beispiel bei mir. Sie sagten noch, wir gehen und helfen der Sowjetunion, so ahnten wir, dass wir mit Waffengewalt nach Russland gebracht werden, nicht freiwillig, weil sie sagten, wer nicht geht, dessen Angehörigen werden mit eingezogen."[451] (Mezőberény)

---

[448] „1945. január legelején kihirdették, falragaszokon is, hogy a német nevűek és származásúak gyülekezzenek. Hivatalosan „kis munkáról", és nem büntetésről volt szó. Értünk egy ismeretlen személy jött és utasított minket: csomagoljunk." ERDMANN, Deportálás, 1990, 138.

[449] „Kijött értünk a tanyánkra egy berényi parasztember. Mondta, hogy 1945. január 6-án kétheti élelmet és meleg ruhát vigyünk, romeltakarításra megyünk az ország másik részébe. Bevitt bennünket a faluba, onnan pár nap múlva nagy teherautókkal szállítottak bennünket Gyulára." SZEBENI, Haza, 1993, 284.

[450] „1945. január 2-án kaptuk meg az értesítést arról, hogy az apámmal együtt munkára, illetőleg munkaszolgálatra kell menni. [...] Házról házra jártak. A községi elöljáróságnak az egyik embere egy községi rendőrrel." FÜZES, Modern, 1990, 331.

[451] „16 és fél éves voltam, amikor elvittek. A kijelölteket, a deportálásra ítélteket a községi rendőr kíséretében megjelent elöljáró tájékoztatta a szomorú hírről. Elmondta, mikorra kell megjelennünk a Buncsák-iskolába, nekünk január 3-án kellett megjelenni, élelmiszerrel, ruhaneművel, úgy emlékszem 80 kilós csomaggal. Megmondták az életkorhatárokat is, de nem tartották be, például nálam sem. Még azt is

10.15772/ANDRASSY.2019.005138

„In den ersten Januartagen 1945, fast drei Monate nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen, erhielt ich eine Benachrichtigung vom Gemeindevorstand von Szarvas, dass ich wegen meines deutschen Namens zum Arbeitsdienst verpflichtet werde. Die Ladung war für den 7. Januar und enthielt die Bedingung, dass ich mit meiner Familie im Fall von Flucht oder Abwesenheit vor ein sowjetisches Kriegsgericht gestellt werde. Man musste sich mit Lebensmitteln für zwei Wochen und entsprechender Bekleidung melden."[452] (Szarvas)

Nach der Rekrutierung der zu deportierenden Personen beschleunigten sich die Ereignisse in den Gemeinden. Die sowjetische Seite erreichte ihr Ziel eigentlich schon zu diesem Zeitpunkt. Sie konzentrierte die Gruppen in Gyula und Elek, wo die Betroffenen um den 10. Januar einwaggoniert und abtransportiert wurden.

4.5 Maßnahmen während und nach der Deportation

Die ungarischen Behörden und die Angehörigen der Betroffenen reagierten auf die Geschehnisse erst nach der Verkündung des Meldebefehls. Diese Reaktionen zielten in erster Linie auf die Freistellung der ausgewählten Personen oder eines Teils von ihnen ab und erfolgten in der Region Békés-Csanád auf mehreren Ebenen:

1. zwischen den Komitatsleitungen und den Regierungsorganen in Debrecen,
2. zwischen den Komitatsleitungen und den sowjetischen Militärkommandanturen,
3. zwischen den unteren Verwaltungsbehörden und den sowjetischen Militär-kommandanturen,
4. zwischen den Komitatsführungen und den unteren Verwaltungsbehörden,
5. im eigenen Zuständigkeitsbereich der unteren Verwaltungsbehörden,
6. letztlich durch die Betroffenen, ihre Angehörigen und Bekannten.

---

mondták, hogy a Szovjetuniónak megyünk segíteni, ebből gondoltuk, hogy Oroszországba visznek minket fegyverrel, nem önként, hisz kijelentették, aki nem megy, annak hozzátartozóját viszik." KÖRÖSI, Mit vétettem, 2016, 91.

[452] „1945 januárjának első napjaiban, csaknem három hónappal a szovjet csapatok bevonulása után, értesítést kaptam Szarvas község elöljáróságától, hogy németes nevem miatt munkaszolgálatra köteleznek. Az idézés január 7-én reggel nyolc órára szólt és tartalmazta azt a kitételt is, hogy távolmaradás vagy szökés esetén, családtagjaimmal egyetemben, szovjet katonai bíróság elé állítással kell számoljunk. Kétheti élelemmel és megfelelő ruházattal kellett megjelenni." ERDMANN, Deportálás, 1990, 145.

10.15772/ANDRASSY.2019.005139

Die chronologisch parallelen Maßnahmen werden für eine bessere Überschaubarkeit hier nach diesen Ebenen gegliedert vorgestellt.

1. Die Missstände, die willkürlichen und drastischen Methoden und das Gefühl der Hilflosigkeit bei der Rekrutierung „deutschstämmiger Zivilisten" lösten in den Gemeinden Panik aus. Sowohl die Deportierten und ihre Familienmitglieder als auch die Gemeindevorstände wurden mit ihrer Machtlosigkeit konfrontiert und alle suchten in dieser Situation Hilfe und Rat bei ihren Vorgesetzten. Die ersten Berichte, die aus den Gemeinden und Bezirken dem Ober- und Vizegespan zugesandt wurden, blieben nicht erhalten – wahrscheinlich waren diese zumeist nicht schriftlich. András Szobek und Antal Csige Varga, Ober- und Vizegespan im Komitat Békés, verfügten Anfang Januar bereits über detaillierte Informationen darüber, was sich in den Gemeinden abspielte und sie wussten sogar, dass die Menschen in die Sowjetunion gebracht wurden. Sie erkannten, dass sie keine Macht zur Intervention hatten, so taten sie das gleiche, wie die Behörden der unteren Ebenen: Sie wanden sich an ihren Vorgesetzten, an den Innenminister in Debrecen. Aus dem Komitat Csanád, Arad und Torontál k. e. e. ist keine ähnliche Kontaktaufnahme bekannt.
Csige Varga schickte am 2. Januar seinen ersten Bericht an Ferenc Erdei. Er informierte ihn, dass in zahlreichen Gemeinden unter sowjetischer Leitung eine Konskiption stattfand. Betroffen waren „*die ungarischen Einheimischen mit deutschen Namen [...] mit dem Ziel, diese zu einem unbekannten Ort und Zeitraum nach Russland zu transportieren*".[453] Csige Varga versuchte dem sowjetischen GPU-Kommandeur in Gyula zu erklären, dass „*die Personen mit deutschen Namen in Gyula nicht einmal Deutsch können, sie sind genauso gute Ungarn wie die Personen mit den ungarischsten Namen, sie haben nichts Gemeinsames mit dem deutschen Volk [...] insgesamt 302*[454] *Personen bekannten sich zur deutschen Muttersprache*". Er relativierte das Deutschtum der Einwohner von Gyula mit dem Argument, dass es viele Mischehen gab und viele Personen ihren deutschen Namen magyarisiert hatten. Seine Interventionen blieben jedoch ohne Erfolg. Deshalb bat er den Minister, den Kontakt zu dem zuständigen sowjetischen Kommandeur aufzunehmen. Csige Varga bat schon damals nicht mehr

[453] MNL BéML IV. 407. B. 8/1945.
[454] Seine Angabe entspricht den publizierten Volkszählungsergebnissen.

10.15772/ANDRASSY.2019.005140

darum, die Aktion einzustellen, sondern nur um die Freistellung ungarischer Staatsbürger mit deutschen Namen von dem Abtransport ins Ausland, die

> „... sich nie als Deutschen bekannten, keine Mitglieder des Volksbunds, der Pfeilkreuzler- oder sonstigen rechtsradikaler Parteien waren, ferner die Personen, die ihren Namen magyarisieren ließen, letztlich die Personen in Mischehen und die, die aus Mischehen stammen".[455]

Der Vizegespan zog also selbst eine eigenartige Grenze zwischen den Personen, die der Freilassung würdig oder unwürdig waren. Dieser Moment ist wichtig, weil das von ihm aufgestellte Kriteriensystem bei den späteren Maßnahmen von anderen Organen gleichfalls übernommen wurde. Der Bericht enthielt auch das Argument, dass sich unter den Betroffenen Personen befanden, die in wirtschaftlicher Hinsicht unentbehrlich waren: Fabrikarbeiter, Postbeamten und Straßenwärter. Seine Schlussfolgerung ist erstaunlich und zugleich typisch für die Mentalität seiner Zeit: Da der Vizegespan wahrscheinlich wusste, dass die sowjetische Seite auf eine bestimmte Zahl der Deportierten bestand, schlug er anstatt der freizustellenden Personen eine andere, als unzuverlässig und feindlich geltende Gruppe vor:

> „Falls es möglich wäre, einige Personen aus dem Kontingent der in Russland zu transportierenden Arbeiter herauszunehmen und statt diesen andere zu übergeben, so würde ich mich beehren die Aufmerksamkeit Herrn Ministers auf den Umstand zu lenken, dass es im Komitat – zum Glück nur wenige – nicht ungarischsprachige Einwohner gibt, die dem Ungarntum gegenüber immer feindselig waren, die unsere Sprache nicht erlernten, und in der jüngeren Vergangenheit auch Schritte unternahmen, um sich Rumänien anzuschließen. Unter den Rumänen in der Gemeinde Kétegyháza gibt es solche."[456]

Diesen Bericht brachte ein Herr Novák persönlich noch am selben Tag nach Debrecen. Der Innenminister antwortete am nächsten Tag in einem Telegramm, dass er Kontakt mit der sowjetischen Seite aufgenommen habe und dies der Regierung ermögliche, die

[455] „soha nem vallották magukat németnek, sem a Volksbundnak, sem nyilas- vagy egyéb túlzó jobboldali pártnak tagjai nem voltak, továbbá akik nevüket magyarosították, végül a vegyes házasságban élőket, valamint vegyes házasságból származottakat" MNL BéML IV. 407. B. 8/1945.

[456] „Amennyiben lehetőség nyílna arra, hogy az Oroszországba szállítandó munkások létszámának keretén belül közérdekből egyesek visszatartassanak akként, hogy helyettük mások adassanak át, ugy bátorkodom a Miniszter Ur figyelmét felhívni azon körülményre, hogy a vármegye területén vannak olyan nem magyar ajku lakosok – bár szerencsére csekély számmal – akik a magyarsággal szemben mindig ellenséges érzületet tápláltak, nyelvünket sem tanulták meg, s a közelmultban is Romániához való csatolásuk iránt tettek lépéseket. A Kétegyháza községben élő románok között akadnak ilyenek." MNL BéML IV. 407. B. 8/1945.; ERDMANN, Deportálás, 1990, 31–32.; STARK, Akkor, 2017, 89.

10.15772/ANDRASSY.2019.005141

Nationalität der Einwohner von Gyula zu überprüfen. Er versprach ferner, dass in den nächsten Tagen eine weitere Verordnung zu erwarten sei. In dieser Nachricht war die Rede nur von Gyula, nicht von anderen Gemeinden. Am 4. Januar kam ein nächstes Telegramm von Erdei, das bereits am vorherigen Tag verschickt worden war:

> „Wir taten alles zur Intervention, wir erhielten ein Versprechen für Donnerstagmorgen [Donnerstag war der 4. Januar – die Aut.]. Wenn wir morgen Früh die Hilfe bekommen, schicken wir sofort jemanden. Wenn wir niemanden schicken, das bedeutet, dass wir nichts tun können. Alles Drängen ist umsonst. Innenminister Erdei."[457]

Am 5. Januar kam keine Hilfe, sondern die Verordnung von Erdei aus Debrecen, die er nicht an Csige Varga, sondern an den Obergespan András Szobek richtete. Szobek leitete diese am 6. Januar an den Vizegespan weiter. Laut dieser Verordnung „*nehmen die sowjetischen Militärbehörden die Deutschen, die in Ungarn wohnen oder sich hier aufhalten, für den Arbeitsdienst in Anspruch*"[458]. Laut der Vereinbarung, die die Sowjets mit der ungarischen Regierung geschlossen hatten, konnten diejenigen Personen von dieser Arbeit freigestellt werden, von denen die Beauftragten der Regierung bestätigten, dass sie „*trotz ihrer deutschen Namen als Ungarn zu betrachten sind*". So beauftragte Erdei den Obergespan mit der Durchführung eines Überprüfungsverfahrens in Kooperation mit den sowjetischen Militärbehörden. Freigestellt werden durften folgende Personenkreise:

> „1. Personen mit deutschen Namen und deutscher Abstammung, ferner Personen anderer, nicht deutscher Nationalität.
>
> 2. Von den Personen mit deutschen Namen diejenigen,
>
> a. die keine deutsche Muttersprachler sind und die an keinem deutschen völkischen, kulturellen-sozialen Bewegungen /Volksbund/ teilnahmen, oder an keiner deutschen politischen Bewegungen, oder ungarischen faschistischen Organisation .
>
> b. die an deutschfeindlichen, ungarischen patriotistischen Bewegungen oder an linksorientierten politischen Bewegungen teilnahmen.

[457] „Mindent megtettünk közbelépésre, csütörtök reggelre [csütörtök – a szerző] kaptunk ígéretet. Ha holnap reggel megkapjuk a segítséget, azonnal küldünk valakit. Ha nem küldünk senkit, azt jelenti, hogy nem tehetünk semmit. Minden sürgetés hiábavaló. Erdei Belügyminiszter." MNL BéML IV. 407. B. 8/1945.; MNL BéML V. B. 173. D. 8/1945.

[458] MNL BéML IV. 407. B. 8/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005142

c. die solche ungarische kulturelle oder soziale Tätigkeiten ausübten, mit denen sie ihre ungarische Abstammung eindeutig bewiesen.

d. die deutschen Namen haben, aber keine Deutschen sind, sondern Juden."[459]

Erdei verordnete die Konskription der Betroffenen nach diesen Kategorien, die Listen sollten ihm zugeschickt werden.

Die Verordnung war in mehreren Aspekten fragwürdig. Einerseits übernahm der Innenminister zum Teil das Kategoriensystem, das Csige Varga am 2. Januar zur Freistellung empfahl. Interessant ist an der Verordnung, dass Erdei den Volksbund als kulturell-soziale Bewegung bezeichnete. Damit widersprach er sowohl der Sichtweise der Zwischenkriegszeit, als der Volksbund von der ungarischen Elite als „pangermane" Organisation betrachtet wurde, als auch der Stigmatisierung des Volksbunds ab 1945, als dieser als „fünfte Kolonne Hitlers" und seine Mitglieder als Vaterlandsverräter und Hauptschuldige am Krieg angesehen wurden.

Auffällig ist in der Verordnung ferner, dass die Kategorien Abstammung, Nationalität und Namen vermischt wurden. Besonders absurd ist in Punkt C, dass die ungarische Abstammung mit entsprechendem politischen Verhalten bewiesen werden sollte. Die ungarische Seite betrachtete die Abstammung also nicht als rassistische Kategorie, sondern als eine Verhaltensweise.

Fraglich ist, welche Intention die Sowjets mit dieser Vereinbarung hatten, auch in Anbetracht der Tatsache, dass das ganze Überprüfungsverfahren vergeblich war, denn die sowjetischen Kommandanten ließen nach dem jetzigen Forschungsstand keine ausgewählten Personen mehr frei. Es ist möglich, dass tatsächlich in Erwägung gezogen wurde, einige Personen freizulassen. Doch das Überprüfungsverfahren auf ungarischer Seite entsprach nicht ihren Erwartungen, weswegen sie dieses letztlich nicht berücksichtigten. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass die Vereinbarung seitens der

[459] „1. Azok, akik magyar nevűek és magyar származásuak, továbbá más, nem német nemzetiségűek.
2. A német nevüek közül azok,
a. akik nem német anyanyelvüek és soha nem vettek részt német népi kulturális-társadalmi mozgalmakban /Volksbund/, vagy német politikai mozgalmakban, sem pedig magyra fasiszta szervezetekben nem vettek részt.
b. Akik németellenes magyar hazafias mozgalmakban vagy baloldali politikai mozgalmakban vettek részt.
c. Akik olyan magyar kulturális vagy társadalmi tevékenységet fejtettek ki, hogy nyilvánvalóan bebizonyították magyar származásukat.
d. Akik német nevüek, de nem németek, hanem zsidók." MNL BéML IV. 407. B. 8/1945.; MNL BéML IV. B. 401. B. 40. Karton 30. Dossier 30.; MNL BéML V. B. 317. 233/1945.; ERDMANN, Deportálás, 1990, 33.

10.15772/ANDRASSY.2019.005143

Sowjets von Anfang an ein taktischer Schritt war, wodurch sie eventuelle Proteste und Widerstand von ungarischer Seite vorbeugen wollten. In den nächsten Tagen war das ungarische Verwaltungspersonal mit dem Überprüfungsverfahren und mit der Zusammenstellung von Listen beschäftigt. Währenddessen begleiteten die sowjetischen Soldaten die ausgewählten Personen in die Zentren, in denen es einen Bahnhof gab und transportierten sie nach Russland.

Außer dem Briefwechsel von Csige Varga und Erdei gab es eine weitere Interaktion zwischen der Komitatsleitung und den zentralen Landesbehörden. Dr. Gyula Hraskó, Oberbürgermeister der Stadt Gyula, protestierte im Namen der lokalen kommunistischen Partei gleichfalls bei Ferenc Erdei.[460] In seinem Protest betonte er die Loyalität und das gute patriotische Verhalten der „Deutschen" von Gyula, darüber hinaus ihre wirtschaftliche Bedeutung für den Wiederaufbau. Sein weiteres Argument war, dass diese Aktion unter der ländlichen Bevölkerung dem Ruf der Sowjetunion und der Roten Armee schaden könne. Der Bericht wurde am 5. Januar verschickt, eine Antwort ist nicht bekannt, wahrscheinlich gab es auch keine, weil Erdei am selben Tag seine Verordnung erließ und damit die Angelegenheit ad acta legte.

Die Organe der Landesebene hatten erst Monate nach dem Abschluss der Deportation erneut mit dieser Angelegenheit zu tun. Dann aber schon im Rahmen von Aktionen mit landesweiter Reichweite, die sich auch auf andere Deportationsregionen bezogen. Diese zielten zumeist auf die Registrierung, Suche und Rückführung der Deportierten ab.

2. Zwischen der Komitatsleitung und den sowjetischen Militärkommandanturen ist nur eine Interaktion bekannt. Am 3. Januar 1945 wandte sich Antal Csige Varga in einem Protestbrief an den sowjetischen Major wegen der Vorfälle in den Gemeinden des Komitats.

> „Als die höchste Sowjetische Kommandantur mich an die Spitze des Komitats Békés ernannte, teilte sie auch mit, dass die bisherigen ungarischen Gesetze in Geltung bleiben. Und dass die Rote Armee und ihre Organe in den Angelegenheiten, die das Komitat betreffen, mit meiner Mitwirkung vorgehen. […] Ich behaupte, dass ich alle Befehle am loyalsten durchführte. Umso schmerzlicher war die Tatsache, als es um den Abtransport der deutschsprachigen Einwohner des

[460] ERDMANN, Deportálás, 1990, 34–36.

10.15772/ANDRASSY.2019.005144

> Komitats ging, ich offiziell bis heute nicht benachrichtigt und darüber auch nicht informiert wurde, um welche Personen es sich handelt und welches Schicksal diese erwartet."[461]

Der Vizegespan bat ferner um Auskünfte über die Maßnahmen und äußerte die Bitte, dass die Sowjets es ihm ermöglichen sollten, auf die Fehler bei der Aktion hinzuweisen und diese zu korrigieren. Sein Argument war, dass eine Maßnahme, die nicht rücksichtsvoll vollstreckt wird, ein Hindernis für die sowjetisch-ungarische Freundschaft bilden könnte.

In dem Protestschreiben von Csige Varga ist interessant, dass er über „deutschsprachige" Einwohner schrieb, während bei der Durchführung der Deportation zumeist die Kategorie „Personen mit deutschen Namen" dominierte. Er war auffällig zurückhaltend, als er nur um Auskunft und die Möglichkeit bat, die Fehler aufzeigen zu dürfen, während er einen Tag früher dem Innenminister ganz konkrete Schritte empfahl, was das richtige Verfahren gewesen wäre, nämlich die Auslieferung der Rumänen und die Selektierung der Deutschen. Um die Einstellung der Aktion ersuchte er gar nicht, er war sich wahrscheinlich dem Gewicht seiner Position und seiner Kompetenzen bewusst. Er vermied jegliche Formulierung seiner persönlichen Meinung sowohl in diesem Brief als auch in seinem Bericht an Erdei, so kann nicht festgestellt werden, ob er mit der Deportation dieses Personenkreises „mit deutschen Namen" einverstanden war.

Csige Varga war allerdings die einzige Person in dem Komitat, die offen gegen die Deportation Stellung bezog und um ihre Korrektur bat. Die möglichen Folgen blieben ihm wohl kaum verborgen. Laut sowjetischer Quellen verlor er tatsächlich das Vertrauen des sowjetischen Kommandanten und wurden gegen ihn Beschwerden erhoben:

> „Empört benahm sich zur Zeit der Registrierung der Deutschen der kommissarische Leiter des Kreises Gyula, CSIGEVARGÓ [sic!] ANTAL, der sich der Aushebung der Deutschen gänzlich zu entziehen versuchte. Er ist selber auch

[461] „Amikor engem a Magyarország legmagasabb Szovjet Parancsnokság Békésvármegye élére állított, azt is közölték velem, hogy a régi magyar törvények változatlanul érvényben tartandók. És hogy a vörös hadsereg és annak különböző szervei a vármegyét érintő ügyekben az én meghallgatásommal és általam intézkednek. […] Állítom, hogy minden parancsot a leglojálisabban végrehajtottam. Annál fájdalmasabban érintett, hogy amikor a vármegye német ajku lakosainak elszállításáról van szó, akkor engem hivatalosan mind a mai napig nem értesítettek és főleg nem tájékoztattak arról, hogy pontosan kikről van szó és milyen sors vár az illetőkre." MNL BéML IV. 407. B. 8/1945.; ERDMANN, Deportálás, 1990, 31.

10.15772/ANDRASSY.2019.005145

> Deutscher, gehört aber nicht zum Kreis der Internierten, weil er über 50 Jahre ist. Er unterrichtete den Herrn Minister MIKLÓS über die angeblichen Missbräuche während der Mobilisierung der Deutschen. Die Frage der Entlassung dieses Amtsträgers ist zu stellen."[462]

Es ist nicht bekannt, welche Rolle die Deportation für den Rücktritt von Csige Varga im März 1945 spielte. Er wurde auch danach schikaniert. Laut eines Artikels vom Januar 1946 wurde er in seiner Wohnung von „Ledermantelträgern" angegriffen und verprügelt, sie versuchten sogar ihn zu erschießen, was aber fehlschlug.[463] Ob dieser Zwischenfall mit seiner früheren Tätigkeit zusammenhing, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht ermittelt werden.

3. Die ungarischen Behörden der unteren Verwaltungsebenen, bzw. Organisationen und Parteien versuchten in ihrem Zuständigkeitsbereich gleichfalls zu intervenieren.

Als Beispiel kann erneut auf den Bericht des Oberstuhlrichters des Bezirks Elek zurück gegriffen werden, der detailliert beschrieb, dass er mit dem sowjetischen Major zu verhandeln versuchte, um zu erreichen, dass einige Personen wegen ihres guten Ungarntums und ihres zuverlässigen politischen Verhaltens freigestellt werden sollten.[464] Der Major ließ am Beginn der Durchführung noch zu, dass der Oberstuhlrichter einen Ausschuss zur Überprüfung des Vorlebens der Einwohner bildete. In diesem wirkten auch Mitglieder der kommunistischen und der Kleinlandwirtpartei mit. Sie schlugen die Freistellung von etwa 250 Personen vor. Am nächsten Tag stellte der sowjetische Major das ganze Überprüfungsverfahren ein und verhinderte derartige Versuche.

> „Danach erfolgte sie Sammlung der Bevölkerung gemäß folgenden Richtlinien: Alle Personen mit deutschen Namen, ungeachtet dessen, ob sie des Deutschen mächtig waren oder nicht, und ungeachtet ihres Vorlebens. Genauso betroffen waren Personen mit ungarischen Namen, die mindestens einen Großelternteil mit

[462] „Felháborítóan viselkedett a németek regisztrálásának idején a gyulai körzet kormányzója, CSIGEVARGÓ [sic!] ANTAL, aki megpróbálta egészen kivonni magát a németek kiemelésében való bárminemû részvétel alól. Ő maga is német, de nem tartozik az internálandók körébe, lévén 50 év feletti. Ő volt az, aki tájékoztatta MIKLÓS miniszter urat a németek mozgósítása során elkövetett állítólagos felháborító eljárásokról. Felvetődik a körzeti kormányzó tisztségéből történő felmentésének kérdése." KONASZOV – TERESCSUK, Berija, 2004, 393.

[463] Alföld. Aufl. 20. Januar 1946. 1.

[464] MNL BéML IV. 435. 78/1945.; MNL CSML IV. B. 455. b. 237/1945.; ERDMANN, Deportálás, 1990, 41.

10.15772/ANDRASSY.2019.005146

> deutschem Namen oder deutscher Abstammung hatten. Der Major machte übrigens noch wortwörtlich die folgende Aussage: „Wenn es auch nur einen Tropfen deutsches Blut in jemandes Adern gibt, dann ist er Deutscher". […] Alle meine Versuche blieben ohne Erfolg, obwohl der Major in einigen Fällen meine Argumente akzeptierte, er erklärte mir trotzdem, dass die Mobilisierung nach seinen Weisungen durchzuführen ist, weil er auf eine gewisse Personenzahl bestehen muss."[465]

Die Anweisung des sowjetischen Majors ist ein sehr anschauliches Beispiel dafür, wie die sowjetische Seite den Beschluss Nr. 7161. durchführte und wie sehr ihre Perspektive von der der ungarischen Behörden abwich. Wenn die ungarischen Verwaltungsbehörden in irgendwelchen Deportationsregionen mit Protesten unter Hervorhebung bestimmter Personen deren Freistellung zu erreichen versuchten, war ihre Methode immer die gleiche, nämlich dass sie das „Deutschtum" der Betroffenen relativierten und mit ihrer politischen Zuverlässigkeit argumentierten. Diese Argumente waren für die sowjetischen Akteure jedoch nicht relevant, so ist es nicht überraschend, dass die Freistellungsversuche fast in allen Fällen fehlschlugen.

Aus dem Bericht des Oberstuhlrichters von Elek geht ferner hervor, dass er auch später vergeblich Versuche einer Intervention unternahm. Er zog die Leiter der Kommunistischen Partei in Orosháza und einen Entsandten des Innenministers, Dr. Péter Ormos, dazu heran, jedoch ohne Erfolg. Er forderte die Gemeindevorstände auch dazu auf, für die Deportation ausgewählte Personen zu dokumentieren. Deshalb begann am 7. Januar die Verwaltung der Gemeinde Nagykamarás auch mit den Überprüfungen[466] und sie bürgten für 11 Personen von insgesamt 38 Deportierten.[467]

Der sowjetische Major berücksichtigte ausschließlich gesundheitliche Aspekte und ließ schwangere Frauen, Mütter mit Kleinkindern und arbeitsunfähige Kranke frei. Darüber hinaus ermöglichte er, dass József Kern, der Leiter der örtlichen Kommunistischen

[465] „Mindezek után a lakosság összeszedése a következő elvek alapján történt: Minden német nevű, tekintet nélkül arra, hogy bírja e a német nyelvet, vagy sem, tekintet nélkül előéletére a rendelkezés alá esik. Ugyancsak beleesnek azok a magyar nevű egyének, akiknek egy nagyszülőjük német nevű, illetőleg német származású. Az őrnagy egyébként szó szerint a következő kijelentést tette: „ha csak egy csepp német vér folyik az ereiben, német". […] Ez irányban végzett kísérleteim teljesen eredménytelenek maradtak, és bár egyes esetekben az őrnagy a felhozott érveket megfogadta, mégis kijelentette, hogy az összeszedést a fenti utasításai szerint le kell folytatni, mert bizonyos létszámhoz kell ragaszkodni." MNL BéML IV. 407. B. 8/1945.; ERDMANN, Deportálás, 1990, 42.

[466] MNL BéML V. 355. A. Band 1. Protokoll der Sitzung vom 7. Januar 1945.

[467] MNL BéML IV. B. 401. B. 40. Karton 30. Dossier 30.

10.15772/ANDRASSY.2019.005147

Partei und seine Familie nach Hause gehen konnten, dieser nahm aber das Angebot nicht an. Der Major wies den Oberstuhlrichter dann an, die Ausrüstung der ausgewählten Personen zu überprüfen und für Transportmittel zu sorgen. Bis zum 11. Januar trafen Gruppen aus anderen Gemeinden in Elek ein. Am Nachmittag wurden alle Gruppen abtransportiert und am nächsten Tag verließ die sowjetische Kompanie die Gemeinde.

Über Verhandlungen mit den sowjetischen Kommandeuren berichtet das Protokoll der Abgeordnetenversammlung der Stadt Gyula, die aber auch ergebnislos blieben. So blieb der Stadtführung nichts anderes übrig als die Lebensbedingungen der inzwischen ausgewählten und eingesperrten Personen zu verbessern und die als Sammelstelle dienende Kaserne mit Brennholz zu versorgen und die Fenster zu reparieren.[468] Auf den Inhalt der früheren Verhandlungen wies das erwähnte Protokoll hin, sowie darauf, dass in Gyula zur Feststellung der deutschen Abstammung nach den Bestimmungen der vor 1945 beschlossenen Judengesetze vorgegangen wurde. Das ist auch im Protokoll des Nationalkomitees von Gyula dokumentiert, als die Mitglieder am 5. Mai 1945 darüber verhandelten,[469] welche Personen „Nationalhilfe" erhalten sollten und sich nicht einig waren, wer als Deutscher aus diesem Kreis ausgeschlossen werden sollte. Dabei wurde auf frühere, ähnliche Schwierigkeiten hingewiesen, als die Stadtführung mit den GPU-Leuten über die „deutsche Frage" verhandelte, aber damals keine klare Antwort darauf erhielt, wer als Deutscher zu gelten hatte. Deshalb baten sie darum, analog die Kriterien der Judengesetzte anwenden zu dürfen.

In Mezőberény traf die lokale kommunistische Partei eine Sondervereinbarung mit dem sowjetischen Kommandeur. Der Inhalt ist nicht bekannt, wahrscheinlich versuchte sie die Anzahl der Betroffenen zu vermindern, jedoch ohne Erfolg. József Bányász, ein Mitglied, schrieb am 7. Januar einen Brief im Namen der Partei an eine Person, die er nur als „*Lieber Genosse*" adressierte:

> „Die russischen Offiziere wollten schon am Morgen nichts mehr vom Versprechen wissen. Sie ließen keinen Menschen zurück. Ich bitte dich sehr, wenn möglich,

[468] ERDMANN, Deportálás, 1990, 39–40.
[469] MNL BéML XVII. 19. Protokoll Nr. 15. Der Sitzung vom 5. Mai 1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005148

mach etwas, weil sie das Abkommen mit der Regierung weitgehend überzogen haben."[470]

Aus anderen Gemeinden und Bezirken sind keine ähnlichen Interventionsversuche bekannt, mit denen sich ungarische Behörden während der Aushebung an die Sowjets wandten. Allgemein ist zu beobachten, dass die Behörden, anstatt sich persönlich einzumischen, versuchten, Amtsträger der höheren Ebenen um Hilfe zu bitten. Einerseits hatten die Beamten wahrscheinlich Angst vor den sowjetischen Akteuren, andererseits erhofften sie von der höheren Position eine größere Chance zum Erfolg. Die gewünschten Freistellungen konnten die ungarischen Behörden dennoch kaum oder überhaupt nicht erreichen. Während der Durchführung der Deportation hatten sie nur eine Statistenrolle.

4. Die Interaktionen zwischen den Komitatsleitungen und den Verwaltungsorganen der unteren Ebenen erzielten einerseits einen gegenseitigen Informationsaustausch, andererseits erwarteten letztere Instruktionen von der Komitatsleitung, bevor sie wichtigere Schritte unternahmen. In den ersten Tagen des Jahres 1945 informierten die Gemeinden, Städte und Bezirke den Obergespan und Untergespan über die Konskription und Aushebung der „Deutschstämmigen". Danach warteten sie ab.

Währenddessen wählten die Sowjets die zu deportierenden Personen aus und begleiteten diese zu den Sammelstellen. Die nächste Phase markierte die Verordnung von Ferenc Erdei vom 5. Januar, die die Atmosphäre der Ohnmacht im Komitat Békés auflöste und zur fieberhaften Zusammenstellung von Listen führte. Die Verordnung wurde wahrscheinlich nicht an das Komitat Csanád, Arad und Torontál k. e. e. verschickt, dort ist eine andersartige Verordnung für die Zusammenstellung von Listen anzunehmen, weil in den Akten des Bezirks Elek auch Verzeichnisse von Anfang Januar zu finden sind.

Im Komitat Békés wurden die Listen rasch, vom 7. bis zum 12. Januar zusammengestellt und an den Obergespan und Vizegespan weitergeleitet.[471] Das

[470] „Az orosz tisztek már reggel semmit sem akartak tudni az ígéretről. Így egy embert sem hagytak vissza. Nagyon kérlek, ha lehet, tegyél valamit, mert a kormánnyal való megállapodást messze túllépték." MNL BéML V. B. 317. 233/1945.

[471] Solche Listen sind in den folgenden Beständen zu finden: MNL BéML IV. B. 401. B. 40. Karton 30. Dossier 30. (Doboz, Békéscsaba, Csorvás, Tótkomlós, Békéssámson, Gádoros, Nagyszénás, Gerendás, Pusztaföldvár, Orosháza, Szentetornya); MNL BéML IV. 407. B. 8/1945. (Füzesgyarmat, Békés,

10.15772/ANDRASSY.2019.005149

Verfahren war einheitlich, eine Abweichung ist nur aus dem Bezirk Orosháza bekannt. Während in den anderen Bezirken nur Personen in die Listen eingetragen wurden, die von den Sowjets bereits ausgehoben und eingesperrt waren, schrieb der Oberstuhlrichter in Orosháza auch Personen zusammen, die sich noch zu Hause befanden. Die Übergabe dieser Listen an den sowjetischen Kommandeur sollte zur Deportation von Personen führen, die die Sowjets ursprünglich nicht mitnehmen wollten. Dazu kam es jedoch auch nicht. Der Oberstuhlrichter übergab am 10. Januar dem Kommandeur eine Liste mit den Namen von 69 „Deutschstämmigen".[472] Bei den bereits magyarisierten verzeichnete er genau die früheren deutschen Namen. Warum ihre Deportation ausblieb, ist nicht genau zu klären. Es ist anzunehmen, dass anhand früherer Angaben der sowjetische Kommandant aus diesem Bezirk mit keiner Deportation rechnete und diese auch nicht vorbereitete. In der Region Békés-Csanád war der 10. Januar ein später Zeitpunkt (aus Elek wurden die Transporte am 11. Januar losgeschickt), so konnten die in der Liste eingetragenen 69 Personen doch noch zu Hause bleiben.

Der Oberstuhlrichter von Orosháza berichtete ferner am 11. Januar dem Obergespan, dass der sowjetische Kommandeur die Liste über die Juden mit deutschen Namen nicht angenommen hatte. Noch interessanter ist das willkürliche Verfahren des Oberstuhlrichters, der die zuverlässigen ungarischen Staatsbürger mit deutschen Namen zusammenschrieb, diese Liste jedoch nicht den Sowjets übergab.

> „Ich reichte sie nicht ein, weil diese Personen gänzlich zuverlässige Menschen sind, und ihr Abtransport nur aufgrund ihrer deutschen Namen doch vielleicht nicht angemessen wäre. Anbei sende ich an Herrn Obergespan die Namensliste über die Personen mit deutschen Namen im Bezirk Orosháza mit der Auflage, dass ich ohne weitere Anweisung von Herrn Obergespan in dieser Angelegenheit nichts unternehmen werde."[473]

Csorvás, Doboz, Kétegyháza, Gyulavári, Szeghalom); MNL BéML IV. B. 401. B.389/1945. (Mezőberény); MNL BéML IV. 416. B. 68/1945. (Doboz, Gyulavári, Kétegyháza); MNL BéML V. B. 173. D. Karton 124. (Gyula); MNL BéML V. B. 317. 233/1945. (Gyoma); MNL BéML IV. 435. 78/1945 (Elek, Almáskamarás, Nagykamarás, Medgyesbodzás).

[472] Die Liste enthielt u. a. die Familie des Grafen von Wenckheim (Nachfahren des ehemaligen Ministerpräsidenten Béla Wenckheim) aus Csorvás.

[473] „Nem szolgáltattam be azért, mert nevezettek teljesen megbízható egyének és csupán német nevük miatt talán nem volna méltányos az elszállításuk. Mellékelten tisztelettel megküldöm Főispán urnak fent említett megjelöléseknek megfelelően az orosházi járás területén fellelt német nevüek névsorát, azzal, hogy Főispán Ur további intézkedéséig tárgybeli ügyben semmit nem csinálok." MNL BéML IV. B. 401. B. 40. Karton 30. Dossier 30.

10.15772/ANDRASSY.2019.005150

Seine Vorgehensweise ist seltsam, weil sie deutlich zeigt, dass er die Deportation der 69 „Deutschstämmigen" für wünschenswert hielt. Seine Lage wich etwas von den anderen Bezirken ab, weil im Bezirk Orosháza die sowjetische Seite anscheinend von vornherein keine Deportation plante. Die Nicht-Übergabe der Liste mit den Namen „zuverlässiger" Personen war jedoch eine Form eines willkürlichen Widerstandes, die zeigt, dass die ungarischen Behörden einen – wenn auch sehr engen – Handlungsspielraum während der Deportation besaßen.

Als die Zusammenstellung von Listen nach der Verordnung von Erdei bereits lief, trug der Obergespan Szobek noch zusätzlich zum Chaos bei. Am 8. Januar forderte er die Gemeinden auf, eine weitere Zusammenschreibung nach anderen Kriterien durchzuführen. Auf die Listen waren nur die „*zum Arbeitsdienst in Anspruch genommenen Deutschen*" nach folgenden Kategorien anzuführen:

> „1. Diejenige, die deutscher Abstammung sind und sich auch dazu bekannten.
> 2. Deutschstämmige, die aber an keiner deutschen Bewegung teilnahmen und sich als Ungarn bekannten.
> 3. Halbblütige, die väterlicherseits Deutsche sind.
> 4. Halbblütige, die mütterlicherseits Deutsche sind."[474]

Diese Verordnung ist nur im Archivmaterial von Gyoma zu finden, die so erstellten Listen sind aber auch aus anderen Gemeinden erhalten. Warum Szobek eine gesonderte Konskription von den sowieso überbelasteten Gemeindevorständen forderte, geht aus seiner Verordnung nicht hervor.

Nach Fertigstellung und Weiterleitung der Listen aufgrund der Erdei-Verordnung veranlasste auch Vizegespan Csige Varga eine weitere Konskription am 13. Januar.[475] Dieses Mal mussten nur die Personen ohne weitere Kategorisierungen registriert werden, die die Sowjets abtransportiert hatten. Ab dem 13. Januar trafen diese neuen Listen beim Vizegespan ein, in denen in erster Linie festgelegt wurde, welche Personen

[474] „1. Azok, akik német származásuak és annak is vallották magukat.
2. Német származásuak ugyan, de soha semminemü német mozalomban részt nem vettek és magukat magyarnak vallották.
3. Azon félvérek, akik apai ágról németek.
4. Azon félvérek, akik anyai ágról németek." MNL BéML V. B. 317. 233/1945.

[475] MNL BéML IV. 407. B. 8/1945.; MNL BéML V. B. 173. D. 8/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005151

deportiert wurden und wer davon bereits zurückgekehrt war. Dann reagierten zunächst die Gemeinden, in denen keine Deportation durchgeführt wurde.[476]

Im Komitat Csanád, Arad und Torontál k. e. e. fanden ab dem 7. Januar ebenso Konskriptionen statt, die eine Freistellung von Personen vorsahen. In Elek schrieb der Vorstand eine Liste von 455 Mitgliedern der Treubewegung, die von den Sowjets ausgehoben worden waren.[477] Dazu ist keine zentrale Verordnung zu finden, aber ab dem 20. Januar sind in den Akten des Oberstuhlrichters von Elek Listen der Gemeinden über die Deportierten zu finden. Nagykamarás und Medgyesbodzás leiteten ihre Verzeichnisse am 20. Januar an den Oberstuhlrichter weiter, Almáskamarás am 22. Januar. Am 21. Januar wies der Obergespan des Komitats den Oberstuhlrichter an, alles für die Unterstützung der Familienangehörigen der Deportierten zu unternehmen – insbesondere für die der Kommunisten. Im Bezirk Elek gab es eine ganz pragmatische Maßnahme, die wahrscheinlich mit der außergewöhnlich hohen Anzahl der Deportierten zusammenhing: Der Gemeindevorstand schrieb die Kinder der Deportierten zusammen und gründeten eine Tagesstätte für sie.[478]

Die Komitatsleitungen befassten sich nach dem Abschluss der Deportation am 11. Januar immer weniger mit solchen Angelegenheiten. Ihre weitere Tätigkeit beschränkte sich auf die Beantwortung oder Weiterleitung verschiedener diesbezüglicher Anfragen, bzw. sie vermittelten zwischen den Organen der Landesebene und der unteren Ebene, als die späteren Maßnahmen zur Suche und Rückführung der Deportierten liefen.

5. Die Tätigkeit der Beamten der Bezirke und Gemeinden beschränkte sich während der Durchführung der Deportation auf Verkündung und Vollstreckung der Anweisungen und Befehle der Sowjets, bzw. der Komitatsleitung. Dabei kommt die Frage auf, welchen Handlungsspielraum sie hatten.

Ende 1944, als sie die Konskriptionen für die sowjetischen Militärkommandanturen durchführten, kannten sie das Ziel der Deportationen wahrscheinlich noch nicht. Sie mussten aufgrund der sowjetischen Besatzung jedoch annehmen, dass eine

[476] Újkígyós sandte einen verneinenden Bericht am 27. Januar, Vésztő am 6. Februar, Kőrösladány am 8. Februar, Bucsa am 9. Februar, Mezőmegyer am 15. Februar.
[477] MNL BéML IV. 435. 78/1945.
[478] MNL BéML IV. 435. 78/1945.; MNL BéML V. 310. A. Band 1. Beschluss 21/1945 vom 10. Februar 1945.; MNL- CSML IV. B. 455. 237/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005152

Registrierung als Deutscher, Deutschstämmiger oder Person deutscher Nationalität nicht den Interessen solcher Personen dienlich war. Die ungarischen Behörden konskriptierten massenweise Menschen, doch diese Listen blieben nicht erhalten. Die Sowjets erfuhren aber offensichtlich davon, dass in einigen Gemeinden die Anzahl der „Deutschen" sehr hoch war. Bei der demographischen Erhebung stellten die Sowjets keine Strafe in Aussicht (oder eine solche wurde nicht dokumentiert) und sie hatten keine Möglichkeit, die Korrektheit der erhaltenen Angaben zu überprüfen. Die ungarischen Behörden schrieben die Einwohner allerdings zusammen und bereits dabei erfolgten die ersten Missbrauchsfälle, wie das Beispiel der Gemeinde Doboz illustriert.
Als die Meldepflicht zum Arbeitsdienst in den Gemeinden verkündet wurde, erfuhren die lokalen Behörden bereits, dass diese Personen in die Sowjetunion gebracht werden sollten – Csige Varga wurde ganz wahrscheinlich von ihnen darüber benachrichtigt. Doch zu diesem Zeitpunkt waren bereits alle Versuche vergeblich, Personen aus den Listen mit der Begründung streichen zu lassen, dass diese trotz ihrer deutschen Abstammung und Namen in politischer und nationaler Hinsicht als zuverlässig galten. Die ungarischen Behörden warnten die Betroffenen bei der Ausrufung des Arbeitsdienstes auch nicht. Die Zeitzeugenberichte enthalten unterschiedliche Versionen darüber – einige Personen erfuhren über das Ziel ihrer Aushebung von den Sowjets, andere von den ungarischen Behörden. Wieder andere wussten gar nicht, dass sie in die Sowjetunion sollten, was etwas seltsam ist, wenn sie sich in der gleichen Sammelstelle aufhielten wie die Personen, die behaupten, dass sie das Ziel bereits dort kannten. Eine allgemeine Information blieb jedoch sicherlich aus.

> „Man musste sich am 2. Januar melden […] Die Versammlung war im Kulturhaus und in anderen größeren Gebäuden. Wir mussten lange warten. Wir wussten, dass sie uns in die Sowjetunion bringen: Der Gemeindevorstand teilte uns die Wahrheit mit (der Richter und die Geschworenen waren alle Deutschen, sie wollten nichts geheim halten)."[479]

> „Noch im Dezember gab es einen Zensus, eine Namensliste tauchte im Rathaus auf. Man hörte es schon damals, es wurde gesagt, dass man zur Arbeit genommen wird, damals sagten sie aber noch nicht, dass es in Russland sein wird, sondern nur zu

[479] „Nekünk olyan hirtelen jött az eljövetel, annyira váratlanul, hogy nem is volt időnk csomagolni. Gyulán és Almáson megmondták becsületesen, hogy hová viszik őket és azt is, hogy vihetnek két mázsányi csomagot." SZEBENI, Haza, 1993, 117.

10.15772/ANDRASSY.2019.005153

einer kurzen Arbeit. Als wir eingesammelt wurden, wussten wir schon, dass wir nach Russland müssen, aber das sagten sie nicht, und wir ahnten auch nicht, dass es so lange dauern wird."[480]

„...von hier aus wurden wir mit Lastwagen nach Gyula in ein großes Gebäude gebracht. Wir wussten nicht, wohin sie uns bringen, uns überraschte, dass die Deutschen zusammengetrieben wurden, wir wussten nicht, was mit uns passieren wird. Wir fuhren durch Arad, Siebenbürgen, wir schliefen in mehrstöckigen Pritschen, danach sahen wir, dass wir in der Sowjetunion sind. Davor wussten wir nicht einmal, wo wir waren."[481]

„Drei Tage vorher erschien dann ein russischer Oberst, der uns bekannt gab, dass wir nach Rußland transportiert würden, um dort Aufbauarbeiten zu leisten."[482]

Nach dem 5. Januar, als das Überprüfungsverfahren gemäß der Verordnung von Ferenc Erdei begann, hatten die ungarischen Behörden wieder einen größeren – jedoch irrtümlichen – Handlungsspielraum als zuvor. Sie wussten damals noch nicht, dass die Konskription keine Bedeutung haben sollte. Die Bestimmung der von Erdei aufgestellten Kategorien war äußerst unscharf, objektiv konnte damals kaum bewiesen werden, welche Personen Mitglieder linksorientierter Parteien oder Organisationen, der Treuebewegung oder des Volksbundes waren (dessen Mitgliedsverzeichnisse zumeist vernichtet waren). Die Feststellung der Muttersprache und der Nationalität der Individuen hätte objektiv nur anhand der personenbezogenen Angaben der Volkszählung von 1941 erfolgen können. Diese standen aber in den Gemeinden nicht zur Verfügung, die Ergebnisse wurden im Ungarischen Statistischen Zentralamt in Budapest aufbewahrt. Die Sowjets konnten die Angaben der Konskriptionen also nicht überprüfen, anscheinend hatten sie das auch nicht vor.

Bei der Zusammenstellung der Listen gingen die ungarischen Behörden jedoch strikt vor, sie differenzierten gründlich unter den Betroffenen. Das Vorgehen unterschied sich von Gemeinde zu Gemeinde, jedoch ist schon bei diesem Verfahren festzustellen, dass

[480] „Még decemberben megjelent a tanácsházán egy ilyen összeírás, névsor. Már onnan hallódott, hogy azt mondják, hogy munkára viszik, de akkor még nem mondták, hogy Oroszország lesz belőle, csak rövid munkára. Mikor minket gyűjtöttek össze, akkor már tudtuk, hogy Oroszország lesz belőle, de hát nem mondták azt, nem is gondoltuk, hogy ilyen hosszadalmas lesz." KÖRÖSI, Mit vétettem, 2016, 181.

[481] „...innen vittek aztán pár nap múlva teherautóval Gyulára egy nagy épületbe. Nem tudtuk, hogy hova visznek minket, meglepett, hogy összeterelik a németeket, nem tudtuk, mi lesz velünk. Aradon, Erdélyen keresztül vittek bennünket, emeletes priccseken aludtunk, majd utána láttuk, hogy a Szovjetunióban vagyunk. Előtte azt sem tudtuk, hol vagyunk." KÖRÖSI, Mit vétettem, 2016, 117.

[482] BArch LAA OSTDOK 2/360. 41.

10.15772/ANDRASSY.2019.005154

die ungarischen Behörden bereits damals die Entscheidung trafen, die Deportation eines Teiles der Betroffenen in die Sowjetunion zu akzeptieren und zu billigen. Diese Tatsache kann natürlich auch so interpretiert werden, dass sie wussten, dass sie nicht über die Macht verfügten, alle Personen freizustellen – so wollten sie die Freilassung der Personen, die sie aus politischer Hinsicht für zuverlässig hielten, dadurch erreichen, dass sie andere Personen wegen deren Muttersprache, Herkunft oder ihres politischen Verhaltens ihrem Schicksal überließen.

Nach dem Abschluss der Deportation waren die Gemeindevorstände am intensivsten mit deren Folgen beschäftigt, die sie vor zahlreiche Herausforderungen stellten. Die Freistellungs- und Rückführungsversuche wurden fortgesetzt, für die die Gemeindevorstände und die Nationalkomitees den Antragstellern sog. Gemeindebescheinigungen (*községi bizonyítvány*) ausgestellt, wenn diese sich aus politischer und nationaler Hinsicht als würdig und zuverlässig erwiesen. Die Gemeindebescheinigung war eine charakteristische Unterlage und Quellensorte der zweiten Hälfte der 1940er Jahre, die in zahlreichen Angelegenheiten zu beschaffen war. Eine Bescheinigung brauchten die Personen, die finanzielle Hilfe oder eine Rente brauchten, die an den Suchaktionen teilnehmen wollten, die sich um gewisse Stellen und Positionen bewerben wollten, die einen Bodenbesitz beantragten etc..

Die Quellenlage ermöglicht leider nicht die Feststellung, wie hoch der Anteil der Deportierten und ihrer Angehörigen war, die die gewünschte Bescheinigung von den Behörden bekam und wie oft diese bereit waren, diverse Personen mit ihrer Unterschrift zu unterstützen. Dabei waren je nach Gemeinden Unterschiede zu beobachten. Das Nationalkomitee von Gyula stellte zum Beispiel am 9. November 1945 kollektiv 480 deportierten „Deutschstämmigen" eine solche Bescheinigung aus und betonte, dass sie bereits während der Deportation protestiert hatten, weil sie diese Personen in politischer Hinsicht für tadellos fanden.[483] Diese Anzahl ist jedoch geringer, als die Gesamtzahl aller Deportierten aus Gyula.

Andere Gemeindevorstände versuchten mit ähnlicher Intensität etwas für die Rückführung der Deportierten zu tun. So in Mezőberény, wo am 7. Juni 1945 das bereits erwähnte Mitglied und inzwischen Sekretär der kommunistischen Partei, József Bányász, vom Gemeindevorstand nach Budapest geschickt wurde, um dort für die

[483] MNL BéML XVII. 19. Nr. 49. Protokoll der Sitzung vom 9. November 1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005155

Rückführung von 354 Deportierten zu plädieren und über sie Auskünfte zu beschaffen. Die Anzahl ist besonders interessant, weil über die Deportiertenanzahl aus Mezőberény mehrere Varianten bekannt sind und diese höchstwahrscheinlich über 500 Personen betrug. Bányász wurde aber nur damit beauftragt, für die 354 „*Mitglieder der demokratisch denkenden kommunistischen, sozialdemokratischen und unabhängigen Kleinlandwirtpartei von Mezőberény, bzw. die deutschstämmigen Mitglieder der ungarischen Treuebewegung*" einzutreten. Sein Ziel war einerseits die Beruhigung der besorgten Angehörigen, andererseits wollte er weitere Schritten initiieren, weil „*die Einwohner der Gemeinde es für unangemessen halten, dass genannte Personen ebenso beurteilt werden, wie die deutschstämmigen Volksbundmitglieder, die sich auch zu ihrer Abstammung bekennen*".[484] Das Schicksal der letzteren war also Bányász und dem Gemeindevorstand gleichgültig, was ein markantes Beispiel für die Differenzierung unter den Deportierten ist.

Für die ungarischen Behörden bedeutete eine Schwierigkeit nach Ablauf der Deportation, dass sie wegen ihrer Mitwirkung das Vertrauen eines Teils der Bevölkerung verloren hatten. Das zeigt eine Beschwerde des Vorstands von Gyoma vom 17. Januar 1945, die er bei dem Nationalkomitee einreichte. Er benötigte für lokale Arbeiten etwa 150–500 Personen, sie konnten aber keinen finden, weil „*in der letzten Zeit man niemanden mehr Befehle erteilen kann, sie achten nicht mehr auf unser Trommeln, unsere Arbeitskräfte sind ausgeschöpft.*"[485] Wahrscheinlich wurzelte das Problem darin, dass die Einwohnerschaft wegen der schlechten Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit Angst hatte, gleichfalls deportiert zu werden, wenn sie sich zu Arbeit meldeten. Andererseits verstärkte die Deportation von Hunderten arbeitsfähiger Personen den bereits vorhandenen Arbeitskräftemangel in den Gemeinden.

Eine weitere Herausforderung bedeutete die Versorgung der daheimgebliebenen Angehörigen, insbesondere die der Kinder. Ein Lösungsbeispiel war die erwähnte Gründung der Tagesstätte im Bezirk Elek. Ähnliche Maßnahmen waren überall notwendig, in Medgyesegyháza versorgte zum Beispiel der Gemeindevorstand die Kinder mit Brot und Lebensmitteln.[486] In den Gemeinden, in denen die

[484] MNL BéML V. 326. Aussiedlungsunterlagen 4/6/1945.
[485] MNL BéML XVII. 18. Karton 1. Ohne Nummer.
[486] MNL BéML IV. 435. 78/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005156

Deportiertenanzahl besonders hoch war, wie in Elek, trat ein enormer Arbeitskräftemangel auf. Der Oberstuhlrichter thematisierte dieses Problem, das mit der Deportation von etwa tausend Personen ausgelöst wurde, bereits in dem mehrmals zitierten Bericht vom 16. Januar. In seinem späteren Bericht Nr. 19/1945. an den Obergespan von Makó schilderte er verzweifelt, dass es keine Arbeiter in der Gemeinde mehr gäbe, die die Felder bebauen könnten.[487]

Nicht alle Maßnahmen dienten zur Unterstützung der Deportierten. Am 10. Februar 1945 beschloss die Abgeordnetenversammlung der Gemeinde Elek, dass sie die Auszahlung der Gehälter der „*in die Ukraine transportierten Gemeindemitarbeiter*" aussetzen, bis diese die Arbeit wieder aufnehmen sollten.[488] Dadurch missachteten sie die Verordnung des Vizegespans des Komitats Csanád, Arad und Torontál k. e. e. vom 30. Januar, in der dieser anordnete, dass die Gehälter der Gemeindemitarbeiter auch weiterhin ausgezahlt werden mussten, sofern diese keine Pfeilkreuzler oder Volksbund-Mitglieder waren.[489] Diese Problematik tauchte auch im Komitat Békés auf. Der Schulinspektor des Komitats wandte sich bereits am 12. Januar an den Vizegespan,[490] dass sich die Angehörigen der deportierten Beamten in einer schwierigen Lage befanden, weswegen eine zentrale Regelung notwendig sei. Der Inspektor war der Ansicht, dass „*der Arbeitsdienst eine Arbeitsleistung ist, die die Nation belastet*", weswegen die Angehörigen vom Staat versorgt werden sollten. Der Vizegespan wandte sich an den Innenminister, der am 23. Juli die Antwort gab, dass diesbezüglich die Bestimmungen der Verordnung Nr. 303/1945. des Ministerpräsidenten *(„über die Versorgung abwesender Staatsbeamten"*) richtungsweisend war.[491] Gemäß der Verordnung waren die Gehälter den Familien auszuzahlen und sie ermöglichte die Auszahlung in dem Fall, wenn die Beamten ihre Positionen nicht freiwillig verlassen hatten.[492]

Die Behörden der Gemeinden und Bezirken mussten auch in zahlreichen anderen Angelegenheiten bezüglich der Deportation und der Betroffenen Entscheidungen treffen. Eine weitere Behandlung dieser Thematik ist für meine Arbeit nicht relevant.

[487] MNL CSML IV. B. 455. b. 237/1945. Das Datum des Berichtes ist nicht lesbar.
[488] MNL BéML V. 310. A. Band 1. Protokoll der Sitzung vom 9. März 1945.
[489] MNL BéML V. 355. B. 106/1945.
[490] MNL BéML IV. 407. B. 8/1945.
[491] MNL BéML IV. 407. B. 8/1945.
[492] Siehe Rendeletek Tára, 1945, 33.

10.15772/ANDRASSY.2019.005157

Die wesentliche Frage war, ob diese auf eine Unterstützung oder eine Diskriminierung abzielten. In der Region Békés-Csanád sind zu beiden Fällen zahlreiche Beispiele zu finden, die eindeutig zeigen, wie die ungarischen Behörden unter den Deportierten differenzierten und eine Grenze zwischen „würdigen und unwürdigen", zwischen „aus politischer Hinsicht zuverlässigen und unzuverlässigen" Personen zogen. Das Schicksal und das Leid der Letzteren waren ihnen gleichgültig.

6. Die letzte Handlungsebene ist die der Betroffenen, ihrer Angehörigen und Bekannten. Maßnahmen auf dieser Ebene wurden teilweise besser in den Zeitzeugenberichten dokumentiert als in den Archivunterlagen. In den Interviews sind typische Erzählungen über positive und negative „Helden" zu finden, darauf kann ich in dieser Arbeit jedoch nicht weiter eingehen. In den folgenden Abschnitten handelt es sich eher um individuelle Taten, Maßnahmen und damit verbundene Handlungsspielräume in der Region Békés-Csanád. Diese Schritte versuchten in erster Linie die Lage der Deportierten und ihrer Familien (Hilfeleistungen, Befreiungsversuche) zu verbessern, die von ihnen oder von außenstehenden Personen initiiert wurden. Im Fokus steht, mit welchen Strategien und Begründungen sie dieses Ziel erreichen wollten.

Den Einwohnern der Gemeinden war Ende 1944 nicht bewusst, als die Erhebungen aufgenommen wurden, dass diese ein spezielles Ziel verfolgten. Laut den Interviews wussten sie, dass eine Konskription durchgeführt wurde, die Folgen blieben ihnen aber zunächst verborgen. Die ersten Reaktionen wurden durch die Verkündung der Meldepflicht zur Arbeit ausgelöst, die besonders danach reger wurden, als die sowjetischen Akteure die ausgewählten „deutschstämmigen" Personen aussonderten und einsperrten, bzw. in einigen Gemeinden sich Gerüchte verbreiteten, dass sie ins Ausland oder gar in die Sowjetunion gebracht werden sollten.

Vor ihrem Abtransport versuchten die Betroffenen oft selbst ihre Freistellung zu erreichen. Solche Proteste richteten sie immer an die ungarischen Behörden auf diversen Ebenen. Sie versuchten dabei ihren persönlichen Einfluss, ihr Beziehungssystem zur Geltung zu bringen, oder die ungarischen Behörden davon zu überzeugen, dass ihre Auswahl unrecht war. Dementsprechend passten sie ihre Argumentation auch diesen Behörden an: Sie betonten ihre politische Zuverlässigkeit, ihr strafloses Vorleben, ihre linksorientierte Einstellung und versuchten dabei ihre

10.15772/ANDRASSY.2019.005158

deutsche Herkunft zu relativieren oder sogar abzustreiten. Die Personen, die für die Deportation bestimmt waren, vertrauten ihren ungarischen Behörden und gingen davon aus, dass diese ihre Macht zur Intervention nutzen würden.

Im Gegensatz dazu wandte sich niemand an die sowjetischen Akteure. Nur ein nachträglicher Fall ist bekannt, als am 31. März 1945 die Einwohner von Füzesgyarmat einen Brief an die Kommandantur der Roten Armee mit vielen Unterschriften verfassten, um diese dazu zu bewegen, die „Deutschsprachigen" (*németajku*) nach Hause zu lassen, weil diese seit langer Zeit in Ungarn lebten und nur ihre Namen deutsch klangen. Sie übersetzten den Brief ins Russische und Englische – fraglich ist jedoch, ob der Brief versandt wurde und seine Empfänger erreichte.[493]

Im kurzen Zeitfenster von der Verkündung der Meldepflicht bis zum Abtransport (das war je nach Gemeinde unterschiedlich, höchstens standen aber dafür 10 Tage vom 1. bis zum 11. Januar 1945 zur Verfügung) versuchten zahlreiche andere Personen etwas für die Freistellung einiger Personen zu unternehmen. Am 2. Januar 1945 baten Frau Lajosné Szilágyi und Frau Kornélné Dunai aus Doboz den Oberstuhlrichter von Gyula um die Freistellung ihrer Ehemänner mit der Begründung, dass diese ungarischer Herkunft seien, wie das ihre Namen auch belegen.[494] Aus Doboz wurden zahlreiche ähnliche Anträge gestellt, was mit den erwähnten Willküraktionen des Gemeindevorstands zusammenhängen könnte.

Einen besonders dramatischen Antrag stellte am 8. Januar Sándor Horváth aus Gyula. Er bat um die Freilassung seiner Frau, die die Mutter eines 2 und eines 5-jährigen Kindes war, und zur Zeit ihrer Aushebung noch dazu schwanger war. Horváth erhielt am 9. Januar die Antwort, dass der Oberstuhlrichter nicht helfen konnte. Dieser Fall ist etwas unüblich, weil die sowjetischen Akteure schwangere Frauen normalerweise freiließen, Frau Horváth wurde aber tatsächlich deportiert.[495] In Gyula wurden wahrscheinlich wegen der großen Zahl ähnlicher Fälle Formulare mit dem Datum 7. Januar gedruckt, auf die nur noch die Personendaten der Betroffenen und der Antragsteller angeführt werden mussten, die üblichen Zeilen zur politischen Zuverlässigkeit und Loyalität zum ungarischen Staat wurden im Voraus ausgedruckt.[496]

[493] MNL BéML IV. B. 401. B. 608/1945.
[494] MNL BéML IV. 416. B. 1/1945.
[495] Sie überlebte die Deportation. Siehe MITTAG, Malenkij, 2016, 57.
[496] MNL BéML V. B. 173 d. Karton 124. Kein Signatur.

10.15772/ANDRASSY.2019.005159

Ebenso protestierte in Gyula am 3. Januar der Leiter des Gewerbeaufsichtsamts (*iparfelügyelő*), dass auch Mitarbeiter der Post und des Telegrammbüros in die Listen aufgenommen wurden, ohne die der Dienst eingestellt werden musste. Der Bürgermeister beantwortete diesen Brief dahingehend, dass er bei dem sowjetischen Kommandeur nichts erreichen konnte.[497]

Mehrere Geistliche versuchten auch für ihre Gläubigen zu intervenieren. So ein Stiftspfarrer *(apátplébános*),[498] der den Obergespan am 8. Januar um die Befreiung zweier Gläubiger bat. Er betonte, dass diese gute Ungarn wären, außerdem leisteten sie mit ihrer Fabrik der Roten Armee wichtige Dienste und „*sie können nichts für ihren deutschen Namen*" (Meyerhoffer).[499] Der Pfarrer plädierte auch für zwei junge Frauen, *„bei denen – für Frauen – die Deportation nicht geringe moralische Gefahren in sich bergen".*

Nach dem Abschluss der Deportation setzten sich verschiedene Personen weiterhin für die Rückführung der Deportierten oder für Hilfeleistungen an die Familien ein; dabei blieb die Argumentation immer dieselbe. Hierzu führe ich nur einige Beispiele zur Illustration an.

Am 14. Juni 1945 wandte sich Ottó Károly Köszl an den Obergespan des Komitats Békés. Sein deportierter Sohn arbeitete davor als Lehrer an einer ungarischen Schule, womit er seine ungarische Gesinnung bewies. Außerdem heiratete er eine ungarische Frau und sympathisierte schon damals mit einer politisch linken Ideologie, als das noch gefährlich und verboten war. Sein anderer Sohn war in Russland gefallen und so wollte er nicht zwei Kinder im gleichen Land sterben lassen. Am Ende seines Briefes übernahm er die Argumentation der ungarischen Behörden, insofern: *„es ist das Interesse der Heimat, wenn brave Personen für arbeitsfähigen Volksbund-Mitglieder ausgetauscht werden, die vor kurzem alle mit Hass betrachteten, die nicht zu ihnen gehörten*".[500] Ähnlich argumentierte die Mutter von Ádám Berg, die einen Antrag an das Nationalkomitee von Mezőberény stellte. Sie schilderte ausführlich, welch guter Ungar ihr Sohn war, der unter anderem seine Einstellung mit folgender Tat bewies:

[497] MNL BéML V. B. 173. D. 8/1945.
[498] Seine Identität konnte nicht geklärt werden, weil seine Unterschrift unlesbar ist.
[499] MNL BéML IV. B. 401. B. 40. Karton 30. Dossier 30.
[500] MNL BéML IV. B. 401. B. 40. Karton 30. Dossier 30.

10.15772/ANDRASSY.2019.005160

„*...einmal war mein Sohn am Abend vor dem Volksbundshaus mit seinen Freunden, und als aus dem Gebäude deutsche Gesänge ertönten, sang er den Szózat*[501].”[502]

Die Anträge der Familienmitglieder wurden auch für Sozialleistungen und Kriegshilfen gestellt. So wandten sich die Frauen von János Hack und Ferenc Gruber aus Csorvás im Juni 1946 an den Obergespan, weil sie durch die Deportation ohne Ehemänner und ohne Einkommen blieben. Hilfeleistungen wurden in beiden Fällen zugesprochen, was auch damit zusammenhängen könnte, dass aus Csorvás, bzw. aus dem gesamten Bezirk Orosháza nur diese zwei Personen deportiert worden waren.[503]

Józsefné Filler aus Füzesgyarmat schrieb am 3. April 1945 einen Brief an den Obergespan wegen ihres deportierten Mannes, über den sie bisher keine Nachricht erhalten hatte.

> „Vor kurzem lasen wir in einer Zeitung, dass zu solchen Arbeiten nur deutsche Staatsbürger weggebracht wurden. Unsere Angehörigen sind seit Jahrhunderten Ungarn. Bereits unsere Urgroßväter sprachen und dachten ungarisch, nur unsere Namen blieben deutsch, aber wir haben nichts mit den Deutschen zu tun, doch sie wurden trotzdem weggebracht.”[504]

Für die Ausstellung der Bescheinigungen waren in erster Linie die Nationalkomitees zuständig, weswegen in ihren Materialien zahlreiche Anträge zu finden sind. Dies ist der Fall für Elek,[505] wo nicht nur Anträge von Familienangehörigen sondern auch die von den Arbeitgebern erhalten blieben, wie zum Beispiel der Antrag der Eleker Filiale der Sparkasse des Komitats Csanád-Arad, die eine Bescheinigung für einen Mitarbeiter ausstellen ließ.[506]

Die Geistlichen erhoben ihr Wort öfter auch nach der Deportation. Der Propst von Békés, György Barabás, wollte am 25. April 1945 die baldmöglichste Rückführung der „*vielleicht in die Ukraine gebrachten Lehrer”* erreichen. Er begründete seinen Wunsch

[501] Szózat ist ein berühmtes ungarisches Gedicht von Mihály Vörösmarty, das bei wichtigen ungarischen Feierlichkeiten neben der Nationalhymne gesungen wird.
[502] MNL BéML V. 326. 35/1945.
[503] MNL BéML IV. 407. B. 8/1945.
[504] „Nem régen egy újságban azt olvastuk, hogy ilyen munkákra csak a német honpolgárokat vitték el. A mi hozzátartozóink pedig már századok óta magyarok. Már dédapáink is csak magyarul beszéltek és magyarul gondolkodtak, egyedül a nevünk maradt meg németnek, de nekünk a németekhez semmi közünk nem volt, mégis elvitték őket.” MNL BéML IV. B. 401. B. 608/1945.
[505] Siehe z. B. MNL BéML XVII. 2. 173/1945, 183/1945, 257-258/1945, 348/1945, 420/1945, 762/1945, 830/1945, 906/1945, 967/1945, 4/1946, 42/1946, 54/1946, 64/1946, 66/1946.
[506] MNL BéML XVII. 2. 881/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005161

damit, dass die Abwesenheit dieser Personen ein unersetzbarer Verlust für die Kirche sei.[507]

Zahlreiche ähnliche Anträge blieben in den Akten erhalten, die auf die Argumentationsmuster schließen lassen, wie die Familienmitglieder, Arbeitgeber, Bekannte und Geistliche um die Rückführung der Deportierten ersuchten. Diese Versuche sind beachtlich, obwohl sie keinen bekannten Einfluss auf die tatsächliche Rückkehr hatten, über die nicht die ungarischen Behörden (an die die Anträge gerichtet wurden), sondern die sowjetische Seite entschied. Die Anträge lösten höchstens wiederholte Interventionsversuche der Ministerien aus, in deren Rahmen sich die ungarischen Staatsorgane bei der Sowjetregierung um das Schicksal der Deportierten erkundigten, und/oder um ihre Freilassung baten, freilich ohne Erfolg.

Einen Handlungsspielraum hatten die ungarischen Behörden jedoch bei den Anträgen auf Hilfeleistungen. Unterschiedlich war, ob sie solche wohlwollend behandelten und die Hilfen gewährten. Es ist festzustellen, dass die ungarischen Behörden nicht einmal in ihrem Zuständigkeitsbereich alles dafür taten, um alle Deportierten heimzuholen und sie sozial und finanziell zu unterstützen. Das war nicht einmal in der Region Békés-Csanád der Fall, die aus ethnisch-politischer Hinsicht als „weniger problematisch" als die meisten anderen Deportationsregionen angesehen werden kann.

Während der Monate und Jahre nach der Deportation erfolgten zahlreiche Aktionen und Maßnahmen in dieser Angelegenheit. Die großangelegten davon waren die Aktionen zur Suche und Rückführung, die mit der der Kriegsgefangenen verbunden waren. Diese liefen ab Frühling 1945 zentralisiert und landesweit, sie waren nicht regionsspezifisch.

Die erste Aktion fand in der zweiten Hälfte vom März 1945 statt. Vizegespan Csige Varga wurde bereits am 12. März darüber unterrichtet, dass

> „...es wurde in Aussicht gestellt, dass von den im Winter nach Russland gebrachten ungarischen Staatsbürgern diejenige, die keinesfalls deutschstämmig sind und keine Mitglieder des Volksbunds und der SS waren, und auch sonst keine nation- und volksfeindliche Tätigkeit ausübten, zurück ins Land, bzw. auf ihren Wohnorten gebracht werden können."[508]

[507] MNL BéML IV. 407. B. 8/1945.

[508] „...kilátás van rá, hogy a tél folyamán Oroszországa kivitt magyar állampolgárok közül azokat, akik semmiképp se tekinthetőek német származásuank, emmellet a Volksbundnak, SS-nek nem voltak tagjai,

10.15772/ANDRASSY.2019.005162

Der Vizegespan bat dazu um weitere Verzeichnisse über die betroffenen Personen. Die Bearbeitung dieser übernahm jedoch wegen seines Rücktritts am 14. März sein Nachfolger, Jenő Molnár. Bereits im März begann das vom Außenministerium koordinierte Verfahren zur Konskription der Personen, die von der Roten Armee abtransportiert wurden. Das Ziel des Ministeriums war, der sowjetischen Regierung Listen mit genauen Angaben über die Deportierten zu übergeben. Das Verfahren war jedoch mit der Verordnung Nr. 26. der Alliierten Kontrollkommission vom 18. März 1945 verbunden. Diese schränkte den Personenkreis ein. In die Listen durften von den Deportierten eingetragen werden:

> „...nur diejenigen Personen, die aus politischer Hinsicht makellos sind: also keine aktiven Mitglieder der Pfeilkreuzler- oder anderer Rechtsparteien und des Volksbundes waren bzw. nicht deutschstämmig sind. Auf die Liste dürfen noch diejenigen deutschstämmigen oder deutschsprachigen Personen gesetzt werden, die sich trotz ihrer deutschen Familiennamen bei der letzten Volkszählung zur ungarischen Muttersprache bekannten, oder ihre ungarischen Gefühle nachgewiesen haben."[509]

Diese Einschränkung, die in mehreren Punkten das Kriteriensystem der Verordnung von Ferenc Erdei übernahm, wird der Alliierten Kontrollkommission zugeschrieben. Regional unterschiedlich war, ob die ungarischen Behörden diese Bestimmungen ernst nahmen. Im Komitat Békés ist eher zu beobachten, dass alle Deportierten ohne Differenzierung in solche Listen eingetragen wurden.

Im Bezirk Elek war das anders. Der Oberstuhlrichter kündigte am 26. April an, dass er das Verzeichnis nur *„über die zur Rückführung empfohlenen Personen"* weiterleiten werde, die in politischer Hinsicht tadellos waren. Im Bezirk herrschte damals bereits eine deutschfeindliche Stimmung, die in zahlreichen Quellen dokumentiert ist. Im Fall der Gemeinde Elek kulminierte diese in der späteren Vertreibung der deutschen Bevölkerung. Elek wurde auf einer Sitzung des Nationalkomitees der Stadt Gyula im

---

se pedig egyéb nemzet- és népellenes magatartást nem tanúsítottak, sikerül az ország területére, illetve lakóhelyükre visszahozni." MNL BéML IV. 407. B. 8/1945.; MNL BéML IV. 416. B. 68/1945.

509 „...személye poltikai szempontból kifogás alá nem esik, azaz, hogy az illetők nem voltak nyilas, vagy egyéb jobboldali pártnak aktív tagjai, nem voltak a Volksbundnak tagjai, nem német származásúak, ha pedig német nevűek, úgy az esetben, a legutóbbi népszámlálásnál magyar anyanyelvűnek vallották magukat, vagy ha német anyanyelvűek, úgy magyar érzelmeikről tanúságot tettek." MNL BéML V. 355. 413/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005163

Juni 1945 als „Schwabengemeinde" bezeichnet,[510] als „*die Gemeinde, die größtenteils von Volksbund-Mitgliedern bewohnt ist*". Deswegen entwarfen die Mitglieder des Komitees die Idee, Elek in das Komitat Békés einzugliedern, damit den Personen, die einen Antrag auf Bodenbesitz in Gyula stellten, aber nicht befriedigt werden konnten, die guten Felder von Elek zugeteilt werden könnten. So hätte das langjährige Ziel der Magyarisierung von Elek „*endlich erreicht werden können*". In dieser Atmosphäre ist nicht allzu überraschend, dass die Rückführung der Deportierten nach Elek nicht als Priorität betrachtet wurde.

Im Mai 1945 – wahrscheinlich als Antwort auf die Unmengen von Anfragen von Angehörigen – erschien eine Benachrichtigung des Außenministeriums. In dieser wird behauptet, dass auch bisher alles dafür unternommen wurde, um die Heimkehr der Deportierten zu ermöglichen. Aktuell enthielt sie das Versprechen der sowjetischen Seite, dass nach dem unmittelbar bevorstehenden Ende des Krieges auch diese Fragen geregelt werden sollten. Zur Beruhigung wurde noch mitgeteilt, dass die Verpflegung und die medizinische Versorgung der Deportierten verbessert würden, diese daher schon als befriedigend anzusehen sei.[511] Ob diese Behauptung tatsächlich von der sowjetischen Seite stammte oder das ungarische Ministerium die Gemüter damit zu beruhigen versuchte, ist unklar. Allerdings war diese Mitteilung eine offensichtliche Täuschung angesichts der Tatsache, dass die Todesrate der Deportierten im Jahr 1945 am höchsten war.

Die nächste Maßnahme zur Rückführung der Deportierten und der Kriegsgefangenen begann im November 1945, denen in den nächsten Jahren weitere ähnliche Aktionen folgten. Im Bestand des Komitatsarchivs Békés fand ich nur eine fragmentarische Dokumentation zu diesen, weswegen sie an dieser Stelle nicht weiterverfolgt werden können.

[510] MNL BéML XVII. 19. Nr. 18. Protokoll der Sitzung vom 1. Juni 1945.
[511] MNL BéML IV. 407. B. 8/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005164

4.6 Interpretationen der deutschen Abstammung

In der Region Békés-Csanád sind diverse Beispiele der Interpretation der Kategorie „deutscher Abstammung" aufgrund des Beschlusses Nr. 7161. zu finden.

Die sowjetischen Militärkommandanturen betrachteten diese als eine objektiv feststellbare, konstante, ethnische Kategorie. Diese fand ihre perfekte Ausdrucksweise in dem öfter zitierten Motto *„Wenn es auch nur einen Tropfen deutsches Blut in jemands Adern gibt, dann ist er ein Deutscher"*. Die sowjetischen Akteure suchten in der Region eindeutige, vermeintlich objektive Merkmale einer solchen deutschen Abstammung: deutsche Muttersprache, deutsch klingende Namen, deutsche Herkunft und die Namen der Vorfahren. Die Angaben der Volkszählung von 1941, das politische Verhalten und die Identität der Individuen waren für sie nicht relevant. Der sowjetische Major teilte in Elek sogar mit, dass sein Ziel die Erreichung einer bestimmten Anzahl von Deportierten war.

Die ungarischen Behörden und die Betroffenen begriffen diese Tatsache jedoch nicht gänzlich. Sowohl bei der Auswahl der zu Deportierenden als auch bei der späteren Überprüfung derselben kam die Frage der Abstammung auf. Die Freistellung solcher Personen wollten sie teilweise durch die Relativierung ihrer deutschen Herkunft erreichen, was aber nicht gelang. Seltsamerweise betrachtete die ungarische Seite die Abstammung häufig als einen subjektiven Faktor, als wäre dieser durch angemessenes politisches Verhalten, durch Loyalität zum Staat veränderbar. Diese Mentalität erinnert an das traditionelle Hungarus-Bewusstsein der Ungarn im frühen 19. Jahrhundert: „gute", loyale Untertanen wurden unabhängig von ihrer Abstammung als Ungarn betrachtet.

In den Quellen dieser Region wurden die verschiedenen Varianten des „Deutsch-Seins" sehr inkonsequent benutzt. Das trifft sogar auf die Verordnung des Innenministers Ferenc Erdei zu, der selbst an einigen Stellen von deutscher Abstammung, an anderen wiederum von deutscher Nationalität oder Muttersprache schrieb, ohne den Unterschied zu definieren. Ähnlich war das auf den verschiedenen Ebenen der Verwaltungsbehörden. Oft wurde die angewandte Terminologie innerhalb eines Aktes geändert. Die undifferenzierte Benutzung dieser Begriffe zeigt, dass die Kategorien von

10.15772/ANDRASSY.2019.005165

den Verfassern der Quellen miteinander vermischt wurden. Zunächst differenzierten sie nicht zwischen Einwohnern deutscher Nationalität oder Abstammung, diesen Begriffen wurde erst während und nach der Deportation eine Bedeutung beigemessen.

4.7 Die Anzahl der Deportierten aus der Region

Über die Anzahl der Deportierten aus den einzelnen Gemeinden konnte ich fast in allen Fällen Angaben finden, bei einigen Ortschaften stehen sogar mehrere unterschiedliche Zahlen zur Verfügung (siehe Tabelle 1 im Anhang). In solchen Fällen führte ich in der Tabelle die Angabe an, die ich für wahrscheinlicher halte. Die Angaben sind mit einigen Abweichungen mit den Zahlen von Gyula Erdmann identisch,[512] dessen Forschung 1990 auch auf Archivakten basierte. Der wesentlichste Unterschied besteht darin, dass er im Bezirk Orosháza von 132 Deportierten schrieb, obwohl mehrere Unterlagen betonen, dass aus dem Bezirk nur zwei Männer aus der Gemeinde Csorvás in die Sowjetunion deportiert wurden.
Bei der Feststellung der Zahlen sind die Angaben in den Archivunterlagen äußerst präzis. Die Gesamtanzahl von 2.838 Personen ist wahrscheinlich ein Minimum, das jedoch kaum von tatsächlicher Anzahl der Deportierten abweicht.

5. Die Region Nordostungarn

5.1 Allgemeines

Die Deportationsregion Nordostungarn ist eine künstliche Konstruktion, sie ist weder eine kulturelle, noch eine wirtschaftliche oder verwaltungsrechtliche Einheit. Sie wurde nur zwecks dieser Arbeit erstellt. Mein Ziel war die Untersuchung der Deportationen

[512] ERDMANN, Deportálás, 1990, 15.

10.15772/ANDRASSY.2019.005166

anhand ihrer Ähnlichkeiten im nordöstlichen Landesteil, der in der Tat aus mehreren kleineren Teilgebieten besteht.

Die Bezeichnung „Nordost" steht für das heutige Ungarn, zur Zeit der Deportationen war die Region ein Teil von Binnenungarn – sie wurde jedoch von den Sowjets mit hoher Wahrscheinlichkeit bereits damals als Grenzgebiet betrachtet. Der südliche Teil der Region (Debrecen mit Umgebung, Nádudvar, Berettyóújfalu) zählt auch heute nicht zu den nördlichen Gemeinden Ungarns, doch der Großteil der betroffenen Ortschaften gehört geografisch zu Nordostungarn, weswegen ich diese Bezeichnung für die ganze Region benutze.

Die Region umfaßt das Gebiet folgender damaliger Komitate: Hajdú, Bihar, Szabolcs, Szatmár, Bereg, Borsod, Gömör und Kishont, Abaúj-Torna, bzw. Zemplén.[513] Von der Grenzziehung vom Trianon waren in erster Linie Bihar, Szatmár, Bereg, Zemplén, Gömör und Kishont, ferner Abaúj-Torna betroffen. Die Verwaltungsregelungen im Jahr 1923 veränderten wieder die Struktur der Region, davon werden nur die Fälle hier angeführt, die ganze Komitate betrafen, modifizierten oder vereinigten. Als k. e. e.[514] Komitate wurden einerseits Szatmár, Ugocsa und Bereg vereinigt, darüber hinaus Borsod, Gömör und Kishont. Die Vereinigung der Komitate Abaúj-Torna mit Zemplén wurde gleichfalls diskutiert, aber niemals ausgeführt.

Das Gebiet dieser Komitate vergrößerte sich wieder mit dem Ersten Wiener Schiedsspruch von 1938 (Abaúj-Torna, Gömör und Kishont, Bereg, Zemplén), ferner mit der Rückeroberung der Karpato-Ukraine 1939 (Bereg) und mit dem Zweiten Wiener Schiedsspruch 1940 (Szatmár, Bihar). Die Trianon-Grenzen wurden nach dem Zweiten Weltkrieg, mit dem Waffenstillstandsabkommen vom 1945 und dem Friedensvertrag vom 1947 wieder hergestellt.

Mit der Neuregelung des Verwaltungssystems Ungarns entstanden am 16. März 1950 drei vereinigte Komitate. Als Borsod-Abaúj-Zemplén entstand ein neues Komitat mit dem Sitz in Miskolc, das aus den ehemaligen Einheiten Borsod, Gömör, Abaúj-Torna und Zemplén bestand, ferner wurden hierzu einige Gemeinden des Komitats Szabolcs angegliedert. Das neue Komitat Hajdú-Bihar hatte seinen Sitz in Debrecen und umfasste die Komitate Bihar, Hajdú und einige Ortschaften des Komitats Szabolcs. Aus dem

[513] Vgl. LELKES, Magyar, 2011, 967–968.
[514] Siehe dazu das vorherige Kapitel.

10.15772/ANDRASSY.2019.005167

Komitat Bihar wurde ein Bezirk zugunsten des Komitats Békés abgetrennt. Das restliche Komitat Szabolcs wurde mit den „Rumpfkomitaten" Szatmár und Bereg vereinigt, es hieß bis 1989 Komitat Szabolcs-Szatmár, danach bis heute Szabolcs-Szatmár-Bereg mit dem Sitz in Nyíregyháza.
Die Deportationsregion Nordostungarn befand sich auf dem Gebiet dieser Komitate, einige Gemeinden vom Komitat Heves (wie Kompolt) gehörten wahrscheinlich auch dazu. Das Archivmaterial vom Komitat Heves wurde im Rahmen meiner Forschung nicht gesichtet.
Wie ich bereits bei der Region Békés-Csanád andeutete, führten die Veränderungen in der Verwaltungsstruktur archivalisch zumeist zu Problemen und Mängeln, besonders in solchen Fällen wie in Abaúj-Torna, wo auch der Komitatssitz an ein anderes Land (Tschechoslowakei) angegliedert wurde. Während der Forschungsphase meiner Arbeit recherchierte ich in jedem der drei Komitatsarchive der Region, bzw. in deren Filialarchiven. Die Bestände vieler Ortschaften sind leider tatsächlich mangelhaft (besonders die Gemeindeunterlagen, und in einigen Fällen auch die Akten der Bezirke). Eine vollständige Rekonstruktion der Deportationen war bei dieser Quellenlage nicht überall möglich, auch wenn andere Akten herangezogen wurden. Bei der Auswertung suchte ich deswegen nach solchen allgemeinen Zügen der Deportationsvorgänge, die ein plausibles Bild über die Geschehnisse in der Region vermitteln und aufgrund dessen sich meine Forschungsfragen beantworten ließen.

Bei der Untersuchung der geografischen Ausdehnung der Region, bzw. der Lage der von den Deportationen betroffenen Gemeinden zeichnen sich mehrere kleinere Subregionen ab. Diese versuchte ich getrennt zu untersuchen, obwohl das Archivmaterial von einigen leider nicht zur Erschließung der Besonderheiten der dortigen Deportationsvorgänge ausreicht.
Eine solche kleinere Region ist das Siedlungsgebiet der Sathmarer Schwaben, von dem sich nur zwei Gemeinden (Mérk und Vállaj) im heutigen Ungarn befinden. Es ist fraglich, ob die Sowjets die Personen aus dieser Ortschaften zum Kontingent der Deportierten aus Ungarn zählten (siehe dazu das Kapitel **Fazit** dieser Arbeit). Die archivalische Dokumentation der Deportation in dieser Subregion reicht jedoch nicht

10.15772/ANDRASSY.2019.005168

für eine detailliertere Untersuchung aus, die Unterlagen zum Gebiet wurden vernichtet oder befinden sich nicht in ungarischen Komitatsarchiven.

Unter dem Aspekt der Deportation zeichnet sich auch eine Grenze zwischen den Komitaten Hajdú und Bihar und der restlichen Region ab. Über die Gemeinden der Subregion Hajdú und Bihar stehen Akten in unterschiedlicher Menge zur Verfügung, die genaue Erschließung war nur begrenzt möglich. Über die Anzahl der Betroffenen liegen in einigen Fällen lediglich Angaben von Überlebenden vor.

Die größten Subregionen befinden sich in den Komitaten Borsod, Zemplén, Szabolcs und Szatmár, dabei ist eine Trennung zwischen einer Teilregion in Borsod um Miskolc und zum Teil in Zemplén und einer in den Komitaten Zemplén und Szabolcs mit Rakamaz und Tokaj an der Theiß möglich. Mein Schwerpunkt liegt auf diesen Subregionen, weil die meisten betroffenen Gemeinden hier liegen, und die archivalische Dokumentation relativ gut ist.

Die Deportationsregion Nordostungarn unterscheidet sich in zwei Aspekten von allen anderen ungarischen Landesteilen, in denen die Deportation ebenfalls durchgeführt wurde.

Einerseits wurde hier in den meisten Fällen sowohl in den Archivunterlagen als auch in den Zeitzeugenberichten die Tatsache dokumentiert, dass die sowjetischen Akteure (Offiziere, örtliche und regionale Militärkommandaturen) von ungarischen „Kollaborateuren" wesentliche Hilfe während der Durchführung erhielten. Unterschiedlich ist, wie diese Personen bezeichnet wurden: Die von den Deportierten als Verräter angesehenen waren „Nationalgardisten" („*nemzetőr"*), „Bürgerwehr" („*polgárőr*"), „Armbindenträger" („*karszalagos*"), zumeist aber „Polizen" („*Polic/Policáj/Policár*").[515] Es ist unbekannt, woher dieser Begriff stammt, wahrscheinlich nannten die sowjetischen Akteure die von ihnen ernannten Ordnungsmächte so, und das Wort wurde in dieser Form von der Einwohnerschaft übernommen. Wer die „Polizen" genau waren und inwieweit sie freiwillig die Befehle

[515] Über Polizen berichteten die Überlebenden u. a. in folgenden Werken: DOBOZI, Napnyugtát, 1991, 14–17; KORMOS, Valéria: A végtelen foglyai. Magyar nők szovjet rabságban 1945–47. Kairosz, Budapest, 2002, 7; KORMOS – VÁRHELYI, Emberrablás, 11, 30–33, 36, 37, 49–51, 75, 107; SZEBENI, Merre, 1992, 24, 28, 59, 113, 121, 137, 171. Valéria Kormos führte sogar mit zwei ehemaligen „Polizen" Interviews, die sich zu rechtfertigen versuchten, siehe KORMOS – VÁRHELYI, Emberrablás, 1990, 39–48.

10.15772/ANDRASSY.2019.005169

der Sowjets durchführten, war wahrscheinlich je nach Gemeinde unterschiedlich. Diese Personen erscheinen jedenfalls in den Erzählungen generell als sehr negative Gestalten.

In der Stadt Miskolc und in der Umgebung war eine konkrete Organisation, das sog. Mokán-Komitee für die bereitwillige Unterstützung der Deportationen verantwortlich.[516] Das Antinazi- Komitee der Ungarischen Kommunisten (*Magyarországi Kommunisták Antináci Komitéja*) gründeten Arbeiter des Eisenwerks von Diósgyőr 1943 noch illegal unter der Leitung von Mihály Fekete, István Oszip, Ferenc Barbai und des späteren Obergespans von Miskolc, Béla Tóth.[517] Sie unterstützten die sowjetischen Truppen vor deren Einmarsch mit ihrer Spionagetätigkeit. Als die Rote Armee am 3. Dezember 1944 Miskolc eroberte, beauftragte sie die Mokán-Mitglieder, die sofort Kontakte zu ihnen suchten, mit Verwaltungs- und Ordnungsaufgaben. Die Mitglieder erlangten Positionen in den verschiedensten Verwaltungsorganen, Stadt- und Komitatsgremien. Sie durften Waffen und Armbinden tragen bzw. patrouillieren.[518] Nach der Normalisierung der Lage in den Komitatsverwaltungen blieben sie weiterhin aktiv. Ende Januar 1945 trieben sie die Personen zusammen, die dann in die Sowjetunion deportiert wurden. Sie prägten die Verwaltungstätigkeit von Miskolc als Kommunisten auch weiterhin.

Das zweite Spezifikum der Deportationsregion Nordostungarn war die große Zahl der im Kapitel **2.4** bereits erwähnten Männerverschleppungen, die nahezu parallel mit der Deportation deutschstämmiger Zivilisten im Gange waren. Zwischen den beiden Fällen ist es nicht immer leicht, eine Grenze zu ziehen, besonders anhand der Archivunterlagen, die zumeist über Zivilgefangenen („*polgári fogoly*" in sinngemäßer Übersetzung) schrieben. Eine Trennung ist jedoch gemäß des im Kapitel **2.4** ausgeführten Kriteriensystems durchführbar.

[516] MAJZIK, Dávid: A Mokan-komité szerepe a kommunista hatalomváltás előkészítésében Miskolcon. Herman Ottó Múzeum évkönyve LIV. Miskolc, 2015, 453–469.; MAJZIK, Dávid: A Mokan-komité szerepe a kommunista hatalomváltás előkészítésében Miskolcon (1944–1945). Diplomarbeit, Manuskript. Miskolci Egyetem, 2015. Online: http://midra.uni-miskolc.hu/document/20415/14501.pdf (Abruf: 12. 5. 2018).; SIMON, József: Mokan-Komité: a miskolci-diósgyőri ellenállás története. Herman Ottó Múzeum Évkönyve LIII. Miskolc, 2014, 325–332. Auf ihre Tätigkeit bei der Deportation weisen z. B. folgende Bände hin: BORSODI, Gyula: Ellopott életünk. Málenkij robot. Herendi 2004 Kiadó, Miskolc, 2017.; KIRÁLY, Levente: Visszaemlékezés civil deportált- és hadifogoly éveim jelentősebb eseményeire 1945–1948. Herendi 2004 Kiadó, Miskolc, 2016, 31.

[517] SIMON, Mokan, 2014, 325.

[518] SIMON, Mokan, 2014, 330.

10.15772/ANDRASSY.2019.005170

In mehreren Hajdú-Städten wurden unmittelbar nach derer Eroberung Männer massenweise verschleppt, so in Hajdúböszörmény ab dem 28. Oktober 1944,[519] in Hajdúnánás in den ersten Tagen des Novembers.[520] Der sowjetische Hintergrund solcher Aktionen ist bis heute nicht geklärt. Es ist wahrscheinlich, dass diese im Zusammenhang mit den Kriegshandlungen im Rahmen der Operation Debrecen erfolgten. Die lokale Forschung nennt die Betroffenen „Geiselgefangene" („*túszfoglyok*").

Etwa 2.000 Männer wurden am 3. November 1944 so aus Nyíregyháza verschleppt.[521] Der Hintergrund dazu ist gleichfalls nicht gänzlich bekannt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die intensiven Kämpfe sowjetische „Rachaktionen" auslösten, also die Sicherstellung der männlichen Bevölkerung, die als gefährlich betrachtet wurde und als Arbeitskraft verwendet werden konnte. Die Verschleppten aus Debrecen wurden von dieser Stadt aus zusammen mit den Verschleppten aus den Hajdú-Städten nach Rumänien und danach in die Sowjetunion transportiert.[522]

Die dienstfähigen Männer verschleppten die Sowjets nicht nur aus Städten sondern auch aus zahlreichen Gemeinden dieses Landesteils. Solche Fälle sind fast aus allen Ecken der Region bekannt, die meisten unterschieden sich von den Vorfällen in Hajdúság und in Nyíregyháza darin, dass die Zielstation Szolyva[523] war.[524] Diese Tatsache lässt darauf schließen, dass diese Personen zu der Gruppe gehörten, die gemäß dem Befehl Nr. 0036. der 4. Ukrainischen Front wegen ihrer deutschen oder ungarischen Nationalität in die Karpato-Ukraine verschleppt wurden. Laut Befehl galten die Männer im dienstfähigen Alter in dieser Region als feindliche Soldaten und sollten in Kriegsgefangenenlager abtransportiert werden.[525] Die Durchführung begann am 16. November 1944 und dauerte bis Mitte Dezember.

Diese Aktion betrachten mehrere Historiker in der Karpato-Ukraine als Teil einer ethnischen Säuberung, wobei das Ziel die Beseitigung der deutschen und ungarischen

[519] VARJASI, Megszenvedték, 2011.
[520] HADAS, Hol sírjaik, 1991.; BUCZKÓ– HADAS, Akiknek, 2014.
[521] FÜZES, Modern, 1990, 29, 31.; ZIELBAUER, Magyar, 1989, 277.; BOGNÁR, Itt volt, 2015, 26–27.; Siehe mehr dazu: FAZEKAS, Elhurcoltak, 1989.; ILYÉS, Málenkij, 2010.; CZANK, Elrabolt, 2017.
[522] VARGA, Magyarok, 2008, 144.
[523] Swaljawa, Stadt in der heutigen Ukraine.
[524] FÜZES, Modern, 1990, 15.
[525] VARGA, Magyarok, 2008, 146.

10.15772/ANDRASSY.2019.005171

Einwohner war, um die Einverleibung der Region für die Sowjetunion zu erleichtern.[526] Die Frage bleibt meiner Ansicht nach jedoch offen, warum die Verschleppung weiblicher Zivilisten unterblieb, wenn tatsächlich eine ethnische Homogenisierung das Ziel gewesen sein sollte.

Über die Verschleppung der männlichen Bevölkerung im November 1944 sind mehrere Berichte und Anträge bekannt. In diesen wird die Aktion als unerwartet, abrupt und willkürlich beschrieben, wobei mehrmals auch Gewalt angewandt wurde. In Hajdúnánás nahmen die sowjetischen Soldaten die Zivilisten in der Nacht mit.[527] Andere Personen wurden auf den Straßen gefangen genommen. In Balmazújváros wurden solche Fälle zu Protokoll gegeben. So berichtete Frau Imréné Tóth, geb. Sára Németi, dass sie mit ihrem Mann Karotten ernten wollte, als sie mit einer sowjetischen Truppe konfrontiert wurden, die Gefangene begleiteten. Das Schicksal ihres Mannes war damit besiegelt: „*die russischen Wächter trieben ihn zu den anderen Gefangenen, seitdem weiß sie nichts mehr von ihm*".[528] Ähnliche Protokolle sind im Aktenbestand von Balmazújváros zahlreich zu finden.[529]

Diese Verschleppungen der Männer im Herbst 1944 möchte ich in meiner Arbeit nicht näher untersuchen. Für meine Forschung bedeutete es eine erhebliche Schwierigkeit, dass weder die Quellen noch die Fachliteratur eindeutig zwischen den genannten Verschleppungen und der Deportation aufgrund deutscher Abstammung unterscheiden. Besonders bei der Feststellung der Anzahl der Betroffenen in der Region ist deswegen kein Konsens zu erzielen. Die Trennung zwischen den zwei Gruppen in den Quellen ist insbesondre bei den Gemeinden diffizil, in denen beide Aktionen durchgeführt wurden wie z. B. in Hajdúnánás.

---

[526] Mehr dazu siehe zu den Forschungen von György Dupka, bzw. Erzsébet Molnár D.: DUPKA, A mi Golgotánk, 2012.; DUPKA, György: A szovjet hatóság megtorló tevékenysége Kárpátalján: 1944–1991: a kárpátaljai magyarságot ért atrocitások, sérelmek vázlatos története levéltári források, egyéb dokumentumok alapján. Intermix, Budapest–Ungvár, 2014.; DUPKA, György: Halottaink, 1944–1959: a kárpátaljai szovjet népirtás eddig ismert áldozatainak névsora. Intermix, Budapest–Ungvár, 2014.; MOLNÁR D., Erzsébet: Szovjet megszállás Kárpátalján 1944–1945-ben. In: HORVÁTH, Zsolt – KISS, Réka (Hg.): Remény és realitás. Magyarország, 1945. NEB, Budapest, 2017, 321–343.; MOLNÁR D., Erzsébet: Kárpátaljai magyarok és németek a Szovjetunió hadifogoly- és munkatáboraiban (1944–1949). In: GÉCZY, Róbert (Hg.) Az Elbától Vorkutáig. Veritas, Budapest, 2017, 173–191. Ferner BOGNÁR, Itt volt, 2015, 12–15.

[527] L. BALOGH, Béni: „Törvényes" megszállás. Szovjet csapatok Magyarországon 1944–1947. Magyar Nemzeti Levéltár, Budapest, 2015, 285.

[528] MNL HBML V. 607. C. 2050/1945.

[529] Siehe MNL HBML V. 607. C. 1938/1945, 1901/1945, 1945/1945, 2054/1945, 2118/1945, 2231/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005172

Das Phänomen der Männerverschleppungen fügt jedoch einen wichtigen Faktor zu meiner Arbeit hinzu, es ist nämlich gut dazu geeignet, die Einstellung der ungarischen Behörden den deutschstämmigen Deportierten gegenüber genauer zu untersuchen. Für diese Behörden waren nach Abschluss aller Deportations- und Verschleppungsaktionen in erster Linie die verschleppten Männer relevant. Für die Rückführung und Unterstützung der deutschstämmigen Zivilisten wurde deutlich weniger getan. Für die verschleppten Männer setzten sich das ungarische Verwaltungspersonal, die Parteien und andere Persönlichkeiten intensiv ein, damit sie ohne Ausnahmen repatriiert werden konnten. Das war im Fall der deportierten deutschstämmigen Zivilisten keineswegs selbstverständlich.

Über die Deportation und Verschleppung der Zivilbevölkerung Nordostungarns wurden zahlreiche Werke publiziert. In dieser Region blieb die massenweise Vertreibung der deutschen Minderheit aus, deswegen stehen keine frühen Arbeiten zum Thema aus der Bundesrepublik Deutschland (so wie Heimatbücher) zur Verfügung. Im Bestand des Lastenausgleichsarchivs sind ebenso nur einige Berichte aus diesen Komitaten zu finden.

Interessanterweise erschienen in Ungarn sowohl über die Männerverschleppungen[530] als auch über die Deportation der deutschstämmigen Zivilisten[531] die ersten, bahnbrechenden Werken zur Zeit der politischen Wende 1989. Diese benutzten in ihren Titeln die gleiche Terminologie, wie ich in dieser Arbeit: „*Elhurcoltak*", also die Verschleppten, bzw. „*Deportáltak*", also die Deportierten.

Seither wurde die (Fach)Literatur zum Thema mit vielen weiteren Publikationen angereichert. Außer den zahlreichen Interviews wurden über einige Gemeinden gründliche Forschungsergebnisse vorgelegt.[532] Die Deportation aus Miskolc und der Umgebung arbeitete in der letzten Zeit Gergely Kunt in einem wissenschaftlichen

[530] Siehe FAZEKAS, Elhurcoltak, 1989.
[531] Siehe ÁRVA – POZSONYI, Deportáltak, 1989.
[532] Zu den Hajdú-Städte bedeuteten eine wichtige Hilfe die Bücher von Imre Varjasi, Leiter des Filialarchivs in Hajdúböszörmény, siehe: VARJASI, Megszenvedték, 2011.; VARJASI, Túszfoglyok, 2017. Zur Deportation aus dem Komitat Borsod-Abaúj-Zemplén verfasste eine Mitarbeiterin des Museums in Szerencs, Éva Oroszné Stumpf wichtige Werke, siehe OROSZNÉ STUMPF, Éva: Jóvátették azt, amit el sem követhettek... A szerencsi gyűjtőtborból donbászi kényszermunkára. Szerencs város német nemzetiségi önkormányzata, Szerencs, 2014.; OROSZNÉ STUMPF, Éva: „Leszünk idegen nemzet robotoló népe". „Málenkij roboton" Borsod-Abaúj-Zemplén megyéből. Szerencs Város Német Nemzetiségi Önkormányzata, Szerencs, 2017.

10.15772/ANDRASSY.2019.005173

Beitrag auf.[533] Zur Erforschung der Deportation und Verschleppung aus dem Komitat Szabolcs-Szatmár-Bereg lieferten die Archivare des Komitatsarchivs 2017 eine sehr wertvolle Dokumentation, in der sie außer der Auflistung der Namen der Deportierten je nach Gemeinde ebenfalls die Archivsignaturen anführten, wo Auskünfte über die jeweiligen Personen zu finden sind.[534]

Das Thema wurde in der Region also bereits wissenschaftlich behandelt, die ganze Deportationsregion wurde jedoch noch von keinem Autor als eine Region betrachtet und aufgearbeitet.

5.2 Die sowjetische Besetzung der Region

Der nordöstliche Landesteil war im Herbst 1944 sehr heftig umkämpft. Auf sowjetischer Seite nahmen an den Kämpfen die 2. Ukrainische Front unter Marschall Malinowskij teil, bzw. im Komitat Bereg die 4. Ukrainische Front, darüber hinaus auch rumänische Militäreinheiten. Diese Truppen führten die Deportationen durch. An der Seite der Verteidiger standen die 2. Ungarische Armee und die 6. Deutsche Armee.

Die sowjetische Eroberung von Nordostungarn begann mit den Kämpfen um Nagyvárad Anfang Oktober 1944. Die Sowjets leiteten ab dem 6. Oktober einen organisierten Angriff ein, in dessen Rahmen sie den wesentlichen Teil der Komitate Békés und Bihar besetzten.[535] Gezielt war der Vormarsch nach Norden, um dort die Operationen der 4. Ukrainischen Front bei Bodrog zu unterstützen.[536] Die deutschen Truppen versuchten gleichfalls eine Gegenoffensive, um die in Siebenbürgen kämpfenden Truppen zu entlasten. Diese Offensiven führten zur Operation bei Debrecen vom 9. bis zum 26. Oktober 1944, die die größte Panzerschlacht in der Geschichte Ungarns war[537] und auch

[533] KUNT, A málenkij, 2017.
[534] GALAMBOS – KUJBUSNÉ MECSEI, Emlékezetül, 2017.
[535] UNGVÁRY, A magyar, 2004, 332.; ZAHAROV, A 2., 1973, 203.
[536] ZAHAROV, A 2., 1973, 206.
[537] UNGVÁRY, A magyar, 2004, 333.

10.15772/ANDRASSY.2019.005174

für die Zivilbevölkerung verheerende Folgen hatte. Unter Anderem mussten mehrere Ortschaften während der Kämpfe evakuiert werden.[538]

Die näheren Kampfhandlungen stelle ich hier nicht vor. Wichtige Momente waren die Einnahmen der größeren Städten durch die Sowjets, wie Nagyvárad am 12. Oktober, Debrecen am 19. Oktober[539] und Nyíregyháza am 21. Oktober.[540] Nagykároly und Szatmárnémeti fielen am 25. Oktober, Munkács am nächsten Tag.[541] Wesentlich später, erst am 15. November wurde Szerencs erobert,[542] Miskolc und Sátoraljaújhely am 3. Dezember,[543] die Gemeinde Hercegkút zum Beispiel aber erst am 16. Dezember.[544] In vielen Ortschaften gab es mehrmalige sowjetische Einmärsche. Darüber informiert zum Beispiel der reformierte Priester von Buj, wo zuerst am 22. Oktober Sowjets eintrafen, denen am 1. November weitere Truppen folgten.[545] In den meisten Gemeinden blieben größere Verteidigungskämpfe aus, mit deutsch-ungarischem Widerstand war die Rote Armee in erster Linie in der Umgebung von größeren Städten konfrontiert.

Die Stadt Nyíregyháza mussten die sowjetischen Soldaten am 25. November wegen der Gegenoffensive vorübergehend aufgeben. Ein Teil der Einheimischen begrüßte diese Wendung mit Freude, die Personen, die mit den Sowjets kooperierten, bzw. die zurückgelassenen sowjetischen Verletzten fielen der Vergeltung zum Opfer.[546] Zaharov beschrieb diesen Fall, dass die sowjetischen Offiziere nach Rückeroberung der Stadt einen außerordentlichen Befehl erlassen mussten, um Racheaktionen ihrer Truppen zu vermeiden. Die Verschleppung von Zivilisten erwähnt er jedoch nicht, obwohl dieser Fall im Kontext der abrupten Verschleppung von 2.000 Männern durchaus vorstellbar wäre.

Insgesamt war die sowjetische Eroberung der Region mit intensiven, blutigen Kämpfen verbunden, die auf allen Seiten viele Opfer erforderten. Diese Entwicklung hatte jedoch keine nachweisbaren Auswirkungen auf den Verlauf der Deportation deutschstämmiger

[538] Zum Beispiel war das der Fall in Gáva vom 5. bis zum 26. November 1944. Siehe: SZABADI, Krisztusban, 2016, 147.
[539] Bei Zaharov am 20. Oktober, siehe ZAHAROV, A 2., 1973, 474.
[540] ZAHAROV, A 2., 1973, 479.
[541] UNGVÁRY, A magyar, 2004, 335.
[542] OROSZNÉ, Leszünk, 2017, 23.
[543] ZAHAROV, A 2., 1973, 478, 480.
[544] NAÁR, János: Szülőfalunk Hercegkút. Hercegkútiak kényszermunkán a Szovjetunióban 1945–1949. Hercegkút Község Önkormányzata, Hercegkút, 2015.
[545] SZABADI, Krisztusban, 2016, 142.
[546] UNGVÁRY, A magyar, 2004, 336.; ZAHAROV, A 2., 1973, 208.

10.15772/ANDRASSY.2019.005175

Zivilisten aus den Gemeinden der Region. Vielmehr war die Intensität der Kriegsführung der wahrscheinliche Grund dafür, dass Tausende männliche Zivilisten in die Sowjetunion verschleppt wurden. Die sowjetische Eroberung der Region dauerte längere Zeit an und verzögerte sich, einige Ortschaften befanden sich bereits Mitte Oktober 1944 in sowjetischer Hand, die später zum Teil von deutschen und ungarischen Truppen zurückerobert wurden. In anderen Teilen der Region trafen die sowjetischen Truppen erst Mitte Dezember ein, so war das in vielen Ortschaften der Fall, die von der Deportation betroffen waren.

Im Gegensatz zur Region Békés-Csanád waren vielerorts die Kämpfe hier noch im Gange, oder wurden erst abgeschlossen, als am 16. Dezember 1944 der Befehl zur Deportation „deutschstämmiger Zivilisten" ausgegeben wurde. So begann deren Durchführung in Nordostungarn erst später, andererseits war ihr Organisationsgrad weit geringer als in der Region Békés-Csanád. Die sowjetischen Akteure verfügten kaum über Ortskenntnisse und hatten keine Möglichkeit, das hiesige Verwaltungssystem kennenzulernen und die lokalen Verhältnisse einzuschätzen. So konnten sie auch keine adäquate Entscheidung darüber treffen, in welchen Ortschaften „deutschstämmige Zivilisten" zu suchen waren. Diese Tatsache widerspiegelt die Art und Weise der Durchführung der Deportation in dieser Region.

5.3 Ethnische Struktur und Konflikte

Nordostungarn ist traditionell kein ungarndeutsches Siedlungsgebiet, obwohl der Landesteil im 18. Jahrhundert mehrere Einwanderungswellen erlebte. Ähnlich wie in Békés-Csanád, gerieten Siedler aus dem deutschen Sprachgebiet hierher im Rahmen von privaten Ansiedlungsaktionen seitens der Magnaten. In das Komitat Zemplén kamen deutsche Siedler nach Rátka, Károlyfalva und Hercegkút[547] im Jahre 1754, die sich auf den Gütern von Graf bzw. Herzog Johann Leopold Donat von Trautson niederließen.[548]

[547] Die Gemeinde wurde lange Trauczonfalva genannt, der deutsche Name ist bis heute Trautsondorf.
[548] SEEWANN, Die Geschichte, Band 1., 2013, 163.

10.15772/ANDRASSY.2019.005176

Im Komitat Szabolcs organisierte die Familie Kállay von Nagykálló Ansiedlungen, so kamen Deutsche im 18. Jahrhundert nach Napkor, Pócspetri und Rakamaz.[549] Deutsche Einwohner wurden in den damaligen Konskriptionen auch in Újvencsellő registriert; diese Gemeinde war während des Rákóczi Aufstands entvölkert und danach von der Dessewfy Familie erworben worden, die 1785 deutsche Siedler in die Gemeinde rief.[550] Die Sathmarer Schwaben wurden von der Familie Károlyi angesiedelt, damit begann Graf Sándor Károlyi 1712. Seine Nachfahren siedelten bis Mitte des 19. Jahrhunderts Deutsche an.[551] In der heutigen Karpato-Ukraine organisierte die Familie Schönborn die Ansiedlung von Deutschen in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts aus der Umgebung von Frankfurt-Main, denen später Siedler aus Niederösterreich, ferner Slowaken und Tschechen folgten.[552]

Der Ansiedlung folgten Binnenmigrationen, deshalb wohnten in vielen weiteren Gemeinden Personen deutscher Abstammung. Ein zusammenhängendes deutsches Siedlungsgebiet enstand in der Region jedoch nicht, weswegen im 20. Jahrhundert Assimilation und Magyarisierung weit fortgeschritten waren.

Bei der Untersuchung der Statistiken (siehe Tabelle 3. und 4. im Anhang), besonders der Angaben zur Muttersprache im 20. Jahrhundert, ist der Mangel an Bevölkerung mit deutschem Bekenntnis auffällig. In den Statistiken taucht in mehreren Gemeinden eine kleine Gruppe deutscher Muttersprachler auf, der Anteil solcher Personen überschritt jedoch nirgendwo 5% der Gesamtbevölkerung. Die einzige Ausnahme war Károlyfalva im Jahr 1920, wo sich 392 Personen (82%) zur deutschen Muttersprache bekannten. Bereits 1930 jedoch verschwand die Bereitschaft, sich zu dieser Sprache zu bekennen, lediglich 92 Personen (17%) waren damals statistisch gesehen deutsche Muttersprachler. Ähnliche Tendenzen lassen sich im Vergleich mehrerer Volkszählungen auch in anderen Gemeinden beobachten. In Mérk lebten 1920 noch 124 deutsche Muttersprachler (4%), 1930 bekannte sich niemand mehr zu dieser Sprache. Im Nachbardorf Vállaj gab es bereits 1920 keine deutschen Muttersprachler. Das hängt in diesen zwei Fällen wahrscheinlich mit dem generellen Phänomen bei den Sathmarer

[549] SEEWANN, Die Geschichte, Band 1., 2013, 163.
[550] Siehe dazu die Homepage der Gemeinde: http://www.gavavencsello.hu/gavavencsello/tortenelem (Abruf: 13. 5. 2018)
[551] SEEWANN, Die Geschichte, Band 1., 2013, 163.
[552] SEEWANN, Die Geschichte, Band 1., 2013, 163–164.

10.15772/ANDRASSY.2019.005177

Schwaben zusammen, die im Vergleich mit anderen deutschen Siedlungsgebieten schon früh assimiliert waren.[553]

Eine beträchtliche Anzahl von Deutschen lebte in der Umgebung von Miskolc, die in der Metallindustrie tätig waren. In den Angaben der Volkszählung von 1920 waren in Diósgyőr 495 Personen deutschsprachig, 1930 sank diese Zahl auf 323, 1941 auf 135 Personen,[554] während die Bevölkerungsanzahl der Gemeinde stätig wuchs.

Interessant ist in den Statistiken, dass die traditionellen „schwäbischen" Gemeinden, die auch in zeitgenössischen Quellen als solche dargestellt wurden, statistisch gesehen jedoch keine „Schwabendörfer" waren. In Hercegkút, Rakamaz oder Rátka bekannten sich nur einige Personen zur deutschen Muttersprache, laut den Statistiken waren diese jedoch von Ungarn bewohnte Gemeinden, wie alle andere Ortschaften in der Umgebung. Einige Elemente der deutschen Identität blieben jedoch auch in diesen Gemeinden erhalten (Bräuche, Familiennamen). Das zeigt, welche unterschiedliche Formen des „Deutsch-Seins" in Ungarn nebeneinander existierten – die jedoch im Verlauf der Deportation allesamt nicht berücksichtigt wurden.

Ein bemerkenswertes Beispiel dafür war Balmazújváros.[555] Laut den Statistiken lebte in der Gemeinde keine deutsche Bevölkerung. Auch die Identität und das Selbstbewusstsein der Einwohnerschaft war stark den Ungarn in der Hajdúság angepasst, obwohl die Einwohner von Balmazújváros über ihre deutsche Abstammung Bescheid wussten.[556]

Interessant ist auch, dass ein großer Teil der Bevölkerung, der wahrscheinlich doch deutschsprachig war, diesen Umstand nur bei der amtlichen Volkszählung nicht zugab. In Hercegkút z. B. bekannte sich keine Person 1941 offiziell zur deutschen Muttersprache, im Rahmen dieser Erhebung wurde jedoch nach Sprachkenntnisse

[553] Siehe dazu: ROȘU, Răzvan: Zur Identität der Sathmarer Schwaben. In: Zeitschrift für Balkanologie. Bd. 51. Nr. 2. (2015). 236–253.; SZILÁGYI, Levente: A deportálások emlékezete és a múlt feldolgozásának alakzatai a szatmári sváboknál. In: CSIKÓS, Gábor – KISS, Réka – Ö. KOVÁCS, József (Hg.) Váltóállítás. Diktatúrák a vidéki Magyarországon. MTA – NEB, Budapest, 2017, 323–342, hier 326–327.

[554] KUNT, A málenkij, 2017, 47.

[555] Aktuell ist in Balmazújváros ein Zuwachs von Personen zu beobachten, die sich als Deutschen bekannten. Siehe dazu: TÓTH, Ágnes – VÉKÁS, János: A magyarországi németek disszimilációjának területi jellemzői. In: Demográfia, 2016. Jg. 59. Nr. 1. 89–119.

[556] Siehe dazu ein Brief aus Balmazújváros, in dem eine Frau aus der Gemeinde die Rote Armee um die Freilassung der Deportierten bat. Sie argumentierte auch, dass die Einwohner seit 200–300 Jahren in Ungarn lebten, also nicht als Deutschen zu betrachten wären. Publiziert von: STARK, Akkor, 2017, 96.

10.15772/ANDRASSY.2019.005178

ebenso gefragt, und 855 Personen von den 1.123 Einwohner der Gemeinde teilten in dieser Form mit, dass sie der deutschen Sprache mächtig waren.[557]

In der Region lebten auch andere ethnische Minderheiten, die sich ebenso wie die Deutschen, in den Statistiken nicht zu solchen bekannten. In den Gemeinden an der Grenze tauchen in den Statistiken nur einige Personen slowakischer Muttersprache auf, Slowaken gab es außerdem in Ózd und unter der Arbeiterschaft der Eisenindustrie in Diósgyőr. Ferner waren in einigen Gemeinden Personen in der Kategorie „Sonstige" (z. B. Makkoshotyka) zu finden, die wahrscheinlich Zigeuner waren, die aber statistisch gesehen trotz ihrer ziemlich hohen Anzahl keine eigene Kategorie darstellten.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass sich in der nordöstlichen Region Ungarns die absolute Mehrheit der Bevölkerung zum Ungarntum bekannte. Statistisch gesehen sind hier unter den Gemeinden, die von der Deportation betroffen waren, keine „Schwabengemeinden" zu finden.

In Anbetracht dieser Tatsachen ist nicht überraschend, dass deutsche kulturell-politische Bewegungen und Organisationen in dieser Region kaum zu finden waren. Der Ungarländische Deutsche Volksbildungsverein hatte in diesem Gebiet gar keine Ortsgruppen. Im Zusammenhang mit der Gemeinde Nádudvar taucht ein Fall einer Ortsgruppengründung auf, wahrscheinlich handelte es sich jedoch nicht um diese Gemeinde im Komitat Hajdú, sondern um die von Deutschen bewohnte Gemeinde ähnlichen Namens (Nemesnádudvar) im Komitat Pest-Pilis-Solt-Kiskun.[558]

Der Volksbund der Deutschen in Ungarn erzielte in Nordostungarn ebenso nur bescheidene Ergebnisse: Er hatte in den größeren Städten, in Miskolc und in Debrecen je eine Ortsgruppe, ferner in Rátka und in den beiden Gemeinden der Sathmarer Schwaben. In Mérk und Vállaj kamen diese Gründungen wahrscheinlich durch den Zweiten Wiener Schiedsspruch zustande. Als das Siedlungsgebiet dadurch wieder vereinigt wurde, waren die Deutschen in Ungarn damit konfrontiert, dass die deutsche Volksgruppe in Rumänien viel organisierter und selbstbewusster war als sie. Mit den Ortsgruppengründungen schlossen sich Mérk und Vállaj der großen Gemeinschaft an. Im Fall der Sathmarer Schwaben war nach dem Wiener Schiedsspruch das Phänomen

[557] Vgl. dazu DÁNYI, Dezső: Az 1941. évi népszámlálás. Band 3/a. Anyanyelv, nemzetiség, nyelvismeret. KSH, Budapest, 1983, 64.

[558] Vgl. dazu SPANNENBERGER, A magyarországi, 2008, 139. Der deutsche Name der Gemeinde Nemesnádudvar ist Nadwar, wahrscheinlich wurde dieser nicht richtig übersetzt.

10.15772/ANDRASSY.2019.005179

zu beobachten, dass sie die Bestrebungen zum Schutz ihrer deutschen Identität intensivierten, weil ihr Anschluss an Ungarn die Gefahr heraufbeschwor, dass die ungarische politische Elite den Magyarisierungsdruck der Dualismuszeit wieder verstärken würde.[559]

Die Volksbund-Gründung in Vállaj fiel damals der Einwohnerschaft auf, darauf weist der Bericht des katholischen Dekans der Gemeinde, Pál Róth, vom 17. Juli 1945 hin. Denn er wandte sich an den Gemeindevorstand und protestierte dagegen, dass „*unbesonnene Personen die Vállajer für nicht gleichrangige und gleichwertige Ungarn halten*".[560] Er relativierte die Tatsache, dass einige Personen Volksbund-Mitglieder waren und ihre Kinder die Volksbund-Schule besuchten damit, weil sie das nur „*aufgrund finanzieller und anderer Versprechen"* und *„nach lebensgefährlichen Drohungen der Volksbund-Leiter*" taten, die Einwohnerschaft jedoch zäh an ihrem Ungarntum festhielte und sich gegen die Volksbundgruppe der Deutschen wenden würde. Der Gemeindevorstand griff die Proteste auf, und beschloss einstimmig, die Einwohner von Vállaj in Schutz zu nehmen, „*damit die ungarische Gesinnung vom Großteil der Vállajer Einwohnerschaft von niemandem in Frage gestellt wird*".

Geografisch deckte das „Gebiet Sathmar und Oberungarn" der Deutschen Jugend sich mit den Komitaten der Deportationsregion Nordostungarn, Ortsgruppen wurden jedoch ausschließlich in Rátka und in Miskolc gegründet,[561] die anderen befanden sich in Gemeinden, die nach 1945 nicht mehr zu Ungarn gehörten.[562]

Über die Tätigkeit des Volksbundes und den daraus entstandenen Konflikte sind keine Dokumente erhalten – es ist wahrscheinlich mehr als eine vage Vermutung, dass es in dieser Region nichts zu dokumentieren gab. Auf Konfliktfälle wurde weder in der Fachliteratur noch in den kirchlichen Quellen oder in den Ortsmonographien hingewiesen. Das konfliktlose Zusammenleben wirkte sich positiv auch auf das Verhältnis zwischen ungarischen Behörden und lokaler Bevölkerung aus.

Angesichts der Tatsache, dass es kaum Personen in der Region gab, die sich als Deutsche bekannten, lässt sich ihre Deportation als „deutschstämmige Zivilisten" nur

[559] SPANNENBERGER, Der Volksbund, 2005, 258–259.
[560] MNL SZSZBML V. B. 235. Band. 6. Protokolle der Gemeindeversammlungen von Vállaj 1945–1949. Protokoll der Sitzung vom 17. Juli 1945. 17/1945.
[561] VITÁRI, Volksbund, 2015, 138.
[562] VITÁRI, Volksbund, 2015, 149–150.

10.15772/ANDRASSY.2019.005180

schwer erklären. Umso interessanter ist, dass während und nach ihrer Deportation, z. B. in den Anträgen auf Rückführung der Deportierten die ungarischen Behörden jedoch einige Personen als „Deutsche", als „*Personen, die deutsch gesinnt waren*" bezeichneten, und diese Personen als politisch unzuverlässige Elemente einstuften, die der Rückführung nicht würdig wären. Es handelte sich jedoch um Personen, die sich in den meisten Fällen nicht als Deutsche identifizierten, sie wurden also durch Zuschreibung von anderen Personen diskriminiert und deportiert.

5.4 Die Durchführung der Deportation

Die Aktenlage zur Deportation in der Region ist leider quantitativ recht unterschiedlich. Von der Region Békés-Csanád ausgehend kommt die Frage auf, woher die sowjetischen Akteure wussten, in welchen Gemeinden „deutschstämmige" Personen lebten und wo eine Deportation durchgeführt werden konnte und sollte. In Nordostungarn ist keine Spur von einer allgemeinen Konskription für die Sowjets zu finden. Eine solche fand höchstwahrscheinlich nicht statt, weil sich die Kämpfe und die sowjetische Eroberung der Region verzögerten und eine gründliche Vorbereitung der Deportation unter diesen Umständen in den meisten Komitaten hier nicht möglich war. Konskriptionen konnten nur auf den unteren Ebenen erfolgen.

Da aus mehreren Gemeinden der Region Menschen als „Deutsche" in die Sowjetunion deportiert wurden, die keiner möglichen Definition einer „deutschen Abstammung" entsprachen, ist die Vermutung naheliegend, dass bei der Deportation überhaupt nicht selektiert wurde. Es kann jedoch nicht davon ausgegangen werden, dass den sowjetischen Akteuren gleichgültig war, wen sie als „Deutsche" mitnahmen. Wäre es so gewesen, dann hätten sie in allen Gemeinden und Regionen Ungarns eine Deportation durchführen können, was jedoch nicht der Fall war. Warum hier die Deportation unterschiedlicher ablief als in anderen Landesteilen, kann nur durch die Analyse der regionalen bzw. örtlichen Verhältnisse beantwortet werden.

Eine gewisse Selektion lässt sich dahingehend beobachten, dass die Deportation außer in Károlyfalva in allen Gemeinden (Mérk, Vállaj, Rátka, Hercegkút) durchgeführt

10.15772/ANDRASSY.2019.005181

wurde, in denen äußere Merkmale einer deutschen Identität (deutscher Sprachgebrauch und zahlreiche deutsche Familiennahmen) wahrnehmbar waren. Die sowjetischen Kommandanten hatten also gewisse Informationen darüber, welche Gemeinden als „Schwabendörfer" in der Region galten. Solche Auskünfte konnten nur von ungarischer Seite stammen.

Besonders interessant ist unter diesem Aspekt der Fall von Balmazújváros, wo solche äußere Merkmale (oder auf jeden Fall ein deutscher Sprachgebrauch) überwiegend nicht greifbar waren. Die Sowjets erfassten jedoch auch diese Gemeinde und deportierten eine außergewöhnlich hohe Anzahl von Zivilisten, während die meisten Gemeinden der Region unversehrt blieben. Jemand betrachtete die Einwohner von Balmazújváros also doch als Deutsche und informierte darüber die sowjetischen Akteure, wo sie „deutschstämmige" Zivilisten in dieser Region zu suchen hatten. Diese Information war plausibel für die Rotarmisten, die in Balmazújváros tatsächlich Hunderte von Personen mit deutsch klingendem Namen fanden. Dieser Fall wirft die Frage auf, wie sowjetischerseits die anderen betroffenen Gemeinden, wie Nádudvar ausgewählt und erfasst wurden und ob es nicht eine Denunziation war, die zur Deportation führte.

Ein weiterer wichtiger Faktor war, dass in der Region mehrere, mindestens zwei größere Wellen der Deportation aufeinander folgten.

1. Die erste Aktion begann Anfang Januar 1945, als die sowjetischen Akteure in einigen Gemeinden Zivilisten auswählten und diese noch in der ersten Hälfte des Monats abtransportierten. Deportationen geschahen im Rahmen dieser Welle in Gemeinden der Komitaten Hajdú, Bihar, Zemplén und Szatmár.

So war das in Balmazújváros, in Hajdúnánás und Nádudvar, wo die Deportierten zuerst im Schloss Semsey in Balmazújváros interniert wurden und von dieser Sammelstation später über Debrecen in die Sowjetunion abtransportiert wurden. Parallel dazu wurde in Hercegkút am 2. Januar verkündet, dass sich die Einwohner zur Arbeit melden sollten. Sie wurden zu Fuß über Sárospatak, Tokaj und Nyíregyháza nach Szaniszló begleitet, wo sie zusammen mit den Sathmarer Schwaben einwaggoniert und in die Sowjetunion transportiert wurden.[563] Obwohl die Methoden der Selektion bei dieser ersten Deportationswelle bereits fraglich waren, ist jedoch unumstritten, dass eine Selektion

[563] NAÁR, Szülőfalunk, 2015, 33–38.

10.15772/ANDRASSY.2019.005182

sowjetischerseits stattfand – ihre Befehlshaber suchten strikt nach Personen deutscher Abstammung.

Diese erste Welle der Deportation Anfang Januar 1945 ist mangelhafter dokumentiert als die zweite. In den Akten der Komitate Hajdú und Bihar sind fast alle Unterlagen nachträglich angelegt worden. Die Frage lässt sich deswegen nur schwer beantworten, ob die Auswahl der betroffenen Gemeinden anhand einer Konskription erfolgte wie in Békés-Csanád.

Auskunft dazu gibt die Dokumentation einer Ortschaft, in der keine Deportation stattfand. Am 9. Januar 1945 wies der Bürgermeister von Hajdúszoboszló den Vorstand der Großgemeinde Tetétlen an, ein Verzeichnis über die Personen zu erstellen, die deutschstämmig waren. In die Liste sollten „*alle deutschstämmigen Männer von 18 bis 45 Jahren und alle Frauen von 18 bis 30 Jahren, unter deren Vorfahren deutschstämmige Ahnen sind*"[564] eingetragen werden. Die Frist war am Abend des gleichen Tages, deshalb antwortete die Gemeindeleitung von Tetétlen noch am selben Tag dem Bürgermeister, dass es „*in Tetétlen keine deutschstämmige Personen (in den genannten Jahrgängen) gibt*". Der sowjetische Kommandant nahm anscheinend diesen negativen Bericht zur Kenntnis, aus Tetétlen wurde daher niemand als „deutschstämmig" deportiert. Der Fall zeigt zugleich, dass die Sowjets die Angaben ungarischer Behörden berücksichtigten.

Ähnlich begann die Deportation in der Gemeinde Nádudvar, worüber die Eingabe des Gemeindevorstands an den Außenminister berichtet. In Oktober 1945 bat er zusammen mit der kommunistischen Partei um Rückführung der Betroffenen. Nach diesem Bericht erteilte am 2. Januar 1945 der sowjetische Befehlshaber die Anweisung über „*die Vorführung von 200 Personen, die deutschstämmig sind*".[565] Nach einer gewissenhaften Untersuchung erstattete der Gemeindevorstand ebenfalls einen derartigen Bericht, dass „es *in Nádudvar keine deutschsprachigen oder deutschstämmigen Personen gibt, da gerade die Hajdúság sich auf ihr reines Ungarntum berufen kann*".

Was dann genau passierte, geht aus dem Bericht nicht klar hervor: Die Sowjets akzeptierten diese Meldung wahrscheinlich nicht – sie mussten also bereits über andere Auskünfte über die Abstammung der Nádudvarer verfügen. Deshalb übten sie Druck

[564] MNL HBML V. 671. C. 8/1945.
[565] MNL HBML V. 656. C. 2678/1946.

10.15772/ANDRASSY.2019.005183

auf die Gemeindeleitung von Nádudvar aus, wie sie dabei vorgingen ist jedoch nicht bekannt. Bekannt sind nur die Folgen. „*Die Durchführung des Befehls erfolgte also, infolgedessen waren mehrere Personen betroffen*". Laut dem Bericht versuchten die ungarischen Behörden öfter zu intervenieren, um diese Personen entlasten zu können, „*68 Personen wurden jedoch mitgenommen, und soweit wir wissen, nach Russland zu Aufbauarbeiten gebracht, obwohl sie nie deutschstämmig waren*". In den weiteren Teilen des Berichtes rechtfertigte sich die Gemeindeleitung von Nádudvar wegen der Auslieferung dieser Personen, die sie mit der damaligen schwierigen Kriegslage begründeten. Ihres Erachtens „*hätten, egal, von wem die Gemeinde geleitet worden wäre, alle so gehandelt, weil den Befehl der kämpfenden Truppen kein normal Sterblicher kritisieren durfte*". Diese Argumentation übernahmen auch die Kommunisten und diese Selbstrechtfertigung blieb ein Bestandteil aller späteren Eingaben des Gemeindevorstands von Nádudvar.

Sie verschwiegen jedoch, auf welcher Grundlage sie genau diese 68 „*Urungarn"* (*ősmagyarok*) ausgewählt hatten, die letztendlich von den Sowjets deportiert wurden, sofern diese keine Deutsche waren, wie die restlichen Einwohner der Gemeinde. Die Behauptung, dass „*sie nie deutschstämmig waren*" ist ebenfalls interessant, weil sie darauf schließen lässt, dass für die Gemeindeleitung von Nádudvar die Abstammung keine objektive Kategorie bedeutete, sondern ein veränderlicher Faktor, ein Verhaltensmuster. Die Abstammung kann jedoch kein solches sein, nur der Umgang mit dieser, was die ungarischen Behörden anscheinend nicht begreifen wollten.

In der Angelegenheit der Rückführung der Deportierten taucht das Argument auf, dass „*seit damals das demokratische Ungarn seine wahren Feinde fand*". So baten sie den Außenminister zu intervenieren, dass „*die weiblichen und männlichen Gefangenen, die während des Kriegszustands zur Arbeit ausgeliefert wurden, jetzt mit staatsfeindlichen Faschisten ausgetauscht werden sollten*". Die ungarischen Behörden suchten hier eine Möglichkeit, die Deportation durch die Rote Armee zur Beseitigung und Bestrafung politischer Gegner auszunutzen.

In der Region berichteten die Zeitzeugen auch darüber, dass sie anhand irgendwelcher Listen persönlich gesucht und über ihre Meldepflicht informiert worden waren. So wurden Margit Hajzer und ihre Brüder in Berettyóújfalu von einem sowjetischen Akteur und einem Dolmetscher am 3. Januar 1945 persönlich zur Sammelstelle bestellt, um

10.15772/ANDRASSY.2019.005184

sich dort zu melden, um danach ins Lager in Balmazújváros begleitet zu werden.[566] Dort wurde ihnen mitgeteilt, dass sie in die Sowjetunion gebracht werden sollten.

Zeitzeugen von Balmazújváros berichteten auch über eine Konskriptionsaktion, sie beschrieben aber unterschiedlich, wer diese durchführte. Einige Personen erzählten von „*lokalen Polizaren*", die von Haus zu Haus gehend Listen erstellten,[567] andere beschuldigten die „*lokalen, selbsternannten, provisorischen Gemeindeleiter*",[568] wieder andere wurden von „*russischen Soldaten und ungarischen Polizisten mit Armbinden"* abgeholt,[569] die sie und ihre Familienmitglieder im festgesetzten Alter namentlich gesucht hatten. Dies macht deutlich, dass die Sowjets von dritter Seite über die deutsche Abstammung der Einwohner informiert wurden, und jemand eine Liste über die „Deutschen" erstellte. Eine Selektion fand also statt, auch wenn die Kriterien dabei sehr fraglich waren.

Im Sammellager von Balmazújváros hielten die sowjetischen Akteure wahrscheinlich nicht mehr geheim, welches Schicksal die Gefangenen erwartete. Darauf lassen die Protokolle schließen, die am 9. Januar 1945 mit Personen aufgenommen wurden, die später deportiert wurden.[570] In diesen beauftragten die „*schwäbisch stämmigen Einwohner von Balmazújváros*" ihre Bekannten und Verwandten mit der Betreuung ihrer Mobilien und Immobilien. Das wäre kaum notwendig gewesen, wenn sie angenommen hätten, dass sie nur zu einer „kleinen Arbeit" abgeordnet werden sollten.

Über eine Deportation Anfang Januar wurde auch aus der Gemeinde Hercegkút im Komitat Zemplén berichtet. Der dortige Vorgang wurde anhand von Zeitzeugenberichten rekonstruiert, denn Archivmaterialien stehen über die Gemeinde dazu nicht zur Verfügung.[571] Laut dieser Schilderung ließen die sowjetischen Akteure um Weihnachten 1944 eine Konskription von den ungarischen Behörden durchführen, in das Verzeichnis wurden alle „*arbeitsfähigen Einwohner*" aufgenommen. Am 2. Januar umzingelten Soldaten das Dorf und der Kleinrichter musste austrommeln, dass sich die Bevölkerung innerhalb der vorgeschriebenen Altersgrenzen zu melden hatte, weil sie zur Arbeit nach Debrecen abgehen sollten. Die Soldaten erhielten zuvor eine

[566] HAJZER, Margit: A legszebb éveim. Bihari Füzetek 9. Piremon, Budapest, 2000, 7–8.
[567] ÁRVA – POZSONYI, Deportáltak, 1989, 13–14.
[568] ÁRVA – POZSONYI, Deportáltak, 1989, 18.
[569] SZEBENI, Merre, 1991, 98.
[570] MNL HBML V. 607. C. 15/1945.
[571] NAÁR, Szülőfalunk, 2015, 33–36.

10.15772/ANDRASSY.2019.005185

Liste vom Gemeindevorstand, mit der sie kontrollierten, wer erschienen war – was sie jedoch versäumten. Wer seine Meldepflicht nicht nachkam, wurde interessanterweise später nicht mehr gesucht und gefangen genommen. Die ausgewählten Personen wurden zu Fuß nach Szaniszló begleitet, wo sie in Viehwaggons eingeladen und abtransportiert wurden.

Ebenso Anfang Januar fand die Deportation in Vállaj und Mérk statt. Die sowjetischen Akteure hatten dazu eine Kommission aus russisch sprechenden Männern, die im Ersten Weltkrieg in russischer Kriegsgefangenschaft waren, zu „Polizen" ernannt.[572] Diese stellten die Liste der zu deportierenden Personen zusammen. Am 3. Januar gingen die Polizen und die Kleinrichter von Haus zu Haus und informierten die Menschen, dass sie sich in der Schule zu melden hatten. Sie wurden am 6. Januar nach Nagykároly begleitet und am 9. Januar in die Sowjetunion befördert.[573]

Die erste Welle der Deportationen im Nordostungarn betraf einerseits die Komitate Hajdú und Bihar, in denen die Zivilisten abtransportiert wurden, die als „deutschstämmig" galten. Wahrscheinlich unabhängig davon war die Deportation im nördlicheren Gebiet, in den Komitaten Zemplén und Szatmár im Gange. In den restlichen Komitaten, teilweise auch in Zemplén erfolgte die Deportation erst Ende Januar. Ein auffälliges Merkmal der ersten Welle war, dass dabei intensiv nach „Deutschen", nach „deutschstämmigen Personen" gesucht wurde. Darüber, welche Einwohner der betroffenen Gemeinden deutscher Herkunft waren, informierten unbekannte Personen die sowjetischen Akteure.

2. Die zweite Welle der Deportation geschah im letzten Drittel des Monats Januar 1945. Damals wurden jedoch größtenteils Gemeinden herangezogen, in denen es keine Personen gab, deren deutsche Abstammung anhand ihrer Selbstdefinition nachgewiesen werden konnte. Ausnahmen gab es auch damals, denn im Zuge dieser Welle wurden auch die „deutschen" Einwohner aus Rátka deportiert.[574]

[572] TIRCSI, Richárd: A pokolnak páratlan birodalmában. Adalékok a vállaji és a mérki németek málenkij robotra hurcolásának történetéhez. Croatica, Budapest, 2016, 15.
[573] TIRCSI, A pokolnak, 2016, 17–18.
[574] ENDRÉSZ, György: Nemsokára hazamentek. Rátkaiak kényszermunkán. Schwarzwald Hagyományőrző Egyesület, Rátka, 2016, 19.

10.15772/ANDRASSY.2019.005186

Die Methoden der Sowjets veränderten sich bei diesen letzten Deportationen. Laut verschiedener Berichte suchten sie dann nur selten nach „Deutschstämmigen", sie berücksichtigten mehr das Alter und den Gesundheitszustand. Das geschah an der östlichen Landesgrenze, kurz vor dem von Stalin als Frist bestimmten 31. Januar 1945. Das lässt auf einen Zusammenhang schließen, der am Ende dieses Unterkapitels näher erörtert wird.

Die zweite Welle kann zeitlich und geografisch in zwei Phasen unterteilt werden. Eine fand um den 20. Januar im Komitat Borsod statt, die andere während der letzten Tagen des Monats in den Bezirken Szerencs und Tokaj im Komitat Zemplén, bzw. in den Bezirken Ober-Dada und Unter-Dada und in einigen Gemeinden innerhalb des Komitats Szabolcs.

In Miskolc und Umgebung führten die sowjetischen Akteure die Konskription und Aushebung der zu deportierenden Personen mit Hilfe der ungarischen Behörden – unter diesen waren Mitglieder des Mokán-Komitees – durch. In der Dokumentation mehrerer Gemeinden sind Hinweise darauf zu finden, dass die Sowjets bereits am 3. Januar eine Konskription beim Vizegespan anordneten. Deren Ergebnisse mussten bis zum 26. Januar abgeliefert werden. Das Ziel dieser Aktion ist unbekannt, wahrscheinlich wurde die Deportation auch nicht aufgrund dieser Angaben durchgeführt.[575]

Am 19. Januar 1945 verordnete Obergespan Béla Tóth – wahrscheinlich auf Anweisung des sowjetischen Kommandanten – die „*Überprüfung der Personen mit deutschen Namen*".[576] Ein Verzeichnis war unter Androhung der Todesstrafe binnen drei Tagen über die Frauen von 18 bis 30 Jahren und über die Männer von 17 bis 45 Jahren anzufertigen. Die Kategorien waren die folgende:

> „a) Personen, die sich bei der letzten Volkszählung zur deutschen Muttersprache bekannten;
>
> b) Personen, die ihre magyarisierten Namen wieder mit der deutschen Version austauschten;
>
> c) Personen, die sich nachdrücklich zu den Deutschen bekannten, und über die bekannt ist, dass sie Deutsche sind oder sich als Deutsche bekennen;
>
> d) Personen, die deutsche oder deutsch klingende Namen haben.

[575] MNL BAZML V. 142. 11/1945; MNL BAZML V. 185. 101/1945.; MNL BAZML IV. 912. 16/1945.
[576] MNL BAZML IV. 904. 934/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005187

> Ich merke noch an, dass der Punkt d. von informativer Bedeutung ist, diese Personen werden keine Nachteile haben, ihnen wird nichts Schlechtes passieren."[577]

Am 23. Januar verordnete der Vizegespan ergänzend, dass bei den Punkten a, b und c auch die Namen der Eltern mitangeführt werden mussten, darüber hinaus beim Punkt d die Namen der Großeltern.[578] Ob diese Kriterien dem sowjetischen Befehl entsprachen, oder vom Obergespan Tóth angeordnet wurden, kann nicht geklärt werden. Der Hinweis am Ende der Verordnung ist sehr bemerkenswert, dass die Personen mit deutschen Namen nichts zu befürchten hätten – implizit wurde damit auch mitgeteilt, dass mit den Personen in den anderen Kategorien etwas Schlimmeres geschehen sollte.[579] Die meisten Gemeinden gaben die inhaltlich meist negativen Berichte binnen drei Tagen ab, nur in der Kategorie d wurden einige Personen aufgelistet.[580]

In den Akten des Obergespans und des Vizegespans blieben nicht alle Listen erhalten, in den meisten Fällen fehlen gerade die Berichte der Ortschaften, aus denen deportiert wurde. Ein Grund dafür kann sein, dass diese Listen dem sowjetischen Befehlshaber übergeben wurden. Die Liste von Diósgyőr blieb zum Beispiel nicht erhalten, obwohl dort hunderte Mitarbeiter des Eisenwerks wegen ihrer vermeintlich deutschen Abstammung deportiert wurden. Naheliegend wäre, dass diese Arbeiter gerade wegen ihres Fachwissens ausgewählt wurden.[581] Aus den ungarischen Unterlagen ist diese Tatsache natürlich nicht nachzuweisen, logisch wäre jedoch, dass die Fachkenntnisse dieser Personen – vorwiegend Männer – bei den Aufbauarbeiten in der Schwerindustrie für die Sowjetunion besonders wertvoll waren.

Die Gefangennahmen begannen – mit oder ohne Listen – bereits um den 20. Januar. Am 22. Januar verkündete der Obergespan folgende Bekanntmachung:

---

[577] „a) A legutolsó népszámlálás alkalmával kik vallották magukat német anyanyelvűeknek, német ajkúaknak;
b) Kik változtatták vissza magyarosított nevüket az eredeti német névre;
c) Kik vallják magukat kifejezetten németnek és kikről tudott tény, hogy németek, vagy németeknek vallják magukat;
d) Kiknek van német, vagy német hangzású nevük.
Megjegyezni kívánom, hogy a d. pont tisztán csak informatív jellegű s az illetőknek semmiféle hátrányuk, vagy bántódásuk nem lesz." MNL BAZML IV. 904. 934/1945.

[578] MNL BAZML V. 133. 47/1945.

[579] Siehe dazu auch: KUNT, A málenkij, 2017, 52.

[580] MNL BAZML IV. 904. A) 11/1945.

[581] Vgl. dazu KUNT, A málenkij, 2017, 63,

10.15772/ANDRASSY.2019.005188

„Aus den erhaltenen Beschwerden erfuhr ich, dass die Sammlung der Menschen zur physischen Arbeit noch immer in vielen Fällen durch ihre Gefangennahme auf den Straßen erfolgt. Dies verbiete ich mit sofortiger Wirkung. Der Leiter der russischen Militärkommandantur versprach mir, dass die Gefangennahme und der Transport zur Arbeit auf diese Weise seitens der russischen Soldaten nicht fortgeführt werden."[582]

Das zeigt, dass die sowjetischen Akteure nicht in allen Fällen abwarteten, bis die Verzeichnisse der ungarischen Behörden abgegeben wurden, sondern sie nahmen Menschen eigenmächtig gefangen. Über einen solchen Fall berichtete der Oberstuhlrichter des Bezirks Edelény den Vizegespan detailliert am 21. Januar:

„…vor einigen Tagen, als die anderen russischen Kommandanten gerade weggingen, traf ein russischer /wahrscheinlich Gendarmen-/ Kapitän mit seinen Leuten in Edelény ein. Er trat sehr gewalttätig auf und ließ die Männer zwischen 17 und 45 und die Frauen zwischen 18 und 35 aus Edelény und der Umgebung zusammenschreiben. Aus diesen Listen schrieb er willkürlich, ohne System aus Edelény etwa 50, aus der Umgebung etwa 60 Personen aus /ein Teil davon wegen ihrer angeblich deutsch klingenden Namen/. Diese Personen wurden gestern und vorgestern nach Edelény begleitet, und heute früh zu Fuß mit unbekanntem Ziel weggebracht. […] Ich versuchte mehrmals um Auskunft zu bitten und im Interesse der unglücklichen Verschleppten zu intervenieren, aber ich wurde immer sehr grob abgewiesen."[583]

Diese Ereignisse zerrütteten den Oberstuhlrichter so stark, dass er am 29. Januar seinen Rücktritt einreichte, der von der Komitatsleitung jedoch nicht angenommen wurde.[584]

---

[582] „Beérkezett panaszokból megállapítottam, hogy még ma is az emberek fizikai munkára való összegyűjtése több esetben az utcán való elfogás utján biztosíttatik. Ezt a tényt a legszigorúbb hatállyal azonnal megtiltom. Az orosz katonai parancsnokság vezetője határozott ígéretet tett arra vonatkozólag, hogy ilyen uton való elfogás és munkára való elvitel az orosz katonaság részéről nem fog megtörténni." MNL BAZML V. 185. 99/1945.; MNL BAZML V. 191. 89/1945.; L. BALOGH, Törvényes, 2015, 271–272.

[583] „…pár nappal ezelőtt, amikor éppen a többi itt tartózkodó orosz parancsnokok eltávoztak, megjelent Edelényben egy orosz /valószínűleg csendőr/ kapitány embereivel és a legerőszakosabb fellépéssel összeíratta Edelényben és környékén 17-45 éves férfiakat és a 18-35 éves nőket. E listákból szemmelláthatólag és önkényüleg és minden rendszer nélkül /egy részét állítólag németes hangzású neve miatt/ kijegyzett Edelényben kb. 50, vidékről kb. 60 személyt, ezeket tegnap és tegnapelőtt összekísértette Edelényben, és ma hajnalban gyalogosan ismeretlen céllal elvitette. […] Többször megkíséreltem felvilágosítást kérni és a szerencsétlen elhurcoltak érdekében közbelépni, de minden alkalommal a legdurvább visszautasításban volt részem." MNL BAZML IV. 904. A. 6/1945.

[584] MNL BAZML IV. 904. A. 16/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005189

Ob die Übergabe der Verzeichnisse, die vom Obergespan verordnet waren, solchen Aktionen ein Ende setzten, ist fraglich. Das Versprechen des sowjetischen Kommandanten, die irregulären Verschleppungen einzustellen, blieb unerfüllt, weil die Bevölkerung der meisten Gemeinden erst in den letzten Tagen des Monats ausgewählt und deportiert wurde. Am 25. Januar verordnete der Vizegespan des Komitats Borsod, Dr. Bertalan Bónis, eine Konskription für eine effektivere Organisation der Erfassung von Arbeitern. Folgende Personen mussten in die Verzeichnisse aufgenommen werden, um sie in erster Linie in die Zwangsarbeit einzuweisen:

> „1. Diejenigen, die bekannterweise und nachweislich Mitglieder der Pfeilkreuzler-, der Hungaristen- oder sonstiger faschistischen Parteien waren, also die Personen, die an deutschorientierten Bewegungen oder Vereinen teilnahmen.
> 2. Diejenigen, die ihrer volksfeindlichen Einstellung unmissverständlich Ausdruck gaben, und behaupteten, dass sie mit den Sowjets und mit den Parteien, die demokratische Prinzipien folgen, nicht einverstanden seien und gegen diese kämpften.
> 3. Diejenigen, die feststellbar deutschstämmig sind, oder sich irgendwann zur deutschen Muttersprache bekannten. In das Verzeichnis aufzunehmen sind ferner die Männer von 17 bis 50 Jahren, die Frauen von 18 bis 40, wenn sie
> 4. bekannterweise deutschfreundlich sind, sich deutschfreundlich verhielten und diese Tatsache von Zeugen oder sonstwie nachgewiesen werden kann."[585]

Wegen der Gefangennahmen herrschte allgemeines Chaos und die ungarischen Behörden erhielten zahlreichen Beschwerden, wodurch der Vizegespan am 27. Januar zu einer erneuten Verordnung motiviert wurde. Es lohnt sich, die Akte mit dem Titel „*Konskription und Festnahme der Personen mit deutschen Verbindungen und sonstiger volksfeindlicher Elemente*" ausführlicher zu zitieren, weil sie als Beleg dafür dienen kann, wie der Vizegespan die laufenden Deportationen betrachtete:

[585] „1. Akik köztudomásulag és bizonyíthatóan a nyilaskeresztes, hungarista vagy más fasiszta jellegű pártnak a tagjai voltak, tehát akik német irányzatu mozgalomban vagy egyesületben részt vettek.
2. Akik népellenes álláspontjukat hangoztatták, annak félreérthetetlenül kifejezést adtak, és akik hangoztatták, hogy a Szovjettel és általában a demokratikus elveket valló politikai pártokkal nem értenek egyet, ezek ellen küzdenek.
3. Akik megállapíthatóan német származásúak vagy magukat német anyanyelvűnek vallották bármilyen alkalommal.
Jegyzékbe foglalandóak továbbá a férfiak 17 – 50 éves korig, a nők 18 – 40 éves korig, ha
4. közismerten németbarátok, németbarát magatartást tanúsítottak és ez tanukkal vagy másképpen reájuk bizonyítható." MNL BAZML V 185. 5/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005190

„Ich wurde darüber informiert, dass bei dem Konskriptionsverfahren und der Gefangennahme der deutschstämmigen, deutschsprachigen etc. Bevölkerung, die zur Zeit auf dem Gebiet des Komitats im Gange ist, es öfters und in mehreren Gemeinden vorkam, dass wegen der Verkennung der Verordnungen und deren Ziele auch Personen festgenommen wurden, die gemäß den Richtlinien davon freigestellt waren, andere Personen jedoch unberücksichtigt blieben und entlastet wurden, deren Entfernung jedoch zweifelsohne im Staatsinteresse gewesen wäre. Aus den diesbezüglichen Verordnungen geht das Ziel klar hervor, dass aus der Volksgemeinschaft die Personen auszumerzen oder mindestens für längere Zeit zu entfernen sind, deren Eingliederung in das heutige demokratische Volksleben wegen ihrer deutschen Abstammung, oder wegen ihres bisherigen Verhaltens nicht zu erhoffen ist. Bei ihnen ist mit Recht davon auszugehen, dass sie die schnelle Entwicklung des liberalen, linksorientierten Ungarns negativ stören würden."[586]

Er setzte sein Schreiben mit dem Befehl fort, dass alle Gemeindevorstände eine Liste über alle Personen zusammenstellen sollten, die bereits abtransportiert worden waren. Eine Kommission musste aus den Mitgliedern der zugelassenen Parteien die Liste überprüfen, welche Personen *„irrtümlich, also unverdient*" deportiert worden waren. Das gleiche Gremium musste ein weiteres Verzeichnis über die Personen erstellen, die sich noch in den Gemeinden befanden, und bei denen *„die Voraussetzungen bestehen, die ihre Konskription und Entfernung notwendig machen*". Die Verordnung endete mit seiner persönlichen Einschätzung der Deportationsaktion:

„Ich weise hier auch darauf hin, dass das zu verwirklichende Ziel sehr richtig ist: Die offensichtlich Deutschstämmigen, die Personen, die sich zur solchen Abstammung bekennen, die Deutschsprachigen und die anderen Elementen, über die öffentlich bekannt ist, dass sie Befürworter des deutschen und faschistischen Systems waren, aus dem Kreis der Bevölkerung der Gemeinde dauerhaft zu entfernen [...]. Die Kommissionen sollen parteilos sein, nur das oberste Ziel

[586] „Tudomásomra jutott, hogy a vármegye területén ezidő szerint folyamatban lévő, németszármazásu, németajku stb. lakosságot érintő összeírási eljárás és őrizetbevételek során több községben is előfordult, hogy a rendelkezések és a kitűzött cél félreismerése mellett oly egyének is őrizetbevétettek, akik e cél szerint ez alól mentesítve lettek volna, viszont oly egyének maradtak ki az eljárásból és mentesültek, akiknek eltávolítása kétségtelenül államérdeket képez. A vonatkozó rendelkezésekből világos az a cél, hogy a népi közösségből kiküszöbölendők, vagy legalább is huzamosabb időre eltávolítandók azok az egyének, akiknek a mai demokratikus és népi életbe való beilleszkedése német származásuknál, vagy eddigi magatartásuknál fogva nem remélhető, sőt akikről joggal feltételezhető, hogy a szabadelvű, baloldali Magyarország kívánatos gyors fejlődését károsan zavarhatják. MNL BAZML IV. 904. A. 11/1945.; MNL BAZML IV. 901. A. 7/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005191

berücksichtigend verfahren, sie sollen keine individuellen Freilassungsinterventionen dulden, aber sie sollen der persönlichen Verfolgung und dem Hass keinen Raum lassen."[587]

Dieser Erlass zeigt, dass der Vizegespan die deutsche Abstammung, die deutsche Muttersprache und deren öffentliches Bekenntnis als staatsfeindliches Verbrechen betrachtete, die durch die Deportation seitens der Roten Armee dementsprechend zu bestrafen war. Auf jeden Fall war in der Verordnung klargestellt, dass Bónis solche Personen für das Zusammenleben in einem demokratischen Land für nicht geeignet hielt. Die Verordnungen und Konskriptionen des Vizegespans und des Obergespans zeigen eindeutig, dass sie bestimmen wollten, welche Personen aus der ungarischen Gesellschaft zu entfernen waren. Inwieweit die sowjetischen Befehlshaber diese Konskriptionen berücksichtigten, ist eine ganz andere Frage.

Gänzlich gelang es den ungarischen Behörden auf jeden Fall nicht, den Deportationsvorgang in den Dienst der „*ungarischen Interessen"* zu stellen. Darauf wies Obergespan Béla Tóth in seinem Bericht an dem Innenminister am 28. Januar hin, in dem er sich beschwerte, dass der sowjetische Kommandant mit ihm nicht kooperierte.[588] Der Offizier deportierte nicht nur die Menschen, die „*tatsächlich Deutsche und unzuverlässige Elemente*" waren, „*er sammelt alle wen er will, auch Personen mit gut klingenden ungarischen Namen, die nie in ihrem Leben Deutsche waren*". Er berichtete ferner, dass er und die Parteien alles dafür getan hatten, um das Verfahren auf den „richtigen" Weg zu bringen, denn sie lieferten die problematischen Elemente aus, während sie für die Freilassung der „zuverlässigen" Personen intervenierten. Dieser Bericht zeigt einerseits, dass die ungarischen Behörden die Kategorie „deutschstämmig" ab ovo als abwegig betrachteten. Andererseits bedeutete „deutschstämmig zu sein" eine Verhaltensweise, das zeigt die Ausdrucksweise „*sie waren nie Deutsche*".

[587] „Itt is utalok arra, hogy a megvalósítandó igen helyes cél: a község lakosságának köréből huzamosabb időre eltávolítani a nyilvánvalóan németszármazásuakat, a magukat ily származásuknak vallókat, a németajkuakat és a többi olyan elemet, melyről köztudomásu, hogy a német és fasiszta rendszer hívei voltak. [...]
A bizottság teljesen pártatlanul, csupán a legfelsőbb célt szem előtt tartva járjon el, ne türjön el semmilyen egyéni mentesítő közben járást, de ne adjon teret a személyes hajszának és gyülölködésnek sem." MNL BAZML IV. 904. A. 11/1945.; MNL BAZML IV. 901. A. 7/1945.

[588] MNL BAZML IV. 901. A. 2/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005192

Bei der Durchführung im Komitat Borsod maßen die sowjetischen Befehlshaber den ungarischen Behörden eine Rolle zu: Sie sollten eine Konskription über die für die Deportation in Frage kommenden Personen erstellen. Diese Tatsache bestätigen auch die Zeitzeugenberichte.[589] Die sowjetischen Kommandanten berücksichtigten und warteten die Listen der ungarischen Behörden jedoch während der Deportationen nicht immer ab. Das störte die ungarischen Behörden, sie protestierten dagegen und gegen die Deportation eines Teiles der Zivilbevölkerung. Noch dazu in einer Region, in der es kaum Personen gab, die sich als Deutsche bekannten. So blieb von vornherein sehr fraglich, welche Personen auf welcher Grundlage in die Verzeichnisse der ungarischen Behörden aufgenommen wurden.

Als letzte Betroffene Ungarns wurden Zivilisten aus den Komitaten Szabolcs und Zemplén in die Sowjetunion deportiert. Über den Verlauf dieser Aktionen stehen mehrere detaillierte Berichte zur Verfügung, die festhielten, dass der Deportationsvorgang hier ein ganz anderer war als im restlichen Land. Die Deportationen wurden binnen 2–3 Tagen durchgeführt und dabei verschonten die Sowjets nicht einmal die Leiter der Gemeinden, wie das ein Bericht des Oberstuhlrichters des Bezirk Tisza, Ferenc Fernbach, vom 27. Januar beispielhaft aufzeigt:

> „Ich gebe hochachtungsvoll bekannt, dass ich wegen des Verdachts auf deutsche Abstammung vom Bezirkskommandanten der Roten Armee mit Lebensmitteln für drei Tagen nach einem unbekannten Ort losgeschickt werde. Die nächste Sammelstation ist Kisvárda."[590]

Die Deportation aus Rakamaz wurde in einem Bericht des Gemeindeleiters detailliert beschrieben. Am 31. Januar erstattete der Gemeindevorstand diesen über den Vorgang der Deportation an den Oberstuhlrichter in Gáva.[591] Laut dessen wurden die Deportierten anhand des Gemeinderegisters vom sowjetischen Kommandanten ausgewählt. Nachdem der Notär ein Verzeichnis zusammenstellte, sollten die ungarischen Leiter der Gemeinde verkünden, dass am nächsten Tag der sowjetische

[589] SZEBENI, Haza, 1993, 138.; SZEBENI, Merre, 1992, 82.
[590] „Tisztelettel bejelentem, hogy a német származás alapos gyanuja miatt a vörös hadsereg járási parancsnoka három napi élelemmel ellátva előttem ismeretlen helyre utbaindít. A legközelebbi gyűjtőállomás Kisvárda." MNL SZSZBML IV. b. 401. C. 1007/1945.
[591] MNL SZSZBML IV. b. 401. C. 1535/1945.; L. BALOGH, Törvényes, 2015, 278.

10.15772/ANDRASSY.2019.005193

Offizier eine Rede an die Bevölkerung richten wolle, so sollten sich alle im Schulgebäude versammeln. Als das geschah, sperrten die sowjetischen Wächter den Ausgang ab, und teilten den auf dieser Weise festgenommenen Personen mit, dass sie abtransportiert werden, deswegen Lebensmittel für 18–20 Tage und entsprechende Bekleidung nachholen sollten. Als die sowjetischen Soldaten die Menschen abtransportieren wollten, kam es jedoch zum Widerstand: Ein Teil der eingesperrten Menschen brach aus der Schule aus und flüchtete. Die Sowjets mussten Verstärkung aus Tokaj anfordern, erst dann konnten sie die Rakamazer abtransportieren. Währenddessen schossen sie in die Luft, wobei ein Kind verletzt wurde.

Die Überlebenden beschrieben in ihren Schilderungen ihre Deportation ganz ähnlich.[592]

Der Oberstuhlrichter konnte obigen Bericht allerdings nicht persönlich entgegennehmen, weil er am vorhergehenden Tag selber nach Szerencs gebracht wurde. Sein Stellvertreter verfasste dem Vizegespan einen Bericht darüber,[593] dass am 30. Januar ein sowjetischer Leutnant nach Rakamaz gekommen war, um die Deportation der Deutschen durchzuführen. Er schrieb nach Gáva, und befahl den Oberstuhlrichter, Dr. András Szikszay zu sich nach Rakamaz. Dort forderte er ihn auf, das Verzeichnis der Deportierten zu unterzeichnen, was Szikszay aber verweigerte, weil in die Liste auch viele Ungarn Aufnahme gefunden hatten. Sein Widerstand empörte den Leutnant, weswegen der Oberstuhlrichter selbst mit der ausgewählten Gruppe nach Szerencs geschickt wurde. Was danach passierte, ist nicht dokumentiert, auf jeden Fall steht Szikszay nicht auf der Liste der Deportierten, er wurde anscheinend freigelassen. Mit dem Beispiel wollte ich die drastische Vorgehensweise der sowjetischen Akteure in dieser Region belegen, bzw. die „Besonderheit", dass hier die Deportation tatsächlich gegen den Willen der ungarischen Behörden erfolgte.

Die Methoden der Sowjets waren hier nicht die gleichen wie in anderen Regionen. Sie befahlen hier zwar auch eine Konskription, die in den meisten Fällen jedoch unabhängig von Abstammung, Nationalität und Muttersprache erfolgte und die ungarischen Gemeindeleiter hatten gar keine Möglichkeit, in die Entscheidung einzugreifen, welcher Teil der Bevölkerung deportiert wurde. Nach Fertigstellung der Listen umzingelten die sowjetischen Soldaten die Gemeinden oder die Gebäude, in denen sie zuvor mit

[592] JUNG, Zoltánné: Üzenet a jövőnek. Rakamaz. Rakamaz község önkormányzata, Rakamaz, 2000, 53.
[593] MNL SZSZBML IV. 401. C. 1007/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005194

falschen Begründungen die Abhaltung von Versammlungen befohlen hatten. Die Personen, die sich dort versammelt hatten, wurden nicht mehr freigelassen. Über solche Fälle erfuhren die Einwohner anderer Ortschaften. Deshalb flüchteten alle Personen mit deutschen Namen aus Balsa, als sie von dem Vorfall in Vencsellő hörten, weswegen dort niemand deportiert wurde.[594]

Mehrere Gemeinden schickten ähnliche, ausführliche Berichte an die Komitatsbehörden (so Tímár und Vencsellő),[595] die hier nicht alle publiziert werden können. Der Oberstuhlrichter des Bezirks Ober-Dada verfasste einen zusammenfassenden Bericht am 14. Februar 1945 über den Vorgang der Deportation, den er in verschiedenen Gemeinden schilderte. Er stellte fest, dass „*die Aushebung und der Abtransport in den Gemeinden des Bezirks gleichzeitig, aber unter Anwendung unterschiedlicher Methoden erfolgte*".[596]

In Ibrány, Buj, Tiszabercel und Gáva sollte die Gemeindeleitung die Personen mit deutschen Familiennamen, bzw. die die Ehepartner oder Eltern mit solchen Namen hatten, in einem Verzeichnis erfassen. Aus dieser Liste kopierten die sowjetischen Offiziere die Namen bestimmter Jahrgänge, und diese Menschen wurden abtransportiert. In Vencsellő musste das Amtspersonal alle Menschen zwischen den bestimmten Altersgrenzen in eine Liste eintragen, und dabei den Namen, die Namen der Eltern, den Beruf und das Geburtsjahr verzeichnen. Der sowjetische Kommandant nahm das Verzeichnis mit, und mithilfe des Notärs István Natkó erstellte er einen russischsprachigen Auszug davon. Für den 26. Januar ließ er dann eine Versammlung austrommeln, auf der er die Bevölkerung mit bewaffneten Soldaten umzingelte, die Namensliste verlas und alle Anwesenden in der Schule einsperrte. Alle Personen, die zur Versammlung erschienen waren, wurden deportiert, auch Menschen, die gar nicht aufgelistet waren.

In den restlichen Gemeinden wurde die Deportation gleichfalls so durchgeführt, dass die sowjetischen Befehlshaber eine Liste über die Bevölkerung beschafften, und anhand dieser Personen zum Abtransport auswählten. Laut des Berichts des Oberstuhlrichters

[594] MNL SZSZBML IV. B. 423. Karton 2. II-2-b. 1/1945.
[595] MNL SZSZBML IV. 401. C. 1526/1945., siehe noch: L. BALOGH, Törvényes, 2015, 272–273, 279, 280 –281
[596] MNL SZSZBML IV. b. 401. C. 1535/1945.; L. BALOGH, Törvényes, 2015, 290–291.

10.15772/ANDRASSY.2019.005195

wurde bei diesem Verfahren oft nicht einmal berücksichtigt, ob die Namen der ausgewählten Personen tatsächlich deutsche waren.

Über ähnliche Vorgehensweisen berichteten die Überlebenden der meisten Gemeinden. Sie erlebten die Rolle des erwähnten Gemeinderichters István Natkó jedoch viel negativer, denn er wurde als die ungarische Person dargestellt, die sie den Sowjets auslieferte.[597] Im Fall von Kenézlő betonten die Zeitzeugen ihre Erfahrung, dass lokale „Armbindenträger" von Haus zu Haus gingen und sie zur Versammlung schickten – sie missbrauchten also ihr Vertrauen.[598] Laut Zeitzeugenberichten unterstützten in der Gemeinde Ond frühere jüdische Arbeitsdienstler die Arbeit der Roten Armee bei der Deportation.[599] In Rátka mussten sich die Einwohner in den vorgeschriebenen Jahrgängen am 26. Januar im Schulgebäude zur Konskription melden,[600] in dem ein Teil dieser Gruppe eingesperrt und später nach Szerencs begleitet wurde, wo sie vom Bahnhof in die Sowjetunion transportiert wurden.[601] In Tokaj wurde die Bevölkerung mit der Ankündigung eines Programms im Kinogebäude in die Falle gelockt – unklar bleibt, wer für diese falsche Begründung verantwortlich war.[602]

In Tiszaladány rief der Gemeindevorstand die Einwohner zur Versammlung, während die Polizen dafür sorgten, dass diese auch erschienen.[603] Die Ladányer nahmen es dem Vorstand übel, dass dieser sie auslieferten, besonders, weil laut Berichten im benachbarten Tiszaeszlár die dortigen Gemeindeleiter die Deportation verhinderten, während sie hingegen ohne Widerstand abtransportiert wurden.[604] In Kelemér erinnerte sich ein Überlebender, dass der hiesige Gemeinderichter die Deportation genehmigte, weil sein Sohn im Krieg gefallen und er deswegen verbittert war. So wollte er, dass die Einwohnerschaft sein Leiden teilte.[605] Über einen umgekehrten Fall wurde in Mezőzombor berichtet, wo der Gemeinderichter russisch konnte und selbst die

[597] KORMOS – VÁRHELYI, Emberrablás, 1990, 11.
[598] KORMOS – VÁRHELYI, Emberrablás, 1990, 20.; SZEBENI, Merre, 1991, 200.
[599] MAJORSZKI, András: „Málenkij robot". Ondiak kényszermunkán a Szovjetunióban (1945–1947). In: Történelem és Muzeológia. 2014/2. 94–99, hier 95.
[600] RÓZSA, Ha túléled, 1989, 65.
[601] HÉRING, Istvánné: Rátka: ein deutsches Dorf in Tokaj-Hegyalja. Rátka község önkormányzata, Rátka, 1991, 105–106.
[602] SZEBENI, Merre, 1991, 181, 186
[603] DOBOZI, Csak, 1991, 15, 17, 18.
[604] DOBOZI, Csak, 1991, 36.
[605] NAGY, Péter: Távol a szülőföldtől. Ózd vidékiek szovjet fogságban. Ózdi Német Nemzetiségi Önkormányzat, Ózd, 2017, 40.

10.15772/ANDRASSY.2019.005196

Bevölkerung dazu aufrief, sich zu verstecken, während er die sowjetischen Soldaten mit Wein versorgte, deswegen wurde letztendlich keine Person deportiert.[606]
Welchen Wahrheitsgehalt solche Geschichten haben oder inwieweit sie in dem kollektiven Gedächtnis einer Gemeinschaft verankerte „Legenden" sind, müsste noch näher erörtert werden. Sie deuten jedoch darauf hin, dass die ungarischen Behörden über einen gewissen Handlungsspielraum verfügten und dass es auch in dieser chaotischen Situation Wege gab, um zu protestieren oder sogar sich aktiv einzumischen. Zumindest empfanden die Betroffenen das auf jeden Fall so.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die sowjetischen Akteure innerhalb der Region zu unterschiedlichen Zeitpunkten und mit diversen Methoden die „Rekrutierung" der Zivilisten durchführten, die sie für deutschstämmig hielten.
In den Komitaten Hajdú und Bihar wählten sie Anfang Januar 1945 anhand von Informationen ungarischer Seite die Gemeinden aus, in denen sie sodann auf die dortigen Vorstände mehr oder weniger Druck ausübten, um Listen über die deutschstämmigen Personen oder Personen mit deutschen Namen zu bekommen, die sie später deportierten. Ähnlich verlief die Deportation in den Komitaten Szatmár und in einigen Teilen von Zemplén, wo sie gleichfalls Anfang Januar und anhand von Listen der ungarischen Behörden durchgeführt wurde.
Die zweite Welle erfaßte die Komitate Borsod, Zemplén und Szabolcs. In Borsod versuchte die Komitatsleitung, die Kontrolle über die Rekrutierung der Zivilisten zu behalten und zu ihren eigenen Zwecken auszunutzen, was jedoch nicht gelang. Im Gegensatz dazu konnten auf der Lokalebene gewisse „ungarische Interessen" insofern zur Geltung gebracht werden, als die Sowjets den Mitgliedern des Mokán-Komitees und den Polizen bei der Aushebung der Zivilisten und bei der Feststellung der „deutschen Abstammung" weitgehend freie Hand ließen.
Die Ereignisse in den Komitaten Szabolcs und Zemplén waren der Schlussakkord der Deportation in Ungarn, die als außerordentlich betrachtet werden können. Festzustellen ist, dass das Bild über die Deportation in der ungarischen Öffentlichkeit wesentlich von den Ereignissen in dieser Region geprägt ist – wahrscheinlich wegen der großen Anzahl der hier aufgenommenen und sehr frühzeitig publizierten Interviews. In dieser Region

[606] MAJORSZKI, Málenkij, 2014, 96.

10.15772/ANDRASSY.2019.005197

trafen die sowjetischen Akteure rasche, oft willkürliche Entscheidungen, setzten ihre bewaffnete Macht für die Deportation von Personen ein, die keineswegs irgendeiner Definition einer „deutschen Abstammung" entsprachen. Diese hätten die lokalen ungarischen Behörden niemals ausgeliefert. Wahrscheinlich bestand darin die besondere Rolle der Polizen in der Region, weil die Sowjets zur Durchführung der Deportation Helfer brauchten, die sich in den lokalen Verhältnissen auskannten und ungarisch sprachen.

Bei der Deportation in Nordostungarn hielten die sowjetischen Akteure die Regeln, die sie in den sonstigen Regionen befolgten, nicht überall ein. Sie deportierten Menschen, die ihnen ausschließlich wegen ihres Alters und ihres arbeitsfähigen Zustands als geeignet erschienen. Die Willkürmaßnahmen, die fast komplette Ausklammerung der ungarischen Behörden und in einigen Fällen auch die Misshandlung von Amtspersonen lassen ebenfalls darauf schließen, dass in diesem Gebiet außerordentliche Zustände herrschten.

Zur Klärung der Frage, warum die Vorgänge in dieser Region sich so stark von anderen Landesteilen unterschieden, wäre die Erschließung weiterer, besonders sowjetischer Quellen nötig. Ohne sie kann meine Hypothese nicht gänzlich belegt werden, die aus der Lage der nordöstlichen Landesgrenze und aus dem Zeitpunkt der letzte Tagen vor dem Abschluss der Deportationen schließen läßt, dass gerade in der Region Nordostungarn die bis dahin nicht erreichte Deportiertenanzahl ergänzt wurde. Der quantitative Faktor war für die sowjetische Seite ausschlaggebend. Bis zu den letzten Tagen des Januars 1945 wurden die „deutschstämmigen Zivilisten" in allen Regionen selektiert und abtransportiert, so war eine erste Bilanz möglich, welche Anzahl bis dahin erreicht werden konnte. Wenn vor der „Frist" der Deportation an der nordöstlichen Landesgrenze eine letzte Aktion durchgeführt wurde, wobei die sowjetische Seite die früheren Kriterien der „deutschen Abstammung" überging, dann ist es wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass die Anzahl der zuvor Deportierten den Erwartungen der Sowjets nicht entsprach.

10.15772/ANDRASSY.2019.005198

5.5 Maßnahmen während und nach der Deportation

In diesem Abschnitt analysiere ich die Tätigkeit der Betroffenen und der ungarischen Behörden im Zusammenhang mit der Deportation in mehrere Ebenen der Interaktionen untergliedert, so wie im Fall der Region Békés-Csanád. Da die Region aus vielen Komitaten besteht, ist eine detaillierte Analyse aller Interaktionsebenen nach den damaligen Komitaten nicht möglich, auch wegen der mangelhaften Quellenlage nicht. Deshalb werden diese Maßnahmen einerseits je nach Verwaltungsebene analysiert und andererseits wird Nordostungarn in drei kleineren Subregionen unterteilt, d. h. die Komitate Hajdú und Bihar, ferner Borsod und Zemplén und letztlich Szabolcs und Szatmár getrennt analysiert.

1. Interaktionen zwischen den Komitatsleitungen und den Regierungsorganen in Debrecen/Budapest: Wegen der Vorfälle im Komitat Békés war die Provisorische Nationalregierung ab dem 2. Januar sicherlich darüber informiert, dass „deutschstämmige" Zivilisten in die Sowjetunion deportiert werden sollten. Es war ihr auch bekannt, dass im November 1944 die männliche Bevölkerung vieler Gemeinden und Städte von den sowjetischen Soldaten verschleppt wurden. Damals hatte die Regierung ihren Sitz in Debrecen, wegen der geografischen Nähe verfügte sie also über telegraphisch-telefonische Kontakte zu den Komitatsleitern der nordöstlichen Region. Trotzdem gibt es keine einzige Spur darüber, dass sie versucht hätte, die Bevölkerung oder die Gemeindevorstände zumindest der „schwäbischen" Ortschaften zu informieren oder davor warnen, was auf sie zukommen sollte. Sie wurde wahrscheinlich rasch über die Deportationen um Balmazújváros Anfang Januar unterrichtet. Deshalb war sie auch darüber informiert, dass diese Aktion nicht ausschließlich Personen betraf, die sich als Deutsche bekannten. Die Regierung traf jedoch keinerlei Maßnahmen und gab keine allgemeinen Richtlinien, keine Instruktionen. Die Gemeindeleiter standen Ende Januar genauso wenig vorbereitet und informiert den sowjetischen Akteuren gegenüber, die die Bevölkerung deportierten, wie ihre Kollegen, die von solchen Aktionen in November und Anfang Januar bereits unerwartet betroffen waren.

In den Komitaten Bihar und Hajdú war zu erwarten, dass die Komitatsleitungen nach

10.15772/ANDRASSY.2019.005199

ihrer Information über die bevorstehenden Deportationen sich an die Provisorische Nationalregierung oder an die Ministerien um Hilfe und Intervention gewandt hätten. Dazu kam es jedoch nicht. Die Komitatsleiter protestierten nicht und sie erstatteten auch keine Berichte. Den Quellen zufolge nahmen sie einfach zur Kenntnis, dass ein Teil der Einwohnerschaft von den Sowjets deportiert wurde.

Die Zusammenarbeit mit den höheren Organen begann erst im Frühling 1945, als die landesweiten Aktionen zur Registrierung, Suche und Rückführung der Gefangenen und Zwangsarbeiter einsetzten. Davon war die Maßnahme des Außenministeriums Ende März 1945 die erste, nach der die Daten der Deportierten registriert wurden, um diese der sowjetischen Regierung zu übergeben Die Verordnung dazu traf auch in dieser Region ein, an ihrem Ende stand sogar die Ergänzung, dass Botschafter Puskin bezüglich der Gefangenenfrage dem Außenminister mitgeteilt hatte, dass „*die Regierung der Sowjetunion eine Zurückhaltung der abtransportierten Personen nicht beabsichtigt, sie werden im Laufe der Zeit zu ihren Angehörigen zurückkehren*".[607]

Für die Suchaktion waren die Bescheinigungen notwendig, die in der Verordnung Nr. 26. der Alliierten Kontrollkommission vom 18. März 1945 festgelegt wurde, demnach nur die Personen in die Konskription aufzunehmen waren, die aus politischer und nationaler Hinsicht als zuverlässig galten. Diese Verordnung tauchte in Hajdúság als Verordnung Nr. 26.000/1945. des Außenministers auf.[608]

Die damals erstellten Listen mussten in ein großformatiges, tabellarisches Verzeichnis eingetragen werden, die die Daten von 20 Personen pro Seite umfasste.[609] Das Formular bereitete jedoch Probleme, weil es zentral vom Außenministerium gedruckt worden war und allen Gemeinden je nach der bekannten Deportiertenanzahl zuging. Doch die Zahl dieser Formulare war oft deutlich geringer als die tatsächliche Anzahl der Deportierten,

[607] MNL BAZML IV. 901 b. 450/1946.

[608] MNL HBML IV. b. 901. A. 105/1945.; MNL HBML-HFL V. B. 76. C. 1175/1945 und 4842/1945.; MNL HBML V. 607. C. 5712/1945.; MNL HBML V. 656. C. 2678/1946.

[609] Rubriken: Rubriken: Rubriken: 1. Nummer, 2. Vor- und Familienname, 3. Geburtsort, Geburtsdatum, 4. Wohnort, 5. Nationalität, 6. Staatsbürgerschaft, 7. Beruf und Arbeitsort, 8. Sozialer Status (Industrie- oder Agrararbeiter, Intellektuelle oder Handarbeiter, Büroangestellter, unabhängiger Bauer oder Industriearbeiter, Arzt, Anwalt, Priester, Unternehmer, Händler, etc.), 9. Familienstand (verheiratet, ledig, Zahl der Kinder), 10. Vermögensstatus, 11. Parteimitgliedschaft, 12. Mitgliedschaft in Partisaneinheiten (wie oft, wann nahm er in Kämpfen teil?), 13. In welcher Militäreinheit diente er? Welchen Dienstgrad hatte er?, 14. Welche Stelle und wann zog er ein?, 15. Diente er in Szálasi-Armee?, 16. Wann und von wo wurde er von der Roten Armee mitgenommen? (Gefechtsfeld, deutsche oder andere Sammellager), 17. Wie nahm er im öffentlichen Leben teil?, 18. Aktueller Aufenthaltsort, 19. Name und Anschrift des Antragstellers.

10.15772/ANDRASSY.2019.005200

deswegen dauerte die Erstellung der Verzeichnisse länger, weil die Gemeinden zusätzliche Formulare beantragen mussten.[610] Diese Dokumente sind für die Forschung besonders wertvoll, weil sie über die Anzahl der Deportierten informieren und über die betroffenen Personen. Sie enthalten ferner mehrere Personendaten und Auskünfte über Ort und Zeitpunkt der Deportation. In dieser Region vermitteln diese Konskriptionen ein vollständiges Bild über die Deportation, weil die Betroffenen in den Augen der ungarischen Behörden den Kriterien der Alliierten Kontrollkommission entsprachen. Das war keine Selbstverständlichkeit, denn in anderen Regionen sind diese Listen sehr lückenhaft, viele Personen wurden in das Verzeichnis nicht aufgenommen.

Die nächste Aktion begann im Herbst 1945, als der Außenminister erneut um Listen mit solchen Angaben ersuchte. Die damalige Verordnung („*Rückführung der noch nicht zurückgekehrten Kriegsgefangenen und Zivilisten*") informierte zugleich darüber, dass laut einer Bekanntmachung des sowjetischen Gesandten vom 22. August alle Gefangenen noch vor dem Friedensschluß nach Hause kommen sollten.[611] Das war im Jahre 1945 offensichtlich nicht der Fall. Für diese Aktion wurden neue Formulare gedruckt, auf denen die Gefangenen separat anzuführen waren.[612] Sie wurden in Kategorien gegliedert wie Zivilgefangene oder Personen, die als Soldaten (Offiziere, Unteroffiziere oder Gemeine) dienten. Mit diesem Formular gingen die ungarischen Behörden und Gemeindeleiter kreativer um, als mit den früheren. Wenn sie keine ausreichende Zahl von Formularen erhalten hatten, erstellten sie eigene Varianten mit den gleichen Angaben. So blieben in den Akten der verschiedenen Gemeinden, Bezirken und Komitaten diese Formulare in zahlreicher Ausführung erhalten.

Ein besonderer Fall war der Antrag des Bürgermeisters von Hajdúböszörmény an die Alliierte Kontrollkommission vom 11. Juni 1945, in dem er um die Freilassung der „*als Geiseln deportierten 181 hiesigen ungarischen Personen"* bat. Er begründete seinen Antrag damit, dass diese Männer als politisch zuverlässige Familienoberhäupter zu Hause unentbehrlich seien und „*als Zivilisten unverschuldet in ihre jetzige Lage gerieten*". Interessant ist dabei ferner, dass der Antrag sich ausschließlich auf die Männer bezieht, die Ende Oktober 1944 verschleppt wurden. Von den Zivilisten war

[610] So zum Beispiel im Komitat Zemplén, siehe MNL BAZML-SFL IV. 2401. B. 232/1945. Im Komitat Szabolcs: MNL SZSZBML IV. B. 411. 6038/1945.
[611] MNL HBML-HFL V. B. 374. C. 4135/1945.
[612] Die Rubriken blieben die Gleiche.

10.15772/ANDRASSY.2019.005201

nicht die Rede, die etwas später als „Deutschstämmige" aus der Stadt deportiert worden waren.

Später wandten sich die Leiter der zwei Komitate wegen sozialer Angelegenheiten an die Ministerien. Sie benötigten im August 1945 eine Stellungnahme des Wohlfahrtsministers, weil die zahlreichen Frauen aus Balmazújváros, derer Familienoberhäupter deportiert worden waren, um Kriegshilfe baten. Sie wollten die gleichen Beträge erhalten wie die Frauen, deren Männer in der Armee gedient hatten. Am 22. August bewilligte der Minister die Auszahlung, die jedoch nicht vorgenommen wurde, weil keine Kostendeckung dafür zur Verfügung stand.[613]

Im Komitat Borsod konnte ich auch keine Spuren darüber finden, dass die Komitatsleiter Kontakt zu der Regierung gesucht hätten. Der erste Schritt war der bereits erwähnte Bericht des Obergespans Béla Tóth vom 28. Januar an den Innenminister, diesen erstattete er jedoch erst nach dem Abschluss der Deportation.[614] Die Maßnahmen zur Suche und Rückführung der Deportierten begannen in diesem Komitat ebenfalls ab März 1945.[615] Das waren landesweite Aktionen, deswegen gibt es nur für das Datum des Eintreffens und für die Dauer der Anfertigung Abweichungen von den parallelen Aktionen in der Hajdúság. Im Komitat Borsod lehnten die ungarischen Behörden auch nur in Ausnahmefällen die Ausstellung von Bescheinigungen oder die Anerkennung von Hilfeleistungen ab.

Am 1. März sandte eine Person mit unlesbarer Unterschrift (wahrscheinlich der Außenminister) das erste Formular dem Vizegespan zu, mit dem Titel „*Verzeichnis der Deutschen, deren Freilassung und Rückführung die demokratischen Parteien wünschen*".[616] Er führte detailliert aus, wie die Listen zu erstellen waren, und begründete die Notwendigkeit dieser Maßnahme damit, dass „*ich denke, dass meine diesbezügliche Verhandlungen jetzt zu irgendeinem Ergebnis führen werden*".

Unter der Bevölkerung des Komitats herrschte jedoch lange Unsicherheit, in welchen Fällen sie sich an welche Ministerien und Organen wenden sollten. Darauf wies die Information der 7. Armee-Bezirkskommandantur von Miskolc (*Miskolci 7. Honvéd*

[613] MNL HBML IV. b. 906. 2618/1945.
[614] MNL BAZML IV. 901. B. 2/1945.
[615] MNL BAZML IV. 901. B. 2096/1945, 450/1946.
[616] MNL BAZML IV. 904. A. 69/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005202

kerületi parancsnokság) vom 18. September 1945 an die Leiter der Komitaten Borsod und Zemplén hin, dass nämlich die Familienangehörigen der Militärgefangenen sich in Angelegenheiten der Rückführung künftig nicht an die Alliierte Kontrollkommission wenden sollten. „*Die Sowjetische*[617]*Kontrollkommission kann ausschließlich die Freilassung solcher Ungarn unterstützen, die nur zufällig in Kriegsgefangenenlager gerieten und weder in der ungarischen noch in der deutschen Armee dienten*."[618] Fraglich ist, wie die Betroffenen interpretieren konnten, welche Personen diejenigen waren, „*die nur zufällig"* in Gefangenschaft gerieten.

Die gleiche Unsicherheit dokumentiert der Brief des Oberstleutnants Radimetz laut den Akten der Großgemeinde Tokaj. Er schrieb im Juli 1945, dass er es für verständlich hielt, dass sich die Familienmitglieder der Gefangenen Sorgen machten und eine Freilassung bewirken wollten. Jedoch

> „…werden Kriegsgefangenen in der Regel vor den Friedensverhandlungen nicht freigelassen, bzw. ausgetauscht. Ich teile mit, dass die Verhandlungen über die Kriegsgefangenenfrage ständig im Gange sind. Entlassungen hängen ausschließlich von den sowjetischen Kommandanturen und Behörden ab, individuelle Anträge […] kann das Kriegsministerium nicht erledigen."[619]

Die Mitteilung von Radimetz steigerte offensichtlich die Verzweiflung der Betroffenen, sie bot noch dazu keinen Anhaltspunkt, an wen sich die Angehörigen nun zu wenden hätten.

Im Komitat Zemplén informierten in erster Linie ebenso nur nachträgliche Maßnahmen und Konskriptionen über die Deportation und deren Größenordnung.[620] Die Listen ließ die Komitatsleitung auf den Ebenen der Gemeinden und Bezirke erstellen. So im Bezirk Szerencs, wo der Oberstuhlrichter am 16. Mai 1945 die Listen über die „*zur Rückführung würdigen Personen*" direkt dem Außenminister zusandte. Aus seiner

---

[617] In den Akten wird die Alliierte Kontrollkommission öfters als Sowjetische Kontrollkommission bezeichnet. Diese Tatsache zeigt, dass die leitende Rolle der Sowjets in dieser Organisation den ungarischen Behörden bereits 1945 klar war.

[618] MNL BAZML IV. 912. 2758/1945.; MNL BAZML-SFL IV. 2401. B. 682/1945.

[619] „… a hadifoglyok a béketárgyalások előtt rendszerint nem bocsájtatnak el, illetve nem cseréltetnek ki. Közlöm, hogy a hadifogoly ügyekben a tárgyalások állandóan folyamatban vannak, amelynek eredményeképpen az elbocsájtások kizárólag a szovjet parancsnokságoktól és hatóságoktól függenek, egyenkénti kérelmek […] elintézésére a Hadügyminisztérium nem bírhat befolyással." MNL BAZML-SFL V. 277. 1424/1945.

[620] Siehe dazu die Akten unter der Signatur MNL BAZML-SFL IV. 2405. B. 2102/1945. Diese enthält Listen u. A. Listen aus Bodrogkeresztúr, Bodrogkisfalud, Szerencs, Erdőbénye, Tokaj und Tarcal.

10.15772/ANDRASSY.2019.005203

Begleitschrift stellt sich heraus, dass er nicht alle Betroffenen für „würdig" hielt und über die Gemeinde Rátka schrieb er folgendes:

> „Ich möchte noch anmerken, dass außer der Gemeinde Rátka die Personen in den Listen alle rein ungarischer Abstammung sind, sie übten keine politische Tätigkeit aus. Rátka ist übrigens ein schwäbisches Dorf, aufgrund ihrer Rasse war in den letzten Jahren die ganze Gemeinde deutschfreundlich, wegen ihrer Isolation war ihre Gesinnung jedoch den Behörden nicht bekannt. Die Beurteilung dieser Personen überlasse ich deshalb dem Außenminister."[621]

Der Oberstuhlrichter verurteilte einerseits kollektiv die Einwohner von Rátka, weil diese „Schwaben" waren, andererseits verfügte er über keine konkreten Informationen über deren Deutschfreundlichkeit. Jedoch hielte er es für wichtig, die Aufmerksamkeit des Außenministers auf diesen Umstand zu lenken. Das illustriert, dass die einzige Gemeinde, die ihre deutsche Identität einigermaßen bewahrte, die ungarischen Behörden auch als „Schwabengemeinde" betrachteten und die erste Gelegenheit nutzten, diese zu diskriminieren. Ethnischen Differenzen und Konflikte, die in dieser Region kaum gegeben waren, wurde trotzdem eine große Bedeutung beigemessen. Leider sind die Akten des Notariats Ond, wozu Rátka gehörte, nur bruchstückhaft erhalten. Deswegen konnte nicht ermittelt werden, ob dort die Deportierten auch in der Praxis diskriminiert wurden.

Die Leiter des Komitats Szabolcs hatten während der Durchführung der Deportation Ende Januar 1945 wahrscheinlich keine Zeit und Möglichkeit, sich an die Ministerien zu wenden. Das versuchten sie erst am 1. Februar 1945.[622] Damals schrieben András Pintér, der Sekretär der Kommunistischen Partei des Komitats, Sándor Máchel, ein Abgeordneter der Nationalversammlung, ferner Benő Békefy, reformierter Priester und stellvertretender Leiter des Nationalkomitees an den Ministerpräsidenten. Sie baten um die Freilassung der bereits abtransportierten, aber noch auf ungarischem Gebiet

[621] „Megjegyezni kívánom, hogy Rátka község kivételével a névjegyzékbe felvettek valamennyien szín magyar származásuak, politikai tevékenységet nem fejtettek ki. Rátka egyébként sváb falu, az utóbbi években fajiságánál fogva az egész község németbarát volt, elszigetelődés folytán azonban az érzelmeik a hatóságok előtt nem voltak ismeretesek. Így nevezett személyek elbírálását Külügyminiszterre bízom." MNL BAZML-SFL IV. 2432. 1215/1945.

[622] L BALOGH, Törvényes, 2015, 280–281.

10.15772/ANDRASSY.2019.005204

befindlichen, „unschuldigen", ungarischstämmigen Personen. Sie beschwerten sich ferner über das Verfahren während der Deportation:

> „Wir wissen, dass unter den Bedingungen des unterzeichneten Waffenstillstandsabkommens auch die Auslieferung der Deutschen steht.[623] Bei den Aushebungen wird auch darauf hingewiesen. Die Feststellung dieser ist jedoch unklar, sogar umstritten, weil die Militärbehörden über „bescheinigte deutschstämmige Personen" sprechen, aber die Aushebungen erfolgen nicht gemäß dieser Bestimmung, sondern sie sammeln Personen mit einfach deutsch oder fremd klingenden Namen, und in vielen Fällen auch Personen mit rein ungarisch klingenden Namen."[624]

Sie machten die lokalen Dolmetscher für dieses Vorgehen verantwortlich. Diese hielten sie für Verräter, die teils Pfeilkreuzler und Deutschstämmige waren, jedoch „*sie sind fast allmächtige Herren jener Region*", die bei diesem Verfahren die lokalen Komitatsbehörden gänzlich ignorierten. Wer diese Dolmetscher waren, bzw. ob sie von den sowjetischen Befehlshaber ausgewählt oder freiwillig sich dazu gemeldet hatten, ist unklar. Auf jeden Fall waren die Machtverhältnisse nach dem Einmarsch der Roten Armee in der Region davon geprägt, wer überhaupt in der Lage war, mit ihnen zu kommunizieren.

Am 14. September 1945 wandte sich der Vizegespan Dr. Endre Tompos bezüglich der Sicherung des Lebensunterhaltes der Angehörigen der Verschleppten an den Wohlfahrtsminister Erik Molnár. In seinem Schreiben forderte er die Regelung der sozialen Lage dieser Familienmitglieder. Er meinte, *„…die Lage ist immer beunruhigender, das Auftreten der Angehörigen ist von Tag zu Tag gefährlicher wegen der Entwicklung der Lebensunterhaltsmöglichkeiten.*"[625] Eine Unterstützung außerhalb der normalen Kriegshilfe war jedoch nicht möglich, wie Molnár in seiner Antwort am 26. September betonte. Deshalb schlug er die Umwidmung der Betroffenen zu

[623] Wie darauf auch Béni L. Balogh in einer Fußnote hinwies, entsprach diese Behauptung nicht den Tatsachen. Im Vertrag zum Waffenstillstand wurden Personen „deutscher Abstammung" nicht thematisiert, Ungarn musste sich nur auf die Internierung der deutschen Staatsangehörigen verpflichten.
[624] „Tudjuk, hogy az aláírt fegyverszüneti szerződés feltételei között ott szerepel a német származásúak kiadása is. Az összeszedések is erre való hivatkozással történnek. Azonban ennek a meghatározása nem világos, sőt mondhatjuk, hogy zavaros, mert a katonai hatóságok „igazoltan német származásúakról" beszélnek, de az összeszedés nem ennek alapján történik, hanem egyszerű német hangzású, sőt más idegen hangzású és igen sok esetben tiszta magyar hangzású nevű egyéneket is összeszednek." L. BALOGH, Törvényes, 2015, 280.
[625] MNL SZSZBML IV. B. 411. B. 398/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005205

Kriegswitwen und Kriegswaisen vor, weil diese Kategorien mit einer höheren Hilfeleistung verbunden waren. Welche psychologische Wirkung eine solche Umwidmung auslöste, darüber machte er sich keine Gedanken. Ob sich diese Maßnahme nur auf die Familien der verschleppten Männer bezog, oder auch auf die der deportierten Deutschstämmigen, wurde in der Verordnung nicht näher geklärt. Im Brief des Vizegespans ist nur die Rede von der Kategorie der *„von den sowjetischen Truppen, die letzter November hier durchzogen, aus unbekanntem Grund und Zweck weggebrachten zahlreichen Personen"*. Das deutet eher auf die Männerverschleppungen hin, aber diese Kategorien wurden öfter vermischt.

Am 28. Dezember 1945 beauftragte die „Gemeinschaft des Komitats Szabolcs" Menyhért Veress, einen Mitglied der Munizipalkomisson (*törvényhatósági bizottság*) dazu, nunmehr in der Angelegenheit der Gefangenen vorzugehen. In erster Linie sollte er ihre Rückführung bewirken. Begründet wurde der hohe Stellenwert dieser Frage damit, dass der Ausfall der Gefangenen aus dem Wirtschaftsleben der Gemeinde schwere Probleme verursachte. Sie kannte die Vorbehalte der Regierung, deswegen setzte sie auch eine „Minimalforderung" fest:

> „…wir sollen die Provisorische Nationalregierung darum bitten, mindestens so viel zu bewirken, dass diese Personen den Kontakt mit den Angehörigen in Briefen aufnehmen können, damit die Angehörigen über ihren Zustand informiert würden und ihren Seelenfrieden finden."[626]

Gleichzeitig bat der Vizegespan den Außenminister auch darum, etwas in der Angelegenheit der im November 1944 verschleppten Männer zu unternehmen. Er betonte die politische Zuverlässigkeit dieser Personen, und dass sie trotz der Verordnung zur Evakuierung die Rote Armee vertrauensvoll erwartet hatten. Vizegespan und Menyhért Veress erreichten jedoch wahrscheinlich nichts, die Überlebenden berichteten, dass ein Briefwechsel erst im Sommer 1946 ermöglicht wurde.

2. Eine Kontaktaufnahme zwischen den sowjetischen Kommandanturen und den Komitatsleitungen von Hajdú, Bihar, Szatmár, Szabolcs und Zemplén ist schriftlich

[626] „…kérnünk kell az Ideiglenes nemzeti kormányt arra, hogy legalább azt eszközölje ki, hogy ezek hozzátartozóival érintkezést legalább levélben felvehessenek, hogy hozzátartozóik legalább hogylétükről értesülést szerezve lelkinyugalmukat megtalálják." MNL SZSZBML IV. B. 411. 6038/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005206

nicht dokumentiert (oder die Dokumentation blieb nicht erhalten). Das lässt darauf schließen, dass sich die Leiter der Komitate mit der Deportation abfanden und keinen Widerstand versuchten.
Im Fall vom Komitat Borsod ist fraglich, ob die Aktion von Obergespan Tóth am 19. Januar, als er eine Konskription verordnete, Ergebnis seiner Verhandlung mit den Sowjets war. Leider gibt es dazu keine weitere Akten und fraglich ist auch, ob solche Konskriptionen irgendetwas hätten bewirken können.

3. Maßnahmen zwischen den unteren Verwaltungsbehörden und den sowjetischen Militärkommandanturen:

Im Gegensatz zum Obergespan und Vizegespan unternahm das Personal der unteren Verwaltungsbehörden im Komitat Hajdú Versuche, bei der sowjetischen Kommandantur und bei den Landesbehörden gegen die Deportation zu protestieren. Ein Beispiel dafür ist der bereits erwähnte Bericht aus Nádudvar, in dem der Gemeindevorstand betonte, dass er die Freilassung der Deportierten (oder einen Teil der Gruppe) bewirken wollte und zum Teil auch erreichen konnte:

> „Später suchte der Vorstand die Verbindung mit den zuständigen Ministerien, und als Ergebnis hielt die russische Militärkommandantur von den 98 verschleppten Personen nur 48 zurück, die andere ließ sie angeblich frei. Das entspricht jedoch nicht der Realität, weil zur Zeit der Konskription im Lager 21 Personen nicht aufgefunden werden konnten /wahrscheinlich hörten sie den Aufruf nicht/, deshalb fehlen aus der Gemeinde Nádudvar nicht 48 sondern 69 Personen."[627]

Am 27. Oktober 1945 richteten die Leiter der Gemeinde und die Mitglieder der lokalen Kommunistischen Partei einen Antrag an das Außenministerium in gleicher Angelegenheit. Im Archivmaterial der anderen betroffenen Gemeinden sind keine ähnlichen Maßnahmen dokumentiert, nicht einmal in Balmazújváros, obwohl die Anzahl der Deportierten dort außergewöhnlich hoch war.

[627] „Később az elöljáróság összeköttetést kereset az illetékes minisztériumokkal, amelynek eredményeként az orosz katonai parancsnokság az elhurcolt 98 egyénből 48 személyt tartott vissza, a többit állítása szerint visszaengedte. A valóságnak ez azonban nem felel meg, a táborban az összeírás alkalmával 21 fő nem került meg /az összehívást valószínűleg nem hallották/, így Nádudvar községből ténylegesen nem 48 egyén, hanem 69 egyén van távol." MNL HBML V. 656. C. 2678/1946.

10.15772/ANDRASSY.2019.005207

Aus den Komitaten Borsod und Zemplén sind ebenfalls keine Hinweise bekannt, dass die dortigen Behörden zu intervenieren versucht hätten, weder während noch nach dem Deportationsvorgang.

Im Komitat Szabolcs protestierten die Behörden der Gemeindeebene bereits im Dezember 1944, damals noch gegen die Verschleppung der männlichen Bevölkerung. Die Gemeinde Encsencs wandte sich an die sowjetische Militärkommandantur wegen des Falles der „*als Geisel verschleppten 105 Männer*".[628] Aufgrund dieses Antrags stellte sich heraus, dass die Verschleppung eine Racheaktion war, auf jeden Fall interpretierte der Gemeindevorstand dahingehend die Situation. Ein Einheimischer hatte einen sowjetischen Soldaten getötet, als dieser seine Frau zu vergewaltigen versuchte, deswegen trieben die Soldaten 105 Männer aus dem Dorf fort.

Die Berichte der Gemeindevorstände zeigen, dass die Notäre und Oberstuhlrichter später, Ende Januar 1945 ebenfalls protestierten, als die Rotarmisten Zivilisten als Deutschstämmige deportierten, die die Amtsleiter als Ungarn betrachteten. Der Leiter der Gemeinde Tímár handelte beispielsweise wie folgt:

> „Den Arbeitern schickten wir extra Geburtsurkunden, später auch Leumundszeugnisse nach Szerencs. Diese Urkunden bestätigten, dass sie nicht deutschstämmig sind, bzw. dass sie moralisch und politisch zuverlässig sind. Um ihre Freilassung zu erreichen, taten wir alles Mögliches bei der Kommission und bei den oberen Behörden. Wir ergänzten die Kleidung derjenigen, die mangelhaft ausgestattet waren. Wir schickten 100 kg Fleisch und 45 kg Mehl zu ihrer Verpflegung."[629]

Die Verhandlungen führten jedoch zu keinem Ergebnis. Ungarische Beamten wurden in mehreren Fällen Opfer von Bedrohungen, Verhaftungen oder Misshandlungen,[630] was wahrscheinlich ihre Solidarität mit der ebenso misshandelten Bevölkerung steigerte. Darüber fand sich jedoch keine Dokumentation, ob es auch Gemindeleiter gab, die deportiert wurden. In den Berichten aus dieser Kleinregion fehlt die sonst übliche

[628] L. BALOGH, Törvényes, 2015, 262–263.
[629] „A munkásoknak külön anyakönyvi kivonatot és később Szerencsre erkölcsi bizonyítványt küldtünk. Mind igazolják ezen iratok, hogy ők nem német származásuak, illetve politikailag és erkölcsileg megbízhatók. Kiszabadításuk érdekében a bizottságnál és felsőbb hatóságaiknál minden tőlünk telhető megtettünk. Ruházatukban is kisegítettük azokat, akik hiányosan voltak öltözködve. Élelmezésükre 100 Kg húst, 45 kg főzőlisztet küldtünk." MNL SZSZBML IV. B. 401. C. 1526/1945.
[630] Vgl. dazu MNL SZSZBML IV. B. 401. C. 1526/1945, 1535/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005208

Argumentation, dass die Freilassung der Gefangenen notwendig war, weil diese politisch zuverlässig waren – welche Argumentation ebenfalls hätte bedeutet, dass auf den weniger „würdigen" Teil der Gruppe automatisch verzichtet wurde. Das Wohlwollen in dieser Umgebung kann auch damit untermauert werden, dass die Deportierten bei den späteren Aktionen zur Suche und Rückführung immer ohne Ausnahmen in die Listen aufgenommen wurden, von dem differenzierenden und diskriminierenden Vorgehen in anderen Landesteilen ist kein Spur zu finden.

Im Hintergrund dieser Einstellung der ungarischen Behörden sind mehrere Faktoren zu beobachten. Einerseits war ein Teil der Deportierten tatsächlich nicht „deutsch", sie wurden von den ungarischen Behörden ebenfalls nicht als „deutschstämmig" betrachtet, so protestierten diese aus Überzeugung. Andererseits hatten die Behörden bereits die Erfahrung der Verschleppung von 2.000 Männern aus Nyíregyháza und weiteren hunderten aus kleineren Ortschaften, die sowohl die Bevölkerung als auch die ungarischen Behörden erschütterten. Bis Ende Januar, zwei Monate danach, waren sie auch mit den Folgen konfrontiert, mit den daraus hervorgegangenen organisatorischen, sozialen und wirtschaftlichen Komplikationen.[631] In Nyíregyháza stellte die Verwaltung Verzeichnisse je nach Berufskategorien zusammen, in denen die verschleppten Feuerwehrleute, Polizisten, Postmitarbeiter, Eisenbahner, etc. aufgelistet wurden, „*die zum Neustart des öffentlichen Lebens unentbehrlich*" waren.[632] Sie wollten eine weitere Verschlechterung der bereits schwierigen Lage durch erneute Verschleppungen vermeiden – ohne Erfolg.

4. Die komplette Auflistung aller Interaktionen zwischen den ungarischen Behörden der unteren Ebenen und den Komitatsleitungen halte ich nicht für notwendig, so werde ich nur relevantere und regionsspezifische Fälle erwähnen.

Im Komitat Hajdú wurde die Deportation rasch, binnen einiger Tage durchgeführt. Maßnahmen aus diesen Tagen sind aus den Akten nicht bekannt. Die erste Aktion war die Registrierung der Betroffenen nach ihrem Abstransport. Der Obergespan initiierte diese bereits am 13. Januar 1945, als er die Zusammenstellung eines „*Verzeichnisses über die Abstammung der aus dem Internierungslager von Balmazújváros*

[631] MNL SZSZBML IV. b. 411. B. 6979/1945.
[632] MNL SZSZBML IV. B. 401. C. 142/1946.

10.15772/ANDRASSY.2019.005209

abtransportierten Personen" verordnete. Im Verzeichnis mussten die Daten der Deportierten festgehalten werden, ferner in Anwesenheit eines Mitglieds einer demokratischen Partei überprüft werden, ob die deportierten Personen „*einschließlich der Großeltern rein ungarisch sind, oder ob sie aus Mischehen stammen oder völlig fremd sind*".[633] Die Konskription geriet ins Stocken, als sich das Nationalkomitee von Balmazújváros als dazu nicht zuständig erklärte, die Deportierten „*bis zu den Großeltern zurückgehend als ungarischstämmig auszuweisen*". Das zeigt einerseits, dass obwohl die Deportierten sich für Ungarn hielten, sie ihr Umfeld nicht als solche betrachtete. Andererseits zeigt dieser Fall eine Parallele mit dem von Rátka: Beide Gemeinden waren die einzigen in ihrer Umgebung, in denen Personen deutscher Abstammung lebten – und beide waren von der Deportations stark betroffen und die Deportierten wurden in der Folgezeit von den ungarischen Behörden diskriminiert.
Ab 1946 gab es weiteren Maßnahmen zwischen den ungarischen Behörden der Komitats- und der unteren Ebene, diese zielten zumeist auf die Rückführung der Gefangenen ab. Damals war schon eine Veränderung in der Haltung der ungarischen Behörden zu beobachten, denn sie versuchten eine immer breitere Schicht der Deportierten zu unterstützen. Bei den Such- und Rettungsaktionen nach 1946 wurden die Deportierten einstimmig als Ungarn betrachtet und in alle Maßnahmen einbezogen. Es kann auch festgestellt werden, dass die Leiter des Komitats Hajdú die Anträge der Angehörigen auf Hilfeleistungen immer positiv beurteilten.[634]

Im Komitat Borsod waren die lokalen ungarischen Behörden nach der verordneten Konskription vom 19. Januar mit der Zusammenstellung dieser Listen beschäftigt. Da es sehr fraglich ist, ob diese Listen von irgendjemand berücksichtigt oder benutzt wurden, halte ich es für durchaus möglich, dass diese Verordnung nur eine sowjetische Strategie war, um die Aufmerksamkeit der ungarischen Behörden abzulenken und deren Einmischung in das Deportationsverfahren zu hintertreiben. Die Zusammenstellung der Listen verlangte viel Arbeit, besonders wegen der unscharfen Definition der Kategorien.

[633] MNL HBML IV. 901. A. 105/1945.
[634] Siehe zum Beispiel MNL HBML IV. B. 906. 610/1945.; MNL HBML IV. B. 921. B. 168/1947.

10.15772/ANDRASSY.2019.005210

Die letzten Verzeichnisse wurden erst nach der Frist, Ende Januar 1945 an den Obergespan weiterleitet.[635]

Nach Abschluss der Deportation begannen zahlreiche Maßnahmen zur Registrierung der Betroffenen. Dabei ist jedoch auffällig, dass diese in erster Linie die Konskription und Rückführung der verschleppten Männer zum Ziel hatten, nicht die der deportierten „Deutschstämmigen". Im Material des Vizegespans ist eine Mappe mit dem Betreff „*Verschleppte*" zu finden,[636] die sich ausschließlich mit den im Jahr 1944 verschleppten Personen befasst. Durch die ungleiche Behandlung dieser Angelegenheit in den Akten wird deutlich, dass sich die ungarischen Behörden um die Rückführung dieser Personen sehr bemühten, während die der „*deutschstämmige Zivilisten*" für sie zweitrangig war.

Das wird auch vom Bericht des Oberstuhlrichters des Bezirk Ózd vom 7. Mai 1945 untermauert, in dem er mitteilte, dass aus Ózd die Sowjets drei Personen weggebracht hatten, „*davon kamen zwei zurück, einer fehlt noch, er ist aber deutschstämmig*".[637] Diese negative Unterscheidung zwischen den Deportierten lässt darauf schließen, dass die als „*deutschstämmig*" Angesehenen unter dem Aspekt der Rückführung Staatsbürger zweiter Klasse waren.

Im Komitat Szabolcs versuchte das Vorstandsmitglied von Kisvárda (er unterschrieb die Akten als János Fischer, seine Position war nicht zu ermitteln) bereits während der Deportation, am 29. Januar, sich in der Angelegenheit seiner Bekannten an den Obergespan zu wenden. Diese bekleideten wichtige Positionen in der Gemeinde. Frau Józsefné Puchlik war beim Amt des Oberstuhlrichters angestellt und ihr Mann wurde deportiert. László Seifried war Funktionär in der Gemeinde, Dr. Miklós Rétháti war Kreisarzt. Für den Arzt setzte sich auch ein früherer jüdischer Arbeitsdienstler ein. Die Position eines gewissen István Schmidt wurde im Antrag nicht benannt, die Richtigkeit seiner eventuellen Rückführung begründete Fischer jedoch damit, dass „*er beim Abitur nur im Fach deutsche Sprache durchfiel, sein Großvater nahm als Hauptmann am Freiheitskampf 1849 teil, er kämpfte gegen die Deutschen*".[638]

[635] MNL BAZML IV. 904. A. 11/1945.
[636] MNL BAZML IV. 904. B. 63/1947.
[637] MNL BAZML IV. 913. 1534/1945.; MNL BAZML V. 186. 769/1945.
[638] MNL SZSZBML IV. B. 401. C. 1535/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005211

Nach Abschluss der Deportation waren die weiteren Maßnahmen auf die Suche und Rückführung der Deportierten ausgerichtet. Diese landesweiten Aktionen wurden unter Beteiligung der Gemeinde- und Bezirksverwaltungen durchgeführt.

5. Von den Maßnahmen der unteren Verwaltungsbehörden in ihren Zuständigkeitsbereichen werde ich nur einige Fälle hervorheben.

Im Komitat Hajdú wurden ausschließlich Maßnahmen dokumentiert, die nachträglich, nach Beendigung der Deportationen durchgeführt wurden. Die einzige Ausnahme war der Antrag des Gemeindevorstandes von Balmazújváros vom 20. Januar 1945,[639] der um Unterstützung zur Verpflegung der Deportierten aus Hajdúszoboszló, Nádudvar, Berettyóújfalu, etc. ersuchte, also für die Personen, die bereits im Sammellager in Balmazújváros untergebracht waren. Der Antrag wurde abgelehnt, die Gemeindevorstände begründeten ihre negative Haltung damit, dass sie diese Personen mit Verpflegung nach Balmazújváros geschickt hatten, und für die Kosten „*die Stadt aufkommen muss, wo die Maßnahme erfolgte*". Balmazújváros wurde mit seinem Problem alleingelassen.

Der Obernotär von Berettyóújfalu argumentierte außerdem mit den schwierigen Verhältnissen, seine Antwort war sehr doppeldeutig: „*Wir denken, die Adressaten verstehen die heutigen außerordentlichen Zustände und dass es sich jetzt eher um unsere eigene Art handelt, und diese Angelegenheit wird daher als erledigt betrachtet*".[640] Was damit genau gemeint wurde, ist nur schwer zu enträtseln. Die Formulierung „*unsere Art*" suggeriert jedoch, dass er die Verpflegung der als „deutschstämmig" weggebrachten Personen für zweitrangig hielt, und sich nur der Versorgung der in der Gemeinde verbliebenen Ungarn widmen wollte. Dieser Fall zeigt wieder, dass trotz der ungarischen Identität der Bevölkerung von Balmazújváros sie das Stigma des „deutschen Dorfes" hatten und als solche diskriminiert – oder in diesem Fall allein gelassen – wurden.

Ein interessanter Fall ist im Zusammenhang mit den aus der Stadt Hajdúnánás verschleppten Männern dokumentiert. Dort kam der Verdacht auf, dass die verschleppten Männer von einem jüdischstämmigen Komitatsbeamten, von Jenő

[639] MNL HBML V. 607. C. 1238/1945.
[640] MNL HBML V. 612. C. 125/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005212

Schlosser, den Sowjets ausgeliefert wurden, weil er auf dieser Weise für die Deportation seiner eigenen Familie durch die Deutschen Rache nehmen wollte.[641] Die öffentliche Meinung in Hajdúnánás war gegen ihn, obwohl diese Beschuldigung nicht eindeutig nachgewiesen werden konnte. Wie wichtig die Meinung der Verwandten der verschleppten Männer war, zeigt jedoch deutlich, dass die Exekutivkommission des Stadtrates Schlosser noch im Jahr 1957 in seine damalige Position nicht wieder einsetzte, weil sie sich Sorgen wegen der Reaktionen in der Öffentlichkeit machten.[642] Der Fall zeigt, dass die Angehörigen der verschleppten Männer in den Hajdústädten eine sehr starke Position hatten. Das traf für die Familienmitglieder der deutschstämmigen Deportierten nicht zu.

In den Akten der Nationalkomitees in den Komitaten Borsod und Zemplén sind ebenfalls viele Anträge zu finden, in denen diverse Personen um Bescheinigungen baten. Die Komitees, die aus den Delegierten aller Parteien gebildet waren, zeigten sich bereit, die politische Zuverlässigkeit solcher Personen mit ihren Unterschriften zu beglaubigen.[643] Die Nationalkomitees differenzierten somit weniger zwischen den Deportierten, wie das andere Verwaltungsorganen taten.

Im Komitat Szabolcs begannen ernsthafte Initiativen erst nach Abschluss der Deportation, um etwas in der Angelegenheit der Deportierten zu unternehmen. István Pisták, ein Mitglied der Kommunistischen Partei von Gáva, richtete einen Brief an den Obergespan, in dem er ihn im Namen der Partei und der Bevölkerung der Gemeinde am 10. August 1945 darum bat, in den Verhandlungen mit dem Außenminister den Fall auch dieser Deportation zu thematisieren. Ferner schlug er die Gründung einer Kommission von 5–6 Personen vor, die „*zum Marschall Stalin*" nach Moskau geschickt werden sollte, entweder mit Flugzeug, oder wenn ein solches nicht zur Verfügung stünde, mit dem Zug.[644] Der Obergespan bat Pisták in seiner Antwort vom 23. August

[641] Zum Fall siehe noch: VÖLGYESI, Zoltán: Málenkij robot és a zsidó bosszú legendája Hajdúnánáson. In: Levéltári Közlemények, 86. (2015). 189–212.
[642] MNL HBML-HFL XXIII. 527. Band 24. Protokoll der Sitzung vom 25. Februar 1957.
[643] Siehe zum Beispiel: MNL BAZML-SFL XVII. 147. 279/1946, 21/1947, 56/1947, 57/1947.; MNL BAZML-SFL XVII. 158. Protokoll der Sitzung vom 19. September 1945.; MNL BAZML-SFL SVII. 164. Protokoll der Sitzung vom 30. März 1945.
[644] MNL SZSZBML IV. B. 401. C. 142/1946.

10.15772/ANDRASSY.2019.005213

um Geduld, weil er einerseits weder über ein Flugzeug noch einen Zug verfügte, andererseits er kürzlich darüber informiert wurde, dass die diplomatischen Beziehungen Ungarns zur Sowjetunion bald wieder hergestellt würden. Er deutete an, dass er selber alles in dieser Angelegenheit unternehmen würde und Mátyás Rákosi in einer Rede in Kecskemét verkündet hatte, dass vor dem Winter 250.000 Gefangenen heimkehren würden.

Im Gegensatz zur Rückführung hatten die lokalen Behörden bei der sozialen Unterstützung einen großen Handlungsspielraum, den sie im Komitat Szabolcs voll ausnutzten. Die Hilfeleistungen an die heimkehrenden Deportierten und ihren Familien sind dokumentiert.[645] Diese konnte nicht nur durch finanzielle Hilfen erfolgen, in Gáva beschloss zum Beispiel die Abgeordnetenversammlung, für die Landwirte, die zur Zeit in Gefangenschaft waren, die Abgaben zur Versorgung der Roten Armee auf die Hälfte zu reduzieren.[646]

Eine Hilfeleistung erhielt Erzsébet Vagner, darüber hinaus wurde eine Einschränkung ihrer Erwerbsfähigkeit festgestellt, als sie aus der Deportation heimkehrte. In dem sowjetischen Lager „*bei der Arbeit presste sie der Kohlenwaggon zum Grubenholz, wobei ihr rechter Schulterknochen und ihr rechter Oberarm brach"*.[647] Die Gemeindevorstände sprachen jedoch nicht in allen Fällen ähnliche Hilfen zu, was aber eher nicht ethnisch-politische, sondern finanzielle Gründe haben konnte. So wurde der Antrag des heimgekehrten János Türk am 7. Juli 1949 abgelehnt, in dem er um Kriegshilfe für seine Mutter ersuchte, mit der Begründung: „*er hat ein Vermögen*".[648]

Die ungarischen Behörden versuchten in einigen Fällen, die soziale Unterstützung auf die Arbeitgeber abzuwälzen, so zum Beispiel an die MÁV[649]. Der Bürgermeister von Nyíregyháza protestierte am 27. Januar 1945 dagegen, dass die Stationsleitung der MÁV die Anträge der Familienmitglieder der (wahrscheinlich im November 1944 verschleppten) Bahnangestellten auf Sozialhilfe ablehnte. *„…es gehört sich so, dass sie die Familienangehörigen ihrer eigenen Kollegen mindestens an elementarer*

[645] MNL SZSZBML V. 111. 2060/1947.; MNL SZSZBML V. B. 237. Karton 10. Ohne Nummer, Antrag von Mihályné Fecskó.
[646] MNL SZSZBML V. B. 128. Protokolle der Gemeindeversammlung, Band 7. Protokoll der Sitzung vom 29. November 1945.
[647] MNL SZSZBML V. B. 237. 335/1948.
[648] MNL SZSZBML V. B. 237. 871/1949.
[649] Magyar Államvasutak ist die 1894 gegründete, staatliche Eisenbahngesellschaft Ungarns.

10.15772/ANDRASSY.2019.005214

Verpflegung teilhaben lassen, solange die Stadt ihrerseits alles Mögliches für die Fürsorge tut. Wir erwarten aber, dass sie wenigstens den Angehörigen dieser weggebrachten Personen Hilfe leisten".[650]

6. Über Maßnahmen der Betroffenen oder anderer Persönlichkeiten konnte ich keine Akten in den Komitaten Hajdú und Bihar finden. Es ist möglich, dass diese nicht aufbewahrt wurden. Eine andere Möglichkeit ist, dass die Verwaltungsbehörden in diesen Komitaten Monate nach dem Abschluss der Deportation einen einheitlichen Standpunkt in dieser Angelegenheit vertraten, dass nämlich die Deportierten und Verschleppten alle „gute Ungarn", politisch und national zuverlässige Staatsbürger waren, weswegen auf Einzelpersonen bezogene Aktionen gar nicht notwendig erschienen. In den bekannten Anträgen entfiel zumeist die in anderen Regionen übliche Argumentation, in der das Ungarntum der Betroffenen nachgewiesen wurde, sie betonten höchstens, dass diese Personen wegen ihrer deutsch klingenden Namen weggebracht worden waren.[651]

Aktiver waren die Behörden in Angelegenheiten der Sozialhilfe. In der schwer betroffen Gemeinde Balmazújváros waren solche Maßnahmen dringend nötig. Besonders schwerwiegend war der Antrag der lokalen Organisation des MNDSZ[652] vom 5. Juni 1945, mit dem diese eine Regelung der Hilfeleistungen forderten, insofern die Geldzahlungen auch im Nachhinein beglichen werden und nicht nur an die Ehefrauen der Soldaten ausgezahlt werden sollten, sondern auch an die Frauen, „*deren Männer nach dem 13. Januar in die Ukraine gebracht wurden, ferner an die Frauen, die über ihre Männer noch keine Benachrichtigung erhalten haben.*"[653] Welches Ergebnis der Antrag hatte ist nicht bekannt, obwohl es interessant zu wissen wäre, ob die Balmazújvároser auch im Nachhinein als „Deutsche" diskriminiert wurden, oder nur zur Zeit der Deportation, als durch die „Aufopferung" von mehr als 500 dortigen Zivilisten die übrigen Ortschaften ihre Befreiung von der Deportation erhofften und zumeist auch erreichten.

[650] MNL SZSZBML V. B. 77. Ohne Nummer.
[651] Siehe zum Beispiel MNL HBML-HFL V. B. 374. C. Karton 512.
[652] Magyar Nők Demokratikus Szövetsége (Demokratischer Verband der ungarischen Frauen). Organisation in Ungarn von 1945 bis 1956, die im Laufe der Zeit unter den Einfluss der Kommunistischen Partei geriet.
[653] MNL HBML V. 607. C. 3192/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005215

Im Komitat Borsod versuchten die Betroffenen bereits während ihrer Deportation Bescheinigungen zu besorgen, von denen sie Schutz erhofften. So stellte der Vizegespan am 22. Januar 1945 Zeugnisse über die Abstammung wichtigerer Beamten aus, so an Dr. Gáspár Klein, Privatdozenten und Hauptarchivar, ferner an Dr. Ernő Schul, Komitatsoberstaatsanwalt. Sie waren politisch zuverlässig und Männer, „*die wegen der deutsch klingenden Namen nicht benachteiligt werden durften*".[654] Ein ähnliches Zeugnis erhielt vom Vizegespan am 27. Januar Árpád Tímár, der, „*obwohl sein Name mit dem Buchstaben „r" endet, in keiner Verbindung mit dem Deutschtum steht, er ist nicht deutschstämmig".*[655] Diese Akte zeigt die sowjetische Praxis, dass sie tatsächlich Namen, die mit dem Buchstaben „r" endeten, für Deutsch klingend hielten. Ob diese vom Vizegespan bescheinigten Personen letztendlich deportiert wurden, ist nicht dokumentiert, so ist nur zu vermuten, dass solche Zeugnisse in der Tat keinen besonderen Stellenwert hatten.

Im Komitat Zemplén war einer der interessantesten der Fälle im Nachholverfahren, als István Kulin, der Direktor der Agrarkammer für die Region am rechten Theißufer (*Tiszajobbparti Mezőgazdasági Kamara*), am 22. November 1945 einen langen Brief an Ministerpräsident Zoltán Tildy richtete, um ihn aufzufordern, in der Angelegenheit der Verschleppten etwas zu unternehmen.[656] Sein Schreiben war von der Sorge um die Verschleppten und ihren Familien geprägt, seine Formulierungen blieben jedoch vorsichtig („*die brave russische Armee", „der große Marschall des Sowjetreiches"*). Er interpretierte die damalige Lage summarisch so, dass die Verschleppungen Folge eines Missverständnisses waren, das korrigiert werden sollte. Seine Argumentation ist daher nicht überraschend und wurde auch von vielen anderen ungarischen Persönlichkeiten übernommen, die sich ebenfalls in diese Angelegenheit einmischten.

[654] MNL BAZML IV. 904. A. 4/1945, 5/1945.
[655] MNL BAZML IV. 904. A. 12/1945.
[656] MNL BAZML-SFL IV. 2401. B. 1045/1945.; L. BALOGH, Törvényes, 2015, 368 – 371.

10.15772/ANDRASSY.2019.005216

„…ihr Ungarntum kann niemand bezweifeln. Es gibt aber, als Lösungsmöglichkeit, die Ablösung der Unschuldigen mit Nazisöldlingen, die verhaftet oder bestraft wurden oder sich noch auf freiem Fuß befinden."[657]

Im Zusammenhang mit den Deportierten aus Miskolc untersuchte Gergely Kunt detailliert die Dokumentation ihrer Sozialhilfe und Kriegsversorgung, er analysierte ferner, welche Strategien die Betroffenen verfolgten, um ihre Lage zu verbessern.[658] Er kam zu der Schlussfolgerung, die ich ebenfalls teile: obwohl die Öffentlichkeit generell so unterrichtet war (und bis heute ist), dass die Deportation ein Tabuthema war, die Betroffenen zu schweigen hatten und keine Hilfeleistungen erhielten, dieses Bild aufgrund der Erschließung der (Archiv)Quellen relativiert werden muß. Den Arbeitern und ihren Familien in und um Miskolc wurden die Hilfeleistungen zumeist zugesprochen, wenn sie solche beantragten.

Einen solchen Antrag stellte Frau Istvánné Krechel am 2. Mai 1945 für die Rückführung ihrer Tochter, die aus Diósgyőr deportiert worden war. Jolán Krechel war schwanger, als die Sowjets sie mitnahmen, ihr Mann, Pál Rajczi begleitete sie freiwillig. In der Begründung ihres Antrags betonte die besorgte Mutter weniger die national-politischen Aspekte, stattdessen ist dieser in einer anderen, persönlicheren Form zu finden, wie das auch in den anderen Regionen üblich war:

„Angeblich wurde meine Tochter wegen ihres deutschen Namen verschleppt. Ich habe keinen anderen Wunsch, nur dass meine Tochter, die unschuldig weggebracht wurde, auf ungarischem Boden ihr Kind zur Welt bringen kann. Ich zog meine fünf Kinder anständig mit meinem geringen Taglöhner-Einkommen groß, ich arbeitete Tag für Tag für die ungarische Heimat, und jetzt entriss der Krieg mir mein zweites Kind, gerade dann, als ich in meinen alten Tagen keine Arbeit mehr aufnehmen kann."[659]

---

[657] „…magyarságuk tekintetében senkinek nem lehet kétsége. De ott van, mint megoldási mód, az ártatlanoknak a letartóztatott vagy megbüntetett, de szabadlábon lévő, s a büntetlenül még ma is szabadlábon lévő nácibérencekkel – adott esetben kicserélése." MNL BAZML-SFL IV. 2401. B. 1045/1945.; L. BALOGH, Törvényes, 2015, 368–371.

[658] KUNT, A málenkij, 2017, 76–92.

[659] „Állítólag leányomat német neve miatt hurcolták el. Minden vágyom az, hogy leányom, akit ártatlanul vittek el, magyar földön hozhassa világra magyar gyermekét. Öt gyermeket neveltem becsülettel nehéz napszámos keresetből, éjt nappá téve a magyar hazának, s most a háború már második gyermekem ragadja el tőlem, akkor, mikor már öreg napjaimra az én kezemből kiesik a munka." MNL BAZML IV. 901 b. 450/1946.

10.15772/ANDRASSY.2019.005217

Die Reaktion der ungarischen Behörden ist leider nicht bekannt. Da der Antrag auf eine Rückführung hinauslief, die die ungarische Seite in keinem Fall bewirken konnte, wurde dieser Antrag wahrscheinlich ad acta gelegt.

Im Komitat Borsod wurden nicht alle Anträge auf Sozialhilfe automatisch bewilligt, der Grund dafür war weniger politischer als finanzieller Natur. Am 27. Februar 1945 bat der Notär der Gemeinde Hejőcsaba um Sozialhilfe für die Familien der zur Arbeit weggebrachten *„Personen mit deutschen Namen*" vom Bürgermeister der Stadt Miskolc, der diesen ablehnte, weil „*das zur Zeit nicht möglich ist*".[660] Daraus geht nicht eindeutig hervor, ob es tatsächlich an finanziellen Mitteln mangelte, oder an Wohlwollen, weil es sich um „*Personen mit deutschen Namen*" handelte.

Im Komitat Zemplén ist auch in den Fällen der als „Schwabengemeinden" betrachteten Dörfer, wie Hercegkút, die Absicht der ungarischen Behörden zu beobachten, sowohl die Kriegsgefangenen als auch die Zivilisten nach ihrer Heimkehr, bzw. deren Familienangehörigen zu unterstützen.[661] In dieser Subregion intervenierten auch Geistliche, um die Freilassung ihrer Gläubigen zu bewirken. Der reformierte Priester der Gemeinde Ziliz bat am 10. Februar 1945 um die Vermittlung des Vizegespans, etwas in der Angelegenheit seiner Gläubigen zu tun, die am 23. Januar verschleppt worden waren. Seine Bitte basierte jedoch auf einem Missverständnis, weil aus einem Bericht vom 17. Mai sich herausstellte, dass die Personen Ende Februar heimgekehrt waren.[662]

Der Geschäftsführer der MÁV bat am 6. April 1945 das Nationalkomitee des Komitats, etwas zur Rückführung des verschleppten Zugbremsers Lajos Barna zu unternehmen.[663] Barna war an seiner Arbeitsstelle unentbehrlich. Der Direktor argumentierte somit nicht mit politischer Zuverlässigkeit und ungarischer Gesinnung, sondern dahingehend, dass die Angestellten der MÁV gemäß eines Befehls des sowjetischen Kommandanten zur Zwangsarbeit nicht in Anspruch genommen werden durften.

Besonders deutlich wurde in den Komitaten Szabolcs und Bereg zwischen den verschleppten Männern und den deportierten Deutschstämmigen unterschieden, wo in

[660] MNL BAZML IV. 906. B. 2535/1945.
[661] MNL BAZML-SFL V. 266. 851/1948.
[662] MNL BAZML IV. 901. B. 450/1946.
[663] MNL BAZML IV. 901. B. 450/1946.

10.15772/ANDRASSY.2019.005218

erster Linie die Männerverschleppungen typisch waren und diese mehrere Gemeinden und viele Personen betrafen. In dieser Angelegenheit schritten die ungarischen Behörden öfter ein, auch wenn sie die „deutschstämmige Gruppe" gleichfalls befreien wollten, weil sie den Großteil von denen für Ungarn hielten.[664] Der zentrale, landesweite Kriegsgefangenendienst der Unabhängigen Kleinlandwirtpartei intervenierte im Frühling 1946 auch im Sinne solcher Rückführungen.[665]

Wahrscheinlich lief die allgemeine Erfahrung auch darauf hinaus, dass die ungarischen Behörden der höheren Ebenen bereitwilliger waren, wenn es sich um verschleppte Männer handelte als um die „deutschen" Deportierten. Deshalb formulierte das bereits erwähnte Mitglied der Kommunistischen Partei von Gáva, István Pisták am 25. November 1945 in seinem Antrag an den Vizegespan und „*an das Präsidium des ungarischen Abgeordnetenhauses*" etwas unklar. Er vermischte nämlich die zwei Arten von „Verschleppungen" in seinem Schreiben wahrscheinlich absichtlich:

> „…ich möchte die Aufmerksamkeit aller Mitglieder des Abgeordnetenhauses auf ein großes Unrecht lenken. Im Herbst 1944, zur Zeit der russischen Besetzung, nahmen russische Soldaten unschuldige Menschen, Männer und Frauen aus mehreren Gemeinden des Komitats Szabolcs gefangen, um sie zur Arbeit mitzunehmen. So brachten sie die Jugend aus Nyíregyháza, Ibrány, Buj, Vencsellő, Gáva, Kenézlő, Tiszabercel, Rakamaz, Zalkod und aus anderen Gemeinden weg. Die russischen Soldaten suchten nach Pfeilkreuzlerverbrecher, sie nahmen aber unsere Kinder ohne Verhör weg, so fielen ihnen die ärmsten und unschuldigsten Menschen zum Opfer, und sie brachten sie in die Ukraine, nach Stalino und Umgebung, in Arbeitslager."[666]

Die Quellen von Pisták sind nicht bekannt, er war jedoch gut über den Aufenthaltsort der Gefangenen informiert. Er machte darauf aufmerksam, dass Stalin die Freilassung solcher Personen bereits verordnet hatte, doch die *„polnischen Judenoffiziere nehmen an unseren Blutsverwandten anstelle der Deutschen Rache*", deshalb ließen diese nur

[664] Z. B. MNL SZSZBML IV. B. 757. Karton 6. „Verschleppten aus Bereg".
[665] MNL SZSZBML XVII. 18. 4/1946.
[666] „…nagy igazságtalanságra hívom fel a képviselőház minden egyes tagjának a figyelmét. 1944 év őszén az orosz megszállás idejében, az orosz katonaság ártatlan embereket, férfiakat é nőket összeszedett Szabolcsvármegye több községeiben azzal, hogy rövid időre munkára viszik. Így vittek el Nyíregyháza, Ibrány, Buj, Vencsellő, Gáva, Kenézlő, Tiszabercel, Rakamaz, Zalkod és több más község fiatalságát. Az orosz katonaság nyilas bűnösöket keresve, minden kihallgatás és megkérdezés nélkül vitte gyermekeinket, és így a legszegényebb és legártatlanabb emberek estek áldozatul, s őket vitték ki Ukrajnába és Sztalinó város környéke munkatáboraiba." MNL SZSZBML IV. B. 411. B. 6979/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005219

sehr kranke und schwache Menschen nach Hause kommen. Er meinte, das Außenministerium hatte nur noch die effektivere Durchsetzung eines bereits erteilten Befehls von Stalin anzufordern, möglichst rasch, weil „*unsere unschuldigen Blutsverwandten ohne Bekleidung, voll mit Ungeziefer verhungern*". Der Antrag erreichte jedoch nie seine Empfänger. In der Antwort des Vizegespans vom 29. Dezember ist zu lesen, dass er selbst einen ähnlichen Antrag stellte, bzw. mit der Sachbearbeitung den Abgeordneten Menyhért Veress beauftragte. Der Vizegespan wollte wahrscheinlich den Brief von Pisták aus inhaltlichen Gründen lieber nicht weiterleiten.

Insgesamt waren die Reaktionen der ungarischen Behörden der verschiedenen Komitate, Bezirke und Gemeinden in der Region Nordostungarn auf die Deportationen (und Verschleppungen) sehr unterschiedlich.

Überall wurde vor der Deportation der „deutschstämmigen" Zivilisten die Verschleppung der männlichen Bevölkerung durchgeführt, die bereits in Oktober-November 1944 geschah, so dass die ungarische Seite eine Vorstellung haben mußte, was die Personen erwartete, die im Januar 1945 zur Zwangsarbeit ausgewählt wurden. Eine Einstellung dieser Deportationswelle versuchte aber kein Komitatsleiter bei den sowjetischen Kommandanten zu erreichen – sie wussten wahrscheinlich, dass sie nicht die Macht dazu hatten. Stattdessen intervenierten sie bei den ungarischen Ministerien, die jedoch nichts tun konnten, schon wegen der Kürze der Zeit vor dem endgültigen Abschluss des Deportationsverfahrens und weil sie den Sowjets gegenüber sich auch nicht durchzusetzen vermochten.

Die Leiter einiger Bezirke und Gemeinden versuchten jedoch, die sowjetischen Akteure vor Ort davon zu überzeugen, dass ihr Vorgehen nicht richtig war. Sie betonten die politische Zuverlässigkeit und die ungarische Abstammung der Betroffenen. Unterschiedlich war dabei, ob sie sich für die ganze Gruppe einsetzten, oder nur um den Teil, den sie für „unschuldig" bzw. „würdig" hielten. Die zweite Version ist in der Region besonders interessant unter dem Aspekt, wo die Grenze zwischen zuverlässigen und unzuverlässigen Personen in einem Landesteil gezogen wurde, obwohl deutsche kulturell-politische Bewegungen und Aktivitäten in den letzten Jahrzehnten überhaupt nicht präsent waren.

10.15772/ANDRASSY.2019.005220

Die Interaktionen zwischen den Leitern der Komitate und den Behörden der unteren Ebenen beschränkten sich generell auf die Durchführung der diesbezüglichen, landesweiten Verordnungen. Seltener kam es zu individuellen Initiativen, zum Beispiel zu Interventionen zur Befreiung von Bekannten. Im eigenen Zuständigkeitsbereich taten die lokalen Verwaltungen ebenfalls kaum mehr, als die Deportierten zu registrieren.

Diesbezüglich war es eine Besonderheit dieser Region, dass dem Kriteriensystem, das in der Verordnung Nr. 26. der Alliierten Kontrollkommission vom 18. März 1945 für die Rückführung formuliert wurde, in den Augen der lokalen ungarischen Behörden (fast) alle Deportierten entsprachen, die als politisch und national zuverlässig eingestuft und als solche auch urkundlich ausgewiesen waren. Eine Selektion erfolgte fast nirgendwo. Ein Grund dafür war, dass sie solche Personen tatsächlich ihrer Rückführung für würdig hielten, andererseits waren auch humane Gründe im Spiel. Nach der Verschleppung der männlichen Bevölkerung und der Deportation der „deutschstämmigen" Zivilisten waren die ungarischen Behörden mit drastischen Schwierigkeiten und zahlreichen individuellen Tragödien in dieser Region konfrontiert. Deshalb konzentrierte sich ihr Hauptinteresse auf die Rückführung aller Personen, die in die Sowjetunion deportiert worden waren.

In den Akten sind Hinweise darauf zu finden, dass die ungarischen Behörden doch zwischen den Gefangenen unterschieden (wie im erwähnten Fall in Rátka, der aber keine nachweisliche Folgen hatte), aber weder bei der Rückführung, noch bei den Sozialhilfen ist eindeutig nachzuweisen, dass Personen als „Deutsche" tatsächlich diskriminiert wurden. Als Diskriminierung kann jedoch betrachtet werden, dass die deportierten „deutschstämmigen" Zivilisten gegenüber der verschleppten männlichen Bevölkerung benachteiligt blieben. Insgesamt lässt sich jedoch feststellen, dass eine klare Benachteiligung auf ethnischer Grundlage für die Region Nordostungarn nicht typisch war. Nicht einmal im zitierten Fall von Rátka folgten konkrete Schritte zur Bestrafung der Einwohnerschaft, der Oberstuhlrichter des Bezirks teilte seinem Vorgesetzten lediglich den Sachverhalt mit, dass die Rátkaer tatsächlich deutschstämmig waren. Das zeigte zwar einen Mangel an Wohlwollen, führte aber nicht automatisch zu einer Diskriminierung.

10.15772/ANDRASSY.2019.005221

5.6 Interpretationen der deutschen Abstammung

Zu Interpretation des Beschlusses Nr. 7161. sind in der Region Nordostungarn mehrere, diverse Varianten zu finden.

Seitens der sowjetischen Akteure war die Definition der deutschen Abstammung offensichtlich identisch mit der in den anderen Regionen. Das war für sie eine rassische Kategorie „des Blutes". Deshalb ist die Bestrebung zu beobachten, dass sie nach äußeren Merkmalen für eine solche suchten. Sie analysierten deshalb Familiennamen, wollten Auskünfte zu der Abstammung der Eltern und der Großeltern, bzw. unternahmen manchmal fragliche Versuche (z. B. die Suche nach Familiennamen, die mit dem Buchstabe „r" endeten). Es kann also ausgeschlossen werden, dass sie Zivilisten ohne Selektion, unabhängig von der Abstammung deportierten.

Gerade in dieser Region zeigt sich am bestens der Unterschied zwischen Selbstdefinition und der Interpretation der Sowjets, weil sich die Einheimischen hier nicht als „Deutsche" identifizierten, auch wenn sie deutsche Wurzeln hatten wie in Balmazújváros. Interessanterweise war diese Art der deutschen Abstammung auch den ungarischen Behörden bekannt, unabhängig davon, ob die lokale Identität die Erinnerung an die Herkunft bewahrte.

In dieser Region bildete nur selten die Muttersprache anstelle der Herkunft die Grundlage für die Deportation. Das hing damit zusammen, dass wegen der fortgeschrittenen Assimilation hier kaum mehr Deutschsprachige lebten und deswegen keine relevante Kategorie bildeten.

In den ungarischen Quellen ist zumeist der Begriff der „Abstammung" und des „Namens" zu finden, die die Kriterien der lokalen Deportation widerspiegeln. Die ungarischen Behörden versuchten in vielen Fällen deshalb, die Abstammung der Deportierten zu leugnen, was bei einigen Gemeinden der Realität entsprach, bei anderen wussten sie jedoch selber, dass die Einheimischen deutsche Wurzeln hatten.

Wie in der Region Békés-Csanád wurde hier gleichfalls argumentiert, dass viele Personen „*niemals deutschstämmig waren*". Sie betrachteten also die Abstammung als einen veränderbaren Faktor, der mit dem politischen Verhalten zusammenhing. Die ungarische Seite empfand die Deportation wegen deutsch klingender Namen eindeutig

10.15772/ANDRASSY.2019.005222

als Unrecht, weil sie eine solche mit der deutschen Abstammung nicht gleichsetzen wollten.

Auf eine eigenartige Interpretationsweise lassen die Verordnungen des Vizegespans und Obergespans des Komitats Borsod folgern, die sie beide ab dem 19. Januar 1945 erließen. Sie verschoben die Frage, wer als „deutschstämmig" galt, auf eine politische Ebene. Ihre Kategorien suchten in den meisten Fällen nicht mehr deutschstämmige Personen in den Reihen der Bevölkerung, sondern politische Feinde, die sie der Roten Armee ausliefern wollten. In der Verordnung mit dem Betreff „*Personen mit deutschen Kontakten und sonstige volksfeindliche Elemente*" ist die Frage der Abstammung zweitrangig, stattdessen war die angenommene Feindschaft gegenüber den Staat ausschlaggebend. Besonders interessant ist, dass bereits Personen als staats- und volksfeindlich betrachtet wurden, die Kontakte mit Deutschen hatten.

In der Region sind also vielfältige Interpretationen zu finden, was „deutsche Abstammung" bedeutete. Diese Region war die einzige, in der die Frage berechtigt ist, ob die sowjetischen Akteure bei der letzten Deportationswelle Ende Januar überhaupt eine Feststellung der deutschen Abstammung vornahmen. Die Ungerechtigkeit solcher Aktionen wurde in Ungarn von vielen Autoren thematisiert. Die besondere Aufmerksamkeit, die den „als Deutsche deportierten Ungarn" geschenkt wurde und wird, ist eine nachträgliche Differenzierung der Betroffenen, der „Opfer". Dadurch lebt das zeitgenössische Denkmodell weiter, insofern die Deportierten, die tatsächlich deutscher Muttersprachler/Nationalität/Abstammung waren, ihre Deportation eher verdient hätten als ihre „ungarischen" Schicksalsgenossen. Diese Denkweise ist umso schädlicher, weil sie auch unter Wissenschaftlern verbreitet ist, die über detailliertere Kenntnisse der Deportation verfügen.

5.7 Die Anzahl der Deportierten aus der Region

Bei der Feststellung der Anzahl der Deportierten gibt es bei einigen Gemeinden eine Schwierigkeit, weil anhand der Quellenlage nicht genau festgestellt werden kann, ob in der Gemeinde eine Verschleppung der männlichen Bevölkerung oder die Deportation

10.15772/ANDRASSY.2019.005223

wegen deutscher Abstammung durchgeführt wurde, oder beides. Bei einigen Ortschaften steht die vollständige Anzahl aller Deportierten nicht zur Verfügung, sondern nur Angaben zu einigen Personen.

In der Tabelle 3. im Anhang werden nur die Bezirke und Gemeinden angeführt, in denen die Deportation oder derer Ausbleiben dokumentiert ist. In einigen Ortschaften halte ich anhand der Quellen für wahrscheinlich, dass die Deportation durchgeführt wurde, eine Personenzahl konnte ich jedoch nicht finden. Bei solchen Fällen führte ich die Gemeinde an, ließ aber die Spalte der Anzahl leer. Diese fehlenden Zahlen sind wahrscheinlich nicht hoch, weil es unwahrscheinlich ist, dass bei einem hohen Anteil der Deportierten diese Tatsache nirgendwo dokumentiert und nicht einmal im kollektiven Gedächtnis der Gemeinde bewahrt wurde.

Ein fraglicher Fall ist Diósgyőr. Gergely Kunt ging in seinem Beitrag die möglichen Zahlenangaben gründlich durch, weil sie große Abweichungen enthalten.[667] In den Archivquellen fand ich eher kleinere Zahlen, Kunt ergänzte jedoch in seiner Arbeit die Archivunterlagen mit anderen Quellen, zu denen ich keinen Zugang habe, deswegen übernahm ich sein Ergebnis an erster Stelle. Als Grund für die unterschiedlichen Daten betrachte ich die Tatsache, dass die Mitarbeiter des Eisenwerkes zum Teil von ihrem Arbeitsplatz weg deportiert wurden. So erscheinen sie in einigen Quellen als Deportierte aus Diósgyőr, während in anderen sie nach ihrem jeweiligen Wohnort registriert wurden. Die Personen, die nicht in Diósgyőr lebten, konnten auf dieser Weise „doppelt" registriert werden, während sie in anderen Quellen nicht mehr als Diósgyőrer auftauchen.

Die Genauigkeit der Zahlenangaben ist etwas geringer als bei der Region Békés-Csanád. Wie ich bereits andeutete, konnte bei einigen Gemeinden keine Auskunft über die Deportiertenanzahl gefunden werden. Um diese auszugleichen, nahm ich in Zweifelsfällen bei anderen Ortschaften die bekannten höheren Zahlenangaben.

Ich erzielte für diese Region das Ergebnis von 4.332 betroffenen Personen. Diese weicht wahrscheinlich höchstens mit einigen hundert Personen von der tatsächlichen Anzahl ab, die anhand der Akten nicht zu klären war. Über die Größenordnung der Deportation aus dieser Region bietet diese Zahl jedoch eine genauere Information.

[667] KUNT, A málenkij, 2015, 54–63.

10.15772/ANDRASSY.2019.005224

6. Die Region Bács-Kiskun

6.1 Allgemeines

Die Bezeichnung Bács-Kiskun für die Deportationsregion braucht eine nähere Erklärung. Geographisch umfasst die Region den nördlichen Teil des damaligen Komitates Bács-Bodrog, bzw. den südlichen Teil des Komitats Pest-Pilis-Solt-Kiskun. Im Rahmen der Komitatsregelung im Jahre 1950 entstand das heutige Komitat Bács-Kiskun mit dem Sitz in Kecskemét,[668] das die ganze Deportationsregion abdeckt.

Während das Gebiet des Komitats Pest-Pilis-Solt-Kiskun von den Grenzmodifizerungen durch den Friedensvertrag von Trianon unverändert blieb, wandelte sich das Komitat Bács-Bodrog und die historische Region Batschka während der Zwischenkriegszeit und des Zweiten Weltkriegs mehrmals um. Mit dem Friedensvertrag von Trianon erhielt den größeren Teil des Komitats das Königreich Jugoslawien, in Ungarn blieb ein kleineres Gebiet mit dem Zentrum Baja. Mit dem deutsch-ungarischen Überfall Jugoslawiens im Jahr 1941 erhielt Ungarn mit dem „Délvidék" auch das Komitat Bács-Bodrog wieder zurück, zum Komitatssitz wurde erneut Zombor bestimmt.[669] In diesem Jahr siedelte die ungarische Regierung in das Gebiet Székler aus der Bukowina an, die später, 1944 über die Grenze nach Ungarn flüchteten und in den schwäbischen Gemeinden des Südtransdanubiens angesiedelt wurden.[670] Die Komitatsleitung zog sich im Oktober 1944 auf Befehl der Regierung auf das heutige Landesgebiet zurück und war vom 1. bis zum 10. Oktober in Baja weiter im Amt, danach wurden sie vorübergehend nach Transdanubien versetzt.[671]

Die administrative Lage konsolidierte sich mit dem Waffenstillstandsabkommen, als Ungarn sich verpflichtete, alle Militäreinheiten und administrative Behörden aus den

[668] LELKES, Magyar, 2011, 967–968.
[669] ROMSICS, Ignác: A 20. századi Magyarország. In: ROMSICS, Ignác: Magyarország története. Akadémiai Kiadó, Budapest, 2007, 773-958, hier 835.
[670] A. SAJTI, Enikő: Székely telepítés és nemzetiségpolitika a Bácskában – 1941. Akadémiai Kiadó, Budapest, 1984.; TÓTH, Ágnes: Telepítések Magyarországon 1945–1948 között: A németek kitelepítése, a belső népmozgások és a szlovák-magyar lakosságcsere összefüggései. Bács-Kiskun Megyei Levéltár, Kecskemét, 1993, 56–71, 74, 76, 78. (Der Band erschien auch auf Deutsch: TÓTH, Ágnes: Migrationen in Ungarn 1945–1948: Vertreibung der Ungarndeutschen, Binnenwanderungen und slowakisch-ungarischer Bevölkerungsaustausch. Oldenbourg, München, 2001.)
[671] TÓTH, Ágnes: Telepítések Csonka Bács-Bodrog vármegyében 1945–1948. Levéltári Füzetek (Bács Kiskun megye) V. Bács-Kiskun Megyei Levéltár, Kecskemét, 1989, 13–14.

10.15772/ANDRASSY.2019.005225

Gebieten der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien auf das Territorium Ungarn nach dem Stand vom 31. Dezember 1937 zurückzuziehen. Danach verblieb die Komitatsleitung endgültig in Baja. Mit Ende des Zweiten Weltkriegs verfestigten sich die Trianon-Grenzen, deswegen flüchteten die deutschen und die ungarischen Einwohner des südlichen Teiles der Region massenweise nach Ungarn, weil sie vor den Vergeltungsaktionen der jugoslawischen Partisanen Angst hatten.[672] Das Komitat erlangte 1950 durch die Vereinigung mit dem südlichen Teil des Komitats Pest-Pilis-Solt-Kiskun seine heutige Form und seinen Namen.

Wie das auch bei anderen Komitaten der Fall war, wirkten sich hier die Gebiets- und administrativen Veränderungen ebenfalls negativ auf die Quellenlage aus, besonders auf Komitats- und Bezirksebene. Einige Gemeinden, die aus dem Komitat Pest-Pilis-Solt-Kiskun eingegliedert wurden, haben nur einen fragmentarischen Archivbestand (z. B. Hajós, Nemesnádudvar). Deshalb sind der Vorgang der Deportation und die Anzahl der Betroffenen auch nicht mit der Genauigkeit rekonstruierbar, die ich in meiner Arbeit anstrebte.

Interessanterweise war in den letzten Jahrzehnten im diesen Gebiet die Sammlung der Zeitzeugenberichten weniger typisch als in den bisher behandelten Regionen. Über die Deportation sind nur wenige Interviews bekannt. Im Gegensatz dazu sind in dem Bestand des Lastenausgleichsarchiv zahlreiche Berichte zu finden, weil ein wesentlicher Teil der deutschen Bevölkerung aus der Region nach Deutschland vertrieben wurde. Die Vertriebenen (besonders Anton Tafferner und Paul Flach) publizierten in der BRD viele Heimatbücher,[673] die auch über die Deportation berichten. Die besonders

[672] Siehe dazu: Österreichische Historiker-Arbeitsgemeinschaft für Kärnten und Steiermark (Hg.): Völkermord der Tito-Partisanen: 1944–1948. 2. Aufl. Hartmann, Sersheim, 1993.; PROKLE, Herbert (Hg.): Genocide of the Ethnic Germans in Yugoslavia 1944–1948. Donauschwäbische Kulturstiftung, München, 2003.; MOJZES, Paul: Balkan genocides: holocaust and ethnic cleansing in the twentieth century. Rowman an Littlefield, Lanham, 2011, 109–123.

[673] TAFFERNER, Anton: Kunbaja: eine ungarndeutsche Grenzgemeinde in der Nordbatschka mit Umgebung; Bácsbokod, Csátalja, Gara und Katymár. Heimatauschuß, München, 1967.; OTTENTHAL, Adam: Heimatbuch Tschatali – Csátalja. Selbstverlag, Wiesbaden, 19??.; FLACH, Paul: Siedlungsgeschichte von Császártöltés: einer dt. Gemeinde an der nördlichen Grenze der Batschka. Ledermüller, München, 1969.; FLACH, Paul: Siedlungsgeschichte von Hajós, einer schwäbischen Gemeinde an der nördlichen Grenze der Batschka. Selbstverlag, München, 1976.; GINDER, Paul – PFEIL, Jakob – RUKATUKL, August (Hg.): Csavoly: 1780–1980. Heimatbuch einer ungarndeutschen Gemeinde aus der Batschka. Selbstverlag, Waiblingen, 1980.; FLACH, Paul: Waschkut: Beiträge zur Geschichte einer überwiegend deutschen Gemeinde in der Batschka / Ungarn. Selbstverlag, München, 1983.; KEINER, Stefan: Gara. Erinnerungen an die Heimat. Beiträge zur Geschichte einer überwiegend deutschen Grenzgemeinde in der Nordbatschka/Ungarn. Heimatausschuß, Erbach, 1991.

10.15772/ANDRASSY.2019.005226

vorsichtige Benutzung dieser ist jedoch damit zu begründen, dass viele Autoren selber wichtige Positionen in den deutschen Organisationen der Zwischenkriegszeit einnahmen, deswegen blicken sie aus einer speziellen, voreingenommenen Perspektive auf diese Epoche zurück.

In Ungarn setzte sich Ágnes Tóth in den 1990er Jahren im Rahmen ihrer Untersuchungen der verschiedenen Migrationsprozesse mit dem Thema auseinander und Zsuzsanna Merk verfasste einen Beitrag über die Deportation aus Vaskút und Katymár. Seit damals fanden keine größere Untersuchungen mehr statt, höchstens wurde die „Malenkij Robot" in einigen Ortsmonographien näher ausgeführt, bzw. in Werken, in denen die Geschichte der deutschen Minderheit aufgearbeitet wurde.[674] Meine Arbeit ist die erste detailliertere Aufarbeitung dieser Region.

Die Deportation der deutschstämmigen Zivilisten in Bács-Kiskun hatte ein Spezifikum. An der Besetzung des Gebiets durch die Sowjets nahmen jugoslawische Einheiten teil, die das sog. Bajaer Dreieck besetzten und die Verwaltung der umliegenden Gemeinden übernahmen. In den Dörfern wurden südslawische Administrationen gegründet,[675] die teils bis Frühling 1945 existierten. Diese wirkten an der Durchführung der Deportation intensiv mit.[676]

Im Hintergrund der Übernahme der Verwaltungen stand eine Verordnung von Josip Broz Tito von 17. Oktober 1944, in der er die Etablierung von Militärverwaltungen in Banat, Batschka und Baranja befahl.[677] Der Grund dafür war, dass in diesen Gebieten zahlreiche, als Feinden betrachtete Minderheiten lebten und die Partisanentätigkeit schwach blieb. Die Sicherung des Gebietes und die Beseitigung von Sabotageaktionen hielt Tito durch Zivilverwaltungen für nicht möglich. Die Notwendigkeit der Einführung von Militärverwaltungen wurde folgenderweise begründet:

> „Diese Maßnahme wurde getroffen, da in diesen unseren Gebieten viele Deutsche und Magyaren leben, die sich zur Zeit der Besatzung den slawischen Einwohnern gegenüber feindlich verhalten und an allen Gräueltaten teilgenommen haben, welche die Besatzungsmacht an unserem Volk verübt hat. Besonders die hiesigen

[674] EILER, Németek, 2011.; BERZEZNAI, Zsuzsanna – SCHŐN, Mária (Hg.): Könnyek népe. A hajósi sváb parasztság sorsa 1938–1954 között. Hajós város önkormányzata, Hajós, 2017.
[675] TÓTH, Telepítések, 1993, 20.
[676] Über jugoslawischen Partisanen wurde auch im Komitat Baranya berichtet, bei der Deportation wirkten diese jedoch nur als Begleiter der sowjetischen Truppen mit.
[677] PORTMANN, Michael: Die kommunistische Revolution in der Vojvodina 1944–1952. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur. Verlag der ÖAW, Wien, 2008, 149.

10.15772/ANDRASSY.2019.005227

> Schwaben haben sich den Serben, aber auch allen anderen Völkern gegenüber barbarisch verhalten. Deswegen ist es notwendig, dass wir gründlich mit allen Schwaben abrechnen und auch mit jenen Magyaren, die Verbrechen begangen haben. Wegen der hohen Anzahl feindlicher Elemente, die in unserer Mitte leben, konnte unsere Volksgewalt nicht sofort jene Autorität ausüben, die sie haben sollte und müsste."[678]

Die Militärverwaltungen organisierten das Leben der Gemeinden neu, ihre Tätigkeit war von deutschfeindlicher Politik geprägt. Sie rekrutierten zum Beispiel eine neue Armee, in der Deutsche nicht aufgenommen wurden, sie verzeichneten das Vermögen der Deutschen, das dann konfisziert wurde und die Deutschen wurden in Lagern interniert etc..[679] Diese Maßnahmen sind für das jugoslawische Gebiet erforscht, die zur Verfügung stehenden Berichte und Unterlagen deuten aber darauf hin, dass im südlichen Teil der Deportationsregion Bács-Kiskun eine vergleichbare Lage wie im nördlichen Teil der Vojvodina gegeben war.

Tito löste die Militärverwaltungen am 27. Januar 1945 auf, am Ende des Zeitraums der Deportation. Die jugoslawischen Quellen über die Durchführung der Deportation sind bis heute nicht bekannt,[680] obwohl daran jugoslawische Soldaten und Partisanen mitwirkten. Eine Dokumentation davon ist jedoch weder für Jugoslawien noch für die von mir untersuchte Region in Ungarn bekannt. Es ist anzunehmen, dass die jugoslawischen Einheiten dabei die gleichen Richtlinien befolgten, wie bei vielen anderen Maßnahmen: nämlich die Verfolgung und Bestrafung einer möglichst breiten Schicht der Deutschen. In dem konkreten Fall der Deportation versuchten sie so viel wie mögliche Personen zu rekrutieren. Die Zeitzeugenberichte untermauern diese These, sie beschreiben die „Partisanen" zumeist als besonders feindliche und brutale Menschen, die den Deportationsbefehl oft übererfüllten und die Altersgrenzen willkürlich erweiterten.

Unklar ist, welche jugoslawischen Einheiten in der Region überhaupt tätig waren. Die Ungenauigkeit der Terminologie (Partisanen, Rote Wächter, jugoslawische Soldaten) sind sowohl für die Zeitzeugenberichte als auch für die Quellen der ungarischen Verwaltung typisch. Wahrscheinlich waren im Komitat Bács-Bodrog tatsächlich

[678] PORTMANN, Die kommunistische, 2008, 151.
[679] Über die Tätigkeit der Militärverwaltungen siehe PORTMANN, Die kommunistische, 2008, 151–153.
[680] PORTMANN, Die kommunistische, 2008, 260.

10.15772/ANDRASSY.2019.005228

Partisaneneinheiten anwesend, bzw. KNOJ-Einheiten, die für die Sicherung des Hinterlandes zuständig waren.[681] Laut Zeitzeugenberichten wirkten in ihren Verwaltungen Einheimische südslawischer Abstammung mit.

Dass in den Gemeinden jeweils eine südslawische Verwaltung tätig war, ist in einigen Fällen im Archivbestand dokumentiert. In Kunbaja sind die Akten aus dieser Zeit mit kleinen roten Sternen markiert, die zeigen, dass diese nicht von den früheren ungarischen Amtsträgern ausgestellt wurden. In Dávod berichtet der Pfarrer über diesbezügliche Schwierigkeiten. Das Zitat illustriert die chaotische Lage nach dem Einmarsch der Sowjets und der Machtübernahme der „Partisanen".

> „Die russische Armee marschierte um 16. – 17. Oktober 1944 in Dávod ein. Kurz danach tauchten serbische Partisanen auf und übernahmen die Verwaltung der Gemeinde. Obwohl die russischen Offiziere sie beruhigten, kam es zu mehreren Exzessen. Sie verschleppten den Obernotar János Pázmány und den Lehrer István Szabó, die nie wieder zurückkehrten. Sie erschossen den 70jährigen György Keresztes. Ende November rückten die Partisanen ab und gaben die Verwaltung den Einheimischen zurück."[682]

Der Gemeindevorstand von Csikéria wurde u. A. vom „*Narodni odbor*" abgelöst, der erst am 26. Januar 1945 aufgelöst wurde.[683] Wahrscheinlich organisierte also diese Gemeindeleitung die Deportation Anfang Januar. Einige Akten dazu blieben erhalten, als der neue Gemeindevorstand Zeugnisse für Personen ausstellte, die nicht als Deutsche zu betrachten waren.[684] Darüber hinaus regelte er streng das Leben der Gemeinde, nur mit seiner Erlaubnis durften Gespanne benutzt werden, und entschieden darüber, wer seine Färsen zurückbekam, wer Ferkel kaufen durfte und wer zur Zwangs/Pflichtarbeit (*közmunka*) geschickt wurde.[685]

---

[681] Korpus narodne odbrane Jugoslavije (Korps zur Volksverteidigung Jugoslawiens): Die Organisation wurde am 15. August 1944 zur Sicherung des befreiten Territoriums und Hinterlandes der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee. Vgl. dazu PORTMANN, Die kommunistische, 2008, 117.

[682] „Az orosz hadsereg 1944. okt. 16–17. körül vonult be Dávodra. Utána nemsokára megjelentek a szerb partizánok és átvették a község közigazgatását. Bár az orosz tisztek fékezték őket, több háborús túlkapás történt. Pázmány János főjegyzőt és Szabó István tanítóképzést elhurcolták, akik soha többé vissza nem tértek. Keresztes György 70 éves embert agyonlőtték. November vége felé a partizánok kivonultak, és a közigazgatást visszaadták a helybelieknek." KFL Historia Domus Dávod. 22.

[683] MNL BKML IV. 421. A. 19/1945.

[684] Siehe zum Beispiel: MNL BKML V. 353. Karton 7. 1–7/1945.

[685] Siehe MNL BKML V. 353. 6, 7, 9–11/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005229

Neben den südslawischen Verwaltungen wurde das ungarische Verwaltungssystem ab Anfang 1945 Schritt für Schritt neu etabliert.[686] Die sowjetischen Soldaten ernannten in Baja einen Bürgermeister kurz nach der Einnahme der Stadt, am 5. Januar gründeten sie ein Amt für einen sog. „*Kreisverweser*" (in den Akten wurde er als „*kerületi kormányzó*" bezeichnet). Er ernannte danach die Gemeindeleiter des Bezirks, die jedoch mit ernsthaften Problemen bei der Übernahme ihrer Dienststellen konfrontiert waren, weil die meisten Ämter von den Sowjets geplündert wurden, die viel Büromaterial vernichteten oder mitnahmen.[687] So war das der Fall in Bácsalmás, wo der „Kreisverweser" Dr. Sándor Székely erst am 1. Februar zum Oberstuhlrichter des Bezirks ernannte.[688]

Die Leiter des Komitats wurden gleichfalls von den sowjetischen Soldaten mit ihrem Amt beauftragt, so wurde Zoltán Herboly im Januar Obergespan und Dr. Iván Barcsai Anfang Februar Vizegespan. Unter ihrer Leitung wurden die Gemeindeverwaltungen neu gegründet, in den meisten Fällen also erst in Februar – das heißt, während der Deportation der deutschstämmigen Zivilbevölkerung gab es weder einen Komitatsleiter, der hätte intervenieren können, noch waren ungarische Gemeindeleiter in den Dörfern im südlichen Teil der Region präsent.

In den Interviews aus Bács-Kiskun wurden die „Partisanen" zumeist als sehr brutale, negative gesinnte Menschen beschrieben, die eine wesentliche Rolle bei den Atrozitäten gegenüber der Bevölkerung spielten. Außer den Deportationen waren Plünderungen und Gewalttaten alltäglich, die Partisanen verschleppten Einheimischen nach Szabadka und ins Internierungslager in Baja. In den Akten werden diese Verschleppungen oft nicht von der Deportation der Deutschstämmigen getrennt. Trotz der zahlreichen Atrozitäten durch die Partisanen waren sie nicht alleine für die Gräueltaten in der Region verantwortlich. Sowohl die schriftlichen Quellen als auch die Zeitzeugenberichten enthalten Hinweise auf ungarische Verräter und Kollaborateure, die ebenso eine Rolle bei der Verfolgung der einheimischen deutschen Bevölkerung spielten.

[686] Vgl. dazu TÓTH, Telepítések, 1989, 14–15.
[687] MNL BKML IV. 414. A. 6–24/1945, 36/1945, 39/1945.
[688] MNL BKML IV. 421. A. 1/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005230

6.2 Die sowjetische Besetzung der Region

Die Deportationsregion wurde von der 2. Ukrainischen Front unter Marschall Malinowskij im Herbst 1944 besetzt. Die sowjetischen Truppen trafen in der Umgebung von Kecskemét um den 10. Oktober 1944 ein, während sie nach der Eroberung der Südbatschka und des Banats am 15. Oktober die Donaulinie erreichten. Zu dieser Zeit konzentrierten sie sich in der Umgebung von Debrecen, weil das Gebiet Bács-Kiskun strategisch weniger relevant war. Das veränderte sich erst mit dem Anfang der Belagerung der Hauptstadt, als das Gebiet zwischen Donau und Theiß zu einem Ausgangspunkt der Militäroperationen wurde.[689]

Am 22. Oktober war Kiskunfélegyháza intensiver umkämpft, die Stadt musste von den Sowjets mehrmals erobert werden. Kecskemét fiel am 1. November.[690] Zwischen der Donau und der Theiß gab es keine Festungen, die die sowjetische Armee hätten aufhalten können. Vergeblich wurde die deutsche Heeresgruppe Süd Ende Oktober 1944 an das rechte Theiss-Ufer umkommandiert, dennoch die Rote Armee erreichte Anfang November die Umgebung von Budapest.[691] Die sowjetischen und die deutsch-ungarischen Truppen kämpften ab November nördlich der Deportationsregion um die Hauptstadt.

Dank dem Mangel an intensiveren Kämpfen und der relativ früheren Besetzung der Region waren die militärischen Vergeltungs- und Sicherungsaktionen (z. B. die massenhafte Verschleppung der männlichen Bevölkerung) in Bács-Kiskun nicht so typisch wie in Nordostungarn.[692] Dieser Umstand ermöglichte eine bessere Vorbereitung der Deportation. Die Anwesenheit der jugoslawischer Partisanen und der slawischsprachigen Gemeindeleiter trug ebenso dazu bei, dass die Sowjets Ende Dezember 1944 bereits über Informationen verfügten, in welchen Gemeinden eine

[689] UNGVÁRY, A magyar, 2004, 336–337.
[690] ZAHAROV, A 2., 1973, 215. Im Band sind keine anderen Städte aus dieser Region bei der Auslistung der wichtigeren Eroberungen von Städten angeführt, was auch untermauert, dass dieses Gebiet strategisch nicht relevant war. Siehe dazu ZAHAROV, A 2., 1973, 470–484.
[691] UNGVÁRY, A magyar, 2004, 363–365.
[692] Sie blieben aber nicht gänzlich aus, siehe dazu die Forschungen von Csaba Hajagos. HAJAGOS, Csaba: A kecskeméti téglagyár, amely első állomás volt a málenkij robot felé. In: Múlt-kor. 19. Februar 2016. https://mult-kor.hu/a-kecskemeti-teglagyar-amely-elso-allomas-volt-a-malenkij-robot-fele-20160219 (Abruf: 18. 5. 2018.); HAJAGOS, Csaba: „Leigázottság és a málenkij robot". Adatbázis a múlt megértéséhez. A Vörös Hadsereg tevékenysége és a Kecskemét környéki elhurcolások az írott források tükrében. Kecskeméti Katona József Múzeum, Kecskemét, 2017.

10.15772/ANDRASSY.2019.005231

deutsche Bevölkerung zu finden war. In der multiethnischen Region verlief die Deportation organisiert, und konzentrierte sich tatsächlich auf die Gemeinden, in denen es einen großen Anteil an deutschstämmiger Bevölkerung gab.

6.3 Ethnische Struktur, Konflikte

Die Batschka war seit der Osmanenherrschaft ab dem 16. Jahrhundert multiethnisch bevölkert. In der damaligen Militärgrenze lebten Serben, und einen großen Anteil der Bevölkerung bildeten Schokatzen[693] und Bunjewatzen[694].[695] Mit den Binnenmigrationen im 18. Jahrhundert kamen Ungarn, Rusinen, Slowaken in diese Region, im Rahmen der Siedlungsaktionen der Habsburger folgten die „Donauschwaben".[696] Das Zusammenleben der verschiedenen Ethnien, bzw. der Menschen mit unterschiedlicher Religion und Sprache war nicht immer frei von Konflikten, die besonders in den Kriegen (1848/1849, Erster und Zweiter Weltkrieg) eskalierten.[697] Die Massaker in der Batschka wurden jedoch in den südlicheren Teil des Gebiets verübt, nicht auf dem Gebiet der Deportationsregion.

Das deutsche Siedlungsgebiet in der Batschka entstand durch staatliche und kameralistische Ansiedlung im 18. Jahrhundert. Die erste Gruppe der Siedler waren Handwerker, die in die größeren zentralen Städte (Baja, Újvidék[698]) einwanderten. Ab den 1720er Jahren begann die Ansiedlung von Bauernfamilien, die ihren ersten Höhepunkt unter der Herrschaft von Maria Theresia unter der Leitung von Graf Antal

[693] Schokatzen sind eine kroatischsprachige Volksgruppe überwiegend römisch-katholischer Konfession, die wahrscheinlich aus der Region Bosnien stammen.
[694] Bunjewazen sind ebenfalls eine kroatischsprachige Volksgruppe römisch-katholischer Glaubens, die aus Dalmatien, Bosnien und Hercegowina stammen.
[695] KATUS, Magyarország, 2007, 550–552.
[696] Mehr dazu: KRAUSS, Karl-Peter – SEEWANN, Gerhard (Hg.): Die Ansiedlung der Deutschen in Ungarn: Beiträge zum Neuaufbau des Königreiches nach der Türkenzeit. Oldenbourg, München, 2010.; FATA, Márta: Wo das Evangelium nicht gehet, da ist keine Kirche: Ursachen, Verlauf und Folgen der Binnenwanderung deutsch-lutherischer Siedler in der Batschka und in Syrmien im 19. Jahrhundert. In: FATA, Márta – SCHINDLING, Anton (Hg.): Luther und die Evangelisch-Lutherischen in Ungarn und Siebenbürgen: Augsburgisches Bekenntnis, Bildung, Sprache und Nation vom 16. Jahrhundert bis 1918. Aschendorff Verlag, Münster, 2017, 141–197.; SEEWANN, Geschichte, Band 1., 2013, 191–200.
[697] Über die Bluttaten siehe: A. SAJTI, Enikő: Impériumváltások, revízió és kisebbség: magyarok a Délvidéken, 1918–1947. Napvilág, Budapest, 2004.
[698] Serbisch-kroatisch Novi Sad, heute Stadt in Serbien.

10.15772/ANDRASSY.2019.005232

Grassalkovich erreichte. Die Ansiedlung dauerte im ganzen Jahrhundert an, ein Hauptziel der josephinistischen Ansiedlung war gleichfalls die Batschka.[699] Darüber hinaus riefen Magnaten privat Deutsche in die Region, so besiedelte der Erzbischof von Kalocsa Hajós und Csávoly mit Schwaben aus Süd-Württemberg, in Csávoly war der Initiator das Kalocsaer Domkapitel.[700] Weitere Ansiedlerfamilien waren die Latinovics und Radics.[701] Außerdem war in der Region eine rege Binnenmigration im Gange, dadurch wurde die multiethnische Zusammensetzung verstärkt.

Die Region Bács-Kiskun bringt insofern einen neuen Aspekt in meine Arbeit, weil sie in der Zwischenkriegszeit im Gegenteil zu den vorherigen Regionen von Konflikten zwischen der deutschen Minderheit und den ungarischen Behörden geprägt war. Anzahl und Anteil der deutschen Bevölkerung war in der Batschka hoch, in mehreren Gemeinden bildeten sie sogar eine Mehrheit und ihre politisch-kulturelle Mobilisierung prägte intensiv das Gemeindeleben.

In den Tabellen 5. und 6. im Anhang zeichnete ich ausschließlich die Gemeinden auf, in denen die Deportation dokumentiert ist. Die Statistiken unterscheiden sich in einem wesentlichen Punkt von denen in den bisher behandelten Regionen: In Bács-Kiskun war in vielen Ortschaften die Zahl der Personen, die sich bei Volkszählungen zur deutschen Muttersprache bekannten, relativ hoch.

Die Auswertung der statistischen Angaben zu den Komitaten ist jedoch problematisch, weil bei beiden Komitaten nur ein Teil ihres Gebiets in die Deportationsregion fiel. Die Prozentsätze sind jedoch vielsagend: Im Komitat Pest-Pilis-Solt-Kiskun bekannte sich 1941 6% der Bevölkerung zur deutschen Muttersprache, in der Region (Komitat) Bács-Bodrog jedoch 25%. In beiden Komitaten gab es Gemeinden, in denen die deutsche Bevölkerung eine absolute Mehrheit bildete. Diese Statistiken zeigen auch dann das Gewicht der hier lebenden deutschen Bevölkerung, wenn über die Volkszählungen selbst öfters – jedoch zumeist nachträglich – Beschwerden eingereicht worden waren.

Ein Beispiel aus dieser Region war der Fall von István Égi und seiner Frau aus Vaskút. Sie richteten 1946 einen Antrag an dem Ausschuss zur Überprüfung der Aussiedlung

[699] Siehe dazu SEEWANN, Geschichte, Band 1., 2013, 211–213.; FELDTÄNZER, Oskar (Hg.): Joseph II. und die donauschwäbische Ansiedlung. Dokumentation der Kolonisation im Batscherland 1784–1787. Denkmayr, Linz, 1990.

[700] SEEWANN, Geschichte, Band 1., 2013, 158.; FLACH – PAUL, Siedlungsgeschichte, 1976.; FLACH, Siedlungsgeschichte, 1969.

[701] SEEWANN, Geschichte, Band 1., 2013, 164.

10.15772/ANDRASSY.2019.005233

(kitelepítési mentesítési bizottság) der Gemeinde. Sie betonten ihr Ungarntum, und beschrieben die Volkszählung wie folgt:

> „Der Umstand, dass bei der Volkszählung im Jahr 1941 in unserem Formular deutsche Nationalität eingetragen wurde, ist eine Folge der Gewaltsamkeit und starken Überredung, bzw. Irreführung des faschistischen und Volksbundisten, des Kantors Depinyi, der die Angaben aufnahm. Als ich mich zur deutschen Muttersprache bekannte und sagte, dass wir uns zur ungarischen Nationalität bekennen, behauptete er strikt, dass das nicht möglich sei; wer deutsche Muttersprachler ist, der ist auch deutscher Nationalität. Er führte mich also irre, was die Bedeutung der Kategorie Nationalität anbelangte, und da er einen höheren Schulabschluss hatte, konnte ich mich mit ihm nicht auf eine Diskussion einlassen, besonders, weil ich bei unserem Kantor nicht annahm, dass er uns irreführt."[702]

Im Nachhinein kann nicht genau ermittelt werden, ob das Ehepaar nur einen Versuch unternahm, um im letzten Augenblick seiner Vertreibung zu entkommen und deshalb leugneten, sich bei der Volkszählung wissentlich zur deutschen Nationalität bekannt zu haben. Es kann doch nicht gänzlich ausgeschlossen werden, dass ihr Geständnis der Realität entsprach. Die Aussage zeigt gleichfalls, welchen Respekt die geistlichen Führer in dieser Epoche noch hatten. Ähnliche Fälle und Beschwerden kamen öfter und landesweit vor, oft manipulierten die Zähler die Ergebnisse in die umgekehrte Richtung, sie trugen Personen als Ungarn ein, die sich zur deutschen Nationalität bekannten und wirkten damit anderen Fällen entgegen. Trotz aller Manipulationsversuche sind die Statistiken für meine Arbeit dennoch nützlich.

Die große Anzahl und der hohe Anteil der deutschen Bevölkerung in der Zwischenkriegszeit lief darauf hinaus, dass die deutsche Bevölkerung in der Region sich der deutschen Bewegung anschloss, und ebenso ihrer politischen Mobilisierung. Der Ungarländische Deutsche Volksbildungsverein hatte in der Region 13 Filialen,[703]

[702] „Az a körülmény, hogy az 1941. évi népszámláláskor ennek ellenére német nemzetiség került összeíró lapunkba, tisztán a fasiszta és bundista érzelmű Depinyi kántor összeíró közeg erőszakosságának és erős rábeszélésének, illetve félrevezetésének következménye. Amikor a német anyanyelv bevallása után a további kérdésre válaszoltam, hogy magyar nemzetiségűnek valljuk magunkat, erre azt az erős hangú kijelentést tette, hogy az nem lehetséges; ha valaki német anyanyelvű, akkor német nemzetiségű is. A nemzetiség fogalma tekintetében tehát félrevezetett, és mint magasabb iskolai végzettséggel rendelkező egyén nem szállhattam síkra vele szemben, annál is inkább, mert én nem is mertem feltételezni, hogy kántorunk félrevezessen bennünket." MNL BKML XVII. 88. 106/1946.

[703] In Harta, Nemesnádudvar, Katymár, Kunbaja, Vaskút, Csátalja, Gara, Felsőszentiván, Rém, Csávoly, Bácsalmás, Bácsbokod und Csikéria. Siehe FLACH, Ortsgruppengründungen, 1968, 2, 5, 6.

10.15772/ANDRASSY.2019.005234

der Volksbund der Deutschen in Ungarn 17.[704] Die Deutsche Jugend hatte ein „Gebiet" mit sieben Kreisen und 85 Ortsgruppen in der Batschka. Diese agierten größtenteils aber außerhalb der heutigen ungarischen Grenzen, lediglich 18 Gruppen waren in der untersuchten Region tätig.[705]

Die Mobilisierung war stark davon geprägt, dass das Gebiet des Komitats Bács-Bodrog 1941 nach dem deutsch-ungarischen Überfall auf Jugoslawien wieder mit Ungarn vereinigt wurde. Der Kulturbund, die von Sepp Janko geleitete Organisation der deutschen Minderheit in der südlichen Batschka, hatte in den Jahren davor einen viel breiteren Handlungsspielraum als der Volksbund in Ungarn. Der unterschiedliche Organisationsgrad, die Offenheit für nationalsozialistische Ideen und die unterschiedlichen Ziele des Volksbundes und des Kulturbundes führten zu Konflikten innerhalb der deutschen Bewegung.[706] Die engeren Kontakte zu der deutschen Bevölkerung in der Batschka wirkten mobilisierend im ungarischen Teil der Region. Darüber berichten zahlreiche kirchliche Quellen, wie z. B. ein Bericht vom 4. Mai 1941 an den Erzbischof von Kalocsa. Der Autor ist unbekannt, er beschrieb die Lage nach der „Rückkehr" der Batschka folgenderweise:

> „Heute hängen auf den Häusern, und sogar auf den Kirchentürmen in jeder deutschen Gemeinde Fahnen mit Hakenkreuzen. Die Gläubigen sind von der Propaganda berauscht, die von Agenten aus Großdeutschland verbreitet wurde. Das Volk verlor sein Vertrauen und kehrte sich ab von den besten Priestern. Herr Abt Égerth wird bei jedem Spaziergang auf der Straße vier-fünfmal auf untragbarer Weise insultiert. […] Die Zeitung von Pfarrer Ádám Berencz, die Donau, verbrannten sie feierlich demonstrierend. […] Es gab solche Gemeinden, wo binnen zwei Tagen vier Demonstrationen nach dem Einmarsch der Ungarn gehalten wurden mit dem Motto „Los von Ungarn". Ihre Agenten sind ständig in den Gemeinden und wühlen sie auf, damit sie darauf bestehen, ihr Deutschtum zu

[704] In den gleichen Gemeinden, und ferner in Hajós, Császártöltés, Baja und Bácsborsód. Siehe FLACH, Ortsgruppengründungen, 1968, 10–11, 18. Über die gleiche Anzahl berichtet die Dokumentensammlung von Barbara Bank und Sándor Őze, nur Harta fehlt bei der Auflistung, weil die Gemeinde zum Gebiet „Mitte" gehörte. Siehe BANK – ŐZE, A német, 2005, 54–55, 59–60.

[705] VITÁRI, Volksbund, 2015, 144–147. Die 18 Gemeinden sind die folgende: Baja, Bácsalmás, Bácsbokod, Bácsborsód, Csátalja, Csávoly, Csikéria, Felsőszentiván, Gara, Kunbaja, Rém, Vaskút, Császártöltés, Hajós, Nemesnádudvar, Katymár und die zwei Gemeinden, die bei der Deportationsregion Békés-Csanád bereits erwähnt wurden: Kübekháza und Újszentiván. Die Deutsche Jugend Organistation folgte territorial das Muster des Volksbundes, so gehörte Harta auch dabei zum Gebiet „Mitte".

[706] SPANNENBERGER, Der Volksbund, 2005, 286–289.

10.15772/ANDRASSY.2019.005235

bewahren. Sie verbreiten in der Batschka Gerüchte, dass der Einmarsch der Ungarn nur provisorisch sei. […]"[707]

Der Radikalismus der deutschen Bevölkerung im ungarischen Landesteil wurde von dem der Volksgruppe in der Südbatschka überboten. Die ungarischen Behörden beobachteten deshalb intensiv und besorgt die Entwicklung der politischen Mobilisierung der deutschen Bevölkerung in diesem Landesteil, der sie kritisch gegenüberstanden. Das zeigen die Berichte der Kommission, die die Volkszählung 1941 in der Region vorzubereiten hatte.[708] Interessant ist dabei, welche Äußerungen der deutschen und der ungarischen Identität erwähnt wurden.

Soltvadkert und Harta wurden als assimilierte Gemeinden beschrieben. Im Gegenteil dazu war in Nemesnádudvar und Hajós „*der Volksbund sehr aktiv*". In Hajós hielten die Berichterstatter den Notär dafür verantwortlich, weil „*er die Gemeinde nicht leiten kann. Vielleicht ist er gewalttätig, trunksüchtig."* Der Bericht über Császártöltés ist widersprüchlich, einerseits prognostizierte er den Untergang des Volksbundes und das Verschwinden der deutschen Sprache, andererseits wurden eine starke deutsche Propagandatätigkeit und die *„schwäbische Familiensprache*" festgestellt. Csátalja wurde als eine reiche Gemeinde dargestellt, in der der Volksbund stark vertreten war: *„Die ungarischen Kinder werden in der deutschen Schule unter lautem „„Heil Hitler"-Geschrei verprügelt", es ist „eine der gefährlichsten Gemeinden*". In Vaskút „standen *sie beim Absingen der ungarischen Nationalhymne nicht auf „, „sie breiten sich planmäßig aus, die Schwaben kaufen die Felder auf*". In Gara grenzten die deutschen Einwohner die ungarisch eingestellten Personen aus.

Bácsborsód, Katymár und Felsőszentiván wurden als moderat beschrieben, weil diese ethnisch gemischte Gemeinden waren, in denen auch Bunjewatzen lebten. Ähnlich multiethnisch war Bácsbokod, wo jedoch über Konflikte berichtet wurde: „*Die Deutschen haben zwei Parteien, die ungarische Schwaben und die Hitlerschwaben. Sie*

[707] „Ma kivétel nélkül minden német községben, minden német házon, sőt a templomtornyokban is horogkeresztes zászló leng. A hívek valósággal megbódultak azoktól az agitációktól, amelyeket Nagynémetországból jött ügynökök fejtenek ki. A nép elvesztette bizalmát és utóbb elfordult a legjobb lelkipásztoraitól. Égerth apát urat az utcán minden sétája alkalmával négyszer-ötször minősíthetetlen módon inzultálják. […] Berencz Ádám lelkész újságját, a Donau-t tüntetésben ünnepélyesen elégették. […] Olyan község volt, ahol két nap alatt négy tüntetést tartottak a magyarok bevonulása után ezzel a jeligével: „Los von Ungarn". Ügynökeik állandóan járják a községeket és bujtogatják, hogy tartsanak ki abbéli szándékuk mellett, hogy megmaradjanak német mivoltukban. Ők terjesztik azokat a híreket egész Bácskában, hogy a magyarok bevonulása csak ideiglenes […]" KFL I. 1. A. 3546/1943.

[708] BANK – ŐZE, A német, 2005, 101–107.

10.15772/ANDRASSY.2019.005236

verprügeln sich gegenseitig." In Csávoly waren die Konfrontationen zwischen den unterschiedlichen ethnischen Gruppen ebenso häufig, weil der Volksbund starke Positionen hatte, seitdem ein Lehrer aus Pilisszentiván die Gemeinde besuchte, um dort „*zu agitieren und Hass zu schüren*". In Bácsalmás und Kunbaja war der Volksbund gleichfalls sehr aktiv. In Baja war „*der Leiter des Volksbundes ein Schwabenjunge aus Vaskút, Dr. Pál Flach […]Im Bezirk ist der Anteil der Volksbündler 70%. Es gibt viele Schwaben mit ungarischen Namen. Sie werden jetzt oft wieder zu Deutschen. Seit zwei Wochen herrscht jetzt Ruhe, aber davor war die Lage recht verbittert."*

Deutsche Organisationen waren in der Region also aktiv, Konflikte mit ihnen wurden von den ungarischen Behörden häufig dokumentiert.[709] 1940 berichtete im November der Oberstuhlrichter des Bezirks Kalocsa über die „*deutsche Nationalitätenbewegung*". Außer der detaillierten Beschreibung der Veranstaltungen und der Teilnehmer ist die persönliche Meinung des Oberstuhlrichters aus einigen Hinweisen ersichtlich. Er meinte, „*Hajós ist die unangenehmste*", und bezeichnete den Kultursekretär des dortigen Volksbundes, Adam Schlitt, als *„den einzigen vernünftigen Mann*". Das ist umso überraschender, weil sich Schlitt auf einer Veranstaltung folgenderweise äußerte: *„Dieser Boden ist nicht ungarisch. Ihr esst kein ungarisches Brot, weil wo Deutsche wohnen, dort ist der Boden und der Weizen deutsch, und ihr esst ihn."*[710] Das war wahrscheinlich seine Antwort auf die häufige Behauptung dieser Zeit, dass Personen, die ungarisches Brot aßen, sich auch als Ungarn bekennen sollten.

Im Sommer 1943 erhielte der Innenminister Beschwerden aus der Region, dass die deutsche Bevölkerung in der Nordbatschka sich bewaffnete, sog. Schutzmannschaften gründete, was als Bedrohung der Staatssicherheit betrachtet werden konnte.[711] Negativ war auch die Beurteilung der Urlaubsaktionen für Kinder (*gyermeknyaraltatási akció*), weil in deren Rahmen angeblich Kinder mit dem Ziel der Germanisierung in die Batschka gebracht wurden, die kaum Deutsch konnten und „*am Balaton einen besseren Urlaub hätten machen können*."[712]

[709] Im Band von Zsolt Vitári wurde auch die Stellungnahme der Gebietsleiter der Deutschen Jugend veröffentlicht, die „*Beschwerden wegen der Tätigkeit der Deutschen in Batschka gegen Ungarn*" verfassten. In diesem wurden jedoch Vorfälle aus dem Komitat Tolna beschrieben, nicht aus der Batschka. VITÁRI, Volksbund, 2015, 478–480.
[710] Ebenda, 374–375.
[711] Ebenda, 524.
[712] Ebenda, 403–404.

10.15772/ANDRASSY.2019.005237

Die Jugend war für beide Seiten wichtig. In Harta beschwerte sich der Gemeindevorstand über die Tätigkeit der Deutschen Jugend, die „*sich an der Grenze des Unpatriotismus bewegte*", weil sie unerlaubt Tanzabende veranstalteten und die Jugendlichen eine Militärausbildung erhielten. Ein Lehrer der Organisation *„benahm sich so respektlos dem Gendarmen gegenüber, dass dieser dazu gezwungen war, handgreiflich zu werden"*.[713] Das Verhalten der deutschen Bevölkerung bei den SS-Rekrutierungen führte öfter zu Beschwerden. Im April 1944 wurde z. B. in Hajós eine Rekrutierung durchgeführt, und die neuen Soldaten waren gewalttätig gegenüber dem Teil der Bevölkerung, der nicht zu ihnen hielt. Laut Berichten der Gemeindeleiter misshandelten sie Kinder und Frauen.[714]

Die Radikalisierungstendenzen waren jedoch unberechenbar, es gab Zeiten und Gemeinden, in denen sich die Lage aus ungarischer Hinsicht erfreulicher entwickelte. Laut Bericht des Oberstuhlrichters vom Bezirk Dunavecse am 9. Oktober 1943 übte der Volksbund in Harta, Nemesnádudvar und Hajós eine immer geringere politische Aktivität aus, „dort *zeigen sich Signale des Desinteresses*".[715] Über eine ähnliche Lage wurde aus dem Bezirk Kalocsa am 10. Oktober 1943 berichtet, wo nach der SS-Rekrutierung Zeichen des Zerfalls zu sehen waren und die Fahnen mit den Hakenkreuzen in den Gemeinden verschwanden.[716] Dabei spielten wahrscheinlich die negative Erfahrungen der Rekrutierungen und die Gerüchte über eine Aussiedlung aller Deutschen ins „Dritten Reich" eine wesentliche Rolle.

Die Kirchen waren im Zusammenhang mit der deutschen Frage etwas zurückhaltender, solange diese keinen Einfluss auf das religiöse Leben hatte. In der Beratung der Pfarrer der deutschsprachigen Gemeinden[717] am 21. November 1940 in Baja beschwerten sich die Teilnehmer ausschließlich darüber, dass sich nach dem Volksgruppenabkommen die Angehörigen der deutschen „Volksgruppe" frei zum nationalsozialistischen Ideengut bekennen durften, obwohl dieses in der Enzyklika „*Mit brennender Sorge*"[718] des

[713] Ebenda, 458.
[714] Ebenda, 533.
[715] Ebenda, 301.
[716] Ebenda, 301–302.
[717] Sitzungen wurden zentral vom Erzbischofsamt auf der Verordnung Nr. 4928. regelmäßig abgehalten.
[718] Papst Pius XI. verfasste und veröffentlichte die Enzyklika im Jahr 1937, um darin gegen die Unterdrückung der römisch-katholischen Kirche zu protestieren. Er verurteilte die Politik und Ideologie von Hitler.

10.15772/ANDRASSY.2019.005238

Papstes scharf verurteilt wurde.[719] Sie ließen jedoch deutsche Zeitungen zu und organisierten den deutschsprachigen Schulunterricht. Den Pfarrern riet der Erzbischof von dem Eintritt in den Volksbund ab, sie durften jedoch an den Veranstaltungen teilnehmen oder sogar Vorträge halten. Den Gläubigen sollten sie empfehlen, ihrem Gewissen zu folgen, solange sie sich von der Religion nicht abwendeten.

In einigen Quellen gibt es jedoch Hinweise, dass die katholische Kirche in der Region aktive Magyarisierungspolitik betrieb. Als die Pfarrerstelle in Császártöltés 1939 ausgeschrieben wurde, bewarb sich ein Kandidat mit dem Argument, dass er „*zur weiteren Magyarisierung der Gemeinde gerne"* bereit sei.[720] Eine Befürwortung der Assimilierung war also vorhanden.

Ab den 1940er Jahren veränderte sich das Verhältnis der Kirche zur deutschen Minderheit, die lokalen Konflikte häuften sich. In Csátalja verlangten die „*Bundisten 1942 eine Heilige Messe* „*am Geburtstag von Hitler für den deutschen Sieg, oder für Hitler, Mussolini und Horthy zusammen*".[721] In der Gemeinde gab es bereits früher Beschwerden, weil die Volksbund-Mitglieder einander mit „*Heil Hitler*" begrüßten und Fahnen mit Hakenkreuzen benutzten. Ein interessanter Teil der Beschwerde war, dass „*ihr Leiter behauptete, dass sie im Fall eines Befehls von oben auch auswandern würden".*[722]

In Kunbaja waren die ungarischen Behörden besonders wegen der Jugend besorgt. „*Die unverantwortlichen Agitatoren machten die Deutschen in Ungarn völlig wild",*[723] berichtete am 12. Dezember 1941 Dekan Károly Interreiner dem Erzbischof. Die deutsch gesinnten Gläubigen erwarteten Unterstützung vom deutschstämmigen Pfarrer, der sie jedoch scharf kritisierte, was zu Konflikten führte. Laut seiner Beschwerde „*sangen die Kinder bei der Prüfung nicht ungarisch mit, sie rezitierten das ungarischen Credo*[724] *nicht, usw."* Der Dekan betrachtete die zunehmende Zahl der Scheidungen und

[719] KFL I. 1. A. Protokoll von 21. November 1940.
[720] KFL I. 1. B. Császártöltés 2100/1939.
[721] KFL I. 1. B. Csátalja 2705/1942.
[722] KFL I. 1. B. Csátalja 7690/1942.
[723] KFL I. 1. B. Kunbaja 180/1942.
[724] Das ungarische Credo (Magyar Hiszekegy) war das „Nationalgebet" Ungarn nach dem Friedensvertrag Trianon und während der Zwischenkriegszeit. Es wurde u. A. in den Schulen täglich rezitiert. Die kurze Version lautet: „*Ich glaube an einen Gott, ich glaube an ein Vaterland, ich glaube an eine göttliche Gerechtigkeit, ich glaube an die Auferstehung Ungarns. Amen."(„Hiszek egy Istenben, hiszek egy hazában, hiszek egy isteni örök igazságban, hiszek Magyarország feltámadásában! Ámen.")*

10.15772/ANDRASSY.2019.005239

den Rückgang der Geburtenzahlen gleichfalls als problematisch. Er fügte drei Protokolle über weitere Skandalfälle bei.[725]

Der Pfarrer von Nemesnádudvar, Sándor Mátrai (Mehringer) berichtete 1943 über eine Spaltung der Gemeinde. Seine Aufzeichnungen reflektierten alle wichtigeren Ereignisse seiner Zeit.

> „Die Mitglieder des Volksbundes machten nichts anderes, nur beschimpften sie die anderen Einwohner, dass diese Juden, Engländer, eingefärbte Ungarn seien und sie beschmutzten ihre Häuser mit verschiedenen Zeichnungen und jüdischen Figuren. […] Über mich behaupteten sie, dass ich für die Juden Fleisch bei dem Metzger kaufe. Dass ich mich jeden Abend mit dem Juden Heisler amüsiere, und dergleichen. Natürlich schlug ich dann zurück, dass sie die Fahnen mit den Hakenkreuzen gleichfalls bei dem Juden kauften."[726]

Er beschwerte sich beim Erzbischof, dass die Kinder während der Taufe ein Band mit Hakenkreuz trugen. Darüber schrieb er in der Historia Domus, wo er als Ausgangspunkt der Probleme die „*Besetzung der Batschka*" betrachtete. „*Die Gläubigen sind zerrissen, der Großteil wurde Mitglied des Volksbundes, die kleinere Gruppe blieb loyal zu Ungarn […] Ehepartner trennten sich voneinander, es gibt Konflikte zwischen Eltern und Kindern, zwischen Verwandten und Nachbarn*".[727] Er berichtete über die SS-Rekrutierungen, die er scharf verurteilte. 1943 schlug jemand sein Fenster ein. Seiner Meinung nach war der Grund dafür, dass er gegen den Volksbund die „*Frauenorganisation der Mission*" gründete, und die Männer im Bauernverband versammelte. 1944 bezeichnete er als Jahr des Zerfalls. In diesem Jahr versuchte ein aus der Gemeinde stammender SS-Soldat ihn zu erschießen, deswegen verprügelten die SS-Mitglieder und die Gläubigen einander. Der Rekrutierung wollten die Einheimischen damals bereits entkommen. Ende des Jahres trafen Flüchtlinge aus dem Banat und aus der Batschka in der Gemeinde ein, die im Dorf Panik auslösten. Die Berichte des

[725] Einer davon war ein Bericht über einer Prügelei, wobei der Sohn des Abgeordneten Brandt mit einem Messer verletzt wurde. Bei einem anderem Vorfall beschimpften Jugendlichen eine Frau, die sie zur Rede stellte, weil diese mit „Heil Hitler" grüßten. Sie beschimpften auch den Reichsverweser Horthy, spuckten das ungarische Wappen an und bewarfen schließlich die Frau mit Dreck.

[726] „A Volksbund tagjai mást sem csináltak, mint ezeket mindenféle zsidónak, angolnak, festett magyarnak nevezte és házaikat bemocskolta mindenféle rajzokkal és zsidó alakokkal. […] azt állította, hogy zsidók részére húst vásárolok a helybeli henteseknél. Hogy minden este Heisler zsidóval szórakozom és ehhez hasonlókat. Természetesen alkalomadtán megadtam a választ és rájuk olvastam, hogy a horogkeresztes zászlót ők a zsidónál vették." KFL I. 1. B. Nemesnádudvar 4477/1943.

[727] KFL Historia Domus Nemesnádudvar. Ohne Seitenzahl.

10.15772/ANDRASSY.2019.005240

Pfarrers, der seinen Namen magyarisieren ließ, sind neutral formuliert, die radikalen Ausschreitungen verurteilte er sowohl vor als auch nach 1945. Er betrachtete die Vorfälle eher aus einer moralisierenden Perspektive.

In der Region sympathisierten einige Pfarrer mit der deutschen Bewegung. Im April 1944 beschwerten sich die Einwohner von Bácsbokod über den verstorbenen Pfarrer Antal Ternay, dass dieser die „Deutschen" favorisierte. Er kümmere sich nur um die deutschen Jugendlichen und hielt eine Rede, als die deutschen Jugendlichen in die SS einrückten. „*Er zerriss die Gemeinschaft: ein Teil sind die Deutschen /für ihn existieren nur diese/ und die anderen sind ungarische Bunjewatzen*."[728]

Ein anderer Ternay, der Pfarrer von Csávoly, György Ternay, hatte ebenfalls Probleme wegen seines Deutschtums. Er beschwerte sich im Herbst 1942, dass Unbekannte sein Fenster einschlugen, weil er das Sonntagsblatt las und sich bei der Volkszählung 1941 als Deutscher bekannte.

> „…zu dieser Zeit überließen die Zeitungen das Bekenntnis dem Gewissen und versprachen Vertraulichkeit und niemand keine Nachteile deswegen haben werde. Jetzt sehen wir, wie das in der Praxis ausschaut! Ich verstand die Frage nach der Nationalitätenzugehörigkeit so, dass ich meinem Gewissen nach meine Eltern nicht verleugnen muss, weil sie mich in die Schule schickten – und sie sprachen auch kein Ungarisch."[729]

György Ternay verließ 1947 mit seinen Gläubigen Ungarn und übersiedelte nach Deutschland.[730]

Es gibt leider kaum Quellen, die die Erfahrungen und Perspektive der anderen Seite, nämlich die der deutschen bzw. ungarischen Bevölkerung erläutern und verständlich machen würden. Die nachträgliche Egodokumentation ist dazu nicht geeignet. Die Quellen, die den Volksbund und die Deutsche Jugend behandeln, übernehmen vielmehr die Funktion der Erinnerung und informieren weniger über konkrete Vorgänge und Tätigkeit der Organisationen. Eine vorsichtige Benützung der Heimatbücher über diese

[728] KFL I. 1. B. Bácsbokod 2442/1944.

[729] „…annak idején a lapok az ember lelkiismeretére bízták a bevallást, titoktartást ígértek, s azt, hogy ebből senkinek hátránya nem lesz. Most már látjuk, hogy a gyakorlatban hogy fest ez! Én a magam lelkiismerete szerint a nemzetiségi hovatartozandóságot úgy vettem, hogy [nem] kell megtagadnom a szüleimet csak azért, mert taníttattak – ők pedig magyarul nem beszéltek." KFL I. 1. B. Csávoly 2520/1944,

[730] Siehe dazu seine Biographie auf der Homepage des Archivs in Kalocsa: http://archivum.asztrik.hu/?q=oldal/ternay-georgius (Abruf: 19. 11. 2018)

10.15772/ANDRASSY.2019.005241

Region kann damit begründet werden, dass mehrere Autoren selbst Volksbund-Mitglieder waren oder sogar leitende Funktionen hatten. In den in Ungarn aufgenommenen Interviews verleugnen die Erzähler zumeist ihre Mitgliedschaft, oder versuchen die Tätigkeit des Volksbundes zu verharmlosen. Eine dritte Variante repräsentieren die Personen, die in ihren Interviews den Volksbund bis heute radikal verurteilen.[731]

In den Zeitzeugenberichten aus Hajós ist zum Beispiel die in der Fachliteratur oft betonte Behauptung zu finden,[732] dass die meisten Volksbund-Anhänger aus der armen, ungebildeten Schicht kamen.[733] Damit sollte zugleich die individuelle Verantwortung an eventuellen Untaten relativiert werden. Die Hajóser hielten für den hohen Anteil der Volksbund-Mitglieder Drittpersonen, nämlich die Agitatoren aus der Batschka für verantwortlich.[734] Sie beurteilten jedoch die Tätigkeit der des Volksbundes ganz vorsichtig: „*die Organisation war nicht so gefährlich, wie sie nach 1945 in der Politik dargestellt wurde*."[735]

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die ethnische Zusammensetzung der Region äußerst komplex war. Das widerspiegeln trotz aller Manipulationen auch die Volkszählungsergebnissen. Während der Zwischenkriegszeit wurden Organisationen und Ortsgruppen der kulturellen und politischen Bewegung der deutschen Bevölkerung in großer Zahl gegründet. Ihre Aktivität ließ von Zeit zur Zeit nach, sorgte jedoch für Aufsehen und führte zu Konflikten mit den lokalen kirchlichen und weltlichen Behörden. Die „deutsche Frage" stellte in diesem Gebiet ein reales Problem dar, die in Ungarn ab 1945 radikal gelöst wurde, und dabei wogen die historischen Konflikterfahrungen der vorherigen Jahr(zehnt)e in den Gemeinden mit deutscher Bevölkerung schwer.

[731] Siehe als Beispiele dazu TÓTH, Ágnes: Hazatértek: a németországi kitelepítésből visszatért magyarországi németek megpróbáltatásainak emlékezete. Gondolat, Budapest, 2008, 231, 250, 264–265. (Der Band wurde auch auf Deutsch publiziert: TÓTH, Ágnes: Rückkehr nach Ungarn 1946–1950: Erlebnisberichte ungarndeutscher Vertriebener. Oldenbourg, München, 2012.)
[732] Zum Volksbund siehe: BEREZNAI – SCHŐN, Könnyek, 2017, 81–111. Diese These wurde teils von Norbert Spannenberger widerlegt, siehe: SPANNENBERGER, Der Volksbund, 2005, 278–280.
[733] Vgl. dazu BEREZNAI – SCHŐN, Könnyek, 2017, 89.
[734] BEREZNAI – SCHŐN, Könnyek, 2017, 93
[735] BEREZNAI – SCHŐN, Könnyek, 2017, 103.

10.15772/ANDRASSY.2019.005242

6.4 Die Durchführung der Deportation

In der Region Bács-Kiskun erleichterte den sowjetischen Akteuren die Durchführung der Deportation, dass in vielen Gemeinden eine große Anzahl deutscher Bevölkerung lebte, so mussten sie hier nicht lange nach entsprechenden Personen suchen. Im Gegenteil zur Region Nordostungarn gab es hier viele Merkmale, mit deren Hilfe die deutschstämmige Bevölkerung schnell identifiziert werden konnte. Viele Einheimische trugen deutsche Namen, viele waren deutsche Muttersprachler und konnten kaum Ungarisch. Obwohl diese Personen während des Einmarsches der Sowjets ihre deutsche Identität zu verbergen versuchten, war das nur bedingt möglich. Mithilfe etwaiger Auskünfte – von den ungarischen Behörden, oder von anderen Helfern der Sowjets – fanden die sowjetischen Akteure problemlos die Gemeinden mit deutscher Bevölkerung.

Der Organisationsgrad der Deportation wurde dadurch verstärkt, dass die Sowjets relativ viel Zeit hatten, sie waren bereits seit November 1944 in der Region. Sie konnten sich über die lokalen Verhältnisse also informieren lassen. Zeitzeugen berichten, dass die Sowjets recht bald wussten, wo deutschstämmige Personen lebten, als sie die Gemeinden besetzten.

> „Als die sowjetischen Truppen in Nádudvar ankamen, und wussten, dass diese eine schwäbische Gemeinde ist, dann mussten zweihundert Personen gestellt werden, die nach Russland gingen."[736]

Die größte Hilfe bedeuteten die örtlichen südslawischen Verwaltungen und die Partisanen, die Russisch sprachen. Viele von ihnen kannten sich in den lokalen Verhältnissen aus, so war hier die Mitwirkung der ungarischen Behörden entbehrlich. Bei der Durchführung der Deportation wirkten in dem südlichen Teil der Region die Südslawen aktiv mit, im nördlichen Teil ist ihre Anwesenheit nicht dokumentiert.

In der Region sind keine Spuren darüber zu finden, dass die sowjetischen Soldaten eine Liste mit Namen der Deutschstämmigen für die ganze Region verlangt hätten. Eine systematische Konskription, wie in der Region Békés-Csanád, fand nicht statt. Einige

[736] „Amikor a szovjet csapatok idejöttek Nádudvarra, és tudták, hogy ez sváb község, akkor kétszáz embert kellett kiállítani, akik elmennek Oroszországba." TÓTH, Hazatértek, 2008, 250.

10.15772/ANDRASSY.2019.005243

Gemeindeleiter stellten jedoch Listen für die Sowjets zusammen, die für die Deportation benutzt wurden.

Einer der ersten dokumentierten Schritte der Durchführung war die Verordnung des sowjetischen Militärkommandanten vom 28. Dezember 1944, mit der er vom Bürgermeisteramt von Baja mündlich eine Liste der Gemeinden mit deutscher Bevölkerung im Komitat Bács-Bodrog anforderte.[737]

> „Die russische Militärkommandantur bat heute, am 28. Dezember 1944 mündlich um die Liste der Gemeinden der Rumpfbatschka, in denen die Einwohnerschaft mehrheitlich deutsch ist."

Das Antwortschreiben entsprach dieser Aufforderung:

> „Hiermit teile ich hochachtungsvoll mit, dass im Komitat Bács-Bodrog die Einwohner der folgenden Gemeinden mehrheitlich als Deutsche betrachtet werden können: Bácsbokod, Bácsalmás Bácsborsód, Csátalja, Csávoly, Gara, Katymár, Kunbaja, Vaskút."[738]

Die Sowjets erhielten die Liste noch am gleichen Tag, sie deportierten die Bevölkerung jedoch nicht nur aus den Gemeinden, die hier genannt waren. Sie verfügten also bereits über zusätzliche Informationen über die ethnischen Verhältnisse. Da die Verordnung mündlich erteilt wurde, ist nicht bekannt, wie genau die sowjetische Seite den Kreis der zu deportierenden Deutschen definierte. Genauso unklar ist, nach welchen Kriterien die Mitarbeiter der Bajaer Behörde die Gemeinden auswählten, weil die Stadt Baja unerwähnt blieb, obwohl fast die Hälfte ihrer Einwohner sich als Deutsche bekannte. Wahrscheinlich benutzten sie bei der Erstellung der Liste die Volkszählungsergebnisse, wobei sie ihre eigene Stadt zu schonen versuchten. In den meisten Gemeinden begann die Deportation nach Übergabe dieser Liste.

[737] MERK, A Szovjetunióba, 1990, 347–348.; TÓTH, Telepítések, 1989, 16.; TÓTH, Telepítések, 1993, 22.

[738] „Az orosz katonai parancsnokság ma, 1944. dec. 28-án élőszóval csonka Bácska községeinek névsorát kérte, amelynek a lakossága túlnyomórészben német."
„Tisztelettel közlöm, hogy csonka Bács-Bodrog megyében a következő községek lakossága mondható túlnyomórészben németnek: Bácsbokod, Bácsalmás Bácsborsód, Csátalja, Csávoly, Gara, Katymár, Kunbaja, Vaskút." MNL BKML BFL IV 1410. A. 11/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005244

In einigen Ortschaften jedoch begann die Vollstreckung des Deportationsbefehls bereits früher. So mußten die Autoren der Liste über die Ziele der Sowjets Bescheid wissen. Gerade in Baja hatten die Behörden am 28. Dezember einen Befehl zu verkünden:

> „Heute, am 28. Dezember 1944 um 9 Uhr vormittags erhielt ich den gleichfalls heutigen Befehl der russischen Militärkommandantur über die sofortige Mobilisierung der deutschstämmigen Personen zur Zwangsarbeit.
>
> Die russische Militärkommandantur verordnete ebenso in Baja die Mobilisierung aller deutschstämmigen, arbeitsfähigen Personen zur Zwangsarbeit.
>
> Somit verkünde ich:
>
> 1. Jeder deutschstämmige Mann von 17 bis 45, und Frau von 18 bis 30 Jahren muss sich am 29. Dezember 1944 um 7 Uhr morgens im Hof des Stadtrates pünktlich melden.
>
> 2. Die Betreffenden müssen Lebensmittel für 15 Tagen, warme Oberbekleidung, 2 Paar brauchbare Schuhe, 3 Stück Unterwäsche, Bettwäsche und Decken und Essgeschirr mitnehmen. Das Gesamtgewicht des Gepäcks darf 200 kg pro Person nicht überschreiten.
>
> 3. Wer dem Befehl nicht folgt und sich nicht meldet, wird mit den Familienmitgliedern und seinen Komplizen vor ein Kriegsgericht gestellt und sein Vermögen beschlagnahmt."[739]

Der Befehl wurde am Vormittag den Gemeindeleitern übergeben, wahrscheinlich also früher, als die Liste der deutschen Gemeinden fertiggestellt war. Die Sowjets wussten also, dass in Baja eine deutsche Minderheit lebte. Am Anfang der Bekanntmachung steht *„ebenso in Baja"*, diese Formulierung lässt darauf folgern, dass in der Stadt schon damals bekannt war, dass die sowjetischen Akteure ähnliche Befehle erteilten.

[739] „Ma, 1944. december 28-án d. e. 9 órakor kaptam az orosz katonai Parancsnokság ugyancsak ma kelt parancsát a német származású munkaképes személyeknek közmunkára történő azonnali mozgósítását.
Az orosz katonai Parancsnokság elrendelte Baján is az összes német származásu munkaképes személyek mozgósítását közmunkára.
Ennek alapján közhírré teszem:
1. Minden német származásu férfi 17–45, nő 18–30 éves életkorig tartozik 1944. december 29-én reggel 7 órakor a városi székház udvarán pontosan megjelenni.
2. A mozgósítottak hozzanak magukkal 15 napi élelmet, meleg felső ruhát, 2 pár használható lábbelit, 3 rend fehérneműt, ágyneműt és takarót, meg evőedényt. E csomag összsulya fejenként 200 kg-nál több nem lehet.
3. Akik e parancsnak eleget nem tesznek és kivonják magukat a mozgósítás alól, családtagjaikkal és bűntársaikkal együtt hadbíróság elé kerülnek és egész vagyonuk elkobzásával is felelnek." MNL BKML BFL IV. 1410. A. 15/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005245

In Gara wurden die Deportierten gleichfalls am 28. Dezember rekrutiert,[740] dort wussten die Sowjets genauso, dass die Gemeinde von deutschstämmigen Menschen bewohnt war. Zeitzeugenberichten zufolge waren die Garaer die erste Gruppe, die im Sammellager von Baja eintrafen, sie sollten danach tagelang warten. Die Gruppe wurde am 6. Januar medizinisch untersucht, danach zum Bahnhof losgeschickt.[741]

In den betroffenen Gemeinden im Komitat Pest-Pilis-Solt-Kiskun war im Dezember 1944 die Deportation ebenfalls schon im Gange.[742] Anhand der Quellenlage lässt sich nicht feststellen, nach welchen Kriterien dort die Ortschaften ausgewählt wurden. Es betraf jedoch tatsächlich die Gemeinden, in denen ein hoher Anteil deutscher Bevölkerung lebte (so wie in Nemesnádudvar, Harta, Hajós, etc.). Eine Dokumentation im Komitat ist jedoch wegen der Belagerung von Budapest (wo sich der Komitatssitz mit seinen Behörden befand) nicht möglich gewesen. Die Komitatsleitung war wahrscheinlich nicht einmal über den Vorgang informiert, die Bezirke und Gemeinden mussten die Organisation und alle Angelegenheiten allein bewältigen.
Aus dem südlichen Teil des Komitats Pest-Pilis-Solt-Kiskun ist aus Császártöltés ein Eintrag im Trommelbuch vom 27. Dezember 1944 bekannt, in dem der Deportationsbefehl verkündet wurde. Die Verordnung kam von der Bezirksbehörde, so musste diese aus Kiskőrös ebenso in die anderen Gemeinden weitergeleitet werden.

> „Gemäß des Befehls Nr. 3. des Militärkommandatnen des Bezirks Kiskőrös fordert die Gemeindeverwaltung die Einwohner deutscher Abstammung auf, Männer von 17 bis 45, Frauen von 18 bis 31 Jahre, sich am 28. Dezember 1944 bis 12 Uhr in der Sammelstelle in Kiskőrös zu melden. […] Wer sich der Mobilmachung entzieht, wird gemäß den Kriegsgesetzen zu Verantwortung gezogen. Das Kriegsgericht wird sie verurteilen. Ihre Angehörigen und Komplizen werden ebenso streng bestraft."[743]

[740] KEINER, Gara, 1991, 33.; MÁRKUS, Messze, 2013, 239.
[741] KEINER, Gara, 1991, 34.
[742] Laut des Berichtes der Pfarrer, Ádám Wetzstein, begann in Hajós die Deportation am 31. Dezember 1944. Siehe KFL I. 1. B. Hajós 2522/1946.
[743] „Kiskőrös és járása katonai parancsnokának 3. számú parancsa alapján felhívja a községi elöljáróság a német származású lakosokat, férfiak 17 évtől 45 éves és 18 évtől 31 éves korig a nőket, hogy 1944. December hó 28-án 12 óráig Kiskőrösön a gyülekező helyen jelentkezzenek. […] Mindazok, akik kivonják magukat a mozgósítás alól, háborús törvények szerint felelősségre vonatnak. Hadbíróság fog felettük ítélni. Ugyancsak szigorú megtorlásban részesülnek családtagjaik és bűntársaik." MNL BKML V. 312. Band 65. 161/1944.

10.15772/ANDRASSY.2019.005246

Im Archivmaterial des Bezirks Jánoshalma ist der Deportationsvorgang relativ gut dokumentiert, weil dort die ungarischen Behörden im Amt geblieben waren. Dieser Umstand wirkte sich auch auf die Durchführung aus. Das ungarische Verwaltungspersonal strebte eine andere Methode an, nämlich eine Selektion der Betroffenen aufgrund ihrer politischen Zuverlässigkeit statt ihre kollektive Auslieferung.

Am 4. Januar 1945 wandte sich der Oberstuhlrichter des Bezirks an die Gemeindeleiter, dass „*sie mir gemäß der Anweisung der Militärkommandantur die Namenslisten aller Deutschen /Frauen und Männer getrennt/ bis heute um 6 Uhr zusenden sollen*".[744] Bemerkenswert ist, dass er einfach über „Deutsche" schrieb, ohne näher zu definieren, welcher Personenkreis damit gemeint war. Besonders interessant ist, dass er diese Anweisung nur an die Gemeinden Borota und Rém zusandte, wo laut Volkszählungsergebnisse tatsächlich ein höherer Anteil deutscher Bevölkerung lebte als in anderen Dörfern. Damit befreite er in seinem eigenen Zuständigkeitsbereich die Einwohner der anderen Gemeinden. Am 6. Januar schickte er einen weiteren Befehl den beiden Gemeindevorständen, der im Wesentlichen mit der früheren Version identisch war, eine Bedingung ausgenommen, die wahrscheinlich seine eigene Ergänzung war: „*Wenn unter ihnen sich Personen befinden, die sich immer als Ungarn bekannten und der Vorstand diesen Umstand garantiert, so müssen diese Personen nicht vorgeführt werden.*"[745]

In der Verordnung stand „Deutsche", damit ließ der Oberstuhlrichter den Gemeindeleitern einen großen Handlungsspielraum, welche Personen sie als Deutsche auswählten. Ferner ließ er die Auslassung von Personen zu, die sich als Ungarn bekannten. In Borota und Rém hatten die Vorstände die Möglichkeit, eine Selektion durchzuführen, der Oberstuhlrichter erteilte keine Anweisungen, wie diese geschehen sollte. Als die sowjetische Seite über dieses nachgiebige Vorgehen unterrichtet wurde, protestierte sie dagegen und schickte am 7. Januar eine zusätzliche Verordnung an die Gemeinden, in der die Zugeständnisse des Oberstuhlrichters annulliert wurden.

[744] MNL BKML IV. 407. B. 12/1945.
[745] MNL BKML IV. 407. B. 12/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005247

„Gemäß der Anweisung der Militärkommandantur verordne ich erneut die Aushebung aller Männer und Frauen innerhalb der Altersgrenzen, unabhängig von ihrer Einstellung. Der Gemeindevorstand trägt die völlige Verantwortung."[746]

Am 7. Januar erteilte der Oberstuhlrichter einen „offenen Befehl", in dem er anhand der Listen von 4. Januar namentlich aufzählte, welche Personen sich am 8. Januar im Gemeindehaus von Jánoshalma mit Ausrüstung zu melden hatten. Neben den Namen sind die Unterschriften der Betroffenen zu sehen, dass sie ihre Meldepflicht erfüllten. Die Zeitzeugenberichte bestätigen sowohl den Zeitpunkt als auch die Vorgehensweise, sie benennen jedoch den Kantor von Rém als Helfershelfer des Sowjets.[747]

In der Region sind auch andere Strategien der Rekrutierung dokumentiert. In mehreren Fällen nahmen die sowjetischen Soldaten Gruppen von Arbeitern zur lokalen Zwangsarbeit, z. B. zum Brückenbau bei Baja mit. Danach ließen sie diese Menschen nicht mehr nach Hause, sondern transportierten sie in die Sowjetunion. So nahmen sie die erste Gruppe der Hartaer, 40 Männer, zu Brückenarbeiten in Dunaföldvár, danach wurden sie nach Baja weitergeleitet, wo sie zusammen mit anderen Personen einwaggoniert und in die Sowjetunion gebracht wurden. Ein ähnlicher Fall wurde in der Gemeinde Madaras am 5. Januar dokumentiert, als ein gewisser Alexa Desat, ein sowjetischer Unteroffizier 30 Männer und zwei Gespanne in fünf Tagen nach Baja brachte.[748]

Laut Protokoll des Stadtrats von Baja musste dort am 6. Januar auf sowjetischer Seite eine Kommission gegründet werden, die festzustellen hatte, welche Personen Deutsche waren.

„Der Abtransport und die Rekrutierung der deutschen Arbeitsdienstler aus der Umgebung wahrscheinlich in die Ukraine regte die Gemüter sehr auf. Obwohl auf Befehl der russischen Kommandantur eine Kommission unter der Leitung vom Ratsmitglied József Babics dazu gegründet wurde, um festzustellen, wer als Deutsche zu betrachten ist, wurde die Arbeit dieser Kommission nicht berücksichtigt und Ungarn, ferner Bunjewatzen wurden heute Morgen ebenso mitgenommen, trotz aller Interventionsversuche .[…] Die Kommission

[746] „A katonai parancsnokság utasítására elrendelem, hogy kivétel nélkül a korhatárba beleeső férfiakat és nőket, függetlenül az érzelmeiktől, régebben kelt utasításom értelmében szedjék össze. Teljes felelősség a községi elöljáróságra hárul." MNL BKML IV. 407. B. 12/1945.
[747] MÁRKUS, Messze, 2013, 227.
[748] MNL BKML V. 358. 35/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005248

> bescheinigte den Großteil der Betroffenen, Ungarn zu sein, dennoch wurden keine weggebrachten Personen zurückgelassen. Die Kommission arbeitete anständig. Sie ist für die Ergebnislosigkeit ihrer rund um die Uhr geleisteten Arbeit nicht verantwortlich."[749]

Die Bewilligung solcher Kommissionen, oder die Verordnung ihrer Gründung im Fall von Baja wirft die Frage auf, welches Ziel die sowjetischen Akteure damit verfolgten. Sie ignorierten die Arbeit der Kommission vollständig, brauchten also diese anscheinend gar nicht. Einerseits ist eine mögliche Antwort, dass sie tatsächlich beabsichtigten, sich auf die Arbeit der Kommission bei der Feststellung der deutschen Abstammung zu stützen. Als die ungarischen Helfer dabei statt der Abstammung die Menschen aufgrund ihrer Nationalität, Muttersprache oder ihres politisches Verhaltens kategorisierten, war diese Vorgehensweise für sie inakzeptabel. Deshalb lehnten sie die Vorschläge der Kommission ab. Eine andere Möglichkeit war, dass die ungarische Seite nur deshalb mit dieser Arbeit beauftragt wurde, um den Anschein zu erwecken, dass Freistellungen möglich gewesen wären. In der Tat wollten die sowjetischen Akteure jedoch alle Interventionen der ungarischen Behörden unterbinden.

Der Zeitpunkt der Deportation war in der Region unterschiedlich, sie dauerte vom Ende Dezember 1944 bis zum Ende Januar 1945. In mehreren Gemeinden kam vor, dass die Deportierten in mehreren Wellen mitgenommen wurden, so in Kunbaja, wo am 1. und am 12. Januar deportiert wurde.[750] Dabei konnte durchaus vorkommen, dass Personen, die zuerst wegen gesundheitlicher Gründe entlassen wurden, später dennoch deportiert wurden. Die Vorgehensweise der Sowjets und der „Partisanen" unterschied sich

[749] „A környékbeli német munkaszolgálatosok valószínűleg Ukrajnába történő elszállításával kapcsolatos toborzás a kedélyeket nagyon felizgatta. Bár Babics József tanácstag elnöklete alatt az orosz parancsnokság utasítására bizottság alakult annak megállapítására, hogy ki tekinthető németnek, ennek ellenére a bizottság munkáját nem vették figyelembe és színmagyarokat, valamint bunyevácokat is szállítottak el a mai nap reggelén többszörösen megkísérelt közbenjárás ellenére… Bár a bizottság igen nagy részben magyarnak minősítette az illetőket, ennek ellenére egyetlen egy beszállított személyt sem engedtek vissza. A bizottság becsületesen dolgozott. Éjjel-nappali munkájának eredménytelenségéért természetesen felelősséget nem vállalhat." MNL BKML IV. 1410. A. 172/1945., TÓTH, Telepítések, 1989, 16–17.; MERK, A Szovjetunióba, 1990, 350.

[750] MNL BKML IV. 402. B. 386/1945. In den Erlebnisberichten des Lastenausgleichs ist jedoch eine Akte zu finden, in der darüber erzählt wurde, dass die Deportation in Kunbaja bereits zum Weihnachten 1944 durchgeführt wurde. Siehe BaRCH LAA OST DOK 2. Nr. 361. S. 125.

10.15772/ANDRASSY.2019.005249

voneinander in den verschiedenen Zeitpunkten kaum.[751] Warum nicht alle Personen gleichzeitig bereits Anfang Januar deportiert wurden, kann ohne sowjetische Quellen nicht erklärt werden. Eine weitere Welle von Verschleppungen wurde in der Region noch im Februar dokumentiert,[752] diese erfolgte jedoch erst nach Fristablauf des Beschlusses Nr. 7161. über die Deportation und betraf ausschließlich Männer. So musste diese Aktion eine Folge anderer, bisher unbekannter Befehle gewesen sein.

Die Aspekte der Auswahl der Deportierten sind ebenso unklar. Die sowjetischen Akteure suchten hier auch nach deutschstämmigen, arbeitsfähigen Personen – wer als solche galt, darüber entschieden jedoch die südslawischen und ungarischen Helfer. Die Arbeitsfähigkeit bedeutete für die Sowjets, dass die Altersgrenzen einzuhalten waren, bzw. Kranke, schwangere Frauen und Mütter mit Kleinkinder zu Hause bleiben durften. Das wurde in der Region nicht überall eingehalten, wofür die Verantwortung wahrscheinlich eher die Helfer und nicht die Soldaten trugen. Seltsamerweise war in der Region die Anzahl der deportieren Männer deutlich höher als die der Frauen. Warum das so war, ist eine offene Frage, in den anderen Regionen ist eine eher umgekehrte Tendenz zu beobachten.
In früheren Studien über die Deportation in dieser Region taucht der Aspekt des Vermögens auf. Der war allerdings bei der späteren Enteignung, Internierung und Vertreibung der deutschen Minderheit ein sehr relevanter Faktor. Die Deportation war jedoch nicht mit der Enteignung des Vermögens verbunden. Eine weitere Möglichkeit war die wirtschaftliche Verwendung der Betroffenen, weil sich unter den Deportierten viele Handwerker befanden, die zum Wiederaufbau der Sowjetunion viel beitragen konnten. [753] Dieser Aspekt erwähnte ich bereits bei der Region Nordostungarn, er kann nicht gänzlich ausgeschlossen werden, obwohl nach dem aktuellen Forschungsstand nirgendwo dokumentiert ist, dass die sowjetischen Soldaten bei der Rekrutierung nach dem Beruf der Betroffenen fragten.

[751] Vgl. dazu MERK, A Szovjetunióba, 1990, 351. Die Autorin stellte in ihrem Beitrag fest, dass bei der ersten Welle der Deportationsbefehl noch organierter war, er wurde mit Trommelschlag verkündet, während die zweite Welle willkürlicher durchgeführt wurde, wobei Soldaten von Haus zu Haus gingen und Personen mitnahmen. Dieses Muster kann jedoch mit der Dokumentation nicht belegt werden.
[752] Zum Beispiel aus Csávoly wurden drei Männer am 10. Februar 1945 nach Kiskőrös deportiert. Siehe: MNL BKML IV. 402. B. 386/1945.
[753] MERK, A Szovjetunióba, 1990, 354.

10.15772/ANDRASSY.2019.005250

Über Auswahl und Freistellungen ist in Bácsalmás dokumentiert, dass eine ärztliche Untersuchung tatsächlich stattfand. Der neu ernannte Oberstuhlrichter, Dr. Székely schrieb am 7. Februar dem Arzt der Gemeinde. Er beschwerte sich, dass er von diversen Personen mit dem Anliegen aufgesucht wurde, dass diese nur dann eine Bescheinigung vom Arzt beantragen konnten, wenn er dies erlaubte. Er bat um Erklärung und verbot strengstens dieses Vorgehen, weil er über keine Kompetenz zur Ausstellung solcher Erlaubnisse verfügte. Der Arzt antwortete rasch noch am gleichen Tag und fügte seiner Antwort einen slawischsprachigen, gesiegelten Befehl eines gewissen Gábor Prinkovics bei.

> „…der Gemeindevorstand der Partisanen lud mich vor, sie hielten es für zu viel, dass ich den Kranken für die Zeit ihrer Heilung eine Befreiung empfahl. Sie setzten einige Bedingungen. Seitdem durfte ich nur den Personen eine Krankheitsbescheinigung ausstellen, die auch vom Gemeinderichter Gábor Prinkovics ein Schreiben erhielten, in dem er die Bescheinigung erlaubte. Ich füge einige Bescheinigungen als Muster diesem Brief bei. Da ich nicht wusste, ob diese meiner Pflicht noch galt oder nicht, schicke ich die Kranken bis heute zum Gemeindehaus, wenn sie mich um eine Krankheitsbescheinigung bitten. Zum Herrn Oberstuhlrichter würde ich aber niemanden schicken, umso weniger, weil ich genau weiss, dass die Aushebung der Arbeiter absolut die Aufgabe der Gemeindepolizei ist und Herrn Oberstuhlrichter sehr fern liegt. Jemand anders schickte sie zu Ihnen."[754]

Den Einheimischen wurde wahrscheinlich klar, dass der einizige Weg der Deportation zu entkommen, eine ärztliche Bescheinigung ihrer gesundheitlichen Unfähigkeit darstellte. Der „Partisanenvorstand" wollte jedoch die Ausstellung solcher Bescheinigungen erschweren, um eine große Anzahl von Deportierten sicherzustellen. Der Fall illustriert auch den Mangel an Informationen und das Chaos, dass der Arzt von niemandem darüber informiert wurde, ob er solche Bescheinigungen nach Abschluss

[754] „…engem a partizán községi elöljáróság hivatott, sokallta, hogy a betegeknek gyógyulásuk tartamára miatt a mentességet javasoltam. Bizonyos nemzetiségi kikötéseket tettek. Ezen időtől kezdve csak olyanoknak adhattam betegségi bizonyítványt, akiknek Prinkovics Gábor községi bíró írást adott, amelyben ez nekem meg is lett engedve. Ilyen írásból, illetőleg engedélyből mellékeltem néhány darabot, tisztelettel be is mutatok. Miután nem tudtam, hogy ezen megkötöttségem megszűnt-e, vagy sem, mai napig is a községházára szoktam küldeni a betegeket, ha munka alóli mentességi bizonyítványt kérnek tőlem. De a főszolgabíró Urhoz soha eszembe se jutott küldeni, annál is inkább, miután tudom pontosan, hogy a munkások szedése tisztán a községi rendőrség feladata és nagyon távol áll Főszolgabíró Urtól. Valaki más küldte őket tévedésből oda." MNL BKML IV. 421. A. 49/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005251

der Deportation ausstellen durfte. Die Antwort des Arztes zeigt, dass die neuen Bezirksleiter mit der Deportation nichts zu tun hatten, denn diese wurde von der „Gemeindepolizei" durchgeführt. Diese „Polizei" war den Einheimischen nicht unbekannt, das vertraute Verhältnis war sogar der Grund dafür, dass die Betroffenen daran glaubten, dass sie tatsächlich nur zu einer kurzen Arbeit eingezogen würden.

> „Sogleich ging ein örtlicher Partisan mit einem fremden Partisan von Haus zu Haus, um die in Frage kommenden Personen gleich mitzunehmen. Der örtliche Partisan war höflich. Er hatte nur das deutsche Haus auszufinden, der fremde Towarisch half mit der nötigen Schärfe nach. […] Manche hatten bei den Partisanen frühere Freunde und Bekannte getroffen, die sie vertraulich fragen konnten, was man mit ihnen vorhabe. Diese versicherten uns, wir müssten in der jugoslawischen Batschka 15 Tage auf Herrschaftsgütern arbeiten. […] Der damalige Ratsvorsitzende (Bürgermeister) Jaso Petrekanics wurde mit Vorwürfen überschüttet. Er hatte nämlich die umlaufenden Gerüchte dementiert und uns zur Ruhe gemahnt. Der Volksschuloberlehrer, der auch mit dabei war, hatte versichert, dass wir, so wie wir weggehen, auch zurückkehren werden. Wir glaubten dem Oberlehrer Béla Dionys Szabó, einem angesehenen Bürger."[755]

Die Zeitzeugen beurteilten die Lage eindeutig so, dass der Vorstand über das Ziel der Rekrutierung Bescheid wusste. Diese führten sie jedoch bewusst irre und gaben den „fremden Partisanen" Auskünfte darüber, wo deutsche Einwohner im Dorf zu finden waren.

In der Region sind zahlreiche Hinweise über einen solchen Verrat in den Quellen zu finden. In Kunbaja hob ein Zeitzeuge die Rolle des neuen Bürgermeisters, eines gewissen Cubic hervor,[756] ohne weitere Angaben dazu zu machen, was dieser tatsächlich machte. Außer den Partisanen wurden auch die lokalen Helfer der Sowjets in den Berichten sehr negativ beschrieben. Wer diese Personen waren, ist in mehreren Fällen weder in den Archivquellen noch in den Zeitzeugenberichten namentlich angegeben. Der Oberstuhlrichter von Bácsalmás, der erst nach der Durchführung der Deportation seine Position übernahm, berichtete dem Vizegespan am 21. Februar 1945 über den Vorgang folgenderweise:

[755] TAFFERNER, Bácsalmás, 1965, 254–256.
[756] TAFFERNER, Kunbaja, 1967, 79.

10.15772/ANDRASSY.2019.005252

„...Als Folge der Mitwirkung lokaler Spitzel nahm die Militärpolizei der sowjetischen Armee während des Abtransports der Deutschen zur Zwangsarbeit mehrere Personen mit deutschen Namen mit, die aber ungarisch fühlen und sowohl wegen ihrer Funktionen als auch wegen ihrer Parteieinstellung im Sinne der geschlossenen Abkommen nicht hätten mitgenommen werden dürfen."[757]

Das Zitat wirft mehrere Fragen aus. Einerseits wird die Identität der Spitzel nicht geklärt. Offen ist, auf was für ein Abkommen er hinwies, das die Deportation hätte regeln sollen. Eine Möglichkeit wäre das Waffenstillstandsabkommen vom 20. Januar, in dem die Deportation deutschstämmiger Zivilisten jedoch nicht geregelt, sogar nicht einmal erwähnt wurde. Eine andere Option ist die Verordnung des Innenministers Erdei vom 5. Januar, die bei der Region Békés-Csanád näher erläutert ist. Diese tauchte in der Region Bács-Kiskun jedoch wahrscheinlich nicht auf. Ein dritter interessanter Punkt im Bericht ist die Betonung des deutschen Namens und der ungarischen Gefühle, womit der Oberstuhlrichter das Deutschtum der Deportierten zu relativieren suchte. Im Schreiben listete er einige Personen auf, die er als zuverlässig bescheinigen wollte, insgesamt 9 Männer. Ob ihm die Deportation weiterer hundert Menschen kalt ließ, oder diese für unzuverlässig hielt, ist fraglich.

Während der Deportation blieb die Kompetenz der Spitzel, der Roten Wächter[758] und der Helfer der Sowjets ungeklärt. In Vaskút wurde z. B. ein früherer Rote Wächter deportiert, laut seiner Erzählung wurde er von seinen Gesellen genauso irregeführt wie alle anderen Deportierten – oder sie selber wussten auch nicht, was das Ziel der Deportation war.

„Ich war bis 1945 zu Hause, ich arbeitete als Roter Wächter. 1945 begannen sie mit der Sammlung von Deportierten. […] Dann im Januar 1945, am 19. Januar kam ein Roter Wächter aus Vaskút, der wußte, dass ich zu Hause bin, und dass einer von uns, ich, mein Bruder oder mein Vater nach Budapest zur Arbeit beim Brückenbau

[757] „...helybeli besúgók közreműködése következtében az orosz katonaság csendőri szervezete németeknek közmunkára való elszállítása alkalmával több németnevű, de magyar érzelmű egyént is elvittek, akik részben hivatásuknál fogva, részben pedig pártállásuknál fogva a megkötött egyezmény értelmében elszállíthatók nem lettek volna." MNL BKML IV. 402. A. 3/1945.

[758] Als Roten Wächter werden in den verschieden Quellen ungarische Personen bezeichnet, die als Ordnungsmächte die sowjetsichen Soldaten in dieser Region unterstützten. Der Name stammt aus der Zeit der Räterepublik 1919, damals war die offizielle Bezeichnung der Organ, der die Aufgaben der Gendarmerie, der Polizei und des Grenzsschutzes übernahm.

10.15772/ANDRASSY.2019.005253

für 6 Wochen gehen muß. Dann rief mich mein Vater, und ich sagte, dass ich gehe, weil sie krank waren, mein Bruder und mein Vater auch."[759]

Warum und von wem er und seine Familie ausgewählt wurden, ob sie deutschstämmig waren, geht aus dem anonymisierten Interview nicht hervor.

Die Art der Durchführung ähnelte der in Nordostungarn. Hier berichten die Zeitzeugen auch darüber, dass die „Partisanen" und ihre Helfer bewaffnet von Haus zu Haus gingen, in aller Früh oder spät in der Nacht. Andere Personen wurden auf den Straßen, sozusagen zufälligerweise zur Arbeit aufgefordert.

„In der Nacht vom 14 auf den 15. 1. 1945 wurden überfallsartig die Volksdeutschen des Dorfes Katymár zur Deportation nach Russland zusammengetrieben. Die serbischen Partisanen fuhren mit ihren Wagen von Haus zu Haus und fingen alle arbeitsfähige Männer und Frauen deutscher Muttersprache zusammen."[760]

„Die Partisanen mit einigen Ortsansässigen, die ihnen sympathisch genug waren, haben die ganze Gemeinde durchkämmt und alle Einwohner, die männlichen von 18 bis 45, die weiblichen von 16 bis 30 Jahre (natürlich nur diejenige, die sich vorher schon zum Deutschtum bekannt haben) zu einer 14-tägigen Arbeit bestellt."[761]

Beachtenswert ist, dass bereits in diesen zwei Berichten auf unterschiedliche Weise dargestellt wird, nach welchen Kriterien die Berichterstatter ausgewählt wurden. Während die erste Person die deutsche Muttersprache als Grund nannte (wodurch er nichts gegen seine Auswahl einwenden konnte), meinte die zweite Person, dass die Partisanen alle Personen deportierten, die sich „*zum Deutschtum bekannt haben*", diese also unbewusst und indirekt selber ihre Deportation auslösten.

[759] „Itthon voltam egészen 1945-ig, mint vörösőr dolgoztam. 1945-ben kezdték ezeket a deportáltakat összeszedni. […] Akkor 1945 januárba, január 19-én jött egy vaskúti, egy vörösőr, és jött hozzánk, hogy tudja, hogy én itthon vagyok, valamelyiknek, nekem vagy a bátyámnak, vagy apának el kell menni hat hétig Budapestre hidat csinálni, munkára. Akkor apám lehivatott, azt mondtam, én el fogok menni, mert ő is beteg volt, a bátyám meg apám is." MERK, A Szovjetunióba, 1990, 367.
[760] BaRCH LAA OST DOK 2. Nr. 361. S. 169.
[761] BaRCH LAA OST DOK 2. Nr. 361. S. 62.

10.15772/ANDRASSY.2019.005254

Über die gleiche Vorgehensweise berichteten die Überlebenden in Jahrzehnten später aufgenommenen Interviews. In Katymár wurde auch von einer nächtlichen Razzia erzählt, als ihr Zeitpunkt wurde jedoch der 28.[762] und der 26. Januar benannt.

> „Es wurde nicht verkündet, jedoch breitete sich die Nachricht aus, dass die deutschen Muttersprachler mitgenommen werden. Wir rechneten aber damit, dass wir nicht mitgenommen werden. Ja? Weil wir keine Bundisten waren, so blieben wir zuversichtlich, dass sie uns doch nicht mitnehmen werden. Und mein Sohn war zwei Jahre alt. Am 26. Januar 1945 um 3 Uhr nach Mitternacht kamen die Partisanen und die Russen, und sagten, dass wir mit ihnen in die Schule mussten. Die Partisanen führten die Russen an, weil die Russen nicht wussten, wo die Deutschen waren."[763]

Die Gestalt des Verräters und Personen, die von Haus zu Haus gingen, tauchen auch in den Berichten über die Gemeinden im Komitat Pest-Pilis-Solt-Kiskun auf, so in Harta.[764]

> „Ich bin sehr böse auf Énisz, weil er bewaffnet in unsere Wohnung kam und mich mitnahm. … Énisz kam rein: Péter, packe, ihr geht für 2 Wochen Mais brechen! Daraus wurden 5 Jahren. Wer zu Hause war, wurde mitgenommen… sie sagten, eine Person muss kommen. Ich sagte, dass ich jung bin. Und sie, dann pack doch für zwei Wochen, du gehst."[765]

Der Überlebende hielte den ungarischen Verräter nicht nur für die Art und Weise der Deportation für verantwortlich, sondern auch für seine Irreführung. Er relativierte den Grund seiner Auswahl damit, dass „*wer zu Hause war, mitgenommen wurde* „. Das ist eindeutig eine vereinfachte Darstellung, die zufällige Auswahl macht das Individuum zu Opfer, so das jemand nicht wegen irgendwelchen Tat oder Eigenschaft bestraft wurde, sondern jemand, der zur falschen Zeit am falschen Ort war.

---

[762] ZORN, Antal: Emberek, sorsok, események Katymár múltjából. Band 1. Katymár, 2010.

[763] „Nem híresztelték, hogy visznek, mégis kitudódott, hogy viszik a német ajkúakat. De mi arra nem számítottunk, hogy minket visznek. Ugye? Mert mink nem voltunk bundisták, és akkor bátrak voltunk, hogy hát úgysem visznek el. Meg a fiam is két éves volt. 1945. Január 26-án, éjfél után 3-kor jöttek a partizánok meg az oroszok és mondták, hogy jöjjünk be velük az iskolába. Ugye a partizánok vezették oda az oroszokat, mert az oroszok nem tudák, hogy hol vannak a németek." MERK, A Szovjetunióba, 1990, 362.

[764] EILER, Németek, 2011, 112.; HALASI, László: A hartai evangélikus egyház története 1723–2003. Harta, 2003, 213.

[765] „Én nagyon haragszom az Éniszre, mert ő jött be a lakásunkba fegyveresen, és vitt el engem … Bejött az Énisz: Péter, pakolj, 2 hétre mentek kukoricát törni! Ebből lett 5. Év. Aki otthon volt épp, azt vitték … azt mondták, hogy egyvalakinek jönni kell. Én mondtam, hogy én még fiatal vagyok. Erre ők, csomagolj, két hét, mész." EILER, Németek, 2011, 113.

10.15772/ANDRASSY.2019.005255

In Hajós halfen Einheimische gleichfalls bei der Sammlung der zur Deportation vorgesehenen Personen mit.

> „Dann nahmen sie schon die Menschen. Sie waren eingeteilt: ein Russe, ein Ungar, und… sie waren zu dritt, die die Menschen einsammelten. Der Ungarn war zumeist aus Kiskőrös oder ein Miske (Slowake), der ein bisschen Russisch konnte, der die Rußen verstand. So gingen sie in die Häuser, sammelten die Menschen, Frauen, Mädchen, Männer. Und alle weinten."[766]

Diese Geschichte bestätigt der Eintrag des Pfarrers in der Historia Domus.

> „Am Sylvester und am Neujahrstag sind kaum Menschen in der Kirche, weil die aus Kalocsa hierzu beorderten 40 – 50 Nationalgardisten und 30 – 40 russischen Soldaten die einberufenen Personen festnehmen, weil sie freiwillig nicht gehen, weil sie gehört haben, dass sie für 6 Monate Arbeit nach Russland in eine große Unsicherheit gebracht werden."[767]

In Hajós erzählten die Überlebenden auch, dass die aktive Mitwirkung der sowjetischen Soldaten notwendig war, weil die Verordnung davor vergeblich ausgetrommelt worden war, freiwillig meldeten sich kaum Personen. So war es notwendig, dass bewaffnete Personen die Betroffenen aus ihren Häusern holten.[768] Dies geschah mithilfe von Einheimischen, die sich in den örtlichen Verhältnissen auskannten und wussten, wo die entsprechenden Personen wohnten.[769]

In Bácsbokod beurteilten die Zeitzeugen die Lage so, dass ihre Deportierung von einer südslawischen Gruppe und von dem lokalen Verwaltungspersonal abhing, die eine Liste über die Bevölkerung den Sowjets überstellte. Anhand dieser Liste wurden am 1. Januar die später deportierten Personen namentlich gesucht. Im Bericht steht statt des Namens des Verräters „JEMAND", also der Autor oder der Zeitzeuge selber anonymisierte seine Person in seinem Bericht;

---

[766] „Akkor már vitték az embereket. És be voltak osztva: egy orosz, egy magyar, és… hát hárman voltak, akik összeszedik az embereket. Hát a magyar általában kiskőrösi volt meg miskei (szlovák) volt, akik tudtak egy kicsit oroszul, akik tudtak beszélni és értették az oroszokat. Hát mentek a házakba, szedték össze az embereket, asszonyokat, lányokat, férfiakat. És mindenki sírt." BEREZNAI – SCHŐN, Könnyek, 2017, 66.

[767] „Sylvesterkor és újév napján alig van valaki templomban, mert a Kalocsáról iderendelt ca. 40-50 nemzetőr és 30-40 orosz katona fogdossák össze a behívottakat, akik önként bizony nem mennek, mert úgy hírlik, hogy Oroszországba viszik munkára 6 hónapra nagy bizonytalanságba." KFL Historia Domus Hajós 70.

[768] BEREZNAI – SCHŐN, Könnyek, 2017, 262.

[769] BEREZNAI – SCHŐN, Könnyek, 2017, 392, 400.

10.15772/ANDRASSY.2019.005256

„Wir erfuhren, wem wir zu verdanken hatten, dass wir in die Liste aufgenommen wurden. Aus dem Büro hörten wir lauten Krawall. JEMAND und der Bunjewatzenrichter stritten. „Sind doch nicht diejenigen hier, die du zusammengeschrieben hast?" Es gab also Verräter unter uns, welche die Namensliste der Deutschen zusammenstellten. Er schrieb diejenige auf, die im „Bund" waren, aber auch die Personen, die noch rechtzeitig austraten, bevor sie ein Mitgliedsbuch erhalten hatten. Als unser Wagen vor dem Gemeindehaus fuhr, stand JEMAND da und lachte uns aus, dass wir nach Russland gebracht werden."[770]

Die zweite Gruppe der Bácsbokoder wurde am 27. Januar, im Rahmen einer nächtlichen Razzia gesammelt und deportiert.[771] Interessant bei den zwei aufeinanderfolgenden Deportierungsaktionen war, dass die ungarischen Behörden nur für die Freistellung der zweiten Gruppe bei dem Vizegespan intervenierten. Die erste Gruppe der Deportierten ist in den Archivquellen vom 1945 gar nicht erwähnt. Sie wurde wahrscheinlich von den ungarischen Behörden als politisch unzuverlässig eingestuft und ihre Deportation als gerechtfertigt beurteilt.

Insgesamt ist die Rekonstruktion des Deportationsvorgangs und seiner Zusammenhänge anhand der Quellenlage äußerst schwierig. Ein Grund dafür ist, dass hier nicht nur die Quellen aus der Perspektive der sowjetischen Befehlshaber fehlen, die die Deportation durchführten, sondern auch die der ungarischen und südslawischen Kollaborateure. In den meisten Gemeinden spielten die ungarischen Verwaltungsbehörden bei der Aushebung der Deutschstämmigen keine aktive Rolle, so sind in den von ihnen produzierten Quellen kaum Informationen darüber zu finden. Die Unterlagen der südslawischen, bzw. „Roten" Verwaltungen blieben nicht erhalten, wenn sie solche überhaupt produzierten.

[770] „De megtudtuk azt is, hogy kiknek köszönhetjük, hogy a listára kerültünk. Az irodából hangos szóváltás hallatszott. VALAKI és a bunyevác bíró szólalkozott össze. „Hát nem azok vannak itt, akiket te írtál össze?" Tehát volt közöttünk áruló, aki a németekről a névsort leadta. Azokat írta fel, akik a „Bundban" voltak, de azokat is, akik idejében kiléptek akkor, amikor tagsági könyvet kellett volna kapniuk.
Amikor a községháza udvarából kijött a fogat, ott állt VALAKI és röhögött rajtunk, hogy visznek bennünket Oroszországba." DÖME, Ottó: Az 1000 éves Bácsbokod története. Bácsbokod község önkormányzata, Bácsbokod, 1998, 146.
[771] Ebenda, 149.

10.15772/ANDRASSY.2019.005257

So kann über die Deportation nur festgestellt werden, dass sie in diesem Gebiet zu unterschiedlichen Zeitpunkten erfolgte. Praktisch waren die Aushebungen ein Monat lang im Gange, in einigen Gemeinden wurden sie sogar mehrmals wiederholt. Die Vorgehensweise war unterschiedlich, ob der Befehl ausgetrommelt wurde, oder die sowjetischen Soldaten und/oder die „Partisanen" und/oder die ungarischen Kollaborateure der Sowjets von Haus zu Haus gingen, um Menschen einzusammeln. Die Auswahlkriterien sind kaum dokumentiert. Wenn die neuen Machthaber zu den Häusern der Einwohner gingen, hatten sie einen größeren Handlungsspielraum bei ihrem Vorgehen. Die Deportation wurde ausschließlich in Gemeinden durchgeführt, in denen viele Menschen lebten, die sich bei früheren Volkszählungen als Deutsche bekannten. Die mehrheitlich ungarischen Dörfer und die anderer Minderheiten blieben verschont.

Die ersten Monate nach der sowjetischen Besetzung waren in dieser Region äußerst chaotisch. Die Wiederherstellung der früheren Ordnung gelang in den meisten Gemeinden erst Ende Januar 1945, gleichzeitig mit dem Abschluss der Deportation. Dann bekam das frühere Verwaltungspersonal seine Ämter zurück und war ab diesem Zeitpunkt auch für die Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Deportation zuständig. Die darauf zurückzuführenden nachträglichen Maßnahmen sind deswegen archivalisch besser dokumentiert. Diese Dokumentation lässt auch auf die Einstellung der ungarischen Behörden zur Deportation schließen.

6.5 Maßnahmen während und nach der Deportation

Hier untersuche ich die Tätigkeit der Betroffenen und der ungarischen Behörden in mehreren Ebenen gegliedert, so wie im Fall der vorhergehenden zwei Regionen.

1. Wie bereits erwähnt konnte keine der Komitatsleitungen bei der Durchführung der Deportation mitwirken. Die Leitung des Komitats Pest-Pilis-Solt-Kiskun hatte ihren Sitz in Budapest, doch die Stadt wurde zur Zeit der Deportation belagert, weswegen die Ämter ihre Arbeit nur bedingt oder gar nicht erledigen konnten, denn sie hatten

10.15772/ANDRASSY.2019.005258

wahrscheinlich gar keinen Kontakt mit dem südlichen Teil des Komitats. Im Komitat Bács-Bodrog wurden die Ämter des Obergespans und des Vizegespans erst Ende Januar, Anfang Februar neu besetzt. So hatten die Komitate im Zeitfenster der Deportation keine ungarische Leitung, die einen Kontakt zur Provisorischen Nationalregierung in Debrecen hätten aufnehmen können. Wegen der großen geografischen Entfernung und der Kriegslage wäre das allerdings Anfang 1945 sowieso kaum möglich gewesen.

Nach dem Abschluss der Deportationen, als die lokalen Verwaltungen neu besetzt waren, konnte eine gewisse Ordnung wieder hergestellt werden. Die landesweiten Aktionen zur Suche und Freistellung der Gefangenen, die ab März 1945 vom Außenministerium koordiniert wurden, erreichten auch die Region Bács-Kiskun. Deren Dokumentation in den Akten der beiden Vizegespane ist jedoch mangelhaft, deswegen werde ich diese erst bei den Interaktionen zwischen Komitats- und unteren Ebenen behandeln. Die Komitatsleitung spielte bei solchen Aktionen in der Tat nur eine vermittelnde Rolle zwischen den Ministerien, Bezirken und Gemeinden.

2. Eine Kontaktaufnahme zwischen Komitatsleitungen und den sowjetischen Militärbehörden während der Deportation kann wegen der erwähnten Umstände ausgeschlossen werden. Erst im Februar erfolgte der erste Schritt auf dieser Ebene, als sich der Oberstuhlrichter des Bezirks Bácsalmás sich beim Vizegespan wegen der Missbrauchsfälle bei der Durchführung beschwerte. Auf der Akte vom 25. Februar steht eine handgeschriebene Notiz mit der Unterschrift des Vizegespans:

> „Pro domo! Ich brachte den Bericht dem russischen Kommandanten zur Kenntnis und bat um Überprüfung und Revision des Falles, ferner die Verhinderung ähnlicher Aktivitäten."[772]

Ein Ergebnis dieser Intervention war fast ein Monat nach Abschluss der Deportation nicht zu erreichen.

3. Die Verwaltungsorgane der unteren Ebenen (Bezirke und Gemeinden,) blieben in dieser Region gänzlich auf sich gestellt, als die sowjetischen Akteure und ihre Begleiter

[772] „Pro domó! Az orosz katonaparancsnok tudomására hoztam a jelentés tartalmát, kérve az eset kivizsgálását és orvoslását, valamint a hasonló cselekmények megakadályozását." MNL BKML IV. 402. A. 3/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005259

in die Gemeinden einmarschierten. In vielen Ortschaften wurden sie aus ihren Ämtern entfernt, von ihrer Position abgelöst, die von südslawischen Helfern der Sowjets übernommen wurden. Laut dern Quellen fürchteten die ungarischen Behörden, die dennoch im Amt blieben, die Besatzer und erfüllten daher sehr bereitwillig deren Befehle. Die südslawischen Verwaltungen vertraten eher die Interessen der Sowjets den einheimischen deutschen und ungarischen Bevölkerungen gegenüber und benahmen sich distanziert oder sogar feindlich. Das war jedoch nicht immer der Fall. Zeitzeugen aus Csátalja erklärten die ansonsten bis heute ungeklärte Tatsache, dass aus der zu 90% von deutschen Muttersprachlern bewohnten Gemeinde niemand deportiert wurde, damit, dass die südslawischen Behörden sich einmischten.

> „Auf einmal ging die Türe auf und der Klein Martin-Vetter (damals Kleinrichter) kam herein. Als er mich unter den Männern sah, fragte er: „Kind, was machst Du da?" Und dann: „Warte mal, das werden wir gleich haben." Kurz darauf sehen wir durchs Fenster, wie die Partisanen auf dem Wochenmarktplatz sich sammelten und dann überraschend den Platz räumten. Wenig später kam der Klein Martin-Vetter mit dem Ortskommandanten herein. Sie sagten uns, wir könnten nach Hause gehen. Später erfuhren wir, dass der Kommandant, Zomborcsevics, ein Bunjewatze aus Gara sei, und dass er für die Tschatalmer Bevölkerung sehr viel getan hatte. Er wurde von den Partisanen einfach zum Kommandanten ernannt. Man sagte auch, dass wir es ihm zu verdanken hatten, dass kein Tschatalmer zur Zwangsarbeit nach Russland verschleppt wurde."[773]

Was genau geschah, ob das Ausbleiben der Deportation tatsächlich auf die Tätigkeit von Zomborcsevics zurückzuführen ist, kann anhand anderer Quellen nicht belegt werden. Ausgeschlossen werden kann auf jeden Fall nicht, dass er als ernannter Leiter der Gemeinde die Einwohner beschützen konnte, und als Bunjewatze zu dieser Zeit auch die Macht dazu hatte. Laut Zeitzeugenberichten stammte er selbst aus Gara; die Gemeinde war seit Jahrhunderten multiethnisch. Vielleicht hatte Zomborcsevics gute Erfahrungen mit dem Zusammenleben mit der deutschen Bevölkerung, was ihn dazu motivierte, dass er als Gemeindeleiter eher die Interessen der Einheimischen vertrat, statt die deutschstämmigen Personen den sowjetischen Besatzern auszuliefern.

Das bereits zitierte Protokoll vom 6. Januar aus Baja dokumentiert einen weiteren Fall des „Widerstandes", nämlich den Versuch zur Rettung eines Teils der ausgewählten

[773] OTTENTHAL, Heimatbuch, 1988, 157–158.

10.15772/ANDRASSY.2019.005260

Personen, als eine Kommission zur Feststellung der deutschen Abstammung der Einwohner eingerichtet wurde. Obwohl die Kommission nur die Arbeit erledigte, mit der die sowjetische Kommandantur sie beauftragte, strebten sie wahrscheinlich die Freistellung von möglichst vielen Personen an. Laut Protokoll war es nicht ihre Schuld, dass ihr Versuch erfolglos blieb. Als die ausgewählte Gruppe einwaggoniert wurde, ging der Leiter der Kommission, „*József Babics zum Bahnhof und wollte wenigstens die Ungarn aus der Gruppe befreien, er wurde aber davongejagt*."[774] Dieser Vorfall zeigt wie begrenzt der Handlungspielraum der ungarischen Behörden war.

Einige ungarischen Amtsträger hatten jedoch die Möglichkeit, bei der Durchführung mitzuwirken. Neben Freistellungsversuche kam es durchaus vor, dass solche Personen von persönlicher Bosheit oder Rache geleitet wurden, oder in der Hoffnung auf finanzielle Vorteile die deutsche Bevölkerung den Sowjets auslieferten. In der Gemeinde Rém leitete das Nationalkomitee 1945 ein Verfahren gegen den Kantorlehrer ein, ein Anklagepunkt war, dass „*er die Deutschen den Russen auslieferte, die Russen kamen mit einem fertigen Verzeichnis, aufgrund dessen die Deutschen mitgenommen wurden*".[775] Fraglich ist, ob diese Anklage der Realität entsprach. Im Bezirk Jánoshalma wurde die Deportation jedoch tatsächlich anhand von Listen durchgeführt, die von den lokalen Behörden auf sowjetischen Befehl angefertigt wurden. Ob in der Gemeinde Rém tatsächlich der Kantor die Liste zusammenstellte, oder der Prozess nur ein Diffamierungsversuch gegen eine kirchliche Persönlichkeit war, ist ungeklärt.

Der Vorstand der Gemeinde Császártöltés protestierte bei den sowjetischen Behörden gegen die Inanspruchnahme der Knechte aus Csalapuszta, die zu Császártöltés gehörten. Als der Leiter der Bezirksverwalterkommission (*járási intéző bizottság*) am 24. Januar 1945 über die Verschleppung der „rein ungarischen" Knechte erfuhr, wandte er sich empört an den Vorstand von Császártöltés, dass diese Menschen sofort mit anderen Personen ausgewechselt werden sollten.

> „…ich weise den Vorstand der Gemeinde Császártöltés hiermit an, diese schnellstmöglich mit Deutschstämmigen abzulösen. Wenn das nicht sofort durchgeführt wird, wähle ich 3 Personen aus dem Vorstand aus. Unterlassen Sie

[774] MNL BKML IV. 1410. A. 172/1945., TÓTH, Telepítések, 1989, 16–17.; MERK, A Szovjetunióba, 1990, 350.

[775] MERK, A Szovjetunióba, 1990, 350. Die Autorin zitiert eine Akte des Obernotars des Bezirks Jánoshalma, die ich während meiner Forschung nicht aufspüren konnte.

10.15772/ANDRASSY.2019.005261

die Einbeziehung der russischen Kommandantur, weil wenn ich diese informiere, dann geben Sie sich den schwersten Atrozitäten preis."[776]

Der Verfasser des Schreibens wollte diesen Austausch also unter Ausschluß der sowjetischen Behörden erledigen. Das war jedoch nicht möglich, obwohl aus der Antwort der Gemeindeleiter hervorgeht, dass der Vorfall sie gleichfalls entsetzte. Am 25. Januar rechtfertigten sie sich wie folgt:

„…die Knechte aus Csala, die von der russischen Militärkommandantur am 22. Januar zur Arbeit rekrutiert und nach Kiskunhalas transportiert wurden, sind alle ungarischstämmig und keine Mitglieder des Volksbundes oder faschistischer Parteien. Über diesen Umstand informierte der Vorstand auch den anwesenden russischen Kommandanten."[777]

Sie beschwerten sich also bereits früher bei der sowjetischen Kommandantur, doch ohne Erfolg. Dazu hatten die ungarischen Behörden anscheinend nicht die Macht, weder in Császártöltés, noch in anderen Gemeinden.

Solche Interventionsversuche sind in der Region jedoch kaum zu finden. Ihre kleine Zahl ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass sich die ungarischen Amtsträger während der Besatzung mit ihrer Machtlosigkeit konfrontiert sahen, als sie ohnehin von südslawischen Personen abgelöst wurden, die über keine Kenntnisse der Verwaltungstätigkeit verfügten. Sie mussten um ihre eigene Position fürchten, riskierten also nichts, um die Deportation der deutschstämmigen Bevölkerung zu verhindern.

4. Zwischen den Leitern auf der Komitatsebene und dem lokalen Amtspersonal wurde die Deportation erst dann thematisiert, als diese bereits im Gange war. Die unteren Verwaltungsbehörden wandten sich sofort an die Komitatsleitung, als diese von den Sowjets etabliert wurde. Sie berichteten über die Deportation und reichten Beschwerden wegen der Verschleppung der Personen ein, die nach Meinung des Verwaltungspersonals ungerecht waren.

[776] „…utasítom Császártöltés község elöljáróságát, hogy ezeket a lehető legsürgősebben váltassa fel német származásúakkal. Ha ezt sürgősen nem hajtják végre, akkor az elöljáróságból én választok 3 embert. Az orosz parancsnokság mellőzését vegyék tekintetbe, mert ha ezt tudomására adom, akkor sulyosabb atrocitásoknak teszik ki magukat." MNL BKML IV. 431. B. 36/1945.

[777] „…a január 22-én az orosz katonai parancsnokság által munkára igénybe vett és Kiskunhalasra elszállított csalai cselédek valamennyien magyar származásúak és a Volksbundnak vagy fasiszta pártnak tagjai nem voltak. Ezt a körülményt előljáróság a cselédek igénybevételekor az itt jelen volt orosz katonai parancsnoknak be is jelentette." MNL BKML IV. 431. B. 36/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005262

Das illustriert der bereits erwähnte Bericht des Oberstuhlrichters vom Bezirk Bácsalmás vom 21. Februar 1945, der an den Vizegespan mit dem Betreff „*Abtransport der Ungarn mit deutschen Namen*" gerichtet war.[778] Er berichtete, dass wegen der örtlichen Spitzel auch solche Personen mitgenommen wurden, die er auf diplomatischem Weg zurückführen lassen wollte. Er listete die Menschen namentlich auf, die der Freilassung „würdig" waren und fügte Bemerkungen hinzu, wie: „*er war bekannt mit seinen starken ungarischen Emotionen", „er war ein scharfer Gegner der Bundisten-Bewegung* „. Das Schicksal der anderen Deportierten blieb ausgeblendet, was typisch für die ungarischen Behörden dieser Region war.

Der Vorstand von Bácsborsód beurteilte die Lage ähnlich wie der in Bácsalmás. Die Gemeindeleiter schrieben am 7. März 1945 dem Vizegespan:

> „Der Vorstand der Gemeinde Bácsborsód meldet, dass gemäß eines Befehls der oberen russischen Militärkommandantur am 21. Januar 1945 aus der Gemeinde Bácsborsód Arbeiter abtransportiert wurden. Der Großteil dieser Arbeiter waren Volksbund-Mitglieder und Pfeilkreuzler.
>
> Mit den Arbeitern nahmen sie jedoch auch Personen mit, die keine Mitglieder des Volksbundes waren, keine Pfeilkreuzler-Tätigkeit ausübten und ungarisch eingestellt waren. Im Gegenteil dazu befinden sich bis heute Volksbund-Mitglieder in der Gemeinde, die damals, als die Arbeiter gesammelt wurden, aus der Gemeinde flüchteten, und jetzt, als alles wieder ruhig ist, zurückkehrten."[779]

Sie zählten auch die zehn Personen auf, die sie bescheinigten und schlugen Folgendes vor:

> „Der Gemeindevorstand bittet darum, wenn möglich, diese Personen heimzuholen, von der Arbeit abzulösen, und stattdessen solche Personen hinzuschicken, die Volksbündler waren und sich noch jetzt in der Gemeinde aufhalten."[780]

[778] MNL BKML IV. 402. A. 3/1945.

[779] „Bácsborsód község elöljárósága jelenti, hogy felsőbb orosz katonai parancsnokságtól kapott parancs szerint Bácsborsód községből 1945. január hó 21-én munkásokat szállítottak el. Ezen munkások nagyobb része Volksbund tagokból és nyilasokból tevődött össze. Azonban a munkásokkal oly egyéneket is vittek el, akik sem a Volksbundnak nem voltak tagjai, sem nyilas tevékenységet nem fejtettek ki, de magyar érzelműek voltak. Ezzel szemben még a mai napig is vannak a községben Volksbund tagok, akik annak idején, mikor a munkásokat szedték össze a községből elszöktek, most mikor már minden csendes, visszajöttek a határba, a községbe." MNL BKML IV. 402. B. 323/1945.

[780] „Kéri a községi elöljáróság, amennyiben lehetséges ezen egyéneket a munkából hazahozatni, leváltani s helyettük oly egyéneket küldeni, kik Volksbundisták voltak s még most is a községben tartózkodnak." MNL BKML IV. 402. B. 323/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005263

Aus dem Schreiben geht nicht hervor, ob die Bácsborsóder damals schon wussten, dass die von den Sowjets mitgenommenen Arbeiter in die Sowjetunion deportiert wurden. In anderen Gemeinden war dieser Umstand jedoch schon bekannt, so musste das Gerücht auch Bácsborsód erreicht haben.

Der absurde Gedanke des Austausches von Deportierten mit anderen Personen tauchte in mehreren Gemeinden dieser Region auf. Die ungarischen Behörden stuften also die Mitgliedschaft im Volksbund als ein Verbrechen ein, weshalb die Mitglieder es verdienten, an unbekannte Orte deportiert zu werden. Das ist auch dann verblüffend, wenn sie andere Einwohner, die sie für unschuldig hielten, zu retten versuchten. In diesem konkreten Fall von Bácsborsód ist auch interessant, dass es sich am Anfang des Schreibens noch um Volksbund-Mitglieder und Pfeilkreuzler handelte, bei dem Vorschlag zum Austausch jedoch nur die Angehörigen des Volksbunds erwähnt werden, also verdienten in den Augen der Behörden nur diese eine Bestrafung. Das gleiche Schreiben mit gleichem Text wurde auch in Bácsbokod verfasst, nur die Namen der Personen wurden ausgetauscht, wie sie der Gemeindevorstand bescheinigte.[781]

Im März 1945 wollte der Vizegespan sich selber über die Lage in den Gemeinden informieren, so schickte er eine Rundverordnung im Komitat, mit dem Betreff *„aufgrund der Kriegslage festgenommenen, verschollenen Personen*".[782] Die Beschreibung, worüber die Gemeindevorstände genauer berichten sollten, war etwas unklar, deshalb waren die Antworte gleichfalls unterschiedlich. Einige Gemeinden meldeten Personen, die wegen diverser Verbrechen verhaftet wurden, andere über die von den Partisanen nach Szabadka[783] Internierten.[784] Die meisten Gemeinden, in denen die Deportation in die Sowjetunion durchgeführt wurde, berichteten in diesem Rahmen auch darüber. Die Formulierung war dabei sehr unterschiedlich. In Kunbaja wurde eine Liste der „*deutschstämmigen Personen, die von jugoslawischen Partisanen am 1. und 12. Januar 1945 zur Zwangsarbeit hinter der Front beordert wurden",* zusammengestellt. In Kelebia trug die gleiche Liste den Titel „*Einheimische, die am 3. Januar von den Sowjets wegen ihrer deutschen Namen nach Baja gebracht wurden*". In Csikéria wurden die „*deutschsprachigen Personen*" aufgelistet. Der Vorstand von Rém

[781] MNL BKML IV. 402. B. 14373/1947.; MNL BKML V. 305. 13/1945.
[782] MNL BKML IV. 402. B. 386/1945.
[783] Serbisch Subotica, Stadt in Serbien.
[784] Zum Beispiel in Kunbaja, siehe MNL BKML V. 353. 156/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005264

wollte sicher gehen und fragte also nach, ob sie auch ein Verzeichnis über „*Männer und Frauen, die von den russischen Soldaten an einen unbekannten Ort abtransportiert wurden*" schicken sollte, wenn *„sie nicht wegen politischer, oder allgemeiner Verbrechen abtransportiert wurden"*. Laut der Liste aus Jánoshalma wurden ausschließlich Männer von der sowjetischen Militärkommandantur mitgenommen, aber „*als Deutschsprachige*" nach Temesvár.[785]

Als die ungarischen Behörden diese Listen zusammenstellten, begannen sie bereits mit der Differenzierung der Deportierten. Die Leiter von Csávoly markierten die Personen, die keine Mitglieder des Volksbundes waren, indem sie diese in der Liste „*der von russischen Militärbehörden nach unbekannten Orte in der Ukraine Deportierten*" unterstrichen. Sie merkten jedoch auch an, dass *„sie ausschließlich wegen des Übereifers der Personen, die die Verordnung durchführten, unter die Deportierten gerieten"*. Solche Äußerungen machen die Einstellung der Behörden ganz deutlich, dass nämlich ein großer Teil der Deportierten ihrer Meinung zu Recht in die Ukraine deportiert worden waren.

Fast gleichzeitig mit der Rundverordung des Vizegespans begann die erste Aktion des Außenministeriums zur Suche und Rückführung der Gefangenen. Diese war mit der Verordnung Nr. 26. vom 18. März 1945 der Alliierten Kontrollkommission verbunden, die den Personenkreis regelte, die bei der Aktion als politisch zuverlässig überhaupt für eine Rückführung in Frage kamen. Der Vizegespan des Komitats Bács-Bodrog leitete die Verordnung an die Gemeinden weiter, die die Deportierten zusammenschreiben mussten. Während die ungarischen Behörden der ersten zwei Deportationsregionen fast alle Deportierten in ihre Verzeichnisse aufnahmen, wurde in Bács-Kiskun sehr gründlich selektiert und offen geäußert, dass die Verwaltungen die Rückführung vieler Deportierten gar nicht wünschten.

Ein solches Verzeichnis ist z. B. im Archivmaterial von Bácsbokod zu finden, in der Akte gibt es aber keinen Hinweis darauf, dass die Liste nicht alle Deportierten beinhaltete, was jedoch der Fall war. In der Rubrik „öffentliches Leben" steht neben den Namen der aufgelisteten 29 Person einheitlich: „*Am öffentlichen Leben nahmen sie nur ihrem gesellschaftlichen Status entsprechend teil, sie exponierten sich nicht*". Sie ließen die anderen Deportierten also weg, weil diese sich irgendwie exponierten.

[785] MNL BKML V. 342. 116/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005265

In den Akten betreffend Vaskút sind diese Unterlagen gesondert, in alphabethischer Reihenfolge angelegt.[786] Die 82 Akten tragen den Titel „*über die Daten der Personen, die von der Roten Armee mitgenommen wurden*" und wurden gründlich zweigeteilt, nämlich in die Kategorie der aus politischer und nationaler Hinsicht „Zuverlässigen" und in die andere der „Unzuverlässigen". Obwohl diese Differenzierung letzten Endes keine Auswirkung auf die Rückführungen hatte, zeigt sie, dass die ungarischen Behörden in Vaskút eine Rückführung dieses Teils der Deportierten für unerwünscht hielten.

Die gleiche Tendenz ist bei späteren Maßnahmen des Außenministeriums im November – Dezember 1945 zu beobachten. Die Dokumentation dazu blieb in den Akten des Vizegespans nicht erhalten, nur einige Gemeinden behielten ihre eigene Antwort auf die Verordnung. So in Kunbaja, wo der Vorstand am 7. Februar 1946 eine Liste über die 86 „*noch nicht zurückgekehrten Zivilpersonen*" an das Außenministerium schickte.[787] Sie markierten dann schon nicht mehr, wen sie für zuverlässig hielten. Ähnlich war der Fall von Harta, wo die Liste je nach Geschlecht zweigeteilt war, Ende 1945 differenzierte die Gemeindeleitung jedoch die Deportierten nach ihrer politischer Einstellung nicht mehr.[788] Anscheinend spielte dieser Aspekt eine immer irrelevantere Rolle auf Lokalebene, obwohl der Vizegespan betonte, als er die Verordnung an die Gemeinden schickte, dass die Verordnung Nr. 26. der Alliierten Kontrollkommission noch immer gegolten habe.

Was der Grund für dieses Tauwetter war, kann nicht eindeutig beantwortet werden. Die Dokumentation steht nur von wenigen Gemeinden zur Verfügung, weswegen nur mit aller Vorsicht festgestellt werden kann, dass in den letzten Monaten des Jahres 1945 die ungarischen Behörden die Deportierten tatsächlich nachsichtsvoller behandelten.

5. Die Maßnahmen der lokalen Administrationen der Gemeinden in ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich waren vielfältig. Während solche in den vorher behandelten Regionen in erster Linie auf die Unterstützung und Rückführung der Betroffenen abzielten, war die Diskriminierung in Bács-Kiskun nicht selten und eine wie immer

[786] MNL BKML V. 387. Karton 51.
[787] MNL BKML V. 353. 1603/1945.
[788] MNL BKML IV. 902. B. 2777/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005266

geartete Fürsorge war schon gar nicht selbstverständlich. Die ungarischen Behörden der Region zogen eine Grenze unter den Deportierten, anhand der sie einen Teil der Unterstützung für würdig erachteten, den Rest jedoch als dafür unwürdig abstempelten. Diese Grenze bildete in den meisten Fällen die Mitgliedschaft im Volksbund.

Dieser Tatbestand zeigt, wie tiefe Spuren die historischen Konflikterfahrungen der letzten Jahre und Jahrzehnte im ungarischen Verwaltungspersonal hinterließen. Die Fälle, in denen die Gemeindevorstände dagegen protestierten, dass die Sowjets auch Personen deportierten, die keine Volksbund-Mitglieder waren, untermauern diese These. Diese Empörung ungarischerseits ist umso interessanter, weil die sowjetische Seite sicherlich nie behauptet hatte, dass die Deportation aufgrund einer politischer Einstellung erfolgte. Die ungarischen Behörden verstanden die Deportation anscheinend als Strafe, die einen Teil der Betroffenen wohlverdient traf, und fanden es ungerecht, dass viele Mitglieder der Organisation doch zu Hause geblieben waren.

Die Freistellungsversuche der ungarischen Behörden zogen fast ausnahmslos eine Grenze zwischen zuverlässigen und unerwünschten Personen. In Csikéria teilte am 27. Mai 1945 der Obernotär, Jenő Devich, dem Nationalkomitee in der Sitzung mit,[789] dass „*in den Nachbargemeinden sich Bewegungen etablierten, die die Freistellung und Rückführung der unschuldigen Einwohner anstreben, die aus den Gemeinden von der russischen Armee, bzw. von anderen Organen verschleppt wurden"*.[790] Devich rief das Komitee dazu auf, das „*Verzeichnis der Verschleppten*" zu überprüfen, und stellte dabei fest, dass viele Personen „*keine Mitglieder des Volksbundes oder solche von faschistischen Parteien waren, sie unterstützten diese auch nicht, sie übten keine ungarnfeindlichen Politik aus, sie bekannten sich immer als Ungarn*". In der Angelegenheit der damals dementsprechend bescheinigten Menschen begannen die Maßnahmen zur Rückführung. Darüber schwieg das Protokoll jedoch, dass diese Bescheinigung nicht alle Gefangene umfaßte. Solche Überprüfungsaktionen in der Region bedeuteten implizit, dass im Gegensatz zu den bescheinigten Personen es auch Menschen gab, die nach Ansicht der ungarischen Behörden berechtigt zur Zwangsarbeit deportiert wurden – weil sich diese als Deutsche bekannt hatten.

[789] TÓTH, Telepítések, 1989, 17.; MERK, A Szovjetunióba, 1990, 354.
[790] MNL BKML XVII. 17. 3/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005267

Als nachträgliche Maßnahme war auch in dieser Region typisch, dass Zeugnisse (*községi bizonyítvány*) gewissen Deportierten, bzw. ihren Angehörigen ausgestellt wurden. Am 29. November 1946 beglaubigte der Vorstand der Gemeinde Bácsbokod, dass sich einige Personen – sowohl Kriegsgefangenen, als auch Zivilisten – in „*russischer Gefangenschaft*" befanden.[791] Die Zeugnisse enthielten nichts über die politische Zuverlässigkeit, sie bestätigten nur die Tatsache der Gefangenschaft, die in einigen Fällen mit den schriftlichen Erklärungen bereits heimgekehrter anderer Gefangenen belegt wurde. Die Besonderheit dieses Fundes ist, dass zu den Formularen auch Briefe aus der Gefangenschaft beigefügt waren, die im Archivmaterial ein richtiges Unikum sind. Anscheinend war der Gemeindevorstand vorsichtig, er wollte im eigenen Zuständigkeitsbereich gar nicht über die politische Zuverlässigkeit solcher Personen urteilen.

Die Leiter der gerade damals neu gegründeten demokratischen Parteien in Madaras verfassten am 26. März 1945 einen Brief, den sie nach Debrecen an die „*Zentrale Registrierungskommission der ungarischen demokratischen Parteien"* (*Demokratikus Pártok Központi Igazoló Bizottsága*) schickten und darin die Freilassung einiger aus Madaras deportierten Personen erbaten. Sie argumentierten, dass

> „…obwohl genannte Person ihrem Namen nach deutschstämmig ist, bekannte sie sich als Ungar und verhielt sich auch so. […] Sie ist ein fleißiger Kleinlandwirt, der immer arbeitete und bereits seine Urgroßeltern lebten in Madaras."[792]

Beachtenswert ist, dass die ungarischen Behörden hier gar nicht versuchten, die deutsche Abstammung der Betroffenen zu leugnen, stattdessen relativierten sie solches Deutschtum, indem sie Personen aufgrund ihres Verhaltens trotz deutscher Abstammung für die Rückführung als würdig erachteten. Ein weiteres besonderes Argument ist die wirtschaftliche Bedeutung der Deportierten, weswegen ihre Rückkehr für das Land relevant war. Das Schreiben erreichte übrigens nie den Empfänger, auf dem Umschlag steht eine kurze Anmerkung, dass es in Debrecen keine solche Kommission gab.

[791] MNL BKML V. 305. Karton 9. 2187/1-92/1946.

[792] „…bár a nevezett egyén a neve után ítélve német származásu, de mindig magyarnak vallotta magát és mindig ilyen magatartást is tanusított. […] Szorgalmas kisbirtokos ember, aki állandóan csak a munka után volt és akinek még a dédszülei is madarasi lakosok voltak." MNL BKML V. 358. 220/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005268

Der Vorstand von Kunbaja wollte mehr erreichen als eine Bescheinigung. Er sandte am 9. März 1945 ein Verzeichnis und einen Antrag mit dem Titel *„Suche nach deutschstämmigen Personen, die zur Arbeit hinter dem Frontgebiet beordert wurden"* an die gleiche (nicht existierende) „*Zentrale Registrierungskommission der ungarischen demokratischen Parteien*".[793] Ihre wesentliche Frage war, ob die Ablösung der deutschstämmigen Personen, die am 1. und am 12. Januar von den Sowjets mitgenommen wurden, möglich gewesen wäre, obwohl sie in der Tat keine Ablösung sondern deren einfache Rückführung forderten. Sie boten keine anderen, „schuldigeren" Menschen statt der Deportierten an.

> „Wäre es vielleicht möglich, in Anbetracht der Tatsache, dass diese deutschstämmigen Personen keine Mitglieder faschistischen Parteien waren, am ungarndeutschen Terror nicht teilnahmen, dass wir sie als Landwirtschaftsarbeiter bei den sich vermehrenden Arbeiten in Anspruch nehmen? Es ist unser volkswirtschaftliches Ziel, jedern Fußbreit Land wieder fruchtbar zu machen, um so das hungernde Volk und das neue demokratische Ungarn versorgen zu können. Dazu wären Arbeitskräften unentbehrlich. […] Wir werden es als unserer Pflicht betrachten, falls diese Personen heimkehren, sie unter strenge politische Kontrolle zu halten, damit etwaige faschistische Propaganda vermieden wird."[794]

Im Bezirk Jánoshalma wurden die Konskriptionen zur Rettungsaktion des Außenministeriums im März 1945 mit einem eigenem Akzent vorgenommen. Denn die Bezirksverwaltung nahm die Bedingung der politischen Zuverlässigkeit sehr ernst. Der Oberstuhlrichter verordnete am 28. April 1945, dass die Gemeindeleiter in den Verzeichnissen an erster Stelle die Personen eintrugen sollten, die *„weder Bundisten noch Faschisten"* waren, weil „*die Rückführung der unbescholtenen Personen in Aussicht gestellt wurde"*. Am Ende der Liste sollten die unzuverlässigen Elemente stehen, über die näher auszuführen war, was ihnen vorzuwerfen sei.[795] In Anbetracht dessen, dass die Bedeutung dieser Einstufung eine eventuelle Rückführung aus der

[793] MNL BKML V. 353. 128/1945.
[794] „Tekintettel arra, hogy ezen német származású egyének semmiféle fasiszta politikai pártnak oszlopos tagjai nem voltak, a magyarországi német terrorban részt nem vettek, volna-e mod arra, hogy őket igénye vehetnénk, mint mezőgazdasági munkásokat a felszaporodott munkák végzésére. Mivel nemzetgazdasági cél, hogy minden talpalatnyi területet termőképessé tegyünk, hogy ezáltal elláthassuk az ínségeseket és az Uj demokratikus Magyarországot, feltétlen szükség volna a munkaerőre. […] kötelességünknek fogjuk tartani, ha ezen személye hazatérnek, szigoru politikai ellenőrzés alatt lesznek tartva, hogy elkerülhető legyen az esetleges fasiszta propaganda." MNL BKML V. 353. 128/1945.
[795] MNL BKML IV. 407. B. 513/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005269

Sowjetunion bedeutete, waren solche Entscheidungen der Gemeindeleiter sehr schwerwiegend.

Der Vorstand der Gemeinde Borota reagierte dahingehend, dass er einerseits der verordneten Differenzierung genügte, andererseits feststellte, dass alle Deportierten ungarischer Muttersprachler und Nationalität waren, und als solche einer Rückführung würdig wären. Er gliederte diese Menschen in zwei Gruppen, einerseits eine von fünf Männern, die „*in Baja Robotarbeit leisteten, als sie die Russen ohne besonderen Grund ins Kriegsgefangenenlager einsperrten, jetzt befinden sie sich in Temesvár"*. Ihre Heimholung unterstützte der Vorstand einstimmig. Eine Liste von 17 weiteren Personen wurde mit der ergänzenden Bemerkung zusammengestellt, dass „*diese von den Russen als deutsche Muttersprachler mitgenommen wurden, obwohl die meisten von ihnen gar kein Deutsch können, sie haben nur deutsche Namen. Sie sind ganz zuverlässig. Sie waren keine Bundisten, sie übten keine faschistische Tätigkeit aus. Sie waren keine Soldaten.*" Die Gemeindeleiter wollten also die zweite Gruppe genauso heimholen, obwohl die Trennung zwischen den zwei Gruppen auf Vorsicht schließen lässt. Neben den Namen einiger Personen merkten sie sogar an, dass diese deutscher Nationalität waren. Sie wälzten dadurch die Verantwortung auf die höhere Verwaltungsebene ab, wie diese mit der zweiten Gruppe umgehen wollte.

Das gleiche vorsichtige Wohlwollen war in der Gemeinde Jánoshalma nicht vorhanden, als diese am 14. Mai die Liste der „*Deportierten mit deutschen Namen*" dem Oberstuhlrichter mit der Anmerkung weiterleiteten, dass „*die Rückführung der Personen von Nummer 45 bis 55 nicht erwünscht ist."*[796] Sie gaben keine Begründung an, warum sie die elf Personen langfristig aus der Gemeinschaft entfernen wollten, ob diese nun politisch unzuverlässig oder einfach nur Deutsche waren. Ihr Vorgehen unterstreicht abermals, dass die Deportation von den ungarischen Behörden als eine Strafaktion bewertet wurde. Diese hatten keinen Einfluss darauf, wie und welche Personen deportiert wurden, sie konnten sich aber dafür und dagegen einsetzen, dass diese gesucht und eventuell freigelassen wurden (obwohl dieser Einsatz bekanntlich ohne Erfolg blieb). Der Vorstand der Gemeinde Rém ging ähnlich vor, in seinem Verzeichnis vom 8. Mai behauptete er, von 74 Gefangenen seien 31 politisch

[796] MNL BKML IV. 407. B. 513/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005270

zuverlässig, während die anderen als Volksbund-Mitglieder in Rém unerwünscht waren.[797]

Es gibt ein Beispiel auch dafür, dass die Gemeindeleiter die Tatsache der Deportation zum Wohl des Dorfes auszunutzen versuchten. Am 26. März 1945 wandten sich die Leiter von Harta an den Verteidigungsminister mit dem Gesuch, die Rekrutierung der wehrpflichtigen Männer in der Gemeinde zu reduzieren.[798] Sie argumentierten damit, dass sehr viele wehrpflichtige Männer nicht in Harta anwesend waren, weil die sowjetische Militärkommandantur 269 „Militärarbeiter" abtransportiert hatte. In der Gemeinde fehlten bereits Arbeitskräfte für die landwirtschaftliche Arbeit, deswegen baten sie darum, die Männer, die noch zu Hause waren, von der Wehrpflicht freizustellen. Ob der Antrag bewilligt wurde, ist nicht bekannt. Das Schreiben zeigt jedoch, welche wirtschaftliche Schwierigkeiten die Deportation auslöste, und dass sie mit entsprechender Argumentation für ganz unterschiedliche Ziele ausgenutzt werden konnte.

Die Deportation führte zu vielen sozialen Problemen. Viele Deportierten hinterließen minderjährige Kinder. Laut Zeitzeugenberichte kam es wegen der Gnadenlosigkeit der „Partisanen" öfters vor, dass die Mütter von Kleinkindern ebenso deportiert wurden, obwohl laut sowjetischem Befehl diese verschont werden sollten.[799] In solchen Fällen war für die Verpflegung und Unterbringung der Kinder das Waisenamt (*árvaszék*) zuständig, in dessen Unterlagen viele Akten mit dem Titel zu finden sind, wie „*Kinder, deren Eltern nach Russland deportiert wurden*".[800] Diese Akten enthalten nicht allzu viele Details, doch lassen sie den Schluß zu, dass in solchen Angelegenheiten von einer politischen Zuverlässigkeit oder sonstiger Differenzierung nicht die Rede war. Wenn möglich wurden die Kinder bei den Großeltern untergebracht, und ihre Verpflegung war eine solche grundlegende humanitäre Aufgabe, die die ungarischen Behörden nach ihren besten Möglichkeiten zu erledigen suchten. Sie waren bestrebt, die Kinder bei Verwandten unterzubringen, die von der Vertreibung freigestellt waren, um Probleme

[797] MNL BKML V. 371. 426/1945.
[798] MNL BKML V. 336. 70/1945.
[799] BArch LAA OST DOK 2. Nr. 361. S. 133.
[800] Siehe MNL BKML IV. 418. Akten ohne Signatur; MNL BKML V. 331. 689/1945, 311/1946.

10.15772/ANDRASSY.2019.005271

wegen zerrissener Familien möglichst zu vermeiden.[801] Die umgekehrte Version war jedoch nicht typisch, niemand wurde von der Vertreibung freigestellt, nur weil sich Familienmitglieder in sowjetischer Gefangenschaft befanden.

Wichtige Angelegenheiten waren im Zusammenhang der Deportation die Todeserklärungen. Die sowjetischen Organe schickten keine Information über Todesfälle, so konnten diese nur von den Heimkehrern protokolliert werden. Diese sagten detailliert über die Umstände des Todes der Mitdeportierten aus.[802] So konnten die Matrikel ausgefüllt und weitere Maßnahmen eingeleitet werden, so die Hilfen für Kriegswitwen und Waisen.

Die Vertreibung ab 1946 schuf eine neue Situation in dieser Region, in der ein wesentlicher Teil der deutschen Bevölkerung das Land verlassen musste. Ein Problem bedeutete, wenn einige Familienmitglieder zur Zeit der Vertreibung aus der Deportation noch nicht zurückgekehrt waren. Die Deportation bedeutete allerdings keinen Milderungsgrund, in einigen Fällen wurde die Vertreibung jedoch aus diesem Grund verschoben. Die Vertreibung von Sebestyén Róth aus Gara wurde z. B. ausgesetzt, solange „*seine beiden Söhne in Russland waren*".[803]

Neben dem Verwaltungspersonal unternahmen auch Parteien und Organisationen Schritte zur Rückführung der Deportierten. Die Formulierung lässt oft nicht eindeutig klären, ob sich solche Aktionen nur auf die Kriegsgefangenen bezogen, oder ebenso auf Zivilgefangene, das heißt Deportierte. In Csávoly war z. B. am 18. Oktober 1945 im Gemeindehaus zu melden, welche Familienmitglieder aus der sowjetischen Gefangenschaft noch nicht zurückgekehrt waren, weil die lokale Ungarische Kommunistische Partei eine Intervention plante.[804] Unklar bleibt, ob sie die politisch unzuverlässigen Elemente ebenso ausschloss wie die Behörden.

Die Stadtfiliale des Ungarischen Roten Kreuzes in Baja formulierte ihre Ziele viel eindeutiger, als sie am 11. April 1946 kostenlos „Suchformulare" verteilte. Mithilfe dieser konnte der Aufenthaltsort *„der an unbekannten Ort befindlichen Kriegsgefangenen, Geflüchteten und wegen ihrer deutschen Abstammung Internierten"*

[801] MNL BKML V. 331. C. 1/101/1946. Die Kinder von Károly Hoffmann wurden der Familie des Onkels András Knip zugewiesen. Ihr Vater fiel im Krieg, die Mutter wurde in die Sowjetunion deportiert. Die Familie wurde von der Aussiedlung nach Deutschland befreit.
[802] Siehe zum Beispiel: MNL BKML V. 331. 387/1946.
[803] MNL BKML Karton 22. 720/1947.
[804] MNL BKML V. 314. 475/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005272

festgestellt werden.[805] Das Rote Kreuz übernahm in den folgenden Jahren immer mehr die Koordination solcher Angelegenheiten.

6. Über die individuellen Aktionen der Betroffenen und anderer Personen sind auch aus dieser Region einige Akten erhalten, die hier nicht vollständig angeführt werden können. Wegen der bereits erläuterten Lage der Verwaltung zur Zeit der Deportation sind die Aktionen im Dezember-Januar kaum dokumentiert, solche tauchen eher in nachträglichen Aufzeichnungen und Zeitzeugenberichten auf.

Die allgemeinsten Beispiele sind die Anträge an Verwaltungsorgane, Parteien, Persönlichkeiten, in denen Menschen die eigene Deportation oder die eines Verwandten, eines Bekannten zu verhindern oder die Rückführung zu bewirken suchten. Anträge sind im Archivmaterial zahlreich zu finden, leider fehlt zumeist jedoch die letzte Entscheidung, wie die Anträge beurteilt wurden, obwohl solche Informationen am meisten Aussagekraft über das Verhalten der Behörden vermitteln könnten. Ein Untersuchungsaspekt könnten die Strategien sein, wie die verschiedenen Personen die Deportierten als „Unschuldige" darzustellen versuchten, um bessere Chancen und größere Unterstützung zu bekommen.

Die Rückkehrer und die daheimgebliebenen Familienangehörigen wandten sich in Sachen finanzieller Hilfe an die lokalen Verwaltungen. Beispielsweise der aus Császártöltés deportierte Tamás Lenter am 20. Mai 1949. Er beantragte seine Anerkennung als Kriegsinvalide, weil er in einem sowjetischen Bergwerk bei einer Explosion auf dem rechten Auge erblindet war. Diese Tatsache bestätigten zwei Mitgefangenen, die beim Unfall anwesend waren. Der Vorstand der Gemeinde stellte eine Bescheinigung aus, dass Lentner Ende 1944 tatsächlich *„nach Russland zur Arbeit*" gebracht wurde. Die Anerkennung der Invalidität und die Gewährung der entsprechenden Hilfen jedoch fehlen. Der gleiche Vorstand lehnte eindeutig den Antrag von Frau Antalné Amman am 22. Mai 1949 ab, die um eine finanzielle Hilfe und um den Kriegswaisenstatus bat. Der Tod von Antal Amann wurde ebenso von zwei Zeugen bestätigt, die „*arme, alleinstehende Frau*" erhielt aus unbekanntem Grund jedoch von der Gemeinde keine Hilfe.[806]

[805] MNL BKML V. 314. 685/1946.
[806] MNL BKML V. 312. 2182/1949.

10.15772/ANDRASSY.2019.005273

In Madaras wurde ein Antragsformular für alle Fälle ausgestellt. So musste z. B. Frau Mártonné Müller, geb. Rozália Polyák nur ein Formular ausfüllen, als sie die Rückführung ihres Mannes am 14. April 1945 beantragte. Den gleichen Fragebogen füllten alle anderen Einwohner aus, die dann nach Debrecen an die (nicht existierende) „*Zentrale Registrierungskommission der ungarischen demokratischen Parteien"* gesandt wurden.[807] Am Ende des Formulars stand die Begründung, dass die deportierte Person trotz deutscher Abstammung sich zu Ungarn bekannte (ethnisch-politisches Argument), dass „*er ein fleißiger Kleinlandwirt war*" (wirtschaftliches Argument) und dass „*bereits seine Urgroßeltern in der Gemeinde lebten*" (lokales Argument). Die Argumentation war gänzlich den Erwartungen der ungarischen Behörden der höheren Verwaltungsebene angepasst, für die sowjetische Seite wären die aufgezählten Merkmale der Deportierten wahrscheinlich irrelevant gewesen.

Die kirchlichen Leiter der Region versuchten auch einiges für die Deportierten zu bewirken. Laut der Historia Domus von Madaras erfolgten solche Versuche bereits während der Deportation:

> „Zur Zeit des Einmarsches der sowjetischen Armee war der Großteil der Gemeinde der Verschleppung ausgesetzt. Die Einwohner mit deutschen Namen wurden bereits gesammelt. Diese Menschen hatten deutschen Namen, sie sprachen jedoch kein Deutsch mehr, sie sind Ungarn geworden. Sie wurden ins Gemeindehaus begleitet und ihre Verschleppung wurde vorbereitet. Der hochherzige Pfarrer der Gemeinde, dr. Antal Schopper, Bezirksdekan ging dorthin und verhandelte mit dem russischen Oberst. Das gelang mithilfe des Dolmetschers nicht, so unterhielten sie sich auf Deutsch. Der Pfarrer erklärte dem Oberst, dass es sich um Ungarn handelte, sie hatten nur deutsche Namen. Als der russische Soldat, Oberst das verstand, wurden die versammelten Personen freigelassen… […] Ungeachtet dessen wurden einige Menschen dennoch verschleppt. Diese gerieten nach Russland als Kriegsgefangene."[808]

[807] MNL BKML IV. 402. B. 658/1945.

[808] „A szovjet hadsereg bevonulásával a községnek jelentős része ki volt téve annak, hogy elhurcolják őket. Már össze is szedték a német nevű lakosságot. Ezek az emberek ugyan német nevűek voltak, de már nem beszéltek németül, magyarok lettek. Beterelték őket a községházára és készülődtek elhurcolni őket. A község nemes lelkű plébánosa, dr. Schopper Antal kerületi esperes ekkor átment és tárgyalt az orosz ezredessel. Mikor a tolmácson keresztül nem boldogultak, német nyelven beszélgettek. A plébános megmagyarázta az ezredesnek, hogy magyarokról van [szó], csak a nevük a német. Amikor az orosz katona, ezredes ezt megértette, az összeterelt népet hazaengedték… […] Mindennek dacára pár embert mégis elhurcoltak. Ezek kikerültek, mint hadifoglyok Oroszországba." KFL Historia Domus Madaras.

10.15772/ANDRASSY.2019.005274

Der Wahrheitsgehalt der beschriebenen Ereignisse ist fraglich, weil es unwahrscheinlich ist, dass ein sowjetischer Offizier sich davon überzeugen ließ, dass Personen doch freizulassen waren, sofern er diese als deutschstämmige Zivilisten betrachtete. Es ist jedoch möglich, dass er einen Höflichkeitsakt vortäuschte, die Bitte des Pfarrers zu berücksichtigen, und überließ schließlich die Deportation den Partisanen.

Die Pfarrer konnten den Betroffenen in erster Linie aber nicht während, sondern nach der Deportation helfen. Beispielsweise bat der Pastor von Császártöltés am 24. Januar 1947 den Erzbischof von Kalocsa um Dispens für eine junge ledige katholische Frau und für einen evangelischen Mann, die heiraten wollten. Seine Begründung war, dass *„aus unserem Dorf 80% der Burschen zur Arbeit nach Russland gebracht wurden. Es gibt also keine andere Möglichkeit für dieses sowieso arme Waisenmädchen, das die Mutter verlor, heiraten zu können."*[809]

Ádám Wetzstein, der Pfarrer von Hajós wollte am 21. Oktober 1946 die kirchliche Bürokratie entlasten, wenn es um die Todeserklärungen der in die Sowjetunion deportierten Gläubigen ging.[810] Zu diesem Zeitpunkt kehrten 15 Personen aus der Gefangenschaft zurück, die darüber berichteten, dass mindestens 80 Hajóser in den sowjetischen Lagern verstorben waren. Wetzstein schlug ein abgekürztes Verfahren vor, dass diese Fälle anhand der Protokolle in die Matrikeln eingetragen werden sollten, die mit den Familienmitgliedern und den Zeugen aufgenommen wurden.

Nicht alle Pfarrer handelten und berichteten mit Wohlwollen. In Nemesnádudvar kommentierte der Pfarrer die Deportation in der Historia Domus wie folgt: „*Im Januar 1945 wurden 170 Männer, Frauen und Mädchen zur Zwangsarbeit nach Russland gebracht. Aber es waren nur Volksbund-Mitglieder*."[811] Diese Behauptung entsprach wahrscheinlich nicht der Realität und zeigt, dass der Pfarrer die Atrozität gegen Deutsche keineswegs verurteilte.

Der Rahmen individueller Maßnahmen war in dieser Region ziemlich eng. Im Vergleich zu den vorherigen Regionen waren auffällig wenige Beispiele zu finden, die sich in erster Linie auf die Kirchen und die Betroffenen selbst konzentrierten. Das

[809] KFL 1. I. b. Császártöltés 324/1947.
[810] KFL 1. I. b. Hajós 2522/1946.
[811] KFL Historia Domus Nemesnádudvar 18.

10.15772/ANDRASSY.2019.005275

Fehlen der Anträge von Arbeitskollegen und Arbeitgeber ist eher darauf zurückzuführen, dass die Deportierten hier zumeist Bauern waren. Ein weiterer Grund für die geringe Zahl individueller Aktionen ab Frühling 1945 ist, dass die meisten Deportierten sich bei der letzten Volkszählung tatsächlich zur deutschen Nationalität und/oder Muttersprache bekannten. Als 1945 die Internierungen, Enteignungen und Entrechtungen auf dieser Grundlage begannen, wurde für sie klar, dass sie von den ungarischen Behörden keine Hilfe und Unterstützung erhoffen konnten.

6.6 Interpretationen der „deutschen Abstammung"

Die Interpretation der „deutschen Abstammung" erfolgte in dieser Region gleichfalls sehr unterschiedlich. Das Spezifikum hier war, dass außer den ungarischen Behörden und den sowjetischen Akteuren auch die jugoslawischen „Partisanen" einen eigenen Standpunkt vertraten und befolgten.

Die Instruktionen für die sowjetischen Akteure sind in der Region nirgendwo erhalten. Davon kann jedoch ausgegangen werden, dass sie die Kategorie „Abstammung" in Bács-Kiskun genauso rassisch interpretierten, wie in den vorherigen beiden Regionen.

Weniger wissen wir über die Interpretation der jugoslawischen Partisanen, weil sie kaum oder gar keine schriftlichen Quellen produzierten. Berichten über ihrer Tätigkeit zufolge lässt sich vermuten, dass sie auch äußere Merkmale des Deutschseins suchten, sie beorderten und begleiteten deutschsprachige Menschen und Personen mit deutsch klingenden Namen in die Sammelstellen. Bei ihnen war die Anwendung von Willkür und Gewalt nicht selten, bei der Deportation ist jedoch eine gewisse Selektion zu beobachten. Von den zwei sowjetischen Voraussetzungen für die Deportation – deutsche Abstammung und Arbeitsfähigkeit – ignorierten sie eher den gesundheitlichen Zustand der Betroffenen, sie überschritten die vorgegebenen Altersgrenzen, nahmen Kranken und schwangere Frauen, bzw. Mütter, die kleine Kinder hatten, mit. Diese Vorgehensweise deutet darauf hin, dass sie sehr deutschfeindlich eingestellt waren, sie verurteilten die „Deutschen" pauschal und wollten eine möglichst breite Schicht durch die Deportation bestrafen.

10.15772/ANDRASSY.2019.005276

Die ungarischen Behörden waren in der Region in einer speziellen Lage, denn während der Deportation wurden sie größtenteils ignoriert und besaßen keine Kompetenzen. Ihr Standpunkt offenbart sich in erster Linie bei den nachträglichen Maßnahmen. Sie zogen eine Grenze zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern des Volksbundes. Die erste Gruppe betrachteten sie als eindeutig schuldig, während sie die Freistellung der zweiten Gruppe anstrebten

Die Behörden in der Batschka verstanden, wie die sowjetischen Akteure die Kategorie der deutschen Abstammung interpretierten. Deshalb betonten sie in ihren Freistellungsanträgen nicht die deutsche Abstammung der Betroffenen, wie das in den vorher behandelten Regionen üblich war. Stattdessen versuchten sie die Frage der Abstammung zu relativieren durch Hervorhebung anderer Merkmale. Sie betonten, dass sich die Deportierten trotz ihrer Abstammung politisch richtig verhalten hätten, dass sie für das Wirtschaftsleben wichtig wären und wichtige Funktionen in den Gemeinden erfüllten. Statt der Kategorie Deutschstämmig führten sie verschiedene „Grade des Deutschseins" ein, wie „Personen mit deutschen Namen", „Deutschsprachige", „Personen deutscher Nationalität", „(Volks)Bundisten". Diese bedeuteten eine Hierarchie und tauchten in der Rhetorik der ungarischen Behörden abhängig davon auf, bei welcher Organisation welches Ziel sie erreichen wollten. Sofern sie diese Merkmale benutzten, versuchten sie eindeutig nicht mehr die sowjetischen Organen zu überzeugen, sondern ihre eigenen amtlichen Vorgesetzten, von denen sie in der Angelegenheit der Deportation Hilfe erhofften.

6.7 Die Anzahl der Deportierten aus der Region

Die Feststellung der Deportiertenanzahl in der Region Bács-Kiskun ist mehrfach problematisch.

Von einigen Gemeinden stehen keine Zahlenangaben zur Verfügung, obwohl die Tatsache der Deportation dokumentiert ist – das war der Fall zum Beispiel bei Baja. Zu anderen Ortschaften gibt es sogar mehrere, unterschiedliche Angaben. Den Grund für die abweichenden Zahlenangaben konnte ich nicht in allen Fällen klären. Generell

10.15772/ANDRASSY.2019.005277

berichten die Überlebenden über höhere Zahlen als die Archivakten. Das kann damit zusammenhängen, dass die betroffenen Personen die Größe der Gruppe schätzten, mit der sie von den Sammelstellen abtransportiert wurden und die aus Einwohnern mehrerer Gemeinden bestand.

Meine Gesamtanzahl (2.814 Personen, siehe Tabelle 5. im Anhang) ist ein möglicher Minimalwert, wobei die Abweichung von der tatsächlichen Anzahl der Deportierten deutlich höher sein kann als bei den vorherigen Regionen. Zur genaueren Feststellung der tatsächlichen Anzahl sind weitere Forschungen zu dieser Region nötig.

In der Tabelle 5. sind die Zahlen der verschiedenen Komitate, Bezirke und Gemeinden verzeichnet. Bei dem Komitat Pest-Pilis-Solt-Kiskun ist anzumerken, dass die Anzahl der Deportierten in dieser Tabelle nicht die Gesamtanzahl der aus dem Komitat deportierten Personen darstellt, weil aus dem nördlicheren Teil des Komitaten auch deportiert wurde, dieses Gebiet jedoch im Kapitel über die Region Budapest und Umgebung behandelt wird.

7. Die Region „Schwäbische Türkei”

7.1. Allgemeines

Die Region Schwäbische Türkei umfaßt die drei Komitate Baranya, Somogy und Tolna. Als natürliche Grenzen des Siedlungsgebiets werden oft die Flüsse Donau und Drau und der Balaton/Plattensee angegeben.

Die administrativen Veränderungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts betrafen nur das Komitat Baranya. Gemäß dem Friedensvertrag von Trianon wurde der südliche Teil des Komitats abgetrennt und dem SHS-Königreich zugesprochen. Die Serben waren mit der Regelung nicht einverstanden, was 1921 zu einem Intermezzo führte: Die serbischen Truppen, die nach Kriegsende zwei Drittel des Komitats Baranya besetzt hatten, unterstützten im August 1921 die Ausrufung einer Baranyaer Serbisch-

10.15772/ANDRASSY.2019.005278

Ungarischen Republik.[812] Dieser „Staat" wurde allerdings nach einer Woche wieder aufgelöst, als die serbischen Truppen auf internationalen Druck hin das Gebiet räumten und sich nach Jugoslawien zurückzogen.

Nach dem deutschen Angriff auf Jugoslawien 1941 wurde dieses Gebiet wieder Ungarn angegliedert, und am 16. August 1941 dort zwei neue Bezirke eingerichtet, die Bezirke Dárda und Villány. Nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg musste das Gebiet letztendlich Jugoslawien zurückgegeben werden und die Gemeinden, die in Ungarn verblieben, wurden im Bezirk Villány zusammengefaßt.

Die Komitatsregelung von 1950 betraf die Region kaum. Die damals etablierten Komitate Baranya, Somogy und Tolna waren fast identisch mit den Territorien der früheren Komitate. Nur der Bezirk Szigetvár wurde in das Komitat Baranya eingegliedert und einige Gemeinden südlich vom Balaton erhielt das Komitat Somogy. Der Bezirk Hegyhát in Baranya wurde in den Bezirk Sásd umbenannt. 1978, als der Bezirkssitz nach Komló verlegt wurde, änderte sich der Name auch wieder zum Bezirk Komló. In den 1970er Jahren wurden einige Gemeinden (Csikóstöttös, Kaposszekcső) in das Komitat Tolna eingegliedert.

Diese Regelungen und Veränderungen hatten kaum Auswirkungen auf den Archivbestand, weil das besonders betroffene südliche Gebiet kein Gegenstand meiner Untersuchung ist. Meine Archivrecherchen wurden jedoch durch das Fehlen von Materialien erschwert. Viele Unterlagen wurden während der Kampfhandlungen im Frühling 1945 vernichtet, in anderen Fällen ist der Grund für solche Mängel nicht bekannt. Eine weitere Schwierigkeit ist, dass die Region im Gegensatz zum östlichen Teil des Landes sehr dicht besiedelt ist. Zu den Komitaten gehören Hunderte von Gemeinden und Kleingemeinden, alle Archivmaterialien derselben sind unmöglich zu erschließen. Besonders die Bestände der Gemeindeebene sind in den Archiven noch gar nicht geordnet und sortiert, so stehen sie der Forschung nicht zur Verfügung. Die kleineren Gemeinden wurden in der Region zumeist in Notariaten zusammengeführt, was dazu führt, dass die Quellenlage solcher Notariatszentren viel reicher ist als die der Filialgemeinden, die schon damals oft vernachlässigt wurden.

Die Quellenlage in der Region zur Thematik der Deportation ist relativ gut, die Aufarbeitung wird jedoch durch mehreren Faktoren erschwert. Die Schwäbische Türkei

[812] Siehe dazu FEHÉR, István: A soknemzetiségű Baranya a 20. században. Pannónia, Pécs, 1996, 42–57.

10.15772/ANDRASSY.2019.005279

war eine große Region, in der sich die administrativen und ethnischen Grenzen nicht vollständig deckten. Während der Durchführung der Deportation waren für die sowjetischen Akteure wahrscheinlich die administrativen Grenzen maßgebend: Sie etablierten Militärkommandanturen in den Bezirkszentren, und von dort erließen sie die verschiedenen Befehle, die größtenteils vom ungarischen Amtspersonal vollgestreckt werden mussten. So wurde auch aus Bezirken deportiert, in denen laut Statistik die Bevölkerung sich nicht als Deutsche bekannte (z. B. im Bezirk Szentlőrinc in der Baranya). Das bedeutete jedoch nicht, dass die Rotarmisten die Zivilisten ohne Selektion deportierten – nur, dass für sie die ungarischen amtlichen Volkszählungen irrelevant für die Auswahl der Personen deutscher Abstammung waren. Das unterstreicht auch die Tatsache, dass es im großen Teil des Komitats Somogy, wo eine deutsche Bevölkerung kaum oder überhaupt nicht vorhanden war, keine Deportation gegeben hat.

Die Erforschung des Themas begann in der Schwäbischen Türkei relativ früh. Die Region ist im Bestand des Lastenausgleichsarchivs und in der Heimatbuch-Literatur gut repräsentiert, weil ein Großteil der deutschen Bevölkerung nach 1946 nach Deutschland vertrieben wurde. In Ungarn begannen vorsichtige Recherchen bereits vor der politischen Wende, ab den 1990er Jahren waren besonders die Werke des Archivars Miklós Füzes bahnbrechend.[813] Über die einzelnen Gemeinden wurden Diplomarbeiten, Memoiren und Ortsmonografien verfasst, die sich auch mit dem Thema Deportation auseinandersetzten. Die Ereignisse 1944–1945 blieben zumeist ein Bestandteil des kollektiven Gedächtnisses der Gemeinden, das seit den 1990er Jahren zur Errichtung zahlreicher Denkmäler geführt hat.

Im Rahmen meiner Forschungen beschäftige ich mich seit 2011 mit der Deportation aus dem Komitat Baranya, seit 2014 mit der aus der Schwäbischen Türkei. Meine Hypothesen zur Region stellte ich bereits in mehreren Publikationen vor,[814] auf die ich

[813] FÜZES, Modern, 1990.; FÜZES, Miklós: A rabszolgaszerzés. In. ZIELBAUER, Magyarországi, 1990. 85–109.; FÜZES, Miklós: Dél-Dunántúliak a Szovjetunió munkatáboraiban. In: Baranya 1990/1. 91–96.; FÜZES, Miklós: Ungarndeutsche in sowjetischen Arbeitslagern 1945–1949. In: ROT, Franz (Hg.): Beiträge zum Geschichtsbild der Donauschwaben. Wissenschaftliches Symposion Salzburg 1999. Donauschwäbisches Kulturzentrum, Salzburg, 2001, 77–97.

[814] MÁRKUS, Messze, 2013.; MÁRKUS, Beáta: „Malenkij robot" Püspöknádasdon. In: X. Grastyán Konferencia. Országos Interdiszciplináris Konferencia előadásai. PTE Grastyán Endre Szakkollégiuma,

10.15772/ANDRASSY.2019.005280

mich in diesem Kapitel teilweise auch stütze. Das Novum ist hier die Benutzung einer breiteren Quellenbasis und der überregionale Vergleich.

7.2 Die sowjetische Besetzung der Region

Die Schwäbische Türkei ist die einzige Deportationsregion in Ungarn, die von der 3. Ukrainischen Front der Roten Armee besetzt wurde. Die sowjetischen Soldaten erreichten das Gebiet von Süden aus über Jugoslawien, nach den Operationen um Belgrad im Oktober 1944.

Die vom Generaloberst Mihail Nikolajewitsch Scharohin geleitere 57. Armee erhielte Anfang November 1944 den Befehl, einen Brückenkopf an der Donau zu etablieren und den Fluss zu überqueren.[815] Die Kämpfe um den Brückenkopf setzten am 7. November bei Apatin ein, wo die gegnerische deutsche Heeresgruppe Süd wegen des für Militäroperationen ungünstigen Terrains mit keinem Angriff rechnete. In den darauffolgenden Tagen versuchten die Rotarmisten ihren Brückenkopf zu erweitern und bereiteten den Flußübergang vor. Am 9. November eroberten sie einen weiteren Brückenkopf bei Kiskőszeg[816] bereits auf dem linken Donauufer, diese Kämpfe forderten aber große Opfer. Der Pfarrer von Kiskőszeg berichtete über diese Schlacht mit den Worten: *„Unser Dorf wird als zweites Stalingrad in die Geschichte eingehen.*"[817]

Am rechten Donauufer erwarteten starke deutsche Truppen die Sowjets, deswegen verzögerte sich die Überquerung.[818] Am 21. November gelang der 2. Ukrainischen Front jedoch ein Übergang zwischen Taksony und Dömsöd und sie eroberte die Csepel-Insel, weswegen die deutschen Truppen sich aus dem südlichen Kampfgebiet

---

Pécs, 2012, 220–226.; MÁRKUS, „Malenkij robot", 2014.; MÁRKUS, „Malenkij robot", 2013.; MÁRKUS, Beáta: „Malenkij robot" a „Sváb Törökországban". A német civil lakosság szovjet jóvátételi munkára deportálása 1944/1945-ben. In: MUSKOVICS, Andrea Anna (Hg.): Szabadegyetemi elöadások a Heimatmuseumban 2015/2016. 25–36.; MÁRKUS, Beáta: A „Sváb Törökország" szovjet megszállása (1944–1945). In: GÉCZI, Róbert (Hg.): Az Elbától Vorkutáig. Magyarok és magyarországi németek szovjet hadifogságban, kényszermunkán és a GULÁG-on. Veritas, Budapest, 2017, 243–266.

[815] VERESS D., Csaba: A Dunántúl hadi krónikája 1944–1945. Zrínyi, Budapest, 1984, 20.

[816] Kroatisch Batina, heute Gemeinde in Kroatien.

[817] PPL I. 1. B. 2521/1945.

[818] VERESS, A Dunántúl, 1984, 23.

10.15772/ANDRASSY.2019.005281

zurückzogen. Das führte zum Durchbruch: Am 23. November begannen die Kämpfe der 57. Armee mit erneuter Intensität, und ab dem 24. November überquerten die Sowjets in jenem südlichen Abschnitt die Donau.[819]

Die ungarischen Befehlshaber ordneten die Evakuierung der Gemeinden in dieser Region an. Diese wurde aber nur in Mohács durchgeführt, weil die vorhergehenden Bombardierungen das Leben in der Stadt unmöglich machten. Am 25. November besetzten die sowjetischen Truppen den südlichen, heute zu Kroatien gehörenden Teil des Komitats Baranya, die ungarischen und deutschen Truppen mussten sich zurückziehen. In der Nacht zum 26. November überquerte die sowjetische 4. Gardearmee die Donau bei Mohács, und besetzte am selben Tag die fast leere Stadt.[820] Hier hat sie eine zusätzliche Pontonbrücke errichtet. Am 29. November wurden die Brückenköpfe in Mohács, Kiskőszeg und Apatin endgültig gesichert, wodurch die sichere Überquerung der Donau in der Region gewährleistet war.[821]

Währenddessen eroberten die sowjetischen Truppen am 29. November die zentrale Stadt Pécs.[822] Die deutschen Verteidiger wollten die Offensive unterbrechen, was aber nicht gelang – die sowjetische Literatur begründet diese Tatsache damit, dass sich die Zivilbevölkerung der Stadt unter der Leitung der Kommunisten gegen die Deutschen wandte.[823] Die deutschen und ungarischen Truppen waren nicht in der Lage, einen richtigen Widerstand zu leisten. Am 30. November erreichten die Sowjets das Komitat Tolna und besetzten die Kleinstadt Bonyhád.[824] Bis zu den ersten Tagen des Dezembers war ganze Süd-Transdanubien in sowjetischer Hand. Szekszárd fiel am 30. November, Kaposvár am 2. Dezember. Ziel der sowjetischen Militäroperationen war der Vormarsch nach Norden entlang der Donau Richtung Budapest und die Truppen der 3. Ukrainischen Front erreichten die Margit-Linie zwischen der Donau und dem Velencer See noch im ersten Drittel des Dezembers. Westungarn blieb währenddessen bis zum Frühling 1945 unter deutscher und ungarischer Kontrolle.

[819] VERESS, A Dunántúl, 1984, 29.
[820] ZAHAROV, A 2., 1973, 478.
[821] MINASZJAN, M. M.: Délkelet-Európa népeinek felszabadítása. In: TÓTH, Sándor (Hg.): Hazánk felszabadulása 1944 - 1945. Zrínyi Katonai Kiadó, Budapest, 1970. 15 - 126, 79.
[822] ZAHAROV, A 2., 1973, 480.
[823] VERESS, A Dunántúl, 1984, 33.
[824] ZAHAROV, A 2., 1973, 471.

10.15772/ANDRASSY.2019.005282

Im südwestlichen Teil Ungarns endeten vorübergehend die Kämpfe. Als der Deportationsbefehl Ende Dezember verkündet wurde, besetzten die sowjetischen Soldaten während einiger Wochen ohne größere Kämpfe das Gebiet und begannen mit der Etablierung von Militärkommandanturen und der Normalisierung der Lebensverhältnisse in der Region.

Erst im März 1945 begannen neue Kampfhandlungen im Komitat Baranya um Siklós, als die deutschen Truppen im Rahmen der Operation Frühlingserwachen eine letzte Gegenoffensive starteten.[825] Die deutschen Angriffe in diesem Gebiet dienten als Ablenkungsmanöver, um die kämpfenden Truppen im Norden zu entlasten. Die Operation war ein Misserfolg, verursachte jedoch immensen Schaden und großes Leiden der Zivilbevölkerung. Damals gingen viele Verwaltungsakte zugrunde. Für die Deportation hatte diese Offensive keine Bedeutung, weil sie erst Wochen nach dem Abtransport der Deportierten begann.

7.3 Ethnische Struktur, Konflikte

Bereits die Bezeichnung „Schwäbische Türkei" lässt darauf schließen, dass im Gebiet eine beachtliche Anzahl deutscher Bevölkerung lebte und dieses multiethnisch strukturiert war. Besonders in dem südlichen Teil lebten außer Ungarn und Deutsche zahlreiche Südslawen, Schokatzen, Bunjewatzen und Serben. Letztere wurden damals eher Raizen (*rácok*) genannt.

In der Region lebten seit dem Mittelalter Deutsche. Damals konzentrierten sie sich auf die Stadt Pécs und Umgebung. Die meisten Bischofe von Pécs stammten aus dem deutschen Sprachraum, ihr Gefolge wurde Teil des städtischen Bürgertums.[826] Das große deutsche Siedlungsgebiet entstand aber erst im 18. Jahrhundert. Nach der Vertreibung der Osmanen begann eine intensive Binnenmigration und wurden deutsche

[825] VERESS, A Dunántúl, 1984, 240–251.; K. BALOG, János: Tolna megye felszabadítása. In: PUSKÁS, Attila (Hg.): Tanulmányok Tolna megye történetéből. Tolna Megyei Tanács Levéltára, Szekszárd, 1972. 5–54, hier 44–46.

[826] SEEWANN, Geschichte, Band 1., 2013, 36.

10.15772/ANDRASSY.2019.005283

Siedler in die Region gerufen.[827] Die Bezeichnung „Schwäbische Türkei" entstand in dieser Epoche.

Die Ansiedlungsaktionen in dieser Region waren größtenteils private Maßnahmen der Magnaten. Zahlreiche Aristokratenfamilien, kirchliche und weltliche Persönlichkeiten spielten eine entscheidende Rolle bei der Neubelebung der Region. Besonders von Bedeutung war die Tätigkeit der Batthyánys auf den Gütern um Bóly und Villány,[828] der Grafen Mercy im Komitat Tolna,[829] und des Prinzen Eugen von Savoyen in der Süd-Baranya. Im Bezirk Hegyhát waren die Initiatoren die Familie Esterházy und Baron von Puchner. Die Bischöfe und das Domkapitel von Pécs und die Abteien von Pécsvárad und Báta gehörten gleichfalls zu den Organisatoren der deutschen Ansiedlung. Darüber hinaus sind hier zahlreiche ungarische Aristokratenfamilien (Jeszenszky, Sauska, Perovszky, Majláth, Czindery, Melczer, Gervay, Benyovszky, Zichy, Dőry, Festetich, Perczel, etc.) zu nennen, die zur Entstehung des multiethnischen Charakters der Region beitrugen.

Die Ansiedlung dauerte mehr als ein Jahrhundert lang, unter den Siedlern waren sehr viele deutschsprachige Regionen vertreten. Viele waren tatsächlich Schwaben aus dem Schwabenland und Württemberg, andere stammten aus Baden, Hessen, Franken, Elsass, Bayern, aus der Schweiz und der Umgebung von Fulda.[830] Die Ansiedlung der Deutschen veränderte und prägte dauerhaft den Charakter der Region, und trug zur wirtschaftlichen Leistung und zum Wiederaufbau des Landes bei. Die Schwäbische Türkei wurde zum größten, zusammenhängenden deutschen Siedlungsgebiet Ungarns. Während die anderen, kleineren deutschen Siedlungsgebiete wegen ihrer isolierten Lage eher der Assimilation ausgesetzt waren, behielt die Schwäbische Türkei bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts ihren deutschen Charakter. Die Multiethnizität war immer mit

[827] Siehe dazu: FATA, Márta: Von der Ansiedlung zur Auswanderung. Ein Beitrag zur sozialhistorischen Erforschung der Migration der Deutschen in Südosttransdanubien im 18. und 19. Jahrhundert. In: FATA, Márta (Hg.): Die schwäbische Türkei: Lebensformen der Ethnien in Südwestungarn; Ergebnisse der Tagung des Instituts für Donauschwäbische Geschichte und Landeskunde in Tübingen vom 10. und 11. November 1994. Thorbecke, Sigmaringen, 1997, 15–42.; SEEWANN, Gerhard (Hg.): Die Ansiedlung der Deutschen in Ungarn: Beiträge zum Neuaufbau des Königreiches nach der Türkenzeit. Oldenbourg, München, 2010.

[828] Siehe dazu: KRAUSS, Karl-Peter: Deutsche Auswanderer in Ungarn. Ansiedlung in der Herrschaft Bóly im 18. Jahrhundert. Steiner, Stuttgart, 2003.

[829] SEEWANN, Geschichte, Band. 1., 2012, 133.

[830] SEEWANN, Geschichte, Band 1., 2012, 120–123.

10.15772/ANDRASSY.2019.005284

Schwierigkeiten verbunden, bis zur Zwischenkriegszeit sind jedoch keine größeren ethnischen Konflikte mit der deutschen Bevölkerung dokumentiert.

Die Ergebnisse der amtlichen Volkszählungen untermauern, dass die deutsche Bevölkerung in der Region bis zum 20. Jahrhundert ihre Identität und Sprache bewahrte und bei den statistischen Erhebungen auch bereit war, sich dazu zu bekennen. Die Angaben in der Tabelle 7. und 8. im Anhang zeigen, dass das Gebiet der Schwäbischen Türkei nicht gänzlich mit den Komitaten Baranya, Somogy und Tolna identisch war. In Somogy bekannte sich ein großer Anteil der Bevölkerung nur in den Bezirken Szigetvár und Igal als deutsche Muttersprachler. In Baranya und Tolna bildeten in einigen Bezirken die Deutschen sogar die Mehrheit, während es in beiden Komitaten Bezirke gab, in denen der Anteil der Deutschen unter 10% lag (Bezirke Tamási, Szentlőrinc, Siklós). Der Anteil der Bevölkerung deutscher Abstammung war jedoch höher, die Volkszählungen stützten sich aber auf der Selbstdefinition. Die Bevölkerung am Randgebiet der deutschen Region war anscheinend intensiver den Assimilationstendenzen ausgesetzt, weil sie dort eine tatsächliche Minderheit bildeten.

In den Statistiken werden die Angaben der Komitate durch diesen unterschiedlichen ethnischen Charakter der Bezirke ausgeglichen. Es gab auch in dieser Region kein Komitat, wo die deutschen Muttersprachler in der Mehrheit waren. Über die tatschlichen Zustände informieren jedoch die Angaben zu den Bezirken und Gemeinden. Generell zeigen die Statistiken eine Tendenz, dass sich die Anzahl der Personen, die sich zur deutschen Muttersprache bekannten, bis zu den 1940er Jahren in den mehrheitlich von Deutschen bewohnten Bezirken langsam erhöhte, während in den anderen Teilen der Komitate dieser Anteil sank. Der Unterschied zwischen den Angaben zur Nationalität und Muttersprache war in der Schwäbischen Türkei groß, jedoch wesentlich geringer als in anderen Regionen. Auf das Selbstbewusstsein der deutschsprachigen Bevölkerung hatte ihre Mehrheitsposition eine wichtige Auswirkung, ein großer Teil von ihnen war trotz aller gegenteiligen Propaganda der ungarischen Behörden bereit, sich zur deutschen Nationalität zu bekennen.

In der Tabelle 7. führte ich die Gemeinden auf, in denen eine deutsche Bevölkerung anhand der Statistiken vorhanden war, bzw. die Gemeinden, in denen die Deportation durchgeführt und dokumentiert wurde. Diese zwei Faktoren nebeneinander gestellt sind dazu geeignet, zu zeigen, dass in der Region auch aus Ortschaften deportiert wurde, wo

10.15772/ANDRASSY.2019.005285

die Bevölkerung gemäß ihrer Selbstdefinition nicht deutsch war – bei der Deportation spielte das eigene Bekenntnis der Betroffenen daher keine entscheidende Rolle. Außerdem lässt sich anhand der Tabelle beobachten, dass in der Region, besonders im Bezirk Mohács, es mehrere Gemeinden mit deutscher Mehrheit gab, in denen keine Deportation stattfamd. Den möglichen Grund dieses Phänomens werde ich in meinen Ausführungen erläutern.

Der große Anteil und die im Vergleich zur ungarischen Bevölkerung bessere wirtschaftliche Lage der deutschen Bevölkerung in der Schwäbischen Türkei geriet in den 1930er Jahren in den Fokus der sog. Volksschriftsteller (*népi írók*).[831] Die Vorgeschichte bildete der Roman von Dezső Szabó, das *Elsodort falu* (Das fortgeschwemmte Dorf), der in Ungarn geradezu verehrt wurde. Das Buch trug die Botschaft, dass die „ungarische Rasse", die auf dem Land noch unverdorben bewahrt blieb, langsam im Meer der „fremden Elemente" verschwindet. Dieses Gedankengut übernahmen Géza Kiss und Lajos Fülep, beide reformierte Priester aus Südtransdanubien. Sie betrachteten als Wurzel der Probleme das Einkindsystem der ungarischen Bauern, und in ihren Werken beschrieben sie in apokalyptischen Visionen, wie dadurch Transdanubien „germanisiert" wird.[832] Das Problem griffen namhafte Schriftsteller ebenso auf, so auch Gyula Illyés, der eine Reise in die Region unternahm und über seine Erfahrungen in der Zeitschrift Nyugat[833] im Rahmen eines Artikels mit dem Titel *Pusztulás* (Vernichtung) berichtete.

Die linkliberale Gruppierung um Oszkár Jászi[834] in Budapest ließ sich auf eine Diskussion über den Inhalt des Artikels ein,[835] was dazu führte, dass weitere Volksschriftsteller in die Region reisten und sich mit neuen Artikeln über

[831] Die Bewegung der Volksschriftsteller war eine literarische und ideologische Strömung in den 1920–1930er Jahren. Die Anhänger bezeichneten sich selbst als Volksschriftsteller, damit positionierten sie sich der bürgerlichen, urbanen Welt gegenüber. Das Hauptthema in ihren Werken war das ländliche Leben, sie lenkten die Aufmerksamkeit auf wichtige soziale Probleme. Wichtige Vertreter der Strömung waren u. A. Gyula Illyés, Géza Féja, János Kodolányi, László Németh, Péter Veres, etc..

[832] Siehe dazu: SPANNENBERGER, Norbert: Az író felelőssége, avagy hogyan némult el a hidasi harang? In: VITÁRI, Zsolt (Hg.): Minderheiten und Mehrheiten in ihren Wechselbeziehungen im südöstlichen Mitteleuropa. Universität Pécs, Pécs, 2009, 87–104, hier 89–90.; SEEWANN, Geschichte, Band. 2., 2012, 246.

[833] Nyugat (Westen) war eine prägende Zeitschrift der Literatur Ungarns im 20. Jahrhundert. Sie wurde von 1908 bis zum 1941 herausgegeben.

[834] Oszkár Jászi (1875–1957) war ein Schriftsteller, bürgerlich-radikale Politiker und Ideologe jüdischer Abstammung. Er war Mitbegründer der sozialwissenschaftlicher Zeitschrift Huszadik Század.

[835] SPANNENBERGER, Az író, 2009, 90.

10.15772/ANDRASSY.2019.005286

„erschütternde" Erfahrungen zu Wort meldeten.[836] Diese Berichte und die Debatte fanden großen Anklang in der Tagespresse, so wurde die ungarische Öffentlichkeit mit dem „Deutschen Problem" der Region vertraut gemacht. Die emotionalen, apokalyptischen Schriften der Volksschriftsteller leisteten einen wesentlichen Beitrag dazu, dass das bis dahin eher positive Bild der ungarischen Gesellschaft von der deutschen Minderheit dämonisiert wurde.

Die Visionen, die die Volksschriftsteller verbreiteten, stützten sich oft auf Übertreibungen und Manipulationen der Statistiken, das Übergewicht der deutschen Bevölkerung in der Schwäbischen Türkei war jedoch eine nicht übersehbare Tatsache. Die große Anzahl und ihr Anteil, der anwachsende Assimilationsdruck und die Angriffe der Volksschriftsteller führten dazu, dass die Aufnahmebereitschaft der deutschen Minderheit in der Region für die Propaganda aus Deutschland sich verstärkte und die Bereitschaft zur kulturellen und politischen Mobilisierung und Organisation zunahm.

Die Schwäbische Türkei war das wichtigste Zentrum der deutschen Organisationen der Zwischenkriegszeit. Ein wesentlicher Teil der Mitgliedschaft rekrutierte sich aus dieser Region, die dortigen Ortschaften dienten als Forum für viele repräsentative Veranstaltungen. Die feierliche Fahnenweihe des „Volksbundes der Deutschen in Ungarn" fand in Cikó (Komitat Tolna) statt, der erste Landesjugendtag als Gründungsfeier der Deutschen Jugend in Mágocs (Komitat Baranya). Die Treuebewegung wurde von Bonyhád (Komitat Tolna) aus organisiert, offensichtlich als Antwort auf die intensive kulturelle und politische Tätigkeit des Volksbundes im Bezirk Völgység.

In den Gemeinden der Region wurden Filialen und Ortsgruppen der verschiedenen deutschen Organisationen in großer Anzahl gegründet. Der „Ungarländische Deutsche Volksbildungsverein" hatte in Baranya 80, in Somogy 5 und in Tolna 54 Filialen.[837] Noch erfolgreicher war der Volksbund, der in der Baranya über 135, in Somogy über 33 und in Tolna über 59 Ortsgruppen verfügte.[838] Die Aktivität dieser Gruppen war in den unterschiedlichen Gemeinden sehr vielfältig, die Aufarbeitung dieses Themas wäre nur aufgrund der Erschließung der lokalen Archivmaterialien möglich, was aber noch auf

[836] SPANNENBERGER, Az író, 2009, 93.; SEEWANN, Geschichte, Band. 2., 2012, 247.
[837] FLACH, Ortsgruppengründungen, 1968, 2–4, 8–9. Wegen der hohen Anzahl werden die Gemeinden nicht aufgelistet.
[838] FLACH, Ortsgruppengründungen, 1968, 11–15, 19–23.

10.15772/ANDRASSY.2019.005287

sich warten lässt. Die bereits vorhandene Werken dazu sind zumeist problematisch. Die von den Vertriebenen verfassten Werke akzentuieren eher die Rechtfertigung, die Darstellung der eigenen Gruppe als Opfer oder die Bagatellisierung der Ereignisse. Die ungarischen Werke aus der Zeit vor 1990 übernahmen ohne Kritik die Dämonisierung, die kollektive Abstempelung der Deutschen als Faschisten, oft anhand von Archivquellen, die vorhanden aber inhaltlich nicht berücksichtigt wurden.[839]

Es ist eine Tatsache, dass in dieser Region die intensive Aktivität der deutschen Organisationen während der Zwischenkriegszeit und bis 1945 eine wichtige Konfliktquelle bedeutete. Im Fokus der lokalen und regionalen ungarischen Behörden stand hier die „deutsche Frage", ohne andere Feindbilder zu haben. Dem Deutschtum um Budapest, das in seiner Anzahl vergleichbar zu dem der Schwäbischen Türkei war, wurde zum Beispiel keine ähnlich intensive Aufmerksamkeit geschenkt. In der dortigen Region waren die Pfeilkreuzler, die Kommunisten und die Sozialdemokraten auch aktiv, so lenkten sie die Beobachtung der ungarischen Behörden ab, oder musste diese auf jeden Fall geteilt werden. Im Gegenteil dazu blieb die „Deutschen-Frage" in der Schwäbischen Türkei für die ungarischen Behörden ein zentrales Problem.

Die Veranstaltungen des Volksbildungsvereins, des Volksbundes und der Deutschen Jugend waren von einer amtlicher Zulassung abhängig, die Gemeindeleiter mussten daran als Beobachter auch teilnehmen und der Komitatsleitung Bericht erstatten. Sowohl die weltlichen als auch die kirchlichen Leiter der Region waren oft mit Konflikten zwischen der deutschen Minderheit und den anderen Ethnien konfrontiert. Solche Fälle wurden oft dokumentiert.

In den letzten Jahrzehnten wurden mehrere Dokumentensammlungen publiziert, die das Thema der ethnischen Konflikte aus unterschiedlichen Aspekten darstellen.[840] Anhand dieser Bände kann ein komplexes Bild über die „deutsche Frage" gewonnen werden, obwohl es wichtig zu bemerken ist, dass diese Darstellungen sehr konflikt-fokussiert

[839] Ein Beispiel dazu ist das Werk von Győző Bezerédy über Dunaszekcső. Der Autor behauptete 1974, dass in der Gemeinde eine rege „pangermane Tätigkeit" zu beobachten war. Im Archivbestand der Gemeinde sind tatsächlich viele Akten über die Aktivität des Volksbundes zu finden, die in den meisten Fällen jedoch darüber informierten, dass die Veranstaltungen wegen mangelndes Interesse der Einwohner abgesagt wurden oder ausfielen, weil der Referenten nicht kamen. Siehe: BEZERÉDY, Győző: Dunaszekcső felszabadulása és a demokratikus átalakulás kezdetei. In: Baranyai Helytörténetírás 7. 1974. 379–391, hier 379–384.; MNL BML V. 115. b. 880/1944.

[840] Siehe zum Beispiel: BANK – ŐZE, A német, 2005.; VITÁRI, Volksbund, 2015.; FÜZES, Nemzetiségi, 2000.; FÜZES, Nemzetiségi, 2001.

10.15772/ANDRASSY.2019.005288

sind. Berichte entstanden in den meisten Fällen, wenn in den Gemeinden irgendwelche Zusammenstöße geschahen, während über den Alltag und über das friedliche Zusammenleben der Mangel an Quellen eher ein unzutreffendes Bild vermittelt. Es muss also berücksichtigt werden, dass wegen ihrer großen Anzahl die ethnischen und politischen Konflikte mit der deutschen Minderheit als außerordentliche Ereignisse in der Region angesehen wurden. Sie hatten deshalb eine unverkennbare, langfristige Auswirkung auf die Atmosphäre, die zu den Verfolgungsmaßnahmen in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre führte.

In meiner Arbeit versuche ich die Problemlage in der Schwäbischen Türkei vor allem im Spiegel noch unerschlossener Quellen darzulegen. Ziel ist nicht eine vollständige Präsentation aller Akten, sondern die Hervorhebung einiger Fälle, die ich für die Epoche und die Region für repräsentativ halte. Wichtig ist dabei zu berücksichtigen, wer die Verfasser der Dokumente waren, ob die Berichte schon damals oder erst nach 1945 verfasst wurden. Eine detaillierte Analyse dazu wäre jedoch ein Thema für eine zusätzliche Arbeit.

Der römisch-katholischen Kirche als Träger eines Großteils der Elementarschulen wurde von der ungarischen politischen Elite eine wichtige Rolle im Bestreben nach einer Assimilation der Minderheiten zuerkannt.[841] Die Auswahl der Sprache in der Kirche, besonders aber im Schulunterricht war ein zentrales Problem der Epoche. Es gab jedoch auch andere Bereiche, in denen von der Kirche eine Unterstützung der Assimilationsbestrebungen erwartet wurde. 1933 bat der Minister für Religion und Bildung die Bischöfe in der Angelegenheit der Popularisierung der Namensmagyarisierung um Hilfe – nämlich zur „*Schaffung einer in ihrer Seele und ihren Namen auch einheitlichen Nation*".[842] Die Diözese Pécs nahm auch zur Volkszählung 1941 Stellung. Es war umstritten, ob ein Bekenntnis zur deutschen Nationalität nicht gleichzeitig eine weltanschauliche Stellungnahme bedeutete, letztendlich war der Standpunkt des Bischofs jedoch, dass sich alle nach ihren Gewissen äußern sollten, „*niemand darf beeinflusst werden, für diese Stellungnahme darf*

[841] Siehe mehr dazu: SPANNENBERGER, Norbert: Die katholische Kirche in Ungarn 1918–1939: Positionierung im politischen System und „Katholische Renaissance". Steiner, Stuttgart, 2006, 137–158.
[842] PPL I. 1. B. 3062/1933.

10.15772/ANDRASSY.2019.005289

niemand einen Nachteil erleiden".[843] Der Erzbischof von Esztergom riet die Pfarrer vom Eintritt in den Volksbund jedoch ab, und diesen durften sie den Gläubigen auch nicht empfehlen.[844]

In vielen Fällen lässt sich aufgrund der Quellen nicht abklären, ob in einigen Gemeinden sich tatsächlich ethnische Konflikte ereigneten, oder die Behörden Phänomene als deutsch-ungarische Auseinandersetzungen interpretierten. So musste ein Fall 1942 in Kisdorog überprüft werden, wo der Pfarrer deutsche Schüler ohrfeigte. Der Fall wurde damit abgeschlossen, dass diese wegen ihres schlechten Verhaltens bestraft wurden, nicht wegen ihrer Nationalität – ein solcher Vorfall zeigt jedoch, welche Atmosphäre in der Gemeinde herrschte. Eine ähnliche Situation war es, als aus dem Emericanum[845] Unruhen dem Bischof gemeldet wurden. Im Mai 1940 verprügelten die Mitschüler einen Jungen, weil sein Vater seinen Namen magyarisieren ließ.[846] Ein Skandalfall war, als ein unbekannter Täter auf die Toilettenwand folgende Schrift malte: „*Sig heil Hothy le vele"* (sic!) (in sinngemäßer Übersetzung: Sieg Heil, weg mit Horthy).[847] Inwieweit diese Vorfälle bloße Schülerstreiche oder tatsächliche ethnisch-politisch motivierte Konflikte waren, ist fraglich. Die Reaktion des Schulpersonals zeigt jedoch, dass zu dieser Zeit solchen Fällen eine große Bedeutung beigemessen wurde, weil Konflikte mit der deutschen Minderheit bereits auf der Tagesordnung waren.

Viele Pfarrer betrachteten die Organisationen der Deutschen nicht wegen deren politischen Charakters als problematisch, sondern sie waren von der Abkehr der Gläubigen vom religiösen Leben irritiert, die aber nicht unbedingt mit der Kirchenfeindlichkeit der nationalsozialistischen Ideologie zusammenhing. Viele Beschwerden konzentrierten sich darauf, dass die Volksbund-Mitglieder eigene Veranstaltungen anstatt die Heilige Messe besuchten. Der Pfarrer von Nagyvejke berichtete am 1. Mai 1941 zum Beispiel empört darüber, dass sich die Gläubigen am Geburtstag von Adolf Hitler die Radiosendung eines deutschen Gottesdienstes anhörten, statt in die Kirche zu gehen.[848] In anderen Fällen machten die Priester sich wegen der Moral der Jugend Sorgen, nicht wegen ihrer politischen Ansichten. In Németbóly

[843] PPL I. 1. B. 1060/1941.
[844] PPL. I. 1. B. 3373/1940.
[845] Bischöfliches Internat in Pécs. Die Schule existierte von 1824 bis zum 1948.
[846] PPL I. 1. B. 1486/1940.
[847] PPL I. 1. B. 72/1942.
[848] PPL. I. 1. B. 1380/1941.

10.15772/ANDRASSY.2019.005290

berichtete der Pfarrer dem Bischof besorgt darüber, dass die jungen Volksbündler Zimmer anmieteten, was „*die Gefahr der moralischen Verwahrlosung in sich trägt*".[849]

Pál Sebő, der Pfarrer von Mágocs, hatte auch moralische Bedenken. Über den Landesjugendtag der Deutschen Jugend im Jahr 1941 trug er in die Historia Domus als Hauptproblem ein, dass die Jugendlichen mangelhaft bekleidet waren. „*Nicht nur die Burschen, sondern auch die Mädels trugen Turndresse. Die Burschen gänzlich, die Mädels teilweise ausgezogen*".[850] Das verzeichnete er, ohne sich zu dem politischen Inhalt der Gründungsfeierlichkeiten zu äußern. Der Pfarrer, der 1939 aus Cikó versetzt wurde, hatte schon Erfahrungen mit der deutschen „Minderheit", er war eine der geistlichen Führer, die das Verhalten der Gläubigen aufgeschlossen aufnahmen. Ab 1945 bereitete ihm immer große Probleme, dass er mit den deutschsprachigen Messen nicht gänzlich aufhören wollte, solange die Gläubigen darauf einen Anspruch hatten.[851]

Die Konfliktslage verschärfte sich besonders nach der Gründung von Volksbund-Ortsgruppen in den Gemeinden. Die Sprache in den Schulen und in der Kirche war Gegenstand immer heftigerer Streitigkeiten.[852] Die Pfarrer gerieten zwischen zwei Mühlsteinen. Der Zwiespalt zwischen dem Volkswillen und den Anweisungen der Hierarchie verbitterte ihre Arbeit und führte zu Konflikten mit den Gläubigen. Viele Pfarrer beschwerten sich verzweifelt über diese Lage, besonders im Rahmen einer Konskription 1942, die zentral vom Erzbischof von Esztergom verordnet wurde und in dem u. A. Auskunft über den Sprachgebrauch und über die Nationalitätenverhältnisse zu erteilen war.[853]

Die Berichte der Pfarrer widerspiegeln in vielen Fällen ihre persönliche Meinung zur Beurteilung des Volksbundes, der als Grundübel angesehen wurde, oft aber auch zur deutschen Minderheit. Der Pfarrer von Sárok berichtete über eine intensive Organisationstätigkeit, so dass die Gläubigen bereit waren, ungarisch zu sprechen, „*sie sind aber nicht ehrlich*". Der Pfarrer von Grábóc bezeichnete die Einheimischen als „*fanatische Deutschen*", in Závod waren „*politische Intrigen im Gange, die die deutsche*

[849] PPL I. 1. B. 3626/1940.
[850] Historia Parochiae Mágocs. Ohne Seitenangabe.
[851] PPL I. 1. b. 786/1945, 1286/1945, 1521/1945.
[852] Siehe zum Beispiel die Berichte über solche Fälle aus Egerág (PPL I. 1. b. 3572/1940.), Hird (PPL I. 1. b. 1069/1940.), Németbóly (PPL I. 1. b. 2998/1941.), Nagymányok (PPL I. 1. B. 166/1941), Kisdorog (PPL I. 1. B. 24/1942), Majs (PPL I. 1. B. 1567/1942.).
[853] PPL I. 1. B. 3818/1943.

10.15772/ANDRASSY.2019.005291

Bevölkerung begünstigte", in Zomba „*können die Gläubigen ungarisch, sie schüren jedoch Unruhen*". In Mecsekjánosi endete nach der Meinung des Pfarrers das friedliche Zusammenleben, das seit Stephan der Heiligen kennzeichnend war, „*nicht einmal bei den selben Familienmitgliedern kann von einer Assimilierung gesprochen werden, Dissimilation ist ein zu schwaches Wort: die Hölle herrscht hier, nichts anderes!"*.

In Püspöknádasd äußerte sich der Pfarrer in der mehrheitlich von deutschen Muttersprachlern bewohnten Gemeinde, nachdem er die Einführung der ungarischen Unterrichtssprache durchzusetzen versucht hatte und am Widerstand der Eltern gescheitert war,[854] folgenderweise:

> „Gegen die patriotistische Haltung der Einwohnerschaft konnte in der Vergangenheit kein Einspruch erhoben werden. Jetzt wegen der Wühlerei, wegen der Propaganda aus dem Ausland ist die Lage so, dass ein großer Teil der Bevölkerung hier lebt, ungarisches Brot isst, aber ihre Herzen und Seelen sind nicht hier, ihre Heimat ist nicht hier, sie jubeln den anderen zu und sie warten darauf, dass ihr schönster Traum wahr wird: der Niedergang von allem, was ungarisch ist, und der Einmarsch der deutschen Herrschaft."[855]

Die Situation in vielen Gemeinden wurde dadurch verschärft, dass die Bevölkerung Lehrer verlangte, die der deutschen Sprache mächtig waren, z. B. 1941 in Hird[856] und in Németbóly.[857] Der Bischof lehnte diese Bitten ab, d. h. die von der Bevölkerung abgelehnten Personen mussten weiterhin ihre Tätigkeit ausüben.

Ein sehr ernsthafter Fall ereignete sich 1938 in Kisvejke. Die Debatten um den Sprachgebrauch eskalierten so sehr, dass die deutschen Gläubigen damit drohten, zur evangelischen Konfession zu konvertieren, wenn sie keine deutschsprachige Heilige Messe bekämen. Die Lage verschärfte sich, als die Deutschen zusätzlich eine Neuverteilung der Sitzplätze in der Kirche verlangten. Das Gewohnheitsrecht zuvor war, dass die ungarischen Frauen – die zahlenmäßig in der Minderheit waren – in den ersten Reihen saßen, hinter ihnen waren den deutschen Frauen ihre Plätze zugeteilt, was

---

[854] MAKK Károlyné: Die Geschichte der Ungarndeutschen in Nadasch zwischen 1930 und 1950. In: STIRLING János (Hg.): Unser Schicksal. Bornus, Pécs, 2001, 5–120, hier 11.

[855] „Hazafias magatartásuk ellen nem merült fel a múltban kifogás. Nem volt példásnak mondható, de kilengésekről nem tudok. Most az izgatások, a külföldi propaganda alatt a helyzet az, hogy a lakósság igen nagy százaléka csak itt él, magyar kenyeret eszik, de szíve-lelke másutt van, hazája nem itt van, másnak drukkol és várja míg megvalósul legszebb álma: pusztulása mindannak ami magyar és a német uralom bevonulása". PPL I. 1. B. 3838/1943.

[856] PPL 1. b. 1069/1941.

[857] PPL 1. b. 2998/1941.

10.15772/ANDRASSY.2019.005292

die Deutschen nicht mehr dulden wollten. „*Wir wollen nicht, dass sie keine Plätze mehr haben, nur Gleichheit… wir denken so, dass wenn wir im Land alle Lasten zusammen tragen, dann verdienen wir auch in der Kirche Gleichheit.*”[858] Die Debatte artete derartig aus, dass die deutschen und ungarischen Frauen in der Kirche ausrasteten und handgemein wurden, deswegen schloss das Kirchenamt das Gebäude für mehr als ein Jahr.

Auch die reformierte Kirche war mit der „deutschen Frage” konfrontiert, obwohl in der Region die deutschen Gemeinden eher katholisch waren. Die reformierte Kirche stand gleichfalls im Dienste der Magyarisierung. Im September 1940 lobte der Schulinspektor in Babarc die Tätigkeit des Lehrers, weil er die Magyarisierung so gut betrieb, dass die katholischen Schüler aus der Umgebung auch nach Babarc kamen, um dort ungarisch zu lernen.[859] Die meisten Konflikte sind im Kirchenbezirk Tolna dokumentiert. Die Unterrichtssprache war auch dort eine heikle Frage, in mehreren Fällen verblieben die Lehrer trotz der ausdrücklichen Bitten der Eltern in den Schulen, die in der Magyarisierung gute Ergebnisse verzeichnen konnten, so zum Beispiel in Hidas.[860]

Für die Schule von Gyönk konnte nur schwerlich eine Lehrkraft eingeworben werden, die auch Deutsch konnte. Der Priester von Mórágy kommentierte den Fall so:

> „Ich werde meine Söhne nicht als Deutsche erziehen! Leider werden wir kaum 20 Kinder für den ungarischen Unterricht finden können, so muss ich eine andere Möglichkeit suchen, damit meine Söhne nicht lebenslänglich als Deutschen verpönt werden! Wenn diese noch Deutsche wären, aber sie sind keine Deutschen, keine Nationalsozialisten, sie sind bloße unzufriedene Elemente, deren kommunistische Entwicklung unverkennbar ist.”[861]

Pastor Benő Cseh aus Tengelic berief sich auf die „Nationalitätenfrage”, als er eine größere Summe als Reiseunterstützung vom Bischof beantragte: *„Ich diene als Pastor in einem Nationalitätengebiet. Ich muss mit voller Rüstung zur Schutz des angegriffenen Ungartums zur Verfügung stehen, weil die starke deutsche Organisierung die Ungarn in*

[858] PPL I. 1. B. 1290/1940.
[859] DRERL A/4. Unterlagen des Kirchenbezirks Felsőbaranya, Band 1940–1944, Protokoll vom 11. September 1940.
[860] DRE RL A/10. Unterlagen des Kirchenbezirks Tolna. 471/1941.
[861] „Én ugyan nem nevelek németet a fiaimból! Sajnos, aligha sikerül 20 gyermeket összeszednünk magyar tanításra, ugy, hogy kénytelen leszek majd más megoldást találni, hogy legalább a fiaim ne legyenek egész életükre németek közé kárhoztatva! Ha németek volnának, megjárná, de ezek sem nem németek, sem nem nemzeti szocialisták, hanem egyszerűen elégedetlen elemek, melyek kommunista fejlődési iránya kétségtelen.” DRE RL A/10. 458/1941.

10.15772/ANDRASSY.2019.005293

ihrer nationalen Gesinnung und rassischem Selbstbewusstsein bedrohen.'"[862] Er forderte darüber hinaus einen intensiveren Austausch zwischen den Priestern der Region, damit sie die Nation besser beschützen könnten.

Die Beschwerden einiger Priester aus den 1940er Jahren widerspiegeln die verbitterte Lage, so ein Brief des Priesters von Mórágy 1942:

> „Heutzutage kann man es mit einer besseren Besteuerung nicht versuchen, weil ich einen Sturm ernten würde. Bereits jetzt wünschen sie „alles Gute" dem „Pfarrer", vom Genickbruch bis Erhängen und Erschießung wünschen sie mir, weil ich nicht zu ihnen halte. Mein Sohn Laci übernahm jüngst ein Lehrmittel-Verzeichnis vom Kutscher, deswegen wurde das arme Kind von erwachsenen Mädchen beschimpft und mehrmals in den Schnee geworfen, deswegen war das Papier so schrecklich verknittert. So behandeln sie meine beiden Söhne. Gott wird das ihnen heimzahlen! Es wird noch die Zeit kommen, dass sie das bereuen, wenn sie dafür noch die Zeit haben werden! Ich bleibe hier und immer mehr Menschen halten zu mir!"[863]

Die kirchlichen Quellen bieten einen Einblick in viele Konflikte, die teils tatsächlich ethnisch geprägt waren. Interessanterweise veränderte sich in vielen Fällen die Haltung der Pfarrer und Priester nach dem Kriegsende den Deutschen gegenüber, viele standen für die Deutschen ein. In der zweiten Hälfte der 1940er Jahre beschwerten sich die anstelle der Deutschen in den Dörfern neu Angesiedelten sehr oft, dass die Pfarrer mit den Deutschen sympathisierten. Das konnte unterschiedliche Hintergründe haben, die Anteilnahme spielte jedoch sicherlich eine Rolle, „*weil die Mutter auch ihr krankes Kind am meisten liebt.*"[864]

Die weltlichen Behörden dokumentierten auch Konflikte in der Epoche, die in dem Zusammenleben verschiedener Ethnien wurzelten. In den administrativen Unterlagen wurde jedoch die persönliche Meinung und das Urteil der Verfasser nur selten notiert. Vorurteile waren jedoch an der Tagesordnung, weil sie durch die damalige Verwaltungspraxis vorprogrammiert waren. An die Spitze der Nationalitätengemeinden

[862] DRE RL A/10. 650/1941.

[863] „Viszont ma nagyobb kivetést megkísérelni sem lehet, mert szélvetéssel vihart aratnék. Hiszen így is „minden jót" kívánnak a „papnak" s a nyaktöréstől az akasztásig és agyonlövésig minden nekem szánnak, mert nem tartok velük. A Laci fiam vette át onnan a második sarkon pl. a kismórágyi tanszer-kimutatást a múltkor a kocsistól, aki behozta s szegény gyereket felnőtt leányok gúnyolták, többször egymás után beledobták a hóba, ezért nézett ki olyan csúf-gyűrötten az a papír. Ilyen módon bántak mindkét fiammal. Fizessen meg nekik az Isten! Eljön még az az idő, amikor megbánják ezt ha volna még rá idejük! Én itt maradok és mindig többen tartanak velem!" DRE RL A/10. Ohne Signatur, 13. März 1942.

[864] KFL I. 1. B. Hajós 4803/1949.

10.15772/ANDRASSY.2019.005294

wurden nämlich bewusst ungarische oder assimilierte Beamte ernannt, weil diese einerseits als zuverlässiger galten, andererseits waren sie besser dazu geeignet, um die deutschen Organisationen „objektiv zu beobachten" und eventuell zu bremsen. Sie waren Instrumente der Assimilierung der Minderheiten.

Eine Ausnahme ist eine Stellungnahme in einer Gerichtsverhandlung des Notärs von Püspöklak 1940, in dem er seine ehrliche Meinung nicht verbarg.[865] Als ein gewisser Peter K. betrunken sich über „*die Nation verunglimpfend äußerte*", kommentierte er dem Oberstuhlrichter ausführlich den Fall:

> „Er ist nicht mehr, als ein guter Germane, wer nicht agitiert, nicht intrigiert, er existiert einfach […] wie ein Fluch. Wir Notäre – die mit dem Volk leben – wissen genau, dass nur eine kleine Gelegenheit nötig ist, und dann kriecht der Germane heraus. […] Mich interessiert zum Beispiel die Rede von keinem, weil ich weder rassisch noch emotional oder kulturell eine Verbindung mit diesen Menschen fühle. […] … weil wir sie hassen und ich werde sie meinerseits immer hassen, egal, ob sie in Wien oder in Berlin sesshaft sind, weil sie hier und dort auch nur Germanen sind. [...] Ich weiß, dass ihnen die Bedeutung des schrecklichen Kampfes der heutigen Zeit bewusst ist. Sie wissen, dass die Zukunft der Germanen auf dem Spiel steht. Aber sie sind absolut vom germanischen Sieg überzeugt und sie glauben, was Herr Dr. Gussman gesagt hat, dass dieser Krieg den Sieg der Germanen bringt und die ungarischen Herren noch in den Arbeitslagern Steine hauen werden. Dank Gottes werde ich nicht dorthin gelangen, weil um mich herum alle Notäre die Germanen mit großer Liebe umsorgen werden, wenn die Zeit dazu gekommen ist."[866]

Der Notär wies auch darauf hin, dass er alles für Behinderung der deutschen Organisation tat:

---

[865] Das Dokument wurde nicht unterzeichnet, es ist aber davon auszugehen, dass der Verfasser dr. János Polster war.

[866] „Ő nem több mint jó germán, aki ezt tudja, nem agitál, ő nem szervez, ő egyszerűen van […] mint az átok. Mi jegyzők – akik közöttük élünk e népnek – tudjuk azt nagyon jól, hogy parányi alkalom kell és akkor kibúvik a germán.". Engem például egyiknek sem érdekel a beszéde, mert sem fajilag, sem érzésileg, sem kulturában nem érzek semmiféle nexust sem ezekhez az emberekhez, sem pedig a fajtájukhoz.[...] Volt is ok, mert hisz gyűlöltük s a magam részéről is mindig is gyűlölni fogjuk, akár Bécsben székel, akár Berlinben, mert itt is ott is csak germán az. [...] Tudom s látom rajtuk, hogy tudatában vannak a mostani idők szörnyű küzdelmének a jelentőségével. Tudják azt, hogy a germánság jövője a tét. Viszont az is igaz hogy szentül meg vannak győződve a germán győzelemről s hiszik azt, amit Dr. Gussman úr mondott, hogy ez a háború a germánság győzelmét hozza s fognak még a magyar urak az „Arbeits Láger"- okban követ törni. Hála Istennek én nem kerülök oda, mert velem együtt az összes jegyzőkről nagyobb szeretettel gondoskodik a germánság annak idején." MNL BML IV. 423. A. 44/1940.

10.15772/ANDRASSY.2019.005295

„…im Gegenteil dazu reize ich die Magyaren in Geresd und Maráza mit unendlichem Ressentiment und bringe sie zu glauben, dass die Germanen den Krieg nicht gewinnen werden. Wir rechnen mit ihnen ab, weil der gute Gott dieses Land uns gab, wir erhielten es und auch wenn es zum „Lebensraum" gehört, wir werden es beschützen, weil wir keine Polen sind."[867]

Der Fall endete übrigens mit einer Amnestie.

Eine solche offene Stellungnahme war sehr selten zu dieser Zeit, weil die ungarischen Behörden ermahnt wurden, vorsichtig und rücksichtsvoll in solchen Fällen vorzugehen. In den Akten sind also höchstens kleine Hinweise darauf zu finden, dass die Notäre und andere Beamte mit den Deutschen nicht sympathisierten. Darauf lässt auch eine Aufzeichnung der Lehrerin von Györköny, Ilona Vajda 1943 schließen: „*Ungarn, ungarische Knechte halten es nicht lange in deutschen Dörfern aus. […] In diesem Volk ist eine Antipathie den Ungarn gegenüber, und umgekehrt, obwohl so wie ich höre, sind da die Györkönyer noch sehr mild. Das können wir nie bewältigen."*[868]

Bei den nachträglich verfassten Unterlagen ist schwer zu beurteilen, inwieweit diese auf die veränderte politische Situation reagieren oder die ehrliche Meinung der Behörden widergeben. Kálmán Dömös, der Oberstuhlrichter des Bezirks Hegyhát beurteilte Ende 1945 die Einwohner des Bezirks, dass „*vor einem Jahr diese Gemeinden bereit waren, nicht nur zum Komitat Baranya, sondern zu ganz Ungarn illoyal zu sein und ihre offene Absicht war die Trennung vom Land und ihr Anschluss an Deutschland."*[869]

Viel radikaler äußerte sich Mihály Keresztes, der Notär von Szárazd am 11. Juli 1945, als die Gemeindevorstände überprüft wurden. Zu dieser Zeit musste er sich auch neuen Erwartungen anpassen, einige Elemente seiner Aussage sind jedoch bemerkenswert: „*Ab dem 20. Januar 1935 war ich, als ungarischer Mann Obernotär eines rein schwäbischen Dorfes. Ich spreche weder deutsch noch schwäbisch. Während meiner Tätigkeit war ich seitens der schwäbischen Bevölkerung vielen Unannehmlichkeiten ausgesetzt*."[870] Wenn er die Wahrheit sagte, war seine Ernennung zum Notär gesetzwidrig, weil in den Ortschaften der Nationalitäten die Aneignung der

[867] „…én ezzel szemben Geresden s Marázán élő magyarságba viszek bele mérhetetlen ellenszenvet s mérhetetlen hitet arra, hogy a germánság nem fogja a háborút megnyerni s le fogunk számolni velük, mert ezt a földet a Jó Isten nekünk adta, ezt mi tartottuk meg s ezt legyen bár a „Lebensraum"-ba tartozó, mi meg is védelmezzük, mert mi nem vagyunk lengyelek." MNL BML IV. 423. A. 44/1940.
[868] BRUNN, János: Györköny. Egy falu a történelem sodrában. Györköny, 2012, 81.
[869] MNL BML IV. 420. B. 6082/1946.
[870] MNL TML 114. A. 318/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005296

Nationalitätensprache eine verpflichtende Voraussetzung war.[871] Keresztes führte ferner detailliert seine deutschfeindliche Tätigkeit aus:

> „Ein Disziplinarverfahren wurde gegen mich eingeleitet [...], weil ich mich vor den Schwaben aus Szárazd folgenderweise äußerte: „[...] dieser schmutzige Schmierer [Adolf Hitler – *die Autorin*] macht Ungarn kaputt, diesen Krieg verlor er seit langem, aus Osten werden sie die Russen, aus Westen die Engländer zerstören. Die Schwaben werden dann aus dem Gebiet Ungarns weggeschafft."
>
> Auf amtliche Aufforderung lehnte ich die Aneignung der schwäbischen Sprache offiziell ab, und bat darum, dass wenn die Behörden darauf bestehen, ich lieber in Rente gehe.
>
> In Hőgyész hielte ich eine Rede auf einem Kasinoabend, wo ich folgendes sagte: „Alle, die Mitglieder der Folkszbundsorganisation (sic!) sind, sind Landesverräter und mit ihnen werden wir mit schwerer Faust abrechnen. „ [...]
>
> In Szárazd organisierte ich gegen die Deutschen eine Widerstandsgruppe, alle Mitglieder traten in die Treuebewegung ein und verfolgten die Bestrebungen des Volksbundes."[872]

Ähnliche Aussagen wurden 1945 wahrscheinlich in mehreren Gemeinden protokolliert, dessen Wahrheitsgehalt in dieser Arbeit nicht überprüft werden kann. Unzweifelhaft ist jedoch, dass in den 1940er Jahren in vielen mehrheitlich deutschen Gemeinden schwere Konflikte zwischen den ungarischen Behörden und der deutschen Minderheit entstanden. Die Verzweiflung der Ungarn wurde nach der deutschen Besatzung im März 1944 verstärkt, damals hatten sie noch weniger Mittel, um die deutsche Mobilisierung abzubremsen. Die „deutsche Frage" hinterließ schwere Spuren, die besonders in dieser Region nicht außer Acht gelassen werden dürfen, wenn die Deportation in die Sowjetunion ab Ende 1944 untersucht wird.

---

[871] Siehe dazu das Gesetz Nr. II. vom Jahr 1924 über die Sicherung des Sprachgebrauches der Minderheiten in öffentlichen Ämtern. https://net.jogtar.hu/ezer-ev-torveny?docid=92400002.TVI&searchUrl=/ezer-ev-torvenyei%3Fpagenum%3D48 (Abruf: 22. 7. 2018).

[872] „Fegyelmi eljárás indult ellenem [...], mert a következő kijelentéseket tettem a szárazdi sváb lakosság előtt: „[...] az a piszok mázoló [Adolf Hitler – die Aut.] tönkreteszi Magyarországot ezt a háborút már régen elvesztette keletről az oroszok és nyugatról az angolok fogják összeroppantani. A svábokat pedig Magyarország területéről ki fogják szállítani." Hatósági felszólításra a sváb nyelv elsajátítását hivatalos jelentésben megtagadtam és kértem, hogy ha a hatóság ehhez ragaszkodik inkább nyugdíjba vonulok. Hőgyészen egy kaszinó vacsorán beszédet mondottam, hol a következő kijelentéseket használtam: „Mindazok, akik a Folksbundszervezet tagjai hazaárulók és azokkal még sulyos ökköllel fogunk leszámolni." [...] Szárazdon a németekkel szemben egy ellenállási csoportot szerveztem, mely szervezet valamennyi tagja belépett a hűségmozgalomba és állandóan üldözte a Folksbund törekvéseket." MNL TML 114. A. 318/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005297

7.4 Die Durchführung der Deportation

In der Region Schwäbische Türkei war die Durchführung der Deportation während der gesamten zur Verfügung stehenden anderthalb Monaten im Gange. Da die Rote Armee das Gebiet nur einige Wochen vor dem Erlass des Beschlusses Nr. 7161. vom 16. Dezember erobert hatte, verfügte sie über nur wenige Möglichkeiten zur gründlichen Vorbereitung.

Lavernti Berija erhielte die ersten Ergebnisse der zahlenmäßigen Erfassung der deutschstämmigen Bevölkerung aus den fünf betroffenen Ländern (Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien, Ungarn, Tschechoslowakei) am 5. Dezember 1944.[873] Es ist sehr unwahrscheinlich, dass diese Zahlen die deutschstämmige Bevölkerung der Schwäbischen Türkei berücksichtigten, so dass die sowjetischen Akteure ein paar Tage nach der Besatzung der Region über diese Informationen schon verfügt hätten. Das heißt, diese wussten Anfang Dezember 1944 wahrscheinlich noch gar nicht, dass es in der Region, in der sie ein Drittel aller Deportierten Ungarns rekrutieren sollten, eine deutsche Bevölkerung gab.

Die Erfassung, die Zusammenschreibung und der Abtransport von mehr als zehntausend Personen erfolgten also binnen anderthalb Monate. Ein günstiger Umstand war, dass es in dieser Region keine Kämpfe zur Zeit der Deportation gab. Es ist trotzdem offensichtlich, dass die 3. Ukrainische Front nicht über die Kapazitäten zu einer Aktion dieses Volumens parallel zur Belagerung von Budapest verfügt hätte, so dass sie auf die wesentliche Unterstützung seitens der ungarischen Behörden angewiesen blieb.

Fraglich ist, welche Personen zu dieser Zeit an den Spitzen der Gemeinden standen. Da in der Schwäbischen Türkei keine größeren Kampfhandlungen erfolgten, evakuierten die deutschen und ungarischen Truppen nur in Ausnahmefällen (z. B. in Mohács).[874] Der Teil der Bevölkerung, der nicht vor der Roten Armee flüchtete oder nicht als Soldaten an der Front kämpfte, blieb in den Gemeinden, wie auch die Gemeindevorstände. Auf Anweisung der sowjetischen Akteure gab es mehrere

[873] POLJAN, Against, 2004, 249–250.

[874] Siehe näher dazu die Erzählung des römisch-katholischen Pfarrers, von János Tihanyi. Er arbeitete kurz nach den Ereignissen seine Erfahrungen in schriftlicher Form auf, diese Arbeit wurde jedoch nicht publiziert. Sein Manuskript ist im Bestand des Stadtmuseums von Mohács zu finden. Siehe: TIHANYI, János: Mohács város 32 napi aknázása és a város kiürítése. Manuskript. Mohács, 1945, 23-27.

10.15772/ANDRASSY.2019.005298

Personenwechsel auf Komitats- und Bezirksebene, während die Gemeindeebene meist unverändert blieb.

In einigen Gemeinden etablierten sich provisorisch südslawische bzw. kommunistisch geprägte Verwaltungen (z. B. in Dunaszekcső), wie auch in der Region Bács-Kiskun, hier waren diese jedoch Ausnahmefälle. Es ist auch bekannt, dass einige Amtsträger Ende 1944 die Flucht ergriffen, wie der Oberstuhlrichter des Bezirks Völgység, Dr. Károly Szelényi. Laut seines Berichts vom 18. Dezember 1944 übernahm die Administration im Bezirk auf Befehl des Militärkommandanten Dr. Miklós Pirkner. Er berichtete auch darüber, dass die Leiter der Gemeinden im Amt blieben.[875] Ähnlich war die Lage in den meisten anderen Bezirken, so war die persönliche Kontinuität der Amtspersonen vor und nach dem Kriegsende in den meisten Fällen gegeben.

Obwohl in der Fachliteratur häufig behauptet wird, dass es am 22. Dezember 1944 die erste Gemeinde Babarc war, in der die Deportation verkündet wurde,[876] untermauern die Quellen diese These nicht. In Kenntnis der Ausführung der Deportation ist anzunehmen, dass es gar keine „erste Gemeinde" geben konnte, weil der Befehl auf Bezirksebene verkündet wurde. Die sowjetischen Truppen gründeten Militärkommandanturen in den Bezirkszentren, und von diesen aus reorganisierten sie das Leben der Bevölkerung und erließen die verschiedenen Befehle, auch zur Deportation.

In den meisten Fällen beauftragten die sowjetischen Kommandanten um den 20. Dezember die Oberstuhlrichter mit der Zusammenschreibung der deutschstämmigen Bevölkerung. Das geschah mündlich, deswegen kann nicht ermittelt werden, ob sie dabei tatsächlich von einer „deutschen Abstammung" sprachen, oder von deutscher Nationalität oder Muttersprache. Diese Konskription dauerte mehrere Tage lang, so ist die Annahme realistisch, die in vielen Zeitzeugenberichten eine Rolle spielt, dass der Deportationsbefehl in den Gemeinden am Tag nach Weihnachten verkündet wurde. Als die Listen fertig waren, wurden die entsprechenden Personen zur Meldung aufgefordert – mit Trommelschlag, mit Plakaten oder mit persönlicher Aufforderung.

Die ausgewählten Personen mussten mit festgelegter Ausrüstung sich an einem Sammelpunkt melden, wovon sie zu der sowjetischen Sammelstelle im Bezirkszentrum

[875] MNL TML IV. 404. B. 19463/1944.
[876] BOGNÁR, Itt, 2015, 53.

10.15772/ANDRASSY.2019.005299

begleitet wurden. Hier mussten sie einige Tage lang warten, während die Angehörigen in mehreren Bezirken dazu aufgerufen wurden, fehlende Ausrüstung nachzuholen. Das lässt darauf schließen, dass die sowjetischen Akteure spätestens in den Bezirkszentren den ungarischen Behörden mitteilten, dass sie diese Menschen in die Sowjetunion verbringen würden. In den Sammelstellen der Bezirke wurde eine medizinische Untersuchung durchgeführt, die Arbeitsunfähigen wurden aussortiert, während die restliche Gruppe in die zentralen Sammellager geschickt wurde. Solche Lager existierten in Szekszárd und in der Lakits-Kaserne in Pécs. In diesen Lagern versammelten sich mehr als tausend Menschen, die erst im Januar abtransportiert wurden.

Im letzten Drittel des Monats Januar 1945 begann eine neue Welle der Deportation in der Region. Warum diese notwendig war, ist ohne Kenntnis der sowjetischen Quellen nicht feststellbar. Wahrscheinlich hing diese jedoch mit der Anzahl zusammen, so wie in anderen Regionen auch. Im Rahmen dieser zweiten Welle mussten die ungarischen Behörden zusätzliche Listen zusammenstellen. Die Auswahlkriterien wurden von den Sowjets so verändert, dass auch Personen in die Listen eingetragen werden konnten, die vorher von der Aktion nicht betroffen waren.

Im Rahmen der zweiten Welle wurden trotzdem nur wenige Personen deportiert. Der Grund dafür ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass die ungarischen Behörden nicht mehr kooperativ waren. Sie hatten die Personen, die sie für Deutschen hielten, bereits ausgeliefert. Ende Januar hätten sie eine neue Gruppe aus den Einwohnern rekrutieren müssen, die sie bis dahin – oft unabhängig von einer deutschen Abstammung – erfolgreich von der Deportation bewahrt hatten. Andererseits ging es auch den sowjetischen Akteuren nicht darum, diese zweite Welle ernsthaft durchzuführen. Im Komitat Baranya verlangten sie zum Beispiel zusätzlich die Rekrutierung von 4.000 Personen. Wenn sie die gleiche Methode angewandt hätten wie die Truppen in der Region Nordostungarn – also Gefangennahme und Deportierung aller Personen der festgelegten Jahrgänge ohne Vorwarnung –, hätten sie diese hohe Zahl wahrscheinlich erreichen können. Die zweite Welle wurde jedoch vorzeitig eingestellt, wahrscheinlich wegen logistischer Gründe: die große geografische Entfernung, das Fehlen der

10.15772/ANDRASSY.2019.005300

Donaubrücken, die beschädigte Eisenbahnlinien[877] ermöglichten nicht, noch tagelang auf die Aushebung weiteren Personen zu warten und diese rechtzeitig abzutransportieren.
Ende Januar wurde daher die letzte Gruppe in geschlossenen Viehwaggons in die GUPVI-Lager losgeschickt. Im Folgenden werde ich die Besonderheiten der zwei Deportationswellen in der Schwäbischen Türkei untersuchen.

Am bestens lässt sich der Vorgang der Deportation im Komitat Somogy überblicken, weil der Befehl nur in einem kleineren Teil des Komitats durchgeführt wurde. Das zeigt, dass die sowjetischen Akteure das Kriterium des Beschlusses Nr. 7161. ernst nahmen, so dass sie nur von dort Menschen deportierten, deren deutsche Abstammung sie feststellen konnten.
In den ersten Tagen der Deportation gab es keine Spuren davon, dass die Sowjets auf die Hilfe der ungarischen Behörden angewiesen waren. Letztere mussten nur ein Plakat mit dem Befehlstext aushängen und die Verordnung verkünden. Am 26. Dezember 1944 erschien in Szigetvár der Befehl, der die Nummer 3 trug.[878] Darin wurde verkündet, dass sich am nächsten Tag um 2 Uhr „*jede arbeitsfähige Personen deutscher Nationalität*" in der Jungenschule am Rákóczi Weg zu melden hatten, Frauen von 18 bis 30, Männer von 17 bis 45 Jahren. Alle durften Gepäck bis 200 kg mitnehmen, und diejenigen, die ihrer Meldepflicht nicht folgten, wurden mit Strafe bedroht. Der Befehl wurde zweisprachig aufgehängt, die deutsche Version trug den Titel „*Mobilisierung arbeitsfähiger Personen deutscher Abstammung zwecks Wiederaufbauarbeiten im rückwärtigen Frontgebiet*". Auffällig ist der Unterschied, dass in den ungarischen Unterlagen von Nationalität, in dem deutschen Befehlstext aber von Abstammung die Rede war, und dass das Ziel der Deportation wenn auch sehr unbestimmt, aber erwähnt wurde.
Aus mehreren Gemeinden hatten sowjetische Akteure bereits früher Zivilisten rekrutiert. In diesen Fällen wählten wahrscheinlich sie selber die Betroffenen vor Ort aus, sie mussten also damals schon über Informationen verfügen, wo eine deutsche

[877] Zum Zustand der Eisenbahnlinien siehe: PÉTERFFY, Gergely: A Dél-Dunántúl vasúti közlekedése a II. világháború után. In: BALLABÁS, Dániel (Hg.): Mozaikok a 18–20. századi magyar és egyetemes történelemből. PhD-hallgatók V. konferenciája. 2016. május 6. Líceum, Eger, 2017, 179–202.
[878] MNL SML V. 301. 69/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005301

Bevölkerung lebte. In Bőszénfa begann die Deportation am 25. Dezember,[879] aus Kiskeresztúr wurden die „*arbeitsfähigen und deutschstämmigen Frauen und Männer Ende Dezember*" nach Pécs gebracht. In Németlad musste der Gemeindevorstand am 23. Dezember die „deutschen Einwohner" zusammenschreiben, die von den Sowjets am 26. Dezember weggebracht wurden. Eine Zeitzeugin aus Boldogasszonyfa berichtete, dass sie zu Weihnachten durch Trommelschlag erfuhr, dass sie „zur Arbeit muss".[880] In Sérsekszőlős begann die Deportation ebenso um Weihnachten.[881]

Die zweite Welle folgte mehrere Wochen später. Am 17. Januar verordnete Major Zaharoff, der Militärkommandant des Komitats und von Kaposvár bei dem Vizegespan, Pál Stephaich, eine Konskription. „*Bis zum 20. Januar muss die deutschstämmige Bevölkerung in dem Komitat zusammengeschrieben werden*".[882] Die Altersgrenzen blieben die gleiche, das erlaubte Gewicht des Gepäcks war jedoch 20 kg. Der Vizegespan sandte am 19. Januar den Gemeindevorständen den Befehl etwas erweitert zu. Diese weitergeleitete Version begann damit, dass die deutschstämmigen Zivilisten zu erfassen sind, wie genau, dazu gab er zusätzliche Richtlinien:

> „Auf dem Verzeichnis müssen die Familien- und Nachnamen am genausten angeführt werden, bei verheirateten Frauen der Mädchenname und die genaue Wohnadresse. Bei der Feststellung, wer als deutschstämmig gilt und wer nicht, ist einzig und allein die Geburt als deutscher Muttersprachler richtungsweisend. Es kann also nicht berücksichtigt werden, ob die Person sich damals bei der Volkszählung zur ungarischen Muttersprache bekannte, ob er Mitglied des Volksbundes war oder nicht."[883]

Ob diese Ergänzung vom Vizegespan stammte, oder auf Anweisung der sowjetischen Kommandanten erfolgte, ist fraglich. Die Ignorierung der Volkszählungsergebnisse und der Tatsache, dass die Betroffenen Volksbund-Mitglieder waren, scheint eher den Erwartungen der sowjetischen Akteure zu entsprechen, die damals bereits erfuhren, dass

[879] MNL SML IV. 405. B. 380/1945.
[880] MÁRKUS, Messze, 2013, 75.
[881] REITINGER, Heinrich: Sérsekszőllös. Geschichte einer deutschen Gemeinde der Schwäbischen Türkei. Selbstverlag, München, 1959, 26.
[882] MNL SML IV. 405. B. 380/1945.
[883] „Az összeíráson fel kell tüntetni a legpontosabban a családi és utónevet, férjezett nőknél a leánykori nevet s a pontos lakáscímet. Annak megállapításánál, hogy ki tekintendő német származásúnak s ki nem, egyedül s kizárólag a német anyanyelvűnek való születés az irányadó, nem lehet figyelembe venni tehát azt, hogy annak idején a népszámlálásnál az illető magyar anyanyelvűnek vallotta-e magát, vagy a Volksbundnak tagja volt-e, vagy nem." MNL SML IV. 405. B. 380/1945.; MNL SML V. 286 42/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005302

die ungarischen Behörden bei der Feststellung der Abstammung automatisch nach derartigen Kriterien urteilten. Die Kategorie „Geburt" ist ein direkter Hinweis auf die „Abstammung", jedoch im Kontext einer „Geburt als deutscher Muttersprachler" äußerst absurd. Vermutlich beging hier der Dolmetscher einen Fehler, oder sogar zwei, weil das erlaubte Gewicht des Gepäcks nachträglich von 20 auf 200 kg korrigiert wurde.

Der Vizegespan meldete sich am 18. Januar mit einer weiteren Ergänzung bei den Oberstuhlrichtern, in der er mitteilte, dass diese Personen zur Arbeit bestimmt waren, deshalb die Mitnahme geeigneter Ausrüstung essentiell wichtig war. Als Folge dieser Verordnung begann erneut die Anfertigung von Verzeichnissen. Die Gemeinden, in denen die Deportation bereits durchgeführt worden war, informierten den Vizegespan nunmehr darüber. Sie erkannten also, dass das Ziel der ersten und zweiten Welle der Deportation identisch war und sie protestierten auf diese Weise dagegen, dass die sowjetischen Akteure noch mehr Menschen zur Arbeit abtransportieren wollten. Ihr Widerstand zeigte sich darin, dass sie keine neuen Listen schickten, sondern Verzeichnisse von Personen, die früher schon deportiert worden waren.[884]

In anderen Gemeinden entstand damals erstmals eine Liste über die deutsche Bevölkerung. So zum Beispiel im Ort Somogyhárságy, in der am 24. Januar 77 Einwohner von Somogyhárságy und Kishárságy erfasst wurden. Bei jeden einzelnen Person wurde geprüft, ob diese als „*Personen zu betrachten ist, die als deutsche Muttersprachler geboren ist*".[885] Anscheinend ließen sich die Gemeindeleiter nicht lange durch diese absurde Kategorie stören, sie fanden schnell einen brauchbaren Weg der Interpretation. Am 26. Januar schickten sie in einem handgeschriebenen Brief zu der Liste folgende Erklärung:

> „Hochachtungsvoll melde ich, die Personen, die als deutsche Muttersprachler geboren sind, also die Tochter Margit und der Sohn György von György Stecher lernten erst ungarisch und dann deutsch von ihrer Mutter. Endre Kneidl lernte zuerst ungarisch, er kann nur wenig Deutsch. András Heinz lernte ungarisch und

[884] Siehe zum Beispiel in Bőszénfa: MNL SML V. 301. 69/1945 und in Bonnya und Bonnyapuszta: MNL SML V. 269 35/1945.
[885] MNL SML V. 290 60/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005303

deutsch, sein Vater war derjenige, der die deutschsprachige Liturgie von der Diözese erzwang."[886]

Mit welchen Personen welche Sprache ihre Mütter zuerst sprachen, war ein reines, willkürliches Herumrätseln, was für die sowjetischen Akteure gar nicht nachprüfbar war. Die ungarischen Behörden hatten also freie Wahl, wen sie als „*gebürtige deutsche Muttersprachler*" in ihre Liste aufnahmen. Dieser Freiraum wurde aber nicht zum Widerstand ausgenutzt – solche Listen wurden tatsächlich erstellt und den Sowjets übergeben.

Am 18. Januar erfasste der Gemeindevorstand von Ecseny auch die Einwohner nach Nationalität. Sie markierten dabei die Mitglieder des Volksbundes, ferner eine Gruppe mit dem Buchstaben N (wie német = deutsch) was bedeutete, dass diese Personen „*zu deutschsprachig erklärt, für die Russen im Verzeichnis erfasst"* wurden.[887] Am 19. Januar mussten sich diese Personen unter Androhung einer Exekution in Andocs melden, sie erhielten ein Formular, in dem für sie aufgelistet wurde, was sie mitnehmen sollten.[888]

Die Tatsache, dass die Deportation in zwei Wellen durchgeführt war, ist auch in den Erlebnisberichten festgehalten. In Szorosad erinnert sich ein Zeitzeuge:

„Der 21. Januar 1945 war dieser berüchtigte Tag. Wir versammelten uns in der Schule in Törökkoppány. […] Zuerst waren wir nicht in der Liste, nur die Volksbündler mussten gehen. Einige konnten sich auch heraushalten. Die eine sagte, dass sie ein kleines Kind hat, die andere, dass die Eltern nicht mehr leben und sie ihre Großeltern alleine unterhält. Am Ende fand der russische Offizier die Anzahl der Gruppe äußerst gering, die er nach Koppány begleitete."[889]

Laut der Erzählung führte der Offizier am Ende die ganze Bevölkerung entsprechenden Jahrgangs vor. Das ist angesichts der Tatsache sehr unwahrscheinlich, weil die Anzahl

[886] „Tisztelettel jelentem, a német anyanyelvűnek születetteknek, vagyis Stecher György fiát és lányát, Györgyöt és Margitot előbb magyarul és azután németül tanította anyja beszélni. Kneidl Endrét magyarul tanította, nagyon gyengén beszél németül. Heinc Andrást, aki magyar és németül tanult, apja volt az, aki a német nyelvű litániát kierőszakolta az egyházmegyétől." MNL SML V. 290. 60/1945.
[887] MNL SML V. 239. 4/1945.
[888] MNL SML V. 239. 11/1945.
[889] „1945. január 21. Volt az a nevezetes nap. Törökkoppányban az iskolában gyülekeztünk. […] Az első összeírásba mi nem estünk bele, mert a parancs szerint csak a volksbundistáknak kellett menniük. Néhányan azok közül is ki tudták húzni magukat. Egyik arra hivatkozott, hogy kisgyermeke van, a másik, hogy a szülei nem élnek, és a nagyszüleit neki kell eltartania. Végülis az orosz tiszt igencsak kevesellte azt a néhány embert, akit estére átkísértek Koppányba." SIPOS, Imre: Amiről hallgatni kellett. „Malenkij robot" a Szovjetunióban. Miklósi, 2000, 13–14.

10.15772/ANDRASSY.2019.005304

der Deportierten aus der Gemeinde 25 betrug, während die Gesamtbevölkerung 1941 378 Personen zählte.

Im Komitat Tolna wich die Deportation von der in den anderen Komitaten der Schwäbischen Türkei insofern ab, dass dort Ende Januar 1945 auch der Befehl zu einer zusätzlichen Rekrutierung erlassen wurde, diese zweite Welle der Deportierung jedoch nicht mehr stattfand. Die Aushebung der deutschen Zivilbevölkerung begann Ende Dezember 1944 und endete bereits im ersten Drittel des Januars. Die zweite Welle fiel hier wahrscheinlich deswegen aus, weil bereits im Rahmen der ersten Aktion eine sehr große Anzahl erreicht werden konnte.

Im Komitat Tolna dokumentieren die Archivunterlagen, dass die sowjetischen Besatzungstruppen die lokalen ungarischen Behörden außergewöhnlich grob und gewaltsam behandelten. Am 6. Januar 1945 berichtete zum Beispiel Sándor Senye, der Bürgermeister der Stadt Szekszárd dem Vizegespan Kálmán Klein, dass er und die anderen Beamten am vorherigen Tag zur Zwangsarbeit beordert wurden.[890] Das Ziel der sowjetischen Akteure war wahrscheinlich deren Einschüchterung, denn die Büroangestellten waren sicherlich nicht die geeignetsten Personen für eine physische Arbeit.

Die sowjetischen Akteure schüchterten die ungarischen Behörden in der Anfangszeit der Besatzung bewusst ein. Im Zusammenhang der Deportation wurden auch Fälle dokumentiert, in denen Gemeindeleiter mit Waffengewalt bedroht oder gar misshandelt wurden. Der Notär von Györköny berichtete dem Obergespan am 8. Januar, dass er zur Unterstützung der Arbeit „*der russischen Truppe, die die Volksbund-Mitglieder rekrutierte*" Beamte beorderte, die aber gleichfalls gefangen genommen und verschleppt wurden.[891]

Es lässt sich nicht gänzlich abklären, auf welchem Weg die sowjetischen Akteure erfuhren, dass der Anteil der deutschen Bevölkerung im Komitat Tolna sehr hoch war. Sowohl in dem Registerbuch des Vizegespans als auch in dem mehrerer Gemeinden ist eine „Volkszählung" unmittelbar nach der sowjetischen Besetzung erwähnt, ihr Zeitpunkt ist aber unklar. Im Aktenbestand des Vizegespans sind einige Verzeichnisse

[890] MNL TML IV. b. 404. 54/1945.
[891] MNL TML IV. 401. B. 53/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005305

aus den Gemeinden zu finden,[892] in denen u. A. Angaben zur Nationalität der Einwohner gemacht wurden. Diese gingen aber erst im Frühling 1945 ein, so konnten sie bei der Deportation keine Rolle gespielt haben.

Die verschiedenen Quellen enthalten auch sehr unterschiedliche Auskünfte darüber, wann genau die Deportationen begannen. Wahrscheinlich dauerte dieser Vorgang länger an, und die Aushebung der Deportierten erfolgte je nach Gemeinde zu einem unterschiedlichen Zeitpunkt. In den Zeitzeugenberichten wird als frühester Zeitpunkt der Weihnachtstag erwähnt, in den schriftlichen Unterlagen sind spätere Termine dokumentiert. Diese Diskrepanz lässt sich vielleicht damit erklären, dass die Verkündung des Deportationsbefehls „am Tag nach Weihnachten" ein Topos des „Malenkij robot"-Narrativs ist, der auch von Zeitzeugen übernommen wurde, die sich in der Tat an den genauen Zeitpunkt ihrer Aushebung nicht mehr erinnern können.

Am 28. Dezember verordnete der Militärkommandant von Szekszárd, Davidov, in seinem Befehl Nr. 5 „*die Mobilisierung der deutschstämmigen, arbeitsfähigen Personen zur Arbeit im unmittelbaren, rückwärtigen Frontgebiet*"„.[893] Die Verordnung wurde gemäß dem „*Befehl Nr. 0060. der kämpfenden Armee vom 22. Dezember 1944 über die Organisation und Durchführung der Arbeit im rückwärtigen Frontgebiet"* verkündet. Der Befehl Nr. 0060. wird in der ungarischen Fachliteratur sehr oft als Ausgangspunkt der Deportation angesehen,[894] obwohl ihr Inhalt ohne sowjetische Quellen gar nicht bekannt sein konnte. In anderen Deportationsregionen wurde auf diesen Befehl nicht hingewiesen, dieser war keine landesweite Verordnung, sondern wahrscheinlich nur ein zusätzlicher Befehl zum Beschluss Nr. 7161. des sowjetischen GKO für die 3. Ukrainische Front.

Gemäß dem Befehl sollten sich „*alle arbeitsfähige, deutschstämmige Personen*" mit höchstens 200 kg Gepäck melden. Die Altersgrenzen waren hier auch von 18 bis 30 für Frauen, und von 17 bis 45 für Männer. Die ungarischen Behörden hatten dafür zu sorgen, dass die entsprechenden Personen ihrer Meldepflicht nachkamen. Taten sie das nicht, wurden ihnen ein Kriegsgerichtsverfahren angedroht, oder die Bestrafung der

[892] MNL TML IV. B. 404. 4/1945.
[893] MNL TML IV. B. 417. B. 95/1945.; HERNER, László: Mőcsény története. Mőcsény, 2011, 110.
[894] Das markanteste Beispiel dazu ist, dass Zalán Bognár und Judit W. Müller 2017 einen Band mit dem Titel „A 0060-as parancs" (Der Befehl Nr. 0060) veröffentlichten, indem sie mit der Deportation der deutschen Minderheit auseinandersetzten. Siehe: BOGNÁR – MÜLLER, A 0060-as, 2017.

10.15772/ANDRASSY.2019.005306

Familienmitglieder. Die sowjetischen Aktuere warteten nicht überall ab, bis sich die Einwohner meldeten, in einigen Gemeinden wurde dokumentiert, dass sie die ausgewählten Personen bereits am 28. Dezember mitnahmen (so z. B. in Felsőnána[895]).

Im Zentrum des Bezirks Völgység wurde der Befehl als Plakat ausgehängt, die Gemeindeleiter wurden vom Oberstuhlrichter benachrichtigt, dass sie die Einwohner über ihre Meldepflicht informieren sollten. Die Gemeindevorstände mussten den Befehl nicht nur verkünden – also die Einwohner konnten nicht selber entscheiden, ob sie sich als „deutschstämmig" betrachten und melden sollten. Die ungarischen Behörden wählten die Personen aus, auf die sie den Befehl bezogen, und informierten diese darüber, dass sie sich zur Arbeit melden sollten. Darüber berichtete ein Zeitzeuge aus Gyönk folgenderweise: *„Am 28. Dezember 1944 ging der Kleinrichter das ganze Dorf durch. Bei den meisten Häusern rief er nur beim Zaun, dass ´Du musst dich morgen mit Lebensmittel für zwei Tage vor der Kneipe melden. Ihr geht arbeiten.´"*[896] Diese Aushebung der Deportierten erfolgte je nach Gemeinde Ende Dezember oder Anfang Januar.

Auf welcher Grundlage die Deportierten ausgewählt wurden, darüber sind sich die verschiedenen Quellen nicht einig. Eine öfters vorkommende Variante gibt an, dass die Gemeindevorstände die Personen entsprechender Jahrgänge aus dem örtlichen Bevölkerungsregister (*népmozgalmi nyilvántartás*) [897] ausschrieben.[898] Am 31. Dezember 1944 teilte zum Beispiel der Oberstuhlrichter des Bezirks Völgység den Gemeindeleitern mit, dass gemäß eines mündlich erteilten Befehls der sowjetischen Kommandanten alle deutsche Muttersprachler zusammengeschrieben werden sollten, bei Männern die Jahrgänge 1899–1927, bei Frauen 1914–1925. Das Ziel war ein Arbeitsdienst, und bei der Erfassung war die Rubrik Nr. 9. (Muttersprache) des Ortsregisters richtungsweisend. Die Ortsregister wurden von den lokalen Behörden angefertigt, im Gegensatz zu amtlichen Volkszählungen basierten deren Angaben nicht auf einer Selbstdefinition der Betroffenen. Die Verwendung der Ortsregister zur Deportation ließ also auch viel Raum für willkürliche Maßnahmen zu.

[895] MNL TML 114. A. Karton 71. 189/1945.
[896] HORVÁTH, György: Községünk Gyönk. Helytörténeti olvasókönyv. Gyönk, 2001, 135.
[897] Das Ortsregister (népmozgalmi nyilvántartás) war ein Verzeichnis über die wichtigeren Angaben der Einwohner der Gemeinden.
[898] LÁSZLÓ, Péter: Népességcsere Bonyhádon 1944–1948. In: BÁBEL, Ernő – LÁSZLÓ, Péter: Tanulmányok Bonyhád történetéből. Bonyhád, 1987, 169.

10.15772/ANDRASSY.2019.005307

Aus Dunakömlőd wird darüber berichtet, dass zu diesem Zweck die Matrikelbücher der Pfarrei benutzt wurden.[899] Viele Zeitzeugen erzählen, dass einfach alle Einwohner der Gemeinden erfasst wurden, und die entsprechenden Jahrgänge dann ohne Selektion mitgenommen wurden [900] – was aber unwahrscheinlich ist. In vielen Dörfern war aber der Anteil der deutschen Bevölkerung so hoch, dass sofern die Aushebung aufgrund der deutschen Muttersprache erfolgte, dann tatsächlich alle Personen, die den Altersgrenzen entsprachen, deportiert wurden.

Eine andere Version war, wovon in Egodokumenten besonders oft berichtet wird, dass die ungarischen Behörden die Mitglieder des Volksbundes in die Listen eintrugen.[901] Bei dieser Auswahl erinnern sich die Überlebenden an vielen Missbrauchsfällen. Bestechungen und die Auslassung der eigenen Verwanden und Freunden wurden in mehreren Berichten thematisiert.[902] In Bonyhád setzte sich angeblich der katholische Pfarrer dafür ein, dass seine Gläubigen freigestellt und stattdessen die Personen evangelischen Glaubens deportiert werden sollten.[903]

Der Notär von Bikács wurde mehrmals wegen seiner nachlässigen Arbeit von der Komitatsleitung ermahnt, worauf er antwortete, dass er an der Arbeit „*im Zusammenhang mit dem Abtransport der Arbeiter*" erkrankt war.[904] Laut seines Berichts kamen zu ihm fünf unterschiedliche sowjetische Kommissionen, die insgesamt 93 Personen mitnahmen.

> „Die erste Kommission traf nachtsüber ein, sie ging mit der größten Schonungslosigkeit vor. […] Ihr Verhalten und ihre Manieren waren kaum zu ertragen, sie drohten ständig mit Hinrichtung und fuchtelten mit ihren Revolvern. Die beorderten Arbeiter meldeten sich zum vorgeschriebenen Zeitpunkt auch nach wiederholten Trommelschlägen nicht, deswegen wurde auch meine Familie zur Sammelstelle gerufen mit der Drohung, wenn nicht alle aufgelisteten Personen zusammenkommen sollten, dann auch ich mit meiner Familie abtransportiert

[899] BArch LAA OST DOK 2. IX. Ungarn Nr. 378. Tolna. S. 293.
[900] REDER, Andreas: Cikó. Ein Heimatbuch über die Ortsgeschichte unseres Dorfes in Ungarn. Pécs, 1991, 169.
[901] DEBREI, Hajnalka (Hg.): Átélt történelem. Életképek 1944–1948. Diósberény, 2005, 159. Bericht über Szakadát.; VÁRNAGY, Antal: Hőgyész. Band 2. Hőgyész, 1999, 368.; BArch LAA OST DOK 2. IX. Nr. 378. Bericht über Dunakömlőd, S. 299–311.; WEIßENBERGER, Heinrich: Varsád – Warschad. Ein Dorf, eine Heimat, unsere Heimat. Selbstverlag, Ontario, 1995.
[902] BArch LAA OST DOK 2. IX. Nr. 377. Tolna. S. 61.
[903] BArck LAA OST DOK 2 . IX. Nr. 377. S. 79–85.
[904] MNL TML IV. B. 414. 114/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005308

werde. Sie bedrohten mich, mich am Lichtmast zu erhängen. Sie schossen mehrmals in Richtung der Personen, die sie anflehten, sie nicht mitzunehmen."[905]

Der Bericht klärt nicht die Frage, wie die 93 Personen ausgewählt wurden. Es gibt nur einen Hinweis darauf, dass die erste Kommission die Volksbund-Mitglieder mitnahm, wozu der ungarische Vorstand wahrscheinlich auch beitrug. „*Die zweite Kommission sammelte alle Personen, die noch zu Hause waren, auch die Kinder der Vitézen,*[906] *sie wurden zu Fuß nach Dunakömlőd getrieben."* Über seine eigene Rolle schweigt der Notär, er stellte sich als Opfer dar, das nur unter Zwang handelte. Er erzählt im gleichen Bericht, dass nach der Deportation die Einheimischen ihm gegenüber feindlich gestimmt waren:

„Ich weiß gar nichts vom Schicksal und besonders vom Aufenthaltsort dieser Personen. Das schürte wieder Unmut, weil unser Volk daran gewöhnt ist, dass sein Notär alles weiß, wenn er gefragt wird. Einige Personen machten gerade den Vorstand für den Abtransport verantwortlich, weil wir Angst vor den Soldaten hatten und nicht widerstanden. Diese Behauptung ist keine Antwort wert, dafür sollten sie eigentlich vor Gericht gestellt werden. Angesichts ihres Seelenzustandes leiteten wir kein Prozess gegen sie ein, wir erklärten ihnen nur die aktuelle Lage, und dass die deutsche Armee die ukrainische Bevölkerung ebenso abtransportiert hatte."[907]

Die Tatsache, dass die Einwohner gegen den Notär Stellung bezogen, wirft die Frage auf, ob er bei der Deportation eine Rolle spielte, über die die Angehörigen der Deportierten Bescheid wussten. Interessant ist im Bericht auch der Hinweis auf die ukrainische Bevölkerung. Es kann sein, dass diese Begründung von den sowjetischen Akteuren stammte und die Aushebung der Zivilisten dem Notär gegenüber damit

[905] „Az első bizottság éjnek idején érkezett, akkor kerestek fel és a legnagyobb kíméletlenséggel jártak el. [...] A magatartásuk és modoruk szinte kibírhatatlan volt, folytonosan kivégzéssel fenyegettek, miközben revolvereikkel hadonásztak. Az igényelt munkások egyszeri illetve többszöri dobolásra se jöttek össze a kijelölt időre, ezért családomat is behívatták a gyülekező helyre azon megjegyzéssel, hogy ha nem jön össze mindenki akkor engemet is családommal együtt elszállítanak. Azzal is fenyegettek, hogy a lámpa vasra felakasztanak. Az elszállítás mellőzéséért rimánkodók felé többszörösen adtak le riasztó lövéseket." MNL TML IV. B. 414. 114/1945.

[906] Vitéz (Heldenorden) war die höchste staatliche Auszeichnung in der Zwischenkriegszeit in Ungarn.

[907] „Semmit nem tudok hozzátartozóik sorsáról és főleg hollétéről. Ez ismét visszatetszést keltett, mert népünk ahhoz volt szokva, hogy jegyzője mindent tudjon, amit kérdeznek tőle. Voltak többen olyan egyének is, akik kifejezetten az elöljáróságot okolták az elszállításért, mondván, hogy miért féltünk a szállítást végző katonáktól és miért nem álltunk ellen. Ez olyan kijelentés, mely választ sem érdemel, illetve az illetők bírói megtorlást érdemelnének. Lelki állapotukat tekintve azonban eljárást senki ellen nem kértünk, csak megmagyaráztuk a dolgok mibenállását és azt, hogy a német haderő is elszállította az ukrán lakosságot." MNL TML IV. B. 414. 114/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005309

rechtfertigt wurde. Das würde aber auch bedeuten, dass in Bikács bereits zu dieser Zeit bekannt war, dass es sich nicht um „eine kleine Arbeit" handelte. Der Inhalt des Berichts des Notärs wird in den wesentlichen Punkten durch andere Quellen bestätigt:[908] Die Zeitzeugenberichte aus Bikács erwähnen auch nicht, dass die sowjetischen Akteure falsche Angaben zum Ziel der Aushebung machten. Auch in den Egodokumenten werden zwei deportierte Gruppen beschrieben, die erste verließ die Gemeinde am 4. Januar, die zweite am 10. Januar.[909]

In Szekszárd stellte sich bei einem späteren Gerichtsprozess heraus, dass die Deportierten anhand einer Liste ausgewählt wurden. Wer diese zusammengestellt hatte, konnte schon damals nicht geklärt werden.[910] Im Rahmen des Prozesses wurden Dr. Sándor Nikitits-Nádor Steuerberater und Frau Károlyné Chmelár, die Leiterin der Polizei angeklagt, die Liste erstellt zu haben. Es wurde ermittelt, dass Ende 1944 auf sowjetischen Befehl eine „Volkszählung" durchgeführt wurde, und auf deren Grundlage von den Beamten der Stadt eine Liste von etwa 80–90 Personen zusammengestellt wurde. Diese beinhaltete Personen, „*die deutsche Namen hatten, deren Mutter und Vater auch Deutsche waren und die in deutschen Gemeinden geboren wurden*". Frau Chmelár erhielt jedoch angeblich eine Liste von 300–320 Personen, die dann deportiert werden mussten. Auf dieser Liste waren jedoch „*nicht nur Deutsche, sondern auch Ungarn, Slawen, Juden, Mütter mit Kleinkindern, Jugendliche und Alte*", die gleichfalls in die Sowjetunion verbracht wurden. Mit der Zusammenstellung dieser zweiten Liste wurde Nikitits-Nádor verdächtigt, der aber schon vorher aus der Stadt geflüchtet war, oder Frau Chmelár, die aber darauf bestand, dass sie schon eine fertige Liste von dem sowjetischen Kommandanten erhalten habe. Die beiden Angeklagten wurden mangels Beweisen freigesprochen. Aus dem Fall ergibt sich jedoch, dass die Deportation in Szekszárd aufgrund dieser Liste geschah.

In Nagymányok folgten zwei Deportierungsaktionen aufeinander, weil die bereits ausgewählten Personen die Akteure informierten, dass es noch Deutsche im Dorf gab. Dieser Fall ist in Zeitzeugenberichten dokumentiert, selbstverständlich von Personen, die in der zweiten Gruppe waren, die also verraten wurden. Die lokalen Behörden

[908] SCHMAUSSER, Mathias: Unsere Heimat Bikács (Wigatsch) 1736–1986. Chronik einer Gemeinde in der Tolnau. Selbstverlag, Ostelsheim, 1985, 97.
[909] BARCH LAA OST DOK 17. Nr. 36. P. Tolna S. 29.
[910] MNL TML VII. 7. 802/1947. Publiziert von BALOGH, Törvényes, 2015, 405–406.

10.15772/ANDRASSY.2019.005310

lieferten den Sowjets zuerst die Mitglieder des Volksbundes aus, die zur Rache die anderen denunzierten.[911] Ob die Verräter von dieser Aktion ihre Freilassung erhofften, oder es tatsächlich bloß Rache war, kann nicht geklärt werden. Der Vorfall zeigt jedoch, dass die Spaltung zwischen den Anhängern und Gegnern des Volksbundes eine langfristige Auswirkung in der Gemeinschaft hatte.

Ein ähnlicher Fall wurde auch aus Hőgyész gemeldet:

> „Wir wollten damals viele retten, damit die Russen sie nicht zur Arbeit bringen, so gute, ungarisch gesinnte Menschen, die aber deutscher Nationalität waren, aber leider begann eine Racheaktion seitens des Volkes, was mit der Übergabe eigener Listen dazu führte, dass auch Menschen ungarischer Abstammung weggebracht wurden. Und es führte auch dazu, dass der Notär mit seiner Familie wegen „Begünstigung der Deutschen" von den Russen drei Tage lang inhaftiert wurde."[912]

Die Aushebung der ausgewählten Personen erfolgte während der ersten Januarwoche. Die ungarischen Behörden mussten für ihren Abtransport sorgen. Sie organisierten eine Sammlung von Kleidungsstücken, was darauf schließen lässt, dass sie wussten, wohin die Menschen gebracht werden, und sie wollten sie wenigstens mit entsprechender Ausrüstung versorgen. Sie beorderten Pferdegespanne zum Abtransport, was aber logistische Schwierigkeiten für die Komitatsleitung bedeutete.[913] Wahrscheinlich, weil die Bevölkerung damals nicht bereit war, für die sowjetischen Soldaten zu arbeiten, weil sie Angst hatten, dass sie selber auch deportiert werden.

Eine Besonderheit der Dokumentation im Komitat Tolna war, dass die ungarischen Behörden die betroffene Gruppe öfters als „abtransportierte Volksbündler" bezeichneten. Die Benutzung dieses Begriffs war wahrscheinlich kein Zufall, sondern sie wussten, dass die Deportierten größtenteils Angehörige dieser Organisation waren. Dieser Umstand lässt auf die Rolle der ungarischen Behörden bei der Auswahl dieser Menschen schließen, weil für die sowjetischen Akteure irrelevant war, ob die Deportierten Volksbund-Mitglieder waren oder nicht. In diesem Komitat war also die

[911] MÁRKUS, Messze, 2013, 253.; GAÁL – HADIKFALVINÉ, Embersorsok, 2016, 12.

[912] „Mi annak idején sokakat ki akartunk menteni az alól, hogy az oroszok munkára elvigyék, köztük a jó magyar érzésű, de német nemzetiségű egyéneket is, de – sajnos – a nép részéről megindult egy boszúhadjárat, amely külön listák beadásával azt eredményezte, hogy elvitték a szín magyar származásúaka is. És eredményezte azt is, hog a főjegyzőt családjával együtt három nap és három éjjel az oroszok becsukták a zárdába 'németpártolás' miatt." MNL TML IV. 404. B. Karton 71. 114/1945. Hőgyész.

[913] MNL TML IV. B. 404. 101/1945.; MNL TML IV. B. 412. 58/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005311

Mitgliedschaft bereits ein maßgebender Faktor für die Auswahl der Deportierten. Die Konflikterfahrungen der ungarischen Behörden, die sie mit dieser Organisation hatten, wogen schwer, als sie dessen Mitglieder den sowjetischen Soldaten auslieferten.

Paradoxerweise entstand gerade aufgrund dieser Konfliktslage das vollständigste bekannte Verzeichnis über die Deportierten, das im Komitatsarchiv Tolna zu finden ist. Am 15. Januar 1945 erstattete der Obergespan einen Bericht an den Innenminister über die Deportation.[914] Seiner Meinung nach konnten die Deportierten in drei Gruppen eingeteilt werden:

> „1. Rein ungarischstämmige Menschen mit ungarischen Namen und ungarischer Gesinnung.
>
> 2. Deutschstämmige Personen mit deutschen Namen, die aber treu zu Ungarn waren und das mit dem Ausweis der Treuebewegung nachweisen können.
>
> 3. Deutschstämmige, deutsch gesinnte Personen mit deutschen Namen, die Mitglieder des Volksbundes waren. [...] Es wäre angemessen, wenn nur die dritte Gruppe in Anspruch genommen würde."[915]

Die Antwort des Innenministers ist nicht bekannt, diese Aufteilung der Deportierten war für das Komitat Tolna jedoch auch später typisch. Der Obergespan verordnete im Februar 1945 eine namentliche Registrierung der Deportierten, weil er *„zur Rückführung dieser alles Mögliche unternehmen möchte".*[916] Die Gemeinden mussten ihm Listen schicken, in denen sie alle Betroffene verzeichneten, mit der Anmerkung, ob diese Mitglieder des Volksbundes oder der Treuebewegung waren, bzw. politisch neutrale Personen.[917]

Dieser Verordnung folgte Ende März 1945 die Aktion des Außenministeriums zur Suche und Rückführung der Deportierten, die ich auch bei den anderen Deportationsregionen erwähnte. Im Rahmen dieser Aktion durften nur Personen in die

---

[914] MNL TML IV. 401. B. 60/1945.

[915] „1. Tiszta magyar származásu, nevű és érzelmű egyének.
2. Német nevű és származású, de magyar hú egyének, akik a magyr hazához való hűségüket az un. húségmozgalom igazolvánnyal tudják igazolni.
3. Német nevű és származásu, német érzelmű egyének, akik a volksbund tagjai voltak.
[...] A méltányos elbírálás azt kívánná, hogy csak a 3. csoportbeliek igénybevétele történjék meg." MNL TML IV. 401. B. 60/1945.

[916] MNL IV. B. 412. 212/1945.; MNL V. 725. B. Karton 30. Arbeitsdienst.

[917] Im Bestand des Obergespans sind mehrere Anweisungen zu finden, wie die Deportierten aufgeteilt werden mussten. Im Bezirk Simontornya gab es vier Kategorien: I. Alle Deportierten, II. Volksbund-Mitglieder, oder Personen, die ihr Deutschtum offen kundgaben, III. Mitglieder der Treuebewegung, IV. Volksbund-Mitglieder, die in die Organisation nur wegen Irreführung oder Unwissenheit eintraten, oder auch austraten. Siehe MNL TML IV. 401. B. Karton 71. 118/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005312

Listen aufgenommen werden, die sich bei der Volkszählung nicht als Deutsche bekannten bzw. keine Mitglieder des Volksbundes waren. Aus diesen Listen wurden die „unerwünschten" Personen also ausgelassen, sie sind deswegen weniger brauchbar zu Forschungszwecken als die Listen, die der Obergespan von Tolna zusammenstellen ließ, weil letztere alle Deportierten enthalten, auch wenn die getrennte Auflistung der Volksbund-Mitglieder im Grunde genommen eine Diskriminierung bedeutete.

Bei der Deportation im Komitat Tolna lässt sich eindeutig feststellen, dass die ungarischen Behörden selbst die deutsche Bevölkerung feindlich behandelten. Am besten zeigen das die Zahlen. Der Deportationsbefehl wurde am 28. Dezember verkündet, die ausgewählte Gruppe wurde am 9. und 10. Januar von Baja aus in die Sowjetunion geschickt. Binnen zwei Wochen also konnten die sowjetischen Akteure mehr als 4.000 Personen erfassen und ausheben, und das in einer Region, in die sie erst zwei-drei Wochen früher eingetroffen waren, und über deren ethnischen Zusammensetzung sie damals noch kaum informiert sein konnten. Ohne die intensive Mitwirkung der ungarischen Behörden wäre das nicht möglich gewesen.

Die Hälfte der Deportierten aus dieser Region stammte aus der Baranya. Mit mehr als 5.000 Personen war Baranya das Komitat, das den höchsten Anteil an Betroffenen in Ungarn stellte. Auch hier trafen die erwähnten Schwierigkeiten bei der Vorbereitung der Deportation zu, und angesichts dieser Umstände war diese Zahl besonders hoch. Aus mehr als 200 Ortschaften wurden Zivilisten deportiert. Deshalb kann ich in meiner Analyse nicht auf alle Fälle eingehen, sondern nur allgemeine Charakteristika der Deportation beschreiben.

Im Spiegel der Statistiken lässt sich feststellen, dass in einigen Bezirken (Hegyhát, Mohács, Pécsvárad, Villány) die deutsche Minderheit einen sehr hohen Bevölkerungsanteil erreichte, während in anderen Teilen des Komitats (Bezirke Siklós und Szentlőrinc) fast gar keine Menschen lebten, die sich als Deutsche bekannten. Die Deportation widerspiegelt diese Tatsache nicht: In den „deutschen" Bezirken war die Anzahl der Deportierten deutlich höher, aber auch aus den anderen Bezirken wurden fast aus allen Gemeinden Personen von den sowjetischen Truppen mitgenommen. Dieser Umstand ist ein wichtiger Faktor meiner Untersuchung.

10.15772/ANDRASSY.2019.005313

Die sowjetischen Militärkommandanturen wurden nach der Besetzung in allen Bezirkszentren etabliert. Diese befahlen den Oberstuhlrichtern der Bezirke um den 20. Dezember mündlich, die deutsche Bevölkerung zu registrieren. In den Bezirken Pécsvárad, Pécs und Mohács wurde die Konskription am 22. Dezember verordnet,[918] im Bezirk Hegyhát bereits am 20. Januar.[919] Da der Befehl mündlich erteilt wurde, kann nur vermutet werden, dass er sich auf den Kreis der deutschstämmigen Personen bezog. In den Anweisungen, die dann von den Oberstuhlrichtern an die Gemeindeleiter weitergeleitet wurden, ist jedoch diese Kategorie nicht mehr zu finden. In Kaposszekcső und Mekényes mussten zum Beispiel die „deutschsprachigen" Personen erfasst werden,[920] in Mágocs die Einwohner deutscher Nationalität.[921] Im Bezirk Pécsvárad wies der Befehl des Oberstuhlrichters die Kategorie Nationalität als richtungsweisend aus.[922]

Der Oberstuhlrichter des Bezirks Hegyhát merkte in der Verordnung zur Konskription an, dass er keine nähere Anweisung erhielt, wie diese durchzuführen war. Die Feststellung, dass die einzelnen Personen Deutsche waren, musste sehr sorgfältig überprüft werden. Die Verordnung verwirrte viele Gemeindeleiter, dass zeigen solche private Briefwechsel, wie der von den Notären in Kaposszekcső und Mágocs,[923] in dem sie sich gegenseitig darüber informierten, wie die Verordnung zu interpretieren sei. János Lépes, der Notär von Kaposszekcső – dessen Lebensgefährtin angeblich auch eine deutsche Frau war[924] – war nachgiebig und trug nur die Mitglieder des Volksbundes in die Liste ein, weil „*es so richtig ist, wenn wir jetzt die Deutschen, die zu den Ungarn halten, zu den Ungarn zählen*". Árpád Nagyági, der Mágocser Notär war strenger. In seiner Gemeinde bekannten sich sowieso nur wenige Menschen als Ungarn, „*der Rest sind Deutsche, auch wenn sie jetzt keine Mitglieder des Volksbundes sind, das waren sie früher, deshalb sind sie keine Ungarn*."

Ein solcher Austausch war nicht selten. Im Aktenbestand von Babarc sind Teile der Korrespondenz zwischen den Notären von Babarc, Liptód und Versend zu finden, die

[918] MNL BML IV. 410. B. 118/1945.; MNL BML V. 115. B. 159/1944.; MNL BML V. 101. A. 2148/1944.
[919] MNL BML V. 132. A. 3158/1945.
[920] MNL BML V. 132. A. 3158/1944.; MNL BML V. 155. B. 438/1945.
[921] MNL BML V. 149. B. 37/1945.
[922] Siehe zum Beispiel in Hidas MNL BML V. 128. A. 3028/1944.
[923] MNL BML V. 149. B. 37/1945.
[924] BArch LAA OST DOK 2. Nr. 362. Bericht über Kaposszekcső S. 297 – 311.

10.15772/ANDRASSY.2019.005314

Ende Dezember 1944 auch darüber diskutierten, auf wen sie die Konskription beziehen sollten. Angeblich forderte der sowjetische Kommandant nur die Personen „*deutscher Nationalität und deutschen Verhaltens*", sie warfen jedoch die Frage auf, ob vielleicht die deutschen Muttersprachler und die zwangsrekrutierten SS-Soldaten zusätzlich in die Listen aufgenommen werden sollten.[925]

Die Frist für die Konskription war sehr knapp, im Bezirk Hegyhát der 23. Dezember, bis dahin waren die Listen zusammenzustellen. Der Oberstuhlrichter informierte noch an dem gleichen Tag die Gemeinden, dass der sowjetische Kommandant den Großteil der Listen als falsch erklärte und neue verlangte.[926] Warum der Offizier die Verzeichnisse in Frage stellte, ist dem Bericht nicht zu entnehmen. Für den 24. Dezember wurde eine Versammlung in Sásd einberufen, wohin die neuen, korrigierten Listen mitzunehmen waren.

Im Bezirk Pécsvárad teilte der Oberstuhlrichter den Gemeindevorständen am 24. Dezember mit, dass sie die in den Listen eingetragenen Personen am 26. Dezember nach Pécsvárad schicken sollten. Diese wurden von ungarischen Gendarmen begleitet.[927] Am 25. Dezember begann in den beiden Bezirken die Einberufung der Betroffenen zur Zwangsarbeit.

Die Art und Weise der Verkündung des Befehls war je nach Gemeinde unterschiedlich. Vielerorts wurde er ausgetrommelt, in Mágocs musste jedoch der Pfarrer die Gläubigen nach der weihnachtlichen Mitternachtsmesse informieren.[928] Im Bezirk Mohács wurde in einigen Gemeinden, z. B. in Babarc ein Plakat mit dem Befehl Nr. 3. des Militärkommandanten ausgehängt. Er blieb nicht erhalten, es gibt darauf nur Hinweise in anderen Akten,[929] so ist der Befehlstext nicht bekannt.

In den nächsten Tagen trafen die Zivilisten massenweise in den sowjetischen Sammelstellen der Bezirkszentren ein. Es war möglich, zur Begleitung der Gruppe um sowjetische Soldaten zu bitten, was aber in den meisten Fällen nicht notwendig war. Die Sowjets übernahmen die Bewachung erst in den Bezirkszentren. Im Bezirk Hegyhát wies der Oberstuhlrichter Kálmán Dömös am 28. Dezember die Verwandten dazu an,

[925] MNL BML V. 102. 3306/1944.; FÜZES, Miklós – WILD, Katalin (Hg.): Babarc. Babarc község önkormányzata, Babarc, 1998, 167.
[926] MNL BML V. 149. B. 37/1945.; MNL BML V. 155. B. 438/1945.
[927] MNL BML V. 108. A. 2821/1945.; MNL BML V. 128. A. 3028/1944.
[928] TEUFEL, Franz: Mágocs. Marktgemeinde in der Branau. Lenau Verein, Aichelberg, 1989, 323.
[929] MNL BML V. 102. A. 3306/1944.

10.15772/ANDRASSY.2019.005315

zusätzliche Ausrüstung für die Betroffenen nach Pécs nachzubringen.[930] Die Gruppe wurde also noch im Dezember nach Pécs verlegt, wovon sie Anfang Januar über Baja in die sowjetischen Lager losgeschickt wurde.

Wegen der Konskription und der Aushebung wurden zahlreiche Beschwerden sowohl während als auch nach der Durchführung eingereicht. Eine Zeitzeugin aus Mekényes vermutete eine Racheaktion der Gemeindeleiter in Bezug auf die Deportation, weil auch schwangere Frauen, zu junge und zu alte Personen mitgenommen wurden.[931] Wegen der vielen Beschwerden verhandelte der Vizegespan, István Horváth, mit dem sowjetischen Kommandanten, der ihm sein Wort gab, die fälschlicherweise ausgehobenen Ungarn freizulassen. Am 27. Dezember verordnete der Vizegespan deswegen die Registrierung dieser und die Ausstellung von Bescheinigungen für die betroffenen Personen.[932] Die Maßnahme basierte jedoch – ähnlich, wie in anderen Regionen – auf ein falsches Versprechen der Sowjets, sie führte zu keinem Ergebnis, sondern machte die Lage nur noch chaotischer.

Im Bezirk Hegyhát deportierten verschiedene sowjetische Truppen Anfang Januar noch mehrmals Zivilisten. So zum Beispiel in Mágocs, wo der Notär dem Oberstuhlrichter berichtete, dass die sowjetischen Soldaten am 4., am 19 und am 24. Januar erneut in die Gemeinde gekommen waren, um deutsche Bevölkerung zu rekrutieren.[933] Sie nahmen Personen mit, die vom Gemeindearzt Dr. Mihály Pálmai früher bereits als arbeitsunfähig erklärt wurden. In Mágocs war der Hintergrund dieser erneuten Aktionen, dass die Gemeinde von unterschiedlichen sowjetischen Truppen aufgesucht wurde: Zuerst wurde hier für die Sammelstelle in Pécs rekrutiert, danach kamen Soldaten aus dem nahen Bezirkszentrum Dombóvár, und berücksichtigten den Umstand nicht, dass Mágocs nicht zu diesem Bezirk gehörte. So verlangte der Vizegespan von Baranya am 5. Januar vergeblich Auskunft über die Anzahl der Deportierten aus dem Komitat – und eine Begründung des Fehlens jeder einzelnen Person, die auf den Listen stand, sich aber nicht meldete.[934] Aus dem Bezirk Hegyhát erhielte er nur die Antwort,

[930] MNL BML V. 132. A. 3170/1944.; MNL BML V. 155. B. 438/1945.
[931] BArch LAA OST DOK 2. Nr. 363. S 417 – 419.
[932] MNL BML V. 149. B. 37/1945.; MNL BML V. 155. B. 438/1945.; MNL BML V. 108. A. 2821/1945.; MNL BML V. 115. B. 191/1944.
[933] MNL BML V. 149. B. 37/1945., 240/1945.
[934] MNL BML V. 128. A. 13/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005316

dass sie die Liste noch nicht zusammenstellen konnten, weil die Rekrutierungen bereits im Gange sind.[935]

In den Bezirken des Komitats Baranya, in denen der deutsche Anteil an der Bevölkerung niedrig war, verlief der Deportationsvorgang unter mehreren Aspekten anders.

Die Verordnung zur Konskription der deutschen Bevölkerung blieb im Aktenbestand der Bezirke Siklós und Szentlőrinc nicht erhalten. Interessanterweise schickten die Gemeindeleiter im Bezirk Szentlőrinc bereits Mitte Dezember Berichte an den Oberstuhlrichter über die Anzahl der Deutschen in ihren Gemeinden. Auf welcher Grundlage die Deutschen damals erfasst wurden, ist ohne Kenntnis der Verordnung nicht klar. In den Berichten sind die Kategorien „deutsche Muttersprachler" oder einfach „Deutsche" zu finden. Die betreffenden Zahlen waren sehr niedrig, was den Volkszählungsergebnissen entsprach.

Die Verzeichnisse wurden dem sowjetischen Kommandanten des Bezirks übergeben, der in einigen Fällen um Ergänzung bat. So wies zum Beispiel der Oberstuhlrichter den Notär von Szabadszentkirály am 23. Dezember an: „*Herr Notär sandte das Verzeichnis über die deutschen Muttersprachler bereits zu, der russische Militärkommandant verordnete aber nachträglich die zusätzliche Konskription der ungarischen Muttersprachler, die deutsche Namen haben*." [936] Die Namensanalyse war nicht typisch für diese Region (und auch nicht notwendig, weil die erwartete Anzahl mit Personen deutscher Muttersprache oder Nationalität gestellt werden konnte). In Szabadszentkirály wollte der sowjetische Offizier mit dieser Taktik wahrscheinlich ein besseres Ergebnis erzielen.

Am 25. Dezember begann die Rekrutierung der aufgelisteten Personen, über die der Notär von Királyegyháza, Ferenc Király berichtete:

> „Ein weiterer trauriger Tag war der 25. Dezember. Am Tag zuvor verordneten sie die Meldung der deutschstämmigen Männer (17–45) und Frauen (18–30), da passierte aber ein Missverständnis, weil nur die Männer kamen und auch sie nicht alle. Der Militärkommandant nahm das krumm, rief mit einem Boten die Frauen, er

[935] MNL BML IV. 420. B. 30/1945.
[936] MNL BML V. 174. A. 3037/1944.

10.15772/ANDRASSY.2019.005317

spuckte den Richter und den Vorstand an, behandelte den Kreisnotär auch grob und ging ins Dorf, um einen flüchtigen Mann zu suchen. Er verstand nicht, dass es ein Missverständnis gab, dass der Dolmetscher einen Fehler gemacht hatte. Übrigens hätten nicht alle Deutschen gehen müssen, nur die Volksbündler und die, die sich schlecht benahmen. Sie ließen einige Deutschen frei, 11 blieben, obwohl sie nicht hätten gehen sollen, das verstanden die Russen aber nicht. Sie wurden über Szigetvár nach Pécs, dann nach Baja gebracht, ihre Lage ist schrecklich. Sie leiden wegen ihres Deutschtums, obwohl viele sich als gute Ungarn erwiesen haben, auch dann, als das schwer genug war. Sie und ihre Angehörigen geben dem Vorstand die Schuld, obwohl nicht diese sich irrten, sondern die Verordnung und der Dolmetscher."[937]

Fraglich ist, woraus der Verfasser des Berichts den Schluß zog, dass sich nur die Volksbund-Mitglieder melden mussten, weil es unwahrscheinlich ist, dass die sowjetischen Akteure so etwas befohlen hatten.

Im Bezirk Siklós begann gleichfalls kurz vor Weihnachten die Konskription der deutschen Bevölkerung, maßgebend dabei war deren Nationalität.[938] Bevor die ausgewählten Personen losgeschickt wurden, erhielte das Notariat Máriagyűd am 26. Dezember eine zusätzliche Anweisung vom Vizegespan, wodurch der Personenkreis noch weiter eingeschränkt wurde: *„Erfasst werden müssen nur die Personen, die sich in der Vergangenheit zur deutschen Nationalität bekannten und emotionell zu den Deutschen gehören. [...]Diejenigen also, die sich immer zur ungarischen Nationalität bekannten, und sogar kein Deutsch sprechen, müssen sich nicht melden*."[939]

Am 29. Dezember kursierte in diesem Bezirk auch ein Befehl Nr. 3. des Kommandanten der Stadt Siklós über die „*Mobilisierung der deutschstämmigen,*

[937] „A másik szomorú nap december 25. Az előző napon elrendelték a német származású férfiak (17-45) és nők (18-30) előállítását, de félreértés történt, csak a férfiak mentek és azok se mind. A katonai parancsnok megharagudott, futárral hívatta a nőket is, a bírót és az elöljáróságot leköpdöste, a körjegyzővel is durván bánt, egy szökött férfi miatt kimegy a faluba, hogy megkeresse. Nem érti meg hogy félreértés történt, ami a tolmács hibája. Amúgy sem az összes németnek kellett volna menni, csak a Volksbund tagoknak és a rossz magaviseletűeknek. A németek közül néhányat elengednek, 11 marad bent, pedig ezeknek nem is kellett volna odamenni, de ezt az oroszok nem értik. Őket Szigetvárról Pécsre, majd Bajára viszik, nekik is nagyon rossz a helyzetük. Tulajdonképpen ők a németség miatt szenvednek, pedig sokan jó magyarnak bizonyultak, akkor is, mikor ez nehéz volt. A tragédiáért ők és hozzátartozóik az elöljáróságot hibáztatják, pedig nem itt tévedtek, hanem a rendelet, illetve a tolmács." MNL BML IV. 427. B. 71/1945.

[938] MNL BML V. 151. A. 192/1945.

[939] Ebenda.

10.15772/ANDRASSY.2019.005318

arbeitsfähigen Personen zur Arbeit im unmittelbaren rückwärtigen Frontgebiet".[940] Der Befehl überließ die Feststellung der deutschen Abstammung den ungarischen Behörden. Der Oberstuhlrichter fügte nachdrücklich hinzu, dass „*die Ungarn gründlich ausgesiebt werden müssen, ihr Bleiben kann so gesichert werden, wenn die restlichen Personen, die als Deutsche gelten, ihrer Meldepflicht nachkommen*".[941]

Als der Militärkommandant die Liste von Máriagyűd erhielt, vermutete er einen Betrug und deshalb fand am 29. Dezember eine Strafaktion im Notariat statt. Dieses erhielt einen neuen Befehl. Laut diesem sollte die komplette Bevölkerung, unabhängig von Alter, Geschlecht und Herkunft deportiert werden.[942] Um ihre Felder sollte der Gemeindevorstand sich kümmern, Kinder waren bei Arbeitsunfähigen, Kranken oder Alten zu hinterlassen. Das Ziel dieser Aktion war wahrscheinlich die Einschüchterung, nachdem die Leiter der Gemeinde sich auf eine frühere Verordnung berufen hatten. Die Personen, die den Altersgrenzen nicht entsprachen, wurden bald freigelassen. Dieser Vorfall zeigt, dass die sowjetischen Akteure es zuerst nicht glaubten, dass die Anzahl der Deutschen im Bezirk tatsächlich so niedrig war, wie in den von den ungarischen Behörden zusammengestellten Listen. Deswegen legten sie einen größeren Wert auf die persönliche Kontrolle des Deportationsvorgangs.

Ende Dezember wurde in den Bezirken Szentlőrinc und Siklós die Verordnung des Vizegespans darüber verkündet, dass ihm der sowjetische Kommandant sein Wort gegeben habe, die Personen ungarischer Nationalität freizulassen. Daraufhin begann die Ausstellung von Bescheinigungen mit dem Antrag auf Freistellung. In diesen Bezirken wurden fast alle Betroffenen berücksichtigt. Die Gemeindeleiter beschwerten sich oft bei dem Vizegespan, dass die sowjetischen Akteure nicht bereit waren, mit ihnen zu verhandeln oder Zugeständnisse zu machen: *„sie verstanden nicht den Unterschied zwischen Nationalität und Muttersprache", „sie ließen nur schwangere Frauen und Kranke frei".*[943]

In diesen Bezirken war die Ausstellung von Anträgen auf Freistellungen intensiver, weil hier parallel zur Aushebung der Deutschen auch demobilisierte Soldaten, größtenteils Ungarn deportiert wurden. Im Gegensatz zu der Deportation der deutschen Zivilisten

[940] Ebenda.
[941] MNL BML V. 157. B. 31/1944.
[942] MNL BML V. 151. A. 192/1945.
[943] MNL BML IV. 427. B. 692/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005319

protestierten die ungarischen Behörden gegen diese Aktion auf jede erdenkliche Weise. Die Deportation der demobilisierten ungarischen Soldaten im Komitat Baranya wirft mehrere Fragen auf. Im Gegensatz zu den Männerverschleppungen in Nordostungarn lief diese Aktion zeitlich parallel zur Aushebung der deutschen Bevölkerung Ende Dezember 1944. Diese Deportation erfolgte organisiert, nicht so abrupt, wie die Verschleppungen im östlichen Landesteil.

Im Bezirk Szentlőrinc wurden die demobilisierten Soldaten im Rahmen einer „Militärparade" (*katonai szemle*) festgenommen. Laut Bericht des Oberstuhlrichters beorderte der sowjetische Kommandant die Männer aus Szentlőrinc am 21. Dezember, aus den restlichen Gemeinden am 23. Dezember ins Bezirkszentrum. Zur Meldung waren die Männer verpflichtet, die seit 1939 Wehrdienst geleistet hatten, aber jetzt schon zu Hause waren. Auch diejenige sollten kommen, die in der ungarischen Armee gedient hatten.[944] Ein sowjetischer Offizier aus Szigetvár, der „*zur Abwicklung der Angelegenheit der Personen deutscher Nationalität*" nach Szentlőrinc kam, teilte mit, dass nur diejenige Männer bleiben sollten, die seit 1941 Wehrdienst leisteten. Sie informierten den Oberstuhlrichter nicht über das Ziel dieser „Parade". Laut seines Berichts wurden etwa 30–40% der Männer nach Szigetvár zur Zwangsarbeit abkommmandiert. Der Notär von Királyegyháza berichtete später, dass sie nach einigen Tagen nach Baja weitergeleitet wurden,[945] so wie die Gruppe der „Deutschstämmigen".

Im Bezirk Siklós wurden die demobilisierten Soldaten anhand von Listen rekrutiert. Am 28. Dezember verordnete der Oberstuhlrichter, Ferenc Gállos, auf sowjetischem Befehl die Konskription der Männer, die seit 1941 Wehrdienst geleistet hatten.[946] In den Verzeichnissen sollte angemerkt werden, welche Personen professionelle Soldaten waren, und wer bereits nach Hause gekommen war. Der Notär von Sámod war verunsichert, ob auch die Gendarmen berücksichtigt werden mussten, deswegen listete er auch diese auf. Die Personen, die in die Listen aufgenommen wurden, nahmen die sowjetischen Soldaten erst zwei Wochen später, am 14. Januar mit. Der damalige Befehl war sehr streng, auch die Gemeindeleiter mussten sich der Gruppe anschließen.

[944] MNL BML IV. 410. B. 157/1945.
[945] MNL IV. 427. B. 71/1945.
[946] MNL BML IV. 426. B. 140/1945.; MNL BML V. 151. A. 870/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005320

Am 16. Januar bat der Vizegespan um einen Bericht über diesen Vorfall, der ihm am 18. Januar vom Oberstuhlrichter erstattet wurde. Demnach hatte der sowjetische Kommandant eine Liste über die Männer verlangt, die nach der „*sowjetischen Kriegserklärung"* Wehrdienst geleistet hatten und diese wurden daher am 14. und 15. Januar zum Gerichtsgebäude beordert. Sie wurden „*zur Arbeit in Anspruch genommen, auf die Art wie im Bezirk Szentlőrinc und in anderen Orten des Komitats"*. Die Kleinrichter, die die Gruppe nach Siklós begleiteten, wurden zwei Tage lang eingesperrt und kamen erst am 15. Januar zurück.

Männer wurden auch aus anderen Teilen der Schwäbischen Türkei verschleppt, so zum Beispiel aus der Gemeinde Tolna.[947] Das geschah jedoch erst im März 1945, so konnte dieser Fall nicht mit der Deportation der deutschstämmigen Zivilisten zusammenhängen. Die Aktion, die in den Bezirken Siklós und Szentlőrinc durchgeführt wurde, wirft aber viele Fragen auf. Unklar bleibt, wie viele Personen davon betroffen waren. Im Bezirk Siklós wurde die Deportation von 627 Männern gemäß jenem Befehl registriert,[948] über die Anzahl im Bezirk Szentlőrinc gibt es keine Angaben. Ohne Einsicht in sowjetische Quellen ist nicht zu klären, ob wir es hier mit einer Ergänzungsaktion zur Deportation der Gruppe mit deutscher Abstammung zu tun haben. Da in dieser Region keine so intensive Kampfhandlungen stattfanden wie in Nordostungarn oder um die Hauptstadt, wo die Rote Armee das Hinterland mit Männerverschleppungen sicherte, erfolgte diese Deportationen männlicher Bevölkerung wahrscheinlich nicht aus Sicherheitsgründen.

Das lässt sich auch dadurch untermauern, dass die demobilisierten Soldaten nicht aus der ganzen Region deportiert wurden, sondern nur in Bezirken, in denen der Anteil der deutschen Bevölkerung gering war und deswegen die Anzahl der zur Deportation zur Verfügung stehenden Menschen nicht den Erwartungen der sowjetischen Kommandanten entsprach. Zuerst fand die „Militärparade" im Bezirk Szentlőrinc am 23. Dezember statt, nachdem den sowjetischen Akteuren aufgrund der Konskription der deutschen Bevölkerung Mitte Dezember klar geworden war, dass es in diesem Gebiet nur wenige Deutschen gab. Im Bezirk Siklós begann die Aktion ein paar Tage später,

[947] MNL TML IV. 401. B. 211/1945., 274/1945, 285/1945, 363/1945.
[948] MNL BML IV. 426. B. 140/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005321

zeitlich parallel zur Aushebung der Deutschen, weil die Sowjets mit der Anzahl der Deportierten nicht zufrieden waren und das Kontingent auffüllen wollten.
Die Deportation der demobilisierten Soldaten war eine Besonderheit dieser Region. Sie wurde in dieser Form nur in dem Gebiet durchgeführt, dass die 3. Ukrainische Front der Roten Armee besetzt hatte, womit sie die zahlenmäßige Ergänzung der deportierten Deutschen bezweckte.

Eine weitere Besonderheit der Deportation im Komitat Baranya war, dass sie in vielen von Deutschen bewohnten Gemeinden im Bezirk Mohács nicht stattfand. In meinen früheren Forschungen erschloss ich als den wahrscheinlichsten Grund dafür,[949] dass dies strategisch-logistisch motiviert war.
Die Pontonbrücke bei Mohács wurde erst Ende November 1944 gebaut, sie galt als wichtige Nachschublinie der sowjetischen Truppen und wurde Ende Dezember durch den Eisgang der Donau beschädigt. Damals begann die Belagerung von Budapest, weswegen die Instandhaltung der Brücke ein strategisch essentielles Problem bedeutete. Deswegen wurden die Einwohner aller nahegelegenen Gemeinden unabhängig von Alter, Geschlecht und Nationalität zum Brückenbau beordert. Dieser war in Januar und Februar voll im Gange, während im übrigen Komitat die Deportation durchgeführt wurde. Die Bauarbeiter entkamen der Deportation, stattdessen wurde ein Großteil von ihnen ab Frühling 1945 in das Internierungs- und Arbeitslager in Mohács inhaftiert und Monate lang zur Zwangsarbeit vor Ort verpflichtet. Dieses Lager wurde vom Nationalkomitee von Mohács errichtet, die sowjetischen Akteure der Deportation hatten damit nichts zu tun.[950] Es gibt noch keine Forschungsergebnisse, ob es am anderen Ufer der Donau ähnliche Arbeiten gab, obwohl das eine Erklärung dafür sein könnte, warum in einigen Gemeinden der Region Bács-Kiskun, z. B. in Csátalja niemand deportiert wurde.
Die sowjetischen Soldaten ließen die deutsche Bevölkerung auch im Bezirk Mohács erfassen. Sie wussten also Bescheid, dass die meisten Gemeinden von Deutschen

[949] MÁRKUS, Messze, 2013, 24–28.; MÁRKUS, Malenkij, 2016, 31.
[950] Siehe dazu: MÁRKUS, Beáta: Behandlung der deutschen Minderheit Ungarns während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Fallbeispiel des Lagers in Mohács. In: SZENTIVÁNYI, Réka – TELEKY Béla (Hg.): Brüche – Kontinuitäten – Konstruktionen: Mitteleuropa im 20. Jahrhundert. New Academic Press, Wien, 2016, 247–268.

10.15772/ANDRASSY.2019.005322

bewohnt waren und rechneten zuerst noch damit, diese deportieren zu können. Im Januar wurde jedoch offensichtlich, dass die Arbeit dieser Menschen vor Ort unentbehrlich war. Das kann auch als Erklärung für die weitere Ereignisse in dem Komitat Baranya dienen.

Bis Mitte Januar 1945 war die Deportation in vielen Gemeinden abgeschlossen – abgesehen von einigen Ausnahmen, wie in Mágocs, wo die erwähnten erneuten Rekrutierungen stattfanden. Die deutsche Bevölkerung wurde erfasst, rekrutiert und von Baja abtransportiert. Der Militärkommandant des Komitats wandte sich dann aber erneut an die Komitatsleitung, dass er von weiteren 4.000 Deutschen im Komitat informiert sei, die sofort zur Zwangsarbeit rekrutiert werden sollten. Damit begann die zweite Deportationswelle in der Baranya.
Ob der sowjetischer Offizier tatsächlich solche Informationen erhalten hatte oder die Komitatsleitung bloß einschüchtern wollte, ist fraglich. Der Ablauf der zweiten Deportationswelle lässt darauf schließen, dass die sowjetischen Akteure mit der erreichten Anzahl der Deportierten nicht zufrieden waren. Das ist umso überraschender, weil bis Mitte Januar bereits mehr als 4.000 Personen in die Sowjetunion losgeschickt worden waren, mehr als aus irgendwelchem anderen Komitat in Ungarn. So ist es naheliegend, dass man mit der zweiten Welle diejenigen ersetzen wollten, die anderswo unberücksichtigt blieben. Einerseits waren im Komitat Baranya die Menschen zu ersetzen, die im Bezirk Mohács erfasst aber nicht deportiert wurden. Die vom Militärkommandant verlangte Anzahl von 4.000 Personen ist aber sehr hoch, es ist unwahrscheinlich, dass sich diese Zahl nur auf die fehlende Gruppe aus dem Bezirk Mohács bezog. Näherliegend ist, dass die 3. Ukrainische Front Ende Januar 1945 das Deportiertenkontingent in der Schwäbischen Türkei auffüllen wollte, weil sie die Deportation aus der Umgebung von Budapest wegen der dortigen Kriegslage nicht durchführen konnten. Diese zweite Welle wurde im Komitat Baranya jedoch nach einigen Tagen eingestellt, wahrscheinlich hatten die sowjetischen Soldaten keine Kapazitäten mehr, mehrere Tausend Menschen kurz vor dem terminisierten Ende der Deportation zu rekrutieren und abzutransportieren.

10.15772/ANDRASSY.2019.005323

Am 19. Januar 1945 verordnete der Vizegespan „*die Mobilisierung der Personen deutscher Nationalität, die sich noch nicht zur Arbeit gemeldet hatten*".[951] In der Verordnung ist nur von der Kategorie deutscher Nationalität die Rede, die entsprechenden Personen mussten am 24. Januar in Pécs eintreffen. Inhaltlich war der Befehl mit den früheren identisch, er enthielt die gleichen Altersgrenzen und bedrohte die Betroffenen mit Kriegsgericht, wenn sie ihrer Pflicht nicht nachkamen.

Am 22. Januar meldete der Oberstuhlrichter des Bezirks Hegyhát, dass er mit der Durchführung begonnen habe, aber dass die sowjetische Forderung von über 4.000 Personen nicht zutreffe, weil aus dem Bezirk bereits Hunderte Deutschen deportiert worden seien. Die sowjetischen Akteure erteilten auch auf der Bezirksebene Befehle, doch im Bezirk Hegyhát empörte diese Anweisung die ungarischen Behörden.

> „... Der Befehl verordnete die Rekrutierung aller deutschstämmigen Personen, bzw. Personen mit deutschen Namen zur Zwangsarbeit. Nach Meinung der Kommandantur ist jeder ein Deutscher, wer einen deutschen Namen hat, oder wer mit Deutschen verheiratet ist. Ich führte gegen diesen Standpunkt alle möglichen Gegenargumente auf, sie akzeptierten diese jedoch nicht."[952]

Die Bevölkerung protestierte auch gegen die erneute Rekrutierung. Wahrscheinlich deswegen verhandelte der Vizegespan mit dem sowjetischen Kommandanten des Komitats, und am 20. Januar wurde die Aktion für unbestimmte Zeit eingestellt, nur die fertigen Verzeichnisse über die Personen deutscher Nationalität sollten an den Vizegespan geschickt werden.

Die Unsicherheit und das Chaos wurden dadurch gesteigert, dass die ungarischen Behörden tagtäglich Verordnungen mit unterschiedlichem Inhalt verkündeten. Am 22. Januar bestellte der Obergespan mit unbekannter Zielsetzung Verzeichnisse über die „*Personen deutscher Nationalität, die sich wie Deutschen benahmen und noch zu Hause sind*", und bei deren Erfassung keine Namensanalyse angewendet werden durfte.[953] Am selben Tag verkündete der Oberstuhlrichter des Bezirks Hegyhát, dass die Rekrutierung

[951] MNL BML IV. 410. B. 329/1945., MNL BML IV. 420. B. 154/1945.; MNL BML V. 155. B. 438/1945.; MNL BML IV. 423. B. 95/1945.; MNL BML V. 108. B. 2128/1945.; MNL BML V. 102. A. 54/1945.; MNL BML V. 104. A. 87/1945.

[952] „...elrendelte az összes német nevű, illetőleg származású egyéneknek közmunkára való elvitelét. A parancsnokság álláspontja szerint német a, akinek német neve van, vagy aki német nevű egyénnel lépett házasságra. Ezen álláspont ellen minden lehető észrevételemet előadtam, de azokat nem akceptálták." MNL BML IV. 420. B. 95/1945.

[953] MNL BML IV. 420. B. 154/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005324

eingestellt wurde, die Personen deutscher Abstammung aber von den Nationalkomitees, oder wenn diese noch nicht gegründet waren, dann von den Gemeindevorständen registriert werden sollten. Bei dieser Konskription mussten die Volkszählungsergebnisse, die Volksbund-Mitgliedschaft und auch die Muttersprache berücksichtigt werden. Er teilte mit, dass die erfassten Personen nach Pécs zur Arbeit gebracht werden sollten. Zwei Tage später wies er die Gemeinden jedoch dazu an, niemanden mehr zu schicken. Wie viele Personen im Rahmen dieser chaotischen zweiten Welle letzten Endes deportiert wurden, kann nicht festgestellt werden.

Warum diese zweite Deportationswelle frühzeitig eingestellt wurde, ist ebenso unklar. In der Fachliteratur der 1990er Jahre wird das auf die Intervention des Obergespans, Dr. István Boros zurückgeführt, der als Kommunist eine gute Verhandlungsposition dem sowjetischen Kommandanten gegenüber hatte.[954] Laut dieser Version verlangte Boros aufgrund des am 20. Januar unterzeichneten Waffenstillstandsabkommens die Einstellung der Deportation und stellte keinen Eisenbahnwaggons mehr zur Verfügung. In Anbetracht der Deportationen im ganzen Land halte ich es für sehr unwahrscheinlich, dass ein Obergespan damals die Macht dazu gehabt hätte. Kommunistische Amtsträger protestierten auch in anderen Teilen des Landes, die sowjetischen Soldaten berücksichtigten jedoch keine ungarischen Beschwerden während des Deportationsvorgangs. Es ist unwahrscheinlich, dass das Komitat Baranya hier eine Ausnahme war.

Nicht alle ungarischen Behörden protestierten aber gegen die zweite Deportationswelle. Der Notär von Püspöknádasd, Mihály Bús, fragte am 21. Januar an, ob er die Frauen, die 1927 geboren wurden auch in dem Fall nach Pécs schicken darf, wenn sie noch nicht 18 Jahre alt waren.[955] Die Antwort dazu blieb nicht erhalten, laut Interviews gerieten jedoch mehrere 17-jährige Mädchen aus der Gemeinde in die Sowjetunion.[956] Der Notär von Püspöklak bestellte Polizisten zur Vorführung eines Einwohners der Filialgemeinde Maráza, weil er sich freiwillig nicht gemeldet hatte, „*obwohl er fanatischer Germane war, ein Initiator der hiesigen Organisation*".[957] Aus Berkesd berichtete der Notär am 24. Januar dem Oberstuhlrichter über die Flucht einer Frau,

[954] FÜZES, Modern, 1990, 24.
[955] MNL BML IV. 423. B. 138/1945.
[956] MÁRKUS, Messze, 2013, 171.
[957] MNL BML IV. 423. B. 138/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005325

stattdessen wurde deren Mutter mit der Gruppe mitgeschickt,[958] weswegen die flüchtige Frau ihr freiwillig nach Pécs folgte. [959] Beschwerden reichte damals nur der Notär von Szederkény im Bezirk Pécsvárad ein, wo mehrere Rekrutierungen aufeinander folgten, die teils von sowjetischen Aktueren aus Pécs, teils aus Pécsvárad durchgeführt wurden. Der Notär war verunsichert, und machte sich Sorgen um die Erledigung der wirtschaftlichen Aufgaben in der Gemeinde. Deswegen wandte er sich an den Oberstuhlrichter mit der Frage, ob es vielleicht möglich sei, die Personen zurückzuführen, die den Altersgrenzen nicht entsprachen.
In den Bezirken, in denen der deutsche Anteil in der Bevölkerung niedriger war, wurde die Verordnung des Vizegespans vom 19. Januar über die weitere Rekrutierung ebenso verkündet. Die Gemeinden meldeten sich dort aber mit unzutreffenden Berichten und verleugneten, dass weitere Personen deutscher Nationalität dort lebten, was in den meisten Fällen der Realität entsprach. Da die Rekrutierung bald eingestellt wurde, überprüften die sowjetischen Akteure diese Angaben nicht mehr, und aus diesen Bezirken wurden keine zusätzliche Personen Ende Januar in die Sowjetunion deportiert.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die 3. Ukrainische Front der Roten Armee aus den drei Komitaten der Schwäbischen Türkei während eines relativ kurzen Zeitfensters eine sehr hohe Anzahl deutscher Zivilisten ausheben und abtransportieren konnte. Die Unterstützung durch die ungarischen Behörden war vielfältig: sie informierten über die Anwesenheit der deutschen Bevölkerung, erstellten Konskriptionen, in deren Rahmen der sowjetische Befehl oft übererfüllt wurde, stellten bewaffnete Begleitung der ausgewählten Gruppen, etc.. In der Region war mit Ausnahme des Komitats Baranya die Deportation auf die Gemeinden beschränkt, in denen der Anteil der deutschen Bevölkerung hoch war.
Im Komitat Baranya war im Verhalten der ungarischen Behörden in den Bezirken, in denen mehrheitlich Deutschen lebten und in denen, wo sie tatsächlich nur eine Minderheit waren, sehr große Unterschiede zu beobachten. Für die Erstgenannten bedeutete die Deportation eine Lösungsmöglichkeit der „deutschen Frage" und die dortigen ungarischen Behörden versuchten deshalb die Anzahl der Deportierten zu

[958] MNL BML V. 108. B. Karton 55.
[959] MNL BML V. 108. B. 2821/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005326

maximalisieren. Im Gegensatz dazu versuchten die Gemeindeleiter in den südlichen und westlichen Teilen des Komitats ihre Bevölkerung zu beschützen, auch die Personen deutscher Muttersprache, Nationalität oder Abstammung. Dieses Phänomen wurzelte wahrscheinlich darin, dass die ungarischen Behörden dort keine solchen Konflikte mit der deutschen Bevölkerung hatten, die in den von Deutschen bewohnten Bezirken typisch waren. So betrachteten die ungarischen Behörden in den Bezirken Siklós und Szentlőrinc die dort lebenden Deutschen als loyale ungarische Staatsbürger.

7.5 Maßnahmen während und nach der Deportation

1. Zwischen den Komitatsleitungen der Schwäbischen Türkei und den Regierungsorganen in Debrecen gab es während des Zeitraums der Deportation nur sehr wenig Kommunikation. Dafür kann die große geografische Entfernung ein Grund gewesen sein. Besonders während der chaotischen Zeit Ende 1944, Anfang 1945 war eine Kontaktaufnahme zwischen Debrecen und Pécs, Szekszárd oder Kaposvár kaum möglich. Deshalb waren die lokalen Behörden gezwungen, die mit der Deportation zusammenhängenden Angelegenheiten selbst zu regeln und wandten sich deshalb auch nach Abschluss der Rekrutierungen nicht an die Regierung.

Eine Ausnahme war der bereits erwähnte Bericht des Obergespans des Komitats Tolna an den Innenminister vom 15. Januar 1945, in dem er über den Deportationsvorgang berichtete bzw. die Deportierten in drei Gruppen einteilte.[960] Warum er von Ferenc Erdei erhoffte, dass dieser etwas bewirken könnte, um den „zuverlässigen Teil" der Deportierten von der Zwangsarbeit zu befreien, ist unklar. Sein Bericht hatte auch keine bekannt gewordenen Folgen.

Nach Abschluss der Deportation, als die landesweiten Maßnahmen zur Registration, Suche und Rückführung der Zivil- und Kriegsgefangenen begannen, waren die Komitatsleiter eher vermittelnde Stellen zwischen den Gemeinden und Bezirken und

[960] MNL TML IV. 401. B. 60/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005327

den Ministerien. Diese Aktionen, und deren Besonderheit in der Schwäbischen Türkei werden deswegen im Abschnitt 4. bearbeitet.

2. Die Komitatsleitungen nahmen in einigen Fällen den Kontakt zu den sowjetischen Militärkommandanturen dieser Region auf.

Im Komitat Tolna wandten sich der Vizegespan und der Oberstuhlrichter des Bezirks Völgység Anfang Januar an den sowjetischen Kommandanten,[961] und verhandelten mit ihm über die Stellung von Pferdegespannen zum Abtransport der Deportierten und über ihre Versorgung mit warmer Bekleidung. Da die Fahrzeuge auch für die örtlichen Bauarbeiten gebraucht wurden, und ihre Besitzer aus Angst ungern für sowjetische Soldaten arbeiteten, bereitete diese Angelegenheit große Schwierigkeiten. Diese Verhandlungen betrafen den Vorgang der Deportation selbst nicht.

Der Vizegespan der Baranya verhandelte auch mit dem sowjetischen Kommandanten des Komitats, nachdem die Angehörigen der Deportierten massenhaft verzweifelte Beschwerden einreichten. Als Ergebnis dieser Verhandlung wurden am 27. Dezember die Leiter der Bezirke darüber informiert, dass der sowjetische Kommandant mit der Freilassung der Personen ungarischer Nationalität, die nur aus Versehen mitgenommen wurden, einverstanden war.[962] Diese Intervention zielte also auch nicht auf die Einstellung der Deportation sondern nur auf deren Korrektur. Die damals eingereichten Anträge auf Freistellung von der Deportation liefen ins Leere, denn die in Aussicht gestellte Freilassung entpuppte sich als ein leeres Versprechen.

Die Komitatsleitung von Baranya nahm danach zu Beginn der zweiten Deportationswelle mit den zuständigen sowjetischen Behörden Kontakt auf.[963] Laut den Akten verhandelte sowohl der Obergespan als auch der Vizegespan mit dem Kommandanten darüber, ob die Rekrutierung weiterer 4.000 Personen auf falschen Informationen beruhte und deren Durchführung überhaupt möglich war. Diese Verhandlungen konnten vielleicht dazu beitragen, dass die Aktion eingestellt wurde, meines Erachtens musste es dafür seitens der sowjetischen Akteure jedoch auch andere Gründe gegeben haben.

[961] MNL TML IV. B. 417. B. 34/1945.
[962] MNL BML V. 149. B. 37/1945.; MNL BML V. 155. B. 438/1945.; MNL BML V. 108. A. 2821/1945.; MNL BML V. 115. B. 191/1944.; MNL BML V. 157. B. 27/1944.
[963] MNL BML IV. 420. B. 95/1945., 154/1945.; MNL BML IV. 423. B. 95/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005328

3. Zwischen den unteren Verwaltungsbehörden und den sowjetischen Militärkommandanturen gab es während der Deportation viele Interaktionen, weil diese für die Zusammenschreibung und Begleitung der ausgewählten Personen an die sowjetischen Sammelstellen zuständig waren. Diese Maßnahmen wurden jedoch kaum dokumentiert. In den Akten sind fast ausschließlich nur Angaben zu finden, dass auf sowjetischem Befehl diese Angelegenheiten erledigt und die betroffenen Personen übergeben wurden.

Einen ausführlichen Bericht verfasste nur der Notär von Bikács, den ich bereits zitierte, über die fünfmaligen Rekrutierungen in seiner Gemeinde.[964] Aus seinem Schreiben geht hervor, dass das grobe Verhalten des Sowjets ihn sehr irritierte und ihm die betroffenen Personen, besonders die jungen Frauen Leid taten. Er hatte also generell nichts gegen die Deportation als solche, nur die Art und Weise ihrer Durchführung empörte ihn.

Mehrere Zeitzeugenberichte beschreiben einen Fall in Dunakömlőd, wo die Gemeindeleiter den sowjetischen Offizier dazu überreden wollten, nur die Mitglieder des Volksbundes mitzunehmen.[965] Was genau geschah, ist aus den Berichten nur schwer zu entnehmen, weil diese bereits bei der Beschreibung der Akteure ungenau sind (ein gewisser Anton Schilling wurde in einem Bericht als Volksbundleiter, in einem anderen als Bürgermeister dargestellt). Wahrscheinlich wollten diese Personen den Kreis der zu Deportierenden auf die Angehörigen des Volksbundes einschränken, und deshalb erklärten sie dem Offizier, was diese Organisation überhaupt war und welche schreckliche Rolle sie in der Judenverfolgung spielte. Laut den Berichten ging der Versuch nach hinten los, „*der Offizier erzürnte sich darauf so sehr, dass er befahl, sämtliche Arbeitsfähige auszuheben*".

Die ungarischen Behörden erstatteten detaillierte Berichte eher nur in den Fällen, bei denen sie mit den Maßnahmen nicht einverstanden waren und deswegen sie Verhandlungen mit den Akteuren aufnahmen. So war das im Komitat Baranya, als die Rotarmisten mit der Aushebung der demobilisierten Soldaten begannen. In den Berichten des Oberstuhlrichters aus Siklós an den Obergespan vom 18. Januar und 24.

[964] MNL TML IV. B. 414. 114/1945.
[965] BArch LAA OST DOK 2. IX. Nr. 378. Berichte über Dunakömlőd S. 287–297, 299–311, 395–403, 405–415.

10.15772/ANDRASSY.2019.005329

April 1945 betonte er,[966] dass er bei den sowjetischen Akteuren scharf gegen diese Aktion protestierte, diese jedoch jegliche Einmischung zurückwiesen. Ausschließlich die Gemeindevorstände durften Einspruch erheben, wenn es um Personen ging, die in der Gemeinde unentbehrliche Berufe ausübten. Ähnlich verlief die Aushebung im Bezirk Szentlőrinc, wo die sowjetischen Soldaten den Ungarn gar keine Vetomöglichkeit gaben. Laut seinem Bericht vom 1. Januar 1945 blieben die Proteste des dortigen Oberstuhlrichters völlig erfolglos.[967]

Im Bezirk Szentlőrinc gab es bei der Rekrutierung der deutschen Bevölkerung gleichfalls Missstände, gegen die die ungarischen Behörden protestierten.[968] Der Grund dafür waren Missverständnisse darüber, welche Seite was unter „deutschstämmige Zivilisten" verstand. Während die ungarischen Behörden nur die Personen deutscher Nationalität ausliefern wollten – als Ergebnis eines Fehlers des Dolmetschers, oder als bewusster Versuch, die Einwohnerschaft zu schützen –,[969] rekrutierte der sowjetische Offizier auch die deutschen Muttersprachler und die Personen mit deutsch klingenden Namen. Sowohl auf der Bezirks- als auch auf der Gemeindeebene versuchten die Beamten eine Korrekur solcher „Fehler" zu erreichen, doch ohne Erfolg.

In den mehrheitlich von Deutschen bewohnten Gebieten blieben solche Proteste während der ersten Welle der Deportation aus. Erst als die sowjetischen Akteure eine weitere Rekrutierung forderten, wozu die Kriterien „negativ" verändert wurden und auch Personen mit deutschen Namen oder Ehepartner mitgenommen werden sollten, erhoben einige ungarische Gemeinde- und Bezirksleiter Einspruch,[970] die vorher die Befehle der Sowjets bereitwillig erfüllt hatten – aber nicht alle. Der Oberstuhlrichter des Bezirks Hegyhát protestierte direkt bei dem sowjetischen Kommandanten, weil er die Methode der Namensanalyse für inakzeptabel hielt. Seine Einwände blieben jedoch unberücksichtigt.

4. Die Maßnahmen bezüglich der Deportation, in deren Rahmen die Komitatsführungen und die unteren Verwaltungsbehörden zusammenarbeiteten,

[966] ML BML IV. 426. B. 140/1945.; MNL BML IV. 1401. B. 345/1945.
[967] MNL BML IV. 410. B. 157/1945.
[968] MNL BML IV. 410. B. 329/1945.
[969] MNL BML IV. 427. B. 71/1945.
[970] MNL BML IV. 420. B. 95/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005330

betrafen in erster Linie die landesweiten Such- und Rettungsaktionen, die vom Außenministerium und ab 1947 überwiegend vom Ungarischen Roten Kreuz initiiert wurden. Über diese Maßnahmen schrieb ich bereits bei den anderen Deportationsregionen, weswegen ich mich hier nur auf die Besonderheiten in der Schwäbischen Türkei konzentriere.

Solche Maßnahmen begannen bereits während der Rekrutierung. In den Komitaten Somogy und Baranya baten die Komitatsleiter die Gemeinden darum, dass sie die Einwohner begutachten und bescheinigen sollten, wenn diese sich als Ungarn erwiesen, damit sie von den sowjetischen Truppen nicht deportiert werden sollten. Der Notär von Kőröshegy antwortete in einem ausführlichen Brief vom 8. Februar (also nach Abschluss der Deportation),[971] dass die Einwohnerschaft bayerischer Abstammung ist, aber nur die älteren Menschen noch Deutsch sprechen und alle gut assimiliert sind. Er argumentierte, dass niemand vor der Roten Armee flüchtete. Unabhängig von diesem Schreiben wurde aus der Gemeinde niemand deportiert, der Brief ist vielmehr eine Selbstrechtfertigung des Notärs, warum er früher keine Liste über die Einwohner zusammengestellt hatte.

Typische Unterlagen aus dieser Zeit sind die individuellen Bescheinigungen mit Anträgen auf Freistellung von der Deportation, in denen die lokalen Behörden, oft aber Lehrer, Bekannte, Arbeitgeber und Kollegen die zur Deportation ausgewählten oder bereits abtransportierten Personen begutachteten. Obwohl diese Schreiben keinen Einfluss auf die Deportation hatten, ist interessant, welche Begründungen in den Bescheinigungen auftauchen. Sehr oft wurde auf die untadelhafte politische Vergangenheit hingewiesen oder das Deutschtum der Betroffenen in Frage gestellt oder damit relativiert, dass sie kein Deutsch konnten, ungarisch gesinnt waren oder sich gegen die deutsche Propaganda positioniert hatten.[972] In anderen wurden auch Gründe angegeben, dass die Person blind war, als Krankenschwester bei dem Roten Kreuz arbeitete, oder ein zuverlässiger Arbeiter in einem Rüstungsbetrieb war.[973] Im Archivbestand des Vizegespans finden sich auch viele solche Bescheinigungen, die von den ungarischen Behörden als ungültig erklärt wurden, weil die bescheinigten Personen

[971] MNL SML IV. 405. B. 380/1945.
[972] MNL SML V. 290. 60/1945.
[973] MNL BML IV. 401. B. 329/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005331

z. B. Mitglieder des Volksbundes waren, sie überprüften also sehr gründlich, wen sie bescheinigen ließen.

Die wesentlichen Maßnahmen begannen aber erst nach Abschluss der Deportation. Die Aktionen zur Suche und Rückführung des Außenministeriums wurden auch in der Schwäbischen Türkei bekannt gemacht. Die erste Aktion vom Ende März 1945 nannte bereits die Voraussetzung, dass nur Personen miteinbezogen werden durften, die keine Mitglieder rechtsorientierter Bewegungen, Parteien oder des Volksbundes waren und sich nicht zur deutschen Muttersprache oder Nationalität bekannten.[974]

Diese Regelung wurde in der Schwäbischen Türkei sehr ernst genommen, was besonders das Beispiel des Komitats Baranya illustriert. Von den mehr als 5.000 Deportierten wurden damals nur 743 in solche Listen aufgenommen,[975] der Rest entsprach der Bedingung der *„politischen und nationalen Zuverlässigkeit*" nicht. Bei diesen Aktionen überlegten die Gemeindevorstände sehr gründlich, wen sie in die Listen aufnahmen und wen nicht. Unabhängig davon, dass die Rückführung der Gefangenen im wirtschaftlichen Interesse der Gemeinden stand, und dass sich das Amtspersonal tagtäglich mit der Verzweiflung und dem Leiden der Familien konfrontiert sahen, gaben sie ihnen in vielen Fällen nicht einmal die Hoffnung, dass sie etwas für die deportierten Angehörigen tun könnten. Das hängt wahrscheinlich damit zusammen, dass die Einwohner der Schwäbischen Türkei, obwohl sie gut ein Drittel aller Deportierten stellten, kaum Mut dazu hatten, Anträge an das Außenministerium zu stellen.[976]

Die Bescheinigung der Zuverlässigkeit blieb auch bei den späteren Aktionen ein Bestandteil des Verfahrens und in der Schwäbischen Türkei wurde sie im Gegenteil zu den anderen Regionen immer ernst genommen. In Bonyhád wurden zum Beispiel im Rahmen einer erneuten Aktion des Außenministeriums im November 1945 nur 25 Personen in die Listen aufgenommen, obwohl sich etwa 200 Personen in sowjetischen Lagern befanden.[977] Der Vorstand von Mekényes verweigerte die Ausfüllung des Formulars zur Suchaktion am 28. September 1947, weil alle Betroffenen auch in der

[974] MNL TML IV. b. 404. 3101/1945.
[975] MNL BML IV. 1401. B. 345/1945.
[976] Auffällig ist es auch, wie stark unterrepräsentiert diese Region in der öfters zitierten Quellenausgabe von Tamás Stark blieb, in der er Unterlagen des Außenministeriums veröffentlichte. Siehe: STARK, Akkor aszt, 2017.
[977] MNL TML IV. B. 417. B. 4011/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005332

Liste der zur Aussiedlung verpflichteten Personen vorkamen, oder bereits in Deutschland waren.[978] Egyházaskozár stellte damals auch kein Verzeichnis zusammen, weil die Deportierten Personen deutscher Nationalität waren. Als die Pécsvárader Rote-Kreuz-Filiale 1947 eine Suchaktion einleitete, strich der Notär von Hidas mehrere Personen aus der Liste, weil die Betreffenden „Deutsche" waren.[979]

Wie bereits erwähnt, begann die Registrierung der Deportierten im Komitat Tolna bereits im Februar 1945, und bei allen Personen wurde angemerkt, ob sie Mitglieder des Volksbundes oder der Treubewegung waren, oder politisch neutrale Personen. Der Obergespan teilte nicht mit, warum diese Aufteilung notwendig war, es war jedoch offensichtlich, dass die Volksbund-Mitglieder benachteiligt werden sollten. Die Leiter der Gemeinden verfertigten die Listen, obwohl ihnen in vielen Fällen kein zuverlässiges Verzeichnis über die Mitglieder des Volksbundes zur Verfügung stand.[980] Es gab also einen großen Raum für Willkürakte. Während die Gruppe der Volksbund-Mitglieder nicht kommentiert wurde, versuchten viele Notäre die übrigen Einwohner in einem guten Licht darzustellen. Es gibt viele Anmerkungen, wie „*sie bewiesen mit ihrem Verhalten ihr gutes Ungarntum", „sie waren immer ungarisch gesinnt", „sie bewiesen ihre ungarische Emotionen mit Leiden, sofern es notwendig war"*.

5. Im eigenen Zuständigkeitsbereich der unteren Verwaltungsbehörden erfolgten zahlreiche Maßnahmen in der Schwäbischen Türkei, die teils auf die Unterstützung, manchmal aber auch auf die weitere Diskriminierung der Deportierten abzielten. Hier kann ich im Rahmen meiner Arbeit nur einige Einblicke geben, obwohl eine vollständige Aufarbeitung aller solchen Fälle die Erforschung der Deportation sehr bereichern würde.

Die lokalen Vorstände versuchten während der Durchführung der Deportation mit der Ausstellung verschiedener Bescheinigungen Menschen zu helfen, die bereits ausgewählt, aber noch nicht abtransportiert waren. Es wurde aber nicht dokumentiert, in wie vielen Fällen sie eine solche Bescheinigung verweigerten. Die meisten Bescheinigungen wurden in den Bezirken ausgestellt, in denen der Anteil der deutschen

[978] MNL BML IV. 420. B. 732/1947.
[979] MNL BML V. 128. A. 400/1947.
[980] MNL TML IV. 404. B. Karton 71. 118/1945. Keszőhidegkút.

10.15772/ANDRASSY.2019.005333

Bevölkerung gering war und die demobilisierten Soldaten rekrutiert wurden. Der sowjetische Kommandant ließ angeblich zu, dass die Männer, die in den Dörfern unentbehrliche Berufe ausübten, freigestellt wurden. Die ungarischen Behörden versuchten also diese Regelungslücke auszunutzen, und bescheinigten sehr vielen Menschen, unentbehrliche Arbeiter zu sein. In den Bescheinigungen tauchen sehr viele Berufe auf: Kleinrichter, Geschworene, Schmied, Dolmetscher, Schlosser, Wagner, aber auch Traktorbesitzer wurden als unentbehrlich erklärt. Das zeigt, dass sich die ungarischen Behörden sehr intensiv für die demobilisierten Soldaten einsetzten.

Eine Maßnahme für die Unterstützung der Deportierten nach ihrem Abtransport wurde zum Beispiel in Kisbárapáti dokumentiert. Am 3. April 1945 wurde beschlossen, dass das Vermögen der „*zum Arbeitsdienst gebrachten Personen*" bewacht wurde, wenn niemand in den Häusern geblieben war.[981] Die Deportation war nicht mit Enteignung verbunden, so dass das Vermögen der Betroffenen solange erhalten blieb, bis im Laufe des Jahres weitere restriktive Regelungen in Kraft traten.

Die Vollversammlung der Gemeinden und nach deren Gründung die Nationalkomitees waren für die Ausstellung von Bescheinigungen zuständig.[982] Solche wurden in sehr vielen Angelegenheiten während der zweiten Hälfte der 1940er Jahre gebraucht. In der Schwäbischen Türkei wurde die Ausstellung solcher Dokumente oft wegen der Volksbund-Mitgliedschaft, Nationalität oder Muttersprache der Antragssteller verweigert.

So wurde die Auszahlung der Kriegswitwenrente an Frau Jánosné Troll in Somogyhárságy eingestellt, weil sie den Volksbund befürwortet hatte und Zeugen bestätigten, dass bei ihrer Hochzeit alles auch auf Deutsch gesagt werden musste, weil sie nicht ungarisch konnte.[983] Der Antrag von Frau Jánosné Topp auf Einstufung als Kriegswitwe wurde ebenso abgelehnt. Ihr Mann fiel als Kriegsheld an der Ostfront, da aber ihre Familienmitglieder Volksbündler waren, wurde ihr kein Recht auf einen Kriegswitwenstatus eingeräumt.[984] Die deutsche Abstammung an sich bildete jedoch noch keinen Grund für eine Ablehnung, so wurde dem Bonyháder Postbeamten Ádám Gern im Mai 1945 bescheinigt, dass bei seiner Auswahl „*ausschließlich seine deutsche*

[981] MNL SML V. 269. 235/1945.
[982] MNL TML V. 729. C. 890/1946.
[983] MNL SML V. 290. 209/1947.
[984] MNL TML IV. B. 417. B. 447/1946.

10.15772/ANDRASSY.2019.005334

Abstammung, nicht aber sein politisches Verhalten berücksichtigt wurde".[985] Keresztély Heidecker, ein Kriegsgeschädigter des Ersten Weltkrieges, stellte am Weihnachtstag 1946 einen Antrag, sein Bodenvermögen nicht zu konfiszieren. Er lebte davon, seitdem sein Sohn als zwangsrekrutierter SS-Soldat verschwunden war und seine Tochter in die Sowjetunion deportiert wurde. Sein Antrag wurde im März 1947 als hinfällig ad acta gelegt, weil er nach Deutschland vertrieben wurde.[986]

In einigen Fällen wurden Ablehnungen mit anderen Gründen rechtfertigt, wobei nicht auszuschließen ist, dass in der Tat die Antragsteller wegen ihres Deutschtums diskriminiert wurden. Als Frau Jánosné Káta aus Máriagyűd im Frühling 1946 Kriegswitwenhilfe beantragte, weil ihr Mann aus der sowjetischen Deportation lungenkrank zurückkehrte und bald auch verstarb, wurde der Antrag abgelehnt, weil die Frau inzwischen wieder verheiratet war, und sowieso nicht die Todesursache ihres verstorbenen Mannes beweisen konnte. Es könnte dabei jedoch auch eine Rolle spielen, dass sie Deutsche war.[987]

Die Ablehnung löste bei den Betroffenen große Verzweiflung aus. Die Einwohner von Hőgyész bedrohten am 21. Februar den Notär gewaltsam, als er vor der Ausstellung der Bescheinigungen prüfen wollte, ob die Antragssteller dazu überhaupt berechtigt waren. Wegen der Bedrohung stellte er allen Anwesenden Dokumente aus, darüber erstattete er jedoch einen Bericht dem Obergespan, dass er aus Zwang gehandelt habe. Seine Anmerkung ist besonders interessant: „*Ich weiß, dass die Rückkehr der Deportierten mit keiner Bescheinigung bewirkt werden kann, aber den Bericht musste ich erstatten, um mich selbst zu schützen*".[988] Der Notär wusste also, dass solche Aktionen zur Rückführung von vornherein erfolglos waren.

Die lokalen Behörden entschieden im eigenen Zuständigkeitsbereich, wem sie Hilfeleistungen zusprachen. Dafür gab es landesweite Regelungen, die zu berücksichtigen waren. Sie hatten jedoch bei der Auswahl der Personen freie Hand. Die ungarische politische Elite rechnete bereits Anfang 1945 damit, dass die Deportation katastrophale Folgen für die soziale Lage der Betroffenen haben werde. Die Regierung regelte am 21. Februar die Kriegshilfen derart, dass Hilfen auch den Personen

[985] MNL TML IV. B. 417. B. 1896/1945.
[986] MNL TML IV. B. 417. B. 3741/1946.
[987] MNL BML V. 151. A. 877/1946.
[988] MNL TML IV. 404. B. Karton 71. 118/1945. Hőgyész.

10.15772/ANDRASSY.2019.005335

zugesprochen werden konnten, „*deren Angehörige als Deutsche oder als Sonstige von den sowjetischen Militärbehörden zur Arbeit mitgenommen und aus dem Land abtransportiert worden waren”.*[989] Eine Voraussetzung für solche Hilfen war auch deren politisches und nationales untadeliges Verhalten.

In der zweiten Hälfte der 1940er Jahre fanden öfters sog. „einmalige Hilfsaktionen” statt (z. B. vor Weihnachten), die eine Unterstützung der zurückgekehrten Kriegsgefangenen und deren Angehörigen boten. Solche Aktionen wurden auch auf die Zivilgefangenen erweitert. Im September 1948 wurde im Rahmen einer Hilfsaktion im Komitat Baranya betont, dass „*auch Personen als zurückgekehrte Kriegsgefangene gelten, die auf dem Gebiet Ungarns gefangen genommen wurden – auch Frauen*”. [990] Auch diese Unterstützung war an die Voraussetzung der politischen Zuverlässigkeit verknüpft, so dass die meisten Deportierten in dieser Region wahrscheinlich unberücksichtigt blieben. Der Antrag von Frau Antalné Heim aus Hidas auf Kriegshilfe wurde deshalb beispielsweise abgelehnt.[991] Ihr Mann war 1942 als Kriegsheld gefallen, sie wurde 1944 deportiert und kehrte 1947 krank aus der Sowjetunion zurück. Die Gemeinde lehnte ihren Antrag damit ab, weil sie Mitglied des Volksbundes und deutscher Nationalität war. Die Kriegshilfen wurden damals der deutschen Minderheit generell entzogen. Der Wohlfahrtsminister informierte die Komitate am 28. Juli 1947 darüber, dass Personen, die zur Aussiedlung bestimmt waren, „*gleichfalls von Entrechtung betroffen sind, als wenn sie bereits ausgesiedelt wären, also jeder finanzielle und rechtliche Anspruch auch auf Kriegshilfe erlischt*”.[992]

Besonders schwer war die Lage für Familien, deren Angehörige bereits nach Deutschland vertrieben worden waren. In Lánycsók beantragte Bálint Geiger 1947 eine Bescheinigung, mit der er beim Roten Kreuz die Rückführung seiner Frau aus Deutschland veranlassen wollte. Die Frau wurde 1944 als „*Mitglied des Volksbundes deportiert*”, ihr Mann blieb mit vier Kindern zurück, wovon zwei schwer krank waren. Die Ausstellung dieses Dokuments wurde vom Gemeindevorstand verweigert.[993]

[989] MNL BML V. 166. A. 610/1945.; MNL BML V. 163. A. 228/1945.
[990] MNL BML V. 155. B. 2010/1948.
[991] MNL BML V. 128. A. 3077/1947.
[992] MNL SML IV. 405. B. 6009/1948.
[993] MNL BML V .142. A. 2364/1947.

10.15772/ANDRASSY.2019.005336

Zur Deklaration als Kriegswitwe oder Kriegswaise seitens der Angehörigen war eine Todeserklärung nötig. Wenn jemand in einem sowjetischen Lager verstorben war, musste dies von Zeugen bestätigt werden. Solche Protokolle sind im Archivbestand von Bátaszék[994] und Püspöknádasd[995] zu finden, in denen kurz beschrieben wurde, unter welchen Umständen Gefangene starben. Die Protokolle des Todes von jungen Menschen, die in Bergwerken oder an Epidemien starben, malen ein finsteres Bild, was die Deportation für die Betroffenen bedeutet hatte. Einen wesentlichen Teil von ihnen wollten die ungarischen Behörden trotzdem nicht zurückführen.

6. Die letzte Kategorie betrifft Maßnahmen der Betroffenen, ihrer Angehörigen und Bekannten. Diese sind fast ausschließlich Versuche im Interesse der Deportierten, wobei darauf hinzuweisen ist, dass eine erfolgreiche Intervention von verschiedenen Persönlichkeiten oft die Deportation anderer Personen zur Folge hatte. Bestechungen,[996] die Ausnutzung der Beziehungen zu Verwandten, Freunden und Bekannten wurden vor allem in Erlebnisberichten dokumentiert, die dadurch entfallene Anzahl ersetzten die sowjetischen Soldaten jedoch zumeist mit der Deportation anderen Zivilisten.

Von den Maßnahmen, mit denen die Betroffenen ihrer Deportation zu entkommen suchten, war die wirkungsvollste die Flucht. Ob diese gelang, hing in der Region in erster Linie davon ab, in welchem Stadium des Deportationsprozesses die Betroffenen zu flüchten versuchten. Die Deportationsbefehle stellten strenge Vergeltung in Aussicht, wenn jemand seiner Meldepflicht nicht nachkam. Die Zeitzeugen berichten oft, dass sie sich meldeten, weil sie Angst um ihre Familien hatten.

Wenn jemand auf der Liste verzeichnet war und sich dennoch nicht meldete, konnte das tatsächlich zur Bestrafung der Familienmitglieder führen. Für Berkesd ist ein Fall bereits thematisiert worden, als die Mutter statt einer jungen Frau nach Pécs geschickt wurde.[997] Die von den ungarischen Behörden zusammengestellten Listen dienten auch

[994] MNL TML V. 706. D. 539/1946.
[995] MNL BML V. 166. A. 3397–3413/1949.
[996] Über Bestechungen berichten: REITINGER, Sérsekszőllős, 1959, 26.; FÜZES, Modern, 1990, 76; – Babarc; Ebda. 163.; KREMER, Elisabeth: Feked. Das Dorf und seine Einwohner. Feked, 2007, 108.; REIL, Karl: Der Ort wo unsere Wiege stand. Maria-Kéménd. Die Geschichte eines deutschen Dorfes in Ungarn. Bad Dürrheim–Biesingen, 1979, 84. MÁRKUS, Messze, 2013, 102, betrifft Hidas.
[997] MNL BML V. 108. B. 2821/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005337

zu Kontrollzwecken. Die Chancen waren besser, wenn die Flucht in einer späteren Phase der Deportation versucht wurde. Laut mehreren Berichten flüchtete ein Teil der zur Deportation bestimmten Personen – so alle Frauen – aus Nagynyárád auf dem Weg nach Baja, was jedoch keine Folgen hatte.[998] Es kann nicht festgestellt werden, dass die sowjetischen Soldaten solche Fluchtaktionen gar nicht bestraften, einzelne Versuche waren jedoch erfolgreich.

Zeitzeugen berichteten von vielen Fällen, dass die ungarischen Behörden ihre eigenen Verwandten freistellten. In Gyönk erreichte dies der Dolmetscher,[999] in Hőgyész blieben die Kinder des Richters unberücksichtigt.[1000] Von Pfarrern wurde berichtet, dass sie sich für ihre Gläubigen einsetzten konnten. In Bikal[1001] und in Bonyhád[1002] tauschten sie angeblich Katholiken mit Lutheranern. Der Pfarrer von Véménd bat den Bischof um Intervention, um seine verschleppten Gläubigen zurückzuholen.[1003] Es ist nicht auszuschließen, dass er eine Rolle dabei spielte, dass von den aus der Gemeinde rekrutierten 360 Personen tatsächlich nur 165 deportiert wurden.[1004]

Die Sowjets privilegierten auch Arbeitgeber, wie die Erste Donau Dampfschiffgesellschaft und die Nagymányoker Bergwerke. Diese Betriebe stellten Zeugnisse für ihre Arbeiter aus, dass sie zur Zwangsarbeit nicht in Anspruch genommen werden durften.[1005] Ob diese von den sowjetischen Akteuren tatsächlich berücksichtigt wurden, sollte näher untersucht werden.

Außer den Maßnahmen zur Unterstützung gab es auch Fälle, in denen einige Beihilfe für die Deportation anderer Personen leisteten. Am 10. Februar 1945 forderte ein an den Gemeindevorstand von Dombóvár adressierter anonymer Brief, Gendarmen in ein Haus zu schicken, weil sich dort ein junger Mann versteckte, der wahrscheinlich der

---

998 HÄFFNER, Johann: Nagynyárád. Schwabach, 1984, 65–66.; GONDA, Gábor: Kitaszítva. Kényszermigráció, nemzetiségpolitika és földreform németek által latt Dél- és Nyugat-Dunántúli településeken 1944–1948. Pécsi Hittudományi Főiskola–Kronosz, Pécs, 2014, 324–325.; TÓTH, Hazatértek, 2008, 213, 242, 295, 343, 351.

999 BArch LAA OST DOK 2. Nr. 377. S. 55.

1000 FÜZES, Modern, 1990, 226.

1001 SCHIEDER, Dokumentation, 1984, 60.

1002 BArch LAA OST DOK 2. IX. Nr. 377. S 79–85.

1003 PPL I. 1. B. 2521/1945.

1004 BOROS BRAMBAUER, Johann: Véménd. Véménd, 2007, 95–96.; MÁRKUS, Messze, 2013, 191.; TÓTH, Hazatértek, 2008, 319.

1005 MNL BML V. 166. A. 3697/1944.; BArch LAA OST DOK 2. XI. Nr. 363. S. 335.; MNL BML IV. 423. B. 138/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005338

Zwangsarbeit entkommen wollte.[1006] Die Gendarmerie stellte allerdings fest, dass bei der Hausbesitzerin Frau Imréné Oldal ihr Schwiegersohn, Vince Márton zum Besuch war, weil die Enkelkinder bei Frau Oldal untergebracht wurden. Vince kam, um sein krankes Kind zu besuchen.

Ähnliche böswillige Fälle wurden in erster Linie von Erlebnisberichten dokumentiert. Der Lehrer von Babarc ließ eine Frau in die Liste der Deportierten eintragen, weil deren Vater zuvor keine Eier kostenlos abgegeben hatte.[1007] Eine andere Frau ebenso aus Babarc berichtete, dass sie deshalb in die Liste aufgenommen wurde, weil früher der Sohn des serbischen Dolmetschers in ihr verliebt war, beide trennten sich aber kurz vor der Bekanntgabe der Deportation.[1008] Ähnliche persönliche Motive spielten wahrscheinlich öfter eine Rolle, sie wurden aber kaum dokumentiert und sind nur schwerlich nachweisbar.

Die individuellen Maßnahmen erfolgten größtenteils nach Abschluss der Deportation. Unter anderem versuchten Pfarrer sich um Rückkehr ihrer Gläubigen einzusetzen. So wandte der Propst von Mágocs, Gyula Kiszler, sich in der Angelegenheit einiger *„Nicht-Bundisten"* an den Innenminister.[1009]

Viele Familienmitglieder schickten kurz nach der Deportation noch individuelle Anträge auf Freilassung an verschiedene Behörden. Im Februar 1945 erhielt der Obergespan vom Komitat Tolna zahlreiche solche Anträge, die er befürwortete und an das Außenministerium weiterleitete.[1010] Er informierte ferner die Betroffenen, dass die Regierung entsprechende Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung bereits aufgenommen habe.

Die verschiedenen Parteien stellten auch zahlreiche Zeugnisse für Deportierte aus. Die Kommunistische Partei intervenierte zum Beispiel in der Angelegenheit der aus dem Komitat Baranya deportierten Männer.[1011] In Gyönk stellten die Vertreter der Kommunistischen, Sozialdemokratischen und Bauerpartei einen gemeinsamen Antrag an den Obergespan, bei den zuständigen Stellen etwas für die Rückführung „*der im Winter weggebrachten Personen, die sich am unbekannten Ort aufhalten und keine*

[1006] MNL TML IV. B. 413. 423/1945.
[1007] MÁRKUS, Messze, 2013, 130.
[1008] FÜZES, Modern, 1990, 76.
[1009] MNL TML IV. 401. B. 173/1945.
[1010] MNL TML Iv. 401. B. 174/1945, 179/1945, 185/1945, 208/1945.
[1011] MNL BML IV. 1401. B. 345/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005339

Volksbund-Mitglieder waren" zu unternehmen. Sie begründeten den Antrag damit, dass in der Gemeinde dringende wirtschaftliche Arbeiten bevorstanden.[1012]

Im Mai 1945 leitete der Obergespan vom Komitat Tolna einen Antrag an Mátyás Rákosi weiter, in dem ein Vater um die Freilassung seiner Tochter bat. Aus der Zentrale der Kommunistischen Partei in Budapest kam am 4. Juni die Ablehnung des Antrags zurück, in der ungewöhnlich offen folgendes mitgeteilt wurde: „*Leider haben wir keine Möglichkeit, die Freilassung der Arbeitsdienstler bei den russischen Behörden zu erreichen. [...] Leiten Sie niemanden mehr in einer ähnlichen Angelegenheit zu uns weiter, weil unsere bisherigen Interventionen leider fast kein Erfolg hatten.*"[1013]

Im Lauf der Zeit wurden die individuellen Maßnahmen immer seltener. Die Familienmitglieder und Bekannten sahen wahrscheinlich ein, dass sie allein in dieser Angelegenheit nichts erreichen konnten. Andererseits war bereits die Internierung, Enteignung und Vertreibung der deutschen Minderheit aus Ungarn im Gange, und die Betroffenen wagten es nicht mehr, Anträge für „als Deutsche" deportierte Personen zu stellen.

Generell lässt sich feststellen, dass die Maßnahmen während und nach der Deportation in der Schwäbischen Türkei sehr vielfältig waren. In dieser Region wurden die meisten solcher Fälle dokumentiert, wobei diese Aktionen in der Regel nicht im Interesse der Deportierten standen, sondern deren Diskriminierung verstärkten. Das hing damit zusammen, dass in dieser Region in den vorherigen Jahren und Jahrzehnten die Aktivität der deutschen Minderheit intensiver war als in den restlichen Landesteilen. Die deutsche Minderheit wurde von den ungarischen Behörden als ein Problem betrachtet, und sie hielten nunmehr die Zeit für eine Lösung in ihrem Sinne 1945 gekommen. Ende 1944 konnten sie noch nicht wissen, dass durch die Vertreibung nach Deutschland in einem Jahr eine bessere Möglichkeit zur langfristigen Entfernung der deutschen Minderheit aus Ungarn kommen würde. So wurde von vielen Gemeindeleitern die erste solche Möglichkeit ausgenutzt – nämlich die Auslieferung der Minderheit zur Zwangsarbeit in der Sowjetunion.

[1012] MNL TML IV. 401. B. 9/1945., 10/1945.
[1013] MNL TML IV. 401. B. 698/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005340

7.6 Interpretationen der „deutschen Abstammung”

Auch in der Schwäbischen Türkei diente den sowjetischen Akteuren der GKO Beschluss Nr. 7161. als Grundlage ihrer Tätigkeit wie in allen anderen Regionen. Sie suchten also nach deutschstämmigen Zivilisten und interpretierten diese Kategorie als eine rassische Qualität, die unveränderbar, unabhängig von politischer Einstellung und einer Selbstdefinition anzusehen und aufgrund äußerer Merkmale zu erkennen ist.

Jedoch ist in der Region zu beobachten, dass sie nach der Kenntnisnahme der Tatsache, dass in einigen Bezirken eine zahlenmäßig sehr starke deutsche Bevölkerung anzutreffen war, dort nicht mehr konsequent darauf bestanden, die Deportation aufgrund der Abstammung durchzuführen. Einerseits ließen die sowjetischen Akteure im Vergleich zu anderen Regionen den ungarischen Behörden einen auffällig großen Handlungsspielraum, denn diese wurden mit der wichtigen Aufgabe, nämlich mit der Feststellung der deutschen Abstammung beauftragt. Die Befehle im Komitat Baranya enthalten auch die Information, dass „*die Feststellung der deutschen Abstammung die Aufgabe der ungarischen Behörden ist*”. [1014] In anderen Regionen entschieden fast immer die sowjetischen Akteure darüber – mit Hilfe der Namensanalyse –, wen sie als deutschstämmige Zivilisten deportieren. Diese Methode kam in der Schwäbischen Türkei selten und nur in besonderen Fällen vor.

Aufgrund deutsch klingender Namen wurde nur aus den Gemeinden und Bezirken deportiert, in denen die sowjetischen Akteure unter Anwendung anderer Methoden keine Deutschen finden konnten. Die Idee einer Namensanalyse wurde erst während der zweiten Welle der Deportation aufgeworfen, als die Sowjets sehr schnell eine hohe Anzahl erreichen wollten, mit Unterstützung der ungarischen Behörden aber nicht mehr zu rechnen war. Abgesehen von solchen Fällen waren die sowjetischen Akteure in der Schwäbischen Türkei anscheinend mehr geneigt, das Kriteriensystem der Ungarn zu übernehmen, nämlich in erster Linie die Volksbund-Mitglieder und die Personen deutscher Nationalität und ggf. deutscher Muttersprache zu deportieren. Der Handlungsspielraum der ungarischen Behörden war größer als in anderen Regionen, weil sie die Listen zusammenstellten, die von den Sowjets in den meisten Fällen ungeprüft übernommen wurden.

[1014] MNL BML IV. 401. B. 329/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005341

Hätten die sowjetischen Befehlshaber die Deportation in dieser Region aufgrund des Kriteriums der Abstammung durchgeführt, wäre die Anzahl der Betroffenen deutlich höher ausgefallen. In vielen Gemeinden lebten Personen, die deutschstämmig waren, eventuell auch deutsch klingenden Namen hatten, doch die ungarischen Behörden trugen sie in die Listen nicht ein, so blieben sie von den Sowjets unbemerkt. Warum die Akteure hier nicht auf Deportation aufgrund der Abstammung bestanden, kann ohne ihre Unterlagen nicht geklärt werden. Eine mögliche Erklärung ist, dass die in diesen drei Komitaten stationierten Truppen nicht die gleichen waren, wie in den anderen Regionen. Vielleicht hatten die Akteure der 3. Ukrainischen Front andere Vorstellungen, wie die Deportation durchzuführen war, als die der 2. Ukrainischen Front. Es ist möglich, dass sie sich hier einfach mit der Anzahl begnügten, die sie ohne besondere Anstrengung erreichen konnten. Schließlich nahmen sie aus den Bezirken Hegyhát und Pécsvárad mehr als jeweils tausend Personen mit.

In den Unterlagen der ungarischen Behörden taucht der Begriff „deutschstämmig" mancherorts auf, weil die sowjetischen Akteure die Zusammenschreibung dieser Personengruppe verordneten – diese Kategorie verschwand aber wieder schnell. Die Oberstuhlrichter ließen die Verzeichnisse mit den Gemeindevorständen nicht mehr aufgrund der Abstammung zusammenstellen, sondern sie wiesen diese an, die Ergebnisse der letzten Volkszählung oder die politische Vergangenheit der Betroffenen zu berücksichtigen. In Ausnahmefällen konnte das eine Folge einer fehlerhaften Übersetzung sein – wie im Komitat Somogy die Kategorie „*Geburt als deutscher Muttersprachler*". Wahrscheinlicher ist, dass die ungarischen Behörden versuchten, die sowjetische Verordnung so umzuinterpretieren, dass sie ihren eigenen Interessen dienten.

Den Handlungsspielraum, die die ungarischen Behörden in der Schwäbischen Türkei hatten, nutzten sie also dazu aus, statt alle deutschstämmigen Personen nur diejenigen auszuliefern, die wegen ihrer Selbstdefinition oder Mitgliedschaft in deutschen Organisationen unerwünscht waren. Damit reduzierten sie den Kreis der Betroffenen deutlich, was für die Beurteilung ihrer Tätigkeit ins Gewicht fällt.

Die Ignorierung der Kategorie „deutscher Abstammung" war auch bei den Freistellungsversuchen zu beobachten. Als verschiedene Ausweise und Bescheinigungen in der Region ausgestellt wurden, war die Argumentation sehr

10.15772/ANDRASSY.2019.005342

atypisch, nämlich dass die betroffenen Personen nicht deutschstämmig waren. Stattdessen wurde mit der ungarischen Nationalität, Muttersprache und Gesinnung, mit der politischen Tadellosigkeit der jeweiligen Person argumentiert, mit deren Betonung die ungarischen Behörden eine Freilassung zu bewirken suchten. Dabei spielte wahrscheinlich eine Rolle, dass die verschiedenen Behörden und Gremien für den Inhalt der von ihnen unterzeichneten Bescheinigungen auch verantwortlich waren. Sie wollten also von den meisten Deportierten nicht behaupten, dass diese nicht deutschstämmig waren – weil das der Realität nicht zu entsprechen vermochte.

7.7 Die Anzahl der Deportierten aus der Region

Anhand der erschlossenen Quellen komme ich auf die Anzahl von 10.175 Deportierten aus der Schwäbischen Türkei (siehe Tabelle 7. im Anhang). Die Feststellung dieser Zahl war jedoch mit etlichen Schwierigkeiten verbunden. In der Region stehen nicht zu allen Gemeinden Zahlenangaben zur Verfügung, denn in vielen Akten wurde nur die Tatsache der Deportation bestätigt. Zu einigen Ortschaften habe ich also keine Zahlen, besonders im Komitat Somogy waren solche Mängel im Archivbestand gegeben.

Im Komitat Tolna lässt sich die Deportiertenzahl anhand der Archivunterlagen am besten rekonstruieren, dank der Konskription auf Anweisung des Obergespans, die ich in meinen Ausführungen öfters erwähnte. Die Frage kann trotzdem aufkommen, ob diese Datensammlung tatsächlich vollständig ist, ob niemand in den Listen fehlt, oder ob alle betroffenen Gemeinden ihre Listen verfertigt und dem Obergespan zugesandt hatten. Trotz aller Bedenken halte ich die Angaben zum Komitat Tolna für zuverlässig.

Im Komitat Baranya bedeutete ein Problem, dass die Dokumentierung der verschiedenen Bezirke unterschiedlich ausfällt. Sehr viele Angaben fehlen zu den Bezirken Pécs, Mohács und Villány, deswegen gehe ich davon aus, dass die tatsächliche Anzahl in diesen Bezirken etwas höher lag. Ein zusätzliches Hindernis war, dass in vielen Gemeinden die Anzahl der von den sowjetischen Truppen abtransportierten Personen bereits Mitte Januar 1945 erfasst wurde, wodurch die Deportierten der zweiten Welle mit großer Wahrscheinlichkeit fehlt. Die deswegen fehlende Anzahl kann jedoch

10.15772/ANDRASSY.2019.005343

wegen der frühzeitig eingestellten Aktion nicht allzu hoch gewesen sein. Ein drittes Problem mit den Zahlenangaben ist die Praxis in Baranya, dass im Gegensatz zu Tolna hier in vielen Fällen nur die Personen erfasst wurden, die die ungarischen Behörden „*als Deutsche deportierte Ungarn*" betrachteten, die nur aus „Versehen" mitgenommen wurden. Das ist ein weiterer Faktor, der dazu beiträgt, dass meine Anzahl der Deportierten geringer ist als die tatsächliche.

Laut den sowjetischen Quellen betrug die Gesamtzahl der Deportierten 10.760, die aus dem von der 3. Ukrainischen Front besetzten Teil Ungarns mobilisiert wurden.[1015] Da diese die einzige Deportationsregion in Ungarn war, in der die Aushebung der Zivilisten von dieser Armee durchgeführt wurde, ist diese Zahl auf die Schwäbische Türkei zu beziehen.

Der Unterschied zwischen meiner Anzahl von 10.175 Personen und der Angabe der sowjetischen Quellen von 10.760 ist auf die vorhin genannten Gründe zurückzuführen. Andererseits ist zu bemerken, dass der südliche Teil der Region ein Grenzgebiet war. Es ist nicht sicher, ob die heutige Grenze identisch mit der ist, welche die sowjetischen Akteure damals als ungarisch-jugoslawischen Grenze betrachteten. Der Grund für die Differenz zwischen den zwei Zahlen kann also auch sein, dass die sowjetischen Dokumente die Zahlen einiger Gemeinden mit enthalten, die später an Jugoslawien angeschlossen wurden.

8. Die Region Budapest und Umgebung

8.1 Allgemeines

Die Bezeichnung Budapest und Umgebung ist eine vereinfachte Bezeichnung für die Deportationsregion, weil ein Teil der betroffenen Gemeinden sogar mehr als 50–60 km weit entfernt von der Hauptstadt liegt. Die Benutzung dieses Namens kann jedoch damit begründet werden, dass einerseits sich der größere Teil der Region im Komitat Pest-Pilis-Solt-Kiskun befand. Andererseits wirkten sich in der ganzen Region die

[1015] POLJAN, Against, 2004, 259.

10.15772/ANDRASSY.2019.005344

Frontereignisse, die militärische Belagerung der Hauptstadt aus, als die Deportation durchgeführt wurde.

Die Region ist nicht gänzlich zusammenhängend, besonders die betroffenen Gemeinden im nördlichen Gebiet sind geographisch fern voneinander, auch von den Gemeinden z. B. auf der Csepel-Insel. Das ist insofern interessant, weil im nördlichen Teil der Region, nördlich vom Donauknie gab es nur wenige Gemeinden, in denen eine deutsche Bevölkerung zu finden war, die sowjetischen Truppen suchten und fanden jedoch auch diese. Selbst in der chaotischen Lage, die während der Zeit der Belagerung der Hauptstadt herrschte, war es also ihr Ziel, die deutschstämmige Bevölkerung zu deportieren, nicht andere Ethnien.

Ein wesentlicher Teil der betroffenen Gemeinden lagen in Randgebieten des damaligen Budapest, die inzwischen in die Stadt eingegliedert wurden. Ferner wurde der Deportationsbefehl östlich der Donau, am linken Ufer durchgeführt und in den von Deutschen bewohnten Gemeinden der Csepel-Insel. Im nördlichen Teil führten die sowjetischen Akteure die Deportation im Donauknie und in einigen Gemeinden des Bezirks Rétság durch.

Die Deportationsregion bildete keine administrative Einheit. Der wesentliche Teil gehörte, wie erwähnt, zum Komitat Pest-Pilis-Solt-Kiskun. Das Komitat war vom Friedensvertrag von Trianon nicht betroffen, 1945 veränderte sich auch nur so viel, dass es einige Gemeinden von den Nachbarkomitaten bekam. Im Rahmen der Komitatsregelung 1950 wurde das Komitat dann in die Komitate Bács-Kiskun und Pest aufgeteilt. Zugleich wurde der für diese Arbeit relevante Bezirk Szob an das Komitat Pest angeschlossen.

Die Entwicklung im benachbarten Komitat Nógrád war etwas komplizierter. Der nördliche Teil wurde 1920 der Tschechoslowakei zugesprochen, der restliche Teil „vorübergehend" mit dem „Rumpfkomitat" Hont zusammengeschlossen. Mit dem Ersten Wiener Schiedsspruch 1938 wurde eine Neueinteilung nötig, so wurden neue Komitate ins Leben gerufen, namens Bars, Hont k. e. e. und Nógrád. Mit dem Waffenstillstandsabkommen 1945 wurden die 1920 abgetrennten Gebiete wieder Teile der Tschechoslowakei, während der Rest als Komitat Nógrád-Hont bei Ungarn blieb. 1950 bekam das neue Komitat Pest die restlichen Teilen von Hont, während das Komitat Nógrád seit damals unverändert blieb.

10.15772/ANDRASSY.2019.005345

Die komplizierte administrative Lage ist jedoch nur ein Grund dafür, dass die Bearbeitung des betreffenden Archivmaterials äußerst schwierig war. Das Gebiet war 1944 und 1945, während der Deportation Frontgebiet. Mehrere Gemeinden wurden von den ungarischen und deutschen Soldaten evakuiert,[1016] und die administrative Arbeit eingestellt.[1017] Anderswo vernichteten die kämpfenden Truppen die Unterlagen.[1018]

Viele Gemeindeleiter verließen ihre Dienststellen freiwillig oder aus Zwang. Der Oberstuhlrichter des Bezirks Ráckeve, Gyula Juhász ergriff die Flucht am 3. November 1944,[1019] sein Amt übernahm auf sowjetischem Befehl ein gewisser Lajos Csiszár, der aber mit der Administration noch lange nicht klar kam. Am 17. Januar 1945 wies der Oberstuhlrichter des Bezirks Monor Rezső Stock, einen pensionierten Notär, dazu an, den Gemeindevorstand von Ceglédbercel zu übernehmen[1020] – was dem Vorgänger zustoßen war, ist unklar. Der Oberstuhlrichter vom Bezirk Rétság nahm seine Arbeit erst am 1. Februar wieder auf.[1021] Die Arbeit der Komitatsleitung von Pest-Pilis-Solt-Kiskun war bis Februar 1945 stillgelegt, was ich bereits bei der Region Bács-Kiskun erwähnte. Wegen der großen Lücken im Archivbestand ist die Rekonstruktion der Art und Weise des Deportationsvorgangs in dieser Region am schwierigsten. Deswegen musste ich meine Arbeit mehr auf ergänzenden Quellen, besonders auf Egodokumente stützen.

Die Benutzung früherer Forschungsergebnisse zur Region ist nur begrenzt möglich. Es gibt viele Quellen, die von den Heimatvertriebenen produziert wurden. Aus sicherheitspolitischen Erwägungen wurde die deutsche Minderheit 1946 zuerst aus der Region um Budapest nach Deutschland vertrieben, deswegen ist die Region sowohl im Bestand des Lastenausgleichsarchivs, als auch in der Heimatbuch-Literatur stark repräsentiert. Die Besonderheit der Deportation in dieser Region war aber gerade, dass

[1016] Zum Beispiel Vecsés wurde von den deutschen Truppen zwangsevakuiert, und das Gemeindehaus brannte während der Kämpfe nieder, wobei auch die Unterlagen vernichtet wurden. Siehe dazu MNL PML V. 1160. 477/1945.

[1017] Die Bevölkerung von Soroksár wurde zum Beispiel im November 1944 nach Pestszenterzsébet umgesiedelt, siehe dazu: STARK, A „málenkij robot", 2012, 292.

[1018] Zum Beispiel in der Gemeinde Kakucs, siehe MNL PML V. 1056. 1217/1945., 90/1946. Der Oberstuhlrichter des Bezirks Szentendre berichtete am 1. Februar, dass er erst jetzt wieder in seinem Amt war, und viele seiner Unterlagen und Möbel zerstört wurden. Siehe PML XXI. 50. B. 22/1945.

[1019] MNL PML XVII. 149. Protokoll der Sitzung vom 18. Dezember 1944.

[1020] MNL PML V. 1019. 9/1945.

[1021] MNL NML V. 328. 1/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005346

sie in erster Linie nicht die Gemeinden betraf, in denen mehrheitlich eine deutsche Minderheit lebte. Deshalb ist sie in diesen Quellen kaum dokumentiert und unterrepräsentiert, während die Vertreibung oft das Hauptthema blieb. In der „Leidensgeschichte" der Ungarndeutschen aus der Region um Budapest liegt der Fokus auf die Ereignisse nach 1945, im kollektiven Gedächtnis sind sie auch stärker verankert. Die Deportation, wo sie überhaupt durchgeführt wurde, blieb unbemerkt, weil sie von den Forschern der Geschichte der deutschen Minderheit oft übersehen wurde.[1022]

In den früheren ungarischen Forschungen zur Deportation wurde über diese Region berichtet,[1023] jedoch eher nur in der Oral History-Literatur.[1024] Bereits während der 1990er Jahre war zu beobachten, dass die Deportation aufgrund deutscher Abstammung und die Männerverschleppungen, die in der Region massenweise vorkamen, in der (Fach)Literatur nicht getrennt behandelt wurden. Dadurch waren die Angaben zur Anzahl der Betroffenen schon damals zu undifferenziert.

In der späteren Forschung, besonders ab den 2000er Jahren ist das Phänomen zu beobachten, dass die Deportation aufgrund deutscher Abstammung hinter der Männerverschleppungsaktion, die quantitativ deutlich größer war, in den Hintergrund rückte. So widmete z. B. Zalán Bognár wesentlich mehr Aufmerksamkeit der Frage der verschleppten Männer, als der der deportierten Deutschen. Auch im kollektiven Gedächtnis der Region ist diese Tendenz gut wahrnehmbar – in Budapest wurde 2017 ein zentrales „Malenkij Robot" Denkmal eingeweiht, das sich im Bahnhof Ferencváros befindet, der eine Station für die Verschleppung von Männern war.

In den Forschungen ist eine terminologische Unklarheit sehr häufig zu bemerken. Insbesonders der Begriff „Malenkij Robot" wird sowohl für die Männerverschleppungen als auch für die Deportation der Deutschen benützt. Eine Trennung zwischen den zwei unterschiedlichen Vorgängen ist umso schwieriger, weil Männer auch aus Gemeinden verschleppt werden konnten, die mehrheitlich von Deutschen bewohnt waren (so in Budakeszi,[1025] Nagykovácsi[1026] oder Solymár[1027]). Die

[1022] Siehe MARCHUT, Törékpontok, 2014, 127–128.
[1023] Siehe ZIELBAUER, Magyar, 1989, 281–284.
[1024] Ilona Szebeni nahm zahlreiche Interviews mit Überlebenden aus Soroksár, Nagymaros, Újhartyán und Szigetbecse in den 1990-er Jahren auf.
[1025] SOMLAI, A magyarországi, 2014, 263–264.
[1026] BArch LAA OST DOK 17 Nr. 33. k. S. 24.

10.15772/ANDRASSY.2019.005347

verschleppten Männer waren dort natürlich deutscher Abstammung, Nationalität und/oder Muttersprache – sie wurden jedoch nicht deswegen verschleppt.
Die Vertreibung der deutschen Minderheit und die Männerverschleppungen rückten in der Forschung die Deportation und die kollektive Erinnerung daran in den Hintergrund. Diese Entwicklung und die ungünstige Quellenlage trugen gleichfalls dazu bei, dass eine detaillierte Erschließung des Deportationsvorgangs in der Region bisher nicht einmal versucht wurde. Über einigen Gemeinden stehen Arbeiten zur Verfügung, eine Synthetisierung dieser und eine Aufarbeitung der Deportation für diese Region blieb jedoch bisher aus.

8.2 Die sowjetische Besetzung der Region

Die 2. Ukrainische Front setzte den Vormarsch nach Sicherung der Region Debrecen zwischen Donau und Theiß fort. Am 28. Oktober erhielt Marschall Malinowskij den Befehl, Budapest so rasch wie möglich einzunehmen.[1028] Diese Operation wurde zunächst von deutschen und ungarischen Verteidigern an der Attila-Linie vor Budapest aufgehalten. Stalin befahl am 14. November eine Umstrukturierung der kämpfenden Truppen, der zufolge die 2. Ukrainische Front 200 Panzerwagen und 40.000 Soldaten von der 4. Ukrainischen Front übernahm,[1029] um die Schlacht um Budapest schneller zu Ende zu bringen. Ein militärischer Durchbruch gelang trotzdem nicht, weswegen ein weiterer Befehl folgte, der auch die 3. Ukrainische Front nach Budapest beorderte.
Die Truppen von Marschall Tolbuchin überquerten Anfang November 1944 bei Apatin und Kiskőszeg die Donau.[1030] Nach einer Truppenkonzentration begannen sie Ende November Südtransdanubien zu erobern. Mohács und das Komitat Baranya waren binnen weniger Tage in sowjetischer Hand. Am 1. Dezember nahmen sie Paks und

[1027] Siehe dazu die online Debatte darüber, ob es „Malenkij Robot" in Solymár gab: http://www.szepsolymar.hu/blog/hadifogsag-es-malenkij-robot-solymaron/389 (Abruf: 9. 8. 2018)
[1028] UNGVÁRY, A magyar, 2004, 363.; ZAHAROV, A 2., 1973, 216.
[1029] UNGVÁRY, A magyar, 2004, 366.
[1030] GOSZTONYI, A magyar, 1995, 229.; VERESS D., A Dunántúl, 1984, 22–23.

10.15772/ANDRASSY.2019.005348

Szekszárd ein.[1031] Ihr rascher Vormarsch garantierte Stalin, dass die 3. Ukrainische Front bald die Region Budapest erreichen konnte.

Für Malinowskij bedeutete dieser Verlauf ein Versagen, weswegen er am 4. Dezember einen letzten Versuch unternahm, Budapest von Süden zu umzingeln und den Ruhm der Eroberung der ungarischen Hauptstadt für sich allein zu gewinnen. Seine Truppen mussten bei Ercsi und Százhalombatta die Donau überqueren,[1032] diese Operation kostete aber enorme Opfer und die Sicherung des Gebiets gelang erst am 8. Dezember, als die Truppen der rivalisierenden 3. Ukrainischen Front eintrafen.[1033] Mit der nun verstärkten Armee konnte Budapest völlig umzingelt werden. Die 3. Ukrainische Front war im Süden auf der Budaer Seite stationiert, die 2. Ukrainische Front setzte ihre Operation von Osten und Norden auf der Pester Seite fort.[1034]

In Transdanubien unternahmen die deutschen Truppen ab dem 20. Dezember eine Gegenoffensive, die den Vormarsch der 3. Ukrainischen Front kurz aufhielt. Erst am 22. Dezember erreichten die Sowjets das Schildgebirge/Vértes. Am 23. Dezember nahmen sie Bicske und Érd ein,[1035] damit war der Weg nach Buda frei. Während der Weihnachtstage marschierten sie durch das Ofner-Bergland und das Pilis-Gebirge nach Norden. Am 26. Dezember wurden Dorog und Esztergom erobert und dadurch die Einkesselung von Budapest abgeschlossen.[1036]

Währenddessen begann die sowjetische Offensive der 2. Ukrainischen Front auf der Pester Seite am 25. Dezember. Als die Stadt komplett umzingelt war, forderte die sowjetische Leitung die Verteidiger in einem letzten Ultimatum am 29. Dezember auf, zu kapitulieren, wobei es zu Zwischenfällen kam.[1037] Das Ultimatum wurde abgelehnt.[1038]

Anfang Januar begann die Operation Konrad der Deutschen in Transdanubien, die auf eine Entlastung der bei der Hauptstadt kämpfenden Truppen zielte. Obwohl im Rahmen der Operation zahlreiche kleinere Erfolge erzielt wurden, konnte die Belagerung der

[1031] UNGVÁRY, A magyar, 2004, 371.
[1032] UNGVÁRY, A magyar, 2004, 371–372. ZAHAROV, A 2., 1973, 222. Zaharov berichtete nicht über die Schwierigkeiten der Donauüberquerung. .
[1033] ZAHAROV, A 2., 1973, 223.; GOSZTONYI, A magyar, 1995, 229.
[1034] UNGVÁRY, A magyar, 2004, 376.; ZAHAROV, A 2., 1973, 221.
[1035] UNGVÁRY, A magyar, 2004, 381.; ZAHAROV, A 2., 1973, 229.
[1036] UNGVÁRY, A magyar, 2004, 394.
[1037] Der sowjetische Gesandte kam bei einem Schusswechsel ums Leben – in den sowjetischen Werken wird der Fall aber so beschrieben, dass er bewusst ermordet wurde.
[1038] GOSZTONYI, A magyar, 1995, 232.; UNGVÁRY, A magyar, 2004, 409–410.

10.15772/ANDRASSY.2019.005349

Hauptstadt nur hinausgezogen, nicht aber verhindert werden.[1039] Weder diese Aktionen noch die Schlacht um Budapest werden in dieser Arbeit näher vorgestellt. Zuerst fiel die Pester Seite, ab dem 17. Januar war sie in sowjetischer Hand, worauf die Deutschen alle Donaubrücken sprengten.[1040] Auf der Budaer Seite endeten die Kämpfe nach einem missglückten Ausbruchsversuch am 11. Februar.[1041]

Für den Vorgang der Deportation waren der Zeitpunkt und die Intensität der Kampfhandlungen am wichtigsten. Der Belagerungsring um Budapest wurde Mitte Dezember 1944 vervollständigt, die sowjetischen Truppen besetzten bereits die Region. Im Gegenteil zu anderen Deportationsregionen begannen hier erst zu diesem Zeitpunkt die Kämpfe, deshalb wurden die Militärkommandanturen, die eine Neuorganisierung des Lebens der Ortschaften bezweckten, erst später etabliert. Um Budapest wurden keine Kommandanturen in den Bezirkszentren gegründet, die sowjetischen Akteure mischten sich nicht in administrative Angelegenheiten ein – die Arbeit der meisten Verwaltungen wurde während der Kämpfe auch eingestellt und viele Gemeinden (zwangs)evakuiert. Die Belagerung von Budapest begann fast parallel mit der Verkündung des Beschlusses Nr. 7161. über die Deportation und sie dauerte bis Mitte Februar 1945 – länger also, als das Zeitfenster für die Durchführung der Deportation.

Ein wichtiger Faktor für den Zusammenhang von Deportation und Militäroperationen war die bereits erwähnte Rivalität der zwei sowjetischen Armeen, die der 2. und 3. Ukrainischen Front. Marschall Malinowskij war ab ovo mit der Belagerung der ungarischen Hauptstadt beauftragt, so hatte die von ihm geleitete 2. Ukrainische Front seit längerem Budapest in Visier und seine Truppen erreichten bereits im November 1944 die Region. Im ersten Drittel des Monats eroberten sie ein großes Gebiet um die Stadt, am 9. Dezember fiel z. B. Balassagyarmat 80 km nördlich von Budapest,[1042] was eine Umzingelung aus dieser Richtung ermöglichte.

Währenddessen überwand die 3. Ukrainische Front unter Marschall Tolbuchin Ende November zunächst die Schwierigkeiten der Donauüberquerung in Südtransdanubien, als ihnen der Befehl erteilt wurde, sich dringlichst der Operation um Budapest

[1039] UNGVÁRY, A magyar, 2004, 429–448.; VERESS, A Dunántúl, 1984, 140.
[1040] GOSZTONYI, A magyar, 1995, 233.; UNGVÁRY, A magyar, 2004, 418.
[1041] ZAHAROV, A 2., 1973, 262.
[1042] ZAHAROV, A 2., 1973, 471.

10.15772/ANDRASSY.2019.005350

anzuschließen. Sie erreichten erst etwa ein Monat später die Region. Darüber hinaus befanden sie sich am rechten Ufer der Donau, das damals noch größtenteils in der Hand der deutsch-ungarischen Truppen war. So erfolgten alle deren Gegenoffensiven im Gebiet der 3. Ukrainischen Front, die deren Vormarsch verzögerten. Sie waren mit größeren militärischen Herausforderungen konfrontiert als erwartet, und ich halte es für sehr wahrscheinlich, dass diese Umstände die Ursache dafür bildeten, dass die deutsche Minderheit im von der 3. Ukrainischen Front besetzten Gebiet trotz ihrer hohen Anzahl nicht in die Sowjetunion deportiert wurde.

8.3 Ethnische Struktur, Konflikte

Obwohl die Deportation um Budapest eher nicht in dem bekannten und mehrheitlich deutschen Siedlungsgebiet durchgeführt wurde, lebten in der betroffenen Region auch zahlreiche Menschen deutscher Abstammung, die ihre deutsche ethnische Identität mehr oder weniger bis zum 20. Jahrhundert behielten. Mehrere kleinere Regionen waren im 18. Jahrhundert Zielorte der deutschen Ansiedlungen, die von Magnaten organisiert wurden, während in anderen Ortschaften die deutsche Siedler und ihre Nachkommen im Wege ihrer Binnenmigration sich ansiedelten. Hier behandle ich nur die Gebiete, in denen 1944/1945 die Sowjets die Deportation durchführten. Die Ansiedlungen ins Ofner Bergland, in Vértes und Pilis, etc. lasse ich deshalb unberücksichtigt.

In einigen Ortschaften hatte die deutsche Bevölkerung eine lange Geschichte. So zum Beispiel im Komitat Hont, wo in Nagymaros, Zebegény und Nagybörzsöny bereits im Mittelalter Deutsche lebten. In der Regierungszeit Kaiser Karls VI[1043] siedelten zahlreiche Aristokraten deutsche Siedler auf ihrem Grundbesitz an, so die Familien Gellért, Paksy, Fáy, Majthényi, Ráday (Dunaharaszti), Grassalkovich (Csömör, Soroksár, Vecsés), Wattay und Zichy. Prinz Eugen von Savoyen holte in seine Gemeinden auf der Csepel-Insel, wo davor Serben lebten, Deutsche aus der Steiermark,

[1043] Als ungarischer König Karl III..

10.15772/ANDRASSY.2019.005351

dem Schwabenland und Niederösterreich. In der Gemeinde Taksony organisierte der Budaer Klarissen-Orden die Ansiedlung.[1044]

Die Region ist dadurch ethnisch sehr gemischt geworden. Im Grenzgebiet zur Tschechoslowakei lebte eine bedeutsame slowakische Minderheit, und in mehreren Ortschaften im Komitat Nógrád gab es anhand der Ergebnisse der amtlichen Volkszählung von 1941 eine Gruppe, die sich als Zigeuner bekannte. Im Komitat Pest war vor dem Krieg darüber hinaus eine größere Anzahl von Zigeuner und Juden präsent. Auf der Csepel-Insel lebten Serben und Deutschen.

In der Deportationsregion lebte also eine größere Gruppe mit deutschen Wurzeln. Unterschiedlich war jedoch, inwieweit sie ihre ethnische Identität behalten haben. In der unmittelbaren Nähe von Budapest, im Bezirk Budakörnyék bekannte sich im Jahr 1941 46% der Bevölkerung zur deutschen Muttersprache und 26% zur deutschen Nationalität. Im Bezirk Szentendre waren es 26 und 15%. Doch waren diese Anteile in den Bezirken, die von der Deportierung betroffen waren, deutlich geringer (siehe dazu die Tabelle 9. und 10. im Anhang). 1930 überschritt der Anteil der deutschsprachigen Bevölkerung ausschließlich in den Bezirken Központ[1045] und Ráckeve 10%. Bis zum 1941 war eine senkende Tendenz zu beobachten, im Bezirk Központ bekannte sich nur noch 10% der Bevölkerung zur deutschen Muttersprache, im Bezirk Ráckeve nur noch 6%. Ein langsamer Zuwachs war im Bezirk Szob zu beobachten, wo der Anteil der deutschen Muttersprachler sich von den 9 % auf 12% erhöhte.

Ein möglicher Indikator der Stärke der ethnischen Identität bieten die unterschiedlichen Angaben zur Muttersprache und Nationalität. Dieser war in der Region sehr beachtlich, denn der Anteil der Personen, die sich zur deutschen Nationalität bekannten, verblieb überall unter 5%.

Ein anderer Untersuchungsfaktor der Stärke der deutschen ethnischen Identität in einer Region sind die verschiedenen deutschen Organisationen, die in der Deportationsregion eine vergleichbare Stärke erreichten, wie in Südtransdanubien. In der Zwischenkriegszeit waren Budapest und die Umgebung und die Schwäbische Türkei die Gebiete, wo diese Organisationen am aktivsten waren und von den meisten

[1044] SEEWANN, Geschichte, Band. 1., 2012, 159.; Zur Einsiedlung in Taksony siehe noch: GÁRDONYI – MAKRA, Emlékezz, 2017, 38–39.
[1045] Der Bezirk Központ (deutsch Zentrum) war der Bezirk um Budapest.

10.15772/ANDRASSY.2019.005352

Einheimischen unterstützt wurden. Um die Hauptstadt waren das jedoch in erster Linie die Bezirke, in denen die Deportation nicht durchgeführt wurde (Bezirke Budakörnyék, Szentendre). Im Komitat Pest-Pilis-Solt-Kiskun wurden zahlreiche Ortsgruppen und Filialen gegründet, in den meisten Fällen jedoch nicht in den Gemeinden, in denen später eine Deportation stattfand.

Der Ungarländische Deutsche Volksbildungsverein hatte sieben Filialen in Dörfern, in denen später Menschen als Deutsche in die Sowjetunion deportiert wurden,[1046] der Volksbund hatte 13 solche Ortsgruppen.[1047] Über die Aktivität dieser stehen wenige Quellen zur Verfügung. Einige Gemeinden gerieten bereits in den Fokus wissenschaftlicher Untersuchungen (z. B. Vecsés,[1048] Taksony[1049]), die eine intensive deutsche Aktivität dokumentierten, in anderen Fällen informieren nur Egodokumente aus ihrer speziellen Perspektive darüber. Während die kirchlichen[1050] und weltlichen ungarischen Behörden am rechten Donauufer zahlreiche Konflikte mit der deutschen Minderheit dokumentierten, gibt es kaum Spuren davon, dass die Gemeinden, die von der Deportation betroffen waren, ähnliche Probleme hatten.

Die Berichte der ungarischen Behörden über einigen Gemeinden dokumentierten das mangelnde Interesse der Bevölkerung, so in Dunaharaszti und Soroksár 1941:

> „Ich berichte, dass es in der Gemeinde Dunaharaszti keinerlei Bewegung zu beobachten war. Im Gegensatz dazu wurde in Soroksár die dort gegründete Volksbund-Filiale öfters von der Zentrale besucht, und sie beschäftigten sich intensiv mit der Levente, mit den Schülern und Kindergartenkindern, sie lehrten ihnen deutsche Nationalitätenlieder. Beide Geschlechter trugen die Kleider der Nationalitäten und die Organe des Zentrums hielten in den letzten Monaten dreimal Propaganda- und Filmvorträge. Nach der Meinung der örtlichen Behörden und polizeilichen Organen betrachteten die Einwohner älterer Jahrgänge diese

[1046] In Nagymaros, Berkenye, Szendehely, Dunaharaszti, Taksony, Soroksár, Vecsés. Vgl dazu: FLACH, Ortsgruppengründungen, 1968, 7–8.
[1047] In Nagymaros, Nagybörzsöny, Szendehely, Dunaharaszti, Taksony, Soroksár, Vecsés, Szigetbecse, Szigetújfalu, Szigetszentmárton, Ceglédbercel, Pesterzsébet, Újhartyán. Vgl. dazu FLACH, Ortsgruppengründungen, 1968, 17–19.
[1048] MARCHUT, Törés pontok, 2014, 79–112.
[1049] GÁRDONYI – MAKRA, Emlékezz, 2017, 41–44.
[1050] Siehe zum Beispiel: Debatten um die Sprache des Schulunterrichts im Erzbistum Esztergom EPL 1934. 3231 D/C., EPL 1935. 3478 D/C., 1941.8354.41., Skandal in der deutsche Schule in Budapest EPL 1936. 50.21, Debatten um die Sprache der Heiligen Messe in Budajenő EPL 1937 1030.25, Debatten um die Sprache der Heiligen Messe in Dág EPL 1937 203.25., EPL 1940. 485 D/C., Beschwerden gegen den Volksbund und die Deutsche Jugend EPL 1941.2145 D/C, 1943.728, 1943.1862, 1944.4085, etc..

10.15772/ANDRASSY.2019.005353

> Bewegungen als vorübergehend. In der Tat wirkte sich diese Nationalitätenmobilisierung auf die Verwaltung, auf das öffentliche Leben noch nicht aus."[1051]

Auch in den Gemeinden, die von den ungarischen Behörden als etwas problematischer betrachtet wurden, wie Vecsés oder Taksony, eskalierte die Lage nicht auf die Art und Weise, wie das in der Schwäbischen Türkei öfters der Fall war, obwohl seitens der Behörden die Sorgen und teilweise auch eine Antipathie vorhanden war. Das zeigt der Bericht des Oberstuhlrichters von Ráckeve 1935, in dem er den Volksbildungsverein als „Hakenkreuzbewegung" dämonisierte:

> „Ich melde hochachtungsvoll, dass die Bevölkerung von Taksony ausschließlich (schwäbisch) deutschsprachig ist, und dort ist seit der Gründung der Hakenkreuzbewegung und der Ungarischen Nationalsozialistischen Bewegung eine pangermane Mobilisierung zu beobachten. Damit diese Bewegung kontrolliert und verhindert wird, und weil der Großteil der Bevölkerung unruhig und nervös ist – halte ich die Einrichtung eines Gendarmeriepostens in der Gemeinde Taksony nicht nur erwünscht, sondern unter dem Aspekt der Staatsordnung und der Sicherheit für unentbehrlich."[1052]

Laut Unterlagen behielt Taksony auch nach 1945 das Stigma eines „deutschen Dorfes". Die ungarischen Behörden schenkten der Gemeinde eine besondere Aufmerksamkeit, sie hielten die Anzahl der von dort vertriebenen Personen für zu niedrig, wofür sie übrigens dem Notär Dr. József Babura die Schuld gaben.[1053] In den meisten Gemeinden, in denen die Deportation von sowjetischen Akteuren durchgeführt wurde, gab es jedoch

[1051] „Jelentem, hogy Dunaharaszti községben semmiféle mozgalom észlelhető nem volt. Ellenben Soroksár községben az ott megalakult Volksbund-fiók az ezen szervezetet felkereső központi kiküldöttek útján a leventékkel, iskolás gyermekekkel és óvodásokkal kezdenek élénken foglalkozni és azokat német nemzeti dalokra oktatják, az ifjúság mindkét neme nemzeti viseletet hord, ugyancsak a központ szervei az elmúlt hónapokban három alkalommal is propaganda- mozgófénykép előadásokat tartottak, a helyi hatóságnak és a rendészeti szerveknek az a megállapítása, hogy az idősebb évjárathoz tartozó lakosok ezt a mozgolódást csak átmeneti jellegűnek tekintik. Valóban sem az igazgatásban, sem a közélet más vonatkozásaiban a nemzetiségi mozgolódásnak eddig még kihatásai nem voltak észlelhetők." MNL PML IV. 401. A. 8/1941. Bericht des Oberstuhlrichters des an den Obergespan. Publiziert von VITÁRI, Volksbund, 2016, 201.

[1052] „Tisztelettel jelentem, hogy Taksony község lakossága kizárólagosan német /sváb/ anyanyelvű, ahol a német Horogkeresztes mozgalom, illetve Magyar Nemzeti szocialista mozgalom megindulása óta pángermán szervezkedés észlelhető. Úgy ezen mozgalom kellő szem előtt tartása és megakadályozása, valamint azon ténykörülmény, hogy a lakosság túlnyomó része nyugtalan, izgága természetű – a magam részéről Taksony községnek állandó csendőrséggel való ellátása nemcsak kívánatos, hanem államrendészeti és biztonsági szempontból is feltétlenül szükséges." MNL PML IV. 401. B. 1659/1935. Zitiert von GÁRDONYI – MAKRA, Emlékezz, 2017, 41.

[1053] MNL PML XXI. 49. A. 1/1947.

10.15772/ANDRASSY.2019.005354

während der Zwischenkriegszeit keine besonderen deutsch-ungarischen Konflikte, deutsche Organisationen wurden gar nicht gegründet, so blieben Auseinandersetzungen mit den ungarischen Behörden aus.

In einigen Fällen unterstützten die lokalen Behörden doch die deutsche Bevölkerung der Gemeinden, wo die Ortsgruppen existierten. Als Beispiel kann der bereits erwähnte Notär von Taksony, Dr. József Babura benannt werden, oder ein Gemeinderichter in Soroksár, über den zu Protokoll gegeben wurde, dass er einem flüchtigen Kneipenwirt aus Újvidék nicht bereit war, ein Haus zuzuweisen: „*Er wies kein Volksbündler oder SS-Haus zu […] Der Kleinrichter sagte, er fasst das Eigentum anderer Menschen nicht an, er dankt dann lieber ab.*"[1054]

In den meisten Gemeinden waren die ungarischen Behörden gegen den Abtransport der Bevölkerung durch die Sowjets, und nach dem Abschluss der Aktion begannen rege Aktionen der Bescheinigungen und Suchaktionen. In den Dörfern, in denen eine deutsche ethnische und politische Mobilisierung erfolgreicher war, fiel die Reaktion der ungarischen Behörden weniger einheitlich aus. Diese Dichotomie ist eine Besonderheit dieser Deportationsregion.

8.4 Die Durchführung der Deportation

Über den Deportationsvorgang stehen sehr wenige detaillierte Berichte aus dieser Region zur Verfügung. Bei der Rekonstruktion werde ich mich auf diese stützen, obwohl die wichtigste Schlußfolgerung der Untersuchung auf Lokalebene darauf hinausläuft, dass alle Fälle individuell sind und auch innerhalb der Regionen und Bezirken große Unterschiede in der Durchführung des Deportationsbefehls zu beobachten sind. Die verfügbaren Quellen sind nur zur Feststellung allgemeiner Charakteristika geeignet und lassen darauf schließen, dass innerhalb der Region die Vorbedingungen für die Deportation ähnlich waren. Budapest und die Umgebung werden deswegen am Ende dieses Kapitels behandelt, weil viele Fragen und

[1054] BFL V. 717. B. 613/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005355

Behauptungen sich nur auf diese Subregion beziehen und die Erschließung und Aufarbeitung der Quellen zu anderen Regionen bereits erfolgte.

Der Ausgangspunkt in der Region war, dass die Deportation nur am linken Donauufer von der 2. Ukrainischen Front der Roten Armee durchgeführt wurde, während die Truppen der 3. Ukrainischen Front keine Kapazitäten dazu besaßen. Im Gegensatz dazu wurde die männliche Bevölkerung öfters auch von der 3. Ukrainische Front verschleppt,[1055] sowohl aus der Hauptstadt als auch aus Dörfern der Region. In Érd ist die Verschleppung von mehr als 3.000 Männern dokumentiert,[1056] und es gibt Auskünfte über kleinere und ähnliche Aktionen aus Budakeszi,[1057] Budaörs,[1058] Tárnok,[1059] Diósd, Dunavarsány,[1060] Várgesztes[1061] und Dorog.[1062] In diesen Fällen ist die Trennung von Zivilverschleppten und Kriegsgefangenen nur schwer möglich. Die Forschung belegt jedoch eindeutig, dass der Großteil der 1944/1945 verschleppten Männer keine Soldaten waren.

Fraglich bleibt, wenn die 3. Ukrainische Front die Kapazität zu Männerverschleppungen hatte, warum konnten sie die deutschstämmige Zivilbevölkerung nicht deportieren? Eine plausible Erklärung ist ohne die Heranziehung sowjetischer Quellen kaum möglich. Meine Hypothese ist, dass die Verschleppung der Männer aus der Region für die hier stationierten sowjetischen Truppen strategisch wichtig war. Der bloße Umstand, dass während die größte Schlacht am ungarischen Kriegsschauplatz stattfand, in den benachbarten Gemeinden gesunde, zu bewaffneten Sabotageaktionen fähige Männer lebten, bedeutete für die Sowjets einen solchen Bedrohungsfaktor, der zu beseitigen war. Die Lösung bildete ihre Verschleppung. Ich bin mit der Argumentation von Zalán Bognár (der als Grund für die Männerverschleppungen eine Ergänzung der Anzahl der

[1055] Siehe z. B. BALOGH, Törvényes, 2015, 312.; STARK, A „málenkij robot“, 2012.

[1056] TIMÁR, Edit: Érdiek a szovjet hadifogolytáborokban. In: KUBASSEK, János (Hg.): Érdi krónika. Érd természeti képe, múltja és lakói. Honismereti olvasókönyv. Selbstverlag, Érd, 2000. http://www.sulinet.hu/oroksegtar/data/telepulesek_ertekei/Erd/pages/013_erdiek_a_szovjet_hadifogolytaborokban.htm (Abruf: 14. 5. 2017); DRE-RL A11 21/1945.; STARK, A málenkij, 2012, 291.

[1057] SOMLAI, A magyarországi, 2015, 264

[1058] MARCHUT, Töréspontok, 2015, 128–129.

[1059] MUSKOVICS, „Mit vétettem”, 2016.

[1060] GÁRDONYI – MAKRA, Emlékezz, 2017.

[1061] HARASZTI, Mihály: Várgesztes 20. századi története. In: HARTDÉGEN Sándor – RABAZZI STEPANCSICS, Gusztáv (Hg.): Várgesztes/Gestitz. Német Kisebbségi Önkormányzat, Várgesztes, 2008. http://www.sulinet.hu/oroksegtar/data/magyarorszagi_nemzetisegek/nemetek/vargesztes/pages/vg_08_varg_20_szazadi_tortenete.htm (Abruf: 14. 5. 2017)

[1062] Über die Verschleppungen aus der Budapester „Agglomeration” siehe BOGNÁR, Egyetlen, 2008, 23–25.

10.15772/ANDRASSY.2019.005356

Kriegsgefangenen angab) also nur teilweise einverstanden. Wenn das Ziel der Verschleppungen nur darin bestand, Stalin eine größere Anzahl an Kriegsgefangenen zu präsentieren, hätten die sowjetischen Truppen die männliche Bevölkerung aus irgendwelchen anderen, weniger chaotischen Regionen verschleppen können. Sie handelten jedoch nicht so, weil gerade die Männer in diesem Gebiet ein Risiko für die Belagerung von Budapest bedeuteten, deshalb mussten sie dringend entfernt werden – auch wenn die Verschleppungsaktionen zwangsweise auch Kräfte den kämpfenden Truppen entzogen.

Strategisch gesehen war das Problem irrelevanter, dass die sowjetischen Soldaten einen Befehl zur Deportation der deutschstämmigen Zivilisten erhielten. Die Truppen der 3. Ukrainischen Front wussten wahrscheinlich sogar, dass in den von ihnen besetzten Gemeinden eine deutsche Bevölkerung lebte. Sie deportierten diese jedoch nicht, höchstens Männer aus den angegebenen Gründen. Ferner beanspruchten sie die örtliche Bevölkerung zur Zwangsarbeit vor Ort, sie waren also während der Kämpfe auf die Arbeitskraft der Einheimischen angewiesen.

Es ist anzunehmen, dass Anfang Januar 1945 die sowjetischen Kommandanten noch damit rechneten, dass die Kriegslage sich schnell positiv verändern könnte, und sich die Möglichkeit ergibt, Budapest zuerst einzunehmen und danach die Deportation durchzuführen. Sie verschoben deshalb zunächst die Durchführung der Aktion auf einen späteren Zeitpunkt. Die Einnahme von Budapest, besonders die der Budaer Seite verzögerte sich jedoch, das wurde spätestens bis zur zweiten Hälfte von Januar 1945 klar, so dass die Durchführung der Deportation hier nahezu unmöglich blieb.

Damals wurde wahrscheinlich eine Entscheidung seitens der 3. Ukrainischen Front getroffen, den Plan der Deportation um Buda aufzugeben und stattdessen eine erneute Aktion zur Aushebung der deutschstämmigen Bevölkerung in anderen Regionen einzuleiten, wo die Kämpfe bereits zum Stillstand gekommen waren. Am 17. Januar verlangte der sowjetische Militärkommandant von Pécs von der Komitatsleitung plötzlich weitere 4.000 Deutsche. Und während der letzten 10 Tagen Januars 1945 sind beinahe in allen Deportationsregionen (Békés-Csanád ausgenommen) erneute, radikal und rasch durchgeführte Aushebungen dokumentiert. Die Truppen der 2. Ukrainischen Front trugen also auch zur Aufrundung der Anzahl der aus Ungarn deportierten

10.15772/ANDRASSY.2019.005357

Zivilisten bei. Ein Zusammenhang zwischen den Ereignissen scheint offenkundig zu sein, auch wenn er ohne sowjetischen Quellen nicht zu belegen ist.

Bei der Analyse der Deportation, die von der 2. Ukrainischen Front östlich der Donau, bzw. auf der Csepel-Insel durchgeführt wurde, muss die Kriegslage auch beachtet werden. Ein Teil der Gemeinden der Region waren bereits seit November in sowjetischer Hand, während in anderen Gebieten die Kämpfe im Dezember noch im vollen Gang waren, oder die Frontlinien sich verfestigten. Die Durchführung des Deportationsbefehls hatte keinesfalls Priorität, so war ihr Organisationsgrad niedriger als in anderen Regionen. Darauf lassen die sehr unterschiedlichen Zeitpunkte schließen, wann überhaupt mit der Deportation begonnen und die Aktion durchgeführt wurde. Die Aushebungen dauerten während des ganzen Januars in der Region an, in einigen Gemeinden wurden sie sogar mehrmals wiederholt. Sie konnten jedoch nur in Ortschaften erfolgen, die bereits seit längerer Zeit in sowjetischer Hand waren und deshalb die Position der Roten Armee sicher genug erschien. So spielte bei der Auswahl der Gemeinden für die Deportation öfters der durch Militäroperationen bedingte Zufall eine Rolle, was für andere Regionen nicht typisch war.

Im Gegenteil zu anderen Deportationsregionen blieben hier keine sowjetischen Befehle erhalten, in denen die Kommandanten den ungarischen Behörden anwiesen, die Gemeinden aufzulisten, in denen es ein beträchtlicher Anteil deutscher Bevölkerung gab. Hätten die Akteure darum gebeten, dann wäre es in den meisten betroffenen Ortschaften zu keiner Deportation gekommen, weil zum Beispiel in Kakucs, Ráckeve oder Szob keine Personen lebten, die sich bei den Volkszählungen der letzten Jahrzehnte zur deutschen Muttersprache oder Nationalität bekannten.

Da keine Listen zusammengestellt wurden, stellt sich die Frage, auf welcher Grundlage die sowjetischen Kommandanten überhaupt die Ortschaften auswählten, wo sie die Deportation ausführten. Es konnte kaum um reine Zufälle handeln, weil die Ergebnisse zeigen, dass die ausgewählten Gemeinden in den meisten Fällen tatsächlich solche waren, in denen eine deutsche Bevölkerung – auch ethnischer Identität – lebte. So wurde zum Beispiel in den Dörfern auf der Csepel-Insel der Deportationsbefehl fast überall vollstreckt, die einzige Ausnahme war Szigetszentmiklós, wo es tatsächlich keine deutsche Bevölkerung gab. Es ist gleichfalls auffällig, dass in den Gemeinden, die

10.15772/ANDRASSY.2019.005358

bekanntlich eine deutsche Bevölkerung hatten (Soroksár, Vecsés, Taksony, etc.), die Deportation überall stattfand. Die einzige offene Frage ist, warum die Aktion auch in den Gemeinden durchgezogen wurde, in denen der Anteil der deutschen Bevölkerung gering war, wie z. B. in Kakucs. Das kann anhand des heutigen Forschungsstandes noch nicht ausreichend beantwortet werden.

Bei der Auswahl der Gemeinden erhielten die sowjetischen Kommandanten wahrscheinlich Hilfe, fraglich ist nur, von wem. Die Quellen benennen verschiedene Personen als „Verräter". Das waren einerseits Mitglieder des lokalen Verwaltungspersonals, oder die Dolmetscher, die wahrscheinlich aus den Reihen der slawischen Minderheiten rekrutiert waren, oder vormals illegal agierende Kommunisten, oder ehemalige russische Kriegsgefangene des Ersten Weltkriegs, die über die notwendigen Sprachkenntnisse verfügten. Dolmetscher werden in den Erlebnisberichten zumeist negativ charakterisiert:

> „Das Volk versammelte sich am Donauufer. Es gab drei Dolmetscher, Taksonyer Gauner, unter ihnen Kálmán Sz. Meine Schwester nahm ihr Kind in den Schoß, so stand sie an. Dieser Dolmetscher sagte, dass diese Frau eine Mutter hat, die ihre Kinder erziehen kann, und sie hat Geschwister, 3 Familien leben in einem Hof zusammen, insgesamt elf Personen, so hat jemand immer Zeit, auf das Kind aufzupassen."[1063]

Mit der Auswahl der Gemeinden wich der Vorgang der Durchführung von anderen Regionen gleichfalls ab. Die sowjetischen Akteure wiesen die lokalen Behörden an, ihre Befehle zu verkünden und befahlen jedoch nicht die Erfassung der zu Deportierenden. Stattdessen sind in den Unterlagen zwei Arten der Aushebung dokumentiert. Die eine Version war, dass die sowjetischen Truppen, oder die „Nationalgardisten" (also ungarische Ordnungskräfte) in den Gemeinden unterwegs waren und Einwohner persönlich dazu aufriefen, sich zum gegebenen Zeitpunkt und Ort zu melden – wovon diese dann deportiert wurden. Laut der anderen Variante wurden Kommissionen gegründet, in denen Mitglieder des ungarischen Verwaltungspersonals, Dolmetscher und andere Amtsträger mit den sowjetischen Kommandanten zusammenarbeiteten. Sie

[1063] „Összejött a nép a Duna-parton. Volt három tolmács, taksonyiak, ganék, köztük Sz. Kálmán. A nővérem ölébe vette a gyermekét, úgy állt be. Ez a tolmács azt mondta, hogy annak az asszonynak van anyja, fel tudja nevelni a gyereket, és vannak testvérei, 3 család lakik egy udvarban, összesen tizenegyen vannak, valaki mindig ráér a gyerekre vigyázni." SZEBENI, Haza, 1993, 212.

10.15772/ANDRASSY.2019.005359

beorderten die ganze Bevölkerung bestimmter Jahrgänge zu einem zentralen Ort der Gemeinde, zumeist mit Trommelschlag, und sie wählten persönlich aus, wer nach Hause durfte und wer in sowjetischer Begleitung aus dem Dorf abtransportiert wurde. Die Grundlage für diese Selektion war die Namensanalyse.

Während der Deportation erhielten die Sowjets zusätzliche Hilfen und Auskünfte, z. B. wurden sie zu entlegenen Gehöften und Außenorten geleitet. Darüber wurde folgenderweise berichtet:

> „Ich wurde als letzte aus dem Dorf mitgenommen, die Aushebung erfolgte bereits früher. Wir lebten in einem Gehöft, anscheinend ist aber jemand auf die Idee gekommen, dass von dort auch ein paar Personen geopfert werden sollten. So kamen sie zu mir und zu dem benachbarten Ehepaar."[1064]

In anderen Erzählungen ist die Beschreibung der Kollaboration und der Unterstützung der Sowjets etwas unscharf, wie im Fall einer Frau aus Soroksár:

> „Ich war sechszehn Jahre alt,[1065] das einzige Kind meiner Mutter, als die Aushebung stattfand. Wir gingen aus dem Kulturhaus am 29. Januar 1945 los. Ich kenne die Person bis heute, die mich abtransportieren ließ, aber ich sage nicht ihren Namen."[1066]
>
> „Jemand zeigte uns an, dass wir hier wohnen, so kamen sie, um uns zu suchen. Ich wurde zusammen mit meinem Mann weggebracht."[1067]

Eine andere Art der Unterstützung der sowjetischen Soldaten taucht in mehreren Berichten aus. Viele Personen hätten der Namensanalyse entkommen können, weil sie wegen der Namensmagyarisierung oder im Fall von Mischehen ungarisch klingende Namen trugen. Eine dritte Person mischte sich aber oft in solchen Fällen ein und ermunterte die sowjetischen Kommandanten dazu, nach den Namen der Eltern zu fragen, was das Schicksal der Betroffenen besiegelte.

> „Wir waren insgesamt etwa 40 Personen. Sie nahmen unsere Angaben auf. Da war ein russischer Offizier, da waren Taksonyer auch, sie konnten wegen des 14-er

[1064] „Utolsónak vittek el a faluból, mert már megtörtént az összeszedés. Mi tanyán laktunk, úgy látszik, valakinek eszébe jutott, hogy onnan is kellene egy-két embert feláldozni. Eljöttek értem és a szomszéd házaspárért." SZEBENI, Merre, 1991, 229. Bericht aus Újhartyán.

[1065] Hier erinnerte sich die Zeitzeugin falsch. Sie gehörte zum Jahrgang 1927, so musste sie also zur Zeit ihrer Deportation mindestens 17 Jahre alt sein. Vgl. dazu BFL V. 717. C. Karton 9.

[1066] SZEBENI, Haza, 1993, 286. Bericht aus Soroksár.

[1067] „Tizenhat éves voltam,[1067] anyámnak egyetlen gyermeke, amikor az összeszedés volt. A kultúrházból indultunk 1945. Január 29-én. Ma is ismerem, aki elvitetett, de nevet nem mondok."[1067] „Valaki följelentett bennünket, hogy itt lakunk, és jöttek keresni. Elvittek a férjemmel együtt." SZEBENI, Haza, 1993, 290.

10.15772/ANDRASSY.2019.005360

Krieges russisch, aber nicht viele. Als ich an die Reihe kam, war der Offizier überrascht vom Namen Gyula Meggyes, aber das ist doch ein ungarischer Name. Aber ihm wurde gesagt, dass seine Mutter Schwäbin ist, und so musste ich mit."[1068]

„Nach vier-fünf Tagen trommelten die Gemeindeheiducken namens Pichler und Brückner aus, dass sich alle Einwohner zwischen sechszehn und fünfunddreißig Jahren unabhängig vom Geschlecht melden sollten. [...] In einem Zimmer des Hauses saß die „Kommission": der Gemeinderichter namens Maurer, ein alter 19-er kommunistischer Leiter, der Heinc hieß, weitere zwei örtliche kommunistische Parteimitglieder und die russischen Offiziere. Sie fragten nach meinem Namen, und was ich in dem Dorf mache. Ich sagte das ihnen. Dann fragte dieser Heinc, ob ich Ungar bin, nicht wahr? Ich sagte ja. Na, dann kann ich gehen. Sie gaben mir einen Zettel, dass ich tatsächlich gehen darf."[1069]

„Hier, als ich vor dieser gewissen Kommission stand, fragten sie nach meinem Namen. – Angela Bulcsu.

- Name ihrer Mutter? Der Name meiner Mutter ist ein schwäbischer Name – Heffenträger.

- Ungarischer Schwabe! Fertig, sie ließen sie nicht einmal aussprechen. Sie ordneten mich in ein anderes Gebäude ein, wo viele Männer und fünf Frauen sich befanden."*[1070]*

Die gleiche Zeitzeugin berichtete nach mehr als 20 Jahren ähnlich über diese Erfahrung:

„Ich ging in das Zimmer, wo sie sagten, dass nach meiner Mutter, die Heffenträger hieß, ich auch Ungarnschwäbin bin. Bevor ich meinen Mund aufmachen konnte, trieben sie mich weg.*[1071]*

[1068] „Összesen kb. 40-en voltunk. Fölvették az adatokat. Itt volt egy orosz tiszt, voltak itt taksonyiak is, valamikor a 14-es háború miatt tudtak oroszul, de nem sokan. Amikor én következtem, akkor a tiszt meg is lepődött, hogy Meggyes Gyula, de hát ez magyar név. De mondták neki, hogy „de az anyja az sváb", és mennem kellett." MAKRA–GÁRDONYI, Emlékezz 2017, 141–142. Bericht über Dunavarsány.

[1069] „Négy-öt nap múlva a községi hajdúk, Pichler és Brückner nevűek kidobolták, hogy nemre való tekintet nélkül, minden tizenhat és harmicöt év közötti korban lévő ember jelentkezzen. [...] A ház egyik szobájában ült a „bizottság": a Maurer nevű községi bíró, egy Heinc nevű '19-es régi kommunista vezető, még két községi kommunista párttag, meg orosz tisztek. Megkérdezték a nevemet, meg, hogy mit csinálok a faluban. Megmondtam. Erre megszólalt ez a Heinc, hogy hát maga magyar, igaz? Mondtam, hogy igen. Na, akkor mehetek. Adtak egy cédulát, hogy én eltávozhatok." KORMOS–VÁRHELYI, Emberrablás, 1990, 26–27. Bericht über Nagymaros.

[1070] „Itt, amikor az elé a bizonyos bizottság elé belöktek, kérdezték a nevemet – Bulcsu Angela.
- Anyja neve? Anyám neve egy sváb név – Heffenträger.
- Magyar sváb! Kész, szóhoz sem engedtek jutni. Akkor bevágtak egy másik épületbe, ahol ott volt már jó pár férfi és öt nő, velem együtt." SZEBENI, Merre, 1993, 19. Bericht über Nagymaros.

[1071] „Bementem a szobába, azt mondták rám, hogy anyám után, aki Heffenträger volt,
magyarsváb vagyok. Mire kinyitottam volna a számat, már kipenderítettek." RITTER, Fejlapot, 2017, 245. Bericht über Nagymaros.

10.15772/ANDRASSY.2019.005361

Ausschlaggebend für die Methode der Namensanalyse war in dieser Region wahrscheinlich die Kriegssituation. Die sowjetischen Truppen hatten wenig Zeit für die Durchführung des Deportationsbefehls, denn zu dieser Zeit waren die Soldaten, die in die Deportation involviert waren, von der Front abwesend. So nahmen die sowjetischen Akteure die Durchführung ganz in ihre Hand. Eine Konskription durch die ungarischen Behörden, die Überprüfung und eventuelle Ergänzung der so entstandenen Listen hätte Zeitverlust bedeutet. Stattdessen wählten die sowjetischen Akteure die entsprechenden Personen selber aus, ohne ihre Abstammung näher aufzuklären, wofür einige Stunden ausreichten. In anderen Fällen beauftragten sie Personen, die sie für zuverlässig hielten damit, die Gruppe der zu Deportierenden binnen kürzester Zeit zusammenzustellen. Damit erhielten letztere freie Hand für eine willkürliche Handhabung dieser Selektion. Dieser Vorgang dauerte in den jeweiligen Gemeinden höchstens ein paar Tage lang.

Dem Abtransport der zusammengestellten Gruppe widmeten die sowjetischen Truppen auch minimale Energien. Während in den anderen Regionen die Betroffenen organisiert, unter bewaffneter Begleitung, mit Pferdegespanen oder Lastwagen oder sogar mit der Eisenbahn von den Sammelstellen in die Bezirkszentren fortgebracht wurden, mussten die ausgewählten Personen hier zu Fuß bis zum Bahnhof von Kál-Kápolna marschieren, der etwa 100 km östlich von Budapest lag. Diese Eisenbahnstation befand sich außerhalb des Kampfgebiets. Dort wurden die Betroffenen einwaggoniert und über Rumänien, Ajud[1072] und Jassy in den Donbass transportiert.

Ein detaillierter Bericht über den Deportationsvorgang entstand in Újhartyán, wo der katholische Pfarrer der Gemeinde in der Historia Domus die Ereignisse mit großer Empathie beschrieb.[1073] Seinem Bericht nach begann die Rekrutierung am 4. Januar 1945 in Újhartyán und betraf „*Männer und Frauen deutscher Muttersprache*". Die Menschen wurden anhand eines Verzeichnisses in eine Sammelstelle vorgeladen, die sie dann für ihre Taufscheine aufsuchten, um ihr Alter bescheinigen zu können. Der sowjetische Offizier forderte deshalb die Vorlage der Geburtsurkunden, um einen Betrug auszuschließen. Etwa 600 Menschen hätten sich am 5. Januar melden sollen, aber nur 40 Personen sind tatsächlich erschienen. Die restliche Gruppe ergriff die

[1072] In Adjud kam es zu einem Brandfall, wobei mehrere Deportierte verletzt wurden, die die sowjetischen Soldaten dann zurück nach Ungarn schickten. Sie informierten zuerst die Angehörigen über das Schicksal der Deportierten.

[1073] VPL C. Pfarrei Újhartyán, Historia Domus 74–76.

10.15772/ANDRASSY.2019.005362

Flucht, was den sowjetischen Offizier empörte. Er befahl zuerst dem Pfarrer, eine Predigt über die Pflicht zu halten, sich zu melden. Dann versuchte er die Bevölkerung damit zu belügen, indem er vorgab, dass auch der Gemeindearzt mitgehen sollte, doch die flüchtigen Menschen kehrten nicht zurück. Am 8. Januar war die Geduld der sowjetischen Akteure zu Ende:

> „Die Russen suchten das ganze Dorf mit Nationalgardisten aus Irsa und Bercel ab, und sie nahmen alle Menschen mit, die in die vorgeschriebenen Altersgruppen fielen. Sie nahmen mich auch mit, aber ich wurde sofort an den Tisch gesetzt und durfte frei ein und ausgehen. Der Dolmetscher war ein junger jüdischer Mann aus Kolozsvár, der recht frech war. Früher sah ich ihn in der Kirche, als wir den Meldebefehl verkünden mussten, aber damals wusste ich noch nicht, wer er war. Der Major war ein ziemlich anständiger Mensch, mit ihm konnte man reden, so konnten mehrere Personen gerettet werden."[1074]

Laut dieses Berichts war auch in Újhartyán geplant, nach der Meldung die vorgeladenen Personen aufgrund der Namensanalyse für die Deportation auszuwählen. Das missglückte aber wegen ihrer Flucht. Da sie sich nicht freiwillig meldeten, wurden die Einheimischen von sowjetischen Soldaten und „Nationalgardisten" festgenommen. In der Erzählung des Pfarrers ist das einzige seltsame Element der Begriff „deutschsprachig", mit dem der Pfarrer die Personen bezeichnet, die am 4. Januar zur Meldung vorgeladen wurden, bzw. die Behauptung, dass ursprünglich sich etwa 600 Personen hätten melden müssen. Laut der Volkszählungsergebnisse lebten in Újhartyán wesentlich weniger Personen deutscher Muttersprache. So bleibt fraglich, was der originale Befehlstext enthielt und auf welchen Personenkreis sich dieser bezog. Besonders interessant ist, dass der gleiche Pfarrer in einem späteren Bericht auch selber nicht mehr die Kategorie Muttersprache verwendete, sondern über eine Auswahl aufgrund deutscher Namen berichtete:

> „Am gegebenen Tag hätten sich mindestens 500–600 Personen melden müssen, gekommen sind jedoch nur 30–40… Dann kam die raffinierte russische Methode, sie sagten: Nitschewo! Es wird gar keinen Transport nach Russland geben… sie

[1074] „Oroszok irsai és berceli nemzetőrökkel az egész falut felkutatták, s mindenkit bevittek, aki az előírt korcsoportba tartozott. Engem is bevittek, de azonnal odaültettek az asztalhoz s szabadon járhattam ki-be. Egy kolozsvári zsidó fiatalember volt a tolmács, igen pimasz alak volt, előzőleg már láttam a templomban, amikor a jelentkezési parancsot ki kellett prédikálnunk, de akkor még nem tudtam, kicsoda. A major elég méltányos ember volt s lehetett vele beszélni, így sikerült többeket kimenteni." VPL C. Pfarrei Újhartyán, Historia Domus 76.

10.15772/ANDRASSY.2019.005363

schickten alle nach Hause. Die Einwohner beruhigten sich… nach einigen Tagen in der Nacht gingen zwei Nationalgardisten aus Albertirsa das Dorf durch, sie waren auch in der Pfarrei, und sie nahmen alle Personen bestimmter Jahrgänge in das Gemeindehaus mit.

[…] Ich musste vom Gemeindehaus zur Pfarrei zurückgehen und die Matrikel abholen, sie setzten mich in einem großen Raum, neben mir saß der Dolmetscher… Verzeichneten sie nur die Personen mit deutschen Familiennamen auf?

Nein, dann schon alle, die in die vorgegebenen Altersgrenzen fielen."[1075]

Das Moment des Deportationsvorgangs, als die Menschen zur Meldung aufgerufen wurden, wirft die Frage auf, ob sich der damals verkündete Befehl auf die ganze Einwohnerschaft bezog, oder bereits die Anweisung enthielt, dass sich nur die Einwohner deutscher Abstammung melden sollten. Die Berichte dokumentierten eher, dass die Betroffenen bei der Verkündung des Befehls belogen wurden (und bei der Aufnahme der Interviews in den letzten Jahren wurden auch gezielte Fragen dazu gestellt): Ihnen wurde nur so viel mitgeteilt, dass sie einige Tage lang bei einem Flughafen oder bei einer Brücke arbeiten sollten. Ein typischer Bericht aus Taksony behauptet zum Beispiel, dass die Auswahl dieser Personen ausschließlich wegen ihres Alters und arbeitsfähigen Zustands erfolgte:

„Um den 30. oder 31. Dezember trommelten sie aus, dass die Männer und Frauen innerhalb bestimmter Altersgrenze sich melden sollten, weil sie zu einer kleinen Arbeit gehen sollten. […] Man musste sich im Gemeindehaus melden. Dort wartete eine Kommission auf uns, die einen russischen Offizier, einen russischen Dolmetscher, den Gemeinderichter und den Obernotär von Taksony enthielt. Eigentlich mussten wir vor diesen erscheinen. Sie fragten uns, ob wir eine Familie hätten, ob wir kleine Kinder hätten, ob wir krank oder zum Arbeitsdienst geeignet

[1075] „A jelzett napon legalább 500-600 főnek kellett volna jelentkezni, összejöttek 30–40-en...
Ekkor jött a rafinált orosz módszer, azt mondták: Nicsevo! Nem lesz, egyáltalán nem lesz elmenetel Oroszországba... Minden jelentkező személyt hazaküldtek. A falu lakossága egy időre megnyugodott.. néhány nap múltán egy éjszaka két albertirsai nemzetőr végig járta a falut, a Plébániát is, amely személy a megjelölt életkorba esett, azt bevitték a községházára. […] Nekem a Községházáról vissza kellett menni a Plébániára az anyakönyvekért, beültettek a nagyterembe, mellettem ült a tolmács... Csak a német családnevűeket írták föl?... nem, akkor már mindenkit, aki a megadott korhatárba esett…" FEKETE, Gyula – LAUTER, Antal: Malenkij robot. A Ceglédbercelből, Taksonyból és Újhartyánból kényszermunkára elhurcoltak emlékére. Ceglédbercel, Taksony és Újhartyán Német Nemzetiségi Önkormányzatai, 2016, 49.

10.15772/ANDRASSY.2019.005364

seien. Wen sie als geeignet befanden, begleiteten sie in Zehner-Gruppen zum Sammelort."[1076]

In einem Teil der Quellen wird auch darauf hingewiesen, dass sich der Befehl doch auf die deutschsprachigen Personen bezog oder auf Personen mit deutschen Namen. In anderen Quellen, besonders in Egodokumenten fehlen häufig Hinweise darauf, ob die Personen aufgrund ihrer Muttersprache oder Abstammung deportiert wurden. Sie beschrieben die Deportation so, dass alle Einwohner aus den Gemeinden für die Deportation ausgewählt wurden, die bestimmten Jahrgängen angehörten. Diese Dichotomie ist sogar in Berichten aus der gleichen Gemeinde zu beobachten. Auch in Taksony gab es z. B. Überlebende, die die Bedingungen der Aushebung anders beschrieben: „*Am 2. Januar 1945 mussten sich alle ungarische Staatsbürger deutscher Muttersprache im Gemeindehaus melden.*"[1077]

Während für die Betroffenen und für die restlichen Einwohner der Gemeinden es eindeutig war, dass die „einzige Schuld der Deportierten ihre Abstammung war", gibt es in dieser Region nur wenige Hinweise dazu. Das Erlebnis der Namensanalyse durch die sowjetischen Akteure war anscheinend eine Erfahrung, die das Bewusstsein des „unschuldiges Leidens" verstärkte, weil für einen deutsch klingenden Namen die Betroffenen nicht zu verantworten waren.

In vielen Interviews taucht nicht mal die Namensanalyse als Grund der Deportation auf, sondern die Überlebenden behaupteten, dass sie nur aufgrund ihres Alters ausgewählt wurden. Das wirft mehrere Fragen auf. Einerseits ist fraglich, ob ihnen während der Deportation tatsächlich nicht mitgeteilt wurde, dass sie wegen ihrer deutschen Abstammung ausgewählt wurden. Oder diese Erinnerung wurde nachträglich, während der psychischen Aufarbeitung dieser Erfahrung unterdrückt, und das kollektive Gedächtnis der Deportation wurde in der Region so konstruiert, dass sich die Deportierten als willkürlich ausgewählte, unschuldige Menschen betrachteten. Eine andere Möglichkeit ist, dass sie doch wussten, dass sie wegen ihrer vermeintlichen

[1076] „1944. December 30-31. Körül kidobolták, hogy a férfiak és nők adott kortól jelentkezzenek, mert el kell menniük egy kis munkára. […] A községházán kellett jelentkezni. Ott várt minket egy bizottság, ami egy orosz tisztből, egy orosz tolmácsból, a taksonyi bíróból és a taksonyi főjegyzőből állt. Ezek előtt kellett tulajdonképpen megjelenni. Kérdezték tőlünk, hogy van-e családunk, van-e kisgyermekünk, betegek vagyunk-e és, hogy alkalmasak vagyunk-e munkaszolgálatra. Akit alkalmasnak találtak, azokat tizesével a gyűjtőhelyre kísérték." MAKRA–GÁRDONYI, Emlékezz, 2017, 122.
[1077] GÁRDONYI – MAKRA, Emlékezz, 2017, 269.

10.15772/ANDRASSY.2019.005365

deutschen Abstammung deportiert wurden, sie identifizierten sich jedoch nicht als deutschstämmig, deshalb ignorierten sie diesen Teil des Befehls. Dabei konnte eine Rolle spielen, dass die Deportierten aus der Umgebung von Budapest aus einer Region stammten, in der es auch eine organisierte, selbstbewusste deutsche Minderheit gab. Die Deportation, also die „Sanktion" betraf jedoch nicht diese, sondern sie, was für sie die psychische Aufarbeitung dieser Erfahrungen erschwerte.

Die ungarischen Verwaltungsbehörden waren gleichfalls von der Tatsache schockiert, dass die sowjetischen Akteure Menschen „bestraften", die das nicht „verdienten".

Die örtliche Kommunistische Partei von Nagymaros wandte sich am 29. Januar 1945 an den „Regierungspräsidenten" mit einem Antrag, in dem sie gegen die Methode der Deportation protestierten: „*Die zuständige russische Kommandantur stellte die Tatsache, dass die Deportierten deutsch-schwäbisch waren, unter Anwendung der Namensanalyse fest"*.[1078] Das gleiche schrieb der Pfarrer, Ferenc Monsberger, in die Historia Domus, der übrigens selber Atrozitäten seitens der sowjetischen Soldaten erlebte, weil er aus Westungarn stammte und einen deutschen Namen trug.

> „Die meisten Verschleppten leiden unschuldig, wie alle meine Gläubigen aus Kismaros. In Nagymaros bekannten sich viele Betroffenen und ihre Angehörigen zur deutschen Nationalität oder Muttersprache, weil sie sich wegen der ersten Erfolge von Hitler ereiferten, viele dienten als SS-Soldaten, oder sie waren Mitglieder des Volksbundes aufgrund der deutschen Propaganda. Deswegen wurde Nagymaros als deutsche Gemeinde behandelt und bestraft, sie wurde aber mit Kismaros über einen Kamm geschert, wo jedoch niemand sich zur deutschen Nationalität bekannte, niemand war bei der SS oder beim Volksbund, und nur einige Alte bekannten sich zur deutschen Muttersprache. Sie urteilten nach den Namen!"[1079]

In Nagymaros versuchten die Vorstandsmitglieder der Gemeinde im Nachhinein eine Aufklärung des Falles, was genau geschah, aus welchem Grund die Menschen ausgewählt wurden. Mit mehreren Personen nahmen sie im Mai 1945 Protokolle

[1078] MNL PML V. 1079. 52/1945.; STARK, Akkor, 2017, 106–109.

[1079] „A legtöbb elhurcolt ártatlanul szenvedett, mint kismarosi híveim valamennyien. Nagymaroson az elvittek és hozzátartozóik egy része német nemzetiségűnek, vagy anyanyelvűnek vallotta magát Hitler kezdeti sikerein felbuzdulva, vagy mint SS-katona teljesített szolgálatot, vagy pedig a Volksbund tagja volt a náci propaganda nyomán. Emiatt Nagymarost német községként kezelték és büntették, egy kalap alá vonva Kismarossal, ahol nem volt német nemzetiségűnek valló senki, sem SS, sem volksbundista, anyanyelvű németnek is csak néhány öreg vallotta magát. A nevek alapján ítéltek!" VPL C. Historia Domus Nagymaros, 4.

10.15772/ANDRASSY.2019.005366

darüber auf, die eine einigermaßen unscharfe Darstellung darüber lieferten, was während der ersten Tage des Januars vorgefallen war. Der damalige Dolmetscher, Vince Hrdy sagte am 4. September 1945 aus und sein Bericht entlastete den Obernotär, Dr. Pál Bánfalvi, völlig. Laut der Aussage von Hrdy wusste er, dass die sowjetischen Akteure aus mehreren Gemeinden Deutsche abtransportieren wollten, Bánfalvi wurde jedoch darüber nicht benachrichtigt. Der Sekretär der lokalen Kommunistischen Partei war jedoch über die Aktion informiert.

József Hajas, ein Beamter für die Volksernährung *(közellátási díjnok*) berichtete am 22. Mai 1945, dass er am 1. Januar vor eine Kommission berufen worden war, die aus einem sowjetischen Offizier, einem Dolmetscher und einem Schreiber bestand. Sie baten um Formblätter zur Volksernährung der Gemeinde[1080] und befragten ihn über die religiöse, berufliche Zusammensetzung und die Abstammung der Bevölkerung. Hajas behauptete ferner, dass sie keine Liste über die Deutschen oder den Volksbund anforderten. Sie ließen aber austrommeln, dass sich alle Männer zwischen 16 und 45, bzw. Frauen von 16 bis 30 Jahren zu 10 Tagen Arbeit mit Ausrüstung melden sollten. „*Am Abend des ersten Tages fiel mir auf, dass sie besonders die Menschen mit deutschen Namen befragten, bei den Personen mit ungarischen Namen wollten sie auch die Namen der Eltern wissen. Damals fiel aber kein Wort über Volksbund. Am zweiten Tag wurden dann die Personen mit ungarischen Namen freigelassen.*"[1081]

Hajas musste die Namen aus den genannten Formblättern herauskopieren. Laut seiner Aussage übergab er eine Liste nicht über die Deutschen, sondern über die ganze Bevölkerung der bestimmten Jahrgänge, ohne zu wissen, wozu diese verwendet werden sollte. Das Ziel der sowjetischen Akteure war es anscheinend, ein Verzeichnis zu bekommen, in dem die Namen und das Alter aller Einwohner aufgeführt waren. Wer aber von den Einwohnern als Deutsche galt, darüber wollten sie selber eine Entscheidung treffen. Das gleiche Vorgehen ist gleichfalls in Kismaros dokumentiert. Dort wandten sie einen Trick zur Beschaffung der erwünschten Liste an: Laut einer Erzählung ließen sie eine Liste der Einheimischen mit der Begründung

[1080] Formblätter zur Volksernährung (Közellátási törzslap) waren Verzeichnisse mit verschiedenen Angaben zur Gemeindebevölkerung. Sie waren während der Zeit des Weltkriegs zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, bzw. Lebensmittelmarken nötig.
[1081] MNL PML V. 1079. 78/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005367

zusammenstellen, unter diesen Lebensmittel zu verteilen. Die mit guter Absicht zusammengestellte Liste wurde jedoch für die notierten Personen verhängnisvoll.[1082]

Diese Methode lässt auf hochgradiges Missvertrauen seitens der sowjetischen Kommandanturen schließen, sie gestatteten den lokalen ungarischen Behörden keine Rolle bei der Durchführung der Deportation. Das illustriert auch ein Bericht aus Zebegény, laut dessen der Meldebefehl auch eine Anweisung beinhaltete, dass die Betroffenen ihre Taufurkunden mitnehmen mussten – denn diese enthielten zuverlässige Auskünfte über die Namen, die Geburtsjahre und die Namen der Eltern.[1083]

Etwas mehr Raum für eine Zusammenarbeit wurde dem Gemeindevorstand von Csepel während der Deportation gegeben. Darüber informiert ihr Antrag von 16. November 1945, den sie an der Leiter der Alliierten Kontrollkommission, Marschall Woroschilow richteten:

> „Am 9. Januar 1945 befreite die ruhmvolle Rote Armee unsere Gemeinde, wofür wir dem heldenhaften sowjetischen Volk und dessen Armee ewig dankbar sein werden. Einige Tage nach der Befreiung verordnete die russische Militärkommandantur eine Volkszählung, danach baten sie um eine zusätzliche Liste der Personen mit deutschen Namen, von denen sodann die russischen Militärbehörden 270 Personen für 15 Tage Arbeit wegbrachten […]. Sie verließen kaum die Gemeinde und einige Kilometer von ihr entfernt behandelten sie diese Menschen als Faschisten. Seitdem sind sie in der Sowjetunion, in den Bergwerken in der Nähe von Stalino…"[1084]

Die Gemeindeleiter von Csepel erfassten also selber die Bevölkerung und sie entschieden auch in eigenem Zuständigkeitsbereich darüber, welche Namen als deutsche galten. Diese Arbeit war nur schwerlich kontrollierbar. Darüber gibt es jedoch keine Auskünfte, ob der Vorstand von Csepel ihren freien Handlungsspielraum

[1082] RÉVUTI, Norbert (Hg.): Élni muszáj/Leben muss man. A kismarosi elhurcoltak emlékére. Német Nemzetiségi Önkormányzat, Kismaros, 2017, 21–24.
[1083] PAULISINECZNÉ WILLEM, Vera (Hg.): Zebegényiek kényszermunkán a Szovjetunióban 1945–47-ben. Sonnenblumen Hagyományőrző Alapítvány, Zebegény, 2014, 11.
[1084] „1945. január 9-én felszabadította községünket a Dicsőséges Vörös Hadsereg, melyért örökhálával tartozunk a hős Szovjet Népnek és Hadseregének. Néhány nappal a felszabadulás után az orosz katonai hatóság népszámlálást rendelt el, utána pedig a német nevűek külön listáját kérték, melyből azután az orosz katonai hatóság 270 személyt […] elvittek azzal, hogy 15 napi munkára mennek. Azonban alig mentek el a községből, néhány kilométerrel tovább már úgy kezelték őket, mint fasisztákat. Azóta a Szovjetunióban, Sztalino környéki bányákban vannak…" BALOGH, Törvényes, 2015, 366–367.

10.15772/ANDRASSY.2019.005368

ausnutzte, und wenn ja, ob zur Rettung einiger Personen, oder sogar dazu, um unangenehme Personen auf die Liste zu setzen.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass in der Deportationsregion Budapest und Umgebung die Deportation während des Monats Januar 1945 im Rahmen sehr abrupter Aktionen ablief. Wegen der Kriegslage nahmen an der Deportation nur Truppen der 2. Ukrainischen Front der Roten Armee teil. Sie bezogen die lokalen ungarischen Verwaltungsbehörden nicht in ihre Aktionen ein, höchstens einige Beamte, die das Vertrauen der Sowjets gewinnen konnten. Die Aushebung wurde jedoch von einheimischen Personen unterstützt. Wer diese Hilfe leistete, war unterschiedlich: Es wirkten Kommunisten, „Nationalgardisten", Dolmetscher und Verwaltungspersonal mit. Während der Durchführung forderten die sowjetischen Akteure eine Liste der gesamten Bevölkerung, die auch die Geburtsjahre enthielt. Anhand solcher Verzeichnisse luden sie Personen bestimmter Jahrgänge vor eine Kommission, die unter Anwendung der Namensanalyse feststellte, wer als Deutscher zu gelten hatte. In den Fällen, in denen sich die Bevölkerung nicht freiwillig meldete, wählten die sowjetischen Akteure und ihre Helfer aus diesen Listen die zu Deportierenden aus und suchten diese in ihren Wohnungen auf, von wo sie unter bewaffneter Begleitung nach Kál-Kápolna geschickt wurden.

Die Rolle der lokalen ungarischen Verwaltung war in den meisten Fällen irrelevant. Dazu trug die Tatsache bei, dass es in den meisten betroffenen Gemeinden während der Zwischenkriegszeit keine deutschen Organisationen gegeben hatte oder diese untätig geblieben waren. So blieben Konflikte, die in anderen Landesteilen alltäglich waren, in dieser Region aus. Dieser Umstand wirkte sich auf die Maßnahmen der ungarischen Behörden während und besonders nach der Deportation aus.

10.15772/ANDRASSY.2019.005369

8.5 Maßnahmen während und nach der Deportation

Im Folgenden werden die verschiedenen Maßnahmen im Zusammenhang der Deportation nach dem Muster analysiert, das ich bei den anderen Deportationsregionen befolgte.

1. Zwischen den Komitatsleitungen und den Regierungsorganen in Debrecen sind keine Maßnahmen zur Zeit der Deportation dokumentiert. Wahrscheinlich ist das darauf zurückzuführen, dass die geographische Entfernung zu Debrecen zu groß war, andererseits wurde die Komitatsleitung von Pest-Pilis-Solt-Kiskun erst später neu eingerichtet. In Anbetracht der chaotischer Lage in dieser Region während und nach der Deportation, die von Militäroperationen, Bombardierungen, Verschleppungen und gewaltigen Kriegszerstörung geprägt war, ist es nicht überraschend, dass das Schicksal von etwa 5.000 deportierten Personen deutscher Abstammung für die Komitatsleitungen zweitrangig war.
Nach dem Abschluss der Deportierungen spielten die Obergespane und Vizegespane eine vermittelnde Rolle bei den Aktionen des Außenministeriums zur Suche und Rückführung der Gefangenen und Deportierten. Die Dokumentation darüber ist jedoch in den Aktenbeständen nicht erhalten, weswegen diese Angelegenheit unter Punkt 4. behandelt wird.

2. Zwischen den Komitatsleitungen und den sowjetischen Militärkommandanturen gab es seltsamerweise auch keine Interaktionen in Bezug auf die Deportation – oder die Dokumentation darüber blieb nicht erhalten. Eine mögliche Erklärung dafür wäre, dass die Positionen der Komitatsleitungen während der aktiven Kämpfe so schwach waren, dass sie gar nicht versuchten, sich einzumischen. Ein anderer Grund war vielleicht, dass die Deportierungsaktionen in dieser Region so abrupt und schnell liefen, dass sie dafür weder Zeit noch Möglichkeiten hatten.

3. Zwischen den unteren Verwaltungsbehörden und den sowjetischen Militärkommandanturen sind gleichfalls keine Interaktionen dokumentiert. Die lokalen ungarischen Behörden führten die Befehle durch, die sie von den sowjetischen

10.15772/ANDRASSY.2019.005370

Kommandanten erhielten, größere Proteste oder Widerstand sind nicht dokumentiert. Es gibt keine Belege, dass sie ihr Wort erhoben, um gegen die Methode der Namensanalyse zu protestieren, oder dass sie den Versuch unternahmen, die sowjetischen Akteure davon zu überzeugen, den ausgewählten Personenkreis – oder einen Teil davon – von der Deportation freizustellen. Es ist möglich, dass es solche Versuche, seltene Ausnahmefälle, dennoch gab, nur die Dokumentation ist nicht erhalten.

Warum die unteren ungarischen Verwaltungsbehörden gar keinen Widerstand leisteten, kann nicht gänzlich geklärt werden. Einerseits ist es möglich, dass in der erneut besetzten Region die ungarischen Beamten die sowjetische Armee so stark fürchteten, dass sie sich gar trauten, ihre Befehle in Frage zu stellen. Die Erfahrung der Gewalt, die mit den Frontkämpfen verbunden war, bestimmte die Leiter der Gemeinden dazu, keinerlei Einmischung in sowjetische Angelegenheiten wie z.B. der Deportation – zu riskieren.

Andererseits bleibt es fraglich, ob die ungarischen Behörden überhaupt wussten, dass die ausgewählten Menschen in die Sowjetunion gebracht werden sollten. Das war wahrscheinlich je nach Gemeinde unterschiedlich, es ist jedoch davon auszugehen, dass sie in den meisten Fällen eine solche Information nicht hatten – im Gegenteil zu den Behörden anderer Deportationsregionen. Wenn die Gemeindeleiter selber tatsächlich auch belogen wurden, dass es sich nur um eine „kleine Arbeit" in der näheren Umgebung handelte, dann ist verständlich, warum sie nicht protestierten. Es ist nicht auszuschließen, dass die sowjetischen Akteure darum bemüht waren, die Deportation schnell und reibungslos durchzuführen, in dieser Region deshalb Wert darauf legten, sowohl die Betroffenen als auch die ungarischen Behörden in die Irre zu führen, was das Ziel ihrer Aktion betraf. Die bereits zitierten Protokolle aus Nagymaros weisen eindeutig darauf hin, dass der Obernotär der Gemeinde nicht informiert war, warum die Bevölkerung aufgerufen wurde, sich zu melden – das wahre Ziel teilten die sowjetischen Kommandanten nur ihren Helfern mit.

4. Zwischen den Komitatsführungen und den unteren Verwaltungsbehörden gab es während der Deportation keine bekannten Maßnahmen.

10.15772/ANDRASSY.2019.005371

Nach deren Abschluss lief die administrative Arbeit für Such- und Rettungsaktionen zwischen diesen Verwaltungsebenen. Interessanterweise verordneten die Leiter der Komitate in dieser Region keinerlei eigene Registration der Deportierten. So griffen einige betroffene Gemeinden zu individuellen Maßnahmen, um die Aufmerksamkeit ihrer Vorgesetzten darauf zu lenken. So in Berkenye und in Szendehely im Komitat Nógrád, wo 1945 im Rahmen einer einfachen Bevölkerungs-Konskription die Gemeindeleiter noch dem Verzeichnis hinzufügten, welche Zivilisten im Januar aus den Gemeinden weggebracht und bis zu diesem Zeitpunkt nicht zurückgekehrt waren.[1085] Der Vizegespan forderte zuvor keine diesbezüglichen Informationen an, die Anmerkung war also ein individueller Versuch der Gemeindeleiter, etwas in der Angelegenheit der Deportierten zu bewirken.

In der Region wurde in den meisten Fällen im Rahmen der Such- und Rettungsaktionen des Außenministeriums überhaupt zuerst registriert, dass in einigen Gemeinden eine Deportation stattgefunden hatte. Diese Verzeichnisse informieren aber wenig über die Art und Weise der Durchführung der Deportierung, sie enthalten höchstens Auskünfte darüber, wann die Aktion stattfand, bzw. dass die Betroffenen als Zivilisten, wegen ihrer deutschen Namen von den Sowjets aus der Gemeinde, aus ihren Wohnungen verschleppt worden waren.

Eine Schwierigkeit verursachte das Verhalten der ungarischen Behörden, die verschleppten Männer gleichfalls als Zivilgefangene zu betrachten und in die gleichen Listen aufzunehmen, wie die Personen, die als Zivilisten deutscher Abstammung deportiert worden waren. Anhand solcher Listen können die zwei Gruppen kaum oder überhaupt nicht unterschieden werden. Zum Beispiel leitete am 14. November 1945 der Vizegespan des Komitats Pest-Pilis-Solt-Kiskun die Verordnung des Außenministeriums über die *„Rückführung der Kriegsgefangenen und Zivilisten*" an den Oberstuhlrichter des Bezirks Ráckeve weiter.[1086] Die Listen sind im Archivbestand erhalten geblieben. Während in den Listen von Áporka, Makád und Pereg nur Männer stehen, die wahrscheinlich aus Sicherheitsgründen verschleppt wurden, schrieben die Gemeinden Taksony, Szigetbecse und weitere Gemeinden die Personen zusammen, die wegen ihrer deutschen Abstammung deportiert worden waren. Es kann jedoch nicht

[1085] MNL NML IV. 512. 154/1945.
[1086] MNL PML XXI. 49. B. 3858/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005372

ausgeschlossen werden, dass diese Verzeichnisse teilweise auch verschleppte Männer enthalten.

Ein weiteres Problem ist die Frage, ob in diesen Listen alle Deportierten erfasst wurden. Die Aktionen des Außenministeriums waren immer an politische und nationale Zuverlässigkeit der gesuchten Personen gebunden, so es ist möglich, dass andere wie z. B. im Komitat Baranya einfach weggelassen wurden, die auf irgendwelcher Weise als kompromittiert angesehen wurden. Im Fall von Taksony ist eine solche Vermutung naheliegend, weil auf der Liste 423 Personen aufgeführt werden, während andere Quellen von einer Anzahl von mehr als 600 Personen berichten.[1087]

Ein letztes Problem, weswegen solche Listen kritisch zu beurteilen sind, dass einige Gemeindevorstände trotz der Vorschriften des Außenministeriums auch die Kriegsgefangenen in diese aufnahmen.[1088] So kann gar nicht mehr überprüft werden, welche Personen in der Liste tatsächlich Deportierte waren, die wegen ihrer deutschen Abstammung in die Sowjetunion verschleppt wurden.

Im Rahmen dieser Such- und Rettungsaktion wurden die Deportierten anderer Gemeinden gleichfalls erfasst,[1089] die obigen Schwierigkeiten betreffen jedoch alle solche Listen der Region. Es ist wahrscheinlich, dass in den Gemeinden, in denen der Anteil der deutschen Bevölkerung sehr unbedeutend war, alle Deportierten im Rahmen dieser Aktion berücksichtigt wurden.

5. Im eigenen Zuständigkeitsbereich der unteren Verwaltungsbehörden erfolgten in der Angelegenheit der Deportierten zahlreiche unterschiedliche Maßnahmen. In vielen Fällen war ihr Ziel, die Deportierten und ihre Familien zu unterstützen. In anderen Fällen wiederum offenbarten aber gerade solche nachträgliche Maßnahmen, dass die ungarischen Behörden die Deportierten als unerwünschte Elementen betrachteten, deren Entfernung aus der Dorfgemeinschaft von vornherein beabsichtigt war.

Laut eines Zeitzeugenberichts spielte der Kleinrichter von Berkenye noch während der Deportation eine wichtige Rolle dadurch, dass er selbst auch ausgewählt wurde. *„Am*

[1087] GÁRDONYI – MAKRA, Emlékezz, 2017, 114–120.
[1088] Zum Beispiel Dunaharaszti (MNL PML V. 1030. 846/1947.) und Soroksár (BFL V. 717. C. Karton 9.)
[1089] Siehe zum Beispiel: Tököl MNL PML V. 1143. Karton 2. Ohne Signatur; Vecsés MNL PML V. 1160. 6733/1945.; Kakucs MNL PML V. 1056. 1348/1945.; Alle Gemeinden des Bezirks Aszód MNL PML XXI. 27. B. 2468/1945.; Zebegény MNL PML V. 1121. 407/1946.

10.15772/ANDRASSY.2019.005373

nächsten Tag – am sechsten [Januar – die Autorin] – *war der russische Offizier bereit, mich freizulassen, weil meine Mutter ihn so anflehte. Der Richter sagte jedoch: `Nein! Sie hat noch ihre Schwiegertochter! ` Das sagte er, weil seine Tochter auch mitgenommen wurde.''*[1090] Der Wahrheitsgehalt solcher Fälle kann nicht überprüft werden, es ist jedoch anzunehmen, dass persönliche und individuelle Motivationen und Antipathien dazu beitrugen, ob jemand deportiert wurde oder nicht.

In Ceglédbercel wurde den Betroffenen angeblich mitgeteilt (aus den Zeitzeugenberichten geht nicht hervor, ob von den ungarischen Behörden oder von den sowjetischen Akteuren), dass sie für ein halbes Jahr eingezogen wurden, so konnte sie sich besser ausrüsten und vorbereiten.[1091]

Die Deportation führte in den Gemeinden unter mehreren Aspekten zu organisatorischen Schwierigkeiten. Ein generelles Problem bestand darin, dass nach der Irreführung der Bevölkerung mit einer angeblichen „kleinen Arbeit" sich diese nicht mehr zu solchen Arbeiten meldeten, weil sie jegliches Vertrauen an den Behörden verloren hatten. So musste z. B. der Vorstand von Nagymaros stets mit Nachdruck die Verordnungen zur „Arbeit" verkünden, und genau mitteilen, wo diese Tätigkeit auszuführen war, oder ob die Arbeiter noch am selben Tag zurückkehren konnten.[1092]

Der Polizeikapitän vom Komitat Pest-Pilis-Solt-Kiskun beschwerte sich am 3. August 1945, dass die lokalen Verwaltungen, als sie die lokale Bevölkerung zur Zwangsarbeit schickten, diese ständig damit betrogen, dass sie für die Polizei arbeiten sollten – was aber nicht der Fall war. Solche Fälle betrachtete die Polizei als sehr schädlich, weil sie zu wachsender Abneigung und Unzufriedenheit der Polizei gegenüber führten.[1093] In Soroksár sank die Summe der jährlichen Steuereinnahmen, weil sehr viele Menschen aus der Gemeinde verschleppt wurden, so z. B. die „*540 Personen, die im Januar von der GPU in die Ukraine gebracht wurden.*"[1094]

Während der Deportation hatten die ungarischen Behörden nur einen engen Handlungsspielraum, diese Lage veränderte sich jedoch schnell nach Abschluss der Aktion. Bereits Anfang 1945 begannen die weiteren restriktiven Maßnahmen gegen die

[1090] SZEBENI, Haza, 1993, 60.
[1091] SZEBENI, Haza, 1993, 209.
[1092] MNL PML V. 1079. 56/1945.
[1093] MNL PML IV. 408. B. 12172/1945.
[1094] BFL V. 717. B. 5145/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005374

deutsche Bevölkerung in der Region. Im Komitat Pest-Pilis-Solt-Kiskun wurden auf Verordnung des Obergespans in allen Bezirkszentren Internierungs- bzw. Arbeitslager gegründet, wo die Pfeilkreuzler und die Volksbund-Mitglieder zu bestrafen waren. Diese Maßnahmen begannen bevor die Frage gesetzlich geregelt wurde.[1095] Das war in erster Linie nicht für das Gebiet typisch, wo die Deportation durchgeführt wurde, sondern für die Bezirke, in denen die deutsche Minderheit einen großen Anteil an der Bevölkerung hatte. So im Bezirk Monor, wo das Nationalkomitee bereits im Januar 1945 beschloss, ein Lager einzurichten. Das Lager funktionierte bereits ab dem Frühling 1945.[1096]

Ein detailliert dokumentierter Interventionsversuch erfolgte in Nagymaros.[1097] Die örtliche Kommunistische Partei richtete bereits am 29. Januar 1945 einen Antrag an den Innenminister, in dem sie die Rückführung der Deportierten beantragten. Sie argumentierten, dass diese Menschen sich als Ungarn bekannten und mit dem Deutschtum nichts zu tun hatten, demokratisch eingestellt waren, während die Mitglieder des Volksbunds bereits die Flucht ergriffen hatten.[1098] Im Februar sandte die Gemeinde eine Delegation zum Innenminister, die jedoch um Geduld gebeten wurde, weil die Verhandlungen mit der sowjetischen Seite bereits aufgenommen worden waren.[1099] Die Nagymaroser gaben sich verständlicherweise damit aber nicht zufrieden, sie beauftragten im April Dr. Rezső Szilágyi, einen früheren stellvertretenden Staatssekretär, in dieser Angelegenheit bei der Regierung vorstellig zu werden. Als Ergebnis seiner Bestrebungen wurde die Gemeinde darüber informiert, dass bald eine Aktion zu erwarten war, in deren Rahmen ungarische Regierungsstellen den sowjetischen Behörden Suchblätter über jeden einzelnen Deportierten übergeben sollen, die sie zurückführen möchten.[1100] Szilágyi versuchte auch zu erreichen, dass die Nagymaroser getrennt von den übrigen Deportierten aus Ungarn behandelt werden sollten, was natürlich unmöglich war. Im Mai 1945 wurde dann in Nagymaros der Vorgang der Deportation näher untersucht. Wahrscheinlich wurden die ungarischen Behörden angeklagt, dass sie bei der Durchführung mitgewirkt, bzw. keinen Widerstand

[1095] Siehe dazu: MÁRKUS, Behandlung, 2016.
[1096] MNL PML XVII. 174. Protokoll der Sitzung vom 13. März 1945.
[1097] Siehe dazu detailliert: MÁRKUS – RITTER, Nagymarosiak, 2017.
[1098] MNL PML V. 1079. 52/1945.
[1099] MNL PML V. 1079. 59/1945.
[1100] MNL PML V. 1079. 78/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005375

geleistet hatten. Deswegen mussten die Personen vernommen werden, die dabei mitgewirkt hatten.

Am 28. April 1945 wandten sich die Leiter der Gemeinde Nagybörzsöny an den Oberstuhlrichter des Bezirks Szob und baten um Maßnahmen zur Rückführung der Deportierten. Sie sandten ihm zusätzlich eine Liste der Deportierten.

> „Bitte unternehmen sie etwas dringendst für die Heimführung der Personen ungarischer Nationalität im Ministerium. Die Angehörigen dieser Personen betrachten den Abtransport als besonders schädlich, weil im Gegensatz zu den bereits Verschleppten viele zu Hause blieben, die zuvor Mitglieder des Volksbundes waren".[1101]

Am Ende des Antrags betonte der Notär den Arbeitskräftemangel in der Gemeinde. Ein solches wirtschaftliches Argument bildete ein häufiges Element ähnlicher Anträge. Der Oberstuhlrichter versicherte den Leitern von Nagybörzsöny, dass die Verhandlungen im Gange waren und dadurch zumindest eine Kontaktaufnahme mit den Deportierten ermöglicht wurde.

Die Kleingemeinde Berkenye wollte die Angelegenheit der Deportierten gleichfalls in die eigene Hand nehmen. Am 4. März 1945 verfassten die Gemeindeleiter einen Brief an die ungarische Regierung.[1102] Sie argumentierten, dass die Bevölkerung immer gut ungarisch eingestellt war, nur drei Personen sich freiwillig zum Dienst in der deutschen Armee gemeldet hatten. Unter den Deportierten waren viele junge Mädchen und Mütter von Kleinkindern. Da in der Gemeinde ein Mangel an Arbeitskräften herrschte, konnten sie ihre Felder nicht mehr bebauen – ein wirtschaftliches Argument wurde hier gleichfalls ins Feld geführt. Im Antrag wurde das Deutschtum der Deportierten relativiert:

> „Wir glauben, unsere Mitbürger wurden mitgenommen, weil sie deutschsprachig sind. Wir möchten aber anmerken, dass alle besser ungarisch können als deutsch, und in der Gemeinde der Schulunterricht auf Wunsch der Einwohner ungarisch ist,

[1101] „Legalább a magyar nemzetiségű egyének mielőbbi hazaszállítása érdekében szíveskedjék sürgős lépéseket tenni a minisztériumban. A magyar nemzetiségűek hozzátartozói különösen sérelmesnek tekintik az elszállítást, mert addig, amíg ezek közül sokat elurcoltak, addig maradtak otthon olyanok, akik a volksbund tagjai voltak azelőtt" MNL PML. IV. 501. B. 120/1945.
[1102] BALOGH, Törvényes, 2015, 299.

10.15772/ANDRASSY.2019.005376

höchstens zwei Stunden wöchentlich gibt es Deutschunterricht, wo sie auf Deutsch lesen und schreiben lernen. Das ist so seit mehr als 50 Jahren."[1103]

Die lokalen Gemeindevorstände oder die Nationalkomitees waren für die Entscheidung zuständig, wem sie Kriegshilfen zusprachen. Die Familienmitglieder der Deportierten und sie selber waren nach ihrer Rückkehr auf Unterstützung angewiesen. Ob sie diese aber auch erhielten, war in der Region nicht selbstverständlich. Im Archivbestand sind zahlreiche Beispiele dafür zu finden, dass die Antragsteller positiv beurteilt wurden – aber auch das Gegenteil. Das zeigt wieder die Dichotomie in dieser Region: Einen Teil der Deportierten betrachteten die ungarischen Behörden als zuverlässige, loyale ungarische Staatsbürger, die einer Hilfe würdig waren. Der Rest waren „faschistische Deutschen", die ihre „Bestrafung" durch die Deportation verdienten und aus den Hilfeleistungen ausgeschlossen blieben.

In Szigetbecse wurde z. B. auf der Sitzung des Nationalkomitees am 8. August 1945 überprüft, ob die „Arbeitsdienstler" anspruchsberechtigt auf Kriegshilfen waren.[1104] Dem Großteil der auf der Liste stehenden Personen wurde das bescheinigt, einige Ausnahmen wurden aber mit rot markiert. Das Komitee war nicht bereit, letzteren eine Hilfe zuzugestehen, weil diese bereits im Verzeichnis der zur Aussiedlung nach Deutschland bestimmten Personen eingetragen waren.

In der Region ist bei solchen Urteilen zu beobachten, dass die ungarischen Behörden 1945 und 1946 besonders streng waren, danach stellten sie immer bereitwilliger solche beantragten Bescheinigungen aus. In Vecsés wurde z. B. erst am 7. Januar 1946 eine Liste als Antwort auf die Suchaktion des Außenministeriums *(„Rückführung der noch nicht zurückgekehrten Kriegsgefangenen und Zivilpersonen"*) fertiggestellt.[1105] In die Listen wurden alle Deportierten aufgenommen, die Gemeindeleiter markierten jedoch extra, welche Personen in die amerikanische Zone Deutschlands vertrieben werden sollten. Diese Personen verloren ihre Staatsbürgerschaft, *„ihre Rückkehr ist in keiner*

[1103] „Azt hisszük, polgártársainkat azért vitték el, mert német ajkúak. Ezzel szemben szabad legyen megjegyeznünk, hogy mindannyian jobban tudnak magyarul, mint németül, és a községben a lakosság kívánságára magyar oktatás van az iskolában, ahol legfeljebb heti két órában tanultak németül írni és olvasni. Ez így van már több mint 50 esztendeje." BALOGH, Törvényes, 2015, 299.
[1104] MNL PML XVII. 146. Protokoll der Sitzung vom 8. August 1945.
[1105] MNL PML V. 1060. 6733/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005377

Hinsicht erwünscht". Parallel dazu wurde die Kriegsfürsorge für Personen, die als Volksbundsmitglieder registriert waren, mit sofortiger Wirkung aufgehoben.[1106]

In Soroksár waren 1946 die Überprüfungen und Bescheinigungen im Zusammenhang mit der Vertreibung nach Deutschland im Gange. Zahlreiche ehemalige Deportierten, bzw. Familienangehörigen der Deportierten baten damals auch um Befreiung von der Vertreibung.[1107] Die Rückmeldungen machten deutlich, dass die Tatsache der Deportation in die Sowjetunion keinen Strafmilderungsgrund für die Vertreibung bedeutete.

In den sog. „Unterlagen zur Übersiedlung" von Soroksár sind zahlreiche Anträge zu finden, die einen Einblick in die dramatischen Schicksale zahlreicher Deportierten bieten. Fast in allen Fällen steht auf den Anträgen die schroffe Überschrift: „*es gibt keinen Grund zur Freistellung*". Das zeigt, dass die ungarischen Behörden in dieser Frage unerbittlich vorgingen. Statt auf alle Fällen einzugehen zitiere ich nur einen Antrag. Dieser wurde unter der Nummer 1218. von Frau Pálné Renner, geborene Katalin Tétzl am 26. April 1946 eingereicht. Sie wollte die Freistellung von ihrer Vertreibung erreichen. Die Frau hatte drei kleine Kinder, mit denen sie allein blieb, seitdem ihr Mann Ende Januar 1945 in die Sowjetunion deportiert worden war. Sie hatte keinen Besitz, sie selber wurde als Kriegswaise aufgezogen, ihr Vater fiel im Ersten Weltkrieg als Kriegsheld. In ihrer Familien waren keine Pfeilkreuzler und keine Mitglieder des Volksbundes.

> „Wir fielen wegen unserer Muttersprache in diese schreckliche Lage, aber ich weiss, dass in unseren Gefühlen und in unserem Handeln wir viel besser und ungarischer sind, als die Hunderttausende von Pfeilkreuzler, die Ungarn verkauften."[1108]

Der Antrag wurde mit dem Argument abgelehnt, dass sich der deportierte Ehemann bei der Volkszählung zur deutschen Muttersprache bekannt hatte.

Sehr viele Ablehnungen blieben im Bestand des Nationalkomitees von Nagymaros erhalten, wo anscheinend gründlich geprüft wurde, wem das Komitee in eigenem Zuständigkeitsbereich eine Freistellung bescheinigte. Besonders interessant ist in den

[1106] MNL PML V. 1060. 426/1946.
[1107] BFL V. 717. C. Karton 5.
[1108] „Mi anyanyelvünk miatt estünk ebbe a szörnyű helyzetbe, de tudomhogy érzésben és cselekedetben sokkal különbek vagyunk és magyarabbak, mint az a százezer nyilas, akik eladták Magyarországot." BFL V. 717. C. Karton 5. 1218.

10.15772/ANDRASSY.2019.005378

Bescheinigungen, mit welcher Argumentation die Antragssteller versuchten, sich als „weniger Deutsche" darzustellen. Ein allgemeiner Bestandteil solcher Anträge ist das Argument, dass die jeweilige Person ihre Mitgliedschaft im Volksbund oder in der Pfeilkreuzlerpartei leugnet. So z. B. bat die schwangere Frau von Károly Schwarz darum, ihren Mann aus der „Volksbündler-Liste" zu streichen,[1109] weil er nie aktiv politisierte und alles dafür tat, dass er nicht in die deutsche Armee rekrutiert wurde.[1110] Sie selber war „*kein Mitglied des folksbundes* [sic!], *und nur manchmal, auch dann nur zum Amüsieren dorthin ging. […] Wir beide waren minderjährig, wir beschäftigten uns nie mit Politik, wir wussten nicht einmal, was Politik ist."*

Ebenso ihre Entfernung von den Listen beantragte die Frau vom deportierten József Flamich: „*Mein Mann trat tatsächlich in den Volksbund in dem falschen Glauben ein, dass es sich nur um Vorträge zur Volksbildung handeln wird, und dass unsere Kinder so kostenlos Deutsch lernen können"*.[1111] Ihr Mann wurde später aus der Organisation ausgeschlossen, weil er nicht bereit war, sich zur SS zu melden, stattdessen wurde er ungarischer Soldat. Am 24. Mai 1945 wurden die beiden Anträge von Frau Flamich und Frau Schwarz abgelehnt, weil sie Mitglieder des Volksbundes waren.

Positive Entscheidungen fielen in den ersten Jahren nur in solchen Gemeinden, die nicht als „deutsche Dörfer" galten. So z. B. in Sashalom als Frau Istvánné Ulrich am 13. Juni 1945 um eine staatliche Rente bat, weil ihr Mann, der früher im Finanzministerium angestellt war, wegen seines deutschen Namen im Januar 1945 von sowjetischen Soldaten an einen unbekannten Ort verschleppt worden war. Die Rente wurde ihr zugesprochen.[1112] Dieser Fall wäre in anderen Gemeinden eine Ausnahme gewesen, in Sashalom endeten aber alle bekannten Anträge mit positiven Entscheidungen.[1113] Ebenso in Kakucs, wo einheitlich allen Personen bescheinigt wurden, die wegen ihrer deutschen Namen von den Sowjets verschleppt worden waren, weil sie sich immer zum Ungarntum bekannten, nie deutsch gesinnt waren. Die Bevölkerung der Gemeinde war angeblich sogar slowakischer Abstammung.[1114]

[1109] Wahrscheinlich meinte sie das Verzeichnis der Personen, die zur Aussiedlung nach Deutschland bestimmt wurden.
[1110] MNL PML XVII. 114. Karton 2. Ohne Signatur.
[1111] MNL PML XVII. 114. Karton 2. Ohne Signatur.
[1112] BFL V. 716. 1662/1945.
[1113] Siehe z. B. BFL V. 716. 2750/1946, 212/1947, 320/1947, 5620/1947, 7726/1947, 7759/1947.
[1114] MNL PML V. 1056. 1205/1946.

10.15772/ANDRASSY.2019.005379

Nach 1946 ist eine Milderung in der Haltung der ungarischen Behörden den Deportierten gegenüber zu beobachten. Der Grund dafür ist wahrscheinlich der, dass bis dahin aus vielen Gemeinden der „problematische Teil" der deutschen Minderheit bereits vertrieben war, und die Behörden bereit waren, den übrig Gebliebenen Hilfe zukommen zu lassen.

In dieser Region erschien auch die Verordnung des Wohlfahrtsministers vom 28. Juli 1947, dass in den Aussiedlungsverzeichnisse aufgelisteten Personen keine Kriegshilfe gegeben werden durfte, weil ihr Ansprüche dem ungarischen Staat gegenüber erloschen waren, auch dann, wenn sie noch im Land verblieben.[1115] Die übrigen Deportierten durften also Kriegshilfen erhalten. In Taksony stellte das Nationalkomitee zahlreiche Bescheinigungen für Familienmitglieder der Deportierten zu Anträgen auf Kriegshilfen aus, und die Anträge auf Suche und Rückführung, wurden positiv entschieden.[1116] Zu den einfacheren administrativen Angelegenheiten wurden Formblätter verteilt, in die nur einige persönliche Daten eingetragen werden mussten, bzw. der Grund, warum die Antragsteller Hilfe und eine Bescheinigung dafür benötigten.

In Szigetújfalu blieben aus dem Jahr 1948 Unterlagen solcher Bescheinigungen erhalten. Das dortige Nationalkomitee zeigte damals gewisses Wohlwollen, sie bescheinigten sogar Personen, die in der SS dienten, jedoch sich dieser nicht freiwillig angeschlossen hatten.[1117] Das war zu dieser Zeit nicht selbstverständlich, denn in der Schwäbischen Türkei war die Tatsache, dass jemand in die SS nur zwangsrekrutiert wurde, kein Strafmilderungsgrund. Am 24. April 1947 beschloss das Nationalkomitee von Szigetújfalu aber, die Bescheinigung allen Antragstellern auszustellen, diese konnte aber für Anträge auf Rückführung gestellt werden.[1118] In Taksony, wo die Anzahl der Deportierten außergewöhnlich hoch war, war es 1947 schon Priorität, die Deportierten zurückzuholen. Dort beschlossen die Gemeindeleiter, dass die weiteren Maßnahmen durch individuelle Beschlüsse geregelt werden sollten – was bedeutet, dass bis dahin wahrscheinlich kollektiv diskriminierende Entscheidungen getroffen worden waren.

Ablehnungen bedeuteten jedoch während dieser Jahre auch keine Ausnahmen. Diese waren damals nicht unbedingt politisch oder national begründet. Eine Frau aus Nőtincs

[1115] MNL PML XXI. 49. B. 4090/1947.
[1116] Siehe MNL PML XVII. 155. 19 – 24/1947.
[1117] MNL PML XVII. 150. 22/1948.
[1118] MNL PML XVII. 155. Protokoll der Sitzung vom 24. April 1947.

10.15772/ANDRASSY.2019.005380

beantragte für ihre Tochter eine Kriegswaisenhilfe, weil ihr Mann in sowjetischer Deportation im Juli 1945 verstorben war. Der Antrag wurde abgelehnt, weil die Tochter ein außereheliches Kind war – ob das der wahre Grund der Ablehnung war, ist fraglich.[1119]

6. Die Maßnahmen seitens der Betroffenen, ihrer Angehörigen und Bekannten konnten auch sehr unterschiedlich sein.

Während der Deportation war nur ein sehr enger Handlungsspielraum vorhanden, wenn jemand sich oder Verwandte und Bekannte zu retten versuchte. Wegen der Irreführung der Betroffenen, was das Ziel ihrer Deportation betrifft, bzw. wegen der raschen Durchführung der Deportation sind nur wenige Beispiele bekannt. So in Taksony z. B., wo ein Zeitzeuge berichtete, dass die Kinder des Notärs József Babura nicht deportiert wurden, obwohl sie auch in die Altersgrenzen fielen.[1120] Es ist jedoch unklar, ob Babura tatsächlich aktiv intervenierte, oder die sowjetischen Akteure seine Kinder auch ursprünglich nicht deportieren wollten, weil sein Name nicht deutsch klang und nicht als deutschstämmige Familie betrachteten.

Die Pfarrer der Gemeinden stellten solche Erlebnisberichte zumeist positiv dar. Der Pfarrer von Újhartyán, István Slachta, zeichnete in der Historia Domus auf, dass er für die Gläubigen intervenierte – ohne Erfolg.[1121] Diesen Umstand bestätigte ein Zeitzeugenbericht, in dem die Situation so beschrieben wurde, dass sich der Pfarrer zwischen seinen Gläubigen und den sowjetischen Soldaten aufstellte, aber er wurde angeschrien und bedroht, so musste er letztlich aufgeben.[1122] Auch der Pfarrer von Ceglédbercel wird in den Erzählungen positiv beurteilt. In dieser Gemeinde gab es eine zentrale Sammelstelle der Deportierten. Der Pfarrer ging vor der Einwaggonierung der Menschen zu diesem Ort und nahm mit tröstenden Worten Abschied von ihnen.[1123]

Die Gläubigen von Kakucs schrieben am 22. Juni 1948 einen Brief an ihren Pfarrer, der darauf sich sehr freute und den Text in die Historia Domus kopierte.[1124] Er berichtete stets von den Fällen, als Deportierte in ihre Gemeinde heimkehrten und beschrieb

[1119] MNL NML IV. 512. B. 2789/1947.
[1120] GÁRDONYI – MAKRA, Emlékezz, 2017, 234.
[1121] VPL C. Újhartyán Historia Domus 75.
[1122] SZEBENI, Merre, 1991, 237.
[1123] SZEBENI, Merre, 1991, 237.
[1124] VPL C. Kakucs Historia Domus 11–12.

10.15772/ANDRASSY.2019.005381

solche Szenen voller Anteilnahme,[1125] was auf ein ganz anderes Verhältnis zu der Einwohnerschaft schließen lässt, wie das z. B. für die Schwäbische Türkei typisch war. Der Pfarrer von Szendehely berichtete gleichfalls aber etwas lakonischer solche Fälle,[1126] was zeigt, dass ihm das Schicksal seiner Gläubigen auch nicht ganz kalt gelassen hatte.

Individuelle Versuche und Maßnahmen zur Rückführung der Deportierten hörten nach Abschluss der Deportation auffällig schnell auf. Zwischen den Anträgen, die im letzten Abschnitt analysiert wurden, gab es anfänglich noch einige. Aber nach einigen Monaten trauten sich die Bekannten und Verwandten nur noch so viel zu, dass sie Anträge auf Kriegshilfen stellten. Dabei konnte eine wesentliche Rolle spielen, dass die ungarischen Behörden ab Frühling 1945 die Antragsteller immer um Geduld baten, weil die Verhandlungen mit der sowjetischen Stellen noch im Gange waren – individuelle Bemühungen und Anträge also nur die Administration stören aber nicht zum Erfolg führen würden. Die wegen ihres Deutschtums Betroffenen wagten immer weniger, die ungarischen Behörden um irgendetwas zu bitten, weil sie mit sicherer Ablehnung zu rechnen hatten.

Die Argumentationsstrategien in dieser Deportationsregion hingen davon ab, wer die deportierte Person war. Mitglieder des Volksbundes und Personen, die sich bei der Volkszählung als Deutsche bekannt hatten, versuchten dies damit zu relativieren, dass sie aus der Organisation ausgetreten waren, dass sie nicht aktiv politisiert und nicht in der deutschen Armee gedient hatten, etc.. Solche Anträge wurden jedoch in allen Fällen abgelehnt. Eine bessere Position hatten die Personen, die aus Gemeinden stammten, in denen keine deutschen Organisationen bestanden. In diesen war die kollektive Dämonisierung der deutschen Minderheit nicht von großer Wirkung, und die ungarischen Behörden bescheinigten solchen Menschen ihr Recht auf Kriegshilfen, unabhängig von ihrer Abstammung, weil sie mit ihnen keine Probleme und Konflikte in den letzten Jahren gehabt hatten.

Die Deportation verursachte zahlreiche individuelle Tragödien, die aber in den wenigsten Fällen dokumentiert sind. Eine Ausnahme bildete z. B. die Dokumentation

[1125] VPL C. Kakucs Historia Domus 13.
[1126] VPL C. Szendehely, ohne Seitenangabe, Einträge am 14. November 1945 und am 11. Dezember 1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005382

einer Ehescheidung aus Újhartyán.[1127] Am 25. September 1947 beantragten beide Seiten ihre Scheidung. Der Mann war als Kriegsgefangener in der Sowjetunion, von der er im Jahr 1946 zurückkehrte. Seine Frau wurde wegen ihres deutschen Namens in die Ukraine deportiert. Die Frau wurde in der Gefangenschaft schwanger und bekam 1947 ein Kind. Als sie danach heimkehrte, wollte ihr Mann nicht mehr mit ihr zusammenleben.[1128] In Újhartyán war dieser Fall keine absolute Ausnahme, Ilona Szebeni führte auch dort ein Interview mit einer Person, die in der Gefangenschaft zur Welt kam. Hier waren die Bedingungen jedoch besser, weil die Mutter als Mädchen deportiert worden war und die Eltern des Kindes später auch heirateten.[1129] Unklar ist, welche Auswirkung auf das spätere Leben der Kinder der Umstand hatte, dass sie in der sowjetischen Gefangenschaft auf die Welt gekommen waren.

Insgesamt lässt sich von den Maßnahmen während und nach der Deportation in dieser Region feststellen, dass ihre Zahl und Maß geringer war als in anderen Deportationsregionen. Das ist auch damit zu erklären, dass oft nur die Dokumentation solcher Maßnahmen fehlt, die dennoch erfolgten. Es ist jedoch trotz der großen Mängel an Unterlagen unwahrscheinlich, dass einfach alle Akten über dieses Thema verloren gingen oder vernichtet wurden.

Ein Grund für das Ausbleiben von Maßnahmen war die chaotische militärische und administrative Lage. Die meisten Behörden der höheren Ebenen wurden erst nach dem Abschluss der Deportation neu gegründet, so konnten sie sich gar nicht in den Vorgang einmischen. In späterer Zeit war wahrscheinlich entscheidend, dass der Fall der als Deutsche deportierten etwa 5.000 Personen nicht so viel Gewicht hatte, wie die Misshandlung anderer Personengruppen (wie die zuvor deportierten Juden oder die verschleppten zehntausenden Männer). So konnten sie nicht in den Fokus der Aufmerksamkeit des Verwaltungspersonals geraten, wie in anderen Regionen. In Budapest und Umgebung war die Rolle der ungarischen Verwaltungsbehörden bei der Deportation eher bedeutungslos. Wahrscheinlich wurden diese von den sowjetischen

[1127] Die Namen der Ehepartner werden hier wegen Schutz ihrer Personalrechte nicht mitangeführt.
[1128] MNL PML V. 1147. 2330/1947.
[1129] SZEBENI, Merre, 1991, 258–260. Interview mit dem Sohn; 254–257. Interview mit der Mutter.

10.15772/ANDRASSY.2019.005383

Kommandanturen über das Ziel der Aushebung der Zivilisten gar nicht unterrichtet, im Gegensatz zu anderen Deportationsregionen.

Bei den nachträglichen Maßnahmen, die auf Suche, Rückführung und Hilfeleistungen abzielten, ist eine Dichotomie zu beobachten. Die Personen, die Volksbund-Mitglieder waren oder sich zum Deutschtum bekannten, wurden nach 1945 Restriktionen ausgesetzt, während die übrigen Deportierten und ihre Familienmitglieder jede mögliche Hilfeleistungen vom ungarischen Staat erhielten. Dieses Phänomen widerspiegelt jedoch weniger den Verlauf der Maßnahmen im Zusammenhang mit der Deportation, sondern vielmehr die ungarischen Vorstellungen über eine Neuordnung und Regelung der Nationalitätenprobleme nach 1945. Im neuen ungarischen Staat gab es keinen Raum mehr für Staatsbürger, die sich nicht als Ungarn betrachteten, deshalb wurden diese auf alle mögliche Art und Weise diskriminiert.

8.6 Interpretationen der „deutschen Abstammung" in der Region

Die Interpretationen der deutschen Abstammung wichen in der Region Budapest und Umgebung einigermaßen von denen in den übrigen Landesteilen ab.

Die sowjetischen Akteure suchten hier gleichfalls nach der Bevölkerung deutscher Abstammung, um diese deportieren zu können. Die Anwendung der Namensanalyse lässt darauf schließen, dass die 2. Ukrainische Front den Deportationsbefehl mit der gleichen Methode durchführen wollte wie anderswo. Die Komplikationen sind darauf zurückzuführen, dass hier für sie die primären Ansprechpartner nicht die ungarischen Verwaltungsbehörden bildeten, sondern ihre sonstigen Helfer, die in den unterschiedlichen Quellen als Nationalgardisten (*nemzetőr)*, Dolmetscher, Armbindenträger (*karszalagos*) bezeichnet werden. Diese Personen wurden in manchen Fällen auch aus den Reihen des ungarischen Verwaltungspersonals rekrutiert, aber auch dann agierten sie nicht als offizielle Amtsträger und verfertigten keine Dokumentation ihrer diesbezüglichen Tätigkeit.

So blieben keine Informationen darüber erhalten, wie der Vorgang der Deportation auf der Lokalebene ablief. Es bleibt unklar, ob die sowjetischen Akteure den Befehl zur

10.15772/ANDRASSY.2019.005384

Sammlung der Bevölkerung in bestimmten Altersgrenzen erteilten, und zu diesem Zeitpunkt bereits darauf hinwiesen, dass diese Personen deutschstämmig sein sollten, oder sie die ganze Bevölkerung zu den Sammelstellen vorluden, damit sie diese vor Ort selektieren und die zu Deportierenden auswählen konnten.

Die ungarischen Behörden spielten dabei keine große Rolle – deshalb wurden die Betroffenen vom ungarischen Verwaltungspersonal nicht in die Listen eingetragen, da sie mit der Erstellung von Listen über die deutschstämmige Bevölkerung keineswegs beauftragt wurden. Laut Aktenlage betrachteten sie die (ganze) Gruppe der Deportierten nicht als deutschstämmig, oder die Abstammung der Einwohner der Gemeinden, in denen eine deutsche ethnische Identität bereits nicht wahrnehmbar war, für sie keine besondere Rolle spielte. In den Akten bezeichneten sie die Deportierten zumeist als „*abtransportierte deutschsprachige Bevölkerung*" („*elszállított németajkú lakosság*"), oder sie formulierten das noch neutraler und schrieben einfach über die „*von den Sowjets abtransportierte Bevölkerung"* („*szovjetek által elszállított lakosság*"). Die Frage der Abstammung schien dabei irrelevant zu sein. Es ist nicht auszuschließen, dass es sich für sie auch nach Abschluss der Deportation nicht eindeutig genug herausstellte, dass die Aktion auf Basis der Abstammung verlaufen war.

In den Dokumenten, die die Betroffenen und ihre Familienangehörigen erstellten, zeichnet sich gleichfalls ein eigenartiges Bild darüber ab, was diese unter deutsche Abstammung verstanden. In vielen Fällen gibt es keinen Hinweis darauf, dass diese Menschen aufgrund ihrer deutschen Abstammung verschleppt wurden. Im Gegensatz zu anderen Regionen wird hier das Argument, dass diese Personen aus politischer und nationaler Hinsicht zuverlässig waren, oder dass sie ungarische Muttersprachler waren, weniger betont. Als einziger Grund der Deportation wurde zumeist der deutsche Name hervorgehoben. So bleibt fraglich, ob die Betroffenen überhaupt erfahren haben, dass ihre Deportation aufgrund ihrer Abstammung erfolgte.

Während der Durchführung des Deportationsbefehls bemerkten sie nur so viel, dass sie wegen ihrer Namen oder der Namen der Eltern zu „Deutschen" erklärt wurden. Das wurde so zu einem Hauptfaktor der Auswahl: Die meisten Personen, die in dieser Region deportiert wurden, standen ihrer Auswahl verständnislos gegenüber und betrachteten sich als Personen, die absolut unschuldig in die sowjetischen Lager geraten waren. Sie wurden anhand eines Merkmals ausgewählt, wofür sie nicht zu verantworten

10.15772/ANDRASSY.2019.005385

waren. Ein Deutsch klingender Name war bereits zu dieser Zeit keine solche Sünde, wie z. B. die Mitgliedschaft im Volksbund oder das Bekenntnis zur deutschen Nationalität und Muttersprache bei der Volkszählung. So wurde für die Deportierten dieser Region die Tatsache, dass sie aufgrund ihrer Namen zur Deportation ausgewählt wurden, ein Hauptelement für die Legitimation ihrer Opferrolle.

8.7 Die Anzahl der Deportierten aus der Region

Die Angaben in der Tabelle 9. im Anhang beziehen sich nur auf die Gemeinden, über die in verschiedenen Quellen Auskünfte über die Anzahl der Deportierten zu finden waren. Im Hintergrund einer eventuellen Ungenauigkeit können zwei Faktoren stehen.
Es ist einerseits möglich, dass es weitere Ortschaften gab, in denen die sowjetischen Akteure eine Deportation durchführten, über diese Tatsache jedoch wegen der Mängel und des großen Materialverlusts keine Akten mehr vorliegen. Einige Gemeinden führte ich in der Tabelle mit an, für die ich Dokumente über die Tatsache der Deportation fand, jedoch ohne Angaben zur Anzahl. Solche Fälle bedeuten ein Problem führ die Schätzung der Gesamtzahl, ich gehe jedoch davon aus, dass wenn in einer Gemeinde eine größere Gruppe deportiert wurde, auch in dem Fall, wenn Archivunterlagen nicht erhalten blieben, die Deportation im kollektiven Gedächtnis der Gemeinschaft eine tiefgreifende Erinnerung hinterließ, die in irgendwelcher Form (Interviews, Ortsmonographien, Heimatbücher oder sogar Denkmäler) dokumentiert wurde. Deswegen nehme ich an, dass die fehlenden Zahlen nicht besonders hoch sein können.
In einigen Fällen ist die Dokumentation einigermaßen chaotisch. Zum Beispiel gibt es eine Liste im Bestand von Soroksár, in der viele Personen mitangeführt wurden, die aus dem benachbarten Pestszenterzsébet deportiert wurden – so beinhaltet die Anzahl der Deportierten aus Soroksár wahrscheinlich auch die aus Pestszenterzsébet.
Eine andere Schwierigkeit verursachen widersprüchliche Angaben. In Taksony wurde in den Archivunterlagen eine deutlich geringere Anzahl dokumentiert als in anderen Quellen. Im Hintergrund steht wahrscheinlich das gleiche Phänomen wie in der Schwäbische Türkei – auch in Taksony wurden in die Listen der ungarischen Behörden

10.15772/ANDRASSY.2019.005386

nur die Personen aufgenommen, die in „politischer und nationaler Hinsicht zuverlässig" waren. Gerade Taksony war in dieser Region eine Gemeinde, in der es Konflikte zwischen deutscher Minderheit und ungarischen Behörden gegeben hatte. Daher es ist durchaus wahrscheinlich, dass nicht alle Deportierten verzeichnet wurden. Es kann also sein, dass die Angaben in den Akten auch anderer Gemeinden auf eine niedrigere Deportiertenanzahl schließen lassen, deswegen habe ich in der Tabelle auch höheren Zahlen aus anderen Quellen vermerkt.

Die so entstandene Anzahl ist wahrscheinlich etwas niedriger als die tatsächliche Zahl der Deportierten dieser Region. Die Abweichung kann aber nicht mehr als ein paar hundert Personen betragen. So gibt die Tabelle ein verhältnismäßig zuverlässiges Bild über das Ausmaß der Deportation der deutschstämmigen Zivilisten in und um Budapest.

9. Nachgeschichte der Deportation

9.1 Die Rückkehr

Für die Koordination der weiteren Maßnahmen nach dem Abschluss der Deportation war nicht mehr das lokale ungarische Verwaltungspersonal zuständig. Wie die Analysen der Regionen zeigten, wurden die verschiedenen Such- und Rettungsaktionen in den meisten Fällen nicht mehr von lokalen Akteuren initiiert, sondern waren vielmehr landesweite, zentrale Aktionen. Den örtlichen Behörden verblieb ab Februar 1945 nur ein geringer Handlungsspielraum, auf welchen Personenkreis sie die verschiedenen ministeriellen Verordnungen anwendeten, bzw. wen sie ausschlossen. Diese Möglichkeit war aus der Perspektive der individuellen Schicksale von großer Bedeutung, die wichtigste Frage wurde jedoch nicht auf der Lokalebene entschieden: Nämlich, wann die Deportierten zurückkehrten, wenn sie überhaupt die Möglichkeit dazu hatten.

Einige politische Organe und deren Leiter sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens erfuhren bereits während der Deportation über den Vorgang, so zum Beispiel Innenminister Ferenc Erdei aus den Berichten des Komitats Békés. Andere wurden erst

10.15772/ANDRASSY.2019.005387

nach Abschluss der Transporte informiert. Die ersten Berichte waren bruchstückhaft und basierten auf Beschwerden der Angehörigen und Betroffenen, deswegen war die erste Reaktion der ungarischen politischen Elite fast einmütig der Protest. So berichtete József Révai dem Parteichef Mátyás Rákosi in seinem bereits erwähnten Bericht vom 7. Januar 1945 von den Missständen und Missbrauchsfällen bei der Durchführung der Deportation, und die Kommunistische Partei versuchte schon damals mit einer Intervention eine Korrektur der „Fehler" zu erreichen.

> „... und das Ergebnis: Panik, auch unter den Ungarn, sogar anständige, uns nahestehende Elemende (z. B. Vizepräsident Sántha, und selbst Erdei) sind aufgebracht, sie reden davon, dass es das gleiche ist, was Hitler mit den Juden tat, usw.. Es war nämlich so, dass die Kommandanturen von den Familiennamen und von fixen Kontingenten ausgingen. Wenn es nicht reichlich Deutsche gab, dann nahmen sie Ungarn. Sie nahmen diejenigen, die kein Wort Deutsch können, die nachweislich Antifaschisten sind, die inhaftiert oder interniert waren, egal [...] Jetzt versuchen wir eine Korrektur, wenn diese noch möglich ist. Die Regierung beauftragte 10 Delegierte gemäß dem Abkommen mit den Russen vor Ort, mit denen festgestellt werden sollte, wer als Deutscher zu betrachten ist und wer nicht."[1130]

In den darauffolgenden Wochen und Monaten protestierten im Rahmen individueller Anträge und Beschwerden auch einflussreiche Persönlichkeiten gegen die Deportation. Bereits Anfang 1945 ist dabei zu beobachten, dass der Gegenstand dieser Proteste nicht die Deportationsaktion an sich war, sondern die Art und Weise ihrer Durchführung, nämlich dass auch Personen deportiert wurden, die das keinesfalls „verdienten". Die Argumentation ist also die gleiche wie auf der Lokalebene, als die örtlichen Behörden gegen den Abtransport gewisser Personen protestierten. Die komplette ungarische Gesellschaft betrachtete also die Deportation als Strafe, die die Mitbewohner verdient oder nicht verdient hatten. Doch wurde nur die Befreiung letzterer Gruppe überhaupt versucht.

[1130] „…az eredmény: pánik a magyarok közt is, még a tisztességes, hozzánk közel álló elemek is (pl. Sántha alelnök, sőt maga Erdei is) megvadultak, arról beszélnek, hogy ez ugyanaz, mint amit Hitler csinált a zsidókkal stb. Az történt ugyanis, hogy a parancsnokságok a családnevekből indultak ki és fix kontingensekből. Ha nem volt elég német, vettek magyarokat. Vettek olyanokat, akik egy szót sem tudnak németül, bebizonyítottan antifasiszták, ültek, internálva voltak, mindegy [...] Most próbáljuk korrigálni, amit lehet. A kormány 10 tanácsadó megbízottat küldött az oroszokkal való megállapodás értelmében a helyszínre, akikkel együtt fogják megállapítani, kit kell németnek tekinteni, kit nem." Zitiert von TÓTH, Telepítések, 1993, 24; ferner von BOGNÁR, Itt volt, 2015, 56.

10.15772/ANDRASSY.2019.005388

Ein typisches Beispiel dazu ist die Anfrage vom Erzbischof József Mindszenty am 28. November 1945, die er an das Außenministerium richtete. Mindszenty verfügte über ziemlich genaue Auskünfte über den Aufenthaltsort der Deportierten (Kohlenbergwerke von Rostow bis Krim), deren Anzahl gab er aber mit 12.000–15.000 Personen an. Laut seinen Informationen erfolgte die Deportation, weil die Betroffenen „*als Deutsche nicht im Frontgebiet verbleiben durften"*.[1131] Er ging also davon aus, dass die Deportation militärstrategische Gründe hatte.

> „Die russischen Soldaten suchten Staatsbürger mit deutschen Namen und betrachteten diejenigen auch als solche, die Familiennamen hatten, die mit dem Buchstaben R endeten. Das Missverständnis war, dass in Ungarn viele Menschen deutsche Namen haben und diese dennoch keine Deutsche sind, sondern beste Ungarn, sie sprechen nicht einmal Deutsch."[1132]

Die Argumentation von Mindszenty ähnelte sehr der der Verwaltungsbehörden der unteren Ebenen. Er schloss sein Schreiben mit der Bitte, dass sich die ungarische Regierung an die Alliierte Kontrollkommission wenden sollte, damit die Deportierten baldmöglichst zurückgeführt werden könnten. Er wurde also nicht informiert, dass die Regierung bereits im Frühling 1945 diesbezüglich Verhandlungen aufgenommen hatte.

Die Provisorische Nationalregierung versuchte Anfang 1945 sich zunächst ein Bild davon zu machen, was überhaupt geschah und welche Größenordnung die Deportation erreichte. Die Regierungsorgane in Debrecen erhielten zahlreiche Berichte aus verschiedenen Teilen des Landes, die den Deportationsvorgang sehr chaotisch darstellten – dieses Bild wurde auch in ihren Akten dokumentiert, was auch zeigt, dass diese Dokumentation nicht zur Untersuchung der Deportation geeignet ist. So zum Beispiel hat eine Unterlage des Außenministeriums vom August 1945 („*die Anzahl der von den sowjetischen Behörden abtransportierten Personen, die im Außenministerium registriert wurden*") eine Signalwirkung. In der Liste stehen statt der Anzahl von über 5.000 Personen aus dem Komitat Baranya nur 672 Namen, beim Komitat Tolna 250, beim Bács-Bodrog insgesamt 19, etc..[1133]

[1131] MNL MOL XIX-J-1-j SZU TÜK (1945–1964) 27. D. 68. 146.767/7/1945.
[1132] „Az orosz katonák németnevű állampolgárokat kerestek és ilyennek minősítették azokat, akiknek a vezetékneve /családneve/ r-rel végződött. A tévedés ott van, hogy Magyarországon sok embernek német neve van és mégsem német, hanem a legjobb magyar, még csak nem is beszél németül." Ebda.
[1133] MNL MOL XIX-J-1-j SZU TÜK (1945–1964) 146.215/7-1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005389

Die erste Suchaktion des Außenministeriums am 31. März 1945 (*Suche und Rückführung der von den sowjetischen Truppen abtransportierten Personen*), die ich bei der Analyse der Regionen mehrmals erwähnt habe, bezog sich ausschließlich auf die deportierten Zivilisten. Vor dieser Aktion erfolgten Verhandlungen mit der AKK, und als Ergebnis regelte die Kommission in der Verordnung Nr. 26. vom 18. März 1945 den Kreis der Personen, auf die die Aktion ausgedehnt werden und deren Rückführung die ungarische Regierung überhaupt beantragen durfte.

> „Hiermit ist es anzumerken, dass es bei der Ausfüllung der neuen Fragebögen (Namenslisten) richtungsweisend ist, dass nur diejenige Personen aufgenommen werden dürfen, die in politischer Hinsicht makellos sind: Sie waren also keine aktiven Mitglieder der Pfeilkreuzler- oder anderer Rechtsparteien und des Volksbundes bzw. sind nicht deutschstämmig. Auf die Liste dürfen noch diejenigen deutschstämmigen und/oder deutschsprachigen Personen gesetzt werden, die sich trotz ihrer deutschen Familiennamen bei der letzten Volkszählung zur ungarischen Muttersprache bekannten, oder ihre ungarischen Gefühle nachwiesen."[1134]

Auf dem ersten Blick ermöglichte diese Klausel nur eine Korrektur der Fehler, die während der Deportation begangen wurden. Gemäß der Verordnung Nr. 18. durften die Personen bei der Konkription nicht berücksichtigt werden, die deutschstämmig waren – gerade wegen dieser Abstammung wurden sie jedoch deportiert. Bei genauerer Betrachtung fällt jedoch auf, dass die Autoren der Konskriptionen – die lokalen Verwaltungsbehörden – fast völlig freie Hand hatten. Die sowjetische Seite und/oder die AKK hatte keine Möglichkeit für eine Überprüfung der Listen. Es wurde nicht näher ausgeführt, wie jemand „die ungarischen Gefühle" hätte nachweisen sollen. Die Verzeichnisse über die Mitglieder des Volksbundes wurden in den meisten Fällen vor dem Einmarsch der Roten Armee vernichtet. Selbst der Hinweis auf die Volkszählungsergebnisse stellt kein objektives Kriterium dar, weil die Stastiken damals den Gemeinden nicht zur Verfügung standen – diese wurden erst später, bei der Vorbereitung der Vertreibung der Deutschen nach Deutschland vom Statistischen

[1134] „Megjegyzem még, hogy az uj kérdőívek (névjegyzékek) kitöltésénél is az a szempont irányadó, hogy csak olyan személyek veendők fel az uj névjegyzékekbe, akiknek személye poltikai szempontból kifogás alá nem esik, azaz, hogy az illetők nem voltak nyilas, vagy egyéb jobboldali pártnak aktív tagjai, nem voltak a Volksbundnak tagjai, nem német származásuak, ha pedig német nevüek, ugy az esetben, a legutóbbi népszámlálásnál magyar anyanyelvnek vallották magukat, vagy ha német anyanyelvüek, úgy magyar érzelmeikről tanuságot tettek." MNL BML IV. 1401. B. 345/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005390

Zentralamt geliefert. Das heißt, die ungarischen Behörden hatten fast freie Hand bei der Konskription der für eine Rettungsaktion vorgesehenen Personen. Die Tatsache, dass sie etwa die Hälfte der Deportierten in die Listen nicht aufnahmen, zeigt ihre Haltung zu den betreffenden Personen.

In den folgenden Monaten wurde die Angelegenheit der Deportierten Schritt zu Schritt in die Kriegsgefangenenfrage integriert, die ein größeres Volumen besaß. Das zeigt die nächste Aktion des Außenministeriums zur Suche und Rückführung, die Ende November 1945 schon den Titel „*Rückführung der noch nicht zurückkehrten Kriegsgefangenen und Zivilisten*" trug. Damals verfügte die ungarische politische Führung bereits über detaillierteren Auskünfte über die Ereignisse von 1944 und 1945. Sie benutzten den neutralen Begriff „Zivilgefangene" *(„polgári foglyok"*), der dazu gut geeignet war, weil er die deportierten deutschstämmigen Zivilisten ebenso beinhaltete wie die verschleppte männliche Bevölkerung. Ob diese beiden Gruppen während der Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung getrennt behandelt wurden, hing immer von den aktuellen ungarischen Interessen ab.

Ministerpräsident Béla Miklós schrieb zum Beispiel am 21. August 1945 allgemein über Zivilgefangene, als er einen Antrag für die Freistellung der Kriegsgefangenen bei der AKK stellte. Kurz zuvor wies die Kommission darauf hin, dass sie eventuell bereit sei, die Gefangenen, die nie gekämpft hatten, freizulassen. Miklós begrüßte diese Möglichkeit und argumentierte ferner damit, dass diese Freilassung eine gute Auswirkung auf die ungarische öffentliche Meinung haben könne. Er betonte, dass die Arbeitskräfte, die sich damals in den Gefangenenlagern befanden, auch zur besseren Leistung für die Wiedergutmachung beitragen könnten, „*umso mehr, weil die geplante Aussiedlung der Schwaben den Arbeitskräftemangel voraussichlich noch verschlimmern wird.*" Diese Argumentation ist umso interessanter, weil sie die „Aussiedlung der Schwaben" implizit als Zwang darstellt, die schwere Folgen für die ungarische Wirtschaft haben werde.

Die Angelegenheit der deportierten deutschstämmigen Zivilisten geriet somit immer mehr in das Spannungsfeld der Friedensvorbereitung und eines geplanten Abkommens mit den Sowjets über die Kriegsgefangenenfrage, bzw. der Aussiedlung der deutschen Minderheit Ungarns. Während in der Gefangenenfrage die ungarische Regierung den Standpunkt einnahm, alle Gefangenen baldmöglichst aus den Lagern zurückzuführen,

10.15772/ANDRASSY.2019.005391

waren die Pläne zur Aussiedlung der Ungarndeutschen im Sinne der Kollektivschuld darauf ausgerichtet, dass diejenige Deportierten, die die ungarische Staatsführung für unzuverlässig hielt, nicht zurückkehren durften.

Im Sommer 1945 ist die ungarische Haltung gut erkennbar, dass die Regierung die Rückkehr eines Großteils der Personen, die wegen ihrer deutschen Abstammung in die Sowjetunion deportiert worden waren, für unerwünscht hielt und die sowjetische Regierung auch nicht um ihre Freilassung bat. Dabei spielte eine wichtige Rolle, dass damals die Aussiedlung der deutschen Minderheit noch nicht begonnen hatte. Die Rückkehrer aus den sowjetischen Lagern kamen also in Ungarn an – was in vielen Fällen unerwünscht war. So wurde damals die Verordnung Nr. 18. der AKK von den ungarischen Behörden sehr streng eingehalten, dass die Rückführung nur im Fall der Personen erlaubt sein sollte, die aus politischer und nationaler Hinsicht als zuverlässig galten.

Am 19. Januar 1946 wurde der erste Transport von Ungarndeutschen aus Budaörs in die amerikanische Zone Deutschlands losgeschickt.[1135] Der Vertreibungsprozess aus Ungarn verlief aber unerwartet langsam und wegen Proteste der Amerikaner kam es ständig zu Verzögerungen.[1136] Die Transporte wurden im Sommer 1946 angehalten, und weil die folgenden amerikanisch-ungarischen Verhandlungen nur zur kurzfristigen Wiederaufnahme der Aussiedlungstransporte führten, war die ungarische Seite unzufrieden. Am 11. Juni 1947 bat die ungarische Regierung Stalin um die Bewilligung der Umsiedlung von weiteren 50.000 ungarndeutschen Personen in die sowjetische Besatzungszone, die sie auch erhielt.[1137]

Parallel zur Entwicklung des Vorgangs der Aussiedlung veränderte sich die Haltung der ungarischen politischen Elite bezüglich der Deportierten ständig. 1945 zielten die verschiedenen Maßnahmen – und ihre Vollstreckung auf Lokalebene – darauf ab, nur den Teil sowohl der Kriegsgefangenen als auch der Zivilgefangenen aus der Sowjetunion zurückzuführen, die in politischer und nationaler Hinsicht als zuverlässig galten, während der Rest in den Lagern verbleiben sollte. Mit dem Beginn der Aussiedlung, als die Entfernung der „unerwünschten Elemente" aus dem Lande möglich

[1135] TÓTH, Telepítések, 1993, 117.; SEEWANN, Geschichte, Band 2., 2012, 347.
[1136] TÓTH, Telepítések, 1993, 138–151.
[1137] Ebenda, 176–179.; SEEWANN, Geschichte, Band 2., 2012, 349.

10.15772/ANDRASSY.2019.005392

war, veränderte sich die Lage grundsätzlich. So beantragte am 22. März 1946 die ungarische Seite bei der sowjetischen Regierung, schon alle (Kriegs)Gefangenen zurückzuschicken, und die ungarische Regierung verpflichtete sich, dass wenn unter diesen Personen sich solche befanden, die „*gemäß der Regelung der AKK deutschstämmig"* waren, dann die ungarische Regierung dafür sorgen würde, diese nach Deutschland weiterzuleiten.[1138] Ab 1947 setzte sich die weichere Linie bei den Rettungsaktionen seitens der ungarischen Regierung endgültig durch und die ungarischen Behörden zielten darauf ab, dass alle Personen aus der sowjetischen Gefangenschaft zurückkehren sollten. Damals war bereits sichergestellt, dass der „unerwünschte" Teil davon sofort in die sowjetische Besatzungszone geschickt werden konnte.

1947 und 1948 erkundigten sich die ungarischen Regierungsorgane, welche Erwartungen und Vorstellungen die sowjetischen Verhandlungspartner hatten. So fragten sie nach, ob in der sowjetischen Gefangenschaft die Zivilgefangenen und Frauen von den regulären Kriegsgefangenen getrennt verwahrt und die verschiedenen Nationalitäten getrennt waren. Ausdrücklich wurde nachgefragt, ob die „Schwaben" zusammen mit den restlichen ungarischen „Gefangenen" verwahrt waren.[1139]

Die ungarische Regierung wünschte damals noch, die „Kriegsgefangenen deutscher Nationalität" bereits in Moskau, in den Übergangslagern Máramarossziget oder Debrecen „auszusortieren" und unmittelbar nach Deutschland weiter zu leiten.[1140] Die damalige Praxis war nämlich die, dass die Gefangenen zuerst nach Hause geschickt wurden, wo die zuständigen ungarischen Polizeibehörden die Entschiedung trafen, ob sie zur Umsiedlung nach Deutschland gezwungen werden sollten.[1141] Die Regierung wartete jedoch vergeblich auf eine klare Anweisung aus Moskau, die ihr eine solche Entscheidung erspart hätte. Wahrscheinlich war die sowjetische Regierung nicht bereit, diese Aussortierung bereits auf sowjetischem Territorium vorzunehmen – eine eindeutige sowjetische Ablehnung ist jedoch auch nicht zu finden. In das Abkommen über die Kriegsgefangenenfrage, das sich 1948 noch immer in der Planungsphase

[1138] MNL MOL XIX-J-1-j SZU TÜL 27. D. 68. 171.963/1946.; MNL MOL MNL MOL XIX-J-1-j SZU TÜL 27. D. 178.398/1946.
[1139] MNL MOL XIX-J-1-j SZU TÜK (1945–1964). 66-a 180.077/res.
[1140] MNL MOL XIX-J-1-j SZU TÜK (1945–1964). 66-a 180.594/res/1948.
[1141] MNL MOL XIX-J-1-j SZU TÜK (1945–1964). 66-b 180.015/res/1947.

10.15772/ANDRASSY.2019.005393

befand, wurde am 23. Juli 1948 die Regelung aufgenommen, dass die Kriegsgefangenen deutscher Nationalität bei der Repatriierung den Ungarn gleichzusetzen waren.[1142]

Über die Weiterleitung nach Deutschland wurde die Entscheidung also in Ungarn getroffen. Es ist unklar, warum in vielen Zeitzeugenberichten erzählt wird, dass über die Aussiedlung der Kriegs- und Zivilgefangenen bereits in den Übergangslagern Debrecen und Máramarossziget, oft vor dem Übertritt der ungarischen Grenze entschieden wurde. Eine Möglichkeit ist, dass es sich in diesen Fällen um Personen handelte, die aus den Nachrichten von ihren Angehörigen bereits erfahren hatten, dass die Familie während ihrer Deportation zur Übersiedlung nach Deutschland verpflichtet worden war. Deshalb baten sie selber darum, nicht nach Ungarn geschickt zu werden. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass die ungarische Seite willkürliche Entscheidungen traf, über die sie die sowjetischen Partner nicht unterrichtete.

Ein besonders interessanter Zug der Verhandlungen über die Rückführung der Gefangenen ist, dass es zwischen ihnen und der tatsächlichen Rückkehr keinen nachweislichen Zusammenhang gab. Die erste Gruppe der deportierten deutschstämmigen Personen traf Ende 1945 in Ungarn ein, danach folgten nach kürzeren oder längeren Unterbrechungen aber ständig neue Gruppen. Der letzte Transport erreichte Ungarn Ende 1949.

Im Rahmen der ungarisch-sowjetischen Verhandlungen tauchten viele verschiedene Gründe auf, warum dem ungarischen Staat die Rückführung der Gefangenen so wichtig war. Ein konstantes Element der Argumentation bildete die wirtschaftliche Lage. Zur Sicherung des Wiederaufbaus, der Agrarproduktion und der Reparationsleistungen an die Sowjetunion waren alle verfügbaren Arbeitskräfte unentbehrlich. Die Stabilisierung der ungarischen Wirtschaft war tatsächlich im Interesse der Sowjetunion, sowohl wegen der Wiedergutmachung, als auch wegen der immer stärkeren Handelsbeziehungen zwischen den beiden Staaten.[1143]

Hinter der Forderung der schnellen Repatriierung steckten auch soziale Gründe. Die Verluste im Krieg betrafen fast jede ungarischen Familie, und die Rückkehr der arbeitsfähigen Männer und Frauen hätte diese Lage einigermaßen abmildern können.

[1142] MNL MOL XIX-J-1-j SZU TÜK (1945–1964). 66-a 180.605/res/hf/1948.
[1143] Siehe dazu: BORHI, A vasfüggöny, 2000, 37.

10.15772/ANDRASSY.2019.005394

Darüber hinaus war nicht zu vernachlässigen, welche Propaganda-Möglichkeit die Rückführung der Gefangenen in sich barg, wovon Mátyás Rákosi und die Kommunistische Partei Ungarns auch Gebrauch zu machen suchte. Sie stellten die Rückkehr so dar, als wäre diese ein Ergebnis ihrer Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung gewesen, um die politische Unterstützung der Betroffenen und ihrer Angehörigen zu gewinnen. Die Presse, Broschüren und Empfangsfeierlichkeiten propagierten in voller Lautstärke, dass die Rückkehr nur dem Wohlwollen von Stalin und der fürsorglichen Mitwirkung von Rákosi zu verdanken sei. Die Wahlergebnisse von den Jahren 1945 und 1947 lassen jedoch darauf schließen,[1144] dass diese Propaganda die ungarische Gesellschaft nicht überzeugte. Oder, was noch wahrscheinlicher ist: Die Rückkehrer selber wussten, warum sie freigelassen wurden und ließen sich und ihr Umfeld nicht von der Propaganda täuschen, dass dabei die Kommunisten irgendeine Rolle gespielt hätten.

Die zurückgekehrten Deportierten bedeuteten auch kein politisches Risiko für die kommunistische Parteiführung, die ihre Macht gerade während der Jahre der Rückkehr ausbaute. Als Mitglieder der deutschen Minderheit verloren die meisten Rückkehrer ihre Staatsbürgerschaft und das damit verbundene Wahlrecht, so konnten sie kein Basis mehr für die Partei der Kleinlandwirte bilden, obwohl sie größtenteils Agrararbeiter waren. Der Rest, der das Wahlrecht beibehalten durfte, war durch die Erfahrung der Gefangenschaft massiv eingeschüchtert und stellte keinerlei Gefahr für die Staatssicherheit dar. Die Rückkehr der Gruppe der als deutschstämmigen Deportierten war also Ende der 1940er Jahre gar nicht mehr unerwünscht, besonders für die Kommunisten. Trotz aller Interventionen stimmten die sowjetischen Verhandlungspartner jedoch nur so viel zu, dass die Partei und Rákosi in Ungarn propagieren durften, dass die Rückkehr der Gefangenen tatsächlich ein Ergebnis ihrer Bemühungen gewesen wäre. In der Tat waren die Repatriierungen jedoch eine sowjetische innere Angelegenheit, in die Stalin keine Einmischung aus dem Ausland zuließ.

Die sowjetischen Quellen zum Thema Rückkehr sind größtenteils bis heute unerschlossen, so können viele Fragen nicht komplett beantwortet werden. Laut den bekannten Quellen und den Zeitzeugenberichten ist es aber offensichlich, dass bei der

[1144] GYARMATI, A Rákosi, 2011, 61–62, 109.

10.15772/ANDRASSY.2019.005395

Freilassung der Gefangenen in erster Linie ihr physischer Zustand die entscheidende Rolle spielte. Ende 1945 kehrten mit dem ersten Transport die Personen zurück, die gesundheitlich nicht mehr in der Lage waren, weiterzuarbeiten. Sie waren deshalb der Sowjetwirtschaft nicht von Nutzen und ihre Verpflegung benötigte zusätzliche Ausgaben. Sie wurden freigelassen und zurückgeschickt. Die ungarische Regierung protestierte gegen dieses Verfahren, weil sie gleichfalls in erster Linie Menschen erwartete, die zur Ausführung der Wiederaufbauarbeiten geeignet waren. Darüber hinaus wirkten sich die geschwächten und kranken Heimkehrer ungünstig auf die ungarische öffentliche Meinung aus.[1145]

Trotzdem wurde in der Folgezeit in den sowjetischen Lagern über die Rückkehr aufgrund ärztlicher Untersuchungen entschieden. Der Gesundheitszustand war maßgebend bei der Auswahl der Menschen zur Rückkehr oder zur Fortsetzung der Zwangsarbeit in der Sowjetunion. Die einzige Veränderung war, dass die Sowjets später mehr auf Propaganda setzten, und vor der Rückführung der Krankentransporte den Zustand und die Ausrüstung dieser Menschen etwas verbesserten. Somit präsentierten sie der ungarischen Gesellschaft, dass in der Sowjetunion selbst in den Gefangenenlagern beneidenswerte Zustände herrschen würden.

Warum Ende 1949 alle Personen entlassen wurden, die 1944/1945 wegen ihrer deutschen Abstammung deportiert worden waren, ist ohne Einsicht in die sowjetischen Quellen nicht zu beantworten. Schon damals war seit längerem bekannt, dass die Arbeit der Gefangenen nicht rentabel war[1146] – obwohl in den Erzählungen der Überlebenden oft berichtet wurde, dass ihre Arbeitsleistung ausgezeichnet sei, womit sie schnell die Sympathie und die Hochachtung der Sowjets errungen hätten. In der Tat generierte die Leistung sowohl der Zivilinternierten als auch der Kriegsgefangenen Defizite, so begannen die Repatriierungen bereits 1945 und endeten bei beiden Gruppen Ende 1949, Anfang 1950. Danach blieben nur Personen in sowjetischen Lagern, die als Kriegsverbrecher verurteilt waren. Damit verloren sie den Kriegsgefangenenstatus.[1147] Darüber steht jedoch keine Dokumentation zur Verfügung, dass sich unter diesen verurteilten Personen auch Zivilisten befanden.

[1145] MNL MOL XIX-J-1-j SZU TÜK (1945–1964). 171.673/1946.
[1146] Vgl. dazu VARGA, Magyar, 2009, 247.
[1147] BORCHARD, Michael: Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Zur politischen Bedeutung der Kriegsgefangenenfrage 1949–1955. Droste, Düsseldorf, 2000, 105.

10.15772/ANDRASSY.2019.005396

Eine sehr wichtige Frage bezüglich der Deportierten ist, wie viele Personenen überhaupt nach Ungarn zurückkehrten, bzw. wie viele nach Deutschland weitergeleitet wurden. Diese kann jedoch anhand des heutigen Standes der Forschung nicht beantwortet werden. Angaben dazu sind nur in der Zeitung *Hadifogoly, hadirokkant híradó* zu finden, in der neben den Namen der nach Deutschland übersiedelten Personen statt der Heimatgemeinde das Wort *„NÉMETORSZÁG" (Deutschland)* steht. Ohne nähere Angaben zu diesen Personen können sie jedoch nicht einmal identifiziert werden. Ferner wurde die Arbeit der Redaktion am 30. Oktober 1948 eingestellt, so gibt es keine Auskünfte mehr über das Schicksal der Personen, die nach diesem Zeitpunkt zurückkehrten. Ein weiteres Problem ist, dass bei den Rückkehrern nicht mehr unterschieden wurde, ob diese damals wegen ihrer deutschen Abstammung deportiert wurden, als Männer 1944 verschleppt, oder ob sie Kriegsgefangenen waren. Diese Vermischung der Kategorien macht eine Identifizierung der von mir untersuchten Gruppe unmöglich, besonders im Fall von Männern. Dieses Problem ist leider auch bei anderen Quellen, so bei den Unterlagen des Außenministeriums und bei denen des Übergangslagers von Debrecen typisch, deswegen sind diese ebenso wenig zur Feststellung der Anzahl der zurückgekehrten Deportierten geeignet.

Es ist gleichfalls unklar, wie viele Personen in den sowjetischen Lagern ihr Leben verloren. Darüber sind jedoch mehrere Angaben und Schätzungen vorhanden, die jedoch voneinander sehr stark abweichen. Die sowjetischen Quellen sind diesbezüglich insofern problematisch, weil sie sich nicht ausschließlich auf die Gruppe der Personen beziehen, die als Folge des Beschlusses Nr. 7161. der GKO deportiert wurden. Zur „Gruppe G" wurden einerseits diese Deportierten aus Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien, Ungarn und aus der Tschechoslowakei gezählt, ferner mehr als 70.000 Personen, die aus den deutschen Ostgebieten 1945 in die Sowjetunion verschleppt wurden. Insgesamt betrug die Gesamtanzahl dieser Gruppe nach den Angaben von Pavel Poljan 189.572,[1148] und bis zum 1. Februar 1946 wurde ein Verlust von 35.775 Personen (etwa 19%) wegen Todes verzeichnet. Die gleichen Angaben sind bei Tanja Penter zu finden.[1149] Dabei fehlen die Statistiken für die Jahre 1946 bis 1949, es ist jedoch anzunehmen und die Quellen deuten auch darauf hin, dass die Todeszahlen im

[1148] POLJAN, Westarbeiter, 2006, 1293–1294.
[1149] PENTER, Kohle, 2010, 306.

10.15772/ANDRASSY.2019.005397

Jahr 1945 am höchsten waren. Ab Ende 1945 wurden die ersten Krankentransporte zurückgeschickt, so sollten die Todeszahlen ab 1946 deutlich zurückgehen.

In der ungarischen Fachliteratur sind die Angaben diesbezüglich unterschiedlich. Während György Zielbauer 1989 noch vorsichtig behauptete, dass die genaue Anzahl der Toten nicht feststellbar ist,[1150] schrieb Miklós Füzes 1991, dass mindestens 50% oder sogar zwei Drittel der Deportierten ums Leben kamen, wobei er zwischen den verschiedenen Gefangenenkategorien nicht differenzierte. Diese Differenzierung fehlt ebenso bei Zalán Bognár, der aber über eine deutlich geringeren Anteil von etwa 30% schrieb.[1151] Es wird inzwischen allgemein anerkannt, dass ungefähr ein Drittel aller Deportierten und Verschleppten in den Lagern verstarb.

Eine genaue Untersuchung der Todesraten wäre auch nur auf der Gemeindeebene möglich. Ich konnte jedoch keine Dokumentation dazu finden, dass die Rückkehrer, als sie in den Gemeinden eintrafen, von einer offiziellen Stelle einheitlich registriert wurden. Auch wenn solche von irgendwelchen Personen (von den Pfarrern in Historia Domus oder von den Gemeindeleitern in verschiedenen Berichten) verzeichnet wurden, machten sie keine Angaben dazu, welcher Gefangenenkategorie die Rückkehrer angehörten.

Als Grundlage für eine Schätzung können noch die Angaben in den Heimatbüchern, Ortsmonographien und anderen Publikationen über einzelne Gemeinden dienen, die aber nicht über alle betroffenen Gemeinden zur Verfügung stehen. Diese zeigen in erster Linie, dass die Todeszahlen je nach Gemeinde sehr unterschiedlich ausfielen. Von den 513 Deportierten aus Balmazújváros starben 136 Personen (26%).[1152] Von Bátaszék wurden 175 Personen deportiert, davon sind 58 Sterbefälle (33%) dokumentiert.[1153] Von den 136 Deportierten aus Hercegkút starben 16 Personen (11%).[1154] Von den 111 Deportierten aus Zebegény überlebten die Deportation 31 Personen (27%) nicht.[1155] In Püspöknádasd verzeichneten die Überlebenden die Namen von 137 Deportierten (obwohl laut den Archivquellen es 162 waren), davon kamen 29 Personen ums Leben

[1150] ZIELBAUER, Magyar, 1989, 290.
[1151] BOGNÁR – MÜLLER, A 0060-as parancs, 2017, 179–183.
[1152] Vgl. dazu ÁRVA – POZSONYI, Deportáltak, 1989, 77–80.
[1153] Vgl. dazu GÖBELT, Johannes: Heimatbuch der Grossgemeinde Bátaszék im Komitat Tolnau. 2. Ausg. Minerva, Bátaszék, 1991. Anhang.
[1154] NAÁR, Szülőfalunk, 2015, 242.
[1155] Vgl. dazu PAULISINECZNÉ, Zebegényiek, 1995, 78.

10.15772/ANDRASSY.2019.005398

(21% oder 17%).[1156] In Rátka war die Todeszahl 30 von den 212 Deportierten (14%),[1157] in Mezőberény starben 53 von 559 Personen (9,5%).[1158]

Diese Zahlen zeigen, dass der Anteil der Todesopfer je nach Gemeinde sehr unterschiedlich ausfiel, in den meisten Fällen blieb er jedoch unter 30%. Wahrscheinlich spielte bei den Gemeinden mit höheren Todeszahlen eine Rolle, dass die Gemeinschaft zumeist auch in den Lagern zusammen blieb, so waren sie im Fall von Epidemien einer Infizierung besonders stark ausgesetzt. Solange diese Angaben nicht für alle betroffenen Gemeinden zur Verfügung stehen, bleiben die Angaben zu den Todeszahlen immer nur Schätzungen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass der Anteil der Todesopfer etwa zwischen 20 und 30% lag.

9.2 Die Lage der Deportierten nach ihrer Rückkehr

Die Angelegenheit der Deportierten, bzw. aller Gefangenen war im ungarischen öffentlichen Leben der zweiten Hälfte der 1940er Jahre ständig auf der Tagesordnung. Sie betraf den Großteil der Gesellschaft persönlich und war eine der wichtigsten sozialen und wirtschaftlichen Probleme, die die jeweilige politische Führung zu lösen hatte. Für diese Jahre trifft die Behauptung vieler Forscher keinesfalls zu, dass die Verschleppung von Zivilisten ein Tabu gewesen wäre. Die Umstände der Gefangennahme wurden in der Presse tatsächlich immer vorsichtiger thematisiert, aber eine Unterscheidung zwischen Kriegs- und Zivilgefangenen ist während des ganzen Jahrzehnts zu beobachten. Die verschiedene Presseorgane – *Szabad Nép, Szabad Föld, Hadifogoly és Hadirokkant Híradó* – betonten zumeist, wenn sie über das Eintreffen von Gefangenentransporte berichteten, dass auch Zivilgefangene und Frauen zurückkehrten.

[1156] MAKK Károlyné: A nádasdi németek elhurcolása a Szovjetunióba. In: BAYERNÉ SIPOS, Mónika: Kisebbségi sorsok a Kárpát-medencében. A baranyai sváb és a kárpátaljai magyar közösség „malenykij robot”-ra való elhurcolásának történései. Zengővidéki Határon Túli Magyarok Egyesülete, Pécsvárad, 2017, 39–76, hier 61–64.
[1157] ENDRÉSZ, Nemsokára, 2016, 266–271.
[1158] KÖRÖSI, Mit, 2016, 199.

10.15772/ANDRASSY.2019.005399

Die Situation der zurückgekehrten Deportierten war damals in erster Linie davon geprägt, ob die ungarischen Behörden sie als Deutsche betrachteten oder nicht. Obwohl ihre Deportation 1944 und 1945 gerade deswegen geschah, weil sie in den Augen der sowjetischen Akteure Deutsche oder Deutschstämmige waren, wurde nach der Heimkehr eine erneute Entscheidung getroffen, wer von ihnen tatsächlich als Deutscher galt und wer nicht. Diesmal war diese eine Entscheidung der ungarischen Behörden, und die Selektion erfolgte nicht auf Basis der Abstammung, sondern war ethnisch-politisch und wirtschaftlich motiviert. Das Kriteriensystem der ungarischen Behörden stützte sich auf die Angaben der letzten Volkszählung über die Nationalität und Muttersprache, auf die eventuelle Mitgliedschaft (der Familienangehörigen) im Volksbund und in der SS.

Die Heimkehrer, die sich als „gute Ungarn" erwiesen, erhielten verschiedene Kriegshilfen, Kredite und nicht selten auch Bodenbesitz. Im Gegensatz zu ihnen wurde der Rest intensiv diskriminiert, sie waren von allen negativen Maßnahmen gegenüber der deutschen Minderheit betroffen. Sie durften keine Hilfen und Fürsorge erhalten, ihre Staatsbürgerschaft und die damit verbundenen Rechte wurden nicht mehr anerkannt, ihr mobiles und immobiles Eigentum enteignet und einen großen Teil zwang der ungarische Staat zur Aussiedlung nach Deutschland. Dadurch verschwand diese Gruppe der Heimkehrer rasch aus den Unterlagen – es gab nämlich keine Maßnahmen, die sich ausschließlich auf sie bezogen. Die Tatsache ihrer Deportation brachten weder Vor- noch Nachteile, sie war einfach nicht relevant, was ihr weiteres Schicksal anbelangte.

Dieser Umstand spielte wahrscheinlich eine wesentliche Rolle, warum die Rückkehrer selten über ihre Deportation redeten. In vielen Zeitzeugenberichten ist erwähnt, dass verschiedene Behörden ihnen die Erzählung über ihre Erfahrungen strikt verboten haben, dass sie bedroht wurden, in die Lager zurückgeschickt zu werden, wenn sie darüber reden sollten – ein einheitliches Verbot ist trotzdem auszuschließen. Die Thematisierung der Deportation wurde vor allem dadurch verhindert, dass sie durch die diskriminierenden Maßnahmen unmittelbar nach ihrer Heimkehr in eine größere „Opfergruppe" integriert wurden, in die Gruppe der Personen, die als Deutsche vom politischen System kollektiv diskriminiert wurden. Da die Vertreibung, die Enteignung des Vermögens und die Entrechtung schwerwiegende und sichtbare Auswirkung auf ihr Leben hatten und diese Erfahrung sie mit vielen Mitgliedern ihrer Gemeinschaft teilten,

10.15772/ANDRASSY.2019.005400

trugen diese Erfahrungen zu ihrer Identitätsstiftung bei. Die Deportation wurde daher selten und nur im engerem Kreis der Betroffenen thematisiert.

In den nächsten Jahrzehnten, bis zu den 1990er Jahren wurde die Deportation tatsächlich verschwiegen, eine öffentliche Diskussion war keinesfalls erwünscht. Dazu trug wahrscheinlich auch bei, dass die Deportation bereits zur Zeit ihrer Durchführung als Strafe interpretiert wurde, sowohl von den Betroffenen als auch von den ungarischen Behörden – und wahrscheinlich auch von dem Teil der Gesellschaft, der davon nicht betroffen war. Eine Aufklärung darüber, dass die Betroffenen ihre Deportation nicht „verdient" hatten, blieb aus. So wurden die Jahre in der Sowjetunion als Zivilgefangene zum Stigma, was die meisten Betroffenen im eigenen Interesse geheim hielten. Diese Tabuisierung war jedoch kontraproduktiv, weil für den nicht betroffenen und unwissenden Teil der ungarischen Gesellschaft dadurch nur bestätigt wurde, dass es sich doch um eine wohlverdiente Bestrafung gehandelt habe.

Die Frage, ob die Tatsache der Deportation während der Jahre des Sozialismus in Ungarn tatsächlich zur Diskriminierung beitrug, kann anhand des heutigen Standes der Forschung nicht gänzlich beantwortet werden. Unter dem Aspekt der Weiterbildung und der Karriere bedeuteten die Krankheiten, Verletzungen und die ausgefallenen Jahre in der Gefangenschaft sicherlich einen Nachteil. Aus den Zeitzeugenberichten sind Fälle bekannt, dass wegen der Deportation Personen später diskriminiert wurden: Sie wurden in die Partei und in Bildungseinrichtungen nicht aufgenommen, oder sie bekamen deswegen keine besseren Arbeitsplätze.[1159] Ob eine generelle Richtlinie oder zentrale Anweisung dahingehend existierte, die Deportierten zu benachteiligen, oder solche Fälle auf andere, persönliche Motivationen zurückzuführen waren, bleibt jedoch ungeklärt. Besonders die Personen, die nach ihrer Heimkehr als Deutsche betrachtet wurden, waren eher deswegen diskriminiert, und nicht weil sie einmal deportiert worden waren.

Für die Deportierten bedeuteten die politischen Veränderungen Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre unter mehreren Aspekten eine Wende. Wie im Kapitel **1.2** bereits erwähnt, geriet das Thema der Deportation zum ersten Mal in die Öffentlichkeit. Damals begannen die ersten, etwas vorsichtigeren Forschungen dazu. Die moralische und finanzielle Entschädigung der noch lebenden Deportierten erfolgte gleichfalls

[1159] Siehe zum Beispiel: KORMOS, A végtelen, 2001, 25.; MÁRKUS, Messze, 2013, 290, 306.

10.15772/ANDRASSY.2019.005401

damals, auch wenn diese auf eine Art und Weise erfolgte, die die meisten Betroffenen nicht zufrieden stellte. Das ungarische Parlament erließ 1990 zwei Beschlüsse, die einen Ausgleich der historischen Benachteiligung der Ungarndeutschen anstrebten.[1160] Ihre Formulierung signaliserte jedoch, dass das neue ungarische Regime die Schuld für die Ereignisse gänzlich der Sowjetunion gab:

> „Das Parlament grenzt sich ab von solchen Methoden des Rechtsbruchs und bittet im Namen der ungarischen Gesellschaft um Verzeihung der Opfer. Es verpflichtet sich, solche Garantien zu schaffen, die verhindern, dass in Zukunft ungarische Staatsbürger von ausländischen Staaten auf diese Weise verurteilt und verschleppt werden können."[1161]

Die finanzielle Entschädigung begann mit dem Gesetz Nr. XXIV vom Jahr 1992 („*Über die Entschädigung für Schäden am Privateigentum aufgrund von Rechtsvorschriften, die in der Zeit vom 01.05.1939 bis zum 08.06.1949 erlassen wurden*").[1162] Dies betraf Personen, die materiellen Schaden in den 1940er Jahren erlitten hatten. Sie erhielten einen monatlichen Bonus in Höhe von 500 Forint zusätzlich zu ihrer Rente.[1163] Die Überlebenden erhielten also einen Rentenzuschlag, obwohl dessen Summe von der Dauer ihrer Gefangenschaft abhing. Ab dem 7. Dezember 1993 wurden die in Gefangenschaft verbrachten Jahren in die Rente miteinbezogen, wobei diese Jahre mit anderthalb Arbeitsjahren bei der Berechnung der Berufstätigkeit gleichgesetzt wurden.

Erst seit den 1990er Jahren entfaltete sich die Deportation betreffend eine Erinnerungskultur, obwohl in einigen Gemeinden bereits früher Denkmäler, Gedenkorte und Gedenkrituale existierten, die die lokale Gemeinschaft als Erinnerung an die Deportation und deren Opfer pflegten. Ab den 1990er Jahren durften die Gedenkveranstaltungen offen und öffentlich gefeiert werden und sprachen auch eine

---

[1160] Verordnung des Parlaments Nr. 35. vom 28. März 1990 über die Abhilfe wegen der kollektiven Diskriminierung der deutschen Minderheit Ungarns, siehe https://mkogy.jogtar.hu/?page=show&docid=990h0035.OGY (Abruf: 25. 9. 2018), ferner Verordnung des Parlaments Nr. 36. vom 28. März 1990 über die Abhilfe für ungarische Staatsbürger, die zur Wiedergutmachungsarbeit in die Sowjetunion verschleppt wurden, bzw. die von sowjetischen Gerichten verurteilt, aber inzwischen mangels von Straftat rehabilitiert wurden, siehe https://mkogy.jogtar.hu/?page=show&docid=990h0036.OGY (Abruf: 25. 9. 2018).

[1161] „Az Országgyűlés elhatárolja magát a jogtiprás ilyen módszereitől, és a magyar társadalom nevében az áldozatokat megköveti. Elkötelezi magát olyan garanciák megteremtésére, amelyek megakadályozzák, hogy a jövőben bármikor magyar állampolgárokat külföldi állam hasonló módon elítélhessen és elhurcolhasson." Ebda.

[1162] https://mkogy.jogtar.hu/jogszabaly?docid=99200024.TV (Abruf: 25. 9. 2018)

[1163] SEEWANN, Geschichte, Band 2., 2012, 353.

10.15772/ANDRASSY.2019.005402

breitere Schicht der Gesellschaft an. Trotz der zahlreichen Denkmalbauten, Publikationen und Veranstaltungen zur Deportation ist jedoch festzustellen, dass das Thema nie in den Fokus des öffentlichen Interesses der gesamten ungarischen Gesellschaft geriet. Die Deportation blieb nur ein Teil des kollektiven Gedächtnisses der betroffenen Gemeinschaft. (Siehe dazu das nächste Unterkapitel)

Im ersten Jahrzehnt nach 2000 wurde die Deportation mit dem langsamen Verschwinden der Erlebnisgeneration immer seltener in der Öffentlichkeit thematisiert. Seit 2010 bemächtigte sich die Fidesz-Regierung der Erinnerung an die Deportation und verkündete 2015 das „*Gedenkjahr der in die Sowjetunion verschleppten Zwangsarbeiter und politischen Gefangenen*". Die seitdem errichteten Denkmäler, organisierten Veranstaltungen und sonstige Maßnahmen beschränkten sich nicht mehr auf die Gruppe der Personen, die wegen ihrer deutschen Abstammung deportiert worden waren. Stattdessen wurden in das Phänomen der „Malenkij Robot" alle Fälle der Verschleppungen, Deportationen und politische Prozesse integriert und auf die Ebene einer nationalen Tragödie gehoben. Die deutsche Abstammung einer kleinen Gruppe der Opfer war kein passendes Element in dieser Darstellung mehr, deshalb wurde immer weniger darüber gesprochen.

Im Rahmen des Gedenkjahres erhielten die noch lebenden Betroffenen eine weitere finanzielle Unterstützung, obwohl zu dieser Zeit wahrscheinlich nur noch einige Hunderte von ihnen lebten. Das Gedenkjahr war vor allem eine Geste, ein Manifest der staatlichen Erinnerungspolitik, und nicht eine Maßnahme, die das Schicksal der Opfer noch hätte beinflussen können.

In den letzten Jahren tauchte häufig die Feststellung auf, dass die Regierung, die Forschung und die Gesellschaft das Thema im vorletzten Augenblick ergriffen habe. In der Tat war zur Zeit der Verkündung des Gedenkjahres dieses Moment nicht mehr gegeben, denn auch die Nachgeschichte der Deportierten war bereits abgeschlossen, ihr Leben konnte nicht mehr durch staatliche Maßnahmen verbessert werden. Umgestaltet werden konnte nur noch die Erinnerung an die Deportation. Im Rahmen des Gedenkjahres geschah das im Fall der Personen, die wegen ihrer deutschen Abstammung deportiert worden waren, indem sie zu den Opfern des Kommunismus hinzugezählt und dadurch politisch instrumentalisiert wurden. Dabei verschwanden allmählich die unterschiedlichen Merkmale der Deportation, die daran hätten erinnern

10.15772/ANDRASSY.2019.005403

können, dass viele Opfer dieser „ungarischen Tragödie" die Schicksalsschläge gerade deswegen erleiden mussten, weil sie vor mehr als 70 Jahren nicht als Ungarn betrachtet wurden.

9.3 Erinnerungskultur

In meiner Arbeit wies ich öfters auf die Erinnerungskultur bezüglich der Deportation hin und auf deren Veränderungen in den letzten Jahren. Diese Erinnerungskultur blieb jahrzehntelang marginalisiert und nur in einer engen Gemeinschaft praktiziert, weil der Deportationsvorgang nur einen kleineren Kreis der Gesellschaft betraf. Wegen der langjährigen Tabuisierung der Tatsache der Deportation blieben diese Erinnerungsakte versteckt, was die nachträgliche Erforschung erschwert. Unter dem Schlagwort Erinnerungskultur werde ich nur die Veranstaltungen und Riten mit dem Ziel gemeinsamer Erinnerung und deren Denkmäler thematisieren.[1164]

Die ersten, frühen Denkmäler der Deportation mussten vor der politischer Macht verborgen und versteckt bleiben. Die erste bekannte Gedenktafel wurde in der Joseph-Kirche in Gyula 1952 errichtet, mit der die Gyulaer die Erinnerung an ihre Todesopfer bewahren wollten. Bei den weiteren, frühen Gedenkobjekten sind mehrere ähnliche Merkmale zu beobachten. Sie wurden im sakralen Raum errichtet (Kirchen, Friedhöfe) und ihr Ziel war die Erinnerung an den Opfern, die symbolische Beerdigung der in der Ferne verstorbenen Mitglieder der Gemeinschaft. Typisch war ferner, dass sie nur von der engen Gemeinschaft als Denkmäler dekodiert werden konnten: Entweder gab es gar keine Inschriften (wie beim 1965 errichteten Kreuz im Friedhof von Taksony, das erst 1989 beschriftet wurde), oder die Inschriften wiesen nicht eindeutig auf die Deportation hin (wie bei dem 1957 als Denkmal restauriertem Kreuz im Friedhof von Óbánya[1165]).

Die frühe Erinnerungskultur der Deportation war also versteckt und isoliert, die ersten bekannten Denkmäler befanden sich geographisch voneinander weit entfernt und sie

[1164] Über die Erinnerungskultur zur Deportation arbeite ich in einem gemeinsamen Projekt mit Ágnes Tóth zusammen. Die erste Publikation, die als Thema die Denkmäler von 1945 bis zum 2015 hat, wird voraussichtlich Anfang 2019 erscheinen.

[1165] Die Inschrift auf dem Kreuz im Friedhof lautet: „RENOWIERT ZUR ERINNERUNK VON HEIMKEHR AUS RUSZLAND".

10.15772/ANDRASSY.2019.005404

entstanden unabhängig voneinander, auf Wunsch und Bedürfnis der betroffenen Gemeinschaft. Ähnlich wie die Denkmäler waren die Riten zur Erinnerung ebenso geschlossen und religiös, zumeist Heilige Messen in der (römisch-katholischen) Kirche an einem Tag, der mit der örtlichen Deportation zusammenhing (Tag des Beginns der Deportation, oder der Tag, als die erste/letzte Gruppe der Deportierten heimkehrte). Solche Akte stärkten die Erinnerung der Geschehnisse und die Kohäsion innerhalb der Gemeinschaft.

Die politische Wende Anfang der 1990er Jahre ermöglichte nunmehr eine öffentliche Erinnerungskultur. Diese Entwicklung wurde durch politische und gesellschaftliche Gesten und Maßnahmen unterstützt, sowohl landesweit (z. B. durch finanzielle Entschädigung, Beschlüsse des Parlaments 1990) als auch regional, vor allem durch die Gründung der deutschen Minderheitenselbstverwaltungen, die Initiatoren und Organisatoren der lokalen Gedenkveranstaltungen wurden. Anfang der 1990er Jahre wurden zahlreiche neue Denkmäler gebaut und eingeweiht. Eine typische Form dabei war die Ergänzung der Heldendenkmäler des Ersten Weltkrieges[1166] mit Gedenktafeln, auf denen die Namen der Todesopfer des Zweiten Weltkrieges standen, unter ihnen auch die Namen der Deportierten, die während des Transports oder in den Lagern ums Leben kamen. Ebenso zu dieser Zeit entstanden die ersten Denkmäler der verschleppten männlichen Bevölkerung (Csaroda 1992; Tárnok 1993; Nyíregyháza 1994 und 1995; Érd 1998).

Diese Entwicklung war nur teilweise mit der Deportation verbunden. Vielmehr nutzten die Erinnerungsgemeinschaften die erste Möglichkeit, nach Jahrzehnten endlich öffentlich an ihre Toten erinnern zu dürfen, die das vorhergehende politische System nicht als Opfer betrachtet hatte und von der politischen Elite nicht einer Erinnerung für würdig gehalten wurde. Das zeigen viele Denkmäler der 1990er und 2000er Jahre, die zwei oder mehreren Opfergruppen gewidmet sind. Außer zu den Gefallenen des Zweiten Weltkriegs gibt es gemeinsame Denkmäler der Deportierten und der Opfer der Revolution 1956 (Nagymaros 1994), Denkmäler der „Verschleppung und Vertreibung" (Ecseny 2007; Magyarhertelend 2008; Kiskassa 2009) und sogar eine Statue, die die

[1166] Die Errichtung von Denkmälern des Ersten Weltkriegs wurde in Ungarn zentral verordnet, siehe: Verordnung Nr. 14.730. des ungarischen Innenministers an die Leiter aller Munizipien über die Verewigung der Erinnerung der Helden. In: Magyar Királyi Belügyminisztérium: *Magyarországi Rendeletek Tára*. Budapest: Tisza Testvérek Könyvkereskedőcég, 1917. 51. évf. 1913–1916.

10.15772/ANDRASSY.2019.005405

Erinnerung der verschleppten und vertriebenen Deutschen, bzw. der nach Hortobágy ausgesiedelten Kulaken gleichfalls bewahrt (Villány 2012). Die Denkmäler waren meistens mit Erinnerungsriten verbunden. An einem für die Gemeinschaft wichtigen Tag oder an einem religiösen Feiertag (Allerheiligen) wurde mit Kranzniederlegungen, Heiligen Messen und Kerzen an die Opfer erinnert.

Obwohl in den 2000er Jahren zahlreiche Denkmäler bereits existierten und viele Erinnerungsriten praktiziert wurden, blieb die Erinnerungskultur der Deportation noch immer exklusiv. Die Teilnehmer an den verschiedenen Gedenkveranstaltungen waren größtenteils Überlebende und ihre Nachfahren, auf Landesebene gab es jedoch keinen zentralen Gedenkort oder Gedenktag. Es kann für die damalige Zeit festgestellt werden, dass die Mehrheitsgesellschaft, die nicht von der Deportation betroffen war, mit dieser Erinnerungskultur nicht erreicht werden konnte.

Ende der 2000er Jahren schlossen sich immer mehrere Wissenschaftler, Zivilorganisationen und andere Persönlichkeiten zu der Initiative zusammen, die sich das Ziel setzte, einen Parlamentsbeschluß zu einem landesweiten „Malenkij Robot" Gedenktag herbeizuführen und die Jahre 2014 und 2015 als Gedenkjahr zu erklären. Damals war der „Malenkij Robot" bereits ein Sammelbegriff, in dem die Deportation der deutschstämmigen Zivilisten, die Verschleppung der männlichen Bevölkerung und der politischen Gegner, und manchmal sogar der Kriegsgefangenen vermischt wurden. Dadurch wurde die Zahl der Betroffenen einer solchen „Malenkij Robot" auf das Mehrfache erhöht, womit der Anspruch eines landesweiten Gedenkprojektes auch besser legitimiert werden konnte. Diese terminologischen Verwechslungen waren andererseits damals bereits sehr typisch für die Forschung.

Die Initiative griff letztendlich die dritte Fidesz-Regierung auf. Am 20. Januar 2015 wurde das Gedenkjahr der in die Sowjetunion verschleppten politischen Gefangenen und Zwangsarbeiter verkündet, das sie später bis zum 25. Februar 2017 verlängerte. Wie der Titel des Gedenkjahres zeigt, übernahm die Regierung gänzlich die Argumentation, dass im Rahmen des Projekts an einen so breit wie möglichen Kreis der Opfer erinnert werden sollte, unabhängig davon, ob diese wegen ethnischer, militärischer oder politischer Gründe in die Sowjetunion verschleppt worden waren. Die politische Motivation im Hintergrund lief darauf hinaus, dass sich im Rahmen des Gedenkjahres die verschiedenen Verschleppungen in die „Verbrechen des

10.15772/ANDRASSY.2019.005406

Kommunismus" integrieren ließen. Der Kommunismus wurde mit der politischen Linken identifiziert, und mit der Aufklärung solcher Verbrechen konnte dieses Thema gegen die politischen Kontrahenten, vor allem gegen die Sozialistische Partei Ungarns und deren Nachfolgeparteien instrumentalisiert werden.

Im Rahmen des Gedenkjahrs wurden staatliche Fördermittel für Projekte ausgeschrieben, in deren Rahmen Veranstaltungen (Ausstellungen, Tagungen, Gedenkfeiern, Vorträge, etc.), Publikationen, Forschungen und Denkmäler unterstützt wurden. Die Bewerbungen wurden von einem Fachausschuss beurteilt, in dem die deutsche Minderheit Ungarns nicht von ihren gewählten Selbstverwaltungen oder sonstigen landesweiten Organisationen vertreten war, sondern von einer Zivilorganisation aus Pécs, vom Nationalitätenkreis der Ungarndeutschen von Pécs-Baranya. Die Organisation erforscht seit mehreren Jahren die Geschichte der Deportation und veröffentlichte mehrere Bände dazu, konzentriert sich jedoch dabei nicht ausschließlich auf die deutschstämmigen Deportierten, sondern auf alle verschleppten „Deutschen und Ungarn" im Karpatenbecken.

Da mehrere Projekte des Gedenkjahres bis heute nicht abgeschlossen wurden, bzw. nur ein Teil der Projektdokumentationen eingesehen werden konnte, kann ich keine Bilanz ziehen, sondern konzentriere ich mich nur auf einige wesentliche Züge des Gedenkjahres.

Letztendlich konnte kein geeigneter Tag als zentraler Gedenktag gefunden werden, wozu wahrscheinlich auch die Vielfalt der Ereignisse betrug, die in das Gedenkjahr miteinbezogen wurden. So fanden die größeren Gedenkfeier und Veranstaltungen immer am 25. Februar[1167] und am 25. November[1168] statt – an zwei Tagen, die nichts mit der Deportation der deutschstämmigen Zivilisten zu tun haben. Im Gegensatz dazu wurden einige lokale Feiertage und Gedenkfeier nicht mehr abgehalten. Die von oben veranlassten Gedenkfeiern wirkten sich uniformierend aus, denn erinnert wird nicht

[1167] Tag der Opfer der kommunistischen Diktaturen in Ungarn. Der 25. Februar wurde von der ersten Fidesz Regierung in der Parlamentsverordnung Nr. 58/2000. vom 16. Juni 2000 zum Gedenktag ernannt. An diesem Tag 1947 wurde Béla Kovács, Abgeordneter der Partei der Kleinlandwirte wegen seines Widerstandes den Kommunisten gegenüber in die Sowjetunion verschleppt, wo er acht Jahre im Gulag verbrachte.

[1168] Gedenktag der in die Sowjetunion verschleppten politischen Gefangenen und Zwangsarbeiter. Der 25. November wurde von der zweiten Fidesz-Regierung im Parlamentsbeschluss Nr. 41/2012. vom 25. Mai 2012 zum Gedenktag ernannt. An diesem Tag kehrte 1953 die erste Gruppe der ungarischen GULAG-Gefangenen in das Land zurück.

10.15772/ANDRASSY.2019.005407

mehr an Tagen, die eine Bedeutung für lokale Gemeinschaften in sich tragen. Diese Tendenz wird sich wahrscheinlich mit dem Verschwinden der Erlebnisgeneration noch verstärken.

Die Publikationen, die im Rahmen des Gedenkjahres erschienen, sind sehr vielfältig. Anscheinend bestand nicht die Absicht, diese systematisch zu koordinieren, bzw. solche Forschungen zu fördern, die eine landesweite Rekonstruktion der Ereignisse anstrebten. Einige Regionen sind über-, andere stark unterrepräsentiert. Viele Veröffentlichungen enthalten keine neuen Ergebnisse, sondern sind Neuauflagen bereits publizierter Werke, Übersetzungen, bzw. Ortsmonografien, Dokumentarbände oder Memoiren, die kaum mit dem Generalthema zusammenhängen. Die Integrierung dieser Neuerscheinungen in die Forschung ist umso schwieriger, weil viele von ihnen in keinen ungarischen Bibliotheken zu finden sind. Viele Werke erschienen in kleinen Druckereien oder im Selbstverlag und die Autoren sandten nicht einmal ihre Pflichtexemplare an die Széchényi Nationalbibliothek zu, und sie beantragten auch keine ISBN-Nummer.

Am schwierigsten zu beurteilen sind die Forschungen, die während des Gedenkjahres gefördert wurden. Die Publikation ihrer Ergebnisse war nämlich keine verpflichtende Bedingung, bzw. die Antragsteller sollten dafür eine extra Bewerbung einreichen. So wurden die Ergebnisse vieler staatlich geförderter Projekte weder in die Forschung noch in die Erinnerungskultur aufgenommen, und es ist anzunehmen, dass das in vielen Fällen künftig auch so bleibt.

Das Verhältnis der Denkmäler, die im Gedenkjahr errichtet wurden, zu den früheren Objekten ist ebenso eigenartig. Obwohl die Ausschreibung es ermöglichte, bereits existierende Denkmäler zu restaurieren oder zu erweitern, wurden vielfach neue Statuen, Gedenktafeln etc. errichtet. Das war in vielen Ortschaften so, in denen es bereits ein Denkmal der Deportation gab (z. B. Mecseknádasd, Vecsés, Pécs). Es ist auch auffällig, dass der Anteil der Denkmäler jenseits der ungarischen Grenzen, in erster Linie in Siebenbürgen und in der Karpatho-Ukraine hoch ist.[1169] Diese betreffen die Erinnerung an die Verschleppung von Angehörigen der dort lebenden ungarischen Minderheiten.

[1169] Über quantitative Angaben verfüge ich diesbezüglich noch nicht. Ich hatte zuletzt Anfang 2018 die Möglichkeit zum Einblick in die Dokumentation der Denkmäler. Damals gab es noch immer nicht abgeschlossene Projekte, so war die Dokumentation noch nicht systematisiert und ohne Angaben dazu, wie viele Denkmalprojekte eine Förderung erhielten, bzw. wie viele tatsächlich errichtet wurden.

10.15772/ANDRASSY.2019.005408

In vielen Ortschaften, besonders im westlichen Landesteil wurden Denkmäler errichtet, wo sehr fraglich ist, ob es irgendeine Deportation oder Verschleppung in die Sowjetunion tatsächlich gegeben hat, denn solche sind nicht aufgrund von Quellen nachzuweisen. So steht auf den Gedenktafeln allgemein, ohne Hinweise auf lokale Ereignissen nur so viel, dass sie zur Erinnerung der „*in die Sowjetunion verschleppten politischen Gefangenen und Zwangsarbeiter*" errichtet wurden. Solche Denkmäler wurden dadurch ermöglicht, dass die Ausschreibung zwei Formen für Gedenktafeln vorsah. Auf einer Version sollten die Namen aller Betroffenen aufgelistet werden, auf der anderen nur die Tatsache der Deportation. Diese zweite Variante sollte wahrscheinlich das Problem überbrücken, dass in vielen Gemeinden die Namen der Opfer nicht bekannt waren – was ohne Erforschung der Lokalebene und ohne genaue Definition, was alles als „Malenkij Robot" anzusehen ist, nicht überraschend ist. Die uniformierten Denkmäler, mit denen die lokale Gemeinschaft keine eigene Erinnerung verbinden kann, sind Manifeste der von oben geleiteten erinnerungspolitischen Bemühungen, die versuchten, aus einem Ereignis eine „nationale Tragödie" zu kreieren, die in der Tat nicht die ganze Nation betraf.

Die Marginalisierung der wegen ihrer deutschen Abstammung deportierten Gruppe im Gedenkjahr zeigt am deutlichsten die Errichtung des zentralen Denkmals 2017. Das Monument befindet sich am Bahnhof von Ferencváros in Budapest, der jedoch nur für einen Teil der verschleppten männlichen Bevölkerung ein wichtiger Schauplatz war – trotzdem wurden auch Frauenfiguren auf dem Denkmal abgebildet.[1170] Von der Gruppe der deportierten deutschstämmigen Zivilisten war wahrscheinlich niemand in Ferencváros, weil selbst die aus dieser Region Deportierten von der Gemeinde Kál-Kápolna aus in die Sowjetunion abtransportiert wurden. Obwohl die Hauptstadt für ein zentrales Denkmal eine logische Wahl ist, bleibt jedoch fraglich, ob das eine solche

[1170] Das Gebäude diente ehems als Atombunker für die MÁV. Der Bunker wurde für das jetztige Denkmal umgebaut, zwei Viehwaggons mit darauf abgegebildeten Menschenfiguren wurden hinzugefügt. Außer den Menschen wurden Bronzetäfelchen mit positiv konnotierten Worten abgebildet, wie „Haza" (Heimat), „Szeretet" (Liebe), „Ölelés" (Umarmung), „Remény" (Hoffnung). Diese stehen für die Zetteln, die von den Verschleppten aus den Waggons mit Botschaften für die Familien hinausgeworfen wurden – obwohl das Narrativ berichtet, diese Menschen nichtsahnend und ohne Kenntnis ihres Zielortes verschleppt wurden. Solche Nachrichten werden öfters als „Kőposta" (Steinpost) oder „Szélposta" (Windpost) bezeichnet. Die Wahl des Bahnhofes von Ferencváros wurde auch damit begründet, dass gerade dort die meisten solcher Zettel gefunden wurden.

10.15772/ANDRASSY.2019.005409

Uniformierung und Zentralisierung rechtfertigt, wodurch die Möglichkeit einer Identifizierung mit einem zentralen Gedenkort aufgegeben wurde.



Denkmal beim Bahnhof Ferencváros: Waggon mit Verschleppten, im Hintergrund steht der Bunker (Foto: Beáta Márkus)



Denkmal beim Bahnhof Ferencváros: „Zettel" (Foto: Beáta Márkus)

Da zur Zeit der Abgabe dieser Arbeit die langfristigen Auswirkungen des Gedenkjahres noch nicht untersucht werden können, kann hier nur eine Hypothese aufgestellt werden.

10.15772/ANDRASSY.2019.005410

Die Erinnerungskultur der Deportation deutschstämmiger Zivilisten in die Sowjetunion wird wahrscheinlich durch das Gedenkjahr nicht vorangetrieben, sondern eher behindert. Die bis dahin isolierten, oft versteckten Denkmäler und Erinnerungsriten wurden zwangsweise in eine dominante, nunmehr „nationale Tragödie" integriert.

Währenddessen verschwindet langsam die Erlebnisgeneration, so decken sich ungefähr das Gedenkjahr und der Übergang vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis.[1171] Für die Generation der Nachfahren ist es sicherlich einfacher, das Narrativ der nationalen Tragödie anzunehmen, die in den letzten Jahren die Deutungshoheit erlangte, als eine schmerzvolle Konfrontation damit, dass diese Tragödie vielmehr die Vorfahren betraf, die nicht zur Mehrheitsnation, sondern zu einer ethnischen Minderheit gehörten. So wird jedoch die lokale Erinnerungskultur aufgelöst oder nicht weiter praktiziert. Es ist fraglich, wie viele Gemeinden und Erinnerungsgemeinschaften bleiben, in denen die eigene Version über die Vergangenheit dem nationalen Erinnerungsangebot gegenüber weitertradiert werden kann, besonders dann, wenn der öffentliche Raum von der politischen Elite für die eigene, spezifische Interpretation der Vergangenheit beherrscht wird.[1172]

10. Fazit

Die vorhergehenden neun Kapitel stellten die Ergebnisse einer langjährigen Forschung vor, in deren Rahmen ich die Deportation der deutschstämmigen Zivilisten aus Ungarn in die Sowjetunion 1944/1945 aufarbeitete. Diese Arbeit betrifft drei wesentliche neue Aspekte.

Einer war die breite Quellenbasis, mit der den bisher unerschlossenen, unerforschten und noch nicht aufgearbeiteten lokalen Archivquellen eine große Rolle beigemessen wird. Die Heranziehung neuer Quellen macht meine Dissertation zu einer

[1171] ASSMANN, Jan: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in früheren Hochkulturen. 2. Aufl. Beck, München, 1997, 51.

[1172] Zum Thema Konflikt zwischen Erinnerungskultur der Mehrheit und Minderheit siehe: PALLAVER, Günther: Erinnerung, Konflikt, Vertrauen. Von der dissoziativen zur assoziativen Erinnerungskultur. In: PALLAVER, Günther (Hg.): Umstrittene Denkmäler. Der Umgang mit der Vergangenheit. Raetia, Bozen, 2013. 13–42, hier 30–32.

10.15772/ANDRASSY.2019.005411

Grundlagenforschung über das Thema, die die bisherigen Forschungsergebnisse nicht nur ergänzt, relativiert und zum Teil in Frage stellt, sondern auch neue Regionen, Vorgänge, Zusammenhänge und Aspekte mit einbezieht und darstellt. Sie kann daher als erste detaillierte Aufarbeitung des Themas betrachtet werden. Ein weiteres Novum ist, dass ich mich in dieser Arbeit ausschließlich auf die Gruppe der Personen konzentrierte, die als „deutschstämmige Zivilisten" deportiert wurden. Diese Zielsetzung war in der ungarischen Geschichtsschreibung[1173] nicht gänzlich neu, meine Dissertation ist jedoch die erste Forschungsarbeit, in der ein einheitliches Kriteriensystem zur Identifizierung dieser Gruppe der Deportierten herausgearbeitet und angewendet wird. Der dritte neue Aspekt ist die regionale und komparative Untersuchung, die bereits in den 1990er Jahren erstmals versucht wurde,[1174] seit damals ist diese Annäherungsweise für die Forschung jedoch eher atypisch.

Diese drei neuen Aspekte führen zu zahlreichen neuen Erkenntnissen, zur Entdeckung neuer Fälle und Perspektiven, die die Deportation in einem neuen Licht darstellen. Ich versuche regionale und überregionale Zusammenhänge zu aufzuzeigen und eine Struktur in dem bisher immer als chaotisch dargestellten Vorgang der Deportation zu erschließen. Ich gehe davon aus, dass es bei der Ende 1944, Anfang 1945 rasch und abrupt durchgeführten Aktion doch ein Organisationsprinzip gab, anhand dessen der Deportationsbefehl vollstreckt wurde. Willküraktionen und Missbrauch der Macht kamen oft vor, solche Geschehnisse müssen jedoch in der Forschung als Einzelfälle betrachtet werden, damit die sowjetischen Motivationen und Maßnahmen systematisch aufgeklärt werden können. In der ungarischen Forschung fehlt bisher gänzlich die Untersuchung der sowjetischen Motivationen und der Perspektive der sowjetischen Befehlshaber, weil diese aus emotionalen und moralischen Gründen einseitig als „Täter" dargestellt werden. Ohne Verständnis für ihre Perspektive kann jedoch nicht geklärt werden, was und warum während der anderthalb Monate der Deportation geschah. Wir verfügen bis heute über wenige sowjetische Quellen, die Motivationen und Richtlinien der sowjetischen Akteure können jedoch oft anhand der hier geschilderten Vorfälle rekonstruiert werden.

[1173] Siehe BOGNÁR – MÜLLER, A 0060-as parancs, 2017.
[1174] Siehe die Werke von György Zielbauer, der ebenso eine Erforschung der Deportation je nach Regionen versuchte.

10.15772/ANDRASSY.2019.005412

Der Befehl Nr. 7161., mit dem die Deportation verordnet wurde, und einige weitere diesbezügliche Dokumente sind seit etwa 20 Jahren bekannt, sie lösten jedoch fast nur Kontroversen unter den ungarischen Historikern aus. Viele Forscher lehnen die Angaben der Sowjets – z. B. zur Anzahl der Deportierten – aus moralisierenden Gründen ab, weil sie davon ausgehen, dass die sowjetischen Quellen verfälscht sind.[1175] Diese Einstellung finde ich als Wissenschaftlerin durchaus problematisch, solange es keine Beweise dafür gibt, dass die Quellen aus russischen Archiven ungenaue oder sogar verfälschte Angaben enthalten. Anhand der Ergebnisse meiner Forschung auf der Lokalebene sehe ich es als erwiesen an, dass viele Angaben aus den sowjetischen Quellen doch plausibel und nachvollziehbar sind.

Im Folgenden stelle ich die wichtigeren Ergebnisse meiner Arbeit punktweise in Form einer Aufzählung vor.

1) Die geographische Lage der Regionen und einzelnen Gemeinden spielte bei der Deportation eine wichtige Rolle. Anhand der Quellen ist nachzuweisen, dass die sowjetischen Kommandanten zwar mit unterschiedlichen Methoden, jedoch in allen eroberten Gebieten nach der Bevölkerung deutscher Abstammung suchten. Konnten sie keine solche ausfindig machen, dann erweiterten sie die Deportation nicht auf andere ethnische Gruppen. Die Karte der Deportationsregionen (siehe Anhang) zeigt deutlich, dass der Deportationsvorgang in vielen Landesteilen ausblieb. Die Behauptung also, dass den sowjetischen Soldaten grundsätzlich egal war, ob sie Deutsche oder Ungarn abtransportierten, trifft nicht zu. Wenn ein Teil der einheimischen Bevölkerung einer Gemeinde sich als deutschstämmig erwies, widmeten die sowjetischen Akteure eine größere Aufmerksamkeit den anderen Ortschaften in der Umgebung. Das zeigt, dass die sowjetischen Befehlshaber in regionalen Rahmen planten.

2) Die Intensität der Kampfhandlungen und Kriegsoperationen beeinflusste den Deportationsvorgang nicht wesentlich. Im Gegenteil zur Verschleppung der männlichen Bevölkerung war der Hintergrund der Deportation deutschstämmiger Zivilisten nicht die strategische Sicherung eines Gebiets und keineswegs eine lokale Racheaktion. Die Deportation wurde erst nach Abschluss der Kämpfe durchgeführt. Die einzige Ausnahme war die Region um Budapest, in der die Deportation zeitlich parallel zu der Belagerung der Stadt erfolgte. Dort wirkten sich deswegen die Militäroperationen auf

[1175] BOGNÁR, Malenkij, 2011, 66.

10.15772/ANDRASSY.2019.005413

die Aushebung der Zivilisten aus: Die deutsche Bevölkerung am rechten Donauufer blieb deswegen verschont, während die Deportationen am linken Ufer abrupt und behelfsmäßig durchgeführt wurden. Dieser Fall zeigt ferner, dass bei dem Deportationsvorgang die sowjetischen Truppen regionsübergreifend zusammenarbeiteten: Die Anzahl, die in der Region um Budapest unerreicht blieb, wurde in anderen Regionen ergänzt.

Von Bedeutung war noch für die Deportation, welche sowjetischen Truppen und Einheiten in den jeweiligen Regionen stationiert waren. Die Quellen lassen darauf schließen, dass die 3. Ukrainische Front den ungarischen Behörden eine wichtigere Rolle beimaß, als die 2. Ukrainische Front von Marschall Malinowskij. Die Befehlshaber der Dritten beauftragten das ungarische Verwaltungspersonal mit der Feststellung der deutschen Abstammung der Bevölkerung, und sie übernahmen nur die Konzentration und den Abtransport der Menschen, die ihnen von den ungarischen Behörden übergeben wurden. Im Gegensatz dazu waren die Akteure der 2. Ukrainischen Front aktiver und waren persönlich an der Auswahl der deutschstämmigen Personen in den Gemeinden beteiligt.

3) Die relevanteste Frage unter dem Aspekt der Deportation war die ethnische Struktur der Regionen, bzw. die ethnisch – politische Mobilisierung und die damit zusammenhängenden Konflikte der vorhergehenden Jahre und Jahrzehnte. Während bei der ethnischen Zusammensetzung für die sowjetischen Kommandanten besonders die Abstammung der Bevölkerung relevant waren, setzten die ungarischen Behörden den Akzent auf die Maßnahmen und Aktionen für die Bewahrung der ungarischen Bevölkerung, so dass sie die Einheimischen als „Deutsche" und „Ungarn" unterteilten. Diese Dichotomie spielte während und nach der Deportation eine Schlüsselrolle.

Die Untersuchung dieses Aspektes wurde dadurch erschwert, dass die Deportationsregionen in dieser Hinsicht sehr unterschiedlich waren. Während in Nordostungarn es keine einzelne Gemeinde gab, in der der Anteil der Bevölkerung, die sich jemals zur deutschen Muttersprache bekannten, 5% überschritt, existierten in Südtransdanubien ganze Bezirke, in denen die deutsche Minderheit eine absolute Mehrheit bildete und während der 1930er, 1940er Jahren als Nationalität politisch sehr aktiv war. Während die deutsche Minderheit in den Komitaten Baranya und Tolna

10.15772/ANDRASSY.2019.005414

erbitterte Konflikte mit den dortigen ungarischen Behörden austrug, war eine politische Mobilisierung in anderen Landesteilen gar nicht gegeben.

Interessanterweise war die Dämonisierung der deutschen Minderheit und des Volksbunds landesweit verbreitet. Eine kollektive Verurteilung der Volksbund-Mitglieder als unerwünscht ist auch in Ortschaften dokumentiert, in denen diese Organisation niemals gegründet wurde. Der neue, kommunistische Obergespan vom Komitat Borsod ging 1945 noch weiter und behauptete, dass Personen deutscher Abstammung nicht für eine Integration in das neue, demokratische Ungarn geeignet wären, obwohl er die Probleme höchstens aus den Nachrichten kannte, die den Arbeitsalltag des ungarischen Verwaltungspersonals in der Schwäbischen Türkei oder um Budapest der letzten Jahren widerspiegelten. Wahrscheinlich war der Obergespan von Borsod gerade wegen seiner fehlenden diesbezüglichen Erfahrungen so radikal der „deutschen Frage" gegenüber eingestellt. Er verurteilte die Deutschen aufgrund ihrer Abstammung, während die deutsche Minderheit in Transdanubien eher nach ihrer „Loyalität zum Staat und zur Nation" bewertet wurde, dort existierten also „gute und schlechte" Deutsche. Die ungarischen Behörden also, die Erfahrungen aus erster Hand mit der deutschen Minderheit hatten, traten ihnen gegenüber differenzierter auf als ihre Kollegen in den Landesteilen, die solche Probleme nur aus Berichten und Zeitungsartikeln kannten.

Die Analyse der Regionen zeigt, dass im Gebiet, in dem die 2. Ukrainische Front stationiert war, die sowjetischen Akteure während der Deportation intensiv nach Personen deutscher Abstammung suchten. Die ungarischen Behörden versuchten jedoch, die sowjetischen Befehlshaber davon zu überzeugen, statt der Abstammung ethnisch-politische Aspekte – Angaben der Volkszählungen und Mitgliedschaft im Volksbund – zu berücksichtigen, was jedoch missglückte. Die früheren ethnischen Konflikte spielten bei der Deportation in diesen Regionen deswegen eine untergeordnete Rolle. Nach Abschluss der Abtransporte wurden die ungarischen Behörden zu Initiatoren aller weiteren Maßnahmen, so konnten sie erst ab diesem Zeitpunkt ihren eigenen Standpunkt zur Geltung bringen. Daher hing es seit Frühling 1945 von den Volkszählungsangaben der Deportierten und ihrer Angehörigen, bzw. von ihrem früheren politischen Verhalten ab, ob sie in der Folgezeit sozial und finanziell unterstützt, bzw. als „Deutsche" weiter diskriminiert wurden.

10.15772/ANDRASSY.2019.005415

In dem von der 3. Ukrainischen Front besetzten Transdanubien war die Lage eine andere, weil das Prinzip der Auswahl aufgrund der Abstammung bereits während der Durchführung des Deportationsbefehls nicht immer berücksichtigt wurde. Stattdessen durften die ungarischen Behörden ihren Standpunkt in die Entscheidung einbringen, wer als deutschstämmig eingestuft werden sollte. In dieser Region waren bereits zu dieser Zeit die frühere Selbstdefinition und die Zuschreibung durch die ungarischen Behörden aufgrund der Mitgliedschaft im Volksbund oder in der SS maßgeblich. Es ist jedoch zu beobachten, dass die diesbezügliche Entscheidung der ungarischen Behörden nicht das Ergebnis einer individuellen Beurteilung war, sondern sie erklärten die deutschen Einwohner der Gemeinden kollektiv zu „illoyalen" und „deutschen" Personen, deren politische Mobilisierung sehr ausgeprägt war. Besonders in der Schwäbischen Türkei konnten die Gemeindeleiter ihren eigenen Standpunkt bei der Auswahl der zu Deportierenden zur Geltung bringen, so bedeutete der Abschluss der Deportation und damit die Übernahme aller diesbezüglichen Angelegenheiten durch die ungarischen Behörden keine so scharfe Wende wie in anderen Regionen. Ein Beispiel dafür sind die Such- und Rettungsaktionen im Frühling 1945. Während in anderen betroffenen Landesteilen der Großteil der Deportierten in entsprechende Listen aufgenommen wurde, damit sie zurückgeführt werden konnten, schlossen die Behörden in Südtransdanubien Tausende Menschen aus dieser Aktion aus, weil für sie die Deportierten Personen waren, die sie für unerwünscht hielten und Ende 1944 gerade deswegen den Sowjets ausgeliefert hatten. Im Gegensatz zu anderen Regionen sind dort nicht so viele Beschwerden und Proteste bekannt, in denen die hiesigen ungarischen Behörden um eine Korrektur oder sogar um einen Austausch baten. Das war in mehreren Ortschaften um Budapest und in Bács-Kiskun der Fall, wo die daheimgebliebenen Volksbund-Mitglieder im Austausch für die „politisch zuverlässigen" Deportierten angeboten wurden.

Die Idee eines solchen Austausches beweist, dass die ungarischen Behörden eine Bestrafung des Teiles der Bevölkerung durch die Deportation beabsichtigten, die sie als Deutsche einstuften. Die sowjetischen Kommandanten waren für solche Angebote nicht empfänglich, solche Anforderungen von ungarischer Seite waren jedoch ein Vorzeichen der weiteren Entrechtung und Diskriminierung ab Frühling 1945. Die Deportierten und ihre Angehörigen wurden wegen ihres früheren Selbstbekenntnisses bei der

10.15772/ANDRASSY.2019.005416

Volkszählung 1941 bzw. wegen ihres politischen Verhaltens zu Sündenböcken erklärt,[1176] und von ihrer Auslieferung erhofften die ungarischen Behörden, dadurch den Teil der „unschuldigen" Bevölkerung durch deren Rückführung zu „erlösen". Diese Strategie kann auch als ein verzweifelter Versuch zur Befreiung wenigstens eines Teils der Deportierten bewertet werden. Moralisch ist jedoch problematisch, dass die ungarischen Behörden mit diesem beabsichtigten Austausch andere Menschen in die sowjetischen Lager schicken wollten, die kein Verbrechen oder eine Straftat begangen hatten. Sie waren bloß Mitglieder einer legalen Organisation und beantworteten ehrlich die Fragen der letzten Volkszählung 1941 – beide Faktoren wurden jedoch nachträglich als Straftaten eingestuft.

4) Im Spiegel der Quellen sind regional wesentliche Unterschiede bei der Interpretation der „deutschen Abstammung" festzustellen. 1944/1945 war die deutsche Abstammung eine situative und dynamisch sich verändernde Kategorie, bei deren Interpretation die sowjetischen Kommandanten, die ungarischen Behörden und die lokale Bevölkerung ihren eigenen, aktuellen Interessen folgten.

Sowjetischerseits enthielt der Beschluss Nr. 7161. ab ovo den Begriff „deutsche Abstammung". Diese Kategorie zielte auf die Aushebung möglichst vieler Personen, die als Arbeitskräfte in Anspruch genommen werden konnten. Die Herkunft war ab ovo eine problematische, unscharfe Kategorie, und die Deportation war während der ganzen Durchführung von den Schwierigkeiten geprägt, die die Interpretation dieses einzigen Begriffs auslöste.

Während der Durchführung des Befehls suchten die sowjetischen Befehlshaber stets nach deutschstämmigen Personen und führten in mehreren dokumentierten Fällen

[1176] Zum Thema Sündenbock siehe die Publikationen von Attila Pók: PÓK, Attila: A haladés hitele: progresszió, bűnbakok, összeesküvök a huszadik századi Magyarországon. Akadémiai Kiadó, Budapest, 2010, 7–30.; PÓK, Attila: Gyűlöletgyökerek. In: BARÁTH, Magdolna – BÁNKÚTI, Gábor – RAINER M., János: Megértő történelem. Tanulmányok a hatvanéves Gyarmati György tiszteletére. L'Harmattan, Budapest, 2011, 245–252, hier 246–247. PÓK, Attila: Bűnbakkeresés a huszadik századi Magyarországon. In: Történelmi Szemle Jg. 47. (2005) Nr. 1–2. 47–67.; PÓK, Attila: Bűnbakok a magyar történeti gondolkodásban. In: GYARMATI, György – LENGVÁRI, István – PÓK, Attila – VONYÓ, József (Hg.): Bűnbakok minden időben. Kronosz – MTT – ÁBTL, Budapest–Pécs, 2013, 15–32. ferner: BREITENFELLNER, Kirstin: Wir Opfer: warum der Sündenbock unsere Kultur bestimmt. Diederichs, München, 2013, 33–53. In seinen Ausführungen geht Attila Pók jedoch davon aus, dass Sündenböcke immer unschuldig seien. In diesem Fall war die Frage weniger, ob diese Sündenböcke tatsächlich die ihnen zugeschriebene Sünde begingen, z. B. Volksbund-Mitglieder waren oder sich zur deutschen Nationalität bei der Volkszählung bekannten, sondern inwieweit ihre Taten als Sünden zu bewerten waren.

10.15772/ANDRASSY.2019.005417

immer wieder aus, dass diese Abstammung unabhängig von Muttersprache, Nationalität und politischem Verhalten der Menschen festzustellen sei. Eine Deportation auf der Basis der Rasse, des Blutes und der Geburt lässt auf die Zielsetzung schließen, dass die Sowjets einerseits eine möglichst große Masse von Arbeitskräften deportieren wollten. Andererseits suchten sie nach einem Merkmal, das konstant und unveränderlich blieb.

Es ist jedoch fraglich, ob bereits bei der Verkündung des GKO-Beschlusses sich die Akteure im Klaren waren, ob bei der praktischen Umsetzung des Befehls mit erheblichen Schwierigkeiten zu rechnen war, weil sie die örtlichen Verhältnissen kaum kannten und die Abstammung durch Fremdwahrnehmung nur schwer oder gar nicht festzustellen war. Der Beschluss Nr. 7161. enthielt nämlich keine näheren Instruktionen, wie die Abstammung der einzelnen Menschen zu bestimmen war. Die sowjetische Führung kalkulierte nicht ein, dass in den von der Deportation betroffenen Staaten die deutschstämmige Bevölkerung aufgrund äußerer Merkmale nicht identifiziert werden konnte. In Ungarn wurde dieses Problem anhand der Dokumentation in zwei Richtungen gelöst. Meine Quellen weisen nach, dass die sowjetischen Akteure einerseits dennoch nach äußeren Merkmalen (deutsch klingende Familienname) suchten, oder sie beauftragten Gewährspersonen mit der Feststellung der deutschen Abstammung.

Für die ungarische Seite bedeutete die Deportation aufgrund der Abstammung ein Problem. Es war regional unterschiedlich, ob und welche Informationen sie über das Ziel der Aushebung der deutschstämmigen Zivilisten verfügten. Während eine solche Information in der Region um Budapest gänzlich ausblieb, wusste die Komitatsleitung in Békés bereits am Anfang der Aktion, dass die ausgewählten Personen in die Sowjetunion gebracht werden sollten. Unabhängig von dieser Information musste jedoch allen ungarischen Behörden klar sein, dass die Auswahl der Menschen gravierende Nachteile für sie bedeuteten, nämlich zu einer gewissen Strafaktion, zur Zwangsarbeit in Anspruch genommen zu werden. So lässt sich anhand der Unterlagen in allen Regionen nachweisen, dass die ungarischen Behörden anstrebten, die Deportation als „Strafaktion” auf Personen auszuweiten, die sie ihrer Meinung nach „verdienten”, während sie die Personen, die sie aus nationalen und politischen Gründen für zuverlässig hielten, zu verschonen versuchten. Für sie war die Loyalität zum Staat und nicht die Abstammung relevant.

10.15772/ANDRASSY.2019.005418

Das Kriteriensystem der ungarischen Seite blieb jedoch während der Deportationsaktion dem der Sowjets immer untergeordnet. Das trug dazu bei, dass sowohl die Zeitgenossen als auch die meisten heutigen Forscher des Themas die Deportation für ein großes Unrecht hielten und halten, weil die meisten Betroffenen nicht „rechtens", „verdienterweise" deportiert wurden. Diese Perspektive, die bis heute hartnäckig weiterlebt, ist gänzlich die der damaligen ungarischen Behörden. Die sowjetischen Befehlshaber betrachteten nämlich die Deportation als eine Strafaktion, die die deutschstämmige Bevölkerung kollektiv betraf, während die ungarischen Behörden als eine, die ein Teil der deutschen Bevölkerung eher verdiente als ein anderer.

Die ungarischen Behörden erkannten mehr oder weniger die Schwierigkeiten, die sie vor die Aufgabe der Feststellung der deutschen Abstammung seitens der sowjetischen Befehlshaber stellte. Von Fall zu Fall war es jedoch unterschiedlich, inwiefern sie diese Entscheidungssituation ausnutzen konnten. Dafür gab es einen großen Spielraum. Das eine Extrem stellte dabei der Fall der Gemeinde Doboz dar, wo der Gemeindevorstand den Deportationsbefehl offensichtlich zu einer politischen Abrechnung ausnutzte und die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei als Personen deutscher Abstammung zusammenschrieb. Er lieferte bewusst falsche Angaben, die die Sowjets jedoch nicht überprüfen konnten, so wurden aus Doboz tatsächlich Ungarn als Deutsche deportiert – was dem sowjetischen Kommandanten jedoch unbekannt blieb. Im Gegensatz dazu gab es Gebiete wie Bács-Kiskun, in denen die Deportation von den Mitgliedern der südslawischen Militärverwaltung ohne Mitwirkung ungarischer Behörden durchgeführt wurde, oder die Umgebung von Budapest, wo die sowjetischen Kommandanten die ungarischen Behörden gänzlich umgingen, so dass die ungarische Seite gar keinen Einfluss auf die Deportation nehmen konnte.

Insgesamt lässt sich über den ganzen Deportationsvorgang in Ungarn feststellen, dass die ungarischen Behörden überall die Kategorie der deutschen Abstammung zu ignorieren suchten, obwohl sie von den sowjetischen Kommandanten mehrmals dazu aufgefordert wurden, diese in erster Linie zu berücksichtigen. Das war eine ganz bewusste Entscheidung: Die praktische Erfahrung, wie eine Minderheitengruppe aus der ungarischen Gesellschaft aufgrund ihrer Abstammung ausgegrenzt und einer Besatzungsmacht übergeben werden konnte, machte die ungarische Verwaltung bei der

10.15772/ANDRASSY.2019.005419

Deportation der jüdischen Bevölkerung, wie dies 1944 nachweislich geschah.[1177] Bei der Deportation der deutschstämmigen Bevölkerung zielten die Bestrebungen der ungarischen Behörden jedoch eher darauf ab, die Kategorie der deutschen Abstammung zur deutschen Selbstdefinition umzuinterpretieren, um dadurch die Entfernung der politisch und ethnisch unerwünschten Personen zu erreichen, während sie die assimilierten Schichten der deutschen Bevölkerung verschonen wollten. Diese Bestrebungen führten zu fast keinem Erfolg. Die damit verbundene Machtlosigkeit ist sehr tief in der Erinnerungskultur der Deportation verankert, denn dieses Unrecht wurde traumatisiert – und nicht die ganze Deportierungsaktion.

5) Die Ergebnisse der Forschung der Lokalebene belegt die Gesamtzahl von 31.923 deportierten Personen, die die sowjetischen Quellen als Anzahl der aus Ungarn deportierten deutschstämmigen Zivilisten angeben. Folgende Tabelle enthält die Zahlen der Deportierten in den einzelnen Regionen anhand meiner Forschung:[1178]

Region	**Anzahl der Deportierten**
Békés-Csanád	2.813
Nordostungarn	4.332
Bács-Kiskun	2.814
Schwäbische Türkei	10.218
Budapest und Umgebung	5.072
INSGESAMT	25.249

Bei den jeweiligen Regionen wurde bereits erwähnt, dass gewisse Abweichungen von diesen Zahlen aus unterschiedlichen Gründen möglich sind. Ferner ist noch zu erwähnen, dass es einige Gemeinden gibt, die sich zu keinen Deportationsregionen zuordnen lassen, so wie Fegyvernek (Komitat Jász-Nagykun-Szolnok), wo weitere 117 Personen wegen ihrer deutschen Abstammung deportiert wurden,[1179] oder Kompolt, wo

[1177] Zum (bis heute heftig umstrittenen) Thema siehe (ohne Anspruch auf Vollständigkeit): BRAHAM, Randolph L.: The politics of genocide: the Holocaust in Hungary. Wayne State University Press, Detroit, 2000. 65–72.; GULYÁS, Éva: A holokauszt és a közigazgatás Magyarországon (1944). Általános értékelés és esettanulmány. In: Acta Humana. 2014/2. 51–67.; KARSAI, László: Holokauszt Magyarországon. In: Mozgó világ. Jg. 41. (2015) Nr. 2. 19–35, hier 28.; MOLNÁR, Judit: Csendőrök, rendőrök, hivatalnokok a Soá idején. In: HAMP, Gábor – HORÁNYI, Özséb – RÁBAI, László (Hg.): Magyar megfontolások a Soáról. Balassi, Budapest, 1999. 124–133.; SEEWANN, Geschichte, Band 2., 2012, 222.; UNGVÁRY, Krisztián: Der Getriebene und der Treiber. Das Verhältnis zwischen ungarischer Politik und deutschen Deportationsplänen. In: MIHOK, Brigitte: Ungarn und der Holocaust. Kollaboration, Rettung und Trauma. Metropol, Berlin, 2005. 41–54, hier 42.

[1178] An dieser Stelle sind nur die Anzahle je nach Region angeführt, die detaillierteren Angaben je nach Gemeinde wurden im Anhang der Arbeit untergebracht.

[1179] MNL JNSZML V. 607. c. 171/1945.

10.15772/ANDRASSY.2019.005420

die Deportation 72 Menschen betraf.[1180] Ferner sind Deportationsfälle aus Ortschaften bekannt, von denen jedoch keine quantitativen Angaben zur Verfügung stehen, wie in Szeged. Solche Fälle wurden jedoch immer dokumentiert und sind im kollektiven Gedächtnis der Ortschaft verankert. Deshalb ist anzunehmen, dass es keine Gemeinde in Ungarn gibt, wo eine Deportation einer größeren Gruppe durchgeführt wurde, der Fall jedoch unbekannt blieb. Anhand der Quellen ist also nachzuweisen, dass die Anzahl der Deportierten aus den fünf Deportationsregionen und aus einigen weiteren betroffenen Gemeinden höchstens 26.000–27.000 Personen betrug.

Die sowjetischen Quellen, die in den 1990er Jahren veröffentlicht wurden, geben jedoch eine Anzahl von 31.923 Personen für Ungarn an.[1181] Dabei fehlen die Angaben dazu, was die sowjetischen Befehlshaber damals als Ungarn in welchen Grenzen betrachteten. In diesen Akten wurden nämlich auch die sowjetischen Sammelstellen wie Nagykároly, Szaniszló und Szatmárnémeti als Durchgangslager für die deutschstämmigen Zivilisten aus Ungarn aufgeführt und die dortigen Zahlen zu denen von Ungarn hinzu gerechnet.[1182] Diese Städte waren Siedlungszentren der Sathmarer Schwaben, die in der Forschung normalerweise als „Deutsche in Rumänien" betrachtet werden, weil sich das Siedlungsgebiet heute in Rumänien befindet. Ein Blick auf die Karte zeigt jedoch, dass das Gebiet geographisch mit der Region Nordostungarn zusammenhängt, und damals von den sowjetischen Akteuren mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Ungarn gezählt wurde. Das Ergebnis der detaillierten Forschung über die Deportation der Sathmarer Schwaben ist, dass die Anzahl der Deportierten dort 5.324 betrug[1183] – das wäre ungefähr die Differenz zwischen meinen Ergebnissen und den Angaben der sowjetischen Quellen.

Die These, dass die Sathmarer Schwaben zur Zeit der Deportation zu den Deutschen aus Ungarn gezählt wurden, lässt sich auch anhand der Zahlenangaben der Deportierten aus Rumänien nachweisen. Die sowjetischen Quellen geben die Anzahl der Deportierten aus Rumänien mit 69.332 an. Davon waren mindestens 30.336 Personen Siebenbürger Sachsen,[1184] weitere etwa 32.000 Personen Banater Schwaben,[1185] ferner wurde eine

[1180] MAJDÁN, Ferencné: Három év három órában. 2. Aufl. Selbstverlag, Kompolt, 2016, 12.
[1181] POLJAN, Against, 2004, 260.
[1182] Ebda. 273.
[1183] BERNER – RADOSAV, Und keiner, 1996, 16.
[1184] Vgl. dazu WEBER, Deportation, Band 1., 1995, 231.
[1185] SCHÖDL, Günter: Deutsche aus dem Banat. In: BRANDES, Detlef – SUNDHAUSSEN, Holm – TROEBST, Stefan (Hg.): Lexikon der Vertreibungen. Böhlau, Köln, 2010, 128–131, hier 130.

10.15772/ANDRASSY.2019.005421

nicht bekannte Anzahl aus „Altrumänien" deportiert, die vorsichtig mit 5.000 angegeben wurde.[1186] Kleinere Abweichungen von diesen Zahlen sind sicherlich möglich. Würde jedoch die Anzahl der deportierten Sathmarer Schwaben zu der Zahl der anderen, aus Rumänien deportierten Gruppen hinzugerechnet, dann würde das Gesamtergebnis mehr als 69.332 Personen ergeben. Das untermauert meine Hypothese, dass die Sathmarer Schwaben von den Befehlshabern der Roten Armee damals noch als „Deutsche in Ungarn" betrachtet und deportiert wurden.

6) Die Behauptung, die in der bisherigen Forschung konstant vertreten wird, dass der ungarische Staat und seine Behörden alles für die baldmöglichste Rückführung aller Zivil- und Kriegsgefangenen unternahm, trifft nachweislich nicht zu.

Während der Deportation war der Spielraum der ungarischen Behörden, über die Auswahl der zu Deportierenden mitzubestimmen, sehr begrenzt oder gar nicht gegeben. Nach deren Abschluss traf die ungarische Seite jedoch absolut allein Entscheidungen darüber, wie mit den Deportierten und deren Angehörigen umzugehen war. Im Frühling 1945 wurde prinzipiell eine zweite Entscheidung darüber getroffen, wer als Deutscher zu gelten hatte – diesmal waren jedoch die ungarischen Behörden die alleinigen Entscheidungsträger und der Abstammung wurde keine Bedeutung mehr beigemessen. Der Teil der Deportierten, die als „Deutsche" abgestempelt und für national-politisch nicht zuverlässig gehalten wurde, blieb aus den Such- und Rettungsaktionen ausgeschlossen. Diese Maßnahme wurde mit der Verordnung Nr. 26. der AKK vom 18. März 1945 begründet, die Kommission hatte jedoch keine Möglichkeit zur Überprüfung der Durchführung dieser Verordnung auf der Lokalebene. Auch wenn die Ergebnisse dieser Suchaktionen durchaus fraglich waren, hatte die Ausschließung eines großen Teiles der Deportierten eine Signalwirkung. Obwohl die ungarischen Behörden bei diesen Aktionen im Prinzip freie Hand hatten, untersagten sie bewusst jegliche Aktionen zur Suche und Rettung von tausenden Menschen.

Das galt auch für die sozialen und finanziellen Hilfsaktionen, die der ungarische Staat und die verschiedenen Verwaltungsebenen gänzlich in ihrem Zuständigkeitsbereich abwickelten. Bei deren Untersuchung dürfen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes nach dem Kriegsende nicht übersehen werden. Die Gruppe der Deportierten und

[1186] MÜLLER, Dietmar: Deutsche aus Rumänien – Deportation in die Sowjetunion. In: BRANDES – SUNDHAUSSEN – TROEBST, Lexikon, 2010, 165–168, hier 166.

10.15772/ANDRASSY.2019.005422

ihrer Angehörigen war jedoch relativ klein in landesweiter Relation, ihre Ausgrenzung kann kaum mit finanziellen Gründen legitimiert werden. Der Umgang mit den Deportierten ist vielmehr als Geste zu interpretieren und bildete nur ein Vorzeichen der nächsten Monaten und Jahren, die für diese Menschen die absolute Entrechtung, Enteignung und die Vertreibung aus dem Heimatland brachten. Die Ablehnung der Hilfeleistungen war ein erstes Zeichen und der Anfang der jahrelangen Diskriminierung mit der damit verbundenen Botschaft, dass es im neuen politischen und gesellschaftlichen System Ungarns keinen Platz mehr für eine ethnische Gruppe geben sollte, die sich nicht als Ungarn identifizieren.

6) Das schwierigste Problem bezüglich der Deportation ist die Verantwortung der Akteure. Sie darf jedoch nicht umgegangen werden, auch wenn die moralisierende Frage, ob eine „korrektere Durchführung" möglich gewesen wäre, durchaus problematisch ist, besonders aus der Position des Historikers, der im Nachhinein eine breitere Übersicht von möglichen Folgen, Handlungsspielräume und Zusammenhängen hat als die beteiligte Personen damals. Es muss also bereits an dieser Stelle festgelegt werden: eine Strafaktion aufgrund der ethnischen Herkunft, der Abstammung kann niemals gerechtfertigt werden. Der Beschluss Nr. 7161. von Stalin war ab ovo ungerecht, und die Hervorhebung der Verantwortung der ungarischen Seite im nächsten Abschnitt kann diese Tatsache nicht verkleinern.

Meine Analyse zeigt jedoch, dass die von ungarischen Historikern zumeist banalisierte Verantwortung der ungarischen Behörden doch thematisiert werden muss. Die Frage der Verantwortung aller beteiligten Gruppen muss zumindest aufgeworfen werden. Ich werde hier jedoch die jugoslawischen Partisanen, das Personal der südslawischen Militärverwaltungen, die jeweiligen Denunzianten in den Regionen und die sog. „Polizen" nicht näher untersuchen. Diese hinterließen einerseits keine Quellen, andererseits sind unsere Kenntnisse über sie viel zu mangelhaft, um ihre Tätigkeit richtig einschätzen und beurteilen zu können.

Ebenso wenig Quellen sind über die Rolle der einheimischen Bevölkerung vorhanden. Diese sind in den meisten Fällen Egodokumente, zu deren Überprüfung keine Kontrollquellen zur Verfügung stehen. Auf der persönlichen Ebene erfolgten zahlreiche positive und negative Handlungen, die in den Erzählungen dokumentiert sind. Freunde, Verwandte und Bekannten versuchten Personen vor der Deportation zu verstecken und

10.15772/ANDRASSY.2019.005423

von dieser zu befreien. Sie intervenierten bei den sowjetischen Kommandanten, sie versuchten diese zu bestechen, viele Deportierten oder ihre Angehörigen wurden von anderen Dorfbewohnern finanziell oder auf andere Weise unterstützt. Im Gegensatz dazu waren Denunziationen und Verrat ebenso typisch, so wie die Auslieferung anderer Personen statt der eigenen Familienmitglieder. Solche Fälle hinterließen tiefe Spuren und führten zu einem Bruch in den Dorfgemeinschaften.

Die Handlungen der gefährdeten Gruppe waren offensichtlich vom Überlebensinstinkt geprägt. Personen wollten ihren engsten Kreis beschützten, und dabei ist es schwer, moralische Urteile zu fällen. Auffällig ist jedoch, dass ein kollektiver Widerstand überall in Ungarn ausblieb. Fraglich ist, welche Rolle die oft gewaltsamen und brutalen Vorfälle der Besatzung durch die Rote Armee, bzw. die Erfahrung des Jahres 1944, als auch andere Gruppen gleichfalls ausgehoben und abtransportiert wurden, dabei spielten, dass eine kollektive Apathie in der Bevölkerung um sich griff. Die nicht betroffene Bevölkerung nahm auch diesmal zu Kenntnis, dass (auch) jetzt nicht sie zur Gruppe gehörten, die deportiert wurde.

Die Verantwortung der sowjetischen Befehlshaber und Soldaten, die an der Deportation beteiligt waren, steht außer Frage. Es ist jedoch problematisch, sie als alleinige „Täter" zu betrachten. Sie waren für alle Willküraktionen und Missbräuche ihrer bewaffneten Macht verantwortlich, die während der Durchführung vorgekommen waren. Als ihre Schuld kann auch betrachtet werden, dass sie die ausgewählte Gruppe über das Ziel und die zeitliche Dimension ihrer Aushebung nicht ausreichend informierten. Damit konnten sie einen möglichen Widerstand vermeiden, die fatale Folgen für die betroffene Gruppe gehabt hätte. Diese Irreführung führte jedoch zu zahlreichen persönlichen Tragödien, weil ein Teil der Erkrankungen und Todesfälle eine Folge der mangelhaften Ausrüstung der Deportierten war. Hierzu ist jedoch anzumerken, dass die sowjetischen Befehle immer darüber informierten, welche Ausrüstung mitzunehmen war, und die Soldaten überprüften dies in den meisten Fällen und ermöglichten ein Nachholen fehlender Gegenstände durch die Angehörigen.

Problematischer ist, dass die sowjetischen kämpfenden Truppen oft als verantwortlich für die ganze Deportation betrachtet werden. Hätten sie den Befehl verweigert, wäre die wahrscheinliche Folge ein Prozess vor dem Kriegsgericht gewesen und sowohl die Strafgefangenschaft im GULag als auch die Todesstrafe waren realistische

10.15772/ANDRASSY.2019.005424

Konsequenzen, die sie selbstverständlich nicht riskieren wollten. Es gibt keinen nachvollziehbaren Grund, warum sowjetische Akteure den Angehörigen eines besiegten, feindlichen Volkes gnädig sein und einen auf dieses bezogenen Befehl verweigern sollten. Fraglich ist dabei, inwieweit die kämpfenden Truppen und ihre Kommandanten über das Ziel der Aushebung der deutschstämmigen Zivilisten überhaupt informiert waren.

Die Feststellung einer Verantwortung der beteiligten ungarischen Behörden stößt ebenso auf Probleme. Die typischen Argumente, dass sie nur Befehle befolgten und nicht anders konnten und sie selber in einer bedrohten Lage waren, halte ich nur zum Teil akzeptabel. Eine nähere Analyse ihrer Verantwortung halte ich für wichtig, weil sie in vielen Fällen Personen waren, die seit Jahren, Jahrzehnten in den jeweiligen Gemeinschaften lebten und die Einheimischen persönlich kannten. So ist es vielleicht nicht übertrieben, Empathie und die Ausschöpfung aller Möglichkeiten in ihrem Zuständigkeitsbereich zum Widerstand und zur Rettung der Gemeinschaft zu erwarten, und für die entgegengesetzten Tendenzen Verantwortung zu übernehmen.

Es war regional sehr unterschiedlich, wie groß die Bereitschaft der lokalen ungarischen Behörden zur Kooperation mit den Sowjets war. Die Skala beginnt mit den Fällen, als die ungarischen leitenden Behörden gar nicht informiert und miteinbezogen wurden. Die andere Extremität bildeten jedoch die Fälle der Notäre und Gemeinderichter, die den sowjetischen Kommandanten Listen über die deutschstämmigen Einwohner übergaben und ihre Aushebung und Transport zu den sowjetischen Sammelstellen selber organisierten. Das taten sie ohne die Betroffenen über das wahre Ziel der Aktion zu informieren, sie trugen in die Listen sogar zu alte, zu junge und kranke Personen und schwangere Frauen trotz des sowjetischen Befehls gleichfalls ein. Eine generelle Beurteilung der ungarischen Behörden ist wegen solcher Unterschiede kaum möglich, ich möchte die Aufmerksamkeit nur auf einige Momente lenken.

Das ungarische Verwaltungspersonal informierte die Deportierten genauso wenig über das Ziel ihrer Aushebung, wie auch die sowjetischen Akteure. Fraglich ist, wie viel es darüber überhaupt wusste. Es ist jedoch anzunehmen, dass der organisierte Abtransport einer ethnischen Gruppe durch die Besatzungsmacht für die Betroffenen nichts Gutes bedeuten konnte. Das war anzunehmen, auch wenn die Behörden damals wahrscheinlich mangelhaft oder gar nicht über das sowjetische System der

10.15772/ANDRASSY.2019.005425

Wiedergutmachung und der Lager der GUPVI und über den Hintergrund des Beschlusses Nr. 7161. unterrichtet waren. Die Akten weisen jedoch darauf hin, dass es Regionen gab, wo der sowjetische Kommandant das Ziel der Deportation mitteilte – diese Information hatten die ungarischen Behörden jedoch den Betroffenen vorenthalten. Ebenso versäumte Innenminister Erdei die Möglichkeit, das Verwaltungspersonal und die Bevölkerung über die Deportation zu unterrichten, obwohl er davon spätestens am 2. Januar 1945 vom Vizegespan des Komitats Békés erfahren hatte.

Der Grad der Verantwortung der ungarischen Behörden hing auch davon ab, über welchen Handlungsspielraum sie während der Durchführung der Deportation verfügten. Die damit zusammenhängenden regionalen Unterschiede stellt meine Arbeit detailliert vor. Insgesamt hatte das ungarische Verwaltungspersonal nicht die Macht und das Gewicht, den Deportationsbefehl einfach abzulehnen. Einen Freiraum hatten sie nur insofern, wie viele Personen sie als Deutschstämmige den sowjetischen Befehlshabern auslieferten, weil ihnen klar sein musste, dass eine Überprüfung ihrer Angaben kaum möglich war. Die Beschwerden der Gemeindeleiter, die in mehreren Regionen dokumentiert sind, dass nämlich auch Personen deportiert wurden, die eine solche Strafe nicht „verdienten", können als Versuche eines Widerstands interpretiert werden. In solchen Akten kommen jedoch ausschließlich Argumente wie die nationale-politische Zuverlässigkeit vor, während soziale und humane Begründungen – z. B. Beschwerden wegen der Deportation junger oder gar schwangerer Frauen – ausblieben.

Während der Anfangsperiode der sowjetischen Besetzung und der Deportation war der Druck auf die ungarischen lokalen Behörden enorm. Binnen kurzer Zeit war dies der dritte „Systemwechsel". Die Rote Armee genoss generell einen unheimlichen Ruf aufgrund der deutschen Propaganda, die Gemeindeleiter hatten sicherlich selber Angst vor ihr. In vielen Gemeinden erfolgten Personenwechsel in den Ämtern. Chaos und Unsicherheit waren Alltag, und die ungarischen Amtsträger der vorhergehenden Epoche mussten befürchten, selbst Opfer von Vergeltungskationen, politischer Abrechnung oder einfach des Systemwechsels zu werden. Ihr einziges Mittel zum Überleben war sich den neuen Verhältnissen anzupassen. So ist es nicht überraschend, dass sie die Befehle der neuen Machthaber rücksichtslos und ohne zu zögern ausführten.

10.15772/ANDRASSY.2019.005426

In diesem Kontext kann ihre Beihilfe zur Deportation ebenso als Anpassung verstanden werden und die deutsche Bevölkerung fiel dieser zu Opfer. Dieses „Opfer" war zugleich ein Beleg für die Loyalität der ungarischen Behörden zum neuen Regime, wovon sie die Konsolidierung ihrer Position und den Erhalt der restlichen Gemeinschaft erhofften. Ihre Kooperation kann nicht unbedingt als Kollaboration[1187] gewertet werden, vielmehr als Anpassung an ein neues, noch unbekanntes System.

Während der Deportation erfüllten die ungarischen Behörden tatsächlich nur Befehle, die sie kaum oder gar nicht verweigern konnten. In mehreren Fällen ist dokumentiert, dass sie selber misshandelt oder bedroht wurden. Das war aber nicht allgemein so, in anderen Ortschaften (besonders in der Schwäbischen Türkei) übererfüllten sie sogar die Befehle der Sowjets, indem sie auch Personen aushoben, die wegen ihrer Alters oder gesundheitlichen Zustands nicht als arbeitsfähig galten. Diese wurden in den glücklicheren Fällen von den Sowjets freigelassen, oder wurden zu ersten Todesopfern während ihres Abtransports. Im Hintergrund solcher Fälle standen die ethnisch-politischen Konflikte der vorhergehenden Jahre, die alle Maßnahmen legitimierten, mit denen Ungarn sich von seinem „deutschen" Problem zu erlösen suchte – und eine erste solche war die Deportation durch die Rote Armee. Ende 1944 war diese die erste Möglichkeit zur langfristigen Entfernung einer breiten Schicht der deutschen Minderheit aus Ungarn – zu einem Zeitpunkt, als noch niemand im Land wusste, dass sich dazu 1945/1946 eine geeignetere Chance in Form der Vertreibung ergeben sollte. Trotz aller Bedrohung und Misshandlung ist also die Tatsache nicht zu ignorieren, dass ohne lokale Kenntnisse und bereitwillige Hilfe seitens der ungarischen Behörden die kämpfenden Truppen der Roten Armee binnen anderthalb Monaten keineswegs mehr als 30.000 Personen finden, als deutschstämmig identifizieren, ausheben und abtransportieren hätten können.

Die ungarischen Behörden können also keineswegs gänzlich von der Verantwortung für die Deportation frei gesprochen werden. In den ersten ungarischen Werken zum Thema

[1187] Der Begriff ist nur schwer zu definieren, und ein Gegenstand wissenschaftlicher-theoretischer Untersuchungen. Siehe dazu: HIRSCHFELD, Gerhard: Kollaboration in Frankreich – Einführung. In: HIRSCHFELD Gerhard – MARSH Patrick (Hg.): Kollaboration in Frankreich. Politik, Wirtschaft und Kultur während der nationalsozialistischen Besatzung 1940–1944. Fischer, Frankfurt, 1991, 7–22, hier 7–8.; RÖHR, Werner: Kollaboration. Sachverhalt und Begriff. Methodische Überlegungen auf der Grundlage vergleichender Forschungen zur Okkupationspolitik der Achsenmächte im Zweiten Weltkrieg. In: TAUBER, Joachim (Hg.): „Kollaboration in Nordosteuropa. Erscheinungsformen und Deutungen im 20. Jahrhundert. Hassarowitz Verlag, Wiesbaden, 2006, 21–40.

10.15772/ANDRASSY.2019.005427

wurde die Deportation öfters als „erste Station der kollektiven Bestrafung" der deutschen Minderheit Ungarn bezeichnet.[1188] Dieser Annäherungsweise kann ich mich nicht gänzlich anschließen, weil zur Zeit des Durchführungsbefehls über „Kollektivschuld" und „kollektive Verantwortung der Deutschen" gar nicht gesprochen wurde, diese wurde erst im Rahmen der Verhandlungen der Siegermächte nach dem Kriegsende thematisiert (und blieb intensiv umstritten), im Kontext der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Ländern Ostmittel-Europas.[1189]

Die Tatsache, dass die ungarischen Behörden in den Teilen Ungarns, in denen eine größere und aktive deutsche Bevölkerung lebte, die Entfernung dieser aus dem Land mittels der Deportation durch die Rote Armee anstrebten, oder auf jeden Fall ohne Widerstand hinnahmen, zeigt, dass der Wunsch nach einer ethnischen Homogenisierung bereits damals vorhanden war, als die Möglichkeit zur Vertreibung/Aussiedlung von den Siegermächten noch nicht gegeben war. Dieser Anspruch wurzelte in der Zwischenkriegszeit, sowohl die Werke der „völkischen" Schriftsteller, als auch die positiven ungarischen Reaktionen auf Hitlers Plan 1939, als er eine potenzielle Umsiedlungsaktion der „Volksdeutschen" in seiner Rede thematisierte,[1190] lassen darauf schließen, dass die Anwesenheit des Teils der deutschen Bevölkerung in Ungarn, die ihre ethnische Identität behalten hatten, durchaus unerwünscht war. Die Deportationsaktion durch die Sowjets war eine erste Möglichkeit zur Realisierung dieses Anspruchs, wobei jedoch ein Problem bedeutete, dass die sowjetischen Akteure den Befehl aufgrund der Abstammung durchführen wollten, während für die ungarischen Behörden eher die Selbstdefinition und das politische Verhalten die relevanten Kategorien bildeten.

Die Tatsache, dass es eine Kontinuität zwischen der Durchführung der Deportation und der Nationalitätenpolitik der Zwischenkriegszeit festzustellen ist, wird bis heute nicht in die ungarische Forschung und Erinnerungskultur integriert.

[1188] Vgl. dazu den Band: ZIELBAUER, György (Hg.): Die Verschleppung ungarländischer Deutscher 1944/45: Erste Station der kollektiven Bestrafung. Magyarországi németek elhurcolása 1944/45: A kollektív büntetés első állomása. Magyarországi Németek Szövetsége, Budapest, 1990.

[1189] Vgl. dazu TÓTH, Telepítések, 1993, 5–6, 15, 28.; SEEWANN, Geschichte, Band 2., 2012, 338, 342–343.

[1190] SEEWANN, Geschichte, Band 2., 2012, 284–285.

10.15772/ANDRASSY.2019.005428

Meine Arbeit stellte zahlreiche neue Kenntnisse, Perspektiven und Zusammenhänge über die Deportation deutschstämmiger Zivilisten in die Sowjetunion vor. Darüber hinaus halte ich für wichtig, neue Fragen aufzuwerfen und Forschungsperspektiven zu eröffnen.

Für eine potenzielle Ergänzung bewerte ich die Erforschung der Deportation der Sathmarer Schwaben, als Teil der Gruppe der aus Ungarn deportierten Deutschen. Für wichtig halte ich die weitere Analyse der Lokalitäten, weil ich im Rahmen meiner landesweiten Untersuchung nicht immer die Möglichkeit hatte, alle Quellen der Regionen zu berücksichtigen. Bereits während der Aufteilung der Deportation in Regionen waren Verallgemeinerungen notwendig, die für die Wahrung der Übersicht wichtig waren. Diese Aufteilung zog bei der Analyse jedoch erhebliche Schwierigkeiten nach sich. So wäre eine weitere Differenzierung innerhalb der Region Nordostungarn unbedingt notwendig.

Während meiner Recherchen in den verschiedenen Quellensammlungen hatte ich einen Einblick in die Quellenlage und musste feststellen, dass eine tiefer gehende Forschung in vielen Fällen nicht möglich ist, weil es anhand des aktuellen Quellenbestandes keine Akten mehr dazu gibt und die Aufnahme weiterer, zur Forschung geeigneter Interviews etwa 75 Jahre nach der Deportation sehr unwahrscheinlich ist. Neue Perspektiven bieten vielmehr die Aufarbeitung der vorhandenen Egodokumente, ihre narrative Analyse, ferner die der generationsübergreifenden Tradierung der Erfahrungen der Deportation und eine detailliertere Untersuchung der Nachgeschichte und der Erinnerungskultur.

Meine Arbeit zeigt, dass die ungenaue Benutzung der Begriffe ein großes Hindernis bei der Aufarbeitung der Deportation sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Forschung darstellt. Eine bewusste, einheitliche Verwendung der Terminologie, bzw. deren Reinterpretation ist also unentbehrlich. Die ungarischen Wissenschaftler schreiben bis heute von Ungarn und von Deutschen, obwohl das Verständnis der Logik der Deportation nur dann möglich ist, wenn die Forschung berücksichtigen würde, dass Deutsch-Sein in Ungarn zeitlich und regional sehr unterschiedlich sein konnte. Die Palette dafür ist sehr breit. Eindeutig als Deutsche galten in Ungarn nur Personen, die sich bei den amtlichen Volkszählungen zur deutschen Muttersprache und/oder Nationalität bekannten, die selber Mitglieder des Volksbundes oder Angehörige der SS waren, oder solche Mitglieder in ihren Familien hatten. In einigen Situationen – und die

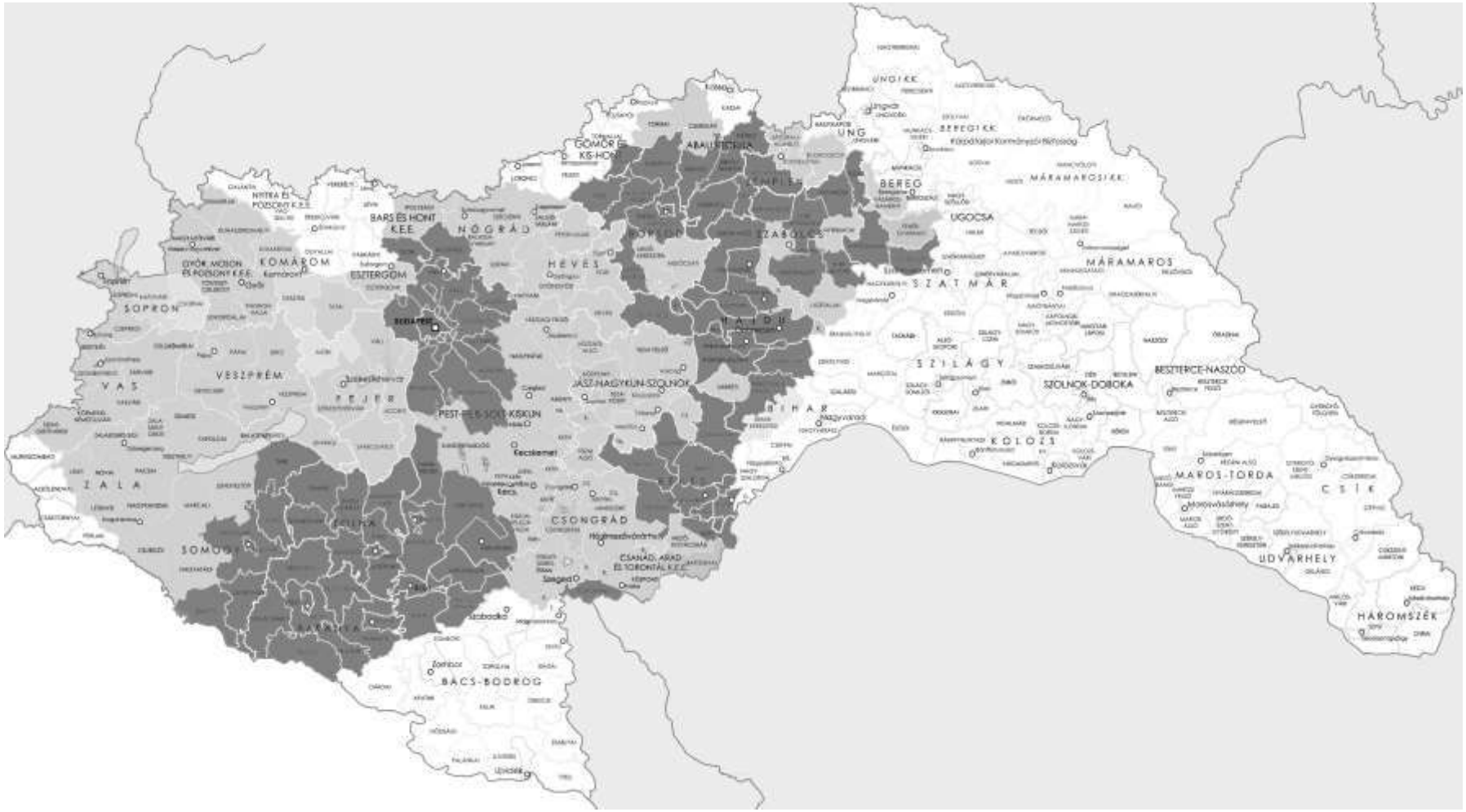
10.15772/ANDRASSY.2019.005429

Deportation war eine solche – galten jedoch auch Personen in Ungarn als Deutsche, die sich immer als Ungarn bekannt hatten, die ihre Familiennamen magyarisieren ließen, gar kein Deutsch mehr sprachen und ihre ehemalige deutsche ethnische Identität längst aufgegeben hatten – aber natürlich deutsche Vorfahren besaßen. Mit der Deportation kam sogar ans Tageslicht, dass in Ungarn die „fremde" Abstammung auch solcher Gemeinschaften nicht vergessen war, die sich selber assimilieren ließen und sich selbst als Ungarn identifizierten.

Bei der Traumatisierung der Deportation in Ungarn spielte eine wesentliche Rolle, dass bei der Durchführung des Befehls die sowjetischen Interessen dominierten und diese betrachteten die deutschstämmige Gemeinschaft in Ungarn keineswegs differenziert. Das taten sie in einer Zeit, als für die ungarische politische Elite, für die Gesamtgesellschaft und für das Verwaltungspersonal der allgemein gültige Maßstab für die Einschätzung der Staatsbürger ihre Loyalität zur Nation bildete. Die Deportation 1944/1945 betrachtete die ungarische Seite als Strafaktion. Trotz aller Korrekturversuche und der intensiven Diskriminierung der Personengruppe, die ihre Deportation angeblich „verdienten", konnte die ungarische Gesellschaft bis heute nicht verarbeiten, dass diese Strafaktion den „staatsloyalen" Teil der Bevölkerung ebenso betraf wie Personen, die ihre Bestrafung mit ihrem Verhalten in den vorgegangenen Jahrzehnten vermeintlich „verdienten".

10.15772/ANDRASSY.2019.005430

Anhang



Karte der von der Deportation der deutschstämmigen Zivilisten betroffenen Regionen. Als Grundlage für die Karte dient eine online Illustration zum administrativen System Ungarns von 1941 bis 1944 (die Originalkarte siehe: https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/1/1f/Hungary_1941-44_Administrative_Map.png (Abruf: 26. 11. 2018)

10.15772/ANDRASSY.2019.005431

Tabellen

M=Muttersprache, N=Nationalität, U=Ungarisch, Dt.= Deutsch

Tabelle 1. Anzahl der Deportierten, bzw. Angaben zur deutschen und ungarischen Muttersprache und Nationalität bei den amtlichen Volkszählungen von den Jahren 1930 und 1941 in der Region Békés-Csanád:

Ort	Anzahl der Deportierten	Volkszählung 1930[1191]			Volkszählung 1941[1192]				
		Gesamt	U. M.	Dt. M.	Gesamt	U. M.	Dt. M.	U. N.	Dt. N.
Komitat Békés	**1.399**	**330.656**	**279.735**	**3.423**	**338.974**	**296.326**	**2.700**	**327.612**	**1.381**
Bezirk Békés	**555**	**48.995**	**41.798**	**2.377**	**50.745**	**44.242**	**1.821**	**48.803**	**922**
Békés	16	28.907	27.762	168	29.283	28.642	60	28.058	28
Kőröstarcsa	18	5.678	5.645	12	5.444	5.293	69	5.348	53
Mezőberény	521	14.410	8.391	2.197	14.578	9.720	1.691	13.128	841
Bezirk Gyoma	**161**	**26.172**	**25.815**	**265**	**25.085**	**24.901**	**127**	**24.031**	**71**
Gyoma	161	12.244	11.939	257	12.242	12.078	126	12.113	70
Bezirk Gyula	**50**	**22.234**	**19.010**	**67**	**21.905**	**18.841**	**89**	**20.844**	**56**
Doboz	40	6.469	6.438	11	6.802	6.745	7	6.730	6
Gyulavári	4	4.065	4.049	5	4.389	4.368	8	4.384	0
Kétegyháza	6	4.939	2.186	42	4.520	1705	57	3.748	35
Bezirk Orosháza	**2**	**69.884**	**58.826**	**110**	**71.937**	**61.812**	**64**	**70.531**	**22**

[1191] Die Angaben wurden anhand Magyar Kir. Központi Statisztikai Hivatal (Hg.): Az 1930. évi népszámlálás. I. Rész. Demográfiai adatai községek és külterületi lakott helyek szerint. Stephaneum Nyomda Részvénytársaság, Budapest, 1932. berechnet.

[1192] Die Angaben wurden anhand Magyar Királyi Statisztikai Hivatal (Hg.): 1941. évi népszámlálás: A népesség nemzetiség szerint községenkint és törvényhatóságonkint: (Ideiglenes eredmények). Budapest, 1944.; Magyar Királyi Statisztikai Hivatal (Hg.): 1941. évi népszámlálás: A népesség anyanyelv szerint, községenkint és törvényhatóságonkint: (Ideiglenes eredmények). Budapest, 1943. berechnet. Über die Ergebnisse der Volkszählung vom Jahr 1941 stehen mehrere veröffentlichte Bände zur Verfügung, die zum Teil aber unterschiedliche Angaben enthalten. Die Auswahl der Bände von 1943 und 1944 kann ich damit begründen, dass einerseits diese die ersten Ausgaben waren, andererseits sind die Statistiken je nach Bezirk strukturiert, deswegen sind diese Bände am besten dazu geeignet, Tendenzen der Volkszählungen im Allgemeinen zu illustrieren.

10.15772/ANDRASSY.2019.005432

Csorvás	2	6.869	6.531	5	7.269	7.257	3	7.260	1
Bezirk Szarvas	**21**	**48.673**	**40.874**	**30**	**49.825**	**45.391**	**41**	**49.261**	**29**
Szarvas	17	25.561	18.257	21	25.023	21.039	35	24.533	25
Bezirk Szeghalom	**38**	**40.083**	**39.890**	**59**	**41.903**	**41.784**	**39**	**41.714**	**25**
Füzesgyarmat	29	11.353	11.312	19	8.829	8.816	6	8.820	2
Szeghalom	9	10.293	10.241	10	10.712	10.673	12	10.646	7
Stadt Békéscsaba	**22**	**49.374**	**30.054**	**220**	**52.404**	**37.196**	**210**	**46.956**	**127**
Stadt Gyula	**550**	**25.241**	**23.468**	**295**	**25.169**	**24.107**	**302**	**24.672**	**140**
Komitat Csanád, Arad, Torontál k.e.e.	**1.439**	**174.318**	**144.346**	**9.695**	**177.392**	**149.273**	**362**	**162.120**	**7.663**
Bezirk Elek	**1.384**	**24.069**	**10.913**	**7.970**	**24.919**	**11.886**	**8.282**	**17.767**	**6.297**
Almáskamarás	320	2.482	230	2.240	2.465	236	2.222	684	1.781
Elek	983	8.446	1.706	5.390	9.327	2.179	5.714	4.867	4.386
Medgyesbodzás	14	2.521	2.188	64	2.621	2.383	46	2.535	7
Medgyesegyháza	22	4.908	2.480	108	4.811	2.515	110	4.082	35
Nagykamarás	38	4.385	4.009	135	4.437	4.162	143	4.320	80
Bezirk Torontál	**55**	**18.583**	**16.512**	**1.248**	**19.292**	**17.408**	**1.151**	**17.614**	**1.025**
Kübekháza	38	1.984	1.405	563	2.007	1.486	509	1.558	440
Újszentiván	17	1.394	650	575	1.381	668	569	697	546

10.15772/ANDRASSY.2019.005433

Tabelle 2. Prozentuelle Angaben zur deutschen und ungarischen Muttersprache und Nationalität bei den amtlichen Volkszählungen von den Jahren 1930 und 1941 in der Region Békés-Csanád:

Ort	Volkszählung 1930			Volkszählung 1941				
	Gesamt	U. M.	Dt. M.	Gesamt	U. M.	Dt. M.	U. N.	Dt. N.
Bezirk Békés	100%	85%	4%	100%	87%	3%	96%	1%
Bezirk Gyoma	100%	98%	1%	100%	99%	0,4%	95%	0,2%
Bezirk Gyula	100%	85%	0,3%	100%	86%	0,4%	95%	0,2%
Bezirk Orosháza	100%	84%	0,1%	100%	85%	0,08%	98%	0,03%
Bezirk Szarvas	100%	83%	0,06%	100%	91%	0,08%	98%	0,05%
Bezirk Szeghalom	100%	99%	0,1%	100%	99%	0,09%	99%	0,05%
Bezirk Elek	100%	45%	33%	100%	47%	33%	71%	25%
Bezirk Torontál	100%	88%	6%	100%	90%	6%	91%	5%
Stadt Békéscsaba	100%	60%	4%	100%	70%	0,4%	89%	0,2%
Stadt Gyula	100%	92%	1%	100%	95%	1%	98%	0,5%
Komitat Békés	100%	84%	1%	100%	87%	0,7%	96%	0,4%
Komitat Csanád, Arad, Torontál k.e.e.	100%	82%	5%	100%	84%	0,2%	91%	4%

10.15772/ANDRASSY.2019.005434

Tabelle 3. Anzahl der Deportierten, bzw. Angaben zur deutschen und ungarischen Muttersprache und Nationalität bei den amtlichen Volkszählungen von den Jahren 1930 und 1941 in der Region Nordostungarn:[1193]

Ort	Anzahl der Deportierten	Volkszählung 1930			Volkszählung 1941				
		Gesamt	U. M.	Dt. M.	Gesamt	U. M.	Dt. M.	U. N.	Dt. N.
Komitat Borsod [1194]	**583**	**296.721**	**293.754**	**811**	**304.955**	**303.237**	**361**	**301.799**	**145**
Bezirk Edelény	**81**	**37.479**	**36.830**	**85**	**40.607**	**40.169**	**43**	**40.148**	**22**
Edelény	32	2.935	2.927	7	3.280	3.266	5	3.228	5
Szuhakálló	25	684	674	5	1.068	1.047	1	1.064	1
Kurityán	24	894	891	1	1.055	1.052	1	1.053	1
Bezirk Mezőkövesd	**10**	**70.784**	**70.706**	**26**	**47.692**	**47.650**	**7**	**47.585**	**2**
Mezőkövesd	10	20.806	20.772	13	20.838	20.819	2	20.799	1
Bezirk Miskolc	**486**	**64.548**	**63.157**	**390**	**71.762**	**71.307**	**168**	**71.154**	**64**
Alsózsolca	39	2.504	2.500	3	2.899	2.887	1	2.894	0
Belsőbőcs		1.254	1.253	0	1.226	1.226	0	1.226	0
Diósgyőr	310	20.854	20.031	323	26.538	26.241	135	26.390	59
Görömböly	24	2.296	2.266	2	2.845	2.822	3	2.828	3
Hejőcsaba	26	6.356	6.295	28	5.036	5.016	10	5.022	2
Ónód	19	2.387	2.380	2	2.369	1.365	2	2.257	2
Hámor	23	1.053	894	11	1.030	1.027	2	1.026	1
Szirma	45	1.738	1.734	2	1.899	1.898	0	1.899	0
Bezirk Ózd	**3**	**40.490**	**39.951**	**171**	**51.650**	**51.109**	**90**	**50.495**	**28**
Ózd	3	7.322	7.008	100	20.769	20.511	59	20.249	10
Bezirk Sajószentpéter	**3**	**28.069**	**27.893**	**86**	**30.921**	**30.744**	**41**	**30.575**	**24**
Sajószentpéter	3	5.842	5.763	37	7.321	7.256	23	7.121	14

[1193] Von den mehr als 2.000 Gemeinden, die zur Verwaltung der 9 Komitaten im Jahr 1944 gehörten, werden hier um eine bessere Überschaubarkeit nur diejenigen angeführt, in denen eine Deportation oder deren Wegfall dokumentiert wurde. Bezirke und Gemeinden ohne dokumentierte Angaben werden nicht berücksichtigt.
[1194] 1923 wurden die Komitate Borsod, Gömör und Kishont als Komitat Borsod, Gömör und Kishont k. e. e. mit dem Sitz in Miskolc vereinigt.

10.15772/ANDRASSY.2019.005435

Stadt Miskolc		**61.559**	**60.460**	**564**	**77.762**	**76.737**	**841**	**76.484**	**127**
Komitat Gömör und Kishont	**91**	**-**	**-**	**-**	**107.212**	**98.145**	**351**	**98.205**	**164**
Bezirk Putnok	**91**	**17.658**	**17.580**	**38**	**13.486**	**13.447**	**13**	**13.350**	**5**
Serényifalva	68	1.010	1.003	2	942	942	0	942	0
Kelemér	23	798	798	0	636	634	0	633	0
Komitat Abaúj Torna (Kassa[1195])	**4**	**91.428**	**90.699**	**133**	**161.410**	**132.343**	**354**	**155.421**	**132**
Komitat Szikszó	**4**	**21.921**	**21.872**	**16**	**35.837**	**35.636**	**18**	**35.079**	**10**
Onga	4	2.006	2.002	3	2.157	2.153	4	2.154	3
Komitat Zemplén	**866**	**146.318**	**144.515**	**428**	**281.968**	**194.192**	**447**	**196.132**	**207**
Bezirk Sárospatak	**136**	**37.485**	**36.393**	**130**	**35.441**	**34.975**	**50**	**34.819**	**27**
Hercegkút	136	1.103	1.102	1	1.123	1.123	0	1.123	0
Károlyfalva		541	449	92	624	597	25	599	21
Bezirk Szerencs	**307**	**50.194**	**49.979**	**76**	**52.792**	**52.461**	**89**	**51.894**	**45**
Hernádnémeti	11	2.833	2.829	1	2.922	2.914	2	2.919	0
Mád		3.524	3.509	12	3.528	3.409	3	3.412	1
Megyaszó	2	2.994	2.990	2	3.099	3.091	8	2.967	0
Monok	1	2.985	2.985	0	2.901	2.899	0	2.897	0
Szerencs	57	6.707	6.601	33	7.613	7.524	20	7.572	5
Tállya	6	3.736	3.686	18	3.564	3.553	4	3.546	3
Golop	18	923	922	0	966	966	0	963	1
Rátka	212	1.115	1.115	0	1.189	1.137	48	1.152	27
Bezirk Tokaj	**423**	**20.142**	**20.043**	**48**	**20.379**	**20.323**	**15**	**20.287**	**5**

[1195] Slowakisch Košice, deutsch Kaschau, heute Stadt in der Slowakei.

10.15772/ANDRASSY.2019.005436

Bodrogkeresztúr	201	2.279	2.271	5	2.248	2.245	2	2.246	1
Tarcal	123	4.063	4.058	1	4.004	3.995	3	4.000	1
Tokaj	30	5.844	5.795	29	5.903	5.886	5	5.890	1
Bodrogkisfalud	69	1.154	1.151	2	1.160	1.158	1	1.151	1
Komitat Hajdú	**728**	**178.523**	**178.291**	**106**	**188.462**	**187.658**	**53**	**187.319**	**22**
Bezirk Központ	**550**	**59.553**	**59.497**	**28**	**76.785**	**76.175**	**14**	**75.680**	**5**
Balmazújváros	546	14.894	14.882	5	16.318	16.299	1	16.205	1
Mikepércs	4	2.561	2.556	2	2.696	2.695	0	2.692	0
Bezirk Püspökladány[1196]	**178**	**43.433**	**43.373**	**18**	**44.829**	**44.699**	**16**	**44.638**	**7**
Nádudvar	68	10.036	10.020	5	10.491	10.478	2	10.474	2
Püspökladány		14.287	14.271	5	15.204	15.154	11	15.152	3
Stadt Hajdúböszörmény	52	28.914	28.861	38	30.409	30.388	7	30.397	1
Stadt Hajdúnánás	9	17.990	17.966	7	18.770	18.748	6	18.751	2
Stadt Hajdúszoboszló	49	17.022	16.995	11	17.669	17.648	10	17.635	7
Komitat Bihar	**39**	**176.002**	**170.095**	**133**	**446.786**	**318.526**	**714**	**323.569**	**594**
Bezirk Berettyóújfalu	**36**	**35.330**	**34.654**	**29**	**37.958**	**37.668**	**24**	**37.713**	**15**
Berettyóújfalu	36	10.899	10.858	23	11.781	11.603	12	11.647	11
Bezirk Derecske	**3**	**26.646**	**26.428**	**11**	**35.639**	**35.636**	**12**	**35.504**	**9**
Derecske	3	9.985	9.975	5	10.399	10.366	0	10.295	4
Komitat Szabolcs	**1.371**	**394.924**	**393.835**	**431**	**428.952**	**427.362**	**219**	**423.465**	**157**
Nyíregyháza		**51.308**	**50.926**	**142**	**59.156**	**58.473**	**112**	**58.396**	**63**
Bezirk Unter-Dada	**202**	**48.400**	**48.349**	**29**	**51.698**	**51.460**	**13**	**51.400**	**8**
Báj[1197]	36	993	989	3	952	950	2	951	0

[1196] Der Bezirk hieß bis zum 1930 Bezirk Hajdúszoboszló, als der Bezirkssitz in Püspökladány versetzt wurde.
[1197] Die Gemeinde wurde 1953 Taktabáj umbenannt.

10.15772/ANDRASSY.2019.005437

Csobaj	54	1.308	1.306	10	1.195	1.194	1	1.184	0
Tiszaladány	52	1.503	1.502	0	1.478	1.476	0	1.476	0
Tiszatardos	60	706	706	0	701	700	0	791	0
Bezirk Ober-Dada	**1.038**	**35.645**	**35.588**	**14**	**38.066**	**37.985**	**11**	**37.838**	**12**
Balsa	1	1.658	1.656	0	1.718	1.715	1	1.713	1
Buj	29	3.453	3.452	0	3.490	4.387	3	3.487	3
Gáva	64	3.209	3.207	2	3.210	3.208	1	3.199	0
Ibrány	35	6.028	6.012	4	7.043	7.038	2	7.041	1
Rakamaz	302	5.327	5.321	2	5.497	5.492	2	5.346	1
Tímár	71	1.890	1.889	0	2.006	1.997	0	1.997	0
Tiszabercel	48	2.559	2.555	1	2.790	2.790	0	2.775	0
Vencsellő	338	3.434	3.432	1	3.554	3.550	1	3.547	5
Kenézlő	147	1.888	1.887	1	2.211	2.207	0	2.207	0
Zalkod	3	789	783	1	868	861	0	852	0
Bezirk Kisvárda	**3**	**49.629**	**49.477**	**95**	**53.303**	**53.125**	**18**	**52.728**	**10**
Kisvárda	3	14.133	14.010	82	14.882	14.722	13	14.663	8
Bezirk Nagykálló	**40**	**49.879**	**49.781**	**45**	**55.032**	**54.941**	**15**	**54.690**	**9**
Nagykálló	37	9.247	9.215	13	9.863	9.814	4	9.749	3
Újfehértó	3	13.571	13.546	17	15.154	15.142	8	15.118	5
Bezirk Nyírbogdány	**64**	**45.231**	**45.143**	**26**	**49.839**	**49.716**	**12**	**49.501**	**6**
Demecser	2	3.729	3.721	6	4.360	4.350	4	4.369	1
Kemecse	39	4.317	4.309	7	4.465	4.464	0	4.465	0
Nyírtura	18	1.404	1.402	2	1.433	1.424	0	1.348	0
Sényő	5	1.112	1.112	0	1.165	1.165	0	1.163	0
Komitat Szatmár[1198]	**650**	**149.642**	**149.423**	**132**	**430.797**	**268.475**	**6.244**	**281.186**	**4.747**
Bezirk Csenger	**13**	**27.229**	**27.177**	**30**	**27.961**	**27.895**	**7**	**27.586**	**3**

[1198] 1923 wurden die Komitate Szatmár, Ugocsa und Bereg als Szatmár, Ugocsa und Bereg k. e. e. Komitat mit dem Sitz in Mátészalka vereinigt.

10.15772/ANDRASSY.2019.005438

Porcsalma	13	2.649	2.648	0	3.087	3.084	1	3.052	0
Bezirk Mátészalka	**6**	**63.526**	**63.460**	**64**	**59.651**	**59.328**	**18**	**58.918**	**12**
Fábiánháza	6	2.349	2.325	49	2.593	2.93	0	2.593	0
Bezirk Nagykároly[1199]	**613**	**-**	**-**	**-**	**47.590**	**38.811**	**588**	**40.844**	**1.320**
Vállaj	315	3.042	3.037	3	3.331	3.248	83	3.290	33
Mérk	298	3.529	3.525	0	3.932	3.924	5	3.926	5
Bezirk Szatmárnémeti[1200]	**18**	**-**	**-**	**-**	**47.838**	**37.927**	**19**	**38.594**	**21**
Zajta	18	670	668	2	661	660	0	656	0
Komitat Bereg (Beregszász[1201])		**-**	**-**	**-**	**142.384**	**118.899**	**3.416**	**121.146**	**3.883**
REGION INSGESAMT	**4332**								

[1199] Zur Zeit der Volkszählung von 1930 gehörte der Bezirk nicht zu Ungarn. Die Gemeinden Vállaj und Mérk waren in den Bezirk Mátészalka eingegliedert. Nagykároly ist heute eine Stadt in Rumänien, die rumänisch Carei, deutsch Großkarol genannt wird.
[1200] Zur Zeit der Volkszählung von 1930 gehörte der Bezirk nicht zu Ungarn. Die Gemeinde Zajta war in den Bezirk Csenger eingegliedert.
[1201] Ukrainisch Berehowe, deutsch Beregsaß, heute Stadt in der Ukraine.

10.15772/ANDRASSY.2019.005439

Tabelle 4. Prozentuelle Angaben zur deutschen und ungarischen Muttersprache und Nationalität bei den amtlichen Volkszählungen von den Jahren 1930 und 1941 in der Region Nordostungarn:

Ort	Volkszählung 1930			Volkszählung 1941				
	Gesamt	U. M.	Dt. M.	Gesamt	U. M.	Dt. M.	U. N.	Dt. N.
Komitat Borsod	100%	99%	0,2%	100%	99%	0,1%	98%	0,04%
Stadt Miskolc	100%	98%	0,9%	100%	98%	1%	98%	0,1%
Bezirk Edelény	100%	98%	0,2%	100%	98%	0,1%	98%	0,05%
Bezirk Mezőkövesd	100%	99%	0,03%	100%	99%	0,01%	99%	0,004%
Bezirk Miskolc	100%	97%	0,6%	100%	99%	0,2%	99%	0,08%
Bezirk Ózd	100%	98%	0,4%	100%	98%	0,1%	97%	0,05%
Bezirk Sajószentpéter	100%	99%	0,3%	100%	99%	0,1%	98%	0,07%
Komitat Gömör und Kishont	-	-	-	100%	91%	0,3%	91%	0,1%
Bezirk Putnok	100%	99%	0,2%	100%	99%	0,09%	98%	0,03%
Komitat Abaúj Torna	100%	99%	0,1%	100%	81%	0,2%	96%	0,08%
Bezirk Szikszó	100%	99%	0,07%	100%	99%	0,05%	97%	0,02%
Komitat Zemplén	100%	98%	0,2%	100%	68%	0,1%	69%	0,07%
Bezirk Sárospatak	100%	97%	0,3%	100%	98%	0,1%	98%	0,07%
Bezirk Szerencs	100%	99%	0,1%	100%	99%	0,1%	98%	0,08%
Bezirk Tokaj	100%	99%	0,2%	100%	99%	0.07%	99%	0,02%
Komitat Hajdú	100%	99%	0,05%	100%	99%	0,02%	99%	0,01%
Bezirk Központ	100%	99%	0,04%	100%	99%	0,01%	98%	0,006%
Bezirk Püspökladány	100%	99%	0,04%	100%	99%	0,03%	99%	0,01%
Komitat Bihar	100%	96%	0,07%	100%	71%	0,1%	72%	0,1%
Bezirk Berettyóújfalu	100%	98%	0,08%	100%	99%	0,06%	99%	0,03%
Bezirk Derecske	100%	99%	0,04%	100%	99%	0,03%	99%	0,02%
Komitat Szabolcs	100%	99%	0,1%	100%	99%	0,05%	98%	0,03%
Stadt Nyíregyháza	100%	99%	0,2%	100%	98%	0,1%	98%	0,1%
Bezirk Unter-Dada	100%	99%	0,05%	100%	99%	0,02%	99%	0,01%
Bezirk Ober-Dada	100%	99%	0,03%	100%	99%	0,02%	99%	0,03%

10.15772/ANDRASSY.2019.005440

Bezirk Kisvárda	100%	99%	0,1%	100%	99%	0,03%	98%	0,01%
Bezirk Nagykálló	100%	99%	0,09%	100%	94%	0,02%	99%	0,01%
Bezirk Nyírbogdány	100%	99%	0,05%	100%	99%	0,02%	99%	0,01%
Komitat Szatmár	100%	99%	0,08%	100%	62%	1%	65%	1%
Bezirk Csenger	100%	99%	0,1%	100%	99%	0,02%	98%	0,01%
Bezirk Mátészalka	100%	99%	0,1%	100%	99%	0,03%	98%	0,02%
Bezirk Nagykároly	-	-	-	100%	81%	1%	85%	2%
Bezirk Szatmárnémeti	-	-	-	100%	79%	0,03%	80%	0,04%
Komitat Bereg	-	-	-	100%	83%	2%	85%	2%

10.15772/ANDRASSY.2019.005441

Tabelle 5. Anzahl der Deportierten, bzw. Angaben zur deutschen und ungarischen Muttersprache und Nationalität bei den amtlichen Volkszählungen von den Jahren 1930 und 1941 in der Region Bács-Kiskun:

	Anzahl der Deportierten	Volkszählung 1930			Volkszählung 1941				
		Gesamt	U. M.	Dt. M.	Gesamt	U. M.	Dt. M.	U. N.	Dt. N.
Komitat Bács-Bodrog (Zombor)	**1.258**	**109.486**	**72.839**	**28.089**	**695.598**	**323.084**	**177.282**	**342.987**	**168.477**
Bezirk Bácsalmás	**448**	**40.505**	**24.024**	**12.922**	**41.327**	**41.327**	**25.845**	**31.554**	**9.492**
Bácsalmás	286	13.045	4.451	7.306	13.310	5.311	6.870	7.849	5.253
Csikéria	15	1.975	1.348	225	2.050	1.164	390	1.717	308
Katymár	44	4.818	1.029	2.534	4.693	1.098	2.402	2.899	1.770
Kelebia	12	3.566	3.509	23	4.133	4.083	31	4.119	9
Kunbaja	61	3.056	402	2.615	2.920	515	2.386	889	2.031
Madaras	30	5.928	5.789	122	5.686	5.536	140	5.599	79
Bezirk Baja	**636**	**38.905**	**19.706**	**14.315**	**45.910**	**22.399**	**15.988**	**28.745**	**13.098**
Bácsbokod	72	4.440	2.006	1.714	4.262	2.148	1.531	3.364	969
Bácsborsód	10	1.845	1.115	624	1.875	1.239	558	1.418	443
Baja		27.935	24.469	1.766	32.399	28.626	2.394	30.730	1.282
Csátalja	0	2.677	213	2.446	2.758	213	2.415	496	2.237
Csávoly	40	3.104	584	2.016	3.253	916	1.836	1.735	1466
Dávod		3.284	3.208	64	3.236	3.153	71	3.200	34
Felsőszentiván		2.801	1.726	443	2.849	1.840	391	2.513	169
Gara	394	4.124	341	2.673	4.473	716	2.709	2.175	2.287
Vaskút	120	4.907	644	3.995	4.785	638	3.846	1.463	3.288
Bezirk Jánoshalma	**174**	**30.058**	**29.102**	**843**	**31.852**	**30.898**	**803**	**31.045**	**580**
Borota	31	3.751	3.581	136	4.049	3.946	65	3.984	53
Jánoshalma	55	14.839	14.686	125	15.933	15.756	72	15.724	27
Mélykút	14	8.043	7.999	29	8.117	8.091	17	8.101	8
Rém	74	1.618	1.036	548	1.829	1.177	626	1.320	491

10.15772/ANDRASSY.2019.005442

Komitat Pest Pilis Solt Kiskun (Budapest)	**1.556**	**1.366.989**	**1.243.629**	**93.875**	**1.534.867**	**1.420.568**	**93.961**	**1.480.835**	**44.674**
Bezirk Dunavecse	**269**	**33.066**	**28.066**	**3.707**	**33.586**	**28.853**	**3.715**	**32.104**	**1.386**
Harta	269	5.419	1.767	3.568	5.815	2.188	3.569	4.462	1.343
Bezirk Kalocsa	**770**	**43.816**	**36.507**	**6.003**	**44.312**	**36.340**	**6.901**	**39.059**	**5.167**
Hajós	600	5.186	1.121	4.056	5.311	1.062	4.246	1.989	3.321
Nemesnádudvar	170	2.898	1.052	1.841	3.997	532	2.556	1.288	1.889
Bezirk Kiskunfélegyháza	**17**	**53.074**	**52.984**	**25**	**54.642**	**54.562**	**14**	**54.542**	**5**
Kiskunmajsa	17	17.900	17.882	10	18.282	18.269	0	18.262	0
Bezirk Kiskőrös	**500**	**54.607**	**53.140**	**324**	**58.144**	**55.200**	**2.710**	**57.114**	**985**
Császártöltés	400	3.391	3.339	48	3.670	1.047	2.621	2.802	867
Soltvadkert	100	8.572	8.489	70	8.936	8.878	14	8.794	7
REGION INSGESAMT	**2.814**								

10.15772/ANDRASSY.2019.005443

Tabelle 6. Prozentuelle Angaben zur deutschen und ungarischen Muttersprache und Nationalität bei den amtlichen Volkszählungen von den Jahren 1930 und 1941 in der Region Bács-Kiskun:

Ort	Volkszählung 1930			Volkszählung 1941				
	Gesamt	U. M.	Dt. M.	Gesamt	U. M.	Dt. M.	U. N.	Dt. N.
Komitat Bács-Bodrog	100%	66%	25%	100%	46%	25%	49%	24%
Bezirk Bácsalmás	100%	59%	31%	100%	62%	29%	76%	22%
Bezirk Baja	100%	50%	36%	100%	48%	34%	62%	28%
Bezirk Jánoshalma	100%	96%	2%	100%	97%	2%	97%	1%
Komitat Pest-Pilis-Solt-Kiskun (Budapest)	100%	90%	6%	100%	92%	6%	96%	3%
Bezirk Dunavecse	100%	84%	11%	100%	85%	10%	94%	4%
Bezirk Kalocsa	100%	83%	13%	100%	82%	15%	88%	11%
Bezirk Kiskunfélegyháza	100%	99%	0,04%	100%	99%	0,02%	99%	0,09%
Bezirk Kiskőrős	100%	97%	0,05%	100%	94%	4%	98%	1%

10.15772/ANDRASSY.2019.005444

Tabelle 7. Anzahl der Deportierten, bzw. Angaben zur deutschen und ungarischen Muttersprache und Nationalität bei den amtlichen Volkszählungen von den Jahren 1930 und 1941 in der Region Schwäbische Türkei:

Ort	Anzahl der Deportierten	Volkszählung 1930			Volkszählung 1941				
		Gesamt	U. M.	Dt. M.	Gesamt	U. M.	Dt. Ms.	U. N.	Dt. N.
Komitat Baranya	**5294**	**249.997**	**151.194**	**86.581**	**305.565**	**168.881**	**105.552**	**209.615**	**78.851**
Bezirk Hegyhát	**1450**	**44.385**	**23.372**	**20.406**	**44.135**	**21.917**	**21.421**	**26.137**	**17.574**
Alsómocsolád	19	814	746	68	724	439	284	468	255
Ág	20	489	77	412	501	75	364	162	338
Bakóca	26	878	825	6	810	720	41	747	13
Baranyajenő	47	804	204	600	800	181	583	243	557
Baranyaszentgyörgy	32	487	27	431	483	21	420	205	278
Barátúr	16	200	13	187	207	24	183	145	62
Bikal	51	1101	328	771	1035	119	913	174	861
Császta	0	497	454	43	511	446	65	508	3
Csikóstöttös	18	1715	820	895	1540	638	894	664	866
Egyházaskozár[1202]	77	1219	83	1196	1159	42	1117	62	1092
Felsőmindszent	21	804	478	325	784	351	422	483	291
Gerényes	24	643	267	375	604	268	331	271	328
Godisa	6	454	303	151	469	189	279	401	68
Gödre	67	1220	282	895	1199	298	861	508	690
Hegyhátmaróc	36	532	78	454	476	56	420	93	383
Hetvehely	26	625	156	468	624	87	510	202	421
Jágónak	43	1027	798	229	1023	636	379	655	366
Kaposszekcső	7	1664	830	828	1669	841	827	909	749
Karácodfa	0	137	137	0	120	119	1	120	0
Kán	36	394	57	316	354	30	312	68	286

[1202] Die Gemeinde hieß bis zum Jahr 1934 Ráckozár.

10.15772/ANDRASSY.2019.005445

Kárász	0	506	494	11	485	466	18	481	4
Kisbattyán	20	264	21	214	268	28	209	89	100
Kishajmás	13	425	374	50	419	267	137	378	28
Kisvaszar	34	671	137	425	632	177	369	213	341
Komló	10	2187	1979	203	3261	2765	470	3052	194
Köblény	61	556	20	536	510	27	483	31	479
Liget	35	691	295	346	645	302	316	354	204
Magyaregregy	0	1264	1230	28	1292	1184	28	1224	67
Magyarhertelend	18	591	357	221	567	307	245	398	154
Magyarszék	43	1157	630	524	1151	540	609	739	369
Mágocs	151	3833	1079	2749	3703	861	2837	1272	2431
Mecsekfalu	4	268	17	250	271	14	257	153	138
Mecsekjánosi	28	554	144	410	562	104	458	184	378
Mekényes	53	1135	41	1092	1038	35	1003	56	988
Meződ	34	537	319	218	477	268	189	316	159
Nagyhajmás	73	1115	204	892	1028	186	827	231	796
Okorvölgy	15	242	9	232	243	11	232	135	198
Oroszló	2	442	236	202	423	163	256	178	245
Palé	15	208	9	199	190	8	182	32	158
Sásd	33	1360	1334	22	2154	1956	156	2123	29
Szalatnak	105	944	75	867	894	68	826	97	797
Szágy	25	494	97	371	478	82	376	323	138
Szárász	28	320	13	307	285	1	284	8	277
Szászvár	0	1697	1524	163	1798	1689	77	1719	17
Szentkatalin	17	406	285	120	341	146	181	261	36
Tarrós	10	275	245	30	255	192	63	191	64
Tékes	35	619	214	405	670	193	398	310	360
Tormás	9	299	53	246	556	422	134	508	48
Tófű	14	601	575	26	283	6	277	7	276

10.15772/ANDRASSY.2019.005446

Vásárosdombó	7	869	862	7	831	820	4	824	0
Vázsnok	1	278	243	21	275	257	8	257	7
Vékény	0	289	286	3	276	275	1	276	0
Bezirk Mohács	**582**	**31.558**	**9669**	**20.721**	**38.887**	**10.998**	**22.878**	**19.330**	**15.561**
Babarc	89	1521	129	1388	1449	100	1342	545	904
Bár	0	721	37	682	750	48	702	92	650
Dunaszekcső	0	5529	4465	1004	5552	4054	1129	4771	722
Görcsönydoboka[1203]	0	899	41	854	932	24	876	198	16
Hercegszabar	21	1106	33	1072	1193	44	1149	128	1065
Hercegtöttös[1204]	0	1119	232	866	1117	143	950	684	433
Himesháza	160	1706	88	1616	1610	80	1529	123	1487
Kisnyárád	49	661	27	634	596	14	582	95	581
Kölked	0	1663	1556	57	1905	1776	113	1879	25
Lánycsók	51	2264	502	1701	2354	461	1847	715	1638
Liptód	65	825	21	790	855	34	815	262	593
Majs	30	1885	270	1593	1854	196	1645	653	1191
Nagynyárád	13	2158	892	1254	2120	520	1279	1636	484
Németbóly	0	3095	982	2078	3055	755	2290	2234	951
Püspökmárok	45	505	51	379	508	40	409	140	368
Somberek	0	1864	164	1613	1912	121	1739	588	1325
Szajk	11	885	36	846	859	19	836	715	144
Szűr	44	696	8	688	661	10	651	29	632
Udvar	7	419	17	395	428	33	390	156	278
Versend	0	1283	61	603	1315	304	585	984	330
Bezirk Pécs	**168**	**38.613**	**27.155**	**6569**	**41.044**	**29.725**	**6810**	**37.228**	**3631**
Abaliget	7	767	213	523	720	214	497	456	284

[1203] Die Gemeinde entstand nach der Vereinigung von Cselegörcsöny und Cseledoboka 1944. Die Angaben sind summiert.
[1204] Die Gemeinde hieß bis zum Jahr 1933 Ráctöttös. 1950 wurde sie zu Töttös unbenannt.

10.15772/ANDRASSY.2019.005447

Aranyosgadány[1205]	26	617	598	18	654	637	14	652	1
Bános	1	252	235	17	264	185	21	253	9
Egerág	13	873	749	109	816	619	184	619	184
Garé	0	447	444	3	453	453	0	453	0
Görcsöny	43	872	798	30	829	814	11	826	2
Hásságy	0	614	20	589	630	43	580	315	314
Hird		625	304	320	642	290	346	382	254
Keszü	0	527	524	1	534	526	5	532	2
Kovácsszénája	2	224	214	10	221	180	27	221	0
Kozármisleny	16	1521	1276	241	1734	1362	352	1613	117
Magyarsarlós	0	612	126	188	572	88	188	501	71
Mánfa	0	737	644	64	710	616	80	633	82
Mecsekalja	4	2021	1852	152	2895	2724	54	2854	3
Mecsekrákos	5	240	79	161	227	25	202	67	160
Mecsekszabolcs	8	4671	4555	73	5612	5139	409	5456	129
Nagyárpád	2	796	194	599	769	180	586	586	189
Nagykozár	3	1003	144	452	1060	143	493	743	315
Orfű	4	229	43	166	230	39	180	48	171
Pellérd	32	1239	1238	0	1153	1148	2	1149	1
Püspökbogád	1	605	587	15	598	590	7	598	0
Szalánta	0	732	205	6	794	282	5	794	0
Szőkéd	1	628	206	207	576	177	192	493	83
Bezirk Pécsvárad	**1613**	**34.056**	**12.511**	**20.730**	**33.732**	**10.608**	**22.255**	**15.210**	**18.296**
Apátvarad	41	375	12	363	389	4	359	14	349
Berkesd	21	1227	1164	53	1263	766	431	861	333
Ellend	0	507	414	89	487	381	96	479	15
Erdősmecske[1206]	110	1083	116	937	1030	71	940	243	787

[1205] Die Gemeinde entstand 1941 mit der Vereinigung von Pécsaranyos und Keménygadány. Die Angaben in der Tabelle sind summiert.

10.15772/ANDRASSY.2019.005448

Fazekasboda	50	478	31	446	470	27	443	154	316
Feked	38	832	44	775	774	29	741	334	440
Geresd	46	733	123	659	856	108	695	314	542
Hidas	181	2482	242	2226	2375	125	2246	178	2103
Hosszúhetény	1	2786	2668	8	3212	3014	189	3164	39
Kátoly	26	791	163	341	741	26	385	355	386
Kékesd	0	531	526	5	476	465	11	444	32
Kisújbánya	4	319	16	303	317	7	310	146	171
Lovászhetény	32	497	30	467	427	5	422	14	413
Maráza	37	667	203	386	622	185	365	331	291
Martonfa	0	351	347	4	325	316	9	317	8
Máriakéménd	80	1201	120	1078	1248	76	1168	349	899
Monyoród	15	565	20	417	577	16	442	256	419
Nagypall	44	623	274	349	596	253	343	352	244
Nyomja	27	679	40	630	750	41	707	207	403
Óbánya	21	357	5	352	401	16	383	55	346
Ófalu	73	901	50	850	889	24	865	59	830
Palotabozsok	104	1853	1692	1051	1742	94	1648	239	1503
Pereked	5	376	341	1497	348	309	38	346	0
Pécsvárad	96	2760	338	36	2691	1485	1206	1930	701
Pusztakisfalu	23	177	8	169	165	5	160	11	154
Püspöklak	89	992	53	938	963	56	907	127	836
Püspöknádasd	162	2642	145	2442	2480	103	2311	375	2039
Püspökszenterzsébet	22	617	524	78	643	429	192	418	213
Püspökszentlászló	0	99	19	78	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
Szebény	27	1221	1081	140	1158	819	339	926	230
Szederkény	41	916	36	874	921	30	884	237	683

[1206] Die Gemeinde hieß bis 1948 Rácmecske.

10.15772/ANDRASSY.2019.005449

Szellő	14	411	311	100	366	140	222	187	189
Szilágy	0	670	620	45	656	563	63	601	55
Véménd	165	2380	243	2130	2479	173	2281	676	1783
Zengővárkony	11	615	485	129	620	452	160	524	90
Zsibrik	7	292	7	285	275	1	274	1	274
Bezirk Siklós	**467**	**34.390**	**31.342**	**1452**	**38.495**	**32.544**	**2458**	**35.586**	**1328**
Adorjás	4	327	325	2	329	322	0	322	0
Alsószentmárton	10	1083	461	39	1202	116	99	1120	32
Baranyahídvég	4	389	369	0	375	373	1	375	0
Beremend	71	2463	1887	458	3022	1816	1134	4208	611
Besence	0	252	251	0	242	241	0	241	0
Bisse	21	633	543	78	635	565	57	546	79
Csarnóta	4	261	248	12	236	213	22	216	26
Diósviszló	7	874	851	8	892	668	4	867	4
Drávacsehi	12	402	391	7	423	415	8	421	2
Drávacsepely	9	416	405	7	393	392	0	393	0
Drávapalkonya	10	497	496	0	519	518	1	519	0
Drávapiski	1	215	215	0	198	196	0	196	0
Drávaszabolcs	9	695	682	9	763	737	18	763	0
Drávaszerdahely	8	319	317	1	288	281	5	283	4
Egyházasharaszti	7	498	444	53	554	413	137	449	103
Gordisa	16	596	452	6	704	499	1	704	0
Harkány	4	858	800	32	914	874	24	912	1
Hegyszentmárton	4	728	728	0	872	864	2	871	1
Hirics	8	554	554	0	555	551	1	553	0
Ipacsfa	9	361	357	3	385	370	15	385	0
Kásád	16	686	209	57	701	189	65	662	28
Kémes	10	444	443	0	521	518	2	518	2
Kisharsány	20	562	559	2	638	614	17	638	0

10.15772/ANDRASSY.2019.005450

Kisszentmárton	3	380	367	4	402	382	0	402	0
Kistapolca	4	198	181	16	219	199	19	215	4
Kistótfalu	4	380	337	41	378	365	11	376	0
Kórós	5	604	602	0	516	516	0	516	0
Kovácshida	5	419	418	0	438	430	7	431	7
Lúzsok	5	289	289	0	242	242	0	242	0
Márfa	3	283	281	1	291	262	24	261	24
Matty	24	675	665	7	674	668	4	671	1
Máriagyűd[1207]	20	826	804	10	841	776	37	802	15
Nagyharsány	33	1695	1533	122	1629	1536	80	1583	42
Nagytótfalu	9	474	473	0	492	485	7	484	8
Old	4	695	615	28	732	642	18	656	18
Ózdfalu	1	394	393	1	352	350	1	352	0
Páprád	3	365	364	0	339	330	9	330	9
Rádfalva	10	588	586	2	556	554	1	556	0
Sámod	4	283	283	0	293	281	0	281	0
Siklós	4	5740	5302	363	5927	5459	363	5715	143
Siklósnagyfalu	1	476	461	14	501	472	254	499	2
Szaporca	10	503	503	0	556	546	4	556	0
Szava	6	546	522	22	514	490	23	501	12
Terehegy	12	465	437	22	471	446	24	466	5
Tésenfa	8	427	395	0	395	394	0	395	0
Turony	11	313	283	10	356	339	9	344	3
Vajszló	0	1604	1586	15	1732	1692	10	1709	5
Vejti	14	450	450	0	414	401	6	401	6
Bezirk Szentlőrinc	**655**	**32.893**	**31.123**	**1363**	**32.660**	**30.297**	**1737**	**31.431**	**891**
Babarcszőlős	8	229	229	0	249	249	0	249	0

[1207] Die Gemeinde hieß bis 1934 Gyűd.

10.15772/ANDRASSY.2019.005451

Baksa	22	722	720	0	772	744	0	744	0
Bánfa	4	401	370	7	499	434	11	438	11
Becefa	12	319	319	0	331	325	3	329	0
Boda	0	660	669	0	605	595	9	605	0
Bogdása	8	716	715	0	648	622	2	617	2
Botykapeterd	16	659	649	0	732	713	4	713	4
Bükkösd	2	859	709	149	848	661	176	821	14
Csányoszró[1208]	7	943	911	7	1003	994	0	998	0
Csebény	28	398	159	230	366	19	347	153	213
Cserdi	5	478	443	32	495	448	21	478	4
Csonkamindszent	1	233	223	9	257	257	0	257	0
Dencsháza	25	1341	1263	4	1490	1361	22	1453	11
Dinnyeberki	2	396	352	0	346	345	1	346	0
Drávaiványi	2	442	437	1	387	387	0	387	0
Gerde	5	683	667	13	697	625	9	690	1
Gilvánfa	13	416	410	2	456	453	0	455	0
Gorica	0	225	88	137	190	33	157	165	22
Gyöngyfa	11	352	352	0	306	306	0	306	0
Gyűrűfű	2	261	248	13	253	231	21	251	2
Helesfa	14	654	644	9	605	594	4	605	0
Horváthertelend	26	261	102	159	254	63	189	85	167
Ibafa	23	610	307	303	588	237	351	402	186
Kacsóta	2	509	508	1	439	429	10	431	8
Kákics	11	539	539	0	517	484	5	509	1
Katádfa	6	376	376	0	382	378	0	382	0
Kemse	16	368	355	2	341	292	2	283	2
Királyegyháza	22	1254	1250	1	1195	1133	61	1105	10

[1208] Die Gemeinde entstand durch die Vereinigung von Kiscsány und Oszró 1934. Die Angaben sind hier summiert.

10.15772/ANDRASSY.2019.005452

Kisasszonyfa[1209]	7	414	410	4	416	416	0	413	0
Kisbicsérd	2	488	485	0	541	481	19	501	0
Kisdér	9	235	234	0	233	229	3	229	3
Korpád	9	217	58	144	220	67	153	110	110
Magyarmecske	19	533	533	0	493	491	0	493	0
Magyartelek	7	345	344	0	298	297	1	297	1
Marócsa	8	345	343	2	341	340	0	293	0
Megyefa	2	787	705	60	806	751	12	762	1
Mónosokor	2	320	312	6	286	284	2	286	0
Nagybicsérd	7	599	599	0	639	621	8	639	0
Nagycsány	6	252	239	0	239	229	0	229	0
Nagypeterd	9	526	526	0	504	504	0	504	0
Nagyváty	4	511	509	0	505	479	25	504	0
Nyugotszenterzsébet	12	430	428	0	423	422	0	422	0
Okorág	15	337	326	1	326	325	0	326	0
Pécsbagota	1	165	163	0	170	168	0	169	0
Piskó	1	423	400	6	466	466	0	466	0
Rózsafa	7	572	571	0	593	593	0	593	0
Sellye	35	2164	2136	21	2058	2034	5	2047	2
Siklósbodony	6	241	236	3	214	211	2	213	0
Sósvertike	11	384	378	1	375	375	0	375	0
Sumony	5	525	521	4	546	546	0	546	0
Szabadszentkirály	17	976	975	0	870	868	0	868	0
Szentdénes	13	842	842	0	746	737	8	739	6
Szentlőrinc	108	2762	2729	25	2906	2772	72	2873	15
Tengeri	1	190	190	0	189	184	4	186	0
Téseny	13	532	529	0	564	558	6	559	5

[1209] Die Gemeinde entstand 1940 durch die Vereinigung von Magyarszentiván und Vásárosszentgál. Die Angaben hier sind summiert.

10.15772/ANDRASSY.2019.005453

Zaláta	25	767	695	3	768	764	1	768	0
Zók	1	323	323	0	398	393	5	398	0
Bezirk Villány[1210]	**356**	**16.733**	**2927**	**13.420**	**28.304**	**5.174**	**18.358**	**11.166**	**13.736**
Bezedek	6	576	43	520	599	49	545	311	298
Hercegszentmárton	4	374	89	282	401	111	309	83	318
Illocska	2	538	48	438	532	56	430	200	297
Ivánbattyán	18	438	63	375	401	43	358	83	318
Ivándárda	9	605	47	558	581	41	539	201	380
Kisbudmér	6	365	5	360	337	4	332	116	221
Kisjakabfalva	12	475	7	468	438	19	419	152	256
Kiskassa	40	759	95	638	732	98	608	161	551
Kislippó	0	477	432	43	439	349	81	412	25
Lapáncsa	11	448	23	423	441	23	417	166	275
Lippó	11	862	64	698	877	83	704	352	457
Magyarbóly	9	1593	467	1050	1451	539	858	668	746
Nagybudmér	13	450	22	420	490	24	459	140	359
Németmárok	6	581	91	490	648	68	578	350	297
Németpalkonya	15	547	44	503	563	68	494	212	351
Peterd	0	512	372	126	500	402	79	450	50
Pécsdevecser	25	259	11	247	245	12	232	19	225
Pócsa	3	371	14	344	381	30	346	147	234
Sárok	0	278	69	167	303	89	214	165	138
Újpetre[1211]	48	1298	73	1219	1225	66	1159	269	956
Villány	38	2239	553	1655	2100	550	1533	1265	825
Villánykövesd	10	560	74	486	492	51	439	313	177
Virágos	8	431	70	360	409	49	344	205	204

[1210] Alle Gemeinden des Bezirks gehörten zur Zeit der Aufnahme der Volkszählung vom Jahr 1930 zum Bezirk Baranyavár in Jugoslawien.
[1211] Vor 1933 hieß die Gemeinde Rácpetre.

10.15772/ANDRASSY.2019.005454

Vokány	62	1707	151	1550	1669	157	1495	463	1206
Stadt Pécs		**61.663**	**57.083**	**5893**	**73.500**	**60.545**	**3611**	**70.981**	**1528**
Stadt Mohács	**0**	**17.369**	**13.095**	**1920**	**18.355**	**13.849**	**2026**	**17.162**	**1054**
Komitat Somogy	**789**	**385.635**	**361.353**	**14.141**	**391.283**	**366.270**	**15.728**	**376.896**	**9899**
Bezirk Barcs	**12**	**33.896**	**26.488**	**2.157**	**34.820**	**29.295**	**2194**	**34.009**	**375**
Barcs	12	7585	6576	667	8224	7276	859	7875	284
Szulok		1879	510	1315	1742	458	1238	1687	47
Bezirk Igal	**384**	**30.414**	**27.698**	**2629**	**30.122**	**25.274**	**4693**	**26.419**	**3463**
Bonnya	133	983	851	131	1057	392	662	584	471
Ecseny	74	1075	166	909	1059	144	893	362	675
Gadács	24	448	171	277	459	11	446	20	439
Miklósi	10	828	526	302	813	124	689	522	291
Somogyszil	70	2168	2156	12	2078	1465	612	1543	534
Somogydöröcske	35	818	231	586	748	57	691	134	614
Szabadi	13	571	355	216	570	313	256	315	254
Szorosad	25	378	284	94	340	82	258	219	121
Bezirk Kaposvár	**46**	**53.082**	**49.433**	**2758**	**52.357**	**48.862**	**2239**	**49.631**	**1862**
Bőszénfa	36	904	384	520	894	391	4	513	381
Gálosfa		778	740	38	757	604	116	717	27
Kercseliget		1358	362	925	1333	402	931	448	885
Kisberki	10	401	321	41	412	360	17	362	14
Bezirk Szigetvár	**266**	**32.867**	**26.600**	**4616**	**32.797**	**26.923**	**4726**	**28.661**	**3251**
Almamellék	14	1444	827	587	1489	768	651	1002	487
Almáskeresztúr	18	558	238	308	489	185	298	235	245
Basal	1	180	179	1	207	190	8	207	0
Boldogasszonyfa	40	1073	148	921	1009	139	870	202	867
Drávafok	12	789	780	4	738	730	3	738	0
Gyöngyösmellék	11	590	566	18	624	611	11	610	11

10.15772/ANDRASSY.2019.005455

Magyalukafa	1	391	380	11	366	251	115	299	67
Mozsgó	4	1405	1394	9	1315	1303	10	1311	2
Németlad	15	1044	826	213	1028	977	48	1017	8
Somogyhárságy	13	1324	584	739	1311	407	903	693	618
Szentlászló	37	1022	262	752	1008	289	719	556	452
Szulimán	47	1040	495	542	1008	512	486	607	392
Teklafalu	40	739	500	233	701	549	152	690	11
Vásárosbéc	4	1251	1158	56	1239	1056	139	1140	69
Zsibót	6	529	508	20	505	487	17	496	9
Bezirk Tab	**81**	**40.890**	**39.724**	**1057**	**44.316**	**43.089**	**1000**	**43.430**	**593**
Köröshegy		1872	1861	8	2361	2343	10	2344	3
Nágocs	79	1158	1013	145	1218	1002	214	1131	86
Sérsekszöllös	2	385	196	187	337	145	192	147	190
Stadt Kaposvár	**0**	**32.715**	**32.000**	**352**	**32.985**	**32.416**	**250**	**32.824**	**112**
Komitat Tolna	**4092**	**269.194**	**201.662**	**66.646**	**273.153**	**199.254**	**71.926**	**216.811**	**54.715**
Bezirk Dombóvár	**328**	**34.372**	**28718**	**5575**	**34.198**	**28.231**	**5693**	**29.295**	**4596**
Csibrák	54	955	115	840	889	67	822	105	783
Dombóvár	18	8984	8676	278	8859	8617	222	8764	79
Gyulaj	35	2756	2735	14	2758	2680	34	2610	1
Kocsola	79	2310	1248	1046	2312	1172	1071	1786	474
Kurd	92	1706	681	1024	1908	767	1140	828	1079
Mucsi	38	2320	61	2257	2299	51	2247	186	2113
Újdombóvár	12	6166	6056	95	5568	5451	96	5520	25
Bezirk Dunaföldvár	**312**	**54.164**	**47.544**	**6553**	**54.680**	**46.576**	**7908**	**49.124**	**5341**
Bikács	93	1385	508	877	1493	466	958	698	727
Bölcske	13	4168	4153	11	4040	4009	26	4028	7
Dunaföldvár	0	11.340	11.262	46	11.480	11.412	53	11.437	27
Dunakömlőd	96	2227	148	2076	2307	97	2210	654	1653

10.15772/ANDRASSY.2019.005456

Dunaszentgyörgy	0	2944	2942	2	2884	2881	3	2881	0
Fadd	0	4741	4730	8	4861	4832	7	4838	3
Gerjen	0	1797	1789	6	1708	1689	14	1705	0
Györköny	49	3490	1798	1692	3478	1255	2215	1799	1686
Kajdacs	0	2180	2176	4	2131	2067	23	1091	0
Madocsa	7	2325	2324	0	2473	2466	6	2471	1
Nagydorog	15	3592	3564	22	3638	3614	9	3628	0
Németkér	36	2142	478	1662	2411	356	2053	1235	1175
Paks	3	11.833	11.672	147	11776	11432	331	11673	68
Bezirk Központ (Szekszárd)	**166**	**48.145**	**38.409**	**9330**	**49.523**	**38.747**	**10.120**	**42.479**	**6519**
Alsónána	0	1442	56	1379	1379	36	1342	34	1345
Alsónyék	0	1690	1599	74	1991	1829	144	1928	58
Báta	0	3689	3659	18	3674	3592	65	3628	37
Bátaszék	166	7336	2756	4555	7153	2399	4665	3369	3777
Decs	0	2801	2783	0	5141	4774	221	4933	72
Fácánkert	0	4809	4349	354	1502	1482	17	1493	8
Harc	0	942	932	10	870	864	6	870	0
Medina	0	1657	1516	3	1523	1347	32	1401	3
Mözs	0	2416	1385	1029	2341	947	1372	1962	379
Sárpilis	0	931	924	7	913	854	59	838	27
Sióagárd	0	1935	1920	14	1809	1772	33	1805	2
Szedres	0	1358	1349	7	1883	1870	13	1882	0
Tengelic	0	3500	3408	91	3199	2745	420	2862	295
Tolna	0	8017	6995	1002	8314	7319	904	8173	67
Várdomb	0	723	50	673	974	232	742	576	398
Bezirk Simontornya (Gyönk)	**1069**	**36.615**	**21.773**	**14.788**	**36.420**	**20.765**	**15.507**	**24.222**	**12.614**
Diósberény	12	1248	199	1048	1263	128	1135	187	1076

10.15772/ANDRASSY.2019.005457

Dúzs	45	659	88	571	608	54	554	108	509
Felsőnána	151	1549	564	976	1358	138	1219	232	1120
Gyönk	202	3156	1364	1787	3074	1118	1953	1666	1487
Hőgyész	234	3660	2239	1407	3541	1252	2280	2862	1476
Kalaznó	9	883	53	830	823	41	782	39	764
Keszőhidegkút	31	788	189	509	728	134	589	212	514
Kistormás[1212]	76	969	56	913	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
Kölesd	39	1987	1957	11	3482	2414	1058	2487	987
Nagyszékely	45	1998	270	1728	1845	254	1591	750	1095
Szakadát	88	1129	14	1114	1159	36	1122	632	527
Szárazd	31	831	87	744	758	42	701	142	616
Udvari	27	1281	514	767	1318	507	611	692	616
Varsád	79	1191	261	930	1102	81	1020	246	856
Bezirk Tamási	**167**	**42389**	**40747**	**1553**	**42.941**	**40.941**	**1620**	**41.684**	**1181**
Belecska[1213]	15	779	227	552	807	206	588	417	379
Nagykónyi	68	2177	2146	6	2622	2584	33	2618	2
Pári	84	1490	74	1415	1520	132	1386	396	1124
Bezirk Völgység (Bonyhád)	**2028**	**39.230**	**10.539**	**28.548**	**40.768**	**9799**	**30.684**	**15.653**	**24.939**
Aparhant[1214]	74	1297	90	1205	1283	68	1213	371	911
Bátaapáti	24	1184	58	1126	1099	32	1066	138	961
Bonyhád	215	6861	3842	2993	8333	3924	4397	5592	2729
Bonyhádvarasd	0	712	37	675	719	14	705	113	606
Cikó	187	1820	67	1751	1836	92	1744	468	1436
Grábóc	44	641	21	574	704	17	628	59	574

[1212] Die Gemeinde war von 1938 bis zum 1947 in Kölesd eingegliedert.
[1213] Die Gemeinde gehörte zur Zeit der Aufnahme der Volkszählung vom Jahr 1930 zum Bezirk Simontornya.
[1214] Zur Zeit der Volkszählung vom Jahr 1930 waren die Gemeinden Apar und Hant noch nicht vereinigt. Die Angaben hier wurden summiert.

10.15772/ANDRASSY.2019.005458

Györe	25	807	509	298	774	457	317	484	290
Izmény	42	890	23	865	800	34	765	68	740
Kakasd	96	1460	144	1309	2123	243	1873	374	1730
Kéty	46	1036	54	982	1113	43	1019	137	976
Kisdorog	74	1262	85	1177	1454	138	1301	478	976
Kismányok	67	624	26	598	608	15	593	56	552
Kisvejke	28	736	288	447	703	227	475	244	459
Lengyel	45	863	230	632	843	142	665	259	584
Majos	94	1207	29	1178	1183	35	1148	127	1056
Máza	61	1006	620	378	945	659	285	666	276
Mőcsény	12	474	17	1924	548	23	525	137	411
Mórágy	62	2029	101	457	1898	99	1798	479	1419
Mucsfa	50	799	28	771	772	8	763	108	672
Murga[1215]	36	663	37	625	638	22	615	113	524
Nagymányok	176	1958	526	1427	2082	519	1556	1067	1012
Nagyvejke	50	620	14	606	576	12	564	127	449
Szálka	52	1375	360	994	1313	313	994	339	978
Tevel	208	2423	154	2269	2516	135	2360	442	2073
Váralja	57	1563	859	687	1649	556	723	922	657
Závod	77	892	42	850	893	42	851	111	782
Zomba	126	1874	872	1001	2914	1562	1340	2149	765
Stadt Szekszárd	**22**	**14.279**	**13.933**	**299**	**14.683**	**14.145**	**394**	**14.446**	**134**
REGION INSGESAMT	**10.175**								

[1215] Zur Zeit der Aufnahme der Volkszählung im Jahr 1930 gehörte die Gemeinde noch zum Bezirk Simontornya.

10.15772/ANDRASSY.2019.005459

Tabelle 8. Prozentuelle Angaben zur deutschen und ungarischen Muttersprache und Nationalität bei den amtlichen Volkszählungen von den Jahren 1930 und 1941 in der Region Schwäbische Türkei:

Ort	Volkszählung 1930			Volkszählung 1941				
	Gesamt	U. M.	Dt. M.	Gesamt	U. M.	Dt. M.	U. N.	Dt. N.
Komitat Baranya	249.997	60%	34%	305.565	55%	34%	68%	25%
Bezirk Hegyhát	44.385	52%	45%	44.135	49%	48%	59%	39%
Bezirk Mohács	31.558	30%	65%	38.887	28%	58%	49%	40%
Bezirk Pécs	38.613	70%	17%	41.044	72%	16%	90%	8%
Bezirk Pécsvárad	34.056	36%	60%	33.732	31%	65%	45%	54%
Bezirk Siklós	34.390	91%	4%	38.495	84%	6%	95%	3%
Bezirk Szentlőrinc	32.893	94%	4%	32.660	92%	5%	96%	2%
Bezirk Villány	16.733	17%	80%	28.304	18%	64%	39%	48%
Komitat Somogy	385.635	93%	3%	391.283	93%	4%	96%	2%
Bezirk Barcs	33.896	78%	6%	34.820	84%	6%	97%	1%
Bezirk Igal	30.414	91%	8%	30.122	83%	15%	87%	11%
Bezirk Kaposvár	53.082	93%	5%	52.357	93%	4%	94%	3%
Bezirk Szigetvár	32.867	80%	14%	32.797	82%	14%	87%	9%
Bezirk Tab	40.890	97%	2%	44.316	97%	2%	98%	1%
Komitat Tolna	269.194	74%	24%	273.153	72%	26%	79%	20%
Bezirk Dombóvár	34.372	83%	16%	34.198	82%	16%	85%	13%
Bezirk Dunaföldvár	54.164	87%	12%	54.680	85%	14%	89%	9%
Bezirk Központ	48.145	79%	19%	49.523	78%	20%	85%	13%
Bezirk Simontornya	36.615	59%	40%	36.420	57%	42%	60%	34%
Bezirk Tamási	42389	96%	3%	42.941	95%	3%	97%	2%
Bezirk Völgység	39.230	26%	72%	40.768	24%	75%	38%	61%

10.15772/ANDRASSY.2019.005460

Tabelle 9. Anzahl der Deportierten, bzw. Angaben zur deutschen und ungarischen Muttersprache und Nationalität bei den amtlichen Volkszählungen von den Jahren 1930 und 1941 in der Region Budapest und Umgebung:

Ort	Anzahl der Deportierten	Volkszählung 1930			Volkszählung 1941				
		Gesamt	U. M.	Dt. M.	Gesamt	U. M.	Dt. M.	U. N.	Dt. N.
Komitat Bars und Hont k. e. e.	**686**	**k. A.**[1216]	**k. A.**	**k. A.**	**146.102**	**118.396**	**3.266**	**124.317**	**1.322**
Bezirk Szob	**686**	**27.853**	**24.401**	**2.607**	**20.925**	**18.021**	**2.610**	**19.859**	**941**
Nagymaros	399	4.699	3.736	958	4.470	2.727	1.733	3.777	690
Nagybörzsöny	65	1.842	1.069	771	1.739	968	766	1.512	226
Szob	111	3.486	2.854	225	2.163	2.144	7	2.159	0
Zebegény	111	891	336	551	868	796	72	854	12
Komitat Nógrád	**338**	**222.921**	**212.336**	**4.377**	**266.677**	**246.834**	**2.110**	**250.467**	**1.113**
Bezirk Nógrád (Rétság)	**338**	**30.103**	**26.922**	**1.211**	**34.199**	**31.923**	**1.405**	**33.319**	**692**
Berkenye	93	588	144	443	595	179	416	594	1
Kismaros	85	644	616	27	667	621	46	649	18
Szendehely	160	1.038	328	710	1.114	198	908	427	654
Komitat Pest Pilis Solt Kiskun (Budapest)	**4.103**	**1.366.059**	**1.243.629**	**93.875**	**1.534.067**	**1.420.568**	**93.961**	**1.480.035**	**44.674**
Bezirk Alsódabas	**234**	**60.296**	**58.216**	**149**	**67.633**	**66.207**	**263**	**66.567**	**94**
Kakucs	44	3.383	3.308	7	3.886	3884	0	3.808	0
Újhartyán	168	5.139	5.088	36	5.319	5.177	134	5.288	31
Újlengyel[1217]	22	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
Bezirk Aszód	**40**	**33,312**	**32.889**	**223**	**35.608**	**34.989**	**437**	**35.115**	**51**

[1216] Das Komitat entstand 1938 mit dem ersten Wiener Schiedsspruch. Davor war der zu Ungarn gehörende Teil mit dem Komitat Nógrád vereinigt.
[1217] Újlengyel war bis zum Jahr 1946 Teil von Újhartyán.

10.15772/ANDRASSY.2019.005461

Iklad	40	1.085	912	170	1.169	754	499	1.129	39
Bezirk Gödöllő	**103**	**77.094**	**72.883**	**698**	**82.767**	**81.445**	**416**	**81.962**	**149**
Rákoscsaba	103	8.189	8.127	32	14.752	14.490	106	14.543	31
Bezirk Központ	**1.393**	**158.102**	**131.107**	**25.265**	**149.673**	**139.333**	**9.418**	**146.868**	**2.039**
Csepel	269	22.901	20.827	1.701	46.176	44.735	1.178	45.492	475
Dunaharaszti	235	8.040	5.947	2.126	10.018	9.226	751	9.917	78
Sashalom	160	11.792	11.509	211	14.219	14.061	100	14.147	34
Soroksár	729	14.387	6.093	8.197	18.894	11.862	6.846	17.547	1.177
Bezirk Monor	**1.035**	**68.604**	**63.510**	**3.983**	**74.219**	**68.594**	**4.769**	**72.994**	**971**
Ceglédbercel	640	3.963	2.679	1.282	3.916	2.637	1.279	3.587	499
Monor	135	12.886	12.805	47	13.103	12.964	37	12.993	23
Vecsés	260	13.006	10.339	2.576	18.491	15.045	3.363	17.938	596
Bezirk Ráckeve	**1.128**	**44.826**	**34.152**	**7.964**	**48.631**	**40.417**	**6.393**	**46.452**	**1.351**
Lórév	5	506	113	10	450	122	9	278	6
Ráckeve		6.565	6.434	56	6.701	6.560	50	6.672	8
Szigetbecse	116	1.044	154	889	1.045	238	807	1.026	19
Szigetcsép	128	1.576	489	851	1.623	357	1.025	1.401	148
Szigetszentmárton	100	1.031	177	854	1.069	226	843	820	247
Szigetújfalu	133	1.636	162	1.473	1.630	275	1.354	897	733
Taksony	604	5.370	2.093	3.271	6.098	4.016	2.077	5.937	169
Tököl	42	5.378	3.004	513	6.722	5.839	184	6.546	20
Bezirk Vác	**19**	**41.112**	**38.752**	**262**	**49.290**	**47.877**	**265**	**48.686**	**163**
Felsőgöd	19	3.024	2.930	54	3.733	3.661	50	3.670	37
Pestszenterzsébet		**67.907**	**65.054**	**1.586**	**76.876**	**75.502**	**801**	**75.988**	**358**
Pestszentlőrinc	**120**	**30.611**	**29.772**	**473**	**42.075**	**41.299**	**490**	**41.589**	**317**
Rákospalota	**300**	**42.949**	**41.990**	**639**	**49.000**	**48.200**	**439**	**48.453**	**242**
REGION INSGESAMT	**5.396**								

10.15772/ANDRASSY.2019.005462

Tabelle 10. Prozentuelle Angaben zur deutschen und ungarischen Muttersprache und Nationalität bei den amtlichen Volkszählungen von den Jahren 1930 und 1941 in der Region Budapest und Umgebung:

Ort	Volkszählung 1930			Volkszählung 1941				
	Gesamt	u. Ms.	dt. Ms.	Gesamt	u. Ms.	dt. Ms.	u. N.	dt. N.
Komitat Bars und Hont k. e. e.	k. A.	k. A.	k. A.	146.102	81%	2%	85%	0,9%
Bezirk Szob	27.853	86%	9%	20.925	86%	12%	94%	4%
Komitat Nógrád	222.921	95%	2%	266.677	92%	0,7%	93%	0,4%
Bezirk Nógrád	30.103	89%	4%	34.199	93%	4%	97%	2%
Komitat Pest Pilis Solt Kiskun	1.366.059	91%	7%	1.534.067	92%	6%	96%	2%
Bezirk Alsódabas	60.296	96%	0,2%	67.633	97%	0,3%	98%	0,1%
Bezirk Aszód	33,312	98%	0,6%	35.608	98%	1%	98%	0,1%
Bezirk Gödöllő	77.094	94%	0,9%	82.767	98%	0,5%	99%	0,1%
Bezirk Központ	158.102	82%	15%	149.673	93%	6%	98%	1%
Bezirk Monor	68.604	92%	5%	74.219	92%	6%	98%	1%
Bezirk Ráckeve	44.826	76%	17%	48.631	83%	13%	95%	2%
Bezirk Vác	41.112	94%	0,6%	49.290	97%	0,5%	98%	0,3%

10.15772/ANDRASSY.2019.005463

Verzeichnis der Quellen

Archive

Bundesarchiv – Lastenausgleichsarchiv Bayreuth

Diözenanrachiv Pécs (Pécsi Püspöki Levéltár)

Diözesanarchiv Vác (Váci Püspöki Levéltár) – E-Levéltár

Erzdiözesanarchiv Kalocsa (Kalocsai Főegyházmegyei Levéltár)

Hauptstädtisches Archiv Budapest (Budapest Főváros Levéltára)

Primatialarchiv Esztergom (Prímási Levéltár, Esztergom)

Ráday-Archiv des Reformierten Kirchendistrikts an der Donau (Dunamelléki Református Egyházkerület Ráday Levéltára)

Ungarisches Nationalarchiv Komitatsarchiv Baranya (Magyar Nemzeti Levéltár Baranya Megyei Levéltára)

Ungarisches Nationalarchiv Komitatsarchiv Bács-Kiskun (Magyar Nemzeti Levéltár Bács-Kiskun Megyei Levéltára)

Ungarisches Nationalarchiv Komitatsarchiv Békés (Magyar Nemzeti Levéltár Békés Megyei Levéltára)

Ungarisches Nationalarchiv Komitatsarchiv Borsod-Abaúj-Zemplén (Magyar Nemzeti Levéltár Borsod-Abaúj-Zemplén Megyei Levéltára)

Ungarisches Nationalarchiv Komitatsarchiv Borsod-Abaúj-Zemplén, Filialarchiv Sátoraljaújhely (Magyar Nemzeti Levéltár Borsod-Abaúj-Zemplén Megyei Levéltárának Sátoraljaújhelyi Fióklevéltára)

Ungarisches Nationalarchiv Komitatsarchiv Hajdú-Bihar (Magyar Nemzeti Levéltár Hajdú-Bihar Megyei Levéltára)

Ungarisches Nationalarchiv Komitatsarchiv Hajdú-Bihar, Filialarchiv Hajdúböszörmény (Magyar Nemzeti Levéltár Hajdú-Bihar Megyei Levéltárának Hajdúböszörményi Fióklevéltára)

Ungarisches Nationalarchiv Komitatsarchiv Nógrád, Filialarchiv Balassagyarmat (Magyar Nemzeti Levéltár Nógrád Megyei Levéltárának Balassagyarmati Fióklevéltára)

Ungarisches Nationalarchiv Komitatsarchiv Pest (Magyar Nemzeti Levéltár Pest Megyei Levéltára)

Ungarisches Nationalarchiv Komitatsarchiv Pest, Filialarchiv Nagykőrős (Magyar Nemzeti Levéltár Pest Megyei Levéltárának Nagykőrösi Fióklevéltára).

10.15772/ANDRASSY.2019.005464

Ungarisches Nationalarchiv Komitatsarchiv Somogy (Magyar Nemzeti Levéltár Somogy Megyei Levéltára)

Ungarisches Nationalarchiv Komitatsarchiv Szabolcs-Szatmár-Bereg (Magyar Nemzeti Levéltár Szabolcs-Szatmár-Bereg Megyei Levéltára)

Ungarisches Nationalarchiv Komitatsarchiv Tolna (Magyar Nemzeti Levéltár Tolna Megyei Levéltára)

Ungarisches Nationalarchiv Landesarchiv Ungarns (Magyar Nemzeti Levéltár Magyar Országos Levéltár)

Bibliographie

AMENT, Joschi: „Es geht alles vorüber, es geht alles vorbei". Das Schicksal der Deutschen aus Elek in Ungarn. Eigenverlag, Sinsheim, 2015.

APPLEBAUM, Anne: Gulag. A History. Doubleday, New York, 2003.

ASSMANN, Jan: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in früheren Hochkulturen. 2. Aufl. Beck, München, 1997.

ÁCS, Zoltán: Nemzetiségek a történelmi Magyarországon. Kossuth Kiadó, Budapest, 1996.

ÁRVA, Erzsébet – POZSONYI, József: Deportáltak. Balmazújvárosból elhurcoltak visszaemlékezései. Balmazújvárosi Múzeum, Balmazújváros, 1989.

BAIER, Hannelore (Hg.): Deportarea etnicilor germani din România în Uniunea Sovietică 1945: culegere de documente de arhivă. Forumul Democrat al Germanilor din România, Sibiu, 1994.

BAIER, Hannelore: Tief in Russland bei Stalin: Erinnerungen und Dokumente zur Deportation in die Sowjetunion 1945. ADZ-Verlag, Bukarest, 2000.

BALOG K., János: Tolna megye felszabadítása. In: PUSKÁS, Attila (Hg.): Tanulmányok Tolna megye történetéből. Tolna Megyei Tanács Levéltára, Szekszárd, 1972. 5–54.

BALOGH L., Béni: „Törvényes" megszállás. Szovjet csapatok Magyarországon 1944–1947. Magyar Nemzeti Levéltár, Budapest, 2015.

BANK, Barbara: Recsk. Szépmíves Könyvek, Budapest, 2017.

BANK, Barbara – GYARMATI, György – PALASIK, Mária: „Állami titok". Internáló- és kényszermunkatáborok Magyarországon 1945–1953. L´Harmattan/ÁBTL, Budapest, 2012.

BANK, Barbara – ŐZE, Sándor (Hg.): A „német ügy" 1945–1953. A Volksbundtól Tiszalökig. LDU, Backnang – Budapest – München, 2005.

BARNES, Steven A.: Death and Redemption. The Gulag and the Shaping of Soviet Society. Princeton University Press, Princeton – Oxford, 2011.

BARTA, János – GERGELY, Jenő – KRISTÓ, Gyula: Magyarország története. Előidőktől 2000-ig. Pannonica, Budapest, 2002.

10.15772/ANDRASSY.2019.005465

BEER, Mathias (Hg.): Das Heimatbuch. Geschichte, Methodik, Wirkung. Vanderhoeck und Ruprecht, Göttingen, 2010.

BEER, Mathias: Flucht und Vertreibung der Deutschen: Voraussetzungen, Verlauf, Folgen. C. H. Beck, München, 2011.

BELLÉR, Béla: A magyarországi németek rövid története. Magvető, Budapest, 1981.

BELLÉR, Béla: A Volksbildungsverein-tól a Volksbund-ig. A magyarországi németek története 1933–1938. Új Mandátum, Budapest, 2002.

BELLÉR, Béla: Kurze Geschichte der Deutschen in Ungarn. I. Teil bis 1919. Demokratischer Verband der Ungarndeutschen, Budapest, 1986.

BELLÉR, Béla: Vom Volksbildungsverein zum Volksbund. Suevia Pannonica, Speyer, 2000.

BENZ, Wolfgang: Ausgrenzung, Vertreibung, Völkermord. Genozid im 20. Jahrhundert. DTV, München, 2006.

BENZ, Wolfgang (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Fischer Taschenbuch, Frankfurt am Main, 1995.

BERZEZNAI, Zsuzsanna – SCHŐN, Mária (Hg.): Könnyek népe. A hajósi sváb parasztság sorsa 1938–1954 között. Hajós város önkormányzata, Hajós, 2017.

BERNER, Helmut - RADOSAV, Doru: Und keiner weiß warum. Eine deportierte Geschichte. Landmannschaft der Sathmarer Schwaben, Ravensburg, 1996.

BEZERÉDY, Győző: Dunaszekcső felszabadulása és a demokratikus átalakulás kezdetei. In: Baranyai Helytörténetírás 7. 1974. 379–391.

BISCHOF, Günter – KARNER, Stefan – STELZL-MARX, Barbara: Kriegsgefangene des Zweiten Weltkrieges: Gefangennahme – Lagerleben – Rückkehr. Oldebourg Wissenschaftsverlag, München–Wien, 2005.

BISCHOF, Günter – OVERMANS, Rüdiger: Kriegsgefangenschaft im Zweiten Weltkrieg. Eine vergleichende Perspektive. Verlag Gerhard Höller, Ternitz-Pottschah, 1999.

BLUMENWITZ, Dieter: Flucht und Vertreibung. Heymanns, Köln, 1987.

BOGNÁR, Zalán: A budapesti csata ártatlanul elhurcolt áldozatai. In: ZSÍROS, Sándor (Hg.): Emberek az embertelenségben. Gulágkutatók Nemzetközi Társasága, Miskolc, 2010, 36–55.

BOGNÁR, Zalán: Budapest és környéke lakosságának tömeges elhurcolása szovjet hadifogságba (1944. december – 1945. április) In: KÚT 2004/3–4. 99–113.

BOGNÁR, Zalán: Budapest polgári lakosságának tömeges elhurcolása szovjet hadifogságba, 1945. Januar–März. In: Hadtörténelmi Közlemények, 1995/1. 109–114.

BOGNÁR, Zalán: Egy csata utóélete. Budapest ostromának (hadi)fogoly-vesztesége(i). In: Studia Caroliensia, 2000/1. 77–87.

10.15772/ANDRASSY.2019.005466

BOGNÁR, Zalán (Hg.): „Egyetlen bűnünk a származásunk volt...”. Német és magyar polgári lakosok deportálása „malenkij robot”-ra a sztálini lágerekbe, 1944/45–1950. Magyarországi Németek Pécs-Baranyai Nemzetiségi Köre, Pécs. 2009.

BOGNÁR, Zalán (Hg.): „Itt volt a végállomás”. Halálos áldozatokkal járó német- és magyarellenes tevékenysgek a Kárpát-medencében. Magyarországi Németek Pécs-Baranyai Nemzetiségi Köre, Pécs, 2015.

BOGNÁR, Zalán – MÜLLER W., Judit: A 0060-as parancs: a német származás indokával Magyarországról elhurcoltak története. Magyarországi Németek Pécs-Baranyai Nemzetiségi Köre, Pécs, 2017.

BONWETSCH, Bernd: Gulag. Willkür und Massenverbrechen in der Sowjetunion 1917 – 1953. Einführung und Dokumente. In: LANDAU, Julia – SCHERBAKOWA, Irina (Hg.): Gulag. Texte und dokumente. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2014, 30–50.

BORCHARD, Michael: Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Zur politischen Bedeutung der Kriegsgefangenenfrage 1949–1955. Droste, Düsseldorf, 2000.

BORHI, László: A vasfüggöny mögött. Magyarország nagyhatalmi erőtérben. Ister, Budapest, 2000.

BOROS BRAMBAUER, Johann: Véménd. Véménd, 2007.

BORSODI, Gyula: Ellopott életünk. Málenkij robot. Herendi 2004 Kiadó, Miskolc, 2017.

BÖDŐ, István – CZETZ, Balázs: „Füstölgő romok között”. Fejér megyei helyzetjelentések a második világháborút követően. MNL Fejér Megyei Levéltára, Székesfehérvár, 2016.

BRAHAM, Randolph L.: The politics of genocide: the Holocaust in Hungary. Wayne State University Press, Detroit, 2000.

BRANDES, Detlef – IVANIČKOVÁ, Edita – PEŠEK, Jirí (Hg.): Erzwungene Trennung. Vertreibung und Aussiedlung in und aus der Tschechoslowakei 1938–1947 im Vergleich mit Polen, Ungarn und Jugoslawien. Klartext, Essen, 1999.

BRANDES, Detlef – SUNDHAUSSEN, Holm – TROEBST, Stefan (Hg.): Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts. Böhlau, Köln–Weimar–Wien, 2010.

BRANDT, Franz – STÖCKL, Johann: Die Geschichte der Gemeinde Elek in Ungarn. Selbstverlag, Weinheim, 1977.

BREITENFELLNER, Kirstin: Wir Opfer: warum der Sündenbock unsere Kultur bestimmt. Diederichs, München, 2013.

BRUNN, János: Györköny. Egy falu a történelem sodrában. Györköny, 2012.

BUCZKÓ, József – HADAS Ferenc: Akiknek még sír sem jutott. Hajdúnánásiak a „málenkij robot” poklában. Nánási füzetek 22. Móricz Pál Városi könyvtár, Hajdúnánás, 2014.

10.15772/ANDRASSY.2019.005467

BUCZKÓ, József: Hajdúnánásiak a málenkij robot poklában. In: VARJASI, Imre (Hg.): Túszfoglyok a Hajdúságban. Akiknek még sír sem jutott. Tanulmányok a málenkij robotról. Selbstverlag, Hajdúböszörmény, 2017. 71–95.

CARTELLIERE, Diether: Erinnerungsveränderungen und Zeitabstand – Ein Beitrag zum Problem der Erinnerungsleistungen in Abhängigkeit vom Bealtensintervall. In: MASCHKE, Erich (Hg.): Die deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs. Eine Zusammenfassung. Band XIV. Verlag Ernst und Werner Gieseking. München 1974. 103–184.

CZANK, Szilvia: Elrabolt évek nyomában. Selbstverlag, Mátészalka, 2017.

DÄHLER, Richard: Die japanischen und deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion 1945–1956. Vergleich von Erlebnisberichten. LIT Verlag, Zürich, 2006.

DÁNYI, Dezső: Az 1941. évi népszámlálás. Band 3/a. Anyanyelv, nemzetiség, nyelvismeret. KSH, Budapest, 1983.

DE ZAYAS, Alfred: 50 Thesen zur Vertreibung. Inspiration Unlimited Verlag, London–München, 2008.

DE ZAYAS, Alfred: Die Nemesis von Potsdam. Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. C.H. Beck, München, 1977.

DEBREI, Hajnalka (Hg.): Átélt történelem. Életképek 1944–1948. Diósberény, 2005.

DOBOZI, Eszter: „Csak a napnyugtát néztük…”. Elhurcolt magyar nők a Donyecben. Csokonai, Debrecen, 1991.

DORNIK Wolfram – HESS Mihael – KNOLL Harald: Burgenländische Kriegsgefangene und Zivilverurteilte in der Sowjetunion 1941–1956. Amt der Burgenländischen Landesregierung, Eisenstadt, 1997.

DOUGLAS, Ray M.: „Ordnungsgemäße Überführung”. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. 2. Aufl.. Beck, München, 2012.

DÖME, Ottó: Az 1000 éves Bácsbokod története. Bácsbokod község önkormányzata, Bácsbokod, 1998.

DUPKA, György: A mi Golgotánk. A kollektív bűnösség elvének alkalmazása a kárpátaljai magyarokkal és németekkel szemben. A 4. Ukrán Front Katonai Tanácsa határozatainak végrehajtása az NKVD-jelentések tükrében, 1944–1946. Szolyvai Emlékparkbizottság, Budapest–Ungvár, 2012.

DUPKA, György: A szovjet hatóság megtorló tevékenysége Kárpátalján: 1944–1991: a kárpátaljai magyarságot ért atrocitások, sérelmek vázlatos története levéltári források, egyéb dokumentumok alapján. Intermix, Budapest–Ungvár, 2014.

DUPKA, György: Halottaink, 1944–1959: a kárpátaljai szovjet népirtás eddig ismert áldozatainak névsora. Intermix, Budapest–Ungvár, 2014.

DUPKA, György – KORSZUN, Alekszej: A „Málenykij Robot” dokumentumokban. Intermix, Budapest–Ungvár, 1993.

10.15772/ANDRASSY.2019.005468

EILER, Ferenc: Németek, helyi társadalom és hatalom: Harta 1920–1989. Argumentum, Budapest, 2011.

ENDRÉSZ, György: Nemsokára hazamentek. Rátkaiak kényszermunkán. Schwarzwald Hagyományőrző Egyesület, Rátka, 2016.

ERDMANN, Gyula: Deportálás, kényszermunka. Békési és csanádi németek szovjet munkatáborokban. Békés Megyei Levéltár, Gyula, 1990.

ERDMANN, Gyula: Schuldlos sühnen. In: MITTAG, Mónika (Hg.): Málenkij robot. Az orosz bányákba deportált gyulaiak emlékére. Német Kisebbségi Önkormányzat, Gyula, 2011, 21–28.

FATA, Márta: Jakob Bleyer als politischer Vertreter der deutschen Minderheit in Ungarn (1917–1933). Dissertation. Pécs–Freiburg, 1992.

FATA, Márta: Jakob Bleyer und das „Sonntagsblatt". Gründung und Entwicklung des Wochenblattes von 1921 bis 1933. In: FASSEL, Horst (Hg.): Deutsche Literatur im Donau-Karpatenraum (1918–1996). Regionale Modelle und Konzepte in Zeiten des politischen Wandels. IDGL, Tübingen 1997, 9–21.

FATA, Márta: Von der Ansiedlung zur Auswanderung. Ein Beitrag zur sozialhistorischen Erforschung der Migration der Deutschen in Südosttransdanubien im 18. und 19. Jahrhundert. In: FATA, Márta (Hg.): Die schwäbische Türkei: Lebensformen der Ethnien in Südwestungarn; Ergebnisse der Tagung des Instituts für Donauschwäbische Geschichte und Landeskunde in Tübingen vom 10. und 11. November 1994. Thorbecke, Sigmaringen, 1997, 15–42.

FATA, Márta: Wo das Evangelium nicht gehet, da ist keine Kirche: Ursachen, Verlauf und Folgen der Binnenwanderung deutsch-lutherischer Siedler in der Batschka und in Syrmien im 19. Jahrhundert. In: FATA, Márta – SCHINDLING, Anton (Hg.): Luther und die Evangelisch-Lutherischen in Ungarn und Siebenbürgen: Augsburgisches Bekenntnis, Bildung, Sprache und Nation vom 16. Jahrhundert bis 1918. Aschendorff Verlag, Münster, 2017, 141–197.

FAZEKAS, Árpád: Elhurcoltak. Nyíregyháza, 1944–1989. Határ-Szél, Nyíregyháza, 1989.

FEHÉR, István: A bonyhádi hűségmozgalom történetéhez. Akadémiai Kiadó, Budapest, 1983.

FEHÉR, István: A soknemzetiségű Baranya a 20. században. Pannónia, Pécs, 1996.

FEKETE, Gyula – LAUTER, Antal: Malenkij robot. A Ceglédbercelből, Taksonyból és Újhartyánból kényszermunkára elhurcoltak emlékére. Ceglédbercel, Taksony és Újhartyán Német Nemzetiségi Önkormányzatai, 2016.

FELDTÄNZER, Oskar (Hg.): Joseph II. und die donauschwäbische Ansiedlung. Dokumentation der Kolonisation im Batscherland 1784–1787. Denkmayr, Linz, 1990.

FILTZER, Donals: Soviet Workers and Late Stalinism. Labour and the Restoration of the Stalinist System after World War II.. Cambridge University Press, Cambridge, 2002.

10.15772/ANDRASSY.2019.005469

FLACH, Paul: Ortsgruppengründungen des Ungarländischen Deutschen Volksbildungsvereins (1920–1940) und des Volksbundes der Deutschen und Ungarn (1938–1941). Selbstverlag, München, 1968.

FLACH, Paul: Siedlungsgeschichte von Császártöltés: einer dt. Gemeinde an der nördlichen Grenze der Batschka. Ledermüller, München, 1969.

FLACH, Paul – PAUL, Josef: Siedlungsgeschichte von Hajós, einer schwäbischen Gemeinde an der nördlichen Grenze der Batschka. Selbstverlag, München, 1976.

FLACH, Paul: Waschkut: Beiträge zur Geschichte einer überwiegend deutschen Gemeinde in der Batschka / Ungarn. Selbstverlag, München, 1983.

FONT, Márta: A középkori Magyar Királyság. Az Árpád-házi királyok kora (970–1301). In: ROMSICS, Ignác: Magyarország története, Akadémiai Kiadó, Budapest, 2007, 40–169.

FÜZES, Miklós: A nemzetiségi oktatás szervezési problémái a baranyai népiskolákban az 1923/24-1943/44 tanévekben. In: Baranyai Helytörténetírás, 1979. 385–439.

FÜZES, Miklós: Dél-Dunántúliak a Szovjetunió munkatáboraiban. In: Baranya 1990/1. 91–96.

FÜZES, Miklós: Modern rabszolgaság. Magyar állampolgárok a Szovjetunió munkatáboraiban. Formatív, Budapest, 1990.

FÜZES, Miklós (Hg.): Nemzetiségi ügyek dokumentumai Baranyában 1923–1938. Baranya Megyei Levéltár, Pécs, 2001.

FÜZES, Miklós (Hg.): Nemzetiségi ügyek dokumentumai Baranyában 1938–1944. Baranya Megyei Levéltár, Pécs, 2000.

FÜZES, Miklós: Ungarndeutsche in sowjetischen Arbeitslagern 1945–1949. In: ROT, Franz (Hg.): Beiträge zum Geschichtsbild der Donauschwaben. Wissenschaftliches Symposion Salzburg 1999. Donauschwäbisches Kulturzentrum, Salzburg, 2001, 77–97.

FÜZES, Miklós – WILD, Katalin (Hg.): Babarc. Babarc község önkormányzata, Babarc, 1998.

GAÁL, Attila – HADIKFALVINÉ MÁNYOKI, Elza (Hg.): „Embersorsok a viharban.” Nagymányokiak az 1026-os lágerben. 2. Aufl. Kerényi, Nagymányok, 2016.

GALAMBOS, Sándor – KUJBUSNÉ MECSEI, Éva (Hg.): Emlékezetül. A málenkij robotra elhurcolt beregiek, szabolcsiak és szatmáriak névsora. Magyar Nemzeti Levéltár Szabolcs-Szatmár-Bereg Megyei Levéltára, Nyíregyháza, 2017.

GÁRDONYI Adrienn – MAKRA Mónika: Emlékezz ránk! ... azokra, akik „egy kis munkán” voltunk a Szovjetunióban. Selbstverlag, Szigethalom, 2017.

GINDER, Paul – PFEIL, Jakob – RUKATUKL, August (Hg.): Csavoly: 1780–1980. Heimatbuch einer ungarndeutschen Gemeinde aus der Batschka. Selbstverlag, Waiblingen, 1980.

10.15772/ANDRASSY.2019.005470

GONDA, Gábor: Kitaszítva. Kényszermigráció, nemzetiségpolitika és földreform németek által latt Dél- és Nyugat-Dunántúli településeken 1944–1948. Pécsi Hittudományi Főiskola – Kronosz, Pécs, 2014.

GOSZTONYI, Péter: A magyar honvédség a második világháborúban. Európa Könyvkiadó, Budapest, 1995.

GOSZTONYI, Péter: Budapest ostroma. Herp, München, 1988.

GÖBELT, Johannes: Heimatbuch der Grossgemeinde Bátaszék im Komitat Tolnau. 2. Aufl. Minerva, Bátaszék, 1991.

GRÓSZ, András: Jakob Bleyer. Studienband zum 20-jährigen Jubiläum der Jakob Bleyer Deutschen Nationalitäten Grundschule. Deutsche Selbstverwaltung Wudersch – Jakob Bleyer Deutsche Nationalitäten Grundschule, Budaörs, 2008.

GULYÁS, Éva: A holokauszt és a közigazgatás Magyarországon (1944). Általános értékelés és esettanulmány. In: Acta Humana. 2014/2. 51–67.

GULYÁS, Gyula – GULYÁS, János: Málenkij robot. Filmszociográfia a dudari leventék szibériai lágeremlékeiről az Uraltól Kolimáig. Századvég, Budapest, 1990.

GYARMATI, György: A Rákosi-korszak: rendszerváltó fordulatok évtizede Magyarországon, 1945–1956. Állambiztonsági Szolgálatok Történeti Levéltára – Rubicon, Budapest, 2011.

HACK, Ferenc: 50 év eseményei egy család életéből. Selbstverlag, Gyula, 1990

HADAS, Ferenc: Hol sírjaik domborulnak. Egy túlélő emlékezései a hajdúnánási elhurcoltakról. Nánási füzetek 10. Hajdúnánási Polgármesteri Hivatal, Hajdúnánás, 1991.

HAHN, Eva – HAHN, Hans Henning: Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte. Ferdinand Schöningh, Paderborn–München–Wien–Zürich, 2010.

HAJAGOS, Csaba: „Leigázottság és a málenkij robot”. Adatbázis a múlt megértéséhez. A Vörös Hadsereg tevékenysége és a Kecskemét környéki elhurcolások az írott források tükrében. Kecskeméti Katona József Múzeum, Kecskemét, 2017.

HAJZER, Margit: A legszebb éveim. Bihari Füzetek 9. Piremon, Budapest, 2000.

HALASI, László: A hartai evangélikus egyház története 1723–2003. Harta, 2003.

HALBWACHS, Maurice: Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen. Luchterhand, Berlin, 1966.

HAMBUCH, Vendel (Hg.): 300 éves együttélés – a magyarországi németek történetéből. Konferenciakötet. Tankönyvkiadó, Budapest, 1988.

HAMILTON, Paula – SHOPES, Linda (Hg.): Oral History and Public Memories. Temple University Press, Philadelphia, 2008.

HARRISON, Mark: Accounting for War. Soviet production, Employment and the defence Burden 1940–1945. Cambridge University Press, Cambridge, 1996.

HAVASI, János: Örök tél. Palatia, Budapest, 2017.

10.15772/ANDRASSY.2019.005471

HÄFFNER, Johann: Nagynyárád. Schwabach, 1984.

HEINZ, Ervin – LAKATOS, Miklós: A központi Statisztikai Hivatal szerepe a német lakosság kitelepítésében. In: CZIBULKA, Zoltán (Hg.): A magyarországi németek kitelepítése és az 1941. évi népszámlálás. KSH, Budapest, 2004, 9–202.

HERDER, Johann Gottfried: Ausgewählte Werke in einem Bande. Cotta, Stuttgart–Tübingen, 1844.

HERNER, László: Mőcsény története. Mőcsény, 2011.

HÉRING, Istvánné: Rátka: ein deutsches Dorf in Tokaj-Hegyalja. Rátka község önkormányzata, Rátka, 1991.

HILGER, Andreas: Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, 1941–1956. Kriegsgefangenenpolitik, Lageralltag und Erinnerung. Klartext, Essen. 2000.

HILGER, Andreas: Deutsche Kriegsgefangene und die Erfahrung des Stalinismus. In: ZARUSKY, Jürgen (Hg.): Stalin und die Deutschen. Neue Beiträge der Forschung. Oldenbourg, München, 2006. 111–129.

HIRSCHFELD, Gerhard: Kollaboration in Frankreich – Einführung. in: HIRSCHFELD Gerhard – MARSH Patrick (Hg.): Kollaboration in Frankreich. Politik, Wirtschaft und Kultur während der nationalsozialistischen Besatzung 1940–1944. Fischer, Frankfurt, 1991, 7–22.

HORVÁTH, György: Községünk Gyönk. Helytörténeti olvasókönyv. Gyönk, 2001.

ILYÉS Gábor: Málenkij robot. A nyíregyházi elhurcoltak. Selbstverlag, Nyíregyháza, 2010.

IVANOVA, Galina Michajlovna: Der Gulag im totalitären System der Sowjetunion. Reinhold Schletzer Verlag, Berlin, 2001.

IVANOVA, Galina Michajlowa: Wie und warum konnte der Gulag entstehen? In: DOBROWOLSKI, I. W. (Hg.): Schwarzbuch Gulag. Die sowjetischen Konzentrationslager. Leopold Stocker Verlag, Graz–Stuttgart, 2002, 14–80.

JUNG, Zoltánné: Üzenet a jövőnek. Rakamaz. Rakamaz község önkormányzata, Rakamaz, 2000.

JUREIT, Ulrike: Erinnerungsmuster. Zur Methodik lebensgeschichtlicher Interviews mit Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager. Ergebnisse Verlag, Hamburg, 1999.

KARNER, Stefan: Der Archipel GUPVI. Das sowjetische Lagersystem für Kriegsgefangene und Internierte. In: DAHLMANN, Dittmar – HIRSCHFELD, Gerhard (Hg.): Lager, Zwangsarbeit, Deportation und Vertreibung. Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland von 1933 bis 1945. Klartext, Essen, 1999, 261–265.

KARNER, Stefan: Im Archipel GUPVI. Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion 1941–1956. Oldenbourg, München, 1995.

KARSAI, László: Holokauszt Magyarországon. In: Mozgó világ. Jg. 41. (2015) Nr. 2. 19–35.

10.15772/ANDRASSY.2019.005472

KATUS, László: Magyarország a Habsburg Monarchiában (1711–1918). In: ROMSICS, Ignác: Magyarország története, Akadémiai Kiadó, Budapest, 2007, 488–772.

KÄMMERER, Robert (Hg.): Die Konferenzen von Malta und Jalta. Department of State USA. Dokumente vom 17. Juli 1944 bis 3. Juni 1945. Deutsche Ausgabe. Verlag für politische Bildung, Düsseldorf, 1956.

KEINER, Stefan: Gara. Erinnerungen an die Heimat. Beiträge zur Geschichte einer überwiegend deutschen Grenzgemeinde in der Nordbatschka/Ungarn. Heimatausschuß, Erbach, 1991.

KHLEVNIUK, Oleg V.: The History of the Gulag. From Collectivization to the Great Terror. Yale University Press, New Haven, 2004.

KIRÁLY, Levente: Visszaemlékezés civil deportált- és hadifogoly éveim jelentősebb eseményeire 1945–1948. Herendi 2004 Kiadó, Miskolc, 2016.

KISFALUDY, Katalin: Nemzeti bizottságok a mai Bács-Kiskun megye területén 1944–1949. In: Bács-Kiskun Megyei Levéltári Füzetek. 1989/1990/3. 3–58.

KIZNY, Tomasz: Gulag. Hamburger Edition, Hamburg, 2004.

KOGELFRANZ, Siegfried, Das Erbe von Jalta. Die Opfer und die Davongekommenen. Spiegel, Hamburg, 1985.

KONASZOV, V. B. - TERESCSUK, A. V.: Berija és a „malenkij robot”. Dokumentumok Ausztria, Bulgária, Magyarország, Németország, Románia, Csehszlovákia és Jugoszlávia polgári lakossága 1944–1945-ös internálásának történetérõl. In: Történelmi Szemle 2004/3–4. (Jg. 66.) 385–402.

KORMOS, Valéria: A végtelen foglyai. Magyar nők szovjet rabságban 1945–47. Kairosz, Budapest, 2002.

KORMOS, Valéria – VÁRHELYI, Pál: Emberrablás orosz módra. Kelenföld Kiadó – Magyar Nők Lapja Egyesület, Budapest, 1990.

KOROTAJEV, Vladimir: Deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR. In: Orte des Gewahrsams von deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion (1941–1956). Findbuch. Stiftung Sächsische Gedenkstetten, Dresden, 2010. 16–24.

KOSSERT, Andreas: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945. Siedler, München, 2009.

KÖRÖSI, Mihály: „Mit vétettem?” Mezőberényiek malenkij roboton. Mezőberény város önkormányzata, Mezőberény, 2016.

Központi Statisztikai Hivatal (Hg.): Az 1941. évi népszámlálás. Demográfiai adatok községek szerint. Stephaneum Nyomda Részvénytársaság, Budapest, 1947.

KRAUSS, Karl-Peter: Deutsche Auswanderer in Ungarn. Ansiedlung in der Herrschaft Bóly im 18. Jahrhundert. Steiner, Stuttgart, 2003.

10.15772/ANDRASSY.2019.005473

KRAUSS, Karl-Peter – SEEWANN, Gerhard (Hg.): Die Ansiedlung der Deutschen in Ungarn: Beiträge zum Neuaufbau des Königreiches nach der Türkenzeit. Oldenbourg, München, 2010.

KREMER, Elisabeth: Feked. Das Dorf und seine Einwohner. Feked, 2007.

KUGLER, József: Berényiek voltak, berényiek lettek. A II. világháború utáni migrációs változások (németek kitelepítése, magyar – csehszlovák lakosságcsere) emlékezete. Mezőberényi helytörténeti és tájvédelmi egyesület, Mezőberény, 2015.

KUNT, Gergely: A málenkij robot Miskolcon, különös tekintettel a német nemzetiségű lakosok elhurcolására. In: TÓTH, Arnold (Hg.): Miskolci németek kényszermunkán a Szovjetunióban, 1945–1949. Miskolc, 2017. 41–95.

LAUN, Rudolf (Hg.): Die Haager Landkriegsordnung. Textausgabe mit einer Einführung. 5. Aufl. Schroedel, Hannover, 1950.

LÁSZLÓ, Péter: Népességcsere Bonyhádon 1944–1948. In: BÁBEL, Ernő – LÁSZLÓ, Péter: Tanulmányok Bonyhád történetéből. Bonyhád, 1987.

LÁSZLÓ, Lajos: Halálpolka. Babits, Szekszárd, 1990.

LEHMANN, Albrecht: Gefangenschaft und Heimkehr. Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion. C. H. Beck, München, 1986.

LELKES, GYÖRGY: Magyar Helységnév-azonosító Szótár. Argumentum–KSH Könyvtára, Budapest, 2011.

LINGEN, Kerstin von – GESTWA, Klaus: Zwangsarbeit als Kriegsressource in Europa und Asien. Ferdinand Schöningh, Paderborn, 2014.

LUDESCHER, Gabriella (Hg.): Ártatlan áldozatok. Szatmári svábok a gulágon. Selbstverlag, Nyíregyháza, 2017.

LYNNE, Viola: The unknown Gulag. The lost world of Stalin's special settlements. Oxford University Press, Oxford, 2007.

Magyar Kir. Központi Statisztikai Hivatal (Hg.): Az 1930. évi népszámlálás. Demográfiai adatok községek és külterületi lakotthelyek szerint. I. rész. Stephaneum Nyomda Részvénytársaság, Budapest, 1932.

Magyar Királyi Statisztikai Hivatal (Hg.): 1941. évi népszámlálás: A népesség nemzetiség szerint községenkint és törvényhatóságonkint: (Ideiglenes eredmények). Budapest, 1944.

Magyar Királyi Statisztikai Hivatal (Hg.): 1941. évi népszámlálás: A népesség anyanyelv szerint, községenkint és törvényhatóságonkint: (Ideiglenes eredmények). Budapest, 1943.

MAJDÁN, Ferencné: Három év három órában. 2. Aufl. Selbstverlag, Kompolt, 2016.

MAJORSZKI, András: „Málenkij robot". Ondiak kényszermunkán a Szovjetunióban (1945–1947). In: Történelem és Muzeológia. 2014/2. 94–99.

10.15772/ANDRASSY.2019.005474

MAJZIK, Dávid: A Mokan-komité szerepe a kommunista hatalomváltás előkészítésében Miskolcon. Herman Ottó Múzeum évkönyve LIV. Miskolc, 2015, 453–469.

MAKK Károlyné: A nádasdi németek elhurcolása a Szovjetunióba. In: BAYERNÉ SIPOS, Mónika: Kisebbségi sorsok a Kárpát-medencében. A baranyai sváb és a kárpátaljai magyar közösség „malenykij robot"-ra való elhurcolásának történései. Zengővidéki Határon Túli Magyarok Egyesülete, Pécsvárad, 2017, 39–76.

MAKK Károlyné: Die Geschichte der Ungarndeutschen in Nadasch zwischen 1930 und 1950. In: STIRLING János (Hg.): Unser Schicksal. Bornus, Pécs, 2001. 5–120.

MARCHUT, Réka: Töréspontok. A Budapest környéki németség második világháborút követő felelősségre vonása és annak előzményei (1920–1948). MTA Társadalomkutató Központ, Budapest, 2015.

MASCHKE, Erich (Hg.): Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges, Bd. XV. Verlag Ernst und Werner Gieseking, München, 1974.

MAYER, János: A nyugatnémet állam és a menekültkérdés 1945 után. *Világtörténet* 1998. ősz-tél. 63–73.

MÁRKUS, Beáta: A dél-dunántúli elűzött németek és a „málenkij robot". A Szovjetunióba deportálás korai forrásai Németországban. In: BOGNÁR, Zalán – MUSKOVICS, Andrea Anna (Hg.): Emberek az embertelenség világában: a Gulág és a Gupvi: a Gulágkutatók Nemzetközi Társaságának évkönyve, 2015–2017. Kairosz, Budapest, 2017.

MÁRKUS, Beáta: A „Sváb Törökország" szovjet megszállása (1944–1945). In: GÉCZI, Róbert (Hg.): Az Elbától Vorkutáig. Magyarok és magyarországi németek szovjet hadifogságban, kényszermunkán és a GULÁG-on. Veritas, Budapest, 2017, 243–266.

MÁRKUS, Beáta: Behandlung der deutschen Minderheit Ungarns während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Das Fallbeispiel des Lagers in Mohács. In: SZENTIVÁNYI, Réka – TELEKY Béla (Hg.): Brüche – Kontinuitäten – Konstruktionen: Mitteleuropa im 20. Jahrhundert. New Academic Press, Wien, 2016, 247–268.

MÁRKUS, Beáta: Erzählungen über die Deportation deutschstämmiger Zivilisten in die Sowjetunion 1944/1945. Eine kollektive Biografie? in: MÁRKUS, Beáta - MEDOLAGO, Martina - NIKLAS, Silke Antje (Hg.): Menschen und ihre Biografien. Mitteleuropäische Lebenswege im Brennpunkt. New Academic Press, Wien, 2018. 227–254.

MÁRKUS, Beáta: „Malenkij robot" a „Sváb Törökországban". A német civil lakosság szovjet jóvátételi munkára deportálása 1944/1945-ben. In: MUSKOVICS, Andrea Anna (Hg.): Szabadegyetemi elöadások a Heimatmuseumban 2015/2016. 25–36.

MÁRKUS, Beáta: „Malenkij robot" Baranya vármegyében: Döntési folyamatok: hogyan választották ki a civil lakosok közül azokat, akiket a Szovjetunióban végzendő jóvátételi munkára mozgósítottak 1944/1945-ben? *MÚLTUNK - Politikatörténeti folyóirat* 2014 (3) 62–104.

MÁRKUS, Beáta: „Malenkij robot" im Komitat Baranya: Entscheidungsprozesse bei der Auswahl der Zivilbevölkerung zur Deportation in die Sowjetunion 1944/1945. In: BEER,

10.15772/ANDRASSY.2019.005475

Mathias (Hg.) Danubiana Carpathica: Jahrbuch für Geschichte und Kultur in den deutschen Siedlungsgebieten Südosteuropas. München, De Gruyter Oldenbourg, 2013. 297–326.

MÁRKUS, Beáta: „Malenkij robot" Püspöknádasdon. In: X. Grastyán Konferencia. Országos Interdiszciplináris Konferencia előadásai. PTE Grastyán Endre Szakkollégiuma, Pécs, 2012, 220–226.

MÁRKUS, Beáta (Hg.): „Messze voltam én fogságban, nagy Oroszországban…". Magyarországi németke szovjet kényszermunkán 1944/1945–1949. „Malenkij robot" interjúkötet. Magyarországi Németek Pécs-Baranyai Nemzetiségi Köre, Pécs, 2013.

MERK, Zsuzsa: A Szovjetunióba deportált katymári és vaskuti németek. In: *Cumania* 12. A Bács-Kiskun Megyei Múzeumok Évkönyve, Kecskemét, 1990. 347–373.

MIHÁLYI, Balázs: Dél-Buda ostroma 1944–1945. Unterground, Budapest, 2014.

MINASZJAN, M. M.: Délkelet-Európa népeinek felszabadítása. In: TÓTH, Sándor (Hg.): Hazánk felszabadulása 1944 - 1945. Zrínyi Katonai Kiadó, Budapest, 1970. 15–126.

MOJZES, Paul: Balkan genocides: holocaust and ethnic cleansing in the twentieth century. Rowman an Littlefield, Lanham, 2011.

MOLNÁR, Annamária: Malenkij robotról hazatért német nők integrációja Magyarországon és Németországban. In: Pro Minoritate 2016/Sommer. 56–64.

MOLNÁR, Judit: Csendőrök, rendőrök, hivatalnokok a Soá idején. In: HAMP, Gábor – HORÁNYI, Özséb – RÁBAI, László (Hg.): Magyar megfontolások a Soáról. Balassi, Budapest, 1999. 124–133.

MOLNÁR D., Erzsébet: A szovjet rendszer kiépítésének korszaka a kárpátaljai magyarság kollektív emlékezetében. In: Mediárium : társadalom – egyház – kommunikáció. 5. Jg. 2011/3. 42–59

MOLNÁR D., Erzsébet: Kárpátaljai magyarok Gulag-táborokba kerülésének körülményei. Kirakatperek kárpátaljai áldozatai a szovjetrendszer kiépítésének idején. In: Acta Academiae Beregsasiensis 2014 (13. Jg.) Band 1. 88–103.

MOLNÁR D., Erzsébet: Kárpátaljai magyarok és németek a Szovjetunió hadifogoly- és munkatáboraiban (1944–1949). In: GÉCZY, Róbert (Hg.) Az Elbától Vorkutáig. Veritas, Budapest, 2017, 173–191.

MOLNÁR D., Erzsébet: Szovjet megszállás Kárpátalján 1944–1945-ben. In: HORVÁTH, Zsolt – KISS, Réka (Hg.): Remény és realitás. Magyarország, 1945. NEB, Budapest, 2017, 321–343.

MÓZESSY, Gergely (Hg.): Inter Arma 1944–1945. Fegyverek közt. Válogatás a második világháború egyházmegyei történetének forrásaiból. Források a Székesfehérvári Egyházmegye történetéből II. Székesfehérvár, 2004.

MUHI, Csilla – VÁRADY, Lajos (Hg.): „A múltat be kell vallani... „ háborús dokumentumok 1944–45. Szatmár egyházmegye papjainak visszaemlékezései a második világháború helyi eseményeire és más háborús dokumentumok. Szatmárnémeti, 2006.

10.15772/ANDRASSY.2019.005476

MURÁDIN, János Kristóf: Erdélyi magyar civilek elhurcolása a GUPVI táboraiba. In: BOGNÁR - MUSKOVICS, Emberek, 2017. 101–116.

MUSKOVICS, Andrea Anna: „Mit vétettem, kinek ártottam?" Tárnokiak malenkij roboton. Tárnok Nagyközség Szlovák Nemzetiségi Önkormányzata, Tárnok, 2016.

NAÁR, János: Szülőfalunk Hercegkút. Hercegkútiak kényszermunkán a Szovjetunióban 1945–1949. Hercegkút Község Önkormányzata, Hercegkút, 2015.

NAGY Ferenc: Csaroda. Tanulányok Csaroda történetéről. Selbstverlag, Csaroda, 2000.

NAGY, Péter: Távol a szülőföldtől. Ózd vidékiek szovjet fogságban. Ózdi Német Nemzetiségi Önkormányzat, Ózd, 2017.

NÉMETH, Péter (Hg.) Tarpa. Száz magyar falu könyvesháza, Budapest, 2002.

NIETHAMMER, Lutz: Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis des „Oral History". Suhrkamp, Frankfurt am Main, 1985.

ORMOS, Mária: Magyarország a két világháború korában 1914–1945. Csokonai Kiadó, Debrecen, 1998.

OROSZNÉ STUMPF, Éva: Jóvátették azt, amit el sem követhettek... A szerencsi gyűjtőtborból donbászi kényszermunkára. Szerencs város német nemzetiségi önkormányzata, Szerencs, 2014.

OROSZNÉ STUMPF, Éva: „Leszünk idegen nemzet robotoló népe". „Málenkij roboton" Borsod-Abaúj-Zemplén megyéből. Szerencs Város Német Nemzetiségi Önkormányzata, Szerencs, 2017.

OROSZNÉ TAKÁCS, Katalin: Die zur Erinnerung gewordene Heimat. Heimatbücher der vertriebenen Ungarndeutschen. Dissertation, Manuskript. Eötvös Loránd Tudományegyetem, Budapest, 2007.

OSTERLOH, Jörg: Die Lebensbedingungen und der Arbeitseinsatz von Kriegsgefangenen im „Dritten Reich" und in der Sowjetunion. In: SEIDEL, Hans-Christoph – TENFELDE, Klaus (Hg.): Zwangsarbeit im Europa des 20. Jahrhunderts. Bewältigung und vergleichende Aspekte. Klartext, Essen, 2007, 155–186.

OTTENTHAL, Adam: Heimatbuch Tschatali – Csátalja. Selbstverlag, Wiesbaden, 19??.

OVERMANS, Rüdiger (Hg.): In der Hand des Feindes. Kriegsgefangenschaft von der Antike bis zum Zweiten Weltkrieg. Böhlau, Köln–Weimar–Wien, 1999.

OVERMANS, Rüdiger: Soldaten hinter Stacheldraht. Deutsche Kriegsgefangene des Zweiten Weltkriegs. Propyläen, Berlin – München, 2000.

Österreichische Historiker-Arbeitsgemeinschaft für Kärnten und Steiermark (Hg.): Völkermord der Tito - Partisanen: 1944–1948. 2. Aufl. Hartmann, Sersheim, 1993.

PALASIK, Mária, Bizalmas belügyminiszteri rendelet az internálások ügyében (1945). In: Társadalmi Szemle 66. Jg. 1997/ 7. 87–94.

10.15772/ANDRASSY.2019.005477

PALÁSTHY, Rezső: Fehér könyv a Szovjetunióba elhurcolt hadifoglyok és polgári deportáltak helyzetéről. Bad Wörishofen, 1950.

PALLAVER, Günther: Erinnerung, Konflikt, Vertrauen. Von der dissoziativen zur assoziativen Erinnerungskultur. In: PALLAVER, Günther (Hg.): Umstrittene Denkmäler. Der Umgang mit der Vergangenheit. Raetia, Bozen, 2013. 13–42.

PAULISINECZNÉ WILLEM, Vera (Hg.): Zebegényiek kényszermunkán a Szovjetunióban 1945–47-ben. Sonnenblumen Hagyományőrző Alapítvány, Zebegény, 2014.

PEER Sabine: Südtiroler hinter Stalins Stacheldraht. Kriegsgefangenschaft in Russland 1943–1954. Verlagsanstalt Athesia, Bozen, 2000.

PENTER, Tanja: Kohle für Stalin und Hitler. Arbeiten und Leben im Donbass 1929 bis 1953. Klartext, Essen, 2010.

PERGER, Gyula (Hg.): „...félelemmel és aggodalommal...„ Plébániák jelentései a háborús károkról a Győri Egyházmegyéből 1945. A Győri Egyházmegyei Levéltár Kiadványai. Források, feldolgozások 3. Győri Egyházmegyei Levéltár, Győr, 2005.

PETRÁK Katalin: Emberi sorsok a 20. században. Magyar hadifoglyok és emigránsok a Szovjetunióban a két világháború között. Napvilág, Budapest, 2012.

PETRÁK Katalin: Magyarok a Szovjetunióban 1922–1945. Napvilág, Budapest, 2000.

PÉTERFFY, Gergely: A Dél-Dunántúl vasúti közlekedése a II. világháború után. In: BALLABÁS, Dániel (Hg.): Mozaikok a 18–20. századi magyar és egyetemes történelemből. PhD-hallgatók V. konferenciája. 2016. május 6. Líceum, Eger, 2017, 179–202.

PFEIFER, Wolfgang: Etymologisches Wörterbuch des Deutschen. 2. Aufl. Akademie Verlag, Berlin, 1993.

PÓK, Attila: A haladés hitele: progresszió, bűnbakok, összeesküvök a huszadik századi Magyarországon. Akadémiai Kiadó, Budapest, 2010.

PÓK, Attila: Bűnbakkeresés a huszadik századi Magyarországon. In: Történelmi Szemle Jg. 47. (2005) Nr. 1–2. 47–67.

PÓK, Attila: Bűnbakok a magyar történeti gondolkodásban. In: GYARMATI, György – LENGVÁRI, István – PÓK, Attila – VONYÓ, József (Hg.): Bűnbakok minden időben. Kronosz – MTT – ÁBTL, Budapest–Pécs, 2013, 15–32.

PÓK, Attila: Gyűlöletgyökerek. In: BARÁTH, Magdolna – BÁNKÚTI, Gábor – RAINER M., János: Megértő történelem. Tanulmányok a hatvanéves Gyarmati György tiszteletére. L'Harmattan, Budapest, 2011, 245–252

POLJAN, Pavel M.: Against Their Will: The History and Geography of Forced Migrations in the USSR. Central European University Press, Budapest–New York, 2004.

POLJAN, Pavel: Internierung der Deutschen in Südosteuropa. In: EIMERMACHER, Karl - VOLPERT, Astrid (Hg.): Verführungen der Gewalt. Russen und Deutsche im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Fink Verlag, München, 2005, 1343–1360.

10.15772/ANDRASSY.2019.005478

POLJAN, Pavel: „Westarbeiter”. Internierung, Deportation und Ausbeutung deutscher Zivilisten aus Europa in der UdSSR. In: EIMERMACHER, Karl - VOLPERT, Astrid (Hg.): Verführungen der Gewalt. Russen und Deutsche im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Fink Verlag, München, 2005. 1261–1297.

POLJAN, Pavel M.: Westarbeiter. Reparationen durch Arbeitskraft. Deutsche Häftlinge in der UdSSR. In: DAHLMANN, Dittmar – HIRSCHFELD, Gerhard (Hg.): Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation. Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland 1933 bis 1945. Klartext Verlag, Essen, 1999, 337–367.

PORTMANN, Michael: Die kommunistische Revolution in der Vojvodina 1944–1952. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur. Verlag der ÖAW, Wien, 2008.

PROKLE, Herbert (Hg.): Genocide of the Ethnic Germans in Yugoslavia 1944–1948. Donauschwäbische Kulturstiftung, München, 2003.

RAVASZ, István: Magyarország, mint hadszíntér. In: KOLLEGA TARSOLY, István (Hg.): Magyarország a XX. században. 1. Aufl. Babits, Szekszárd, 1996, 355–396.

REDER, Andreas: Cikó. Ein Heimatbuch über die Ortsgeschichte unseres Dorfes in Ungarn. Pécs, 1991.

REIL, Karl: Der Ort wo unsere Wiege stand. Maria-Kéménd. Die Geschichte eines deutschen Dorfes in Ungarn. Bad Dürrheim–Biesingen, 1979.

REITINGER, Heinrich: Sérsekszőllös. Geschichte einer deutschen Gemeinde der Schwäbischen Türkei. Selbstverlag, München, 1959.

RÉVUTI, Norbert (Hg.): Élni muszáj/Leben muss man. A kismarosi elhurcoltak emlékére. Német Nemzetiségi Önkormányzat, Kismaros, 2017.

RITCHIE, Donald A., Doing Oral History. A Practical Guide. 2. Auflage. Oxford University Press, Oxford, 2003.

RITTER, György: „Fejlapot kaptam, nyemcinek lettem nyilvánítva…” A Dunakanyarból 1945-ben német származásúként szovjet munkatáborokba deportáltak emlékezete az „oral history” források tükrében. In: CSIKÓS, Gábor – HEGEDŰS, István – HORVÁTH, Gergely Krisztián – Ö. KOVÁCS, József: Életvilágok és társadalmi gyakorlatok a 18–20. században. MTA-BTK, Budapest, 2017, 229–272.

ROMSICS, Ignác: A 20. századi Magyarország. In: ROMSICS, Ignác: Magyarország története. Akadémiai Kiadó, Budapest, 2007, 773–958.

ROŞU, Răzvan: Zur Identität der Sathmarer Schwaben. In: Zeitschrift für Balkanologie. Bd. 51. Nr. 2. (2015). 236–253.

RÓZSA, Péter: Ha túlélted, hallgass! Szabad Tér Kiadó, Budapest, 1989.

RÖHR, Werner: Kollaboration. Sachverhalt und Begriff. Methodische Überlegungen auf der Grundlage vergleichender Forschungen zur Okkupationspolitik der Achsenmächte im Zweiten Weltkrieg. In: TAUBER, Joachim (Hg.): „Kollaboration in Nordosteuropa. Erscheinungsformen und Deutungen im 20. Jahrhundert. Hassarowitz Verlag, Wiesbaden, 2006. 21–40.

10.15772/ANDRASSY.2019.005479

SAJTI A., Enikő: Impériumváltások, revízió és kisebbség: magyarok a Délvidéken, 1918–1947. Napvilág, Budapest, 2004.

SAJTI A., Enikő: Székely telepítés és nemzetiségpolitika a Bácskában – 1941. Akadémiai Kiadó, Budapest, 1984.

SCHERSTJANOI, Elke (Hg.): Russlandheimkehrer. Die sowjetische Kriegsgefangenschaft im Gedächtnis der Deutschen. Oldenbourg Verlag, München, 2012.

SCHIEDER, Theodor (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Bd. I–V. Bunderministerium für Vetriebene, Bonn, 1953–1962.

SCHMAUSSER, Mathias: Unsere Heimat Bikács (Wigatsch) 1736–1986. Chronik einer Gemeinde in der Tolnau. Selbstverlag, Ostelsheim, 1985.

SCHNELL Felix: Der Gulag als Systemstelle sowjetischer Herrschaft. In: GREINER, Bettina – KRAMER, Alan: Welt der Lager. Zur „Erfolgsgeschichte" einer Institution. Hamburger Edition, Hamburg, 2013, 134–165.

SEEWANN, Gerhard: A magyarországi németek Horthy és Hiter iránti lojalitása 1933 és 1945 között. In: KUPA, László: Görbe háttal. Interetnikus konfliktusok Közép-Európában a múltban és a jelenben. Virágmandula, Pécs, 2011, 50–58.

SEEWANN, Gerhard (Hg.): Die Ansiedlung der Deutschen in Ungarn: Beiträge zum Neuaufbau des Königreiches nach der Türkenzeit. Oldenbourg, München, 2010.

SEEWANN, Gerhard: Geschichte der Deutschen in Ungarn. Vom Frühmittelalter bis 1860. Band 1., Herder Institut, Marburg, 2012.

SEEWANN, Gerhard: Geschichte der Deutschen in Ungarn. Vom 1860 bis 2006. Band 2. Herder Institut, Marburg, 2012.

SEEWANN, Gerhard: Zur ungarischen Geschichtsschreibung über die Vertreibung der Ungarndeutschen, 1980–1996. In: TÓTH, Ágnes: Migrationen in Ungarn 1945–1948. Oldenbourg Verlag, München, 2001, 7–15.

SEEWANN, Gerhard – SPANNENBERGER, Norbert (Hg.): Akten des Volksgerichtsprozesses gegen Franz A. Basch. Oldenbourg, München, 2000.

SETZLER, Wilfried, NS-Zeit im Heimatbuch – ein weißer Fleck? In: BEER, Mathias (Hg.), Das Heimatbuch, Geschichte, Methodik, Wirkung. Vanderhoeck und Ruprecht, Göttingen, 2010. 203–220.

SIMON, József: Mokan-Komité: a miskolci-diósgyőri ellenállás története. Herman Ottó Múzeum Évkönyve LIII. Miskolc, 2014, 325–332.

SIPOS, Imre: Amiről hallgatni kellett. „Malenkij robot" a Szovjetunióban. Miklósi, 2000.

SOLSCHENIZYN, Alexander Issajewitsch: Der Archipel Gulag. Scherz, Bern, 1974.

SOLSCHENIZYN, Alexander Issajewitsch: Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch. Droemer/Knaur, München, 1963.

10.15772/ANDRASSY.2019.005480

SOMLAI, Péter: A magyarországi németség története a Budai-hegyvidéken Budakeszi település példáján 1935–1946. Dissertation, Manuskript. Elte Történettudományok Doktori Iskola, Budapest, 2015.

SOMLAI, Péter: A Volksbund Budakeszin. Kísérlet a „népiségi elkülönülés" megteremtésére egy főváros környéki német településen. In: Modern Magyarország. Jg. 3. (2014) 1. 195–224.

SOMLYAI, Magda, Nagy csaták után 1944–1945. Kossuth, Budapest, 1975.

SPANNENBERGER, Norbert: A katolikus egyház és a német kisebbség a két világháború között. In: ILLÉS, Pál Attila (Hg.): Felekezetek és identitás Közép-Európában az újkorban. PPKE BTK, Piliscsaba, 1999. 121–136.

SPANNENBERGER, Nortbert: A magyarországi Volksbund Berlin és Budapest között. Lucidus, Budapest, 2005.

SPANNENBERGER, Norbert: Az író felelőssége, avagy hogyan némult el a hidasi harang? In: VITÁRI, Zsolt (Hg.): Minderheiten und Mehrheiten in ihren Wechselbeziehungen im südöstlichen Mitteleuropa. Universität Pécs, Pécs, 2009, 87–104.

SPANNENBERGER, Norbert: Der Volksbund der Deutschen in Ungarn 1938–1944 unter Horthy und Hitler. Oldenbourg, München, 2002.

SPANNENBERGER, Norbert: Die katholische Kirche in Ungarn 1918–1939: Positionierung im politischen System und „Katholische Renaissance". Steiner, Stuttgart, 2006.

SPOERER, Mark: Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945. Deutsche Verlags-Anstalt, München–Stuttgart, 2001.

STARK, Meinhard: Frauen im GULag. Alltag und Überleben. 1936 bis 1956, Carl Hanser Verlag, München–Wien, 2003.

STARK, Tamás (Hg.): „…Akkor azt mondták kicsi robot". A magyar polgári lakosság elhurcolása a Szovjetunióba a korabeli dokumentumok tükrében. MTA-BTK TI, Budapest, 2017.

STARK, Tamás: A „málenkij robot" budapesti áldozatai 1944–1945. Egy forráscsoport elemzésének tanulságai. In: Történelmi Szemle 2012/2 279–314.

STARK, Tamás: Magyar foglyok a Szovjetunióban. Lucidus, Budapest, 2006.

STARK, Tamás: „Malenki robot". Magyar kényszermunkások a Szovjetunióban (1944–1955). In: Kisebbségkutatás 14 (2005) 65–75.

STARK Tamás: Meghalt, eltűnt, fogságba esett: Magyarország második világháborús katonai és polgári vesztesége. In: Történelmi Szemle, 1985. (28. Jg.) Nr. 1. 80–95.

STETTNER, Ralf: „Archipel GULag". Stalins Zwangslager – Terrorinstrument und Wirtschaftsgigant. Entstehung, Organisation und Funktion des sowjetischen Lagersystems 1928–1956. Schöningh, Paderborn, 1996.

10.15772/ANDRASSY.2019.005481

SUPPAN, Arnold: Hitler – Benes – Tito. Konflikt, Krieg und Völkermord in Ostmittel- und Südosteuropa. 3 Bände. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, 2013.

SZABADI, István (Hg.): Krisztusban nyert erő. A tiszántúli református gyülekezetek háborús krónikája (1944–1945) Band I-II. Tiszántúli Református Egyházkerület Levéltára – Református Közéleti és Kulturális Központ Alapítvány, Debrecen, 2016.

SZEBENI, Ilona: Haza fogunk menni. Kényszermunkán a Szovjetunióban 1944–1949. Piremon, Debrecen, 1993.

SZEBENI, Ilona: Merre van a magyar Hazám ? Széphalom Könyvműhely, Budapest, 1992.

SZILÁGYI, Levente: A deportálások emlékezete és a múlt feldolgozásának alakzatai a szatmári sváboknál. In: CSIKÓS, Gábor – KISS, Réka – Ö. KOVÁCS, József (Hg.) Váltóállítás. Diktatúrák a vidéki Magyarországon. MTA – NEB, Budapest, 2017. 323–342.

TAFFERNER, Anton: Kunbaja: eine ungarndeutsche Grenzgemeinde in der Nordbatschka mit Umgebung; Bácsbokod, Csátalja, Gara und Katymár. Heimatauschuß, München, 1967.

THOMPSON, Paul, The Voice of the Past. Oral History. 3. Auflage. Oxford Universtiy Press, Oxford-New York, 2000.

TEUFEL, Franz: Mágocs. Marktgemeinde in der Branau. Lenau Verein, Aichelberg, 1989.

TIHANYI, János: Mohács város 32 napi aknázása és a város kiürítése. Manuskript. Mohács, 1945.

TILKOVSZKY, Loránt: Ez volt a Volksbund. Kossuth, Budapest, 1978.

TILKOVSZKY, Loránt: Nationalitätenpolitik in Ungarn 1918/1919–1944/1945. In: GLATZ, Ferenc (Hg.): Études historiques hongroises 1990: publiées à l'occasion du XVIIe Congrès International des Sciences Historiques par le Comité National des Historiens Hongrois. MTA, Budapest, 1990, 357–379.

TILKOVSZKY Loránt: Nemzetiség és magyarság. Nemzetiségpolitika Magyarországon Trianontól napjainkig. IKVA, Budapest, 1994.

TILKOVSZKY, Loránt: Ungarn und die deutsche „Volksgruppenpolitik", 1938–1945. Akadémiai Kiadó, Budapest, 1981.

TIRCSI, Richárd: A pokolnak páratlan birodalmában. Adalékok a vállaji és a mérki németek málenkij robotra hurcolásának történetéhez. Croatica, Budapest, 2016.

TJUIRNA, Elena A.: Die Rolle der Zwangsarbeit in der Wirtschaft der UdSSR. Eine Quellenanalyse. In: DAHLMANN, Dittmar – HIRSCHFELD, Gerhard (Hg.): Lager, Zwangsarbeit, Deportation und Vertreibung. Dimensionen der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland von 1933 bis 1945. Klartext, Essen, 1999, 267 – 278.

TÓTH, Ágnes, A németek internálása a Dunántúlon 1945–1946. In: SZEDERJESI, Cecília (Hg.): Megtorlások évszázada – Politikai terror és erőszak a huszadik századi Magyarországon. Nógrád Megyei Levéltár, Salgótarján-Budapest, 2008, 37–52.

10.15772/ANDRASSY.2019.005482

TÓTH, Ágnes: „A népeket kihajcsák a legelőre és ök azt viszik getoba akit akkarnak”: Internálótábor Lengyel községben. In: CHOLNOKY, Győző (Hg.): Földönfutók: A Magyarországot érintő kényszertelepítések a II. világháború után. Lucidus, Budapest, 2008, 85–113.

TÓTH, Ágnes: Hazatértek: a németországi kitelepítésből visszatért magyarországi németek megpróbáltatásainak emlékezete. Gondolat, Budapest, 2008

TÓTH, Ágnes: Mi híja még? A magyarországi németek kitelepítése a hazai történetírásban: tematikai fehér foltok, módszertani hiányok/Wo sind noch Lücken? Vertreibung der Ungarndeutschen in der heimischen Geschichtsschreibung: Thematische weiße Flecken, methodische Mängel. In: GRÓSZ, András (Hg.): Jogfosztások Budarörsön. Entrechnungen in Budaörs (1944–1948). Jakob Bleyer Heimatmuseum, Budaörs, 2010, 17–46.

TÓTH, Ágnes: Migrationen in Ungarn 1945–1948: Vertreibung der Ungarndeutschen, Binnenwanderungen und slowakisch-ungarischer Bevölkerungsaustausch. Oldenbourg, München, 2001.

TÓTH, Ágnes: Rückkehr nach Ungarn 1946–1950: Erlebnisberichte ungarndeutscher Vertriebener. Oldenbourg, München, 2012.

TÓTH, Ágnes: Telepítések Csonka Bács-Bodrog vármegyében 1945–1948. Levéltári Füzetek (Bács Kiskun megye) V. Bács-Kiskun Megyei Levéltár, Kecskemét, 1989.

TÓTH, Ágnes: Telepítések Magyarországon 1945–1948 között: A németek kitelepítése, a belső népmozgások és a szlovák-magyar lakosságcsere összefüggései. Bács-Kiskun Megyei Levéltár, Kecskemét, 1993.

TÓTH, Ágnes – VÉKÁS, János: A magyarországi németek disszimilációjának területi jellemzői. In: Demográfia, 2016. Jg. 59. Nr. 1. 89–119.

TÓTH, Ágnes – VÉKÁS, János: Nemzetiségek Magyarországon 2001–2011. Etnodemográfiai folyamatok a népszámlálások tükrében. In: Kisebbségkutatás Jg. 23 (2014). Nr. 3. 36–72.

TÓTH Sándor (Hg.): Hazánk felszabadulása 1944–1945. Zrínyi Katonai Kiadó, Budapest, 1970.

UEBERSCHÄR, Gerd R.: Die sowjetischen Prozesse gegen deutsche Kriegsgefangene 1943–1952. In: UEBERSCHÄR, Gerd R. (Hg.): Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943–1952. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt, 1990. 240–261.

UNGVÁRY, Krisztián: A magyar honvédség a második világháborúban. Osiris, Budapest, 2004.

UNGVÁRY, Krisztián: Budapest ostroma. Corvina, Budapest, 1998.

UNGVÁRY, Krisztián Die Schlacht um Budapest: Stalingrad an der Donau 1944/45. Herbig, München, 1999.

10.15772/ANDRASSY.2019.005483

UNGVÁRY, Krisztián: Der Getriebene und der Treiber. Das Verhältnis zwischen ungarischer Politik und deutschen Deportationsplänen. In: MIHOK, Brigitte: Ungarn und der Holocaust. Kollaboration, Rettung und Trauma. Metropol, Berlin, 2005. 41–54.

VARGA, Éva Mária (Hg.): Magyar hadifoglyok a Szovjetunióban. Dokumentumok (1941–1953). Rosszpen – MKTKK, Budapest–Moszkva, 2006. 55–59.

VARGA, Éva Mária: Magyarok szovjet hadifogságban (1941–1956). Az oroszországi levéltári források tükrében. Russica Pannonicana, Budapest, 2009.

VARGA, Tibor László (Hg.): Folytonos fegyverropogás közepette - Források a veszprémi egyházmegye második világháborús veszteségeiről I. Veszprémi Érseki és Főkáptalani Levéltár, Veszprém, 2015.

VARJASI, Imre: Megszenvedték. Tények, adatok és források a XX. század második felének Hajdú-bihari áldozatainak, meghurcoltjainak történetéhez. Selbstverlag, Debrecen, 2011.

VARJASI, Imre (Hg.): Túszfoglyok a Hajdúságban. Akiknek még sír sem jutott. Tanulmányok a málenkij robotról. Selbstverlag, Hajdúböszörmény, 2017.

VÁRDY, HUSZÁR, Ágnes – VÁRDY, Steven Béla: Magyarok a Gulág rabszolgatáboraiban. Kairosz, Budapest, 2007.

VÁRNAGY, Antal: Hőgyész. Band 2. Hőgyész, 1999.

VERESS D., Csaba: A Dunántúl hadi krónikája 1944–1945. Zrínyi, Budapest, 1984.

VIDA, István (szerk): Iratok a magyar-szovjet kapcsolatok történetéhez. 1944. október – 1948. június. Dokumentumok. Gondolat, Budapest, 2005.

VITÁRI, Zsolt (Hg.): Volksbund és ifjúság. Dokumentumok a magyarországi német ifjúság történetéből 1925–1944. Kronosz, Pécs, 2015.

VORLÄNDER, Herwart (Hg.): Oral History. Mündlich erfragte Geschichte. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1990.

VÖLGYESI, Zoltán: Málenkij robot és a zsidó bosszú legendája Hajdúnánáson. In: Levéltári Közlemények, 86. (2015). 189–212.

WEBER, Georg (Hg.): Die Deportation von Siebenbürger Sachsen in die Sowjetunion 1945–1949. 3 Bände. Böhlau, Köln–Weimar–Wien, 1995.

WEIßENBERGER, Heinrich: Varsád – Warschad. Ein Dorf, eine Heimat, unsere Heimat. Selbstverlag, Ontario, 1995.

WIEGAND, Lutz: Der Lastenausgleich in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1985. Lang Frankfurt am Main, 1992.

ZAHAROV, Matvej Vasil'evič (Hg.): A 2. és a 3. Ukrán Front felszabadító hadműveletei Délkelet- és Közép-Európában 1944–1945. Zrínyi Kiadó, Budapest, 1973.

ZIELBAUER György: A magyarországi németség nehéz évtizede. 1945–1955. Pannon Műhely, Szombathely, 1990.

10.15772/ANDRASSY.2019.005484

ZIELBAUER, György (Hg.): Die Verschleppung ungarländischer Deutscher 1944/45: Erste Station der kollektiven Bestrafung: (Dokumentarband). Magyarországi Németek Szövetsége, Budapest, 1990.

ZIELBAUER, György: Magyar polgári lakosok deportálása és hadifogsága (1945–1948). Történelmi Szemle 31. évfolyam 3–4. szám 1989. 270–291.

ZORN, Antal: Emberek, sorsok, események Katymár múltjából. Band 1. Katymár, 2010.

ZUBKOVA, Elena: Russia after the War. Hopes, Illusions and Disappointments 1945–1957. M. E. Sharpe, Armonk–New York–London, 1998.

Presse

Alföld 1945–1947

Magyar Vöröskereszt Hadifogoly Tudósító 1946

Magyar Hadifogoly Híradó (ab 1947 Magyar Hadirokkant és Hadifogoly Híradó)

Szabad Nép 1947

Viharsarok 1946–1947

Online Quellen

BALÁZS, Gábor: A nemzeti bizottságok működése Pest megyében. http://oktatolapok.mnl.gov.hu/letoltes/Balazs_Gabor_A_nemzeti_bizottsagok_mukodese_pest_megyeben_1_bevezetes.pdf (Abruf: 3. 5. 2018)

Ezer év törvényei (Gesetzte von Tausend Jahren) https://net.jogtar.hu/ezer-ev-torvenyei (Abruf. 12. 11. 2018)

HAJAGOS, Csaba: A kecskeméti téglagyár, amely első állomás volt a málenkij robot felé. In: Múlt-kor. 19. Februar 2016. https://mult-kor.hu/a-kecskemeti-teglagyar-amely-elso-allomas-volt-a-malenkij-robot-fele-20160219 (Abruf: 18. 5. 2018.)

HARASZTI, Mihály: Várgesztes 20. századi története. In: HARTDÉGEN, Sándor – RABAZZI STEPANCSICS, Gusztáv (Hg.): Várgesztes/Gestitz. Német Kisebbségi Önkormányzat, Várgesztes, 2008. http://www.sulinet.hu/oroksegtar/data/magyarorszagi_nemzetisegek/nemetek/vargesztes/pages/vg_08_varg_20_szazadi_tortenete.htm (Abruf: 22. 2. 2018)

Homepage der Gemeinde Gávavencsellő: http://www.gavavencsello.hu/gavavencsello/tortenelem (Abruf: 13. 5. 2018)

Homepage des Lastenausgleichsarchivs. https://www.bundesarchiv.de/benutzung/zeitbezug/nationalsozialismus/02655/index.html.de (Abruf: 12. 11. 2018)

10.15772/ANDRASSY.2019.005485

Magyarországi rendeletek tára (Sammlung der Verordnungen von Ungarn)

https://library.hungaricana.hu/hu/collection/ogyk_rendeletek_tara/ (Abruf: 12. 11. 2018)

Magyar Közlöny (bis 1944 Hivatalos Közlöny) https://adtplus.arcanum.hu/hu/collection/HivatalosKozlony/ (Abruf: 12. 11. 2018)

MAJZIK, Dávid: A Mokan-komité szerepe a kommunista hatalomváltás előkészítésében Miskolcon (1944–1945). Diplomarbeit, Manuskript. Miskolci Egyetem, 2015. Online: http://midra.uni-miskolc.hu/document/20415/14501.pdf (Abruf: 12. 11. 2018).

MÁRKUS, Beáta: A német származású civilek Szovjetunióba deportálásának (1944/1945) lokális forrásai. In: Ungarisches Nationalarchiv Oktatólapok, Magyarok a Gulag és Gupvi táborokban, http://oktatolapok.mnl.gov.hu/magyarok_a_gulag_es_a_gupvi_taboraiban/tartalom/tanulmany?id=1 (Abruf: 14. 11. 2018)

RITTER, György, „Malenkij robot" – „Kleine Arbeit"? Erscheinungsformen, Varianten und Interpretationen der Wiedergutmachungsarbeit am Ende des Zweiten Weltkrieges in Südosteuropa / „Malenkij robot"? A „jóvátételi" közmunkára deportálás második világháború végi formái, jelenségei, értelmezései Délkelet-Európában. https://www.academia.edu/30184887/_Malenkij_robot_Kleine_Arbeit_Erscheinungsformen_Varianten_und_Interpretationen_der_Wiedergutmachungsarbeit_am_Ende_des_Zweiten_Weltkrieges_in_S%C3%BCdosteuropa_Malenkij_robot_A_j%C3%B3v%C3%A1t%C3%A9teli_k%C3%B6zmunk%C3%A1ra_deport%C3%A1l%C3%A1s_m%C3%A1sodik_vil%C3%A1gh%C3%A1bor%C3%BA_v%C3%A9gi_form%C3%A1i_jelens%C3%A9gei_%C3%A9rtelmez%C3%A9sei_D%C3%A9lkelet-Eur%C3%B3p%C3%A1ban (Abruf: 12. 11. 2018)

Online Debatte darüber, ob es „Malenkij Robot" in Solymár gab: http://www.szepsolymar.hu/blog/hadifogsag-es-malenkij-robot-solymaron/389 (Abruf: 9. 8. 2018)

TIMÁR, Edit: Érdiek a szovjet hadifogolytáborokban. In: KUBASSEK, János (Hg.): Érdi krónika. Érd természeti képe, múltja és lakói. Honismereti olvasókönyv. Érd, 2000. http://www.sulinet.hu/oroksegtar/data/telepulesek_ertekei/Erd/pages/013_erdiek_a_szovjet_hadifogolytaborokban.htm (Abruf: 22. 2. 2018).

Verordnung des Parlaments Nr. 35. vom 28. März 1990 über die Abhilfe wegen der kollektiven Diskriminierung der deutschen Minderheit Ungarns, siehe https://mkogy.jogtar.hu/?page=show&docid=990h0035.OGY (Abruf: 25. 9. 2018).

10.15772/ANDRASSY.2019.005486

Ortsnamenverzeichnis

Die Bezeichnungen „Ungarn", „Sowjetunion", ferner die Namen der Deportationsregionen werden wegen der sehr hohen Anzahl des Vorkommens in der Liste nicht mitangeführt. Hier stehen die Namen in der ungarischen/deutschen Form, in der sie im Text verwendet wurden, weitere Kommentare und andere sprachliche Varianten sind bei der ersten Erwähnung in den Fußnoten zum Text zu finden.

Abaúj-Torna (Komitat) 98, 167, 168
Adjud 362
Albertirsa 364
Almáskamarás 118, 123, 150, 152
Amerikanische Besatzungszone Deutschlands 377, 392
Andocs 304
Antropschino 75
Aparhant 35
Apatin 281, 282, 348
Áporka 93, 372
Arad 73, 100, 154
Arad-Csanád-Torontál (Komitat) 74, 116, 117, 123, 140, 149, 152, 157, 161
Arad-Torontál (Komitat) 98
Babarc 293, 299, 314, 315, 339
Bácsalmás 230, 234, 235, 237, 244, 251, 252, 263
Bácsalmás (Bezirk) 259, 263
Bács-Bodrog (Komitat) 74, 75, 98, 225, 228, 233, 235, 244, 259, 265, 389
Bácsbokod 234–236, 241, 244, 256, 257, 264, 265, 268
Bácsborsód 235, 236, 244, 263, 264
Bács-Kiskun (Komitat) 24, 225, 345
Baden 284
Baja 75, 225, 226, 230, 232, 235, 237, 238, 244–246, 248, 249, 260, 264, 272, 277, 313, 316, 318, 320, 323, 338
Bajaer Dreieck 227
Bakonywald 96
Balassagyarmat 25, 350
Balaton 237, 278, 279
Balmazújváros 75, 172, 178, 182, 185, 199, 202, 207, 209, 210, 212, 215, 222, 398
Balsa 195
Baltikum 60
Banat 46, 96, 227, 231, 240, 422
Barabás 91
Baranja 227
Baranya (Komitat) 11, 24, 25, 29, 74, 97, 110, 227, 278–280, 282, 284, 285, 287, 289, 296, 300, 313, 316, 317, 320, 322, 323, 325, 326, 328, 329, 331, 332, 336, 339, 341, 343, 344, 348, 373, 389, 415
Baranyavár (Bezirk) 454
Bars (Komitat) 12
Bars-Hont (Komitat) 343
Báta 284
Bátaszék 337
Batschka 11, 46, 76, 96, 225, 227, 231–233, 235–237, 240, 242, 244, 252, 277
Battonya 89, 100, 118, 119
Bayern 284
Bayreuth 30
Békés 123, 133, 149, 161
Békés (Bezirk) 128
Békés (Komitat) 25, 27, 28, 43, 74, 77, 98, 116, 117, 122, 123, 125, 126, 140, 144, 145, 149, 167, 163, 164, 168, 174, 199, 387, 418, 426
Békésbánát (Kirchendistrikt) 119
Békéscsaba 123, 125, 131, 138, 149

10.15772/ANDRASSY.2019.005487

Békéssámson 149
Belgrad 74, 281
Bendery 75
Bereg (Komitat) 74, 98, 167, 168, 174, 218, 219, 438
Berettyóújfalu 167, 184, 212
Berkenye 353, 372, 373, 376
Berkesd 325, 337
Berlin 122, 295
Besztercebánya 95
Bicske 349
Bihar (Komitat) 74, 98, 167–169, 174, 182, 183, 186, 197, 199, 206, 215
Bikács 308, 310, 329
Bikal 338
Bodrog (Komitat) 92, 174
Boldogasszonyfa 302
Bóly 284
Bonyhád 110, 282, 287, 308, 332, 334, 338
Borota 247, 270
Borsod (Komitat) 74, 167, 169, 187, 190, 193, 197, 199, 202, 203, 207, 208, 210, 213, 216, 218, 223, 415, 435
Borsod-Abaúj-Zemplén (Komitat) 25, 167, 173
Borsod-Gömör (Komitat) 98
Bőszénfa 302, 303
Brest 86
Buchenwald 82
Bucsa 152
Buda 95, 101, 349, 357
Budakeszi 93, 94, 347, 356
Budakörnyék (Bezirk) 352, 353
Budaörs 93, 356, 392
Budapest (auch als „Haupststadt") 12, 20, 25, 75, 88, 92, 93, 95–98, 101, 102, 154, 155, 199, 231, 246, 253, 254, 258, 278, 282, 286, 288, 298, 321–323, 340, 344–353, 355–357, 362, 366, 387, 409, 415, 416, 419
Buj 175, 195, 219
Bukowina 225
Bulgarien 68, 70, 73, 298, 317
Bundesrepublik Deutschland (auch als BRD) 18, 19, 30, 33, 42, 59, 173, 226
Buzău 74
Ceglédbercel 75, 346, 353, 374, 381
Charkow 83
Cikó 287, 291
Csalapuszta 261, 262
Csanád (Komitat) 98, 116
Csaroda 91, 405
Császártöltés 235, 236, 239, 246, 261, 262, 273, 275
Csátalja 234–236, 239, 244, 260, 322
Csávoly 233–235, 237, 241, 244, 250, 265, 272
Csepel 368
Csepel-Insel 96, 98, 281, 345, 351, 352, 358
Csikéria 229, 235, 264, 267
Csikóstöttös 113, 279
Csongrád (Koitat) 74, 116, 117
Csorvás 149, 150, 161, 166
Csömör 351
Dárda (Bezirk) 279
Dávod 229
Debrecen 12, 25, 27, 28, 34, 75, 89, 90, 100, 118, 120, 139–142, 167, 171, 174, 175, 179, 182 185, 199, 231, 259, 268, 274, 327, 348, 370, 389, 393, 394, 397
Délvidék 225
Deutsche Demokratische Republik 42, 59
Deutschland 22, 35, 38, 43, 55, 64–68, 79, 80, 86, 94, 111, 117, 121, 226, 235, 241, 272, 280, 287, 296, 333, 335, 336, 340, 346, 377–379, 390, 392–394, 397, 400,
Diósd 356
Diósgyőr 170, 178, 179, 188, 217, 224
Dnjepropetrovsk 83
Doboz 117, 129–131, 136, 137, 149, 150, 153, 159, 419
Dombóvár 316, 338
Don (Fluss) 57

10.15772/ANDRASSY.2019.005488

Donau (Fluss) 12, 74, 95, 97, 98, 100, 102, 231, 278, 281, 282, 301, 322, 338, 345, 348–351, 353, 356, 358, 359, 414
Donauknie 12, 74, 96, 98, 345
Donbass 58, 60, 69, 71, 75, 88, 362
Dorog 94, 291, 349, 356
Dömsöd 93, 281
Drau 278
„Drittes Reich" 42, 58, 63, 64 66, 89, 102, 103, 109–111, 121, 238
Dunaföldvár 248
Dunaharaszti 351, 353, 354, 373
Dunakömlőd 308, 309, 329
Dunaszekcső 288, 299
Dunavarsány 93, 356, 361
Dunavecse (Bezirk) 238
Dúzs 35
Ecseny 304, 406
Edelény 184
Edelény (Bezirk) 189
Egyházaskozár 333
Elsass 284
Elek 75, 110, 114, 117–120, 123–125, 128, 132, 133, 139, 148, 150, 152, 157, 161, 163, 165
Elek (Bezirk) 116, 117, 125, 127, 146, 147, 149, 152, 156, 163
Encsencs 208
Endrőd 118
Ercsi 344
Érd 93, 349, 356, 405
Esztergom 30, 290, 291, 349, 353
Esztergom (Komitat) 94
Fegyvernek 75, 98, 420
Felsőgalla 94
Felsőnána 307
Felsőszentiván 234–236
Ferencváros 347, 409, 410
Finnland 58
Focşani 89
Fogaras 77
Franken 284
Frankfurt/Main 177
Frankfurt/Oder 86
Fulda 384
Füzesgyarmat 118, 119, 149, 159, 161
Gádoros 149
Galati 74
Gara 234-236, 244, 246, 260, 272
Gáva 12, 175, 193–195, 213, 214, 219
Genf 55, 58
Georgische SSR 83
Gerendás 149
Geresd 296
Gömör-Kishont (Komitat) 167, 435
Grábóc 291
Griechenland 58
Grosnyj 84
Großbritannien 63, 64
Gyoma 118, 119, 123, 124, 133, 150, 151, 156
Gyoma (Bezirk) 128
Gyönk 293, 307, 338, 339
Győr 101, 102
Györköny 296, 305
Gyula 25, 75, 77, 116, 117, 119, 123, 124, 126, 130, 133–136, 138–140, 142, 144–146, 148, 150, 154, 155, 159, 160, 163, 164, 404
Gyula (Bezirk) 129, 136, 137, 159
Gyulavári 129, 150
Haag 55
Hajdú (Komitat) 12, 76, 98, 167, 169, 179, 182, 183, 186, 197, 199, 202, 207, 209, 210, 212, 215
Hajdú-Bihar (Komitat) 25, 167
Hajdúböszörmény 25, 91, 171, 173, 202
Hajdúnánás 90, 171, 178, 200, 202
Hajdúság 12, 90, 171, 178, 200, 202
Hajdúszoboszló 183, 212
Hajós 226, 233, 235–238, 242, 246, 256, 275
Harta 234–236, 238, 246, 248, 255, 266, 271
Hegyhát (Bezirk) 279, 284, 296, 313–316, 324, 330, 342

10.15772/ANDRASSY.2019.005489

Hejőcsaba 218
Hercegkút 175, 176, 178, 181, 182, 185, 218, 398
Hessen 284
Heves (Komitat) 74, 98, 168
Hidas 293, 314, 333, 336
Hird 291, 292
Hont (Komitat) 345
Hortobágy 406
Hőgyész 297, 311, 335, 338
Ibrány 195, 219
Igal (Bezirk) 285
Jalta 40, 64
Jánoshalma 248, 265, 270
Jánoshalma (Bezirk) 247, 261, 269
Japan 55
Jassy 362
Jász-Nagykun-Szolnok (Komitat) 74, 98, 420
Jugoslawien 68, 70, 73, 75, 78, 225–229, 231, 235, 252, 264, 276, 279, 281, 298, 344, 397, 423, 454
Kakasd 33
Kakucs 346, 358, 359, 373, 379, 381
Kál-Kápolna 362, 369, 409
Kalocsa 30, 233, 235, 241, 256, 275
Kalocsa (Bezirk) 237, 238
Kaposvár 25, 282, 302, 327
Kaposszekcső 279, 314
Karaganda 53
Károlyfalva 176, 177, 181
Karpaten 100
Karpatenbecken 11, 15, 67, 86, 89, 90, 95, 407
Karpatenukraine 39, 40, 89, 91, 92
Kátoly 35
Katymár 227, 234–236, 244, 254, 255
Kaukasus 58, 60, 83, 88
Kecskemét 25, 214, 225, 231
Kelebia 264
Kelemér 196
Kenézlő 196, 219
Kengir 50
Kétegyháza 129, 141, 150
Királyegyháza 317, 320
Kisbárapáti 334
Kischinjow 75
Kisdorog 290, 291
Kishárságy 303
Kiskassa 404
Kiskeresztúr 302
Kiskőrös 246, 250, 256
Kiskőrös (Bezirk) 246
Kiskőszeg 281, 282, 348
Kiskunfélegyáza 231
Kiskunhalas 262
Kismaros 366, 367
Kistarcsa 41
Kisvárda 193, 211
Kisvejke 292
Klostermarienberg 101
Kolozsvár 88, 90, 363
Kolyma (Fluss) 53
Komárom 101
Komárom (Komitat) 94
Komi ASSR 83
Komló 279
Komló (Bezirk) 279
Kompolt 75, 98, 168, 421
Kőbánya 75
Körmöcbánya 95
Kőrös (Fluss) 118
Kőröshegy 331
Kőrösladány 152
Kőszeg 94, 102
Központ (Bezirk, PPSK) 352
Krim 58
Kroatien 281, 282
Kunbaja 229, 234, 235, 237, 239, 244, 249, 252, 264, 266, 269
Kurgan 84
Kübekháza 123, 235
Lánycsók 336
Lébény 94
Liptód 314
Madaras 248, 268, 274

10.15772/ANDRASSY.2019.005490

Magadan 53
Mágocs 110, 287, 291, 314–316, 323, 339
Magyaróvár 94
Makád 93, 372
Makkoshotyka 171
Makó 116, 118, 119, 157
Máramarossziget 34, 86, 100, 393, 394
Maráza 296, 325
Máriagyűd 318, 319, 335, 451
Maros (Fluss) 118
Mecsekjánosi 292
Medgyesbodzás 150, 152
Medgyesegyháza 156
Mekényes 314, 316, 332
Mérk 98, 168, 177, 179, 181, 186, 439
Mezőberény 75, 117, 119, 123, 124, 128, 138, 148, 150, 155, 156, 160, 399
Mezőmegyer 152
Mezőzombor 196
Milota 91
Minsk 83
Miske 256
Miskolc 25, 75, 167, 169, 170, 173, 175, 178-180, 187, 202, 217, 218, 435
Mohács 282, 296, 298, 322, 323, 348
Mohács (Bezirk) 286, 313–315, 322, 323, 343
Molotow 83
Monor (Bezirk) 346, 375
Mórágy 293, 294
Moskau 53, 58, 60, 64, 67, 83, 84, 213, 393
Moson (Komitat) 94
Munkács 175
Mures 73
Nádudvar 12, 167, 179, 182–184, 207, 212, 243
Nagybörzsöny 351, 353, 376
Nagykálló 177
Nagykamarás 128, 147, 150, 152
Nagykároly 75, 100, 175, 186, 421, 439
Nagykovácsi 94, 347
Nagykőrös 25
Nagymányok 113, 291, 310, 338
Nagymaros 12, 347, 351, 353, 361, 366, 371, 374, 375, 378, 406
Nagynyárád 338
Nagyszeben 73
Nagyszénás 149
Nagyvárad 100, 174, 175
Nagyvejke 290
Napkor 177
Nemesmedves 101
Nemesnádudvar 179, 226, 234–236, 238, 240, 246, 275
Németbóly 290–292
Németlad 302
Nógrád (Komitat) 25, 345, 352, 372, 461
Nógrád-Hont (Komitat) 74, 345
Nordossetische ASSR 84
Normandie 11
Nőtincs 380
Nyíregyháza 25, 88, 90, 91, 100, 168, 171, 175, 182, 209, 214, 219, 405
Óbánya 404
Ober-Dada (Bezirk) 187, 195
Oberschlesien 86
Óbuda 95
Ofner Bergland 96, 349, 351
Olt 74
Ond 196
Orosháza 147, 149, 150
Orosháza (Bezirk) 150, 151, 161, 166
Ostpreußen 86
Ózd 179, 211
Ózd (Bezirk) 211
Österreich 58, 66, 79, 86, 177, 352
Paks 348
Palotabozsok 35
Pécs 25, 283, 284, 289, 302, 316, 324–326, 337, 357
Pécs (Bezirk) 314
Pécsvárad 11, 284, 315, 326, 333
Pécsvárad (Bezirk) 313–315, 326, 342
Pereg 93, 372
Pest 95

10.15772/ANDRASSY.2019.005491

Pest (Komitat) 25, 345, 352
Pest-Pilis-Solt-Kiskun (Komitat) 27, 74, 75, 98, 179, 225, 226, 233, 246, 255, 258, 278, 344–346, 353, 370
Pestszenterzsébet 346, 386
Pilis-Gebirge 96, 349, 351
Pilisszentiván 237
Pócspetri 177
Polen 56, 58
Potma 53
Potsdam 66
Pozsony 95, 101
Prut (Fluss) 74
Pusztaföldvár 149
Püspöklak 295, 325
Püspöknádasd 11, 292, 325, 337, 399
Ráckeve 358
Ráckeve (Bezirk) 93, 346, 352, 254, 372
Rakamaz 98, 169, 177, 178, 193, 194, 219
Rátka 98, 176, 178–181, 186, 196, 204, 210, 221, 399
Recsk 41
Rém 234, 235, 247, 248, 261, 264, 270, 271
Reni 89
Resicabánya 73
Rétság (Bezirk) 345, 346
Rostow 83, 389
Rumänien 19, 67–70, 73, 74, 76-78, 88, 100, 110, 116, 141, 171, 179, 226, 298, 362, 397, 421, 422, 439
Russland 48, 69, 126, 138, 140, 141, 144, 153, 154, 160, 162, 184, 243, 254, 256, 257, 260, 271–275, 363
Sachsenhausen 82
Sámod 320
Saporoshje 83
Sárok 291
Sárospatak 182
Sásd 315
Sásd (Bezirk) 279
Sashalom 379
Sathmar 96, 168, 177, 179, 180, 182, 421, 422, 429
Sátoraljaújhely 25, 175
Schwabenland 284, 352
Schweiz 284
Selmecbánya 95
Sérsekszőlős 302
SHS-Königreich 278
Sibirien 50, 62
Siebenbürgen 73, 89, 90, 95, 100, 108, 110, 118, 154, 174, 408, 421
Siklós 283, 318, 321
Siklós (Bezirk) 285, 313, 317-321, 327, 329
Slawonien 96
Soltvadkert 236
Solymár 347
Somogy (Komitat) 25, 74, 97, 278–280, 285, 287, 301, 303, 331, 342, 343
Somogyhárságy 303, 334
Sopron 95, 102
Soroksár 346, 347, 351, 353–355, 359, 360, 373, 374, 378, 386
Sowjetische Besatzungszone Deutschlands 81, 392, 393
Stalingrad 57, 281
Stalino 83, 219, 368
Steiermark 351
Swerdlowsk 60, 83
Syrmien 97
Szabadka 230, 264
Szabadszentkirály 317
Szabolcs (Komitat) 12, 98, 167–169, 177, 187, 193, 197, 199, 204, 206, 208, 211, 213, 214, 218, 219
Szabolcs-Szatmár-Bereg (Komitat) 25, 91, 168, 174
Szambor 89
Szamos (Fluss) 74
Szamosszeg 91
Szaniszló 75, 182, 186, 421
Szárazd 296, 297
Szarvas 119, 139

10.15772/ANDRASSY.2019.005492

Szatmár (Komitat) 74, 98, 167–169, 182, 186, 197, 199, 206, 438
Szatmárnémeti 75, 100, 175, 421
Százhalombatta 349
Szederkény 326
Szeged 421
Szeghalom 150
Szekszárd 25, 282, 300, 305, 306, 310, 327, 349
Szendehely 372, 382, 353, 382
Szentendre (Bezirk) 346, 352, 353
Szentetornya 149
Szentgotthárd 94
Szentlőrinc 320
Szentlőrinc (Bezirk) 280, 285, 313, 317, 319–321, 327, 330
Szerencs 75, 175, 194, 196, 203, 208
Szerencs (Bezirk) 187, 203
Szigetbecse 347, 353, 372, 377
Szigetszentmárton 353
Szigetszentmiklós 93, 353
Szigetújfalu 353, 380
Szigetvár 301, 318, 320
Szigetvár (Bezirk) 279, 285
Szob 358
Szob (Bezirk) 345, 352, 376
Szolnok 74, 134
Szolyva 89, 171
Szomor 94
Szorosad 304
Tákos 91
Taksony 281, 352–355, 359–361, 364, 365, 372, 373, 380, 381, 386, 387, 404
Tamási (Bezirk) 285
Tarján 94
Tárnok 93, 356, 405
Tarpa 91
Temesvár 73, 84, 100, 265, 270
Tengelic 293
Tetétlen 183
Theiß (Fluss) 92, 100, 120, 134, 166, 216, 231, 348
Tímár 195, 208, 216
Timis 73
Tisza (Bezirk) 193
Tiszabercel 195, 219
Tiszaeszlár 196
Tiszaladány 196
Tiszalök 41
Tiszaszalka 91
Tokaj 164, 182, 194, 196, 203
Tokaj (Bezirk) 187
Tolna 321
Tolna (Kirchenbezirk) 293
Tolna (Komitat) 25, 74, 97, 278, 279, 282, 284, 285, 287, 305, 311–313, 327, 328, 333, 339, 340, 343, 344, 389, 415
Torda 90, 100, 118
Torontál (Bezirk) 116, 117
Torontál (Komitat) 98, 116
Tótkomlós 149
Tököl 93
Törökkoppány 304
Transdabubien 93, 96, 101, 102, 225, 282, 286, 348-350, 352, 414-416
Trianon 106, 108, 109, 116, 167, 225, 226, 239, 278, 348
Tscheboksary 75
Tschechoslowakei 68–70, 73, 78, 109, 168, 226, 298, 345, 352, 397
Tscheljabinsk 83
Tschkalow 83
Tschuwaschische ASSR 84
Újhartyán 347, 353, 362, 363, 381, 383, 461
Újkígyós 129, 152
Újszentiván 123, 235
Újvidék 232, 355
Ukraine 60, 74, 83, 89, 157, 161, 167, 171, 215, 219, 248, 265, 374, 383, 439
Unter-Dada (Bezirk) 187
Ural 60, 83, 88
Ust-Aba 75
Vác 30
Vállaj 98, 168, 177, 179–181, 186, 439
Várgesztes 94, 356

10.15772/ANDRASSY.2019.005493

Vas (Komitat) 94
Vaskút 227, 233, 234–237, 244, 253, 254, 266
Vecsés 346, 351, 353, 354, 359, 373, 377, 408
Velenceer See 282
Véménd 338
Vencsellő 177, 195, 219
Vereinigten Staaten 64
Versend 314
Vértes-Gebirge 349, 351
Vésztő 152
Világos 105
Villány 284, 406
Villány (Bezirk) 279, 313, 343
Vojvodina 228
Völgység (Bezirk) 287, 299, 307, 328
Weißrussland 80, 83
Wien 101, 109, 110, 116, 167, 179, 295, 345, 461
Woroschilowgrad 83
Württemberg 233, 284
Záhony 91
Zalkod 219
Závod 291
Zebegény 351, 368, 373, 399
Zemplén (Komitat) 74, 98, 100, 167, 169, 176, 182, 185–187, 193, 197, 199, 201, 203, 206, 208, 213, 216, 218
Ziliz 218
Zips 95
Zomba 292
Zombor 74, 225

10.15772/ANDRASSY.2019.005494